


SEAL OF THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA
LET THERE BE LIGHT
1868





Die
Diplomatischen Akten
des Auswärtigen Amtes
1871–1914



Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes





Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 – 1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

9. Band:

Der nahe und der ferne Osten

1 9 2 4

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

2. Auflage

 Gesetzt in der Buchdruckerei Oscar Brandstetter in Leipzig / Gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

Inhaltsübersicht des neunten Bandes

Ein Namenverzeichnis für die Bände VII—XII erscheint am Schlusse des XII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes



Kapitel LV

Die Bedeutung der Orientfragen für die Gruppierung der Mächte



Nr. 2073

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 51 Pera, den 12. März 1890
Vertraulich

In letzter Zeit hat sich die Pforte besonders viel mit Nachrichten über russische Kriegsvorbereitungen im Schwarzen Meere beschäftigt und, wie Sir W. White mir sagte, auch die Aufmerksamkeit der englischen Regierung darauf zu lenken gesucht. Die Möglichkeit eines russischen Handstreiches gegen die Bosporusmündung ist den Türken durch die Vervollständigung der russischen Schwarzen Meeresflotte und deren als bevorstehend angekündigte größere Manöver anschaulicher geworden, und fortgesetzte starke Munitionstransporte nach Batum, die hierher gemeldet worden, flößen ihnen Mißtrauen ein.

Oberst Freiherr von der Goltz hat mir in der abschriftlich gehorsamst beigefügten Aufzeichnung* seine Auffassung über diese neuesten russischen militärischen Maßnahmen mitgeteilt. Er sieht darin nicht auf unmittelbare Aktion berechnete Vorbereitungen, sondern die Weiterführung eines seit geraumer Zeit bestehenden Planes für die möglichst günstige Konzentrierung der russischen Machtmittel am Schwarzen Meere und in Kleinasien.

Daß von russischer Seite beabsichtigt wird, durch Flottenmanöver im Schwarzen Meer, die vielleicht auch ziemlich nahe an die Bosporusmündung führen können, die russische Macht hier wieder mehr in Erinnerung zu bringen und dem Sultan einen heilsamen Schrecken einzujagen, ist wahrscheinlich. Wenn es geschieht, wird es seinen Zweck hier nicht verfehlen und möglicherweise auch auf die englische Haltung einwirken[1].

Radowitz

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hoffentlich.

* Hier nicht zum Abdruck gebracht, weil inhaltlich bereits durch Radowitz hinreichend charakterisiert.

Nr. 2074

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck

Ausfertigung

Nr. 91 Wien, den 19. März 1890

Der Chef des österreichischen Generalstabes hat mir bei einer Begegnung über seine Nachrichten, die russischen militärischen Vorbereitungen zu Lande und zur See betreffend, gesprochen.

Baron Beck resümierte sich dahin, daß an der österreichischen Grenze selbst eine Vermehrung von Truppen nicht konstatiert worden sei. Wie alljährlich im Frühjahr kämen Ersatzmannschaften der Kosakenregimenter unter Führung von Offizieren aus dem Innern nach den im Königreich Polen pp. stehenden Regimentern. Es sei allerdings nicht ausgeschlossen, daß hierdurch eine Erhöhung des Effektivstandes dieser Regimenter erfolgen könnte, weil man bis jetzt noch nicht wissen könne, ob die ausgedienten Mannschaften entlassen würden. Man würde darüber hier noch informiert werden, und die einlaufenden Nachrichten würden ohne Verzug nach Berlin mitgeteilt werden.

Über die in diesem Sommer im Königreich Polen beabsichtigten großen Konzentrierungen zu Manöverzwecken hatte der General keine anderen Nachrichten als diejenigen, die ihm Oberst von Steininger aus Berlin gemeldet hatte.

Was nun die in Frage stehenden größeren Übungen der russischen Marine im Schwarzen Meere betrifft, so hat Baron Beck Maßregeln getroffen, um darüber näher informiert zu werden. Es erscheint ihm nicht unwahrscheinlich, daß Übungen in Absicht stehen, welche diese neugeschaffene Marine auf den Ernstfall vorbereiten sollen. Schon im vorigen Jahre seien von Odessa aus Truppen eingeschifft worden, um bei Simferopol Landungsübungen vorzunehmen. Soviel er die Dinge beurteilen könne, trügen sich die Russen weniger mit der Absicht, ein Truppenkorps in Bulgarien zu landen, als vielmehr sich der Bosporusmündungen zu bemächtigen[1]. Daß von seiten der Pforte gar nichts geschähe, um diesen wichtigen Punkt militärisch zu schützen, sei leider bekannt. Die Bemühungen des Obersten von Goltz hätten keinen weiteren Erfolg gehabt als die Inangriffnahme einer nach den Bosporusmündungen führenden Straße. Von dieser Straße seien aber nur wenige Kilometer fertiggestellt worden. Vom Bau der nötigen Schutzwerke sei aber gar keine Rede. Eine eventuelle russische Landung würde aber durch nichts verhindert werden und diese vollkommen Zeit haben, sich dort häuslich einzurichten[1].

Der General bemerkte, daß es endlich gelungen sei, die Engländer für die Vorgänge im Schwarzen Meer etwas mehr zu interessieren[2],

welche bisher die dortigen Rüstungen mit Geringschätzung betrachtet hätten.

Im hiesigen Großen Generalstabe will man keine Anzeichen bemerkt haben, als wenn Rußland sich für dieses Jahr mit kriegerischen Absichten trüge.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig!
[2] gut

Nr. 2075

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 105 Wien, den 3. April 1890

Ich habe heute den Botschafter Herrn von Radowitz bei einem Besuch begleitet, den dieser dem Grafen Kálnoky machte.

Letzterer benutzte diesen Anlaß, um seine Ansichten über die Lage der Balkanländer in ganz ähnlicher Weise zu entwickeln, wie er dies unlängst mir gegenüber getan hatte, und worüber ich zu berichten die Ehre gehabt habe.

Zunächst war es Bulgarien, dessen Bedeutung für Österreich-Ungarn besprochen wurde. Von Bulgariens Haltung in einem Kriegsfall zwischen Rußland und Österreich hinge die Festigkeit Rumäniens ab. Hielte Bulgarien zu Österreich, so könnte sich Serbien, trotz seiner neuen russenfreundlichen Politik nicht rühren, und auch Montenegro würde paralysiert sein. Auch die Haltung der Pforte würde dann durch Bulgariens Parteinahme wesentlich beeinflußt werden. Es sei daher im wohlverstandenen österreichischen Interesse, sich dieses kleine Land warm zu halten. Die Früchte der guten Behandlung, die Bulgarien von hier aus erfahren hätte, machten sich auch schon bemerkbar, und wenn sich die österreichische Diplomatie nicht eine große Zurückhaltung auferlegen müßte, um auch den Schein des Strebens nach präponderierendem Einflusse zu vermeiden, so würden die erfreulichen Symptome der Sympathie für Österreich, die man jetzt schon in der bulgarischen Bevölkerung bemerken könne, noch deutlicher ans Licht treten.

Nach den Beobachtungen des Ministers nähme der Rest russischer Sympathie dagegen immer mehr und mehr ab, und er scheint anzunehmen, daß man dies in Rußland endlich zu verstehen anfängt. Auch Herr von Giers habe dem Grafen Wolkenstein bei dessen Abreise gesagt, es sei gewiß wünschenswert, wenn man die ungelöste bulgarische Frage lösen könnte, aber es ginge nun einmal nicht, und man

müsse Geduld haben. Dies, so meinte der Minister, wolle nun gewiß nicht bedeuten, daß Rußland darauf verzichten würde, durch allerhand Intrigen den Prinzen Ferdinand fortzubringen; dies sei nun einmal eine „question d'amour propre" für den Zaren. Die Millionen, die aus Bulgarien in die russischen Kassen geflossen, seien zu verführerisch und würden wohl wieder zu allerhand Komplotten verwendet werden und ins Land zurückwandern [1].

Nach der Beendigung des Prozesses Panitza*, der nun endlich bald nach Ostern zum Austrag geführt werden würde, und aus dem sich zur Evidenz ergeben werde, daß russische Agenten das Komplott gegen den Prinzen und seine Minister in Szene gesetzt haben, dürfte sich das Bild vielleicht ändern.

Die Bulgaren würden einen Schritt bei den Mächten machen, auf letzteren Umstand hinweisen und hieraus die Notwendigkeit herleiten, durch endliche Legalisierung ihres staatsrechtlichen Verhältnisses dem Zustande der Unsicherheit, welcher dergleichen Attentate begünstige, ein Ende zu machen. Würden die Mächte, wie vorauszusehen, nicht auf diesen Schritt reagieren, so würden sich die Bulgaren wohl selbst helfen. Dies dürfte ohne großen Lärm in Szene gesetzt werden. Bulgarien würde der Pforte keinen Tribut mehr zahlen und in dieser Weise de facto seine Unabhängigkeit von der suzeränen Macht konstatieren [2].

Er, Graf Kálnoky, habe nicht aufgehört, den Bulgaren von solchen Schritten abzuraten, aber schließlich würde er sie nicht daran hindern können.

Mir will scheinen, als wenn der österreichisch-ungarische Herr Minister etwas zu bestimmt darauf rechnete, daß Rußland für jetzt wenigstens in keine Aktion zu treten gesonnen sei. Wenn auch die Nachrichten über militärische Vorbereitungen nicht gerade beruhigend lauten, so will Graf Kálnoky ebensowenig wie sein Kaiser an einen russischen Überfall glauben [3]. Ich darf mich in dieser Hinsicht auf meinen alleruntertänigsten Immediatbericht Nr. 98 vom 25. v. Mts. beziehen, worin ich über die Ansichten des Kaisers Franz Joseph zu berichten die Ehre hatte.

Die serbische Angelegenheit behandelte der Minister auch heute wieder als eine sehr nebensächliche und legt auch den schlechten diplomatischen Beziehungen der serbischen Regierung zu Bulgarien keine große Bedeutung bei. Er hat es indessen, wie er uns mitteilte, für nötig gehalten, den serbischen Gesandten zu warnen und ihm gesagt, daß, wenn Serbien etwa einen Krieg mit dem Nachbarstaate

* Anfang Februar 1890 war der Major Panitza, ein Parteigänger Rußlands, mit mehreren Komplizen unter dem Verdacht eines Komplotts gegen den Fürsten Ferdinand und die Minister Stambulow und Mutkurow verhaftet worden. Ende Mai fand der Prozeß vor dem Kriegsgericht statt, bei dem mehrere der Angeklagten überführt und Panitza selbst zum Tode verurteilt wurde.

anfangen wolle, es wahrscheinlich wieder geschlagen werden würde. Außerdem möge man in Belgrad nicht vergessen, daß, wenn Österreich auch weit davon entfernt wäre, sich in die serbischen inneren Verhältnisse mischen zu wollen, es doch wohl ein Wort mitreden werde, wenn die Ruhe und der Friede jenseits der Save leichtsinnig gestört werden sollten. Graf Kálnoky glaubt nicht, daß die serbische Regierung eine solche Politik befolgen werde, wenn auch in Belgrad eigentlich gar keine Regierung mehr bestünde.

Herr von Radowitz war erstaunt über die große Ruhe und Gleichgültigkeit, welche Graf Kálnoky diesen Fragen gegenüber sich zu erhalten weiß. Jedenfalls kann man darauf rechnen, daß sich der Minister nicht überstürzen wird, die Sachen mögen nun kommen, wie sie wollen[4].

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Möglich
[2] scheinbar ganz einfach
[3] Vorsicht und Mißtrauen wären hier entschieden am Platz
[4] Das ist erfrulich! er soll aber auch nicht Russland zu vertrauensselig betrachten.

Nr. 2076

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 217 London, den 14. April 1890

Fast bei jedem Zusammentreffen mit dem Unterstaatssekretär bringe ich unter anderem auch die Zustände in Bulgarien zur Sprache, um mich möglichst fortlaufend über die von dort eingehenden Nachrichten zu informieren, und ich war daher infolge des hohen Erlasses Nr. 295 vom 8. d. Mts.* in der Lage, dieses Thema gesprächsweise und in unauffälliger Weise ihm gegenüber wieder zu berühren.

Sir Philip Currie ging auch diesmal bereitwillig auf die Besprechung ein und bemerkte dazu, daß die eingehenden Nachrichten für die nächste Zukunft keinen Grund zur Beunruhigung bezüglich Bulgariens zu bieten schienen. Abgesehen davon, daß die fortgesetzt gemäßigte Haltung der bulgarischen Regierung eine ruhige Entwicklung der Dinge im Innern, sowie die Vermeidung jeder Provokation nach außen

---

* Durch Erlaß Nr. 295 vom 8. April war Graf Hatzfeldt davon verständigt worden, daß nach der angeblich übereinstimmenden Auffassung der englischen Botschafter in Petersburg und Konstantinopel, Sir R. Morier und Sir W. White, Rußland vor Beginn des Sommers eine Aktion gegen Bulgarien unternehmen werde. Hatzfeldt wurde aufgefordert, festzustellen, was an der Sache sei.

hoffen lasse, liege auch kein ernstliches Symptom vor, welches auf feindliche Absichten gegen Bulgarien bei anderen Mächten fürs erste schließen lasse. Nach Ansicht der maßgebenden hiesigen militärischen Behörden liege auch den russischen Landungsübungen im Schwarzen Meere keine unmittelbare Absicht einer militärischen Aktion zum Grunde, und es handle sich dabei um die allmähliche und stetig fortgesetzte Ausführung eines allgemeinen militärischen Planes, dessen definitive Fertigstellung allerdings später den anderen Mächten zu gewissen Besorgnissen Anlaß geben werde[1]. Unendlich töricht und sehr zu bedauern sei deshalb die hartnäckige Untätigkeit des Sultans in bezug auf die Anlage ausreichender Befestigungen nach dem Schwarzen Meere. Wie die Dinge heute lägen, scheine aber keine unmittelbare Gefahr vorzuliegen, und in dieser Hinsicht glaube er, Sir Philip Currie, daß eine besondere Garantie dafür in der mehr und mehr zutage tretenden friedliebenden Gesinnung des Kaisers Alexander erblickt werden müsse.

Dieser Auffassung stimmte ich lebhaft zu, indem ich die Gelegenheit benutzte, um die Bemerkung hinzuwerfen, daß Sir Robert Morier ein zu scharfblickender Beobachter sei, um sich über die Absichten der russischen Regierung zu täuschen. Sir Philip Currie erwiderte mir hierauf, daß der genannte englische Botschafter in allen seinen Berichten die gleiche Auffassung an den Tag lege und keine Besorgnis vor irgendeinem aktiven Vorgehen Rußlands für die nächste Zeit verrate.

Im Laufe der Unterhaltung fand ich Gelegenheit, auf die Lage der Dinge in Konstantinopel und auf die dortige einflußreiche Stellung Sir William Whites zurückzukommen. Aus den Äußerungen des Unterstaatssekretärs über denselben ergab sich, daß seine Berichterstattung hier ebensowenig den Eindruck hervorgebracht hat, als wenn er ein baldiges russisches Vorgehen für wahrscheinlich hielte.

Ich darf mir eine weitere Berichterstattung nach der Rückkehr des Premierministers vorbehalten, mit welchem ich, wie eine mehrjährige Erfahrung bewiesen hat, über solche Fragen mit vollem Vertrauen und ohne Bedenken viel offener sprechen kann, als ich dies Sir Philip Currie gegenüber für ratsam halten möchte.

Im allgemeinen hat Lord Salisbury, wie ich hier noch gehorsamst bemerken möchte, den Vorgängen in Bulgarien seit einigen Monaten keine besondere Beachtung geschenkt und sich darauf beschränkt, in Sofia vertraulich zur Mäßigung und zur Vermeidung von Provokationen nach außen hin zu raten. Der Premierminister ist, seitdem ich überhaupt mit ihm in geschäftlicher Verbindung stehe, von der Voraussetzung ausgegangen, daß England in bezug auf die politische Behandlung der bulgarischen Frage Österreich stets den Vortritt lassen müsse. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß er auch in Zukunft die Auffassung des Grafen Kálnoky in dieser Frage im allgemeinen als

maßgebend betrachten wird, solange nicht etwa zugunsten momentaner bulgarischer Interessen von Wien aus Forderungen hierher gerichtet werden, welche der englischen Regierung bedenklich für die Erhaltung des Friedens erscheinen. Ich darf hierbei an die vor einigen Monaten von Wien ausgehende Förderung bulgarischer Anerkennungswünsche erinnern, welche in Konstantinopel abgelehnt wurden und Lord Salisbury dazu veranlaßten, der österreichischen Regierung seine Bedenken offen auszusprechen*.

P. Hatzfeldt

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Thut er jetzt schon

Nr. 2077

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler von Caprivi

Abschrift

Nr. 135 Wien, den 20. April 1890
Ganz vertraulich

Euerer Exzellenz darf ich mir erlauben, auf Fragen zurückzukommen, welche Hochdieselben mündlich** über die Politik Österreichs auf der Balkanhalbinsel an mich gerichtet haben.

Ich hatte damals die Ehre, meine Ansicht dahin zusammenzufassen, daß Österreich-Ungarn keine Expansionspolitik auf der Balkanhalbinsel treiben wolle, daß es aber den panslawistischen Bestrebungen nicht ruhig zusehen würde, welche darauf hinausgehen, von Siebenbürgen aus bis Montenegro einen festen Ring zu bilden und Österreich vom Ägäischen Meere abzudrängen. Die durch den Berliner Vertrag geschaffene Sachlage wünsche man in Wien nicht abgeändert zu sehen, und begünstigte die österreichische Politik daher die Entwicklung der Balkanstaaten. Diese, sowie der heutige Bestand der Türkei, würden den österreichischen Handelsinteressen die Gewähr geben, daß sie sich ungehindert bis zum Ägäischen Meere ausbreiten könnten. Deshalb zöge man den Fortbestand dieser relativ schwachen Staatengebilde einem von Rußland beherrschten Körper vor, welcher sich von der preußischen Grenze bis an das Adriatische Meer erstrecken werde.

Auf die Frage, wie Österreich-Ungarn die Landung eines russischen Korps in Warna oder Burgas oder eine ähnliche russische Aktion an den Mündungen des Bosporus aufnehmen werde, erlaubte ich mir

* Vgl. dazu Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1890, S. 293.
** Prinz Reuß hatte Ende März 1890 in Berlin geweilt.

Euerer Exzellenz zu erwidern, wie ich nicht glaube, daß das Wiener Kabinett hierdurch sofort aus seiner Ruhe gebracht werden würde, daß es indessen auf Grund des Berliner Vertrages jedenfalls Verwahrung einlegen werde. Bei einer Bedrohung Konstantinopels durch Rußland würde man hier in Wien voraussichtlich den Engländern überlassen, das erste Wort zu sprechen.

Da ich über diese Verhältnisse mit dem Grafen Kálnoky zu sprechen schon seit längerer Zeit keine Veranlassung gefunden hatte, so war es mir darum zu tun, mich wieder einmal zu informieren und zu prüfen, ob meine Euerer Exzellenz mündlich gegebenen Erläuterungen sich auch heute noch bewahrheiteten.

In den Gesprächen, die ich seit meiner Rückkehr sowohl mit dem Minister als auch mit dem ersten Sektionschef, Herrn von Szögyény, hatte, und worüber ich zum Teil schon berichtet habe, habe ich gesucht, mich über die vorerwähnten Themata aufzuklären.

Ich habe konstatieren können, daß meine Euerer Exzellenz gegebenen Informationen richtig waren. Nur in einem Punkt, nämlich im Fall einer russischen Landung in Bulgarien, habe ich gefunden, daß Graf Kálnokys Absichten weiter gehen, als ich glaubte, und daß das hiesige Kabinett voraussichtlich eine prononciertere Haltung einnehmen würde.

In einer solchen gewalttätigen Handlungsweise Rußlands werde Graf Kálnoky eine flagrante Verletzung des Berliner Vertrages erblicken. Sollte es zu einer Landung kommen, was der Minister nicht glaubt, so würde er sich genötigt sehen, an diesen Vertrag zu appellieren und die durch Rußland erfolgte Verletzung desselben festzustellen. Gleichzeitig aber würde er Garantien haben müssen, um Österreich-Ungarn vor den Folgen einer solchen Gewalttat zu schützen. Als solche Garantien betrachtet der Minister die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, worüber man sich hierseits mit der Pforte leicht auseinandersetzen werde, und zweitens die temporäre Besetzung Serbiens. Eine russische Armee in Bulgarien würde bei dem heutigen Zustand von Serbien die österreichischen Interessen, ja selbst die ungarischen Grenzen, ernstlich bedrohen können, und die Regierung würde sich gezwungen sehen, in dieser Weise sich zu schützen.

Ich brauche nicht erst hinzuzusetzen, daß die Besprechung dieser Punkte einen rein akademischen Charakter hatte, und daß ich sorgfältig vermieden habe, den Glauben zu erwecken, als wollte ich eine Meinungsäußerung provozieren.

Die Hoffnung, England für den Schutz Bulgariens zu interessieren, was wohl auch früher von uns aus hier in Wien empfohlen wurde, hat man jetzt schon längst aufgegeben; Graf Kálnoky hofft indessen, daß sich die englische Politik erwärmen würde, wenn Rußland die Meerengen ernstlich bedrohen sollte.

(gez.) H. VII. P. Reuß

Nr. 2078

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 72 Pera, den 22. April 1890

Vertraulich

Nach Äußerungen, die mir der Sultan in einem Gespräche bei dem Diner in Jildis am 18. d. Mts. gemacht hat, sowie aus daran angeknüpften vertraulichen Mitteilungen des Großwesirs muß ich annehmen, daß in letzter Zeit hier von russischer Seite die politischen Verhältnisse Bulgariens wieder zur Sprache gebracht, und daß namentlich Einwirkungen auf den Sultan persönlich zu dem Zwecke versucht worden sind, ihn für erneuerte Schritte zur Beseitigung des Prinzen Ferdinand zu gewinnen, vielleicht nur — da doch kaum auf eine hiesige Initiative in diesem Sinne gerechnet werden kann — als Vorbereitung darauf, daß Rußland allein gegen den Prinzen etwas unternehmen wolle. Die dem Sultan gegenüber angewendeten Argumente waren, soweit ich es allmählich habe feststellen können, etwa folgende:

Rußlands Einfluß dominiere jetzt auf der Balkanhalbinsel, in Serbien, Montenegro und in Griechenland; ebenso überwiegend sei er bei der großen Mehrheit der bulgarischen Bevölkerung, trotz der gegenwärtigen Regierung in Sofia. Die wirklich „nationale“ Majorität in Bulgarien wolle nichts wissen von dem Prinzen Ferdinand, sie dränge auf den Anschluß an eine bereits vorhandene serbisch-montenegrinisch-griechische Föderation. Im Interesse der Selbsterhaltung des Sultans liege es, sich den Einfluß Rußlands, das dringend wünsche, mit ihm und der Türkei in Frieden und Freundschaft zu leben, in jenen christlichen Balkanländern nutzbar zu machen. Wenn aber Prinz Ferdinand in Bulgarien regieren bleibe und bei der Pforte Anlehnung finde, sei der Frieden gefährdet, und könne Rußland eine türkenfreundliche Haltung nicht bewahren. Der Sultan solle also sich beeilen, durch enge Fühlung mit Rußland, speziell in Bulgarien, sich von den Gefahren dieser Situation zu befreien.

Solche Mitteilungen in Verbindung mit den schon von mir erwähnten Versuchen des russischen Botschafters, die Tripelallianz als durch den Kanzlerwechsel in Berlin erschüttert und die deutsche Freundschaft mit Österreich als weniger verbürgt darzustellen, haben den Sultan beunruhigt, wie sich aus seinen mir gemachten Bemerkungen ergab. Er benutzte die Gelegenheit, als ich mich mit Seiner Majestät und dem Großwesir allein befand, um mich zu fragen, ob ich die ihm wiederholt ausgesprochene Ansicht teilte, daß das bulgarische Volk selbst den Prinzen Ferdinand jetzt wieder zu beseitigen wünschte, und erörterte dann mit sichtlicher Ängstlichkeit die Even-

tualität einer serbisch-montenegrinisch-griechischen Föderation, der sich angeblich die „nationale“ Partei in Bulgarien anschließen wolle.

In meinen Erwiderungen beschränkte ich mich darauf, dem Sultan zu sagen, daß ich von den bulgarischen Verhältnissen zwar nicht besonders genau unterrichtet sei, daß mir jedoch von einer vermehrten feindlichen Stimmung der Bevölkerung gegen den Prinzen Ferdinand nichts bekannt geworden. Auch außerhalb des Landes bestände wohl nirgendwo anders als vielleicht in Rußland der Wunsch nach einem gewaltsamen Umsturz der gegenwärtigen Regierung. Solange die Bulgaren sich selbst ruhig verhielten und keine den Frieden störenden Fragen aufwürfen, täte man — meines persönlichen Erachtens — am besten, sie nicht zu behelligen. Von der in Bulgarien herrschenden Tendenz zum Anschluß an ein angeblich vorhandenes serbisch-montenegrinisch-griechisches Einverständnis hätte ich nie etwas vernommen. Mir scheine einstweilen der Antagonismus zwischen Serben und Bulgaren, seit dem Kriege zwischen den beiden, noch nicht beseitigt zu sein und aus den vielfachen, einander widerstrebenden, nationalen Ansprüchen neue Nahrung zu erhalten. Daß die Vereinigung der Griechen, Serben, Montenegriner und Bulgaren eine Gefahr für die Türkei werden könne, sei unzweifelhaft; aber fürs erste dürfte Seine Majestät sich über die Möglichkeit einer solchen Kombination noch beruhigen.

Die Schlußbemerkung des Sultans: Er hege allerdings, solange die Tripelallianz, zu der er eigentlich auch England als vierten stillschweigenden Teilnehmer rechne, zusammenhalte, keine ernste Besorgnis für die Störung des Friedens auf der Balkanhalbinsel, gab mir Anlaß zu wiederholen, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs volles Vertrauen in die Fortdauer des durch die jetzigen Verträge und Allianzen gewährleisteten Friedenszustandes in Europa setze und, soweit es von ihr abhänge, nach wie vor zur Erhaltung desselben beitragen werde.

Der Großwesir, mit dem ich später noch über die von dem Sultan geäußerten Besorgnisse wegen Bulgarien sprach, drückte sich sehr befriedigt über die beruhigende Wirkung der erwähnten Unterhaltung auf seinen hohen Souverän aus. Ich habe nicht ermangelt, Kiamil Pascha dabei zu sagen, daß ich mich in meinen Bemerkungen gegenüber dem Sultan lediglich im Rahmen unserer allgemeinen Friedenspolitik bewegt und nicht die Absicht hätte, die bisherige Zurückhaltung in der bulgarischen Angelegenheit zu ändern.

Der Großwesir ist übrigens, ebenso wie Said Pascha es schon früher war, geneigt, an gewisse engere durch Rußland geförderte Beziehungen zwischen Griechen, Serben und Montenegrinern zu glauben, während er die bulgarische Annäherung an diese Gruppe unter den jetzigen Verhältnissen als ganz ausgeschlossen und nur als ein Schreckgespenst russischer Agenten für den Sultan bezeichnet.

Ich habe seither wiederholt diese Fragen mit meinem österreichischen Kollegen besprochen, der sich gleichfalls in letzter Zeit mit den von dem Sultan angedeuteten Besorgnissen zu beschäftigen gehabt hat. Baron Calice glaubt nach seinen Informationen nicht daran, daß Griechenland irgendeine politisch bindende Abmachung mit Serbien oder Montenegro getroffen habe, und er will auch zwischen diesen beiden eine solche nicht annehmen; am allerunwahrscheinlichsten erklärt er eine Verbindung der Bulgaren mit den Serben. Ebenso urteilt der englische Botschafter.

Was in dieser Beziehung in letzter Zeit hier vorgebracht worden, erscheint nach allem nur darauf berechnet gewesen zu sein, den Sultan gegen den Prinzen Ferdinand und die jetzige Regierung in Sofia aufzuregen, eventuell einen neuen russischen Vorstoß einzuleiten. Ob auf dieser Linie noch weiter gegangen werden soll, muß die Beobachtung der nächsten Zukunft lehren.

Radowitz

Nr. 2079

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 336 Berlin, den 26. April 1890
Vertraulich

Euerer pp. beehre ich mich, anbei Abschrift eines Berichts des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel vom 22. d. Mts., Beunruhigung des Sultans wegen russischer Absichten in Bulgarien betreffend*, ergebenst zu übersenden.

Euere pp. bitte ich, das Ihnen durch diesen Bericht an die Hand gegebene Material mit Rustem Pascha zu besprechen. Bei Ihrer genauen Kenntnis der orientalischen Verhältnisse und mit den Informationen, die Sie bei Ihrem hiesigen Aufenthalt den diesseitigen Akten entnommen haben, wird es Euerer pp. nicht schwer fallen, den türkischen Botschafter davon zu überzeugen, daß ein Zusammengehen der Bulgaren mit Serbien unter den gegenwärtigen Verhältnissen ausgeschlossen ist, und daß es viel näher liegt, daß die Bulgaren, deren russische Sympathien nur noch in der Phantasie russischer Chauvinisten existieren, viel eher in Konstantinopel einen Rückhalt gegen russische Aspirationen, als bei Rußland eine Anlehnung für feindseliges Verhalten gegen die Türkei suchen werden. Dies gilt jedenfalls für die jetzige bulgarische Regierung, deren Beseitigung daher kein türkisches Interesse ist.

---

* Siehe Nr. 2078.

Wir werden unsere Politik der Enthaltung in bulgarischen Angelegenheiten nicht ändern; die Berichtigung tatsächlicher Irrtümer des Sultans über Bulgarien ist dadurch nicht ausgeschlossen, und ich nehme an, daß eine solche Berichtigung am besten durch den Kanal von Rustem an den Sultan gelangt. Rustem Pascha über unser unentwegtes Festhalten an der Tripelallianz aufzuklären, sind Euere pp. nach den hier gewonnenen Eindrücken gleichfalls in der Lage.

Euere pp. sind ferner auch ermächtigt, den Inhalt der Anlage vertraulich Lord Salisbury gegenüber zu verwerten, und diesen über seine Nachrichten und Ansichten bezüglich russischer Absichten auf der Balkanhalbinsel für nahe und entferntere Zukunft, sowie bezüglich des Verhältnisses der verschiedenen Balkanstaaten untereinander zu befragen.

Ihrem gefälligen Bericht sehe ich mit besonderem Interesse entgegen.

Marschall

Nr. 2080

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 66 London, den 30. April 1890

Vorläufige Antwort auf Erlaß Nr. 336 vom 26. d. Mts.*

Im strengsten Vertrauen sagt mir Lord Salisbury, daß die Besorgnisse des Sultans vor Bulgarien nicht ganz unbegründet seien. Die bulgarische Regierung habe kürzlich Herrn Trikupis geheime Eröffnungen bezüglich politischer Verständigung machen lassen, welche von letzterem angeblich abgelehnt worden seien.

Lord Salisbury bittet dringend, diese Mitteilung ganz geheim zu halten.

Hatzfeldt

Nr. 2081

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 352 Berlin, den 2. Mai 1890
Ganz vertraulich [abgegangen am 3. Mai]

Euere pp. beehre ich mich, ergebenst zu bitten, Lord Salisbury unter verbindlichem Dank für seine interessante Mitteilung, die Sie in Ihrem Telegramm Nr. 66 vom 30. v. Mts.** wiedergegeben haben,

---

* Siehe Nr. 2079.
** Siehe Nr. 2080.

zu fragen, ob er uns ermächtigen wolle, seine Mitteilung in Wien streng vertraulich zu verwerten.

Auch hier hatte die Anwesenheit des bulgarischen Agenten Vulkowitsch in Athen, die offiziell mit der Regelung einiger laufenden Angelegenheiten motiviert wurde, die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Eine bestimmte Meldung über den eigentlichen Zweck der Mission des bulgarischen Agenten ist uns aber bisher weder aus Athen noch aus Konstantinopel zugegangen.

An sich ist ein bulgarisch-griechisches Einverständnis wegen der sich widerstreitenden Interessen in Mazedonien wenig wahrscheinlich. Doch würde ein solches für den Dreibund und England insofern keinen Gegenstand der Beunruhigung bilden, als ein antirussisches Bulgarien im Bunde mit dem naturgemäß antislawischen Griechenland voraussichtlich Anlehnung bei Österreich und England suchen und ein nützliches Gegengewicht gegen eine serbisch-montenegrinische Verbrüderung zur Verfolgung der Ziele des Slawentums bilden würde.

Bei den Sympathien, welche die öffentliche Meinung in Italien und speziell Herr Crispi für Griechenland hegen, ist es für die mit Italien gehenden Mächte wichtig, daß Griechenland nicht ins slawische Lager übergeht, wovon es am besten durch ein Zusammengehen mit der derzeitigen bulgarischen Regierung abgehalten werden könnte. Da, wie aus der Mitteilung Lord Salisburys hervorgeht, der Vorschlag von Bulgarien ausging, so kann wohl mit Bestimmtheit angenommen werden, daß bei demselben nur an eine Verständigung zu zweien, also ohne Serbien und Montenegro, gedacht war. Die Ablehnung des bulgarischen Vorschlags seitens Griechenlands drängt aber allerdings den Gedanken auf, daß vielleicht Griechenland bereits nach der slawischen Seite hin gebunden ist und feste Abmachungen mit Serbien und Montenegro — vielleicht unter Rußlands Auspizien — getroffen hat. Von dem serbisch-montenegrinisch-griechischen Bündnis ist in der Presse wiederholt die Rede gewesen. Für das Bestehen eines solchen Bündnisses liegen zwar keine positiven Anhaltspunkte, aber immerhin verschiedene Anzeichen vor. Dahin rechne ich außer der jetzigen Ablehnung der bulgarischen Offerte die längere Anwesenheit des montenegrinischen Ministers Vucovitsch in Belgrad und die griechenfreundliche Haltung, welche Rußland nach vorherigem Schwanken in der kretischen Frage neuerdings eingenommen hat.

Es würde mir von Interesse sein, die Ansicht Euerer pp. und Lord Salisburys über vorstehende Gesichtspunkte kennen zu lernen. Er wird über dieselbe möglicherweise genauere Informationen durch Sir William White haben, der in allen Balkanstaaten und speziell in Griechenland vielfache Beziehungen unterhält.

Unter allen Umständen beweist die Tatsache der bulgarischen Initiative, daß das Fürstentum auf jede Weise dahin drängt, aus seiner jetzigen Lage herauszukommen. Insonderheit dürfte sich die gegen-

wärtige Regierung in Sofia sagen, daß sie nur durch gewisse Konzessionen an die nationalen Aspirationen auf Selbständigkeit sich für die Dauer wird behaupten können. Diese Überzeugung muß die Machthaber in Sofia dazu führen, sich Hülfe und Unterstützung da zu verschaffen, wo sie solche finden — selbst auf die Gefahr eines allgemeinen Konfliktes hin. Ein solcher wäre für uns schon aus militärisch-technischen Gründen im Augenblick unerwünscht.

Wir werden daher dem Gedanken einer bulgarisch-griechischen Annäherung, falls er von irgendeiner Seite wieder aufgenommen werden sollte, nicht unsympathisch gegenüberstehen, bei dem Mangel eines direkten Interesses aber keine Initiative in der Frage ergreifen.

Euerer pp. Ermessen darf ich es anheimstellen, inwieweit und in welcher Form Sie vorstehendes Lord Salisbury gegenüber verwerten wollen.

Euerer pp. gefälligem Bericht über die Eindrücke, die Sie in Ihrer Unterredung mit dem englischen Premierminister gewinnen werden, sehe ich mit besonderem Interesse entgegen.

Marschall

Nr. 2082

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 255 London, den 2. Mai 1890

Den hohen Erlaß Nr. 336, die Beunruhigung des Sultans wegen Bulgarien betreffend*, habe ich nicht unterlassen, Lord Salisbury gegenüber vertraulich zu verwerten.

Aus den Äußerungen des Premierministers hatte ich den bestimmten Eindruck, daß er weder an die Möglichkeit einer politischen Verständigung unter den Balkanstaaten, namentlich Bulgariens und Serbiens, glaubt, noch auch den Fall eines vereinzelten militärischen Vorgehens der Russen gegen Bulgarien als denkbar betrachtet. Er ist der Meinung, welche er mir offen aussprach, daß Rußland, wenn es den Moment der Aktion für gekommen halten sollte, seinen Vorstoß dann direkt auf den Bosporus und Konstantinopel richten wird.

Über das in Konstantinopel angewandte Manöver, den Sultan durch die Vorspiegelung einer Allianz der vier Balkanstaaten einzuschüchtern, zum Vorgehen gegen den Prinzen Ferdinand zu bewegen und der Tripelallianz möglichst zu entfremden, fand ich den Premierminister nur ungenügend informiert. Er hörte mir mit Interesse zu, war auch darüber mit mir einig, daß es wünschenswert sei, den Sultan über

* Siehe Nr. 2079.

den Zweck des Manövers und die Unrichtigkeit der vorgebrachten Angaben möglichst aufzuklären, zeigte aber wenig Hoffnung auf einen wirklichen Erfolg der darauf gerichteten Bemühungen. Nicht nur hegt er selbst eine sehr geringe Meinung vom Sultan, wie ich schon früher wiederholt zu berichten die Ehre hatte, aber es kommt noch hinzu, daß auch Sir William White, wie der Minister mir vertraulich sagte, sich in dieser Hinsicht jetzt ganz entmutigt zeigt und kaum mehr an die Möglichkeit glaubt, eine befriedigende Einwirkung ausüben und den Sultan in die richtige Bahn bringen zu können.

Auch von einer eventuellen Einwirkung in Sofia verspricht sich Lord Salisbury nicht viel und sprach sich dahin aus, daß Herr Stambulow nur wenig lenksam sei und den ihm erteilten Ratschlägen nur geringes Gehör schenke. Im Anschluß hieran teilte mir der Minister streng vertraulich mit, daß Herr Vulcowitsch im Auftrage des bulgarischen Ministers Herrn Tricupis geheime Eröffnungen habe machen lassen, die letzterer angeblich unter dem Hinweis darauf, daß er die guten Beziehungen mit der Türkei noch erhalten müsse, abgelehnt habe. Der Minister ließ dahingestellt, ob Herr Tricupis die volle Wahrheit gesagt und sich wirklich nicht weiter eingelassen habe. Jedenfalls geht nach seiner Meinung aus diesem Vorgang hervor, daß die Besorgnisse des Sultans vor einer feindlichen Haltung Bulgariens nicht ganz unbegründet sind.

Da alle Äußerungen des Premierministers erkennen ließen, daß er die Eventualität eines russischen Vorgehens gegen Konstantinopel als den entscheidenden Punkt in der Zukunft betrachtet, benutzte ich diesen Anlaß, um den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 332 über die militärischen Verhältnisse in der Türkei in geeigneter Weise vertraulich zur Sprache zu bringen. Lord Salisbury verspricht sich auch hierin nicht viel von einer Einwirkung auf den Sultan, von welchem er annimmt, daß namentlich die Angst vor der Unzufriedenheit Rußlands ihn abhält, die Verteidigungsanstalten im Bosporus zu beschleunigen. Der Minister sah aber ein, daß wenigstens ein Versuch gemacht werden müsse, den Sultan zu größerer Tätigkeit auf diesem Gebiete zu bewegen, und ich zweifle nicht, daß er eine entsprechende vertrauliche Mitteilung an Sir William White richten wird.

Im allgemeinen hatte ich den Eindruck, daß der englische Premierminister bei der jetzigen Lage der Dinge im Orient sich von diplomatischen Einwirkungen sowohl in Konstantinopel als auf die kleineren Balkanstaaten wenig verspricht, und daß in seinen Augen beim Eintritt der großen Krisis im Orient doch schließlich alles von der militärischen Aktion derjenigen Staaten abhängen wird, welche sich dann entschlossen zeigen, dem russischen Vorgehen entgegenzutreten. Er ist, wie ich glaube, in seinem Innern auf den Fall vollständig vorbereitet, daß Rußland im entscheidenden Augenblicke ohne weiteres mit Aufbietung aller Kräfte[1] bis Konstantinopel vordringen und den

Sultan mit Gewalt oder auf Grund eines Abkommens nötigen wird, ihm die Verteidigung der Dardanellen einzuräumen. Von diesem Gesichtspunkte aus wies Lord Salisbury schließlich darauf hin, daß die englische Mittelmeerflotte beinahe verdoppelt werde und in Zeit von 48 Stunden vor den Dardanellen erscheinen könnte, deren Forcierung sich nicht als eine Unmöglichkeit darstelle[2].

Ob die englische Regierung sich eintretendenfalls in der Lage finden wird, der Mittelmeerflotte den entsprechenden Befehl zum Vorgehen zu erteilen, wird meines unmaßgeblichen Erachtens in erster Linie davon abhängen, ob Österreich den bestimmten Entschluß zeigt und betätigt, dem Vorgehen Rußlands entgegenzutreten.

P. Hatzfeldt

Bemerkung von Caprivis am Kopf des Schriftstücks:

Wir wollen den militärischen Suppositionen mal näher treten, sie zerfallen dann vielleicht.

Man könnte auch Goltz Pascha mal darüber hören.

Randbemerkungen von Caprivis:

[1] Wie soll es das denn machen? Durch Armenien gehts nicht und mit 16000 Eingeschifften wird man vielleicht landen, aber sich nicht gegen die Türken so lange behaupten können, bis die zurückgeschickten Schiffe der Russen die zweiten 16000 brächten. Rußland kann meines Erachtens das Wagnis einer auf die See basierten Kriegführung nicht unternehmen, es sei denn Griechenland, Bulgarien pp. schlagen a tempo los. Daß aber alle diese Staaten ihre Truppen mobilmachen sollten, ohne daß das vorher gemerkt würde, ist undenkbar.

[2] Von Malta nach den Dardanellen sind rund 600 sm. Eine Flotte müßte lauter über den Durchschnitt schnelle Schiffe haben, um diese Entfernung in 48 Stunden zurückzulegen. Nun sind aber nicht immer alle Schiffe zu Haus, auch haben nicht alle voll Kohlen, dazu die Befehlserteilung und die kleinen Schwierigkeiten, die sich summieren — so wird es wohl erheblich länger dauern als 48 Stunden.

Nr. 2083

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 257 London, den 2. Mai 1890

Ganz vertraulich

Mit Rustem Pascha habe ich kürzlich eine sehr eingehende und ganz vertrauliche Unterhaltung gehabt, in welcher ich Gelegenheit hatte, das mir durch den hohen Erlaß Nr. 336* an die Hand gegebene Material zu verwerten.

Der türkische Botschafter, welcher im Interesse des Sultans nichts so dringend wünscht, als den unbedingten Anschluß desselben an die Tripelallianz, hörte mit großem Interesse zu, als ich ihn ganz ver-

---

* Siehe Nr. 2079.

traulich auf das zur Einschüchterung seines Herrn angewandte Manöver aufmerksam machte und den Irrtum, in welchem der Sultan sich bezüglich Bulgariens befindet, berichtigte, ohne im übrigen mich von der Reserve zu entfernen, die wir stets in der bulgarischen Frage beobachtet haben. Er erwiderte mir, es sei allerdings recht schwer für den Sultan, nach allem, was von bulgarischer Seite seit Jahren gegen ihn geschehen sei, der bulgarischen Regierung Vertrauen entgegenzubringen. Ebenso unmöglich sei es auch, die bulgarischen Wünsche dadurch zu befriedigen, daß die Pforte die Initiative ergreife, um die Anerkennung des Prinzen Ferdinand herbeizuführen, die an dem Widerspruch Rußlands scheitern und dem Sultan daher nur die Unzufriedenheit des Kaisers Alexander, wenn nicht noch Schlimmeres, eintragen würde. Er, Rustem, teile aber vollständig die Meinung, daß die dem Sultan vorgespiegelte Allianz der Balkanstaaten, deren Interessen ganz verschieden und sogar entgegengesetzte seien, niemals eintreten könne, und daß namentlich Bulgarien nicht daran denken könne, sich mit Serbien zu verständigen. Auch das leuchtete dem Botschafter schließlich ein, daß die russischen Sympathien in Bulgarien wesentlich abgenommen haben, und daß die Regierung des Prinzen Ferdinand viel lieber eine Anlehnung bei der Pforte suchen, als sich in die Arme von Rußland werfen würde.

Rustem Pascha versprach mir, sein möglichstes zu tun, um seinen Herrn über den ihm beigebrachten Irrtum aufzuklären.

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung sagte ich meinem türkischen Kollegen, daß ich meinen Aufenthalt in Berlin benutzt hätte, um die von den wichtigsten Punkten eingegangene Berichterstattung im Auswärtigen Amte zu studieren und bei dieser Gelegenheit auch alles, was von und über Konstantinopel seit Monaten vorliege, mit besonderem Interesse zu lesen. Selbstverständlich hätten Euere Exzellenz mir keine Aufträge nach dieser Richtung erteilen können, da dies lediglich Aufgabe meines Kollegen in Konstantinopel sei. Sehr lebhaft hätte ich aber bedauert, daß mir nicht mehr, wie früher, Gelegenheit geboten sei, dem Sultan persönlich und als Freund in seinen Interessen meine Meinung aussprechen zu dürfen.

Hieran anknüpfend hob ich hervor, wie bedauerlich es sei, daß nach allem, was ich hörte, in militärischen Dingen der Eifer wieder erlahmt, die Armeereorganisation verzögert, und namentlich die Ausführung des im Interesse der Verteidigung notwendigen Straßennetzes nach dem Bosporus und der Küste des Schwarzen Meeres so gut wie sistiert sei. Es liege auf der Hand, daß diese Untätigkeit und der noch immer unbefriedigende Zustand der militärischen Verteidigungsanstalten den Sultan nicht nur im Augenblicke der Gefahr wehrlos machen, sondern auch die Freunde, die sich vielleicht seiner annehmen möchten, abschrecken müsse, einem so wenig gerüsteten Alliierten auf eigene Gefahr zu Hülfe zu kommen. Ein so großer Staatsmann

der Sultan auch sei, durch diplomatische Geschicklichkeit allein werde sich eventuell die Gefahr nicht beschwören lassen, während er ganz anders und mit guten Aussichten auf Erfolg auftreten könnte, wenn er sich dabei auch auf eine gute Armee und gut armierte Befestigungen nach allen Seiten stützen könnte. Seine Allianz werde auch selbstverständlich im Werte steigen und gesucht werden, wenn er denjenigen, die eventuell mit ihm gehen möchten, einen festen Rückhalt bieten könne. Hier wisse man ebensogut wie ich, wie es mit den militärischen Dingen in der Türkei bestellt sei, und ich glaubte in der Annahme nicht zu irren, daß die englische Politik zugunsten des Sultans eventuell sehr wesentlich von dem Stande seiner Rüstungen abhängen würde.

Ich fügte schließlich hinzu, daß mich das alles amtlich nichts anginge, daß ich aber mein persönliches Bedauern darüber nicht unterdrücken könnte.

Rustem Pascha teilte vollständig die von mir entwickelte Auffassung und sprach sich ganz vertraulich dahin aus, die Untätigkeit auf militärischem Gebiet, namentlich soweit es sich um die Verteidigung des Bosporus handle, werde sich leider dadurch erklären, daß dies dem Sultan als eine gefährliche Provokation Rußlands dargestellt worden sei[1], welche die Katastrophe, die vermieden werden solle, nur noch beschleunigen würde. Diese Argumente würden beim Sultan noch durch den Hinweis verstärkt, daß die anderen Mächte es sorgfältig vermieden, sich seiner offen anzunehmen und ihm für kommende Fälle ihre Hülfe zuzusagen. Jenen Bemühungen würden nach seiner, des Botschafters, Überzeugung mit einem Male der Boden entzogen werden, wenn, wie er es immer gewünscht habe, dem Sultan der formelle Beitritt zur Tripelallianz angeboten oder wenigstens der Abschluß von Verträgen mit den einzelnen Mächten angeboten würde[2], welche ihm eine sichere Garantie gegen russische Vergewaltigung bieten könnten.

Auf eine nähere Erörterung dieser Frage glaubte ich mich nicht einlassen zu dürfen.

Als ich schließlich wiederholte, daß meine Äußerungen nur durch mein persönliches Interesse für den Sultan eingegeben seien und daher von unseren freundschaftlichen Beziehungen erwartete, daß Rustem in seiner Berichterstattung keinen Gebrauch davon machen würde, sagte derselbe dies ausdrücklich zu. Ich stellte ihm dagegen frei, wenn er Gelegenheit dazu habe, meinen rein persönlichen und freundschaftlichen Rat zur direkten Kenntnis des Sultans zu bringen.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen des Freiherrn von Marschall:
[1] Ist auch von unserer Seite geschehen.
[2] können wir meines Erachtens nicht.

Nr. 2084

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 136 St. Petersburg, den 1. Mai 1890

Als Anfang März d. Js. Fürst Lobanow und Graf Schuwalow in St. Petersburg zusammentrafen, benutzte Herr von Giers diese Gelegenheit, um die bulgarische Frage zum Gegenstande eingehender Besprechung mit beiden Botschaftern zu machen; auf deren Wunsch faßte er dann das Ergebnis seiner Betrachtungen in ein Schriftstück zusammen, welches er ihnen als Direktive mitgab.

Der Herr Minister hat hierüber schon öfters mit mir gesprochen, aber erst heute deutete er mir an, inwiefern Rußland seine Forderungen noch tiefer herabgestimmt hat als in seinem letzten uns bekanntgewordenen Programm.

Dieses lautete, wie ich Euerer Exzellenz in Kürze aus meinen Berichten Nr. 32 vom 30. Januar 1888 und Nr. 61 vom 24. Februar desselben Jahres zu resümieren mir gestatte, ungefähr wie folgt:

Der Berliner Vertrag gilt als Grundlage der Ordnung auf der Balkanhalbinsel; unter diesem Gesichtspunkt hat Rußland die Ereignisse betrachtet, welche sich seit der Abdikation des ersten Fürsten von Bulgarien dort zugetragen haben; auch hat die russische Regierung von Anfang an erklärt, daß sie den Prinzen von Koburg nicht als gesetzmäßigen Machthaber anzuerkennen vermöge; sie hat dies dem Berliner Kabinett ausgesprochen und hat versucht, auch die anderen Mächte zu bestimmen, sich in gleichem Sinne in Konstantinopel zu erklären, damit der Sultan bewogen werde, den Bulgaren zu notifizieren, daß die Persönlichkeit, welche sich den Titel ihres Fürsten anmaßt, ein Usurpator ist.

Rußland wird keine gewaltsamen Unternehmungen, die auf den Sturz des Prinzen Ferdinand gerichtet sind, ermutigen oder unterstützen, wenn aber der Prinz im natürlichen Laufe der Dinge entfernt wird, dann verlangt es, daß die Bulgaren eine Deputation nach St. Petersburg senden, um es Seiner Majestät dem Kaiser Alexander zu ermöglichen, daß er ihnen sein Wohlwollen wieder zuwende. Rußland wird ihnen dann weder einen Thronkandidaten, noch russische Minister, Beamte oder Generale aufdrängen; sie können zum Fürsten wählen, wen sie wollen, nur nicht den Prinzen Alexander von Battenberg, noch einen Katholiken.

„Alles kommt darauf an", sagte mir damals Herr von Giers, daß die Deputation hier erscheine; wir werden dann les bras croisés zusehen, wie sich die Dinge weiter entwickeln; Sie können überzeugt sein, daß, wenn erst dasjenige, was beleidigend für Rußland ist, beseitigt wurde, die Gesamtlage eine viel ruhigere werden wird." Gleich-

zeitig erklärte der Herr Minister, daß Rußland die Wahl eines Montenegriners oder eines Karageorgewitsch nicht begünstigen werde.

Eine spätere Kundgebung von russischer Seite erfolgte in der Audienz, welche Seine Majestät der Kaiser dem Herrn Dragan Zankow Ende Januar 1889 erteilte; höchstderselbe versicherte, daß er dem Volke, welches seinem Vater die Befreiung verdanke, gleiches Wohlwollen wie der Hochselige bewahre und ihm um so lebhaftere Teilnahme zuwende, als dort jetzt sogar die heilige Kirche mit Füßen getreten werde; er zweifle nicht daran, daß die Bulgaren allmählich zur Vernunft kommen würden; bis dahin werde Rußland in seiner jetzigen abwartenden Haltung verharren; Thronkandidaten wolle er nicht bezeichnen und ihre Fürstenwahl nicht einschränken.

Jetzt nun bleibt freilich die Entfernung des Prinzen Ferdinand als Vorbedingung bestehen, weil der Zar hierin persönlich engagiert ist; aber von der Entsendung einer Deputation, von der Wahl eines russischen Kandidaten, wie etwa des Herzogs Georg von Leuchtenberg oder eines anderen Untertanen des Kaisers und von der Entsendung russischer Generale oder Instruktoren soll nicht mehr die Rede sein.

Herr von Giers sprach mir sogar heute unumwunden aus, daß Rußland gegen einen dem Wiener Kabinett erwünschten Thronkandidaten, etwa einen deutschen evangelischen Prinzen, nichts einwenden würde; nach der Einsetzung eines solchen würde Rußland seine Beziehungen zur neuen bulgarischen Regierung genau ebenso einrichten wie die anderen europäischen Mächte.

Es sei schade, so fuhr Herr von Giers fort, daß Graf Kálnoky auf nichts, was ihm Fürst Lobanow in diesem Sinne über Bulgarien sage, hören wolle; für den österreichisch-ungarischen Minister sei Herr Stambulow ein Cato, Prinz Ferdinand ein weiser Fürst und Bulgarien ein Musterstaat.

„Und doch," so schloß der russische Herr Minister, „und doch wäre es so gut, wenn die bulgarische Gefahr durch Einverständnis beseitigt werden könnte; wenn diese Angelegenheit erst geregelt sein wird, dann sehe ich kein Hindernis, daß Österreich-Ungarn mit Ihnen und mit uns die feste monarchische Verbindung der drei Kaiser so, wie sie früher bestand, wieder herstelle."

Nach meinem ehrerbietigen Dafürhalten kann nun freilich vom Grafen Kálnoky nicht erwartet werden, daß er die Hand dazu biete, jetzt, nach erfolgter Umwälzung in Serbien*, in Bulgarien eine Regie-

---

* Gemeint ist die im März 1889 erfolgte Abdankung König Milans zugunsten seines minderjährigen Sohnes Alexander und die Einsetzung einer Regentschaft unter Ristitsch, die eine russenfreundliche Orientierung der serbischen Politik zur Folge hatte. Vergeblich hatte Kaiser Wilhelm II. versucht, durch ein von Herbert Bismarck entworfenes Schreiben vom 13. Januar 1889, das an das Pflichtgefühl Milans appellierte, diesen von seinen Abdankungsplänen zurückzubringen.

rung zu beseitigen, welche, obwohl sie ungesetzlich ist, doch Gesetz und Ordnung schützt. Wie leicht könnte während des Fürstenwechsels die Macht in die Hände von Leuten fallen, welche dieselbe in gleichem Sinne wie die Werkzeuge Rußlands in Belgrad ausüben würden! Dennoch glaubte ich hervorheben zu dürfen, daß die erwähnte, den Botschaftern in Berlin und Wien erteilte geheime Instruktion die Verständigung über den Nachfolger des Prinzen Ferdinand erheblich erleichtern wird, für den Fall, daß letzterer auf die eine oder die andere Weise bewogen werden sollte, Sofia zu verlassen.

v. Schweinitz

Nr. 2085

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Kiderlen

Eigenhändig

Bisherige Haltung Deutschlands gegenüber der russischen Politik in Bulgarien.

Berlin, den 6. Mai 1890

Fürst Bismarck hatte den Grundsatz aufgestellt, nach dem Geist, wenn auch nicht dem Wortlaut des Berliner Vertrags, gehöre Bulgarien zu der russischen, Serbien zu der österreichischen „Interessensphäre“; Deutschland werde eben deshalb die russischen Wünsche in Bulgarien, die österreichischen in Serbien unterstützen*.

Dieser Gedanke der „Interessenteilung“ ist sowohl in Wien als in St. Petersburg häufig mitgeteilt worden, und der Fürst hat stets an demselben festgehalten, obgleich weder Rußland noch Österreich dessen Berechtigung jemals anerkannt haben, soweit es sich um die Interessensphäre des andern handelte.

Auf Grund dieses Gedankens hat nun Fürst Bismarck stets erklärt, er werde russische Wünsche bezüglich Bulgariens unterstützen, aber nicht eine den russischen Wünschen entsprechende Initiative ergreifen.

Er verlangte deshalb, um seine Unterstützung eintreten zu lassen, daß Rußland zuerst selbst seine Wünsche bei den andern Mächten geltend mache, dann amtlich und schriftlich um die deutsche Unterstützung der russischen Initiative bitte.

Die Unterstützung werde dann gewährt, soweit Rußlands Anträge dem Berliner Vertrage, resp. der ihm von dem Fürsten gegebenen Auslegung entsprechen.

Diese Unterstützung — so hat Fürst Bismarck öfters wiederholt — werde gewährt, nicht, um Rußlands Gunst zu erwerben oder Gegendienste zu erhalten. „Wo unterstützt denn Rußland deutsche Wünsche?“ Unsere diplomatische Unterstützung in Bulgarien

* Vgl. Bd. V, Kap. XXX, Nr. 972, Seite 37 und Fußnote.

werde Rußland vielmehr nur gewährt, weil der Fürst dies als dem Geist des Berliner Vertrags entsprechend erachte. Einen Dank für unsere bisherige Unterstützung hätten wir weder erwartet noch erhalten.

Diese Grundsätze wandte der Fürst strikte an, als im August und September 1887 nach russischem Wunsch ein russischer und ein türkischer haut commissaire die Lage der Dinge in Bulgarien in Ordnung bringen sollten*. Nach langem Zaudern entschloß sich Rußland, selbst den Antrag in Konstantinopel zu stellen und formell um unsere Unterstützung zu bitten. Diese wurde gewährt, und die Pforte nahm den russischen Antrag an. Nun sollte derselbe auch bei den andern Mächten angebracht werden; man suchte dabei Deutschland vorzuschieben. Der Fürst erklärte rundweg, die Pforte solle in Wien, London etc. ihrerseits den Antrag stellen, dann Rußland ihn in erster Linie unterstützen und, wenn dies geschehen, würden wir uns anschließen; da sich weder Russen noch Türken dazu entschlossen, fiel die Sache ins Wasser.

Dies hatte Fürst Bismarck jedenfalls vorausgesehen, denn der ganze russische haut-commissaire-Vorschlag war so in sich totgeboren, daß wir nie ernstlich an seinen Erfolg glauben konnten.

Im Dezember 1887 und Januar 1888 verlangten die Russen auf einmal, der Sultan solle feierlich die — von niemanden bestrittene — illégalité des Prinzen von Koburg als Fürsten von Bulgarien erklären. Unsere Unterstützung wurde wieder unter der Bedingung amtlichen und schriftlichen russischen Antrags zugesagt. Um diesen suchten sich die Russen in jeder Weise herumzudrücken. Erst versuchten Schuwalow und Murawiew es mit mündlicher vertraulicher Bitte, dann mit Verbalnote, dann durch Mitteilung der Abschrift eines Gierschen Telegramms. Es wurde aber auf Verlangen formellen „nachträglich nicht abzuleugnenden“ Antrags beharrt**. Da kam dieser endlich, wir unterstützten die Russen bei der Pforte, diese tat den gewünschten Schritt und — in Bulgarien blieb natürlich alles beim alten.

Als gleichzeitig im Januar 1888 von den russischen Kandidaten für den bulgarischen Thron die Rede war, und dabei der Fürst von Montenegro und Karageorgewitsch genannt wurden, erklärte Fürst Bismarck, bei aller Gefälligkeit gegen Rußland könnten wir so „aggressive“ Kandidaturen nicht unterstützen.

Ohne die vorstehend, auf Grund des aktenmäßigen Materials entwickelte bisherige Haltung Deutschlands grundsätzlich zu verlassen, und ohne auffällige Unfreundlichkeit gegen Rußland kann daher folgendes geschehen:

---

* Vgl. Bd. V, Kap. XXXIII.

** Vgl. Bd. V, Kap. XXXIII, Nr. 1057, 1058, 1059.

1. Die Andeutungen des Herrn von Giers gegen Herrn von Schweinitz können vollständig unbeachtet bleiben. Hat Herr von Giers uns Wünsche vorzutragen, so kann und muß er damit den hiesigen russischen Botschafter amtlich beauftragen.

2. Sollte uns Graf Schuwalow einen betreffenden amtlichen Wunsch vortragen, so kann ihm erwidert werden:

Nach unsern ihm bekannten Grundsätzen könnten wir nur russische Anträge, nachdem sie bereits bei dem oder den betreffenden Kabinetten gestellt seien, unterstützen. In Wien würde aber ein russischer Antrag wegen Bulgariens bei dem anerkannten Interesse Rußlands an Bulgarien nicht verletzen können. Unsere Unterstützung könnte aber die Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg nur erschweren. Einmal würde unsere Einmischung in Wien unangenehm berühren, weil wir eingestandenermaßen in Bulgarien keine direkten Interessen haben. Zweitens aber sei in Wien ebenso wie in Petersburg bekannt, daß unsere Unterstützung bulgarischer Wünsche Rußlands auf der Fiktion der „Teilung der Interessensphären" beruhe, wonach Rußland in Bulgarien, Österreich in Serbien der dominierende Einfluß zustehe. Nun liege es nahe, daß uns Österreich, wenn wir in Wien russische Wünsche bezüglich Bulgariens vertreten würden, das Ansinnen stellte, österreichische Wünsche betreffs Serbiens in Petersburg zu vertreten. Angesichts der Vorgänge in Serbien seit König Milans Abgang würde es an Stoff zu solchen Wünschen nicht fehlen. Einem solchen österreichischen Ansinnen könnten wir uns dann nicht entziehen, wenn wir soeben einem auf der gleichen Basis ruhenden russischen Antrage wegen Bulgariens stattgegeben hätten. Wir würden dann in Petersburg ebenso anstoßen wie in Wien. Wir würden damit uns selbst zwei gute Freunde entfremden, deren griefs gegeneinander nur verschärfen und vor allem die Aufrollung einer Reihe von Fragen herbeiführen, deren Anregung uns im Interesse der guten Beziehungen der Mächte untereinander nicht erwünscht erscheine. Bei einem direkten russisch-österreichischen Ideenaustausch würde alles das wegfallen; wir erwarteten von einem solchen das Beste und würden zu allem, über was sich Rußland und Österreich verständigt haben würden, unsern Segen geben.

Zum Schluß sei hinsichtlich der Ausführung der etwa wegen Bulgariens zu fassenden Beschlüsse noch folgendes ehrerbietigst bemerkt:

Wir haben stets daran festgehalten, daß der Pforte zur Intervention in Ostrumelien das Recht ausdrücklich im Vertrage gewahrt sei, daß ihr aber auch ein Einrücken nach Bulgarien, wenn letzterer Staat den Vertrag verletze, nicht gewehrt werden könne. Auf eine russische Anzapfung, was wir zu einem russischen gewaltsamen Vorgehen gegen Bulgarien — etwa mit einem Mandat der Pforte — sagen würden, ist schon Anfang 87 erwidert worden, wir würden uns

demselben nicht widersetzen, wüßten aber nicht und könnten namentlich keine Garantie dafür übernehmen, was die andern Mächte tun würden.

Kiderlen

Nr. 2086

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Entzifferung

Nr. 267 London, den 8. Mai 1890

Ganz vertraulich

Antwort auf Erlaß Nr. 352 vom 2. d. Mts.*.

Gestern habe ich in eingehender streng vertraulicher Unterhaltung die Situation im Orient auf Grund des mir übersandten Materials mit Lord Salisbury besprochen, indem ich dabei wiederholt in den Vordergrund stellte, daß wir fortgesetzt vor allem die Erhaltung des europäischen Friedens im Auge hätten. Ich fand darin, wie ich erwartete, die lebhafte Zustimmung des Ministers, welcher, um mit der hiesigen öffentlichen Meinung in Übereinstimmung zu bleiben, davon ausgeht, das alles vermieden werden muß, was den Eintritt einer Krisis im Orient und die damit zusammenhängende Störung des europäischen Friedens provozieren oder beschleunigen könnte.

Im allgemeinen ist der Premierminister der Meinung, daß der entscheidende Punkt die Entwickelung der Dinge in Bulgarien ist, und daß dagegen alles, was in Griechenland, Serbien und Montenegro oder zwischen diesen Staaten vorgehen mag, in den Hintergrund tritt. Er hält Bulgarien für den einzigen militärisch wichtigen und zu fürchtenden Faktor unter den kleineren Balkanstaaten und glaubt daher, daß die Frage, auf welcher Seite das militärische Gewicht desselben zur Verwendung kommen wird, auch für das Vorgehen Rußlands entscheidend sein muß. Nach dieser Auffassung würde der etwaige Sturz des Prinzen Ferdinand, und namentlich des Herrn Stambulow, wenn beide sich wirklich nicht länger halten könnten, eine bedenkliche Situation herbeiführen, weil Rußland, welches jetzt schon einen mehr oder weniger entscheidenden Einfluß in Serbien und Montenegro ausübe und vielleicht mit Hülfe von Bulgarien auch Rumänien zu paralysieren vermöge, die Lage Österreichs wie auch des Sultans dann für ungünstig genug halten könnte, um sich zum direkten Vorgehen gegen Konstantinopel zu entschließen.

Ich muß gleich hinzufügen, daß Lord Salisbury nur in dem Falle, daß der Sturz des Prinzen Ferdinand Bulgarien in die Arme Ruß-

* Siehe Nr. 2081.

lands treibt, an jenes direkte Vorgehen gegen Konstantinopel glauben will. Im allgemeinen hat man, wie er annimmt, in St. Petersburg längst eingesehen, daß der Weg nach Konstantinopel über Wien führt, und würde an dieser Auffassung voraussichtlich festhalten, solange in Bulgarien keine für Rußland günstige Änderung eintritt. Sollte letzteres den Moment der Aktion einmal für gekommen halten, ohne Bulgariens noch sicher zu sein, so würde sich hiernach der Vorstoß in erster Linie gegen Galizien richten müssen.

Für so wichtig Lord Salisbury die Erhaltung des jetzigen Zustandes in Sofia mit Rücksicht auf die Eventualität eines direkten Vorgehens der Russen gegen Konstantinopel hält, so ist er doch bis jetzt keineswegs mit sich einig darüber, ob und was mit Aussicht auf Erfolg und ohne ernste Bedenken geschehen könnte, um den jetzigen der Erhaltung des Friedens günstigen Zustand in Bulgarien zu befestigen und die dortige Regierung vor gefährlichen Seitensprüngen zu bewahren. Er sieht nur zwei Punkte, in welchen Herrn Stambulow geholfen werden könnte: die Anerkennung des Prinzen durch die Mächte mit Ausnahme von Rußland und Frankreich und die Unabhängigkeit Bulgariens. Beides erscheint ihm außerordentlich gefährlich, das erstere, weil Rußland darin eine direkte und wahrscheinlich unerträgliche Provokation erblicken, das zweite, weil es den Sultan verletzen und vielleicht noch mehr nach der russischen Seite drängen würde.

Lord Salisbury, welcher, wie schon gemeldet, an die bulgarischen Eröffnungen in Athen* nicht mehr glaubt, will sich jedoch die Frage, was in bezug auf Bulgarien geschehen könnte, noch ernstlich überlegen und dann weiter mit mir besprechen.

Das Verhalten der anderen kleinen Balkanstaaten erscheint dem Minister an sich nicht von großer Wichtigkeit, teils weil er sie, wie namentlich Griechenland, militärisch für relativ unbedeutend hält, teils weil er annimmt, daß die Stärke des den Bestrebungen derselben gegenüberstehenden Panslawismus, wobei er namentlich auch die Albanesen im Auge hat, unterschätzt wird. Er glaubt auch nicht an eine ernstliche Möglichkeit politischer gegen die Türkei gerichteter Verständigung Montenegros, Serbiens und Griechenlands, wovon das letztere sich auch schwerlich mit Rußland im Orient verständigen könnte. Ebensowenig leuchtet ihm bis jetzt ein, daß die etwaige Aussicht, Kreta zu erhalten, was übrigens vom Sultan schwerlich vor dem Ausbruch des Krieges gütlich zu erwirken wäre, auf die griechische Politik einen bestimmenden Einfluß ausüben würde. Im großen und ganzen neigt der Minister daher zu der Auffassung bezüglich der kleineren Balkanstaaten, daß sich vorläufig noch ruhiges Abwarten und Beobachtung ihrer Bewegungen empfehle.

Von besonderer Wichtigkeit erscheinen mir diesmal die vertrau-

* Vgl. Nr. 2080.

lichen Äußerungen des Ministers über die Lage der Dinge in der Türkei. Vom Sultan erwartet er, wie Euerer Exzellenz bekannt, sehr wenig, namentlich nicht, daß derselbe sich militärisch auf die Krisis vorbereiten und nach dem Schwarzen Meer hin gegen russisches Vorgehen befestigen werde. Als hierbei die Frage zwischen uns auftauchte, was beim Eintritt einer solchen Krisis geschehen könne, sagt Lord Salisbury: „Wenn er uns ruft, werden wir kommen, mehr können wir nicht tun." Ich erwiderte: „Kann ich diese Äußerung melden, und wie denken Sie sich das? Wie stellt sich in Ihren Augen die Sache, falls der Sultan durch etwaiges rasches Vorgehen der Russen materiell verhindert ist, Ihre Hülfe ausdrücklich nachzusuchen?" Lord Salisbury erwiderte: „Meine Äußerung können Sie in Berlin verwerten. Wir sind vertragsmäßig verpflichtet zu kommen, wenn der Sultan uns ruft." Er verbreitete sich nun über die Schwierigkeiten, die der Wirksamkeit englischer Hülfsleistung durch die Befestigung und Armierung der Dardanellen bereitet werden, und fügte zuletzt hinzu: „Zu dieser gegen uns gerichteten Befestigung hat sich der Sultan seinerzeit durch Ratschläge aus Berlin bestimmen lassen*. Das ist aber der wichtigste Punkt für die Entwickelung der Dinge. Wollen Sie unserem gemeinschaftlichen Interesse einem russischen Vorgehen gegenüber ernstlich nützen, so würde dies dadurch geschehen, daß Sie jene Ratschläge rückgängig machen und nach Möglichkeit dafür sorgen, daß wir eventuell die Tür nicht verschlossen finden."

Schließlich bestätigten die Äußerungen des Ministers auch diesmal den mehrfach von mir gemeldeten Eindruck, daß die Entschlüsse des englischen Kabinetts vor allem von der eventuellen Haltung Österreichs abhängen werden.

Ich darf mir weitere Berichterstattung durch Feldjäger nach nächster Unterhaltung mit Lord Salisbury in einigen Tagen vorbehalten.

Hatzfeldt

Nr. 2087

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Caprivi

Eigenhändig

Berlin, den 11. Mai 1890

Bemerkungen zum Telegramm des Grafen Hatzfeldt Nr. 267**.

Ich bin mit Lord Salisbury darin völlig einer Meinung, daß für Rußland der Weg nach Konstantinopel über Wien geht. Rußland kann, wenn es diese Ansicht teilt, entweder Händel mit Österreich suchen, die in Galizien auszufechten wären, und dabei sich auf der Balkan-

* Vgl. Bd. IV, Kap. XXII, Nr. 767, 770, 772.
** Siehe Nr. 2086.

halbinsel fürs erste aller weiterer Unternehmungen enthalten — oder es kann die ersten Schritte in Bulgarien oder gegen Konstantinopel tun und daraus sich den Krieg mit Österreich entwickeln lassen. Militärisch wäre der erstere Weg der richtigere, denn er gestattet die Vereinigung aller russischen Kräfte da, wo die Entscheidung liegen wird: an Rußlands Westgrenze. Verläuft da der Krieg für seine Waffen günstig, so fällt ihm Bulgarien, und mehr, als reife Frucht fast opferlos in den Schoß. Verläuft der Krieg an der Westgrenze aber für Rußland ungünstig, so ist es genötigt, die im Anfang etwa auf der Balkanhalbinsel verwandten Kräfte auf den westlichen, den Hauptkriegsschauplatz, heranzuziehen. Die definitive Entscheidung auf dem Hauptkriegsschauplatz entscheidet über die militärisch unbedeutenderen Aktionsfelder immer mit.

Auch politisch scheint mir eine Eröffnung des Krieges direkt gegen Österreich für Rußland das richtigere. Daß dabei eine Teilnahme Deutschlands nicht zu umgehen ist, muß sich Rußland sagen, aber über lang oder kurz ist die gar nicht zu umgehen, und selbst wenn Rußland den Krieg auf der Balkanhalbinsel eröffnete, muß es uns gegenüber seine Truppen in Polen und im Wilnaschen stehen lassen, weil es unserer Ruhe nicht sicher ist.

Überdies können die Streitkräfte Rumäniens, Bulgariens, der Türkei und der anderen Balkanstaaten für Rußland fast ganz außer Berechnung bleiben, wenn es direkt mit Österreich anbindet, während, wenn der erste Schritt am Balkan geschähe, jene Streitkräfte, mindestens als unsicher, eine die verwendbaren russischen Heeresteile schwächende Berücksichtigung bedingen würden. Jene Staaten haben eine gewisse Defensivkraft; zu einer Offensive nach Rußland hinein werden sie sich aus militärischen wie politischen Gründen nicht bestimmen lassen. Am ehesten wäre wohl die rumänische Truppe, rein militärisch genommen, so organisiert, daß sie angriffsfähig wäre, aber sie wird nicht früher in solchem Sinne gebraucht werden, als bis Rußland an anderen Stellen Niederlagen erlitten hat, die Rumänen dreister auftreten lassen.

Gibt man zu, daß Österreich in erster Linie auch die Balkanfragen beherrscht, und setzt man voraus, daß Österreich den entschiedenen Willen hat, nicht zu dulden, daß Bulgarien russisch wird oder gar Stambul sich in Zargrad verwandelt, so scheint mir unwahrscheinlich, daß Rußland die Schwäche der Türkei benutzen sollte, um gegen diese direkt oder in Bulgarien den ersten Schlag zu führen.

Rußland hat drei Wege, um militärisch am Balkan Fuß zu fassen. Der erste, der durch Rumänien, führt ohne weiteres zum Kriege mit Österreich und Deutschland. Er ist, mit geringen Kräften eingeschlagen, ungangbar, und würde Österreich und Deutschland in die denkbar beste Position bringen.

Der zweite, durch Armenien, ist mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden und sehr langwierig. Er würde unter allen Umständen den übrigen europäischen Mächten Zeit lassen, zuerst diplomatisch und

dann militärisch jede ihnen zusagende Stellung zu nehmen. Welche das sein würde, kann Rußland im voraus nicht wissen, es muß aber darauf gefaßt sein, daß, wenn seine Truppen nach Monaten bei Skutari erscheinen, eine Lage geschaffen wäre, die ihm die Früchte seiner Bemühungen und Opfer zu pflücken verböte.

Am verführerischsten für Rußland ist der dritte Weg: der zur See. Zweifellos bietet die Küste des Schwarzen Meeres zwischen Warna und dem Bosporus manchen Punkt, der eine Landung größerer Truppenmassen bei gutem Wetter zuläßt. Die zur Durchführung einer solchen Landung verfügbaren russischen maritimen Hülfsmittel sind indes unbedeutend. Schwerlich werden alle im Schwarzen Meere befindlichen russischen Kriegs- und Handelsschiffe mehr wie etwa eine Division von 15 000 Mann aus allen Waffen gleichzeitig befördern können. Man wird dabei auch nicht den Vorteil der Überraschung auf seine Seite bringen können, denn die Kriegsschiffe sind, wenn sie fechten sollen, nicht imstande, gleichzeitig, auch nicht auf kurze Strecken, als Transporter zu dienen, und die Handelsschiffe müssen erst an die zur Einschiffung von Truppen geeigneten Orte gebracht, ihrer etwaigen Frachten entledigt (gelöscht), mit den zum Truppentransport nötigen Einrichtungen versehen und dann auf dem Meere konzentriert werden. Das kann nicht vor sich gehen, ohne daß andere Mächte, wenn sie nur die übliche Aufmerksamkeit anwenden, davon unterrichtet wären.

Wenn aber dieser Schwierigkeiten unerachtet eine Landung in Bulgarien oder nördlich Konstantinopel glückte, ohne auf erheblichen Widerstand zu stoßen, so ist man damit erst am Beginn der ernsteren Schwierigkeiten, vorausgesetzt, daß irgend jemand da ist, sei es Bulgarien oder die Türkei, oder auch Österreich, der gewillt ist, diesen Schlag nicht ruhig hinzunehmen. Eine Division reicht nicht hin, die bulgarischen oder türkischen Kräfte, die dagegen, selbst bei Friedensetatsstärken, in einiger Zeit vereinigt werden können, mit einiger Wahrscheinlichkeit auf Erfolg zu bekämpfen. Sie würde zunächst auf die Defensive angewiesen sein, sich vielleicht nahe dem Meere verschanzen, um weitere Verstärkungen, also in wiederholten Fahrten der Transportflotte zwischen Rußland und der Landungsstelle, abzuwarten. Gelänge es aber auch den russischen Truppen, sich zunächst zu behaupten und dann vorzugehen, so bleibt ihre Lage so lange eine sehr prekäre, als die Möglichkeit, mit österreichischen Truppen zusammenzustoßen, nicht ausgeschlossen ist. Wie schwierig es ist, eine Truppe auf die Dauer schlagfähig zu erhalten, wenn ihre einzige Verbindung mit der Heimat über die See geht, hat der Krimkrieg zur Genüge gezeigt. Hat die allgemeine Benutzung von Dampfschiffen das in etwas erleichtert, so würde hier — im Vergleich mit dem Krimkriege — auf der anderen Seite ins Gewicht fallen, daß die russische Flotte der Herrschaft über das Schwarze Meer auf die Dauer namentlich dann nicht sicher ist, wenn die Türkei von der englischen oder österreichi-

schen Flotte unterstützt würde. Mit solcher Möglichkeit muß Rußland aber rechnen und würde deshalb nicht klug tun, eine weitaussehende, in ihren Folgen unberechenbare Unternehmung seiner Armee auf der Balkanhalbinsel auf die See zu basieren.

Anders läge die Sache, wenn in Bulgarien ein Umschwung einträte, der es vor oder bei der Landung in Rußlands Arme fallen ließe. Verhielten sich außer der Türkei auch Österreich und England dabei ruhig, so böte die Okkupation Bulgariens auf dem Seewege keine Schwierigkeiten. Rußland muß vorziehen, Bulgarien in ein Vasallenverhältnis zu bringen, ohne eigene Truppen dafür einzusetzen, weil diese Truppen gelegentlich in eine prekäre Lage geraten und unterstützungsbedürftig werden könnten. Aber immerhin kann es sich den Besitz Bulgariens recht gut eine Division kosten lassen.

Ebenso ist eine Landung russischer Truppen in oder bei Konstantinopel, wenn man annimmt, daß die Türkei darauf verzichtet, sich zu wehren, und wenn sie ohne Unterstützung bleibt, nur insofern ein Wagnis, als es fraglich bleibt, ob die Voraussetzung von der Widerstandslosigkeit der Türkei zutrifft oder nicht. Am wirksamsten wäre in solcher Absicht ohne Zweifel ein unerwartetes Erscheinen der russischen Gefechts- und Transportflotte vor Konstantinopel. Gelänge es indes, den Sultan rechtzeitig außer Schußweite zu bringen und fände sich ein energischer Mann, der entschlossen wäre, Widerstand zu leisten, so ist eine Transportflotte sowohl bei der Fahrt durch das Feuer der Forts am Bosporus — die Kanonen der dortigen türkischen Werke mögen noch so schlecht sein — als während der Ausschiffung ein so verletzbares Ding, daß sehr wenig dazu gehört, den ganzen Erfolg eines solchen Unternehmens in Frage zu stellen, ganz abgesehen von der Möglichkeit, daß England es geraten fände, sobald die russische Einschiffung bekannt wird, sein Mittelmeergeschwader in Bewegung zu setzen und auch im Marmarameer zu erscheinen. Was ist dann das Schicksal der drei russischen Panzer, der großen Transportflotte und der gelandeten Truppen?

Erhellt hieraus, daß, wenn Rußland den Seeweg benutzen wollte, um die orientalische Frage auf der Balkanhalbinsel direkt ins Rollen zu bringen, an sich die Haltung, welche England einnimmt, von großem Einfluß sein könnte, so reduziert sich dieser Einfluß, sobald England abwarten will, bis es gerufen wird. Es ist die Frage, ob im erschreckten Konstantinopel jemand da sein wird, der den Entschluß faßt, ob man auch nur zu einem Angstschrei das Herz finden wird. Legt England Wert darauf, seinen Einfluß im Mittelmeer zu bewahren, so kann es das meines Erachtens nicht davon abhängig machen, ob der Türke nach Hülfe rufen wird. Es liegt in der türkischen Art, solchen Ruf solange als möglich zurückzuhalten; und wenn er sich zuletzt in die geängstigste Kehle drängt, könnte auch die Hand schon da sein, die den Mund zuhält. Wie mir scheint, sollte England bei den ersten

Spuren von Vorbereitungen zu einer Einschiffung im Schwarzen Meer sein Mittelmeergeschwader den Dardanellen nähern. Die Frage, ob für die Passage dieses Geschwaders die türkischen Befestigungen an den Dardanellen in der Tat ein ernstes Hindernis wären, wäre von seemännischer Seite weiter zu erörtern. Unsre Marinebehörden sind der Ansicht, daß die Küstenbatterien an den Dardanellen nicht imstande sind, die englische Flotte, falls sie entschlossen ist, die Passage zu erzwingen, zurückzuhalten. Selbst wenn — was unter türkischem Regime und bei überraschendem Auftreten Englands nahezu ausgeschlossen ist — Seeminen und Torpedoboote vom Verteidiger ins Spiel gebracht würden, bleibt ein Erfolg der Engländer wahrscheinlich. Mir scheint, daß, wenn die Meerengen in die Hand von Rußland geraten wären, und wenn Italien es dann vielleicht geraten fände, sich mit Rußland und Frankreich zu arrangieren, Englands Ansprüche im Mittelmeer auf das äußerste gefährdet wären. Sollte man um solchen Preis wirklich abwarten wollen, bis man von der Türkei gerufen wird? Nur dann läge die Sache meines Erachtens für England anders, wenn gleichzeitig der Krieg zwischen Frankreich und Italien ausbräche. Dann ist die vornehmste Aufgabe des englischen Mittelmeergeschwaders, sich mit der italienischen Flotte zur Vernichtung der Flotte vor Toulon zu vereinigen. Die Italiener allein werden das schwerlich fertig bekommen, die Österreicher können ihnen dabei nichts helfen. Ist aber die französische Flotte im Mittelmeer entscheidend geschlagen, so hat England den schlimmsten Gegner um die Herrschaft im Mittelmeer aus dem Wege geschafft, die russische Flotte hat dann fürs erste keine Bedeutung mehr für diesen Zweck.

Was uns selbst nun angeht, so meine ich, wir könnten nur dann einen Grund haben, auf die Verbesserung der türkischen Verteidigungsmittel am Bosporus, welche übrigens nach Vollendung der gegenwärtig dort im Bau begriffenen Werke keineswegs mehr unbedeutend sein werden, hinzuwirken, wenn England uns darüber nicht im Zweifel läßt, daß es aus eigener Initiative gegen jeden russischen Landungsversuch auf dem Boden der europäischen Türkei einzuschreiten, fest entschlossen ist. Ohne solche Sicherheit würden wir durch eine Einwirkung in dem erwähnten Sinne die Türkei nur der Gefahr eines russischen Einspruchs gegen jeden ferneren Spatenstich an den Forts aussetzen, wir würden wahrscheinlich die politische Lage der Türkei verschlechtern und das, was wir nicht wollen: den Krieg, näher führen. Wir haben kein Interesse, Rußland am Bosporus zu einem vorzeitigen Entschluß zu reizen, dessen Folgen wir in Polen oder Littauen zu tragen hätten. Haben wir in der Tat seinerzeit Ratschläge gegeben, die zur Befestigung der Dardanellen führten, so ist mir erklärlich, wenn das Lord Salisbury unangenehm empfindet, und ich würde bereit sein, in dieser Richtung nicht weiter auf die Türkei einzuwirken, aber ich würde andrerseits nicht für rätlich halten, ebenso wie früher auf die Befestigung der

Dardanellen jetzt auf die stärkere des Bosporus hinzuwirken; wir würden dadurch nur in dieselbe unangenehme Lage Rußland gegenüber geraten.

Wir werden, wie mir scheint, richtiger tun, zunächst auf Rumänien einzuwirken, daß es seine Befestigungen am Sereth mit Eifer betreibt, um Rußland den Landweg nach Bulgarien, den es für einen orientalischen Krieg im großen Stil gar nicht entbehren kann, impraktikabler zu machen, als unsere guten Beziehungen zu Rußland aufs Spiel zu setzen, um Englands maritime Wege von Hindernissen, die wahrscheinlich nicht so bedeutend sind, als sie scheinen, zu säubern. Wir haben ein direktes Interesse weder in Bulgarien noch in der Türkei wahrzunehmen; unser Vertrag mit Rumänien aber, der uns zu dessen Verteidigung verpflichtet, legt es uns nahe, dahin zu wirken, daß Rumäniens eigene Kraft gesteigert wird. Jeder Schuß am Pruth nötigt uns, an die Gewehre zu gehen und aufzusitzen, während wir eine russische Landung am Südwestufer des Schwarzen Meeres zunächst ruhig mit ansehen können. Englands Interessen haben die umgekehrte Reihenfolge. Uns kann auch eine Umwälzung in Bulgarien kalt lassen, solange sie den allgemeinen Frieden nicht gefährdet. Auch wenn in Bulgarien eine für Rußland günstige Änderung einträte, würde meines Erachtens der Satz, daß der Weg nach Konstantinopel für Rußland über Wien geht, zutreffen, mindestens so lange das deutsch-österreichische Bündnis mit Rumänien besteht. In bezug auf die übrigen kleinen Balkanstaaten teile ich die Ansicht Lord Salisburys: daß sie wenig ins Gewicht fallen.

Schließlich aber fasse ich meine Ansicht dahin zusammen: die Wirksamkeit englischen Auftretens im Orient wird nicht durch die Befestigung der Dardanellen und dergleichen gelähmt, sondern durch den Mangel an militärischer Kraft und entschiedenem zielbewußten Willen. Wenn England seine Aktion einer russischen Landung gegenüber von der Haltung Österreichs abhängig machen will, kommt es sicher zu spät. Wir aber haben kein Interesse, die englischen Kastanien aus dem Feuer zu holen.

v. Caprivi

Nr. 2088

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 386 — Berlin, den 15. Mai 1890
Geheim — [abgegangen am 19. Mai]

Euerer pp. gefälligen Bericht Nr. 267* vom 8. hat dem Herrn Reichskanzler Anlaß zu der in Abschrift hier beigefügten Aufzeich-

* Siehe Nr. 2086.

nung* gegeben. Der Inhalt dieser Aufzeichnung ist zu Euerer pp. ausschließlich persönlicher Information bestimmt.

Die Ansichten Lord Salisburys über die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer russischen Aktion im Orient, wie Euere pp. sie in Ihrem erwähnten Berichte wiedergeben, werden für uns stets von großem Interesse sein, und es ist mir daher erwünscht, wenn Euere pp., sobald Lord Salisbury dazu die Initiative ergreift, die einschlägigen Fragen mit demselben auf Grund Ihrer eigenen Sachkenntnis und des Ihnen von hier gelieferten Materials akademisch durchsprechen. Es bedarf nicht der besonderen Hervorhebung, daß wir andrerseits vermeiden müssen, in England den Eindruck hervorzurufen, als hätten wir neuerdings unsere Politik den orientalischen Fragen gegenüber geändert, insbesondere als wollten wir daselbst aus unserer bisherigen passiven Rolle heraustreten und dabei zugleich England zu irgendwelchen Schritten in jenen Gegenden veranlassen.

Marschall

Nr. 2089

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 276 London, den 14. Mai 1890
Vertraulich

In einem früheren Berichte hatte ich Euerer Exzellenz gemeldet, daß Lord Salisbury in der Befestigung der Dardanellen durch die Türkei Schwierigkeiten zu Ungunsten eines eventuellen Eingreifens der englischen Flotte erblickt und die ursprüngliche Anregung zu der Verstärkung und besseren Armierung dieser Werke auf unsere Initiative in Konstantinopel zurückführt**. Der Premierminister hat mir seitdem gelegentlich noch mitgeteilt, er entsinne sich, im Jahre 1885 mit dem österreich-ungarischen Botschafter Grafen Károlyi den Gegenstand eingehend besprochen zu haben. Graf Károlyi habe ihm damals ausdrückdrücklich zugegeben, daß die Befestigung der Dardanellen auf gemeinschaftliches Drängen der drei Kaiserreiche, Rußland, Österreich und Deutschland, und auf den Rat der im Dienste der Pforte befindlichen deutschen Offiziere erfolgt sei.

Gleichzeitig fügte der Minister hinzu, er erfahre aus St. Petersburg aus sicherer Quelle, daß die russische Regierung eine große Bestellung neuer Kavalleriesättel — angeblich 40 000 — bei dortigen Lieferanten gemacht habe.

P. Hatzfeldt

---

* Siehe Nr. 2087.

** Vgl. das folgende Schriftstück.

Nr. 2090

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 396 Berlin, den 19. Mai 1890

Vertraulich

Euere pp. sind in dem gefälligen Bericht Nr. 276 vom 14. d. Mts.* auf die schon früher gemeldete Äußerung Lord Salisburys zurückgekommen, Deutschland hätte im Jahre 1885 gemeinschaftlich mit Rußland und Österreich der Türkei den erfolgreichen Rat gegeben, die Dardanellen zu befestigen.

Es gibt mir dies Anlaß, die damaligen Euerer pp. teilweise bekannten Vorgänge** kurz zu rekapitulieren.

Als Ende April und Anfang Mai 1885 der Ausbruch eines englisch-russischen Kriegs wegen Afghanistan möglich und sogar wahrscheinlich schien, war für die neutralen Mächte für den Fall, daß jener Krieg nicht zu vermeiden sein sollte, die nächste und wichtigste Frage die, wie sich die Türkei zu einem englisch-russischen Konflikt verhalten werde. Sämtliche neutralen Mächte, nicht bloß die von Lord Salisbury erwähnten drei Kaiserreiche, sondern auch Frankreich und Italien stimmten darin überein, daß nur bei völliger Neutralität der Türkei eine größere Ausdehnung des Krieges und eine eventuelle allgemeine europäische Konflagration vermieden werden könne. In diesem Sinne haben alle erwähnten fünf Mächte dem Sultan zur Neutralität geraten, und derselbe hatte sich dann auch entschlossen, im Falle des Ausbruchs des Kriegs seine Neutralität zu erklären. Damit war aber von selbst für die Türkei die Pflicht gegeben, die Meerengen zu schließen. Es war zwar englischerseits der Versuch gemacht worden, die Neutralitätspflichten der Türkei dahin zu interpretieren, daß die Meerengen den Flotten beider Kriegführenden offen sein müßten, diese Auslegung wurde jedoch allseitig als unhaltbar anerkannt. pp.

Wir haben daher, ebenso wie alle andern Mächte mit Ausnahme Englands, den Sultan darauf aufmerksam gemacht, daß die Türkei mit der Neutralitätserklärung die Pflicht der Schließung der Meerengen übernehme. Einen Rat, dieselben zu befestigen, haben wir nicht erteilt; vielmehr ist, als von anderer Seite die Frage aufgeworfen wurde, ob dem Sultan ein derartiger Rat gegeben werden solle, Herrn von Radowitz unter dem 21. April 1885 die telegraphische Instruktion erteilt worden, „daß dies über die Intentionen des Fürsten Bismarck hinausgehe"***.

---

* Siehe Nr. 2089.

** Siehe Bd. IV, Kap. XXII, Nr. 762 ff.

*** Siehe Bd. IV, Kap. XXII, Nr. 767, Randbemerkung Bismarcks.

Es war dagegen naheliegend, daß der Sultan von selbst sich die Frage vorlegte, wie er sich zu verhalten habe, wenn eine der kriegführenden Mächte seine Neutralität nicht respektieren und den Versuch machen sollte, die Durchfahrt durch die Meerengen zu forcieren. In der Erkenntnis, daß, wenn er nicht in der Lage sei, sich einem solchen Versuch mit Gewalt zu widersetzen, Repressalien von der andern Seite zu gewärtigen sein würden, entsandte er aus eigener Initiative eine Kommission, welche den Stand der Befestigungen an den Dardanellen und am Bosporus prüfen sollte. Der Kommission gehörten unter andern auch die in türkischen Diensten befindlichen preußischen Offiziere von der Goltz und Ristow an. Von der Goltz erstattete über die damalige Rekognoszierung einen Bericht, der im wesentlichen dahin ging, daß „weder die Batterien noch die Torpedosperren eine englische Flotte, welche ernsthaft passieren will, aufhalten könnten". Damals ist für die Befestigungen in der Tat nichts geschehen, und seit der Zeit ist meines Wissens an den Befestigungen des Bosporus mehr gearbeitet worden als an denjenigen der Dardanellen, so daß es schon jetzt fraglich sein dürfte, ob die Befestigungen am Bosporus der schwächeren russischen Schwarzen-Meer-Flotte nicht gefährlicher sein würden als die Dardanellenforts der stärkeren englischen Mittelmeerflotte.

Euere pp. sind ermächtigt, falls Lord Salisbury wieder auf die Sache zu sprechen kommen sollte, von Vorstehendem so viel zu verwerten, als Ihnen nützlich erscheint.

Marschall

Nr. 2091

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 298 London, den 23. Mai 1890
Vertraulich

Den Inhalt des hohen Erlasses vom 19. d. Mts. Nr. 396, die Befestigung der Dardanellen usw. betreffend*, habe ich gegenüber Lord Salisbury unter Bezugnahme auf frühere Unterhaltungen in ganz vertraulicher Weise verwertet. Aus meinen Ausführungen ist es dem Minister von ganz besonderem Interesse gewesen zu ersehen, daß nach unserer Auffassung seit dem Jahre 1885 an den Befestigungen des Bosporus mehr gearbeitet worden ist als an jener der Dardanellen, und daß es demnach für die Engländer relativ leichter sein würde, die Dardanellen zu passieren, als für die Russen durch den Bosporus zu dringen.

---

* Siehe Nr. 2090.

Lord Salisbury hat, wie es scheint, bis jetzt in bezug auf den ersten Punkt das Gegenteil angenommen, während er hinsichtlich des zweiten die Ansicht teilt, daß auch bei dem gegenwärtigen Stande der Befestigung der Dardanellen die Forcierung derselben für die englische Flotte in ihrer heutigen Verfassung keine Unmöglichkeit sein würde. Einen weiteren Wunsch, daß wir unseren Einfluß geltend machen möchten, um England eventuell in Konstantinopel die Passage der Dardanellen zu erleichtern, hat mir Lord Salisbury bei dieser jüngsten Gelegenheit nicht ausgesprochen, und ich habe damit das Thema auch meinerseits fallen lassen.

P. Hatzfeldt

Nr. 2092

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 173 Wien, den 24. Mai 1890

Ich habe den Inhalt des mir mittels hohen Erlasses Nr. 231 vom 7. d. Mts. hochgeneigtest mitgeteilten Berichtes des Generals von Schweinitz vom 1. Mai, Bulgarien betreffend*, dem Grafen Kálnoky gegenüber verwertet.

Er bedankte sich für diese interessante Mitteilung und bemerkte, daß Herr von Giers dem damals als Geschäftsträger fungierenden Baron von Aehrenthal in ganz ähnlicher Weise gesprochen hätte. Seit der Zeit habe er nichts mehr über dieses Thema gehört.

Der Minister will sehr gern glauben, daß weder Herr von Giers noch sein kaiserlicher Herr ihre Absichten auf die Meerengen und mittelbar auf Bulgarien durch einen Krieg erreichen wollen. Es dauere aber dem russischen Minister etwas zu lange, die vielgerühmte Abstinenz zu üben. Der Zweck seiner Eröffnungen sei offenbar, die russische Hand wieder nach Bulgarien hineinzubringen. Dazu würde nun der Weg gewählt, das frühere Programm bis auf die Entfernung des Prinzen Ferdinand fallen zu lassen. Aber ein praktischer Vorschlag liege in den Mitteilungen des Herrn von Giers noch immer nicht.

Als Fürst Lobanow im März d. Js. nach Petersburg reiste, gab ihm Graf Kálnoky den Auftrag, er solle seinem Minister sagen, daß er es für die Erhaltung des Friedens dringend nötig erachtete, das unbestimmte Verhältnis, in welchem sich Bulgarien befände, auf der Basis der Verträge — denn eine andere gäbe es nicht — zu regeln. In dieser ernsten Zeit, wo es sich um die Bedrohung der monarchischen Prinzipien handelte, hätten die großen Monarchien wirklich Bes-

---

* Siehe Nr. 2084.

seres zu tun[1], als sich über solche Lappalien wie Bulgarien und seinen Fürsten zu entzweien.

Diese Sprache habe in St. Petersburg äußerst mißfallen[2] und keine andere Replik nach sich gezogen, als die paar Worte, die Baron Aehrenthal berichtet habe. Seit Fürst Lobanow wieder in Wien eingetroffen, habe er von den Instruktionen nichts merken lassen, von denen Herr von Schweinitz schreibt. Er habe wohl einigemal geäußert, daß die Entfernung des Prinzen von Koburg eine Ehrensache für den Zaren sei, aber sonst nichts gesagt, was wie ein Vorschlag ausgesehen hätte. Diese Sprache würde schon seit zwei Jahren in St. Petersburg geführt; er, Graf Kálnoky, hätte daraus daher nicht ersehen können, ob Fürst Lobanow noch andere Aufträge hätte; die Sprache des Botschafters sei und bleibe übrigens eine recht freundschaftliche.

Die Hinweisung auf das Wiederaufleben des Drei-Kaiser-Verhältnisses sei ja gewiß recht erfreulich; wenn man sich aber erinnere, wie ängstlich der Zar und seine Minister damals gewesen seien, als es sich um die Erneuerung unseres Bündnisses zu Dreien gehandelt, wie der Gedanke der Gemeinsamkeit der monarchischen Interessen in Skierniewice besprochen, von uns und von hier aus weiter gepflegt, aber von Rußland allmählich fallen gelassen wurde*, so mußte man die Überzeugung gewinnen, daß Alexander III. kein rechtes Verständnis für die Pflege dieser großen gemeinsamen Interessen hatte. Ob letzteres jetzt mehr geweckt, könne er, Graf Kálnoky, nicht beurteilen.

Meritorisch beleuchtete der Minister die Frage der Entfernung des Prinzen Ferdinand in folgender Weise. Er warte auch darauf, daß letzterer in der einen oder der anderen Weise bewogen werden sollte, Sofia zu verlassen, par la force des choses, wie die Russen sich auszudrücken belieben.

Der Wiener Hof habe den Prinzen nicht nach Bulgarien geschickt, er halte aber die Ordnung dort aufrecht, was man hier vor allem wünsche, und niemand könne vom hiesigen Hofe verlangen, daß er diesen Usurpator verjage. Durch dessen Entfernung würde ein Vakuum geschaffen werden, wie im Jahre 1886, und diesen Zustand jetzt vielleicht unter erschwerten Umständen wieder heraufzubeschwören, dazu hätte Österreich keinen Beruf.

Ich erinnerte hier an das berühmte Wort Heinrichs IV.: „Paris vaut bien une messe"; wenn dadurch der Friede Europas gesichert werden könnte, so würde dies durch die Entfernung des Prinzen Ferdinand nicht zu teuer bezahlt sein.

Aus der Antwort des Ministers war das tiefe Mißtrauen zu erkennen, welches er in die russische Aufrichtigkeit hat[3]. Aus diesem Grunde machte augenscheinlich die Konzession des Herrn von Giers, Österreich die Wahl eines Thronkandidaten für Bulgarien zu über-

---

* Vgl. Bd. III, Kap. XVIII und XIX, Bd. V, Kap. XXXIV.

lassen, keinen großen Eindruck auf ihn[4]. Ja, wenn man es dort mit der deutschen oder englischen Regierung zu tun hätte, da ließe sich vielleicht über die Sache sprechen. Österreich wolle nichts als ein sich selbst überlassenes Bulgarien; ein russisches Bulgarien könnte es ebensowenig vertragen[5], wie beispielsweise Deutschland ein französisches Belgien[6], ein englisches Holland oder ein russisches Dänemark. Und daß alle Kreuz- und Querzüge der russischen Politik einzig und allein darauf hinausgingen, in Bulgarien wieder zu dominieren, das müsse doch jedes Kind erkennen.

Aus den jüngsten Vorgängen in Serbien könne man ja ersehen, wie schnell, als der österreichfreundliche König sich entfernt hatte, der Platz also leer war, die Russen sich wieder eingenistet hätten.

Wenn Herr Stambulow auch gerade kein Cato, Prinz Ferdinand kein weiser Fürst sei, so hätten beide Männer doch diejenigen Eigenschaften, deren Bulgarien zu seiner Entwickelung bedürfe; und daß letzteres Land ein Musterstaat sei, könne man dreist im Hinblick auf die anderen Balkanstaaten behaupten. Der Bericht des Verwesers des Kaiserlichen Generalkonsulats in Bulgarien vom 12. d. Mts., welchen ich vertraulich verwertete, bestärkte den Minister in diesen seinen Anschauungen der dortigen Verhältnisse. Die Ausführungen des Herrn von Wangenheim gefielen ihm sehr; er lobte deren Gründlichkeit und meinte, sie zeugten von sehr gewissenhaftem Studium der dortigen Verhältnisse; er könne diesen Bericht in allen seinen Teilen unterschreiben.

Noch will ich nicht unerwähnt lassen, daß Graf Kálnoky bemerkte, die jetzt veröffentlichten Äußerungen des Fürsten Bismarck* würden nicht dazu helfen[7], eine Verständigung mit Rußland über Bulgarien zu erleichtern. Denn wenn der größte Staatsmann unserer Zeit dabei bleibe, seine Thesis zu proklamieren, daß Rußland unbestreitbare Rechte[8] auf Bulgarien besitze, so würde dies dazu beitragen, die Russen in dem Wahn zu bestärken, daß dies wirklich der Fall sei. Er, Graf Kálnoky, habe diesen Lehrsatz dem Fürsten gegenüber immer bestritten, sich hierüber aber leider nie mit ihm einigen können. Der Berliner Vertrag enthalte nichts, was diese Ansicht bestätige.

H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja! Das weiß Gott! sehr wahr!
[2] Unglaublich!

---

* Gemeint sind die Äußerungen des Fürsten Bismarck zu dem Korrespondenten der „Nowoje Wremja", Lwow, wiedergegeben in den „Hamburger Nachrichten" vom 20. und 21. Mai 1890. Danach hätte Bismarck u. a. gesagt: „In der orientalischen Frage können weder Österreich noch Rußland fordern, daß wir für sie arbeiten... Was Bulgarien betrifft, so meine ich, daß wir dort noch weniger Interesse als in Konstantinopel haben; im Gegenteil haben wir es immer du côté russe angesehen, und ich habe davon zahlreiche Beweise gegeben." Vgl. J. Penzler, Fürst Bismarck nach seiner Entlassung Bd. I (1897), S. 41.

[3] ist ihm nicht ganz zu verdenken
[4] mit Recht! denn wer auch vorgeschlagen würde, hätte sofort die Panslavisten in Russland gegen sich
[5] da ist doch noch Rumänien da! als Anlehnung für Österreich
[6] stimmt nicht ganz!
[7] stimmt!
[8] insofern als mehrere 100 000 Russen dafür gefallen und verwundet sind, und viele Millionen dafür ausgegeben haben, kann man ein Recht an Bulgarien herauskonstruiren!

Nr. 2093

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 102 Therapia, den 8. Juni 1890

Für das Vorhandensein einer geheimen politischen Verständigung zwischen den Regierungen von Griechenland, Serbien und Montenegro, das in der ausländischen Presse als eine mögliche oder wahrscheinliche Sache besprochen wird, lassen sich ernsthafte Symptome von hier aus nicht erkennen. Doch enthält die Sache einen Kern, über den ich nach vertraulichen Äußerungen des Großwesirs und in Übereinstimmung mit den Eindrücken meines österreichischen Kollegen glaube das Folgende zusammenfassen zu können.

Zweifellos hat bei den Regierungen der drei genannten Länder in letzter Zeit sich für die Behandlung der in verschiedener Richtung und verschiedenem Maße sie interessierenden Fragen der Balkanpolitik, immer mehr der russische Einfluß geltend gemacht, und verfolgen sie dadurch in mancher Hinsicht mehr als zuvor gleiche Anschauungen, ohne deswegen aber in ein engeres Band untereinander schon getreten zu sein oder treten zu wollen. Der Punkt, welcher augenblicklich unter russischer Inspiration den Griechen, Serben und Montenegrinern am meisten gemeinsam geworden, ist eine unfreundliche Haltung gegen die jetzige Regierung von Bulgarien. Das dürfte auch zunächst der Hauptzweck der russischen Einwirkung sein; es ist immerhin schon viel wert, wenn es ein gemeinsames Terrain gibt, auf dem diese Völkerschaften sich entsprechend dem russischen Interesse zusammenfinden. Der Ausgangspunkt zu weiterem Einverständnis ist darin enthalten und die russische Führung auf der Balkanhalbinsel eingeleitet.

Die Frage der möglichen Balkankonföderation dürfte daher, wie ich mir gestatte mit Bezug auf die von dem Kaiserlichen Botschafter in Rom (Erlaß Nr. 100 vom 29. v. Mts.) gemeldete Äußerung des Herrn Crispi* zu bemerken, doch mit großer Reserve, und nicht ohne weiteres

* Die von dem Botschafter Grafen Solms-Sonnenwalde berichtete Äußerung Crispis lautete: „Er habe schon daran gedacht, ob es nicht möglich wäre, eine Kon-

ein solcher Bund als ein „Wall gegen Rußland" zu betrachten sein. Eine solche Auffassung wird jedenfalls hier nicht geteilt. In dem Bericht über die erste Unterredung mit dem Sultan nach meiner Rückkehr (Nr. 72 vom 22. April)* hatte ich mich zu melden beehrt, wie hier schon von russischer Seite in dieser Frage einzuwirken versucht und dem Sultan geraten worden, sich rechtzeitig mit Rußland zu verständigen, damit dessen wachsender Einfluß auf der Balkanhalbinsel sich nicht gegen die Türkei zu richten brauche. Es liegt nicht in der Natur des Sultans, auf allgemeine Erwägungen hin und ohne eine zwingende Notlage, seiner Politik eine bestimmte Richtung zu geben. Deshalb wird er sich auch weiter damit begnügen, diese Verhältnisse zu beobachten, aber ohne Eindruck auf ihn bleiben die russischen Anregungen nicht.

Radowitz

Nr. 2094

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 123 Therapia, den 1. Juli 1890
Geheim

In Verfolg des Berichtes Nr. 104 vom 8. v. Mts. und des hohen Erlasses Nr. 88 vom 19. Mai cr.**, beehre ich mich, anliegend abschriftlich die von dem Obersten Freiherrn von der Goltz mir eingereichte Arbeit über den gegenwärtigen Stand der Befestigungen an den Dardanellen und dem Bosporus, nebst Zeichnungen, gehorsamst vorzulegen.

Am Schlusse seiner Aufzeichnung spricht der genannte Offizier hinsichtlich der praktischen Bedeutung aller türkischen Verteidigungsmaßregeln an den Meerengen für den Kriegs- und Allianzfall die Meinung aus: daß bei eintretendem Kriege immer derjenige hier Herr der Situation sein werde, welcher mit größerer Schnelligkeit und Energie handelt und zuerst vor Konstantinopel erscheint[1]. Dieses militärische

föderation sämtlicher Balkanstaaten nebst Griechenland herbeizuführen, das würde der beste Wall gegen Rußland sein."

* Siehe Nr. 2078.

** Durch Erlaß Nr. 88 vom 29. Mai war Radowitz angewiesen worden, sich von dem Obersten von der Goltz eine übersichtliche Aufzeichnung über die Befestigungen an den Dardanellen und am Bosporus und deren militärischen Wert liefern zu lassen. Zu den Ausführungen von der Goltz', deren wesentlicher Inhalt aus dem obigen Bericht Radowitz' erhellt, bemerkte Reichskanzler von Caprivi: „Ich trete der Ansicht des Obersten von der Goltz durchweg bei und bitte, die Sache ohne Skizzen und ohne den Verfasser zu nennen, nach London und nach Rom mitzuteilen."

Urteil habe ich wiederholt als meines Erachtens allein zutreffend auch für die hiesige politische Zukunftsrechnung auszusprechen mir gestattet. Um so wichtiger erscheint der Zusatz: es bleibe besonders notwendig, daß in solcher Eventualität ein verbündetes Mittelmeergeschwader schon in dem Augenblicke, wo die russischen Truppeneinschiffungen in Odessa und Sebastopol beginnen, bei Tenedos fertig zum Angriffe und zum Einlaufen in die Dardanellen vereinigt sei[2]. —

Radowitz

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
London mitth[eilen]

Nr. 2095

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 376 London, den 16. Juli 1890

Im Laufe der heutigen Unterhaltung mit Lord Salisbury kam auch die Situation in der Türkei zur Sprache. Ich erwähnte dabei Äußerungen Sir William Whites, den ich gestern in Windsor traf, und der sich sehr ungünstig über den Sultan aussprach, mit dem nichts mehr zu machen wäre, da er aus Furcht vor den Russen immer mehr unter ihren Einfluß geriete[1]. Lord Salisbury stimmte in dies Urteil des Botschafters ein und kam gleich auf die Frage der Dardanellen.

Nach seiner Ansicht sind drei Fälle in Zukunft möglich, wenn es zu einer Krisis im Orient kommen sollte:

Entweder fordert der Sultan die Engländer auf, ihm zur Hülfe zu kommen; dann dürfte die Durchfahrt durch die Dardanellen diesen keine Schwierigkeit bieten.

Oder der Sultan verbietet unter russischem Einfluß die Durchfahrt den Engländern und leistet demgemäß militärischen Widerstand; dann dürfte die Passage schwerlich zu forcieren sein[2].

Oder — und dieser Fall scheint dem Premierminister der wahrscheinlichste — der Sultan tut nichts, das heißt, weder ruft er die Engländer, noch leistet er ihnen Widerstand; dann dürfte die Passage wohl zu ermöglichen sein[3].

Mit Bezug hierauf war die Äußerung Lord Salisburys besonders interessant, daß ein Teil[4] der englischen Flotte im Mittelmeer die Instruktion erhalten wird, sich stets so einzurichten, daß sie in 48 Stunden vor den Dardanellen sein kann.

Der Premierminister bemerkte bei dieser Gelegenheit, daß der Sultan im Januar d. Js. drei allerdings nicht armierten russischen Kanonenbooten die Durchfahrt von den Dardanellen nach dem Schwarzen Meere gestattet habe[5]. Da die Armierung dieselben in einem russischen Hafen des Schwarzen Meeres bereits erwartet habe, so würde Rußland, wenn sich dies wiederholen sollte, schließlich eine beliebige Flotte im Schwarzen Meere versammeln können[6]. Er, Lord Salisbury, habe daher gegen dies Verfahren gegenüber russischen Kriegsschiffen in Konstantinopel reklamiert, ohne jedoch bisher eine Antwort erwirkt zu haben.

Schließlich darf ich noch eine vertrauliche Äußerung erwähnen, welche Sir William White mir gestern abend in Windsor machte. Der Botschafter will aus Konstantinopel aus guter Quelle die Nachricht erhalten haben, daß Nelidow demnächst dem Sultan einen Handelsvertrag vorlegen wolle, wonach in Zukunft russischen Transportschiffen[7] die Passage durch die Dardanellen ohne weitere Anfrage gestattet sein würde. Sir William erwartet noch nähere Nachrichten hierüber, welche er mir demnächst mitteilen wird.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wenn White das sagt, ist es immerhin von Bedeutung, da er eine genauer Kenner der Verhältnisse ist.

[2] in der Nacht ganz gut!

[3] Oder die Russen erscheinen plötzlich mit der Schwarzen Meerflotte vor Constantinopel, besetzen dasselbe, und fahren direkt in die Dardanellen, wo sie im Verein mit den Batterien, welche durch erzwungene Befehle vom Sultan aus angewiesen würden den Russen zu helfen = den Engländern das Einlaufen verwehren können, wenn sie nur einen Theil der Mittelmeerflotte hinschicken

[4] wie viel? und von wo?

[5] !

[6] ja

[7] diese könnte[n] nachts sehr leicht eine unvermuthete Landung vornehmen.

Nr. 2096

Der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Holstein an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau

Nr. 48 Berlin, den 17. Juli 1890

Graf Hatzfeldt berichtet, daß, nachdem Sultan wiederholt russischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Meerengen gestattet habe, Lord Salisbury dies in Konstantinopel zur Sprache bringen wolle.

Es ist zunächst hier nicht bekannt, welche Folgerungen der englische Minister daran knüpfen, und ob er insbesondere gegebenenfalls das gleiche Recht für englische Kriegsschiffe in Anspruch nehmen will.

Jedenfalls wollen Ew. pp., wenn um Ihre Ansicht gefragt, tunlichste Zurückhaltung beobachten und über Entwicklung berichten, soweit Sie ohne Anfrage Kenntnis erhalten.

Holstein

Nr. 2097

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Stellvertretenden Staatssekretärs von Holstein

Nr. 577 Berlin, den 31. Juli 1890

Vertraulich

Von Ew. Bericht Nr. 376* habe ich mit besonderem Interesse Kenntnis genommen und denselben Seiner Majestät unterbreitet, allerhöchstwelcher ihn mit zahlreichen Randbemerkungen versehen hat.

Neben den drei Eventualitäten, welche Lord Salisbury hinsichtlich der Dardanellen erwähnt, gibt es noch eine vierte, daß nämlich eine russische Flotte mit Transportschiffen den Bosporus durch Überfall in ihre Gewalt bringt und dann durch militärischen oder durch moralischen Druck, oder durch beides zusammen, bei der Verteidigung der Dardanellen mitwirkt.

Dieser vierte Fall wird dann möglich, wenn der Sultan fortfährt, nichtarmierte russische Kriegsfahrzeuge ins Schwarze Meer hineinzulassen, und wenn in Zukunft russische Transportschiffe ohne Anfrage in die Meerengen einlaufen können. Durch eine derartige Nachgiebigkeit liefert der Sultan den Russen die Mittel, einen erfolgreichen Überfall zu bewerkstelligen.

Für Beurteilung der Zukunft bleibt zunächst abzuwarten, ob es Sir W. White gelingen wird, für seine Zwecke die Ängstlichkeit des Sultans zu verwerten und diesem zu beweisen, daß die Nachgiebigkeit gegen jene russischen Forderungen gefährlicher ist als die Ablehnung. Der Abschluß der bulgarischen Bischofsfrage** hat gezeigt, daß der Sultan nicht so vollständig unter russischem Einflusse steht, wir Sir W. White bisher annahm.

Ew. bitte ich, mich nach Möglichkeit auf dem laufenden zu halten über die in Ihrem Bericht erwähnten Fragen, insbesondere darüber, ob der Sultan russischen Transportschiffen wirklich die Durchfahrt gestattet.

v. Caprivi

---

* Siehe Nr. 2095.

** Am 19. Juli hatte der Sultan auf Ansuchen der bulgarischen Regierung trotz des Widerspruchs des Patriarchen drei bulgarische Bischöfe für Mazedonien ernannt. Über Deutschlands Haltung dazu vgl. die retrospektive Äußerung Graf Hatzfeldts vom 30. Dezember 1893 in Nr. 2143.

Nr. 2098

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt, z. Z. in Osborne, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 194 b — Osborne, den 7. August 1890

Lord Salisbury teilt mir mit, daß er in Konstantinopel gegen die bekannte Durchlassung russischer Schiffe protestieren und dabei die Unterstützung von Italien, Österreich und Deutschland durch die betreffenden englischen Vertreter nachsuchen wolle.

Ich habe ihn vorläufig ganz vertraulich und persönlich darauf aufmerksam gemacht, daß die Beteiligung Deutschlands an einem solchen Schritte schon deshalb nicht ratsam erscheine, weil sie bei unserer eigentümlichen Stellung zu der Frage* in St. Petersburg besonders verletzen und zu Schwierigkeiten führen könnte, die auch ihm, Lord Salisbury, im Interesse des Friedens nicht erwünscht sein würden.

Der Premierminister stellte dies nicht in Abrede, und ich hatte den Eindruck, daß er eine freundschaftliche Reserve unsererseits vollständig verstehen würde. Er hat übrigens, wie er mir schließlich mitteilte, auch die Absicht, auf Grund der den Russen erteilten Erlaubnis auch die freie Durchfahrt für englische Schiffe zu verlangen.

Bitte eventuell um telegraphische Instruktion; Lord Salisbury und ich bleiben bis Sonnabend früh hier; er tritt voraussichtlich künftigen Mittwoch mehrwöchentlichen Urlaub nach einem französischen Bade an.

Hatzfeldt

Nr. 2099

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Privat — Berlin, den 8. August 1890

Das amtliche Telegramm kommt morgen früh.

Wenn Lord Salisbury gleich mit Einspruch anfängt, ist es zweifelhaft, ob er bei so scharfem Vorgehen Italien und Österreich mitkriegt. Das diplomatische Zusammengehen der drei Kabinette, welches eben durch bulgarische und tunesische Frage praktisch geworden ist, wird dadurch wieder gestört.

Besser ist es daher, Salisbury beantragt in Konstantinopel die Durchfahrt eines englischen Kriegsfahrzeugs, weil die Pforte russische Fahrzeuge, die als Kriegsschiffe im Schwarzen Meere dienen sollten und tatsächlich dienen, hat durchfahren lassen. Zugleich schlägt

* Anspielung auf die Haltung, die Deutschland namentlich im Rückversicherungsvertrage in der Dardanellenfrage eingenommen hatte. Vgl. Bd. V, Kap. XXXIV.

Salisbury dem Sultan vor, die befreundeten Kabinette um ihre Ansicht zu fragen. Wien und Rom, von London aus vorher verständigt, werden nicht umhin können, zu erklären, daß gleichartige Behandlung aller Interessenten das Lebensprinzip der Neutralität ist. Selbst wir werden dem zustimmen müssen, obschon wir, entsprechend unsrer allgemeinen Politik, uns möglichst zurückhalten und namentlich uns auf keine einseitige Auslegung des Berliner Vertrages einlassen werden.

Unter der Hand wird die englische Regierung dem Sultan auch zu verstehen geben können, daß dieser Antrag ihm ein Argument liefert, um spätere russische Anträge wegen Durchfahrt ablehnen zu können.

Lord Salisbury ist zur Anregung der Frage Ihnen gegenüber wohl durch die Befürchtung veranlaßt worden, wir würden im entscheidenden Moment uns wieder so stellen wie 1885. Das ist ausgeschlossen, seitdem die Russen ihrerseits die Durchfahrt verlangt und erlangt haben. Was dem einen recht, ist dem andern billig.

Aber bemühen Sie sich, Lord Salisbury zu veranlassen, daß er die Aktion erst anfängt, wenn unser Kaiser aus Rußland zurück ist. Wir wissen bereits, daß die Russen bei dem Besuch eine Besprechung der Meerengenfrage beabsichtigen*. Erlangen werden sie nichts. Aber je akuter die Frage sich in dem Augenblick darstellt, desto schwieriger ist die Lage von Kaiser und Kanzler.

Was den Einspruch anlangt, mit dem Salisbury die Aktion einleiten wollte, so scheint es mir richtig, daß er ihn für den Schluß aufspart, das heißt für den Fall, daß der Sultan den englischen Antrag auf Durchfahrt ablehnt. Dann ergibt sich der Einspruch gleichsam aus dem geschäftlichen Verlauf und hat deshalb einen weniger polemischen Charakter als zu Anfang.

Einzuleiten wäre die Aktion wohl damit, daß durch White und durch Rustem der Sultan vertraulich eine Andeutung über den französischen Teilungsplan von Tripolis erfährt, welcher durch Italiens Ablehnung, vornehmlich aber durch Englands Haltung vereitelt worden ist**.

Holstein

Nr. 2100

Der Reichskanzler von Caprivi an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt, z. Z. in Osborne

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 182 Berlin, den 8. August 1890

Telegramm betreffend Meerengen*** erhalten und mit vorläufiger Antwort Euerer pp. einverstanden.

* Vgl. dazu Bd. VII, Kap. XLIX, Nr. 1609 ff.
** Vgl. dazu Bd. VIII, Kap. LIII B, Nr. 1887 ff.
*** Siehe Nr. 2098.

Zu Ihrer ganz vertraulichen Information und, soweit Ihnen geeignet scheint, als Grundlage Ihrer Besprechungen:

Beteiligung an einem Protest in Konstantinopel, dessen Spitze sich direkt gegen Rußland richten würde, ohne unsere unmittelbaren Interessen zu berühren, würde für uns mit Rücksicht auf Erhaltung friedlicher Beziehungen zu Rußland untunlich, für Österreich im Moment außergewöhnlicher russischer Grenzmanöver in hohem Grade bedenklich sein.

Ich weiß, daß bei Kaiserbesuch in Petersburg uns ebenfalls Erklärungen bezüglich der Meerengen, aber im umgekehrten Sinn, zugemutet werden sollen. Eine vorherige positive Stellungnahme zur Meerengenfrage würde uns freundschaftliche Auseinandersetzung in Petersburg erschweren.

Liegt für uns res integra vor, können wir jede Diskussion in Petersburg mit dem Hinweis darauf abschneiden, daß wir lediglich auf dem Boden der Verträge stehen, deren Auslegung nicht unsere Sache, sondern diejenige der Gesamtheit der vertragschließenden Mächte sei.

Euere pp. deuten in Ihrem Telegramm an, daß Lord Salisbury eventuell auch Durchfahrt für englische Schiffe verlangen werde. Ich kann nicht ermessen, ob England unter Hinweis auf die dem Sultan drohenden Gefahren — jüngstes Verhalten Frankreichs bezüglich Tripolis, Verstärkung der russischen Flotte im Schwarzen Meer etc. — dies allein durchsetzen wird.

Wir werden aber diesem englischen Verlangen die Berechtigung nicht absprechen können, nachdem wir während des Petersburger Kaiserbesuchs unser Festhalten an den Verträgen von 71 und 78 erklärt haben, die jeder Macht hinsichtlich der Meerengen Recht auf gleiche Behandlung zusichern.

Aus diesem Grund wird auch die etwaige Weigrung des Sultans, englische Schiffe durchzulassen, einen Rückschluß auf die Durchfahrt der Schiffe anderer Nationen zulassen.

v. Caprivi

Nr. 2101

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 200 London, den 11. August 1890

Antwort auf Telegramm Nr. 182*.

Lord Salisbury hat das bereits vorbereitete Zirkular an die englischen Vertreter bei den drei Mächten bezüglich Protest in Konstantinopel angehalten und wird Abreise Seiner Majestät des Kaisers von St. Peters-

---

* Siehe Nr. 2100.

burg abwarten. Inzwischen will er in Erwägung ziehen, ob Forderung des Durchlasses für englische Schiffe und etwaige Verweisung des Sultans auf die Interpretation der Verträge durch die befreundeten Mächte dem sofortigen Protest vorzuziehen ist, und mich rechtzeitig von seinem Entschluß hierüber vertraulich benachrichtigen.

Hatzfeldt

Nr. 2102

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 429 London, den 19. August 1890

In einer vertraulichen Unterhaltung mit Sir Philip Currie habe ich mich überzeugt, daß das beabsichtigte Zirkular an die befreundeten Mächte, durch welches dieselben zur Unterstützung des englischen Protestes bezüglich der Dardanellenfrage in Konstantinopel aufgefordert werden sollten, angehalten worden ist, und daß in der Sache vor weiteren Weisungen Lord Salisburys hier nichts unternommen werden wird.

Gleichzeitig habe ich aber aus den vertraulichen Äußerungen des Unterstaatssekretärs, welcher die Frage eingehend mit mir besprach, den Eindruck gehabt, daß er es im englischen Interesse für bedenklich hält, in Konstantinopel auf Grund der angeblich den Russen erteilten Erlaubnis die freie Durchfahrt für englische Kriegsschiffe zu verlangen. Nach seiner Auffassung würde die englische Regierung, wenn sie jene Erlaubnis wirklich erwirken könnte, damit in die Lage kommen, dauernd eine Anzahl von Schiffen im Marmarameer halten zu müssen. Sollte es im Laufe der Zeit zu einer erfolgreichen russischen Pression auf den Sultan und zu einer Besetzung der Dardanellen durch die Russen kommen, so würden jene englischen Schiffe, wenn sie nicht den vereinten Kräften der Russen und Türken vollständig gewachsen wären, voraussichtlich in ernste Gefahr geraten, abgeschnitten und überwältigt zu werden. Einer solchen Gefahr könne sich England nicht aussetzen und müßte also, wenn es diesen Weg betreten wollte, dauernd eine ziemlich starke Flotte jenseits der Dardanellen stationieren, was nicht nur ungeheuere, dem englischen Steuerzahler höchst unerwünschte Kosten verursachen würde, sondern auch in Rußland als eine Provokation betrachtet werden und zu Verwickelungen führen könnte.

Sir Philip Currie fügte hinzu, er nehme dabei an, daß die Pforte wirklich darauf eingehen würde, vollständig armierten englischen Schiffen die Durchfahrt zu gestatten. Viel wahrscheinlicher sei es aber, wenn die englische Forderung nicht überhaupt abgelehnt werde, daß der Sultan sich darauf berufen werde, daß er nur leichten und

nichtarmierten russischen Schiffen den Einlaß bewilligt habe und daher auch England keine weitergehende Konzession gewähren könne. Damit wäre aber hier nichts gewonnen, da die englische Regierung nicht, wie Rußland, in der Lage sei, seine Schiffe nach der Durchfahrt in eigenen Häfen mit aller Bequemlichkeit armieren zu können. England würde also in diesem Falle materiell nichts erreicht, dafür aber den Nachteil haben, daß die russische Regierung jedenfalls versuchen würde, die englische Forderung als eine Anerkennung des Prinzips hinzustellen, daß der Sultan vertragsmäßig befugt sei, nichtarmierten Kriegsschiffen die Durchfahrt nach Belieben zu gestatten.

Nach den vorstehenden Äußerungen des Unterstaatssekretärs erscheint es mir nicht zweifelhaft, daß er, wenn Lord Salisbury, etwa infolge einer erneuten Anregung Sir W. Whites demnächst auf die Frage zurückkommt, sich in diesem Sinne dem Premierminister gegenüber aussprechen und einen englischen Protest bei der Pforte, welcher sich nach seiner Auffassung durch die Verträge motivieren läßt, befürworten wird. Sir Philip Currie nimmt an, daß die Pforte sich dadurch wenigstens so weit würde einschüchtern lassen, daß sie ferneren russischen Anträgen auf Durchlaß eine größere Reserve entgegensetzen würde.

Sollte Lord Salisbury sich schließlich für diese Auffassung entscheiden, so wird damit die Frage in den Vordergrund treten, an welche Mächte er sich mit der Bitte wendet, durch ihre Vertreter in Konstantinopel die englische Auffassung unterstützen zu lassen. Er hat mir gegenüber in unseren vertraulichen Besprechungen bisher nicht verkannt, daß unsere Stellung zur Frage der Meerengen eine schwierige ist, die uns, schon mit Rücksicht auf die Erhaltung des Friedens, in dieser Hinsicht eine größere Reserve auferlegt. Es wird sich also darum handeln, ob er eventuell an dieser Auffassung festhält oder es dennoch für angezeigt erachtet, sich unserer Auffassung und der Haltung, die wir einzunehmen gedenken, zu versichern. Für diesen Fall glaube ich mir die Bitte gestatten zu müssen, mich hochgeneigt mit entsprechenden Instruktionen versehen zu wollen.

P. Hatzfeldt

Nr. 2103

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Reinkonzept

Nr. 640 Berlin, den 31. August 1890

Ganz vertraulich [abgegangen am 1. September]

Nach Euer pp. gefälligem Bericht Nr. 429 vom 19.* scheint das englische Kabinett auf den Gedanken zurückkommen zu wollen, gegen die

* Siehe Nr. 2102.

vom Sultan bewilligte Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Meerengen zu protestieren.

Ich würde ein solches Vorgehen nach verschiedenen Richtungen hin für bedenklich erachten.

Zunächst erscheint es mir sehr zweifelhaft, ob Italien und Österreich-Ungarn geneigt sein werden, sich an einem Schritte in Konstantinopel zu beteiligen, der bei dem Mangel eines unmittelbaren und aktuellen Interesses jener Mächte den Charakter eines direkten feindseligen Vorgehens gegen Rußland tragen und daher notwendig die ohnehin unsichere Lage im Orient verschärfen müßte.

In erhöhtem Maße würde dies für uns gelten, die wir überhaupt keine eigenen Interessen in den Meerengen besitzen und dies stets öffentlich betont haben. Wollte die Kaiserliche Regierung zu einer im Orient zwischen Rußland und England entstehenden Streitfrage direkte Stellung gegen Rußland nehmen, so würde unsere öffentliche Meinung darin mit Recht eine Abweichung von den bewährten Grundsätzen finden, nach welchen bisher die auf die Erhaltung des Friedens gerichtete auswärtige Politik Deutschlands geleitet war, und zwar um so mehr, als wir für eine solche Einmischung nicht einmal ein direktes Interesse unserer nächsten Bundesgenossen anzuführen hätten. Würden aus einem solchen aktiven Vorgehen Deutschlands im Orient Komplikationen entstehen, so müßten wir mit Sicherheit gewärtig sein, die öffentliche Meinung des eigenen Landes gegen uns zu haben. Eine sorgfältige Beachtung der Anschauungen und Stimmungen im Reiche gebietet sich uns aber ganz besonders in dem gegenwärtigen Augenblicke, da die Erregung über den Rücktritt des Fürsten Bismarck noch immer weitere Kreise beherrscht und in einflußreichen Organen der Presse unverhohlen zum Ausdruck gebracht wird.

Wir haben es stets zu würdigen gewußt, wenn Lord Salisbury sich im Hinblick auf die öffentliche Stimmung Englands unseren Wünschen gegenüber zurückhaltender gezeigt hat, als er dies seiner eigenen Überzeugung nach sonst vielleicht für nötig gehalten hätte. Ich bin daher vollkommen überzeugt, daß Euer pp. für die vorstehenden Ausführungen bei dem Herrn Minister ebenfalls volles Verständnis finden werden. Gerade ein englischer Minister wird leicht begreifen, daß wir das bisherige Entgegenkommen, das wir England auf zahlreichen Punkten, wie in Ägypten, in Afrika, im Konflikt mit Portugal* gezeigt haben, schwer vor dem Lande rechtfertigen und, wie es unser fester Wille ist, weiterhin beweisen könnten, wenn wir durch Unterstützung Englands auf einem unseren Interessen fernliegenden Punkte die friedlichen Be-

* Das Vorgehen des portugiesischen Majors Serpa Pinto gegen die Makokolos hatte im Dezember 1889 einen englisch-portugiesischen Konflikt herbeigeführt. Infolge eines englischen Ultimatums mußte die portugiesische Regierung sich, unter prinzipieller Wahrung ihres Standpunkts, unterwerfen. Vgl. „Das Staatsarchiv“ Bd. L.

ziehungen zu unserem mächtigen russischen Nachbar kompromittieren würden. Hierzu kommt noch folgendes: Die Frage, ob der Sultan berechtigt war oder nicht, die russischen Schiffe durchzulassen, ist nach den bestehenden Verträgen zum mindesten zweifelhaft. Eine Auslegung der Verträge in dem jetzt von England gewünschten Sinne würde erschwert durch die Erklärung, welche Lord Salisbury in der 18. Sitzung des Berliner Kongresses (S. 13 des Protokolls Nr. XVIII) abgegeben hat, und durch die englischerseits im Jahre 1885 aufgestellte Theorie, wonach selbst bei Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen England und Rußland der Sultan noch zum Durchlassen fremder Kriegsschiffe ohne Verletzung der Neutralität berechtigt wäre.

Mag nun aber auch zugegeben werden, daß sich die Verträge im Sinne des von England jetzt in Aussicht genommenen Protestes auslegen lassen, so kann doch eine authentische Auslegung der in Betracht kommenden Verträge von 1856 und 1871 immer nur Sache der Gesamtheit der vertragschließenden Mächte sein. Mit diesem Argument haben wir bisher die von der entgegengesetzten Seite an uns herantretenden Wünsche, uns über die Auslegung jener Verträge zu äußern, freundschaftlich abgelehnt. Eine Äußerung über die Berechtigung der jetzigen englischen Auslegung würde uns daher mit uns selbst in Widerspruch bringen.

Auch aus diesem Grunde ist uns eine Beteiligung an dem etwaigen englischen Protest nicht möglich. Ob Italien und Österreich ihn mitmachen würden, erscheint, wie oben schon gesagt, zweifelhaft. Ein vereinzeltes Vorgehen Englands würde aber nach unserer Auffassung lediglich den Eindruck abschwächen, den das bisherige einmütige Zusammengehen der vier befreundeten Mächte in anderen Fragen hervorgebracht hat.

Aber auch in dem Falle, daß England — sei es mit oder ohne Unterstützung Italiens und Österreichs — mit seinem Protest durchdringt, und der Sultan künftig russischen Schiffen den Durchlaß verweigert, würde der Vorteil für die Engländer nur gering sein. Die Russen werden über lang oder kurz imstande sein, in den Häfen des Schwarzen Meeres an Kriegsschiffen zu bauen, was sie dort brauchen. Selbst ein strikte durchgeführtes türkisches Durchfahrtsverbot vermöchte sie daher nicht dauernd zu schädigen; außerdem würden die russischen Marinebehörden voraussichtlich bald Mittel und Wege finden, nichtarmierte Schiffe mittlerer Größe unter Handelsflagge durchzuschmuggeln. Könnte also ein erfolgreicher Protest den Engländern auf der einen Seite wenig Nutzen bringen, so würde er ihnen auf der anderen Seite insofern nachteilig sein, als sie sich bei einer Wiederholung von Ereignissen, wie diejenigen des Jahres 1885, durch ihre eigene Erklärung die Hände gebunden hätten. In einem solchen Falle würde dem Wunsche Englands, seine Flotte womöglich noch vor Ausbruch der Feindseligkeiten mit Genehmigung des Sultans durch die Meerengen

zu bringen, die eigene englische Auslegung der internationalen Verträge entgegengehalten werden. Auch will ich nicht unerwähnt lassen, wie die von England angeregte Frage gerade dahin führen könnte, daß die Türkei dem rechtzeitigen Gebrauch ihrer Verteidigungsmittel an den Dardanellen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuwendete, und damit die Möglichkeit eines überraschenden Durchganges einer englischen Flotte durch jene Meerenge — eine Möglichkeit, die diesseitigen Erachtens zurzeit groß ist — verringerte.

Vorteilhafter würde es daher nach diesseitiger Auffassung für die Engländer sein, wenn sie, wie das bereits in dem Telegramm Nr. 182* vom 8. angedeutet ist, das Rußland gegenüber vom Sultan geschaffene Präzedens für sich ausnützen wollten. Dies kann am einfachsten dadurch geschehen, daß England die erfolgte Durchfahrt der russischen Schiffe konstatiert mit dem Vorbehalt, im gegebenen Moment vom Sultan die gleiche Genehmigung für englische Schiffe zu verlangen.

Dieses Vorgehen würde nicht ausschließen, daß England gleichzeitig dem Sultan unter der Hand in seinem eigenen Interesse den vertraulichen Rat zu größerer Vorsicht beim Durchlassen russischer Schiffe gibt. Dies sind jedoch Erwägungen, die wir Lord Salisbury überlassen müssen, und die Ew. pp. nur beiläufig erwähnen wollen.

Ich bitte nun Ew. pp., die Angelegenheit, wenn sie englischerseits wieder angeregt wird, in freundschaftlicher Weise mit Lord Salisbury oder dessen Vertreter im Sinne des Vorstehenden zu besprechen. Euer pp. wollen dabei hervorheben, daß, wenn wir es für untunlich erklären, in der Meerengenfrage in offenkundig antirussischem Sinne Stellung zu nehmen, uns neben den Rücksichten, welche wir im Interesse der Erhaltung des Friedens gegenüber einem mächtigen Nachbar zu nehmen haben, vornehmlich das Bestreben leitet, in anderen Fragen im Einklang mit unserer öffentlichen Meinung Hand in Hand mit England zu gehen.

Marschall

Nr. 2104

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 277 Wien, den 4. September 1890

Euerer Exzellenz hohen Erlaß Nr. 420 vom 1. d. Mts.**, die vom Sultan genehmigte Durchfahrt einiger nichtarmierter russischer Torpedoboote durch die Meerengen betreffend, habe ich nebst dem anliegen-

* Siehe Nr. 2100.

** Durch Erlaß Nr. 420 war dem Prinzen Reuß der Bericht Graf Hatzfeldts vom 19. August — siehe Nr. 2102 — mitgeteilt worden.

den Bericht des Grafen von Hatzfeldt vom 19. v. Mts. und dem an diesen Botschafter gerichteten hohen Erlaß vom 3. v. Mts. zu erhalten die Ehre gehabt.

Der mir erteilten Ermächtigung gemäß habe ich dem Grafen Kálnoky von dem Inhalt dieser Schriftstücke ganz vertraulich Kenntnis gegeben und bat mich derselbe, Euerer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank für diese Mitteilung auszusprechen.

Der Minister sprach sich zustimmend zu dem von der Kaiserlichen Regierung eingenommenen Standpunkt aus. Die Sache sei amtlich hier durch das Londoner Kabinett noch nicht angeregt worden, Sir W. White habe ihm aber vor einigen Wochen, als er hier durchreiste, davon gesprochen, und zwar in etwas aufgeregter Weise. Er habe dem englischen Botschafter damals gesagt, die Interpretation des betreffenden Artikels des Berliner Vertrages sei ihm nicht ganz klar; keinenfalls fühle er sich aber berufen, denselben einseitig auszulegen, und müsse er dies allen Unterzeichnern dieses Vertrages überlassen.

Hierin also befände er sich ganz im Einverständnis mit uns, auch finde er die Ausführungen des vorerwähnten hohen Erlasses sehr zutreffend. Er glaubt nicht, daß die italienische Regierung einen englischen Protest in Konstantinopel unterstützen würde, und was das Wiener Kabinett betreffe, so würde es allen Anlässen sorgfältig aus dem Wege gehen, die zu einer Verstimmung mit Rußland führen könnten.

Da es auch für ihn evident sei, daß England mit einem Protest den gewünschten Erfolg nicht erreichen würde, so sei es allerdings besser, denselben zu unterlassen. Daß die Engländer, wie Euere Exzellenz dies in London vertraulich auszusprechen angeordnet haben, die Pforte freundschaftlich darauf aufmerksam machen könnten, in Zukunft derartige Ausnahmen nicht weiter zuzulassen, sei gewiß nützlich; der Sultan würde hierdurch vorsichtiger gemacht, ohne durch einen förmlichen Protest aufgebracht zu werden.

Graf Kálnoky glaubt übrigens annehmen zu können, daß das großbritannische Kabinett, wenn es nirgends Unterstützung finden werde, von der Idee, in Konstantinopel Protest zu erheben, zurückkommen werde.

Als ein neues gegen England geltend zu machendes Argument führte der Minister an, daß, wenn man englischerseits verlangen würde, die Erlaubnis zur Durchfahrt auch für englische Schiffe zu erhalten, dies auch andere Mächte nachahmen könnten. Er glaube nicht, daß es den Engländern angenehm sein dürfte, sich im Marmarameer mit einer französischen Flotte zu begegnen, die dann leicht ihre Vereinigung mit den russischen maritimen Streitkräften bewerkstelligen könnte.

Daß Herr von Giers diese Frage in Petersburg Euerer Exzellenz gegenüber nicht angeregt hat, war dem Minister von dort bereits gemeldet worden.

H. VII. P. Reuß

Nr. 2105

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Holstein

Eigenhändig

Berlin, den 18. Oktober 1890

Bei seiner Anwesenheit in Berlin* sprach Herr Crispi den Wunsch aus, einen Plan für die zukünftige Teilung der Türkei zu verabreden. Eine solche Verabredung hat jedoch nicht stattgefunden.

Einige Zeit später äußerte Graf Launay gesprächsweise, das jetzige Bündnis werde ohne Zweifel erneuert werden, aber in erweiterter Form, z. B. mit einer Erweiterung hinsichtlich Griechenlands**.

Diese beiden Äußerungen lassen vermuten, daß Herr Crispi bei der bevorstehenden Zusammenkunft mit dem Herrn Reichskanzler den Plan einer Eventualteilung der Türkei, unter besonderer Wahrnehmung der Ansprüche Griechenlands, wird erörtern wollen***.

Als Parallelfall wäre hierbei anzuführen, daß wir bei Abschluß des jetzigen Vertrages den Italienern vorschlugen, gewisse französische Gebietsteile, z. B. Nizza, Tunis, Korsika, ausdrücklich als italienischen Siegespreis zu bezeichnen, für den Fall, daß infolge eines französischen An- oder Übergriffs Krieg entstehen sollte. Graf Robilant lehnte jedoch die Erwähnung der Gebietserweiterungen ab, aus Rücksicht auf die französisch-italienischen Beziehungen, da durch unvorhergesehene, nicht vorherzusehende Umstände der Inhalt des Vertrages bekannt werden könnte†.

---

* Gelegentlich des Besuchs des Königs Humbert von Italien in Berlin, 21.—26. Mai 1889. Aufzeichnungen über die lange Unterredung, die Bismarck am Nachmittage des 22. Mai mit Crispi hatte, liegen nicht vor; auch Crispi geht in seinen Memoiren merkwürdigerweise mit keinem Wort auf diese Zusammenkunft mit Bismarck und auf den Berliner Besuch überhaupt ein. Vgl. die Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers Freiherrn Lucius von Ballhausen S. 499.

** Über diese Äußerung des italienischen Botschafters findet sich in den Akten nichts weiter. Eine Erweiterung des Dreibunds hinsichtlich Griechenlands ist von italienischer Seite bei den Verhandlungen über dessen Erneuerung nicht angeregt, auch nicht von Crispi bei seiner Mailänder Zusammenkunft mit Caprivi am 7./8. November 1890. Vgl. die Aufzeichnungen Caprivis vom 7. und 10. November. Bd. VII, Kap. XLV, Nr. 1394 und Nr. 1395.

*** Nach den Caprivischen Aufzeichnungen ist bei der Mailänder Zusammenkunft ein solcher Aufteilungsplan nicht zur Sprache gekommen.

† Über ein derartiges deutsches Angebot und seine Ablehnung durch Graf Robilant ist in den Akten über die Erneuerung des Dreibundes 1886/87 nichts enthalten. Aus Bismarcks Randbemerkungen zu dem Bericht des Prinzen Reuß vom 20. Dezember 1886 (Bd. IV, Nr. 839, Randbemerkung 7) geht hervor, daß er mit Expansionswünschen Italiens rechnete. Auch andere Randglossen Bismarcks beweisen, daß er sich über den sacro egoismo der italienischen Politik keinerlei Illusionen hingab. So bemerkt er zu einem Berichte des Botschafters von Keudell vom 5. August 1886, in dem von dem Wunsche eines italienischen Blattes die Rede war, daß bei einer Erneuerung des Dreibundes eine etwas freundschaftlichere

Die deutsch-italienisch-österreichischen Abmachungen haben daher, unter Zugrundelegung des vorstehend erwähnten Robilantschen Gedankens, einen rein defensiven Charakter behalten, abgesehen von der allgemeinen Bestimmung, daß Österreich und Italien über jeden politischen Akt, der eine Gebietsveränderung impliziert, sich vorher verständigen sollen, sobald die Notwendigkeit eines solchen Akts sich fühlbar macht.

Eine Verständigung dieser Art, welche der jetzt bestehende Vertrag bis zum eintretenden Falle hinausschiebt, wird Herr Crispi vermutlich möglichst bald mit Deutschland erreichen wollen, in der Erwartung, daß wir dann Österreich und England für das italienische Programm gewinnen werden. Letztere Aufgabe dürfte keine leichte sein, denn italienische wie griechische Ansprüche sind auf die Kontinuität des römischen bzw. griechischen Kaisertums gegründet und würden daher erst mit erheblichen Reduktionen für die Politik der Gegenwart, welche kein Weltreich sondern eine Anzahl Großmächte als Faktoren hat, annehmbar werden.

Diese Reduktionen vorzunehmen, Italien herunterzuhandeln, sind wir gar nicht berechtigt. Wir sind die einzige Großmacht, welche kein direktes Interesse an der Verteilung der Mittelmeerküsten und Länder hat, wir würden daher, wenn wir den näher interessierten, uns gleichmäßig befreundeten Mächten Österreich und England vorgreifen wollten, de jure tertii kontrahieren, nicht über unsre eigenen, sondern über die Interessen unsrer Freunde verfügen. Deutschland, als einzige Großmacht, welche keinen Giebel nach dem Mittelmeer hinaus hat, ist „nicht zur Sache legitimiert", wenn es sich um Mittelmeerteilungspläne handelt.

Falls die italienische Regierung nicht geneigt ist, den Teilungsplan der heutigen Türkei mit der österreichischen Regierung zu besprechen, wird es sich empfehlen, wenn man in dieser wie in anderen Fragen, zunächst von Rom aus eine Verständigung mit London zu erreichen sucht. Wir unsrerseits würden eventuell bereit sein, das, worüber diese beiden Kabinette sich verständigt haben, in Wien zu befürworten. Wir können aber nicht, Italien zuliebe, unsre selbst nur platonische Zustimmung zu einem Teilungsplane geben, dem noch keiner der beiden anderen uns befreundeten Hauptinteressenten zugestimmt hat.

Nächst der Erwägung, daß Deutschland nicht allein mit Italien die Initiative für Festlegung des türkischen Teilungsplans nehmen kann, kommt die andre Erwägung, ob besagter Plan jetzt überhaupt schon

---

Stellung der Zentralmächte gegen Italien erreicht werden möge: „Freundschaftlich heißt auf italienisch Trentino, Tunis, Tripolis, Albanien." Aber nicht die leiseste Spur findet sich in den Akten dafür, daß Bismarck Italien mit der Aussicht auf Tunis oder gar auf Nizza und Korsika zu ködern gesucht habe. Holsteins Angabe muß daher auf einem Gedächtnisfehler beruhen.

opportun ist. Diese Frage dürfte zu verneinen sein, aus analogen Gründen wie die, welche vor vier Jahren den Grafen Robilant verhinderten, die eventuelle Wiedererwerbung von Nizza fest in den Vertrag ausdrücklich aufnehmen zu lassen. Habent sua fata libelli.

Der Inhalt des Vertrages mit dem Teilungsplan kann dem Sultan oder sonstigen Balkaninteressenten, z. B. den Griechen, bekannt werden und würde bewirken: beim Sultan ein Übergehen in das russisch-französische Lager, bei den kleinen Balkanvölkern, die durch Verwirklichung des Teilungsplans zu profitieren hoffen, einen kriegerischen Losbruch mit oder ohne Vorwand*.

Wahrscheinlich teilt England diese Auffassung. Wir wollen aber Herrn Crispi überlassen, sich direkt zu erkundigen.

Zwischen Italien und England in dieser Sache vermitteln könnten wir nicht, ohne dadurch unsre eigne Politik und deren Endziele den Engländern verdächtig zu machen. Aber wir sind, wie schon bemerkt, nicht abgeneigt, das zwischen Italien und England Vereinbarte bei Österreich zu befürworten.

Holstein

Nr. 2106

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Entzifferung

Nr. 116 London, den 2. März 1891

Lord Salisbury sagte mir eben ganz vertraulich, es sei die Frage aufgeworfen, ob eine Bahn von Samsun an der Südküste des Schwarzen Meeres nach dem Innern Kleinasiens, für welche eine Konzession in Konstantinopel nachgesucht werde, politisch, das heißt im Hinblick auf ein dereinstiges russisches Vorgehen gegen die Türkei, bedenklich sein könne. Er glaube dies nicht, unter der selbstverständlichen Vor-

---

* Auch eine Aufzeichnung des Vortragenden Rats von Kiderlen vom 1. November 1890, die gleich der Holsteinschen Aufzeichnung vom 18. Oktober im Hinblick auf die bevorstehende Zusammenkunft Caprivis mit Crispi niedergeschrieben wurde, nimmt gegen den Crispischen Gedanken Stellung, sich mit Deutschland im voraus über eine Teilung der Türkei zu verständigen. Unter den Argumenten Kiderlens gegen ein Teilungsabkommen spielt besonders das Argument eine Rolle, daß bei einem immerhin möglichen großen Orientkrieg, bei dem England und Rußland einander gegenüberstehen und Deutschland auf Englands Seite treten würde, die Bundesgenossenschaft der Türkei, die auch die Bundesgenossenschaft Bulgariens involviere, von der größten Bedeutung namentlich für England sein würde, daß man aber ehrlicherweise um eine solche Bundesgenossenschaft doch nicht werben könne, wenn man sich mit einem dritten, d. h. Italien, verständigt haben würde, den Bundesgenossen nachher aufzuteilen.

aussetzung, daß der Sultan dann England zu Hülfe rufen würde, dessen Kriegsschiffe in diesem Fall im Schwarzen Meere erscheinen und den Russen die Ausschiffung von Truppen an jener Küste und das Vorgehen von dem fraglichen Punkt aus nach dem Innern doch schwerlich ratsam erscheinen lassen würden.

Der Premierminister wünschte meine Meinung über die Frage zu wissen, ob die Konzessionierung jener Bahn ratsam sei.

Hatzfeldt

Nr. 2107

Aufzeichnung des Reichskanzlers von Caprivi

Eigenhändig

Berlin, den 4. März 1891

Daß Rußland einen Krieg mit der Türkei durch eine Landung am türkischen Ufer des Schwarzen Meeres beginnen sollte, ist unter allen Umständen unwahrscheinlich. Überdies hätten es die Türken in der Hand, eine Eisenbahn von Samsun in das Innere von Kleinasien rechtzeitig und gründlich zu zerstören. Im Lauf eines längeren Krieges aber kann jene Bahn für den, der das Schwarze Meer beherrscht, wertvoll werden, indem sie Ernährung, Nachschub und dgl. erleichtert, vollends wenn sie — worüber Graf Hatzfeldt nichts sagt — an die im Bau befindliche Bahn Ismid-Angora angeschlossen würde.

Ob England imstande wäre, eine Landung bei Samsun zu hindern, hängt davon ab, wann und mit wieviel Schiffen es vor Samsun erscheinen kann. Das wieder wird bedingt dadurch, wie stark sein Mittelmeergeschwader ist, und ob es bei Malta oder wenigstens teilweise weiter östlich stationiert. Noch entscheidender kann die Frage werden: wird England nicht durch Rücksichten auf die französische Flotte im Gebrauch seines Mittelmeergeschwaders geniert sein, wird dies nicht um Italiens willen im westlichen Teil des Mittelmeers bleiben müssen?

Wir müssen wünschen, das englische Mittelmeergeschwader, was unter allen Umständen zu einer gleichzeitigen Aktion im Marmara- oder im Schwarzen Meer und zu gemeinsamer Aktion mit den Italienern gegen die französische Flotte in Toulon zu schwach ist, verstärkt zu sehen.

Ich bitte also, Graf Hatzfeldt so zu instruieren, daß er den Bau der Eisenbahn als nicht ganz unbedenklich hinstellt, dagegen die zweifelhaften Chancen für ein erfolgreiches Eingreifen der englischen Flotte betont.

v. Caprivi

Nr. 2108

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Lindenau

Nr. 174 Berlin, den 5. März 1891
[abgegangen am 6. März]

Antwort auf Bericht Nr. 116*.

Der Bau einer Bahn von Samsun nach dem Innern Kleinasiens würde im Hinblick auf ein dereinstiges russisches Vorgehen gegen die Türkei nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers nur dann ganz unbedenklich sein, wenn die Stärke der englischen Mittelmeerflotte und die Dislokation wenigstens eines Teils derselben weiter östlich als Malta dieser Flotte gestattet, ihren beiden Aufgaben, der Unterstützung Italiens gegen die französischen Seekräfte und dem Erscheinen im Schwarzen Meere mit einer genügenden Anzahl von Schiffen, gleichzeitig gerecht zu werden. Im Falle, daß Englands Kräfte im Mittelmeer zur Beherrschung auch des Schwarzen Meeres tatsächlich genügen, würde allerdings die fragliche Bahn wegen Erleichterung des Nachschubs und der Verproviantierung für die Gegner Rußlands wertvoll werden können.

Marschall

Nr. 2109

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 151 London, den 15. März 1891
Ganz vertraulich

In meiner letzten Unterredung mit Lord Salisbury habe ich Gelegenheit gehabt, ihm infolge der Frage, die er am 2. d. Mts. in bezug auf den Bau einer Bahn von Samsun nach dem Inneren Kleinasiens an mich gestellt hatte, Eurer Exzellenz Auffassung in dieser Angelegenheit mitzuteilen. Hieran knüpfte sich eine ganz vertrauliche und akademische Erörterung der schon mehrfach zwischen uns besprochenen Frage, ob die englischen Streitkräfte im Mittelmeer zur gleichzeitigen Bewältigung der Aufgaben, die ihnen bei Eintritt einer europäischen Krisis gestellt sein könnten, tatsächlich genügen würden. Ich erwähnte in dieser Hinsicht, daß ich, da die Frage mir persönlich lebhaftes Interesse biete, mir Mühe gegeben hätte, mir auf Grund des Materials,

---

* Siehe Nr. 2106.

welches durch Zeitungsnachrichten und sonstige Quellen zu meiner Kenntnis gelangt sei, mir ein Bild von den gegenseitigen Streitkräften im Mittelmeer zu machen. Bei diesem Studium, welches sich hiernach auf unzureichende und möglicherweise unzuverlässige Notizen stütze, sei ich zu der vielleicht irrigen rein persönlichen Auffassung gelangt, daß England, wenn es vorkommendenfalls Italien gegen einen französischen Angriff zur See schützen und gleichzeitig zum Schutze der Türkei das Schwarze Meer beherrschen wolle, nach beiden Richtungen dem etwaigen Feinde höchstens die gleichen Kräfte entgegenstellen könnte, über welche derselbe seinerseits gebieten würde. Was zunächst das Schwarze Meer betreffe, so glaubte ich, nach allem, was ich darüber gelesen, daß Rußland dort mit vier großen Panzerschiffen, acht mittelstarken Schiffen, drei kleineren Schiffen und einer größeren Anzahl von Torpedobooten, etwa 24, würde operieren können. Selbst für einen Laien, wie ich, sei es erkennbar, daß England, wenn es den Sultan schützen und auch rechtzeitig zur Stelle sein wolle, um sich der Durchfahrt durch die Dardanellen ohne große Verluste zu versichern, bedeutende Streitkräfte nach dem Schwarzen Meere würde detachieren müssen, um dem durch seine territoriale Position günstiger gestellten Rußland mit Erfolg gegenüberzutreten. Es schiene mir nicht zu viel gesagt, wenn man annehmen wollte, daß eine englische Flotte von sechs Panzerschiffen, einigen mittelstarken und etwa sieben bis acht kleineren Schiffen voraussichtlich eben genügen würde, den oben angeführten russischen Kräften das Gleichgewicht zu halten. Soweit ich mir nach den öffentlich bekannten Notizen über die Stärke der englischen Flotte im Mittelmeer eine Ansicht bilden könnte, würden derselben hiernach für den Schutz Italiens gegen die französische Flotte noch etwa sechs große Panzerschiffe, zwei kleinere Schiffe und etwa vierzehn Torpedoboote zur Verfügung bleiben. Wenn man hierzu die italienische Flotte mit acht Panzerschiffen, neun mittelgroßen, zwölf kleineren Schiffen und einer Anzahl von Torpedobooten rechne und die Kriegstüchtigkeit derselben auf die gleiche Stufe mit derjenigen der englischen und französischen Flotte stelle, so ergebe sich nach meinen Berechnungen ein Gesamtbild, wonach im Mittelmeer eine vereinigte englisch-italienische Flotte von vierzehn großen Panzerschiffen, elf mittleren, zwölf kleineren Schiffen und etwa vierzig Torpedobooten auftreten könnte. Dem gegenüber würde Frankreich, falls die zu meiner Kenntnis gelangten Notizen über die im Mittelmeer konzentrierte französische Flotte richtig wären, fünfzehn große Panzerschiffe, zehn mittlere, sechs kleinere Schiffe und etwa vierundzwanzig Torpedoboote aufstellen können. Wenn diese Berechnung richtig sei, die ich mir, wie gesagt, mühsam persönlich zusammengestellt, so lasse sich, wie mir scheine, die Ansicht, zu der ich dabei persönlich gelangt sei, wohl rechtfertigen, daß die vereinigte englisch-italienische Flotte in dem angegebenen Fall der französischen höchstens das Gleichgewicht

halten und jedenfalls nicht durch ihr Übergewicht von vornherein auf entscheidende Erfolge würde rechnen können.

Lord Salisbury erwiderte mir, indem er die von mir angeführten Zahlen im allgemeinen nicht bestritt, daß ich bei der von mir angestellten Berechnung doch einige Umstände übersehen hätte, die nach hiesiger Auffassung eintretendenfalls wesentlich ins Gewicht fallen würden. Zunächst könne er nicht anerkennen und stütze sich dabei auf die Auffassung der kompetenten maritimen Kreise in England, daß die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meer entsprechenden englischen Kriegsschiffen an Qualität gleichgestellt werden könnten, und es würde sich hieraus ergeben, daß eine der russischen an Zahl nur gleiche englische Flotte im Schwarzen Meer der ersteren schon an sich überlegen sein würde. Bei Beurteilung der eventuellen Sachlage im Mittelmeer kämen zwei Umstände in Betracht, die von mir übersehen worden wären. Falls ein Krieg unter den Voraussetzungen ausbräche, die nach der heutigen politischen Gruppierung in Europa für diesen Fall zu erwarten wären, müsse angenommen werden, daß Österreich dabei auf seiten Englands stehen würde, dessen Kriegsschiffe, wenn sie auch nicht zahlreich wären, zur Verstärkung der englischen Flotte beitragen würden. Hiervon abgesehen, würde es aber, sobald die Möglichkeit ernster Komplikationen erkennbar würde, immer noch in der Hand der englischen Regierung liegen, ihre Flotte im Mittelmeer entsprechend zu verstärken, ohne ihre sonstigen maritimen Aufgaben zu vernachlässigen, vor allem diejenige, die englischen Küsten gegen einen französischen Angriff zu schützen und gleichzeitig durch entsprechende Blockierung der französischen Westküste die dort stationierten französischen Kriegsschiffe festzuhalten, sowie jeder Verstärkung der französischen Mittelmeerflotte durch dieselben vorzubeugen.

Bei dieser Gelegenheit suchte Lord Salisbury meine Ansicht über die Kriegstüchtigkeit der italienischen Schiffe, welche ihm einigermaßen zweifelhaft zu sein schien, in Erfahrung zu bringen. Er berief sich dabei ganz vertraulich auf frühere Äußerungen des damaligen Staatssekretärs Grafen Bismarck, welcher ihm gegenüber namentlich die Qualifikation der italienischen Marineoffiziere, welche eventuell jene Schiffe zu befehligen haben würden, als sehr zweifelhaft hingestellt habe. Es schien mir nicht angezeigt, den Premierminister, welcher ohnehin keine zu hohe Meinung von italienischen Leistungen hegt, in der Auffassung zu bestärken, daß die eventuelle Mitwirkung der italienischen Flotte auch nach unserer Meinung tatsächlich keinen großen Wert für England haben würde. Ich erwiderte ihm daher, daß mir nichts bekannt sei, wodurch sich diese Auffassung rechtfertigen ließe, und daß dieselbe, soweit ich darüber informiert sei, auch von Eurer Exzellenz nicht geteilt werde.

Die vorstehenden vertraulichen Äußerungen des englischen Pre-

mierministers dürften, wenn seine tatsächlichen Voraussetzungen auch vielleicht nicht überall zutreffen, doch jedenfalls die Annahme bestätigen, daß er mit großer Aufmerksamkeit der Entwickelung der Dinge im Mittelmeer folgt und für den Fall ernster Komplikationen seine Pläne fertiggestellt und sich bemüht hat, dafür die Mittel vorzubereiten, welche nach der Auffassung der hiesigen kompetenten Kreise notwendig und ausreichend erscheinen.

Zweifelhaft ist mir dabei, soweit es sich um ein russisches Vorgehen vom Schwarzen Meer aus handeln könnte, ob die zum Schutze der Türkei bestimmten englischen Streitkräfte rechtzeitig zur Stelle sein würden, um die Dardanellen ohne zu ernste Schwierigkeiten zu passieren und einer Überwältigung des Sultans vorzubeugen. Für die eventuelle Entwickelung der Dinge wird es daher, wie ich mehrfach auszusprechen die Ehre gehabt habe, von der größten Wichtigkeit bleiben, ob der Sultan im Falle einer russischen Bedrohung den Engländern die Dardanellen öffnet und, wie ihm dies vertragsmäßig zusteht, die Hülfe derselben in Anspruch nimmt. Für diesen Fall hat sich Lord Salisbury, so oft er diesen Punkt mir gegenüber berührt hat, stets bestimmt dahin ausgesprochen, daß er einem solchen vertragsmäßig gegründeten Rufe des Sultans folgen müsse und werde.

P. Hatzfeldt

Nr. 2110

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 85 Berlin, den 25. April 1891
Geheim

Wenn der Sultan sich geneigt zeigt, jetzt mit England durch eine Verständigung über Ägypten im Sinne des Erlasses Nr. 76* in engere Fühlung zu treten, so wäre dies vielleicht eine Gelegenheit, neben der ausdrücklichen Anerkennung der Souveränität des Sultans über Ägypten von den Engländern auch neue Garantien für den Schutz des wichtigsten und — gefährdetsten Punktes seines Reichs, Konstantinopels und der Meerengen, zu erlangen.

Der Sultan hat bereits jetzt das Recht, bei Bedrohung der Meerengen den Schutz der englischen Flotte anzurufen; die Haltung der Türkei gegenüber von England während der letzten Jahre (Ablehnung des ägyptischen Vertrags, Befestigung der Dardanellen) könnte aber in London berechtigte Zweifel darüber hervorgerufen haben, ob England sich bei etwaigen künftigen Verwicklungen die Türkei als Gegner

* Siehe Bd. VIII, Kap. LIII, A, Nr. 1791.

oder als Alliierten zu denken habe; der Sultan wird sich, wenn er in dieser Richtung nichts tut, auch mit dem Gedanken des Erscheinens einer feindlichen englischen Flotte in den Meerengen zu beschäftigen haben. Außerdem rückt aber die rapide Zunahme der russischen Streitkräfte im Schwarzen Meere die Möglichkeit einer Bedrohung Konstantinopels von dieser Seite in den Vordergrund. Es muß daher im Interesse des Sultans liegen, sich für einen solchen Fall der englischen Hülfe schon zum voraus zu versichern. Er würde dies am besten erreichen, wenn er jetzt bei etwaigen Verhandlungen mit England über Ägypten zugleich eine Abmachung dahin träfe, daß er sich verpflichte, sofort bei einer etwaigen Bedrohung der Meerengen vom Schwarzen Meere her den englischen Schutz anzurufen, der dann gewährt werden müßte. Der Sultan würde durch das Eingehen einer solchen Verpflichtung, falls sich England darauf einläßt, sich nicht nur für den effektiven Kriegsfall sichern, sondern auch sich einen Rückhalt gegen etwaige russische Zumutungen vor eventueller gewaltsamer Betätigung von Absichten auf Konstantinopel oder andere Teile des türkischen Reichs schaffen. Die in dieser Weise anzubahnende engere Fühlung zwischen Türkei und England würde letzteres zweifellos zu größerem Entgegenkommen in andern Punkten dem Sultan gegenüber bereit machen.

Falls Euere pp. nach Ihrer Kenntnis der dortigen Verhältnisse glauben, daß ein derartiger Gedanke beim Großwesir und Sultan Eingang finden würde, und daß eine Sondierung in dieser Richtung — insbesondere wegen möglicher Indiskretionen — zu keinen Bedenken Anlaß gibt, so sind Euere pp. ermächtigt, die Sache von sich aus, und ohne einen Auftrag durchblicken zu lassen, beim Großwesir anzuregen und diesem anzudeuten, daß nach Ihrer Auffassung wir bei derartigen englisch-türkischen Verhandlungen auf Wunsch des Sultans vielleicht unsere guten Dienste eintreten lassen würden.

Ihrem englischen Kollegen gegenüber bitte ich Sie, vorläufig keinerlei Andeutung im Sinne des Vorstehenden zu machen; Euere pp. wollen sich vielmehr zunächst auf eine Konversation mit dem Großwesir beschränken und diesem empfehlen, falls er sich auf die Sache einlassen will, dieselbe auch seinerseits zunächst nur mit dem Sultan zu besprechen.

Findet er bei diesem Verständnis, so könnte der Sultan selbst oder in seinem Auftrag der Großwesir den Gedanken als seinen eigenen Sir William White gegenüber hinwerfen, um diesen über seine Ansichten zu sondieren.

Falls jedoch Euere pp. die Anregung der ganzen Frage — überhaupt oder wenigstens in der hier vorgeschlagenen Form — für nicht rätlich halten sollten, bitte ich, mir über Ihre Ansicht zur Sache zu berichten.

Marschall

Nr. 2111

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall, z. Z. in Windsor Castle*

Reinschrift

Windsor Castle, den 6. Juli 1891

Heute mittag hatte ich mit Lord Salisbury eine längere Unterredung, welche sich auf nahezu alle Fragen der gegenwärtigen europäischen Politik erstreckte. Unsere Besprechung, welche einen durchaus zwanglosen Charakter trug, wurde durch den englischen Premier mit der Bemerkung eingeleitet, daß die Gesamtansicht der europäischen Situation im Augenblicke eine günstige sei, und eigentlich brennende Fragen zurzeit nicht zur Lösung ständen. Ich entgegnete, daß ich diese Auffassung teilte und auch meinerseits die dermalige Lage als eine friedliche betrachte. Wir dürften uns allerdings darüber einer Täuschung nicht hingeben, daß einmal die französische Politik mehr wie je durch den Gedanken der Revanche beherrscht werde, und daß Rußland trotz der Zurückhaltung, der es sich anscheinend befleißige, und trotz der friedlichen Intentionen des Zaren unablässig seine Rüstungen fortsetze und damit die Absicht bekunde, zur gegebenen Zeit mit Waffengewalt die Erreichung seiner Pläne zu versuchen. Lord Salisbury teilte diese Auffassung; er hat keinen Zweifel, daß Rußland nach wie vor den Besitz Konstantinopels und der Meerengen erstrebe und seine gegenwärtige abwartende Haltung zunächst auf die im Gange befindliche Neubewaffnung seiner Armee, sodann aber darauf zurückzuführen sei, daß man von den nächsten englischen Wahlen einen Ministerwechsel und von einem neuen Ministerium eine minder entschiedene Haltung in der auswärtigen Politik erhoffe. — Lord Salisbury regte sodann die Frage an, welchen Weg nach unserer Auffassung die Russen voraussichtlich beschreiten würden, um Konstantinopel und die Meerengen in ihre Gewalt zu bekommen. Ich entgegnete, daß man in Rußland vermutlich selbst noch nicht klar in dieser Beziehung sei; trotz aller militärischen Bedenken sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Rußland den Weg durchs Schwarze Meer wähle und den Versuch unternehme, sich Konstantinopels und der Meerengen durch einen Handstreich zu bemächtigen. Die Tatsache, daß der Bosporus nur sehr schwach, die Dardanellen dagegen sehr stark befestigt seien — Lord Salisbury unterbrechend: „Das haben wir dem Fürsten Bismarck zu verdanken**," — sowie die von einer Besitzergreifung der türkischen Hauptstadt zu erwartende große mora-

---

* Freiherr von Marschall begleitete den Kaiser auf dessen Besuch in England (4.—13. Juli 1891). Vgl. Bd. VIII, Kap. LII, A, Nr. 1726 ff.

** Vgl. Bd. IV, Kap. XXII.

lische Wirkung könnten so verführerisch sein, daß dagegen militärische Bedenken in den Hintergrund träten. Bekanntlich habe Fürst Bismarck erst kürzlich in seinen Blättern die Anschauung vertreten, daß die Russen voraussichtlich einst diesen Weg wählen würden, und die Truppenanhäufungen an der galizischen Grenze nur den Zweck hätten, die österreichisch-ungarische Armee dort festzuhalten. —

Lord Salisbury entgegnete, daß die Russen sich kaum in eine Situation begeben würden, die man militärisch als eine „Mausefalle" bezeichnet habe. Auch würde die englische Flotte, eventuell durch die italienische Flotte verstärkt, zeitig genug da sein, um einen Handstreich auf Konstantinopel zu verhüten. Auf meine Bemerkung, daß ein russisches Kriegsschiff genügen werde, um den Sultan zu allem zu bestimmen, was die Russen wollten, bemerkte Lord Salisbury, daß er erst kürzlich mit dem Admiral die Frage besprochen, und letzterer der Ansicht sei, daß die Flotte rechtzeitig an Ort und Stelle sein werde. Letztere könne natürlich nicht immer in der Besica Bai liegen, allein andererseits könne doch auch Rußland nicht eine Expedition nach Konstantinopel vorbereiten, ohne daß die Außenwelt etwas davon wahrnehme. Solange die Dardanellen in den Händen der Türken sich befänden, werde die Durchfahrt der englischen Flotte keine erheblichen Schwierigkeiten bieten; anders liege die Sache, wenn man den Russen Zeit lasse, sich derselben zu bemächtigen. Nach Ansicht Lord Salisburys werde Rußland voraussichtlich, wie bei dem letzten Kriege, den Weg über Rumänien und Bulgarien wählen. Auf meine Bemerkung, daß es unter diesen Umständen besonders wichtig sei, Rumänien auf der Seite der Zentralmächte zu erhalten, entgegnete der Premierminister, daß dies bei der Russenfreundlichkeit des gegenwärtigen Ministeriums* schwer fallen würde; ich erkannte dies an, führte jedoch aus, daß gerade unter diesen Umständen ein englischer Rat mehr Wirkung üben werde, als ein solcher von österreichischer oder unserer Seite. Es werde England als nicht direkt beteiligte Macht eher als Österreich oder wir Gehör finden, wenn es in Bukarest an der Hand der Erfahrungen des letzten russisch-türkischen Feldzuges die Gefahren schildere, welche Rumänien aus einer Konnivenz gegen russische Angriffspläne drohen würden. Lord Salisbury erkannte die Richtigkeit dieses Gedankens an und versprach, demselben näherzutreten. Er lenkte demnächst das Gespräch auf Bulgarien, lobte den Prinzen Ferdinand, besonders aber Stambulow, der es mit seltenem Geschick verstanden habe, inmitten der größten Schwierigkeiten die Ordnung zu erhalten und das Land politisch und wirtschaftlich zu heben. — Ich erkannte an, daß das gegenwärtige, wenn auch illegale Regiment in Sofia ein Element der Ordnung sei, und betonte, daß

* Seit März 1891 war das Kabinett Florescu mit Escarcu als Außenminister am Ruder, das aber schon im Dezember dem Ministerium Catargi Platz machte.

Deutschland nicht für eine Veränderung der dortigen Zustände eintreten werde, solange nicht irgendeine Garantie für die Fortdauer der Ruhe und Ordnung gegeben werde. Im übrigen würden wir fortfahren, uns bezüglich Bulgariens der größten Zurückhaltung zu befleißigen. Deutschlands Aufgabe bestehe in erster Reihe darin, das revanchelüsterne Frankreich im Schach zu halten; seit zwanzig Jahren erfüllten wir mit großen Opfern diese Aufgabe und, fügte ich scherzhaft bei, der wesentliche Vorteil dieser Situation sei auf Englands Seite —; sodann müßten wir Rücksicht nehmen auf das uns benachbarte Rußland, speziell auf den Zaren, welcher die Beseitigung des gegenwärtigen Regimes in Bulgarien als eine Art persönlicher Ehrensache betrachte —, und endlich ständen wir vor der Tatsache, daß es unter dem Einflusse des Fürsten Bismarck in unserer öffentlichen Meinung allmählich eine profession de foi geworden sei, daß Deutschland auf der Balkanhalbinsel nicht interessiert sei und die Frage, wer Konstantinopel und die Meerengen besitze, uns nicht direkt berühre. Die „Knochen des pommerschen Grenadiers" seien ein geflügeltes Wort bei uns geworden. Mit dieser Richtung unserer öffentlichen Meinung müßten wir um so mehr rechnen, als Fürst Bismarck fortfahre, seinen immer noch erheblichen Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen und, wie Lord Salisbury wisse, erst kürzlich an die Reisen des Kaisers nach England in seinem Leibblatt tadelnde Bemerkungen geknüpft habe. Die Lage gebiete uns die größte Vorsicht, sie schließe aber nicht aus, daß England stets auf unsere Sympathie und Unterstützung zu rechnen habe, wenn es für Erhaltung und Festigung seines Einflusses im Orient eintrete — immer vorausgesetzt, daß England geneigt sei, seine Interessen im entscheidenden Augenblicke selbst zu wahren. Hier unterbrach mich Lord Salisbury, indem er in lebhaftem Tone sagte: „Vous pouvez compter sur nous, tant que le gouvernement actuel est au pouvoir; nous y serons à temps." — Was ein anderes Ministerium tun werde, könne er natürlich nicht voraussagen· er kenne einen Mann, von dem er bestimmt wisse, daß er nicht so handeln werde wie er, das sei Gladstone; aber der sei physisch gebrochen und nicht mehr imstande zur Übernahme eines Ministeriums. Wie Harcourt denke, wisse er nicht, Lord Rosebery dagegen werde genau so handeln wie er, Salisbury.

Der Premierminister fuhr mit der Bemerkung fort, daß der Einfluß Deutschlands in Konstantinopel, der vorzeiten der ausschlaggebende gewesen sei, nach den Eindrücken, die er empfangen habe, zurzeit „minime" geworden sei. Ich entgegnete, daß ich dies insoweit nicht bestreiten könne, als zurzeit unsere Stellung in Konstantinopel nicht mehr dieselbe sei wie früher; über die Ursachen dieser Erscheinung vermöchte ich mir noch kein völlig klares Bild zu machen; nur dessen sei ich gewiß, daß wir dort das Schicksal Englands teilten. Montebello

und Nelidow, welche in der Bethlehem-Frage* sich den Anschein gäben, à couteaux tirés zu sein, verfolgten bezüglich Ägyptens erfolgreich die gemeinsame Politik, den Sultan gegen England und damit auch dessen befreundete Mächte mißtrauisch zu machen. Solange nicht zwischen England und dem Sultan irgendeine Verständigung über Ägypten eintrete, werde dieses Spiel mit demselben Erfolg fortgetrieben werden. „Aber ich bin bereit," erwiderte Lord Salisbury, „eine solche Konvention abzuschließen, nur kann ich mich auf die Räumungsfrage nicht einlassen." Dann werde es die Aufgabe sein, fuhr ich fort, dem Sultan klarzumachen, daß jede Verständigung mit England, auch wenn sie lediglich die Anerkennung der Oberhoheit des Sultans enthalte, für ihn weit vorteilhafter sein [werde] als der gegenwärtige faktische Zustand. Lord Salisbury stimmte mit der Bemerkung zu, daß der entscheidende Punkt für den Sultan bezüglich Ägyptens das Kalifat sei; bedauerlicherweise sei Sir William White leidend, so daß es schwer sei, auf den Sultan einzuwirken. —

Auf die Frage Lord Salisburys, was wir von der Bethlehem-Frage hielten, entgegnete ich, daß wir an einen ernstlichen Zank zwischen Rußland und Frankreich in dieser Beziehung nicht glaubten. Frankreich werde die religiöse Frage nur bis zu dem Punkte verfolgen. wo es Gefahr laufe, mit Rußland in Widerstreit zu kommen; wohl aber könne man sich fragen, ob nicht Frankreich Syrien sich zum politischen Operationsfeld ausersehen habe, um dem englischen Besitz in Ägypten ein Paroli zu bieten und sich für spätere Zeit eine Kompensation zu sichern. pp.

Marschall

Nr. 2112

Der Gesandte in Bukarest Bernhard von Bülow, z. Z. in Sinaia, an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung**

Nr. 90 — Sinaia, den 4. August 1891

Ganz vertraulich

pp. Die Bulgaren sind nach wie vor die Freude des Grafen Kálnoky. Über den Prinzen Ferdinand von Koburg scheint sich derselbe zwar keine großen Illusionen zu machen, meinte jedoch, derselbe

* Im Mai 1891 war es wegen der Benutzung eines Eingangs zur Heiligen Geburtsgruft in Bethlehem zu blutigen Streitigkeiten zwischen katholischen und griechischen Mönchen gekommen. Der Zwischenfall führte bei der Heftigkeit, mit der Graf Montebello kraft des von Frankreich in Anspruch genommenen Protektorats über die katholischen Institute im Orient sich seiner Glaubensgenossen bei der Pforte annahm, zu einem bellum diplomaticum zwischen ihm und dem russischen Botschafter.

** Der Anfang des Berichts, der über zwei Unterredungen Bülows mit Graf Kálnoky in Wien vom 1. August handelt, findet sich in Bd. VII, Kap. XLVI, Nr. 1471.

komme ihm immerhin „weniger albern“ vor als früher. Ob sich grade dieser etwas eigentümliche und unmännliche Prinz auf die Länge in Bulgarien halten werde, sei vielleicht fraglich; die bulgarische Unabhängigkeit hänge aber nicht von seiner Person ab, da die große Mehrzahl der Bulgaren dieselbe unter allen Umständen aufrechterhalten wolle. Auch mache Bulgarien so eminente wirtschaftliche und militärische Fortschritte, daß eine freiwillige Rückkehr unter die russische Suprematie „undenkbar“ wäre. Von der Haltung der Pforte, ebenso wie Rumäniens, gegenüber Bulgarien ist der österreichisch-ungarische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sehr befriedigt. Er lobte die Zuverlässigkeit des Herrn Stambulow, der dem Versucher Trikupis ein „Apage Satanas!“ zugerufen und im Falle kriegerischer Verwicklungen mit der Pforte an der Seite der Zentralgruppe fechten wolle. Graf Kálnoky kam mehrfach darauf zurück, wie Bulgarien der Angelpunkt der Orientfrage sei: Wenn in Bulgarien der russische Einfluß wieder die Oberhand gewinnen sollte, würde auch Rumänien nicht länger an der Seite des Dreibunds bleiben, sondern die ganze Balkanhalbinsel zu Rußland abschwenken. Graf Kálnoky ließ nicht undeutlich durchblicken, wie erwünscht es ihm sein müsse, wenn die bulgarische Sache bei uns wohlwollende Förderung fände, gab aber zu, daß uns durch den Berliner Vertrag, unsere Friedensliebe und unser sekundäres Interesse an den Vorgängen am Balkan gewisse Schranken namentlich in der Form gezogen wären. Der Minister äußerte hierbei, wie er vollständig begreife, daß Euere Exzellenz nicht offener die Bulgaren stützen könnten, wo „leider“ noch vor wenigen Jahren Fürst Bismarck in einem nach St. Petersburg gerichteten und in Wien mitgeteilten amtlichen Erlasse den Russen in Bulgarien eine bevorzugte und dominierende Stellung zuerkannt habe.

Daß der junge Serbenfürst in Rußland „nicht wie ein wirklicher König, sondern wie ein Kaiser“ empfangen werde*, findet Graf Kálnoky um so charakteristischer, als jeder, der in St. Petersburg gewesen sei, die Verachtung kenne, welche die russische Gesellschaft und speziell die russische kaiserliche Familie seit 1876 für „ces cochons de Serbes“ empfänden. Spaßhaft wäre, mit welcher Eifersucht der Fürst von Montenegro die Triumphreise des Kindes auf dem serbischen Throne verfolge. Der frühere einzige Freund Rußlands** habe sich sogar bemüht, bei diesem Anlasse das Wiener Kabinett gegen die russische Regierung aufzuhetzen und dasselbe ermahnt, sich nicht den Affront gefallen zu lassen, daß der König von Serbien zuerst nach St. Petersburg und erst dann nach Wien gehe. Fürst Nikita habe überhaupt während seiner jüngsten Anwesenheit in Wien die überströmendsten Zusicherungen hinsichtlich seiner guten Absichten gegenüber der Habsburgischen Monarchie abgegeben, seinen Ärger über die fortschreitende

* Vgl. Bd. VII, Kap. XLVII, Nr. 1502, S. 208.
** Vgl. Bd. VI, Kap. XLIII, Nr. 1356, Fußnote.

Konsolidierung der österreichischen Herrschaft in Bosnien und der Herzegowina aber doch nicht ganz verbergen können. Graf Kálnoky zweifelt nicht daran, daß der Fürst von Montenegro auf den serbischen Thron spekuliere, glaubt jedoch — im Gegensatz zu König Karl von Rumänien —, daß die an parlamentarische Zuchtlosigkeit gewohnten Serben sich diesen strammen Autokraten nie gefallen lassen würden; dieselben würden noch lieber österreichisch als montenegrinisch werden. Der österreichisch-ungarische Minister des Äußern ist übrigens entschlossen, unter keinen Umständen in Serbien zu intervenieren. Er werde die Serben „in ihrem Fette schmoren lassen", selbst wenn sie die Republik proklamieren sollten, was ja auch denkbar sei.

Die rasche Assimilierung der okkupierten Provinzen mit dem österreichisch-ungarischen Reiche hob Graf Kálnoky mit sichtlicher Genugtuung hervor. Hier liege ein wirklicher Erfolg der oft angefeindeten österreichisch-ungarischen Verwaltung vor. Der Minister spendete hierbei Herrn von Kállay hohes Lob, der „auf dem Gebiete der Administration" Unvergängliches geleistet habe.

B. von Bülow

Nr. 2113

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept

Nr. 721 Berlin, den 19. September 1891

Ew. sind die Vorgänge, die sich in der letzten Zeit in Konstantinopel abgespielt haben, teils aus den Ihnen mitgeteilten amtlichen Berichten, teils aus Zeitungsnachrichten ihrem tatsächlichen Inhalte nach bekannt. Wir haben keine Veranlassung, näher zu untersuchen, wie weit das russisch-türkische Abkommen über die Durchfahrt der Schiffe der „Freiwilligen Flotte" durch die Meerengen* sich juristisch mit den bestehenden Verträgen in Einklang bringen läßt; ebensowenig hat die Frage großes Interesse für uns, welches im einzelnen die Gründe waren, die zu dem jüngsten Ministerwechsel in Konstantinopel** geführt haben. Für unsere Beurteilung der politischen Situation genügt es, festzustellen, daß beide Vorgänge zusammengenommen jedenfalls einen moralischen Sieg des russisch-französischen Einflusses am Bos-

* Durch Zirkularnote vom 16. September teilte die Pforte den Großmächten den Abschluß eines Abkommens mit Rußland wegen der freien Passage der sogenannten „Freiwilligen Flotte" durch die Dardanellen mit. Siehe den Text in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1891, S. 280.

** Am 3. September war Großwesir Kiamil Pascha seines Amtes enthoben; an seine Stelle trat der bisherige Gouverneur von Kreta Marschall Djevad Pascha.

porus bedeuten und als solcher allgemein angesehen werden. Daß letzteres auch in England der Fall ist, haben zahlreiche Artikel der dortigen Tagespresse dargetan. In den Äußerungen der englischen Presse — eine amtliche Mitteilung über die englische Auffassung liegt hier nicht vor — ist besonders ein Gedanke aufgefallen, der namentlich in den Artikeln der dem derzeitigen englischen Kabinett nahestehenden Blätter wiederholt hervorgetreten ist, der Gedanke, es sei in erster Linie die Sache des Dreibunds, russischen Übergriffen an den Meerengen entgegenzutreten. Diese nicht mehr ganz neue Tendenz der englischen Politiker, andere als Verteidiger englischer Interessen vorzuschieben, ist besonders scharf in Äußerungen zutage getreten, die Sir William White Herrn von Radowitz gegenüber getan hat, und die letzterer in dem anliegenden Berichte* ausführlich wiedergibt.

Nach dem Radowitzschen Bericht ist der berufene Vertreter der englischen Interessen am Goldenen Horn nicht nur der Ansicht, daß die Pflicht zur Verteidigung der Meerengen gegen Rußland in erster Linie Deutschland und Österreich zufalle, sondern er glaubt auch, daß England die russische Besitzergreifung der Meerengen und damit das Erscheinen russischer Kriegsschiffe im Mittelmeer ruhig mitansehen und dann sich mit Frankreich über Ägypten verständigen könne. Ich will hier nicht untersuchen, wie weit es der Logik entsprechend ist, anzunehmen, daß eine englisch-französische Verständigung über Ägypten wahrscheinlicher und leichter wird, wenn die Franzosen bei einer Auseinandersetzung über Ägypten auf die Unterstützung einer russischen Mittelmeerflotte rechnen können. Ich will mich hier vielmehr auf die Bemerkung beschränken, daß — wenn in der Tat eine englische Regierung es mit ihres Landes Interessen für vereinbar hielte, Konstantinopel den Russen zu überlassen und sich dann mit Frankreich in Ägypten zu teilen — wir dies zwar sehr bedauern, aber nicht hindern könnten. Die Folgen, welche eine solche Politik für die Machtverhältnisse im Mittelmeer von der Straße von Gibraltar bis zum Kanal von Suez und namentlich für die Stellung und die Beziehungen Italiens haben müßte, sind einleuchtend; wir würden dieselben aber wohl noch leichter ertragen können als England.

Nach der bisherigen Haltung Lord Salisburys erscheint es ausgeschlossen, daß er jemals die Hand zu einer solchen Politik bieten würde; ich möchte aber annehmen, daß auch ein liberales englisches Regiment sich nicht zu dieser Politik der Abdankung herbeilassen würde.

Solange aber England an der traditionellen, bewährten und in der Logik seiner Interessen begründeten Politik festhält, daß die Dar-

---

* Hier nicht abgedruckt, weil inhaltlich bereits in obigem Erlaß genügend charakterisiert.

danellen kein russisches Ausfallstor nach dem Mittelländischen Meere werden dürfen, ist es nützlich und notwendig, die englischen Staatsmänner von zwei Dingen zu überzeugen; einmal davon, daß England seine Interessen an den Meerengen selbst zu verteidigen hat, und zweitens davon, daß diese Verteidigung sich im Verein mit der Türkei wesentlich leichter bewerkstelligen läßt als gegen diese.

Ew. pp. sind seit langen Jahren mit unserer Politik vertraut und wissen daher, daß es stets als eine der Aufgaben derselben angesehen worden ist, den Engländern den Glauben zu nehmen, als ob wir und unsere Verbündeten zur Verteidigung der englischen Interessen am Ausgang des Schwarzen Meeres berufen wären. Die Entscheidung der Frage, ob und welche Interessen England an den Meerengen zu verteidigen hat, können wir getrost den englischen Staatsmännern überlassen. Wir haben diesen keinen Rat zu erteilen und werden einen solchen insbesondere nicht aufdrängen. Wenn aber England für Wahrung seiner Interessen an jenem Punkte selbst eintritt und dabei unsere freundschaftliche Unterstützung wünscht, so werden englische Anträge in dieser Beziehung bei uns stets auf wohlwollende Würdigung rechnen können.

Was den zweiten Punkt betrifft, so können wir nur lebhaft wünschen, daß in London die Wichtigkeit guter Beziehungen zum Sultan richtig erkannt wird. Wir würden es deshalb lebhaft bedauern, wenn englischerseits wegen anscheinender Mißerfolge und angeblichen Einschwenkens des Sultans in das russisch-französische Fahrwasser man sich entmutigen ließe und sich darauf einrichten würde, unter allen Umständen mit einer feindlichen Türkei zu rechnen. Wir hoffen, daß die gelegentlichen Boutaden Sir Williams das englische Kabinett nicht abhalten werden, immer wieder eine freundschaftliche Annäherung an den Sultan anzustreben und eine Verständigung mit demselben zu versuchen.

Daß der Sultan gegenüber dem brüsken Auftreten Nelidows sich zu einigen Konzessionen an Rußland hat bestimmen lassen, kann ich nicht als definitives Einlenken desselben in das russische Fahrwasser ansehen; und was den Ministerwechsel betrifft, so ist derselbe nach allen vorliegenden Berichten im wesentlichen durch innere Gründe und nicht durch Rücksichten der äußeren Politik herbeigeführt worden, wenn auch russische Intrigen zum Sturze Kiamils beigetragen haben. Jedenfalls ist das neue Ministerium noch kein russisches zu nennen. Es wird aber allerdings darauf ankommen, die bis jetzt politisch noch nicht nach einer bestimmten Richtung gebundenen Minister — namentlich den bis jetzt fast ausschließlich mit militärischen und administrativen Dingen beschäftigten Großwesir Djevad — nicht in eine feindliche Strömung geraten zu lassen.

Gerade der Umstand, daß der Sultan jetzt vielleicht das Gefühl hat, sich Rußland gegenüber etwas zu nachgiebig gezeigt zu haben,

dürfte es bei der Ew. pp. wohlbekannten Charakterveranlagung dieses Souveräns wahrscheinlich machen, daß er geneigt ist, sich wieder mehr England und den diesen befreundeten Mächten zuzuwenden. Es dürfte darum der jetzige Moment vielleicht besonders günstig sein, ein intimeres Verhältnis zwischen ihm und England anzubahnen. Daraufhin deutet die telegraphisch aus Konstantinopel gemeldete und Ew. pp. mitgeteilte Nachricht, daß der Sultan sich zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über Ägypten ohne Räumungstermin Sir William White gegenüber bereit erklärt hat. pp.

Rotenhan

Nr. 2114

Der Geschäftsträger in Petersburg Alfred von Bülow an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 308 St. Petersburg, den 19. September 1891

Herr von Giers brachte bei Gelegenheit meines gestrigen Besuchs das Gespräch auf die Meerengenangelegenheit, ohne daß ich auf dieses Thema auch nur angespielt hätte.

Der Minister äußerte sein Erstaunen darüber, wie diese Frage von untergeordneter Bedeutung so sehr habe aufgebauscht werden können. Es sei viel Lärm um nichts gewesen. Zwischen der Pforte und dem russischen Botschafter in Konstantinopel wären gewisse Formalitäten festgesetzt worden, welche bei der Durchfahrt der Schiffe der russischen Kreuzerflotte durch die Meerengen künftighin beobachtet werden müßten. Mißhelligkeiten würden nun hoffentlich in Zukunft vermieden werden. Für Rußland sei es eine absolute Notwendigkeit, auf den in Frage kommenden Transportschiffen durch die Meerengen Verbrecher unter militärischer Eskorte nach Sibirien zu senden. Erregte Phantasien hätten auch bei diesem Anlaß von den angeblichen traditionellen auf die freie Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die Meerengen gerichteten Bestrebungen der russischen Regierung gefabelt. Er — der Minister — könne mir versichern, daß Rußland nach wie vor auf die Meerengen nur von defensiven Gesichtspunkten aus blicke. Die russische Regierung wünsche, wenigstens für Friedenszeiten, die Schließung des Tors. Der beste und zuverlässigste Hüter des letzteren sei immerhin noch der Türke. Derselbe sei den Griechen oder Bulgaren vorzuziehen, welche sich als Portier der Meerengen nur auf die großen Herren aufspielen würden.

Er könne sich, so schloß der Minister, die Aufregung über diese Angelegenheit lokalpolizeilicher Natur nur durch den Umstand einigermaßen erklären, daß der Rücktritt Kiamil Paschas damit gerade zu-

fälligerweise zusammengefallen wäre. Übrigens wäre über die Abdankung des alten Großwesirs und seine Ersetzung durch Dschevad Pascha niemand mehr überrascht worden als der Botschafter Nelidow.

A. v. Bülow

Nr. 2115

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Konstantinopel von Radowitz

Konzept

Nr. 208 Berlin, den 7. Oktober 1891

Ew. erhalten unter besonderem Kuvert Abschrift der auch hier übergebenen türkischen Zirkularnote betreffend Meerengen*.

Der österreichische Botschafter hat Auftrag, von dieser Note Akt zu nehmen und zu konstatieren, daß nach derselben der Sultan sich keines seiner Rechte betreffend Schließung der Meerengen, die ihm nach den Verträgen zustehen, begeben hat. Die italienischen und englischen Vertreter sind beauftragt, von der Zirkularnote ebenfalls Akt zu nehmen und dabei darauf hinzuweisen, daß alle Begünstigungen, die der Sultan einer Macht gewähre, allen anderen zugute kommen müßten.

Ich halte es nicht für nötig, unsererseits von der Note Akt zu nehmen; sollte hingegen diese Angelegenheit Ihnen gegenüber türkischerseits zur Sprache gebracht werden, so wollen Sie sich in ähnlichem Sinne äußern wie Ihre Kollegen von Österreich, Italien und England.

Marschall

Nr. 2116

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 274 Wien, den 12. Oktober 1891
Vertraulich

pp. Der Minister Graf Kálnoky kam hierauf auf die Demarche der drei Mächte in der Meerengenfrage zu sprechen und bemerkte, daß der Umstand, daß Deutschland sich diesem Schritt nicht angeschlossen hätte, keinen günstigen Eindruck auf den Sultan gemacht hatte. Sobald letzterer merke, daß bei derartigen Schritten eine der Zentralmächte fehle, so sinke sofort der Kredit dieser Gruppe; denn er bilde

* Vgl. Nr. 2113, S. 68, Fußnote *.

sich ein, daß in diese imposante kompakte Masse ein dieselbe schwächender Riß eingetreten wäre. Bei Abdul Hamid käme alles auf die Machtfrage an; da, wo er glaube, daß die Macht nicht mehr so kompakt sei, stiege in seinem Geist sofort die Frage auf, ob nicht die Macht vielmehr auf der anderen Seite liegen könnte.

Meinen Einwand, daß unser Vertreter in Konstantinopel, wie er wisse, den Auftrag hätte, sich im gleichen Sinne wie seine Kollegen von England, Österreich und Italien auszusprechen und hierdurch zu beweisen, daß wir uns nicht von den anderen getrennt hätten, begegnete der Minister mit der Bemerkung, das wäre ja gewiß recht gut, schließe aber nicht aus, daß Deutschland keine schriftliche Antwort auf das türkische Zirkular gegeben hätte; und hierauf sei es in diesem Falle angekommen.

Daß sich Italien die englische Phrase über die selbstverständliche Gleichberechtigung aller Mächte angeeignet, hob der Minister mit Befriedigung hervor. pp.

H. VII. P. Reuß

Nr. 2117

Aufzeichnung des Botschafters in London Grafen von Hatzfeldt

Unsignierte Reinschrift

London, den 28. Oktober 1891

In meiner heutigen ganz vertraulichen Unterhaltung mit Lord Salisbury kamen auch wieder die Beziehungen zum Sultan zur Sprache, welche seit meiner Rückkehr wiederholt zwischen uns erörtert worden sind. Es stellte sich dabei heraus, daß Lord Salisbury an die Gefahr nicht glaubt, daß der Sultan, im Widerspruch mit dem konsequent von ihm befolgten Schaukelsystem, sich zu bestimmten Verpflichtungen gegen den Zweibund bestimmen lassen wird, solange er nicht durch zwingende äußere Umstände dazu genötigt wird. Ebensowenig glaubt der Minister an die Wahrscheinlichkeit eines russischen Handstreichs auf den Bosporus. Er betrachtet als unerläßliche Vorbedingung dafür die Herstellung des russischen Einflusses in Bulgarien und glaubt nicht, daß Rußland, solange dieser Zweck nicht durch Verjagung des Prinzen Ferdinand usw. erreicht ist, sich der Gefahr aussetzen würde, eine russische Expedition in den Bosporus zu schicken, die, wenn die englischen Schiffe gleichzeitig die Dardanellen passierten, möglicherweise wie in einer Mausefalle gefangen sein könnte.

Auf meine Einwendung, daß seine ganze Politik im Orient nach allem, was ich immer wieder über diese Frage von ihm hörte, auf die immerhin unsichere Eventualität begründet sei, daß die englische Flotte überhaupt und rechtzeitig die Dardanellen passieren könne, stellte

Lord Salisbury dies nicht in Abrede, indem er dafür geltend machte, daß bei der bekannten Unzuverlässigkeit des Sultans weder auf eine Verständigung mit demselben, noch, falls eine solche wirklich zustande käme, auf konsequente und ehrliche Durchführung zu rechnen wäre.

Dieser Auffassung gegenüber, deren Berichtigung ich mir, soweit es sich um den Sultan handelt, noch vorbehielt, machte ich zunächst darauf aufmerksam, daß sich die einzige Chance, auf die er zu rechnen scheine, nämlich die ungehinderte Passage der Dardanellen, eventuell als eine trügerische erweisen könne. Aus seinen — Lord Salisburys — Äußerungen ergebe sich seine Erwartung, daß ein türkischer Kommandant der Dardanellen sich beim Erscheinen der englischen Flotte jedenfalls, wenn nicht durch freundschaftliche Überredung, so doch durch Gewalt bestimmen lassen würde, den Durchgang ohne weiteres zu gestatten. Es scheine mir aber, da nach seinen eigenen früheren Äußerungen die englischen Schiffe voraussichtlich bis zu den Dardanellen 48 Stunden brauchen würden, zum mindesten fraglich, ob sie nicht dann schon einen russischen Kommandanten mit der nötigen militärischen Unterstützung finden würden, welcher ihnen die Passage verweigern und eventuell unmöglich machen würde. Lord Salisbury erwiderte mir, daß der von mir bezeichnete Fall zwar möglich, aber wenig wahrscheinlich sei. Wenn er mir früher gesagt habe, daß die englischen Kriegsschiffe zur Fahrt nach den Dardanellen 48 Stunden brauchten, so habe er dabei den Fall der denkbar größten Entfernung derselben im Auge gehabt. In der Praxis stelle sich die Sache insofern anders, als das englische Geschwader sich meistens unterwegs, und zwar in größerer Nähe der Dardanellen befinde, außerdem aber (dies betonte Lord Salisbury nachdrücklich) angewiesen sei, sich stets nach Möglichkeit in der Nähe des Telegraphendrahts zu halten. Eine russische Expedition im Schwarzen Meer, deren Ziel der Bosporus sein könnte, erfordere aber gewisse Vorbereitungen, die nicht unbemerkt vorübergehen könnten, und man werde daher hier voraussichtlich in der Lage sein, die englische Streitmacht rechtzeitig vor den Dardanellen erscheinen zu lassen. Ganz anders (diese Bemerkung machte Lord Salisbury offenbar im strengsten persönlichen Vertrauen) würde sich die Verhandlung mit dem Sultan aber gestalten, wenn die englischen Kriegsschiffe unter seinen Fenstern Aufstellung genommen hätten.

Das Gespräch wandte sich nun wieder der Frage zu, ob und wie weit im Fall einer freundschaftlichen Verständigung auf die Zuverlässigkeit des Sultans gerechnet werden könne, und ob es für England ratsam wäre, sich nicht bloß auf die freie Durchfahrt der Dardanellen zu verlassen, sondern in irgendeiner Form vor dem Ausbruch der Krisis eine politische Annäherung an den Sultan ins Auge zu fassen. Auf die Frage Lord Salisburys, wie ich mir eine solche, falls sie möglich wäre, dächte, erwiderte ich ihm folgendes: Nach meiner persönlichen Auffassung, die ich ihm mehr als einmal vertraulich ausgesprochen,

sei eine politische Verständigung mit dem Sultan für England, falls es seine Interessen im Orient überhaupt verteidigen wolle, im hohen Grade wünschenswert, und es wären dafür, soweit ich mir ein Urteil bilden könnte, zwei verschiedene Möglichkeiten gegeben. In erster Linie hätte ich dabei den oft zwischen uns besprochenen Fall im Auge, daß durch den Abschluß einer Konvention über Ägypten der Stein des Anstoßes für den Sultan aus dem Wege geräumt und eine Annäherung herbeigeführt würde, die bei richtiger Ausnutzung zu einer weiteren Verständigung über die Eventualitäten der Zukunft den Anlaß geben könnte*. Der Inhalt einer solchen würde sich, wie mir schiene, von selbst aus dem Umstande ergeben, daß er — Lord Salisbury — stets die Verpflichtung anerkannt habe, dem Sultan unter Umständen zu Hülfe zu kommen. Das einzige fehlende Glied in der Kette sei daher die Zusicherung des Sultans, eintretendenfalls den vertragsmäßigen Schutz Englands nachsuchen zu wollen. — In zweiter Linie könne ich mir den Fall vorstellen, daß der Sultan nicht nur davon abgehalten würde, sich in die Arme des Zweibunds zu werfen, sondern sich auch zu gewissen Verpflichtungen gegen die Gruppe England-Österreich-Italien bestimmen lassen würde, wenn er zu der Erkenntnis gebracht würde, daß auf seiten dieser Vereinigung nicht nur die Macht sondern auch der gemeinschaftliche Entschluß zu finden sei, im Falle einer Krisis im Orient nach gemeinschaftlicher Verabredung zu handeln und sich dabei des Sultans anzunehmen. Hierbei erinnerte ich Lord Salisbury wieder an den Umstand, daß zur Zeit gewisser Verhandlungen in London, an welchen ich mit Graf Károlyi und Graf Corty, allerdings hinter der Kulisse, teilgenommen, schon der Gedanke aufgetaucht sei, den Sultan durch streng vertrauliche Mitteilungen über die Eventualitäten der Zukunft zu beruhigen, was damals nur an seiner — Lord Salisburys — Besorgnis vor einer Indiskretion in Konstantinopel gescheitert sei**. Ich deutete dabei an, daß die Entscheidung dieser Frage,

* Vgl. dazu Bd. VIII, Kap. LIII, A.

** Vgl. Bd. IV, Nr. 933, 934. Fürst Bismarck hatte sich im Gegensatz zu Lord Salisbury, der durch die Haltung des Sultans gerade in der ägyptischen Frage präokkupiert war, von Anfang an dafür ausgesprochen, die Türkei in das Mittelmeerabkommen vom Februar/März 1887 einzubeziehen, wenigstens aber ihr das Abkommen mitzuteilen. Er hat denn auch im weiteren Verlauf des Jahres 1887 sein möglichstes getan, um den nähern Anschluß der Pforte an England und Österreich zu erzielen; indessen scheiterten seine Bemühungen an der durch die Nichtratifizierung der Drummond Wolffschen Konvention vom 28. Mai noch gesteigerten englisch-türkischen Entfremdung. Soweit ging freilich auch Bismarck nicht, der Türkei die nähere Verbindung mit dem eben damals erneuerten Dreibund, anstatt mit dem Mittelmeerbund zuzugestehen. Als Prinz Reuß in einem Bericht vom 16. April 1887 beiläufig einer Sondierung des türkischen Großwesirs bei dem österreichischen Botschafter in Konstantinopel Baron Calice betreffs eines Anschlusses der Türkei an den Dreibund Erwähnung tat, erteilte Bismarck in einem Erlaß an Reuß vom 20. April diesem die Weisung, gegenüber Graf Kálnoky zu betonen, daß „wir in dem dreiseitigen Bündnis mit Österreich und Italien weder die Türkei noch England brauchen

deren Erwägung sich mit der Zeit immer mehr aufdrängen müsse, voraussichtlich von ihm abhängen werde, da wohl anzunehmen sei, daß man eventuell auch in Wien keine Schwierigkeit machen würde, einer Anregung seinerseits zu folgen. Aus der Erwiderung Lord Salisburys ergab sich, daß er zwar heute noch Bedenken gegen eine solche Mitteilung in Konstantinopel hegt, sie aber für spätere Fälle nicht ganz von der Hand weist. Er ließ die Bemerkung fallen: „Ja, dies wird sich wohl empfehlen, bevor die Krisis eintritt.“ Dagegen hatte ich auch diesmal den Eindruck, daß Lord Salisbury nicht nur den Abschluß einer Konvention über Ägypten, sondern auch eine sich hieran knüpfende politische Verständigung mit dem Sultan auf der von mir bezeichneten Grundlage als wünschenswert und dem Interesse Englands entsprechend anerkennt.

---

könnten“. „Wir können,“ so fuhr der Erlaß fort, „die Ergebnisse von Verabredungen mit Österreich und Italien übersehen und nehmen dieselben auf uns; von der Türkei und England können wir unsere Entschließungen über Krieg und Frieden mit Rußland aber nicht abhängig machen. Unsere Aufgabe bleibt darauf beschränkt, solange nicht etwa Österreich direkt von Rußland angegriffen wird, Frankreich in Schach zu halten. Eine Liga nicht nur mit Österreich und Italien, sondern auch mit England und der Türkei dahin zu bilden, daß wir eine direkte und moralische Pflicht übernehmen, gegen Rußland auch dann feindlich vorzugehen, wenn es mit England und der Türkei in Krieg geriete, liegt nicht in unserer Absicht, denn nur aus österreichischen und italienischen Kriegen, nicht aber aus türkischen oder englischen können Resultate hervorgehn, welche unsere eigenen Interessen gefährden und schwer genug von Gewicht wären, um die Last eines deutsch-russischen Krieges für uns aufzuwiegen. Wenn wir England gegen französische Angriffe sicher stellen, so ist das alles, was wir im Sinne der Österreich und England gemeinsamen Interessen tun können. Durch Frankreich kann England lebensgefährlich geschädigt werden, wenn wir es nicht hindern, durch Rußland aber in Europa nicht, und im Orient liegen überhaupt für uns keine Interessen, deren Wahrnehmung die Übernahme eines russischen Krieges für die deutsche Politik rechtfertigen könnte.“

Hiernach dürfte die von Freiherrn Lucius von Ballhausen überlieferte Äußerung Bismarcks zu dem Kaiser Franz Joseph anläßlich dessen Anwesenheit in Berlin vom 12.—15. August 1889: „Das ganze Ziel und Objekt der deutschen Politik seit zehn Jahren sei, England für den Dreibund zu gewinnen“ (Bismarck-Erinnerungen S. 500), keinesfalls in dem Sinne interpretiert werden, als ob Bismarck konsequent den direkten Anschluß Englands an den Dreibund erstrebt hätte. Bismarcks Maxime ging, wie es einmal sein Sohn Herbert in einem Erlaß an Graf Hatzfeldt vom 14. März 1887 ausgedrückt hat, dahin, „daß das Gleichgewicht, d. h. der Frieden in Europa am besten erhalten wird, wenn Frankreich durch uns und Rußland durch die andern Mächte in Schach gehalten wird: es sind das die beiden einzigen Mächte, von denen überhaupt eine Friedensstörung zu befürchten ist. Wir möchten vor allem vermeiden, daß wir genötigt werden, nach zwei Seiten gleichzeitig Krieg zu führen, und in diese Lage würden wir geraten, wenn wir uns auf russische Verwickelungen einließen mit einem durch kein weiteres Gegengewicht gebundenen Frankreich im Hintergrunde.“ Weil Bismarck „russische Verwicklungen“ scheute, eben deshalb hat er sich 1887 nicht auf ein direktes Bündnis mit England einlassen wollen. Auch sein Bündnisangebot von 1889 (vgl. Bd. IV, Nr. 943) zielte ja nur auf eine Verstärkung des Gegengewichts gegen Frankreich, nicht gegen Rußland ab.

Nr. 2118

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 25. November 1891

[Herr von Giers sagte mir heute]*: pp. Rußland habe in Bulgarien schlechte Erfahrungen gemacht und gedenke nicht, dieselben zu wiederholen; es habe einmal die Initiative ergriffen und einen Kandidaten für den Thron genannt, die Folge sei gewesen, daß Österreich, wo man stets Velleitäten bezüglich Bulgariens nachgehe, vom „russischen Rubel" und „russischen Agenten" gesprochen habe, welche die Dinge in Bulgarien umstürzen wollten. Rußland werde also nichts mehr tun, sondern Bulgarien sich selbst überlassen. Die ganze Frage sei für Rußland lediglich eine question de dignité. Einen Katholiken auf dem bulgarischen Thron vermöge man nicht anzuerkennen, allein wenn ein deutscher protestantischer Prinz dort legal gewählt werde, werde auch die Zustimmung Rußlands nicht fehlen. — Die bulgarischen Flüchtlinge, welche in Bulgarien die russische Sache vertreten, könne die Regierung nicht preisgeben. Gerade in der bulgarischen Frage zeige sich der Unterschied in dem Charakter Alexanders II. und des jetzigen Zaren. Alexander II. habe den letzten türkischen Krieg „à son corps défendant" und „les larmes aux yeux" begonnen, weil das Unglück der Bulgaren und der Wunsch, ihnen zu helfen, sein „cœur d'or" erschüttert habe; daß Alexander III. sich in gleicher Weise entrainieren lasse, stehe nicht zu erwarten. Bei allem Mitgefühl, das er für die Bulgaren habe, sei er entschlossen, nicht zu intervenieren; die gegenwärtigen Machthaber, die ihn in der Presse mit Kot bewürfen, verachte er**. pp.

Marschall

* Der russische Minister von Giers weilte, von Paris kommend, vom 23. bis 25. November 1891 in Berlin, wo er mehrere Unterredungen mit dem Reichskanzler von Caprivi und dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall hatte. Vgl. Bd. VII, Kap. XLVII, Nr. 1513 ff.

** In ähnlicher Weise ließ sich Giers gegenüber Caprivi, laut einer Aufzeichnung desselben vom gleichen 25. November aus: „Bulgarien sei für Rußland — und nicht bloß den Kaiser, sondern auch die Nation — im Wert gesunken; es sei nur noch eine question de dignité. Rußland sei in dieser Beziehung dégrisée. Früher habe Graf Kálnoky geliebt, Rußland Unfreundliches über Bulgarien hören zu lassen. Seine letzte Rede gebe in dieser Beziehung keinen Anlaß zur Klage.

Rußland sei mit dem gegenwärtigen Zustand an den Dardanellen zufrieden. Es wolle nicht mehr, als daß kein anderer hereingelassen würde. Der Ausdruck »la clef de son Empire« sei ihm immer zu weitgehend erschienen, er sei damals durch Graf Schuwalow in den geheimen Vertrag gebracht. Der vorige Kaiser habe sehr nach Konstantinopel getrachtet und sei darin von Fürst Bismarck immer angestachelt worden; der jetzige hätte diese Tendenz nicht."

Nr. 2119

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 672 London, den 23. Dezember 1891
Geheim

In ganz vertraulicher Unterhaltung und mit der ausdrücklichen Bitte um Geheimhaltung sagte mir Rustem Pascha, vor etwa vierzehn Tagen sei in einer Unterredung mit Lord Salisbury auch die Frage eines eventuellen Vordringens der Russen nach dem Bosporus berührt worden. Der Minister habe ihm bei dieser Gelegenheit erklärt, daß in dem Falle, wo die russische Flotte Miene machen würde, sich nach dem Bosporus in Bewegung zu setzen, die englische Flotte sich sofort in Besika-Bai versammeln werde, um zum Schutze des Sultans, falls derselbe den Wunsch hiernach äußere, die Dardanellen zu passieren.

Rustem Pascha fügte hinzu, er habe diese Erklärung Lord Salisburys unverzüglich dem Sultan direkt gemeldet, von diesem jedoch bisher keine Antwort erhalten.

P. Hatzfeldt

Nr. 2120

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 27. Januar 1892

Der russische Botschafter hat mich heute nachmittag besucht und mir folgendes mitgeteilt: Herr von Giers, dessen friedliebende und ruhige Gesinnung ich kenne, habe ihm geschrieben, daß er einzelne points noirs am politischen Horizonte sehe und nicht unbesorgt sei, daß es demnächst zu einem feindlichen Vorgehen Bulgariens gegen Serbien komme. Die Spannung zwischen beiden Ländern sei fortwährend im Zunehmen, und leider „encouragiere“ Österreich-Ungarn, welches mehr und mehr sich als Protektor Bulgariens betrachte, die Bulgaren bei ihrer Haltung gegen Serbien; er wolle natürlich nicht sagen, daß das Wiener Kabinett die Bulgaren zu einem kriegerischen Vorgehen ermuntere, aber immerhin gebe man in Sofia Ratschläge, welche geeignet seien, das Selbstgefühl der dortigen Machthaber zum Nachteil Serbiens zu steigern. So habe der österreichisch-ungarische Gesandte in Belgrad vor wenigen Tagen in den schärfsten Ausdrücken

Vorstellungen wegen angeblicher Unterstützung bulgarischer Emissäre erhoben, die serbische Regierung für alle etwaigen Unordnungen in Bulgarien verantwortlich gemacht, obgleich notorisch die serbische Regierung die bulgarischen Emissäre aufs strengste überwache. Auch der italienische und der englische Gesandte hätten — allerdings in viel milderen Ausdrücken — Demarchen bei der serbischen Regierung zu demselben Zwecke gemacht*. Herr von Giers bitte nun die deutsche Regierung, dieselbe möge in Übereinstimmung mit der gerechten und loyalen Politik, die sie stets verfolgt habe, ihren Einfluß dahin geltend machen, daß Österreich-Ungarn einen mäßigenden Einfluß auf Bulgarien ausübe und sich der Einmischung in interne serbische Dinge enthalte.

Ich habe Graf Schuwalow erwidert, daß nach unsern Informationen allerdings eine gewisse Spannung zwischen Bulgarien und Serbien bestehe, allein von einer aggressiven Tendenz des ersteren nirgends die Rede sei; ebenso sei uns davon nichts bekannt, daß Österreich-Ungarn die Bulgaren in irgendeiner Art gegen die Serben encouragiere, das Wiener Kabinett habe vielmehr stets das Interesse bekundet, daß sowohl in beiden Staaten Ordnung bestehe, als daß sich beide untereinander vertrügen. Unseres Wissens hätten die österreichischen Vorstellungen nur den Zweck gehabt, zu verhindern, daß von Serbien aus gegen die innere Ruhe Bulgariens konspiriert werde, und dazu habe doch Österreich-Ungarn als Nachbarstaat Serbiens ein zweifelloses Recht. Was die deutsche Regierung betreffe, so verfolge dieselbe im Orient keine andern Ziele als die Erfüllung der bestehenden internationalen Verträge, die Erhaltung von Ruhe und Ordnung und damit die Fortdauer des Friedens. In diesem Sinne würden wir stets unsern Einfluß geltend machen. —

Graf Schuwalow schien von dieser Erklärung befriedigt.

Marschall

Nr. 2121

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Caprivi

Reinschrift

Berlin, den 28. Januar 1892

Graf Schuwalow hat mir heut im Auftrage des Herrn von Giers gesagt, letzterer wünsche sich zu vergewissern, ob er mit mir in bezug auf die Verhältnisse am Balkan noch auf demselben Standpunkt stände wie früher. Der Graf fügte dann hinzu, was er gestern schon über die Aktion in Serbien an Herrn von Marschall gesagt hatte, und gab seinen Ausführungen insofern eine Pointe gegen die österreichisch-ungarische Regierung, als er diese an der Erhaltung von Differenzen zwischen Bulgarien und Serbien als interessiert hinstellte.

---

* Näheres darüber siehe in Nr. 2122.

Ich habe dem Grafen erwidert, ich stände nach wie vor auf demselben Standpunkt wie früher; wir hätten durch unsere Zurückhaltung in Belgrad kürzlich von neuem gezeigt, daß wir an den Balkandingen nicht direkt beteiligt wären. Eine Differenz zwischen meinen Auffassungen und den Darlegungen des Grafen Schuwalow bestände aber darin, daß ich nicht, wie er, das Verhalten der österreichisch-ungarischen Regierung als ein die Ruhe am Balkan gefährdendes ansähe, daß ich vielmehr überzeugt wäre, auch die österreichisch-ungarische Regierung wünsche dringend, den Frieden an der unteren Donau nicht gestört zu sehen. Nach meiner Ansicht hätte die österreichisch-ungarische Regierung ihren Anschauungen von der Gefährlichkeit der in Serbien getriebenen Agitation, deren Wurzeln in Rußland — Odessa — lägen, gerade um deshalb einen so bestimmten Ausdruck gegeben, damit das Verhältnis zwischen Bulgarien und Serbien sich nicht mehr zuspitze.

Graf Schuwalow gab zu, daß die Agitation an der unteren Donau von Rußland aus unterstützt würde, versicherte aber, die russische Regierung sei dem ganz fremd.

Bitte dies an Graf Kálnoky gelangen zu lassen.

v. Caprivi

Nr. 2122

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Prinzen Heinrich VII. Reuß

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 62 Berlin, den 30. Januar 1892

Wie Euere pp. aus der in Abschrift beigefügten Aufzeichnung des Herrn Unterstaatssekretärs* ersehen, hat der serbische Geschäftsträger im Auftrage seiner Regierung bezüglich der letzten österreichischen Demarche in Belgrad hier ähnliche Mitteilungen gemacht, wie sie die serbische Regierung nach Euerer pp. Bericht Nr. 17 vom 19. d. Mts. in Paris und Rom hat machen lassen.

Dieselbe Sache hat der russische Botschafter im Auftrage des Herrn von Giers zum Gegenstand von Unterredungen mit dem Herrn Reichskanzler und mir gemacht. Abschriften unserer Aufzeichnungen über diese Demarche des Grafen Schuwalow und die demselben vom Herrn Reichskanzler und von mir erteilten Antworten** liegen bei. Euere pp. sind ermächtigt, dem Herrn Grafen Kálnoky von dem Inhalt der drei Anlagen vertraulich Kenntnis zu geben.

---

* Hier nicht abgedruckt, da der Inhalt sich aus dem Zusammenhang ergibt.
** Siehe Nr. 2120 und 2121.

Zu Euerer pp. persönlicher und vertraulicher Orientierung beehre ich mich in Ergänzung der Anlagen noch nachstehendes zu bemerken:

Wenn der Herr Reichskanzler dem Grafen Schuwalow gesagt hat, daß wir bezüglich der Balkanländer nach wie vor an unserer bisherigen Politik festhalten, so heißt das, wie Euerer pp. bekannt, daß wir, als in orientalischen Fragen nicht direkt beteiligte Macht, uns in dieser Beziehung in zweiter Linie halten. Wenn wir auch stets gern bereit sind (wie wir dies gerade in neuerer Zeit wiederholt durch die Tat bewiesen haben), die Aktion der uns befreundeten Mächte im Orient zu unterstützen, so müssen wir doch daran festhalten, daß unsere Mitwirkung in orientalischen Fragen in jedem einzelnen Falle nicht als etwas Selbstverständliches anzusehen ist, sondern von unserer jedesmaligen besonderen Erwägung abhängt.

Wenn, wie Euere pp. in dem Bericht vom 19. erwähnen, Graf Kálnoky erwartet hatte, der Kaiserliche Gesandte in Belgrad* würde beauftragt sein, die Demarche des österreichischen Gesandten bei der serbischen Regierung** zu unterstützen, so muß ich demgegenüber, zu Euerer pp. persönlichen Information, den Hergang bei dieser ganzen Angelegenheit nochmals kurz rekapitulieren:

Auf die Nachrichten von einer Verschwörung gegen die derzeitige bulgarische Regierung hin haben wir der österreichischen Regierung nahegelegt, „die serbische Regierung vertraulich auf die Schwere ihrer Verantwortung aufmerksam zu machen". Graf Kálnoky teilte daraufhin Euerer pp. mit, er habe den österreichischen Vertreter in Belgrad angewiesen, der serbischen Regierung im gedachten Sinne „in freundschaftlicher, aber ernster Weise" Vorstellungen zu machen.

Von einer Unterstützung dieser Aktion durch unsern Vertreter war — ebensowenig wie bei unserer Anregung — in der Mitteilung des Grafen Kálnoky an Euere pp. die Rede. In Ihrer telegraphischen Meldung war am Schlusse nur dem Wunsche des Grafen Kálnoky Ausdruck gegeben, unser Vertreter in Sofia möge die gleiche Instruktion wie der österreichische erhalten, nämlich zu warnen und eventuell, falls Sofia dem Prinzen Ferdinand und Herrn Stambulow keine genügende Sicherheit biete, zum Residenzwechsel zu raten. Dies ist geschehen.

Unsern Vertreter in Belgrad proprio motu, ohne daß uns österreichischerseits ein bezüglicher Wunsch zu erkennen gegeben war, zur Unterstützung der österreichischen Demarche anzuweisen, mußte uns um so ferner liegen, als wir gerade Serbien, Österreichs Nachbarland, stets als die Domäne des Kaiserstaats in dessen auswärtiger Politik angesehen haben. Wir haben das Recht anzunehmen, daß eine österreichische Aktion in Serbien, demgegenüber Österreich so zahl-

* Graf von Bray-Steinburg.
** Freiherr von Thömmel.

reiche Pressionsmittel zu Gebote stehen, unserer Unterstützung im allgemeinen nicht bedarf.

Wir konnten aber ohne österreichischen Antrag auf Unterstützung unserem Gesandten in Belgrad eine Weisung hiezu auch darum nicht zukommen lassen, weil wir von der endgültigen Instruktion an den österreichischen Gesandten daselbst keine Kenntnis hatten.

Wenn wir auch den durch die Meldungen des Grafen Bray allerdings im wesentlichen bestätigten serbischen Klagen über das schroffe Auftreten des Herrn von Thömmel kein zu großes Gewicht beizulegen geneigt sind, so geht doch aus den von Ihnen unter dem 19. berichteten Äußerungen des Grafen Kálnoky selbst hervor, daß die Aktion, zu der Herr von Thömmel angewiesen worden ist, nicht durchweg den uns angekündigten „freundschaftlichen" Charakter bewahrt hat.

Da wir bei derselben nicht beteiligt, und auch zur Beteiligung an derselben nicht aufgefordert waren, so haben wir keinen Anlaß, uns ein Urteil über die Opportunität der Form und des Maßes des Vorgehens des Freiherrn von Thömmel zu bilden. Ich will nur bei diesem Anlaß wiederholt feststellen, daß wir die von uns stets befolgte Maxime innehalten, wonach wir in allen orientalischen Fragen als nicht direkt interessierte Macht in zweiter Linie stehen und den näher beteiligten Mächten den Vortritt lassen. In allen sein Lebensinteresse betreffenden Fragen hat Österreich auf unsere loyale vertragsmäßige Unterstützung zu rechnen; unsere aktive Unterstützung in orientalischen Dingen müssen wir aber in jedem einzelnen Falle von einem Antrage und nach diesem von unserer freien Entschließung abhängig machen. Wir glauben bei Festhaltung dieser bisher von uns befolgten Politik nicht nur unsern eigenen Interessen, sondern auch denen unserer Freunde am besten zu nützen.

Es ist hierbei insonderheit zu bedenken, daß unser Hervortreten im Orient, wo wir notorisch nicht direkte Interessen wie unsere Freunde zu vertreten haben, sofort eine größere Schärfe und Spitze gegen die Mächte, denen wir dort entgegentreten, annimmt, als dies bei einer Aktion derjenigen Staaten der Fall ist, die im Orient direkte eigene Interessen zu verteidigen haben. Bei Zurückhaltung in diesen Fragen sind wir aber zugleich allein in der Lage, geeignetenfalls mildernd und vermittelnd unter den sich widerstreitenden Interessen aufzutreten.

Auch im vorliegenden Fall hätten wir durch unsere Beteiligung an der Aktion in Belgrad unseren Freunden weniger Dienste geleistet, als dies jetzt der Fall war. Denn nur als Unbeteiligte an jener Aktion sind wir in der Lage gewesen, die russische Regierung auf die von ihrem eigenen Lande ausgehende Agitation gegen Bulgarien und die damit zusammenhängende Verantwortlichkeit hinzuweisen.

Die vorstehenden Ausführungen sind, wie bereits oben bemerkt, nur zur persönlichen Orientierung Euerer pp. bestimmt; Euere pp. werden

dieselben aber zum Ausgangspunkt Ihrer Deduktionen dem Herrn Grafen Kálnoky gegenüber machen können, falls derselbe in spätern Fällen wieder in ähnlicher Weise wie jetzt zu weitgehende Erwartungen an unsere Mitwirkung bei orientalischen Fragen knüpfen sollte.

Euere pp. werden, falls sich der Anlaß zu einer solchen Erörterung bietet, leicht in der Lage sein, an der Hand der Vorgänge der letzten Jahre den Grafen Kálnoky daran zu erinnern, daß wir trotz Wahrung unserer Aktionsfreiheit wiederholt unsern entscheidenden Einfluß zugunsten unserer Freunde, nie umgekehrt, auch bei uns direkt nicht interessierenden Fragen in die Wagschale geworfen haben (Beratfrage*, Chadournefall** usw.).

Inwieweit die vom Fürsten Bismarck stets betonte Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland für uns noch jetzt vorhanden ist, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls haben wir seit Jahren keinerlei Anlaß zu dem Glauben gegeben, als strebten wir eine derartige Verständigung heimlich und auf Kosten auch nur eines unserer Freunde an.

Marschall

Nr. 2123

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 25 Wien, den 30. Januar 1892

Graf Kálnoky hat mir heut ein Telegramm des Grafen Széchényi von gestern vorgelesen, welches über die Demarche berichtet, die Graf Schuwalow bei Euerer Exzellenz mit Beziehung auf unsere Haltung Serbien gegenüber gemacht hat.

Der Minister hat mich gebeten, Euerer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank für die abweisenden und korrekten Erklärungen auszu-

---

* Identisch mit der Frage der bulgarischen Bischöfe in Mazedonien; vgl. Nr. 2097, Fußnote **.

** Am 8. Dezember 1891 war der französische Korrespondent Chadourne in Sofia, der sich durch gehässige Berichterstattung mißliebig gemacht hatte, von der bulgarischen Polizei zwangsweise über die Grenze gebracht worden. Der daraus zwischen Frankreich und Bulgarien entstehende Konflikt, der eine zeitweilige Unterbrechung der amtlichen Beziehungen zur Folge hatte, drohte zu einer Aufrollung der gesamten bulgarischen Frage zu führen; doch mußte Rußland selbst im Hinblick auf seine durch die Mißernte des voraufgehenden Jahres veranlaßten inneren Schwierigkeiten bremsen. Dem Eintreten Österreichs, in zweiter Linie auch Deutschlands gelang es, im Januar 1892 einen für Bulgarien ehrenvollen Ausgleich herbeizuführen.

sprechen, welche Hochdieselben dem russischen Botschafter gegeben haben. Der unzweideutige Ausdruck der Mißbilligung der zweideutigen Haltung der serbischen Regierung in der Flüchtlingsfrage, welchen Euere Exzellenz nach dem Bericht des Grafen Széchényi dem russischen Botschafter nicht vorenthalten haben, wäre ihm, dem Minister, von größtem Wert.

Mittlerweile würden Euere Exzellenz durch den Grafen Széchényi Kenntnis von einem Telegramm erhalten haben, welches er an den Grafen Wolkenstein gerichtet hat. Ohne diesem Botschafter einen Auftrag zu geben, hat ihn Graf Kálnoky in die Lage setzen wollen, dem Herrn von Giers auf diejenigen Verdächtigungen Österreichs zu antworten, die dieser Minister dem General von Schweinitz gegenüber vorgebracht hat.

Sobald Graf Kálnoky eine diesbezügliche Meldung des Grafen Wolkenstein erhalten hatte, hat er sich entschlossen, dem Fürsten Lobanow gegenüber die Initiative zu ergreifen und mit Entschiedenheit sich gegen die Vermutungen des Herrn von Giers auszusprechen. Er hat seinen Unmut darüber nicht verhehlt, daß die russische Regierung Verhetzungen und Lügen einer so erbärmlichen Regierung wie der serbischen mehr Glauben zu schenken scheine als den Erklärungen des Wiener Kabinetts. Denn letzteres habe in loyaler Weise durch den Kanal ihres hiesigen Botschafters die dortige Regierung von den Schritten in Kenntnis gesetzt, welche er, Graf Kálnoky, in Belgrad getan habe. Die Nachrichten, welche von den glaubwürdigsten Seiten hier eingelaufen seien, daß die in Serbien sich aufhaltenden bulgarischen Flüchtlinge und anderes Gesindel etwas gegen die bulgarischen Regierenden im Schilde führten, hätten dem hiesigen Kabinett die Verpflichtung auferlegt, die serbische Regierung auf diesen Umstand aufmerksam zu machen und ihr die Verantwortung für alle Ruhestörungen zuzuschieben, die etwa von Serbien aus und von den dort schlecht überwachten Verschwörern gegen das Nachbarland ausgehen würden.

Diesen Schritt habe er, der Minister, aber im Interesse des Friedens getan, um zu verhindern, daß keine Ruhestörungen auf der Balkanhalbinsel vorkommen sollten. Nicht aber, wie Herr von Giers sich unbegreiflicherweise von den Serben habe einreden lassen, um eine große kriegerische Aktion auf der Balkanhalbinsel einzuleiten, um aus der Notlage Rußlands Vorteil zu ziehen, und was dergleichen Ungeheuerlichkeiten mehr wären.

Graf Kálnoky hat den Fürsten Lobanow daran erinnert, daß sie sich wiederholt in ihren vertraulichen Gesprächen in dem Gedanken geeinigt hätten, daß diese elenden Balkanstaaten und ihre Händel nicht wert wären, daß sich zwei große Reiche darüber entzweiten, und nun müsse er die Erfahrung machen, daß das Petersburger Kabinett den Lügen der von ihm nur im Interesse der Ordnung und Ruhe einiger-

maßen ins Bockshorn gejagten Serben Glauben geschenkt habe. Er habe schließlich den Botschafter gebeten, seiner Regierung genauen Bericht über seine Äußerungen zu erstatten.

Fürst Lobanow, so sagt mir der Minister, sei einigermaßen in Verlegenheit geraten, habe ihm aber für die offene Sprache und namentlich dafür gedankt, daß er selbst die Initiative ergriffen habe, sich über die Besorgnisse des Herrn von Giers auszusprechen. Er habe zwar Kenntnis davon gehabt, sei aber nicht beauftragt worden, dem Grafen Kálnoky darüber zu reden, ebensowenig wie der russische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten dem Grafen Wolkenstein über seine Befürchtungen gesprochen habe.

Der Fürst hat die Aufregung des Herrn von Giers durch Hetzereien der dortigen Militärs, die den Krieg wollten, zu erklären gesucht und dieses Gebaren sehr beklagt. Er hat nicht geleugnet, daß alle die Nachrichten, welche seinen Chef so aufgeregt haben, aus serbischen Quellen geflossen seien, namentlich auch die Behauptung, Österreich suche eine Entzweiung und einen Krieg zwischen Bulgarien und Serbien herbeizuführen, um dann letzteres Land einzunehmen. Der Botschafter hat versichert, er selbst habe an alle diese serbischen Befürchtungen nicht geglaubt, es sei ihm daher äußerst schätzbar, autorisiert zu sein, eine solche entschiedene Verwahrung dagegen nach St. Petersburg melden zu können.

Der Minister hat sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, den Fürsten auf den trostlosen inneren Zustand dieses von Rußland so warm protegierten Ländchens aufmerksam zu machen, welches trotz des Glückes, eine nationale Regierung zu besitzen, immer mehr zugrunde gehe und für keinen seiner Nachbarn mehr gefährlich sei. Österreich fürchte daher Serbien in keiner Weise, würde aber nicht dulden, wenn von dort aus die Ordnung und Ruhe gestört würde.

Graf Kálnoky ist nun der Ansicht, daß dieser ganze Zwischenfall ganz nützlich für die Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn gewesen ist. Er habe sich offen über Österreichs Friedenspolitik aussprechen können und hoffe auch Glauben auf der anderen Seite zu finden. Die Torheit der dem österreichischen Kabinett zugeschobenen teuflischen Absichten sei zu einleuchtend, um die Russen nicht in Zukunft vorsichtiger zu machen, und schade es auch nichts, wenn sie sich ein wenig über ihre Naivität schämten. Für den Hauptgewinn hielt er aber, daß sein Telegramm an Graf Wolkenstein noch nicht in St. Petersburg bekannt war, als Graf Schuwalow den Befehl erhielt, seine Demarche bei Euerer Exzellenz zu machen, und so eine wohlverdiente Zurechtweisung einzuheimsen.

Nützlich sei ferner, daß man bei diesem Anlaß aufs neue erfahren habe, wie in St. Petersburg zum Kriege gehetzt wird, und sei dabei nur unfaßlich, daß in den dortigen maßgebenden Kreisen das Bewußt-

sein der durch das große innere Unglück* aufgezwungenen Lahmlegung noch so wenig zum Durchbruch gekommen sei, daß man noch Zeit und Lust habe, an die Anfachung eines Krieges zu denken.

H. VII. P. Reuß

Nr. 2124

Der Botschafter in Petersburg von Schweinitz an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 41 St. Petersburg, den 4. Februar 1892

Euerer Exzellenz beehre ich mich, für die hochgeneigte unter Nr. 46 vom 30. v. Mts. erfolgte Mitteilung des an den Kaiserlichen Botschafter in Wien gerichteten Erlasses von demselben Tage** meinen ehrerbietigen Dank auszusprechen. Dieses Aktenstück mit seinen drei Beilagen*** ist von großem Werte für die deutsche Vertretung in St. Petersburg, deren beharrliches Bestreben darauf gerichtet bleiben muß, die Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland so lange zu erhalten, als es ohne Schädigung der eigenen Würde oder der den Alliierten schuldigen Treue angeht. Die Besprechungen, welche Euere Exzellenz und der Herr Staatssekretär mit dem Grafen Schuwalow und Graf Kálnoky mit dem Fürsten Lobanow während der vergangenen Woche hatten, haben gute Wirkung hervorgebracht, indem sie ernste, wenn auch unbegründete Besorgnisse der russischen Regierung milderten; letztere ist durch die mißliche Lage im Innern und wohl auch durch schlechtes Gewissen wegen mancher gegen uns begangener Sünden etwas reizbar geworden und deshalb Einflüsterungen zugänglich und geneigt, törichten Gerüchten von Angriffsplänen Glauben zu schenken†.

Obwohl Herr von Giers in seinen Gesprächen mit mir nie eigenes Mißtrauen gezeigt, sondern nur in ganz vertraulichen Unterhaltungen von den Befürchtungen gesprochen hat, durch welche amtliche und gesellschaftliche Kreise in Aufregung versetzt wurden, so hat er doch manchmal und besonders in dem Falle, über welchen ich am 21. v. Mts. Nr. 23 zu berichten die Ehre hatte††, angedeutet, daß er zu dem Wiener Kabinett nicht das gleiche Vertrauen habe wie zu uns, und daß er des von uns auf jenes geübten mäßigenden Einflusses nicht mehr so sicher sei als sonst.

Nun sind jetzt fast gleichzeitig aus Berlin und aus Wien Berichte

* Gemeint ist die schwere russische Mißernte im Jahre 1891. Vgl. Bd. VII, Kap. XLIX, A, Nr. 1620 f.

** Siehe Nr. 2122.

*** Identisch mit den Beilagen zu Nr. 2122.

† Vgl. Bd. VII, Kap. XLIX, Nr. 1622.

†† Es handelte sich dabei um den bulgarischen Flüchtling Rizow in Belgrad: einen jener Emissäre, um deretwillen die österreichische Regierung ihre diplomatische Aktion in Belgrad unternommen hatte.

eingegangen, welche sowohl den Zaren als auch dessen Minister befriedigt haben; Seine Majestät hat zu dem Schreiben, in welchem Graf Schuwalow den Inhalt seiner Unterredung mit Euerer Exzellenz vom 28. v. Mts. wiedergab, die Randbemerkung gemacht: „Dem Caprivi muß man immer glauben" (Caprivi wsegda nado weritj).

Die Aussprache, welche Graf Kálnoky mit dem russischen Botschafter in Wien gehabt hat, wird von Herrn von Giers als „excellent" bezeichnet; „noch nie", so sagt er, „hat der österreichisch-ungarische Minister des Äußern so kategorische Erklärungen abgegeben*; wir glauben gern an seine Zusicherungen, es ist uns aber doch wertvoll, zu wissen, daß, wenn er einmal andere Anwandlungen haben sollte, General Caprivi sich bemühen wird, mäßigend auf ihn zu wirken."

v. Schweinitz

Nr. 2125

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg von Schweinitz

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 65 Berlin, den 9. Februar 1892

Nach Euerer pp. gefälligem Bericht Nr. 41 vom 4. d. Mts.** hat sich Herr von Giers dahin ausgesprochen, daß die Mitteilungen von Graf Kálnoky an Fürst Lobanow und des Herrn Reichskanzlers an Graf Schuwalow bezüglich Serbiens ihn wesentlich beruhigt haben.

Auch nach unserer Ansicht hat Herr von Giers niemals Grund zu den angedeuteten Besorgnissen gehabt. Wir haben niemals an aggressive Absichten Österreichs gegen Rußland geglaubt und können uns daher des Zweifels nicht erwehren, ob die von russischen Staatsmännern periodisch zur Schau getragenen Befürchtungen vor angeblichen feindlichen Absichten Österreichs wirklich aufrichtig gemeint sind.

Marschall

Nr. 2126

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Geschäftsträger in Petersburg Alfred von Bülow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 298 Berlin, den 6. August 1892
[abgegangen am 7. August]

Zu Ew. pp. Information:

Vor einiger Zeit hatte Prinz Ferdinand von Koburg vertraulich hierher mitteilen lassen, er habe den dringenden Wunsch, nach Berlin

* Vgl. Nr. 2123.
** Siehe Nr. 2124.

zu kommen und den Herrn Reichskanzler zu sprechen. Hierauf ist dem Prinzen von hier aus der Rat erteilt worden, von einer Anfrage in diesem Sinne Abstand zu nehmen, da es dem Herrn Reichskanzler peinlich sein würde, eine ablehnende Antwort erteilen zu müssen.

Maßgebend für diese Haltung des Grafen Caprivi war der Umstand, daß Seine Exzellenz alles vermieden zu sehen wünsche, was den Anschein erwecken könnte, als sei in unserer Haltung Bulgarien gegenüber eine Veränderung eingetreten.

Von einer amtlichen Mitteilung des Vorstehenden wollen Ew. pp. absehen, doch ermächtige ich Sie, gelegentlich im Privatgespräche, von sich aus den Tatbestand solchen Persönlichkeiten vertraulich zu erzählen, von denen zu erwarten steht, daß sie der Nachricht an geeigneter Stelle weitere Verbreitung geben.

Rotenhan

Nr. 2127

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 795 — Berlin, den 11. November 1892
[abgegangen am 17. November]

Euerer pp. beehre ich mich zu Ihrer ganz vertraulichen und persönlichen Information Abschrift eines Berichts aus Simla vom 17. Oktober und seiner zwei Anlagen* zu übersenden.

Wie Euere pp. aus dem Bericht ersehen, ist jede Verwertung seines Inhalts mit Rücksicht auf die von Herrn von Heyking benutzte Quelle ausgeschlossen. Trotz des Interesses, mit dem wir die Vorbereitungen der indischen Regierung gegen einen etwaigen russischen Angriff verfolgen, müssen wir denselben gegenüber lediglich platonische Zuschauer bleiben; dies gilt auch bezüglich der Erwägungen der englischen Regierung darüber, ob sie eine eventuelle Verteidigung Indiens durch eine Aktion im Schwarzen Meere unterstützen zu sollen glaubt.

---

* Der Bericht des Generalkonsuls in Bombay, Freiherrn von Heyking, vom 17. Oktober verbreitete sich sehr ausführlich über eine sekrete Denkschrift des anglo-indischen Militärdepartements bezüglich der im Falle eines russischen Einrückens in Afghanistan zu ergreifenden militärischen Maßregeln. Nach dieser Denkschrift glaubte die anglo-indische Regierung mit Rücksicht auf Lord Salisburys Überzeugung, daß England unter keinen Umständen auf die Unterstützung der türkischen Armee zu rechnen haben werde, von dem einstmals gehegten Plan, der russischen Macht im Kaukasus einen Schlag beizubringen, ganz abstrahieren zu müssen.

Die Gründe aber, welche nach der Anlage Lord Salisbury gegen die Möglichkeit einer englischen Aktion im Schwarzen Meere angegeben hat, haben für uns mit Rücksicht auf unsere Bundesgenossen ein näher liegendes Interesse.

Wenn in der Tat die englische Regierung in der Türkei einen sicheren Bundesgenossen Rußlands sieht, und selbst Lord Salisbury aus diesem Grunde bei einer etwaigen Gefährdung Indiens durch Rußland auf jedes Vorgehen im Schwarzen Meer verzichtet, so muß daraus mit Notwendigkeit geschlossen werden, daß auch ein direkter russischer Vorstoß auf Konstantinopel von den englischen Staatsmännern als eine Tatsache angesehen werden würde, der sie machtlos gegenüberstehen.

Unsere Interessen würden durch eine russische Besetzung der Meerengen, wie oft hervorgehoben worden ist, nicht direkt verletzt; wir glauben, auch unsere Bundesgenossen — Österreich und Italien — davon überzeugen zu können, daß auch sie — solange England einer solchen Besetzung ruhig zusieht — dieselbe ohne Preisgebung vitaler Interessen dulden können.

Um aber auf unsere Bundesgenossen rechtzeitig in diesem Sinne einwirken zu können, ist es für uns von großem Interesse, zum voraus zu wissen, ob die Äußerung Lord Salisburys der indischen Regierung gegenüber nur auf diese berechnet war oder die wirkliche Meinung des englischen Staatsmanns in bezug auf die Türkei wiedergibt. Ich werde daher mit besonderem Dank und Interesse jede Mitteilung entgegennehmen, die mir Euere pp. mit Bezug auf diese Frage zugehen lassen.

Wir haben keinerlei Anzeichen dafür — und Euerer pp. persönliche Bekanntschaft mit dem Sultan und den Dingen in der Türkei wird das bestätigen —, daß der Sultan zum voraus entschlossen ist, sich im Kriegsfall den Russen in die Arme zu werfen. Wir glauben im Gegenteil, daß er sich demjenigen anschließen wird, dessen Schiffe zuerst in den Meerengen erscheinen.

Da das englische Mittelmeergeschwader, wie mir erst neuerdings aus zuverlässiger Privatquelle bestätigt worden ist, den Befehl hat, sich nicht mehr als 48 Stunden von den Dardanellen zu entfernen, so dürfte noch immer die englische Flotte in der Lage sein, im kritischen Moment die erste vor dem Palais des Sultans zu sein. Wenn allerdings England hierauf zum voraus verzichtet und dies am Goldenen Horn geahnt wird, dann, aber auch nur dann, dürfte sich der Sultan veranlaßt sehen, sich zum voraus den Russen zu verschreiben.

Marschall

Nr. 2128

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 774 London, den 24. November 1892
Geheim

Die Beantwortung der durch den hohen Erlaß Nr. 795* angeregten Frage bezüglich der englischen Politik im Falle eines russischen Vorgehens, namentlich gegen Indien, macht es unerläßlich, zunächst auf die Politik Lord Salisburys** zurückzukommen und soweit möglich festzustellen, ob und wieweit das Bild, welches die Anlage zu dem hohen Erlaß anscheinend davon gibt, der Wirklichkeit entspricht.

Wie Eurer Exzellenz bekannt ist, habe ich beinahe sieben Jahre mit dem Vorgänger Lord Roseberys nicht nur in fortgesetztem geschäftlichem Verkehr, sondern in ganz vertraulichen persönlichen Beziehungen gestanden, wie sie nur selten unter den gegebenen Verhältnissen vorkommen, und darf daher ohne Überhebung annehmen, daß seine Anschauungen in bezug auf die großen politischen Fragen der Zukunft mir einigermaßen bekannt sind. Ich gestatte mir gehorsamst hinzuzufügen, daß die sorgfältigen und eifrigen Beobachtungen des Baron Heyking, welchen ich stets mit großem Interesse gefolgt bin, gewiß volle Anerkennung verdienen, und daß etwaige Abweichungen zwischen uns bei Beurteilung der vorliegenden Frage sich wohl lediglich aus dem Umstande erklären, daß er auf Beobachtung der lokalen Umstände und Stimmungen in Indien beschränkt ist, während ich Gelegenheit hatte, die Gesamtpolitik Lord Salisburys an Ort und Stelle und in eingehendem Verkehr mit demselben zu verfolgen.

Wenn ich hier zunächst voranschicke, daß ich Lord Salisbury für einen ebenso umsichtigen als feinen Staatsmann halte, ja für den einzigen in England, welcher in der auswärtigen Politik die wirkliche Größe des Landes im Auge hat und unseren Auffassungen in bezug auf die Behandlung der europäischen Fragen nahesteht, so würde ich mich einer Übertreibung schuldig machen, wenn ich nicht hinzufügte, daß auch hier Licht und Schatten zusammenfallen. Lord Salisbury ist nicht ganz frei von gewissen Vorurteilen und Schwächen, die seinen sonst scharfen Blick zuweilen trüben und seiner Tätigkeit hemmend im Wege stehen. Abgesehen davon, daß er, wie jeder englische Staatsmann, von den Interessen seiner Partei und der öffentlichen Meinung

* Siehe Nr. 2127.
** Er war, nachdem die englischen Parlamentswahlen der ministeriellen Partei im Juli eine Niederlage bereitet hatten, Mitte August zurückgetreten. Sein Nachfolger in der Leitung des Foreign Office, Earl of Rosebery, hielt sich aber im wesentlichen in den Bahnen Salisburys. Vgl. Bd. VIII, Kap. LII, B, Nr. 1731 ff.

abhängig ist, läßt er sich durch persönliche Rücksichten und Vorurteile beeinflussen. Ich darf hierbei an sein eingewurzeltes Vorurteil gegen die Person des Sultans und an seine unüberwindliche Abneigung gegen Herrn Crispi erinnern, welche einer intimeren Verständigung mit Italien ohne Zweifel damals ernstlich im Wege gestanden hat.

Im großen und ganzen war sich Lord Salisbury aber über die europäische Situation und über die Zwecke vollständig klar, die er im Interesse seines Landes in der auswärtigen Politik zu verfolgen hatte, wenn er auch bestrebt war und mit Rücksicht auf die innere Situation bestrebt sein mußte, seine Hinneigung zur Tripelallianz und seine Schritte zur Unterstützung derselben hier in Dunkel zu hüllen, um seinen Gegnern keine Waffen gegen sich in die Hand zu geben. Vor allem kann man von ihm annehmen, daß er es als ein großes Interesse Englands betrachtete, in Gemeinschaft mit Österreich und Italien und vielleicht auch mit uns das Vordringen der Russen nach Konstantinopel und nach den Dardanellen und eine überwiegende Entwicklung französischer Macht und französischen Einflusses im Mittelmeer nach Möglichkeit zu verhindern. In letzterer Hinsicht läßt sich meines gehorsamsten Erachtens nicht bezweifeln, daß er fest entschlossen war, bei einem französischen Angriffe auf Italien letzterem Hülfe zu leisten, unter der hier stets maßgebenden Voraussetzung, daß die öffentliche Meinung ihm dabei zur Seite stehen würde, was, wie Eure Exzellenz sich hochgeneigtest erinnern wollen, infolge der Ungeschicklichkeiten des Herrn Crispi eine Zeitlang zu Lord Salisburys Bedauern nicht ganz zweifellos erschien.

Was speziell seine Beziehungen zu uns betrifft, die während seiner ganzen Amtsdauer auf seine ganze Haltung in den auswärtigen Fragen wesentlich eingewirkt haben, so weiß ich aus seinem eigenen Munde, daß er bis zu Eurer Exzellenz Ernennung zum Reichskanzler unsere Politik nicht ohne Mißtrauen verfolgt hat. Er hatte dabei speziell den Eindruck, daß unser Bestreben dahin ging, England in den Fragen, die zu einer europäischen Krisis führen können, allein vorzuschieben und uns dabei eine eventuelle Verständigung mit Rußland vorzubehalten. Dieses Mißtrauen ist erst nach Eurer Exzellenz Ernennung geschwunden, und ich habe seitdem niemals mehr eine Spur davon bei ihm bemerkt.

In bezug auf den Orient läßt sich die Auffassung Lord Salisburys, wie ich sie aus zahllosen Unterhaltungen mit ihm kenne, in folgendem kurz zusammenfassen. Im Falle eines russischen Vorgehens gegen den Bosporus war er im Prinzip entschlossen, die englische Flotte durch die Dardanellen und vor Konstantinopel zu schicken und hatte, um hierzu eventuell in der Lage zu sein, die englische Flotte im Mittelmeer allmählich verstärkt und ihr die Weisung erteilt, jeden Augenblick einer telegraphischen Weisung gewärtig zu sein. Bei seinem eingewurzelten Mißtrauen gegen den jetzigen Sultan, dessen etwaigem Ruf um Hülfe er jedenfalls gefolgt wäre, erschien es ihm allerdings nicht zweiffellos, ob

derselbe sich nicht verleiten lassen würde, der englischen Flotte den Eintritt durch die Dardanellen selbst zu verwehren. Auch in diesem Fall glaubte er nicht auf die Aktion verzichten zu müssen und hatte eine Forcierung der Dardanellen offenbar in ernste Erwägung genommen. Eine viel größere und vielleicht unüberwindliche Gefahr erblickte er dagegen in der nach seiner Auffassung allerdings nicht wahrscheinlichen Eventualität einer Besetzung der Dardanellen durch die Russen, falls es denselben dennoch gelänge, der englischen Flotte darin zuvorzukommen. Bei dieser Unsicherheit behielt er sich vor, nach den Umständen zu handeln. pp.

Aus dem Vorstehenden dürfte sich jedenfalls ergeben, daß es eine irrtümliche Annahme sein würde, wenn irgendwo, auch in Indien, geglaubt würde, daß der frühere Premierminister im Ernst daran gedacht hat, einer russischen Vergewaltigung des Sultans ruhig zuzusehen, und daß er nicht den festen Vorsatz gehabt hat, mit Unterstützung der befreundeten Mächte und durch eine ernste Aktion der englischen Flotte dagegen einzuschreiten.

Eine ganz andere Frage ist es, ob Lord Salisbury den Gedanken gefaßt hatte, einem russischen Vorgehen gegen Indien mit einem englischen Vorstoß nach dem Schwarzen Meere zu begegnen.

Aus naheliegenden Gründen habe ich es vermieden, ihm gegenüber die Gefahr für Indien, bei der wir England nicht helfen können, zu eingehend zu berühren. Sie ist aber dennoch gelegentlich zwischen uns zur Sprache gekommen und aus seinen wiederholten Äußerungen darüber glaube ich seine Auffassung zu kennen. Zunächst hielt er diese Gefahr durchaus nicht für eine in naher Zukunft zu erwartende und nahm im Gegenteil an, daß bei den enormen Entfernungen, die zwischen beiden Teilen noch in Asien liegen, noch manche Jahre vergehen müßten, bis die beiderseitigen Grenzen sich nahe genug gerückt sein könnten, um die Gefahr eines Zusammenstoßes zu ermöglichen. Auch für diesen Fall war er nach allen seinen Äußerungen fest überzeugt, daß die bis dahin für die Verteidigung getroffenen und ausgeführten Verteidigungsmaßregeln vollständig ausreichen würden, um Indien mit vollem Erfolg gegen jeden russischen Angriff sicherzustellen.

Wenn Lord Rosebery sich den Vorschlägen der indischen Regierung gegenüber kühl gezeigt hat, namentlich auch in bezug auf die Entsendung von weiteren 30 000 Mann englischer Truppen, so dürften dieser Haltung außer den bereits angeführten Gründen verschiedene praktische Rücksichten zugrunde gelegen haben. Abgesehen davon, daß die Entsendung von 30 000 Mann bei der jetzigen Situation der englischen Armee überhaupt kaum ohne weiteres ausführbar wäre, würde sie hier eine große Sensation gemacht und zu endlosen Erörterungen in der Presse und in der Kammer geführt haben, welche der Regierung schwerlich erwünscht gewesen wären. Gleichzeitig möchte ich annehmen, daß Lord Salisbury den Eindruck hatte, den übermäßigen und

anspruchsvollen Eifer der indischen Militärbehörden etwas abkühlen zu müssen. Demselben Gefühl dürfte es, ganz abgesehen von seinem wirklichen Mißtrauen gegen den Sultan, zuzuschreiben sein, wenn er in seiner Mitteilung an die indische Regierung wirklich die Ansicht ausgesprochen hat, daß der Sultan sich wahrscheinlich in die Arme Rußlands werfen würde. So viel steht für mich, wie ich ihn kenne, fest, daß Lord Salisbury, wenn er auch den Hintergedanken hatte, im Fall eines Angriffs auf Indien die Russen seinerseits im Schwarzen Meer zu verfolgen, es gewiß sorgfältig vermieden hätte, diesen Gedanken von irgend jemand in Indien durchschauen zu lassen.

Sollte es aber in absehbarer Zeit wirklich zu einem Angriffe auf Indien kommen und dadurch ein ernster Kriegszustand mit Rußland herbeigeführt werden, so dürfte meines gehorsamsten Erachtens anzunehmen sein, daß jede englische Regierung, wenn sie den Kampf aufnimmt, den ernsten Versuch machen wird, den Feind überall, wo sie die Mittel dazu findet, so zu schädigen und zu schwächen, daß er den Angriff gegen Indien aufgeben muß oder doch nur mit geringeren Mitteln verfolgen kann. Erscheint diese Erwägung begründet, so dürfte es um so wahrscheinlicher sein, daß England auch im Schwarzen Meere eventuell nicht untätig bleiben wird, als es dort, wenn es die Sache richtig anfaßt, auch die Aussicht hat, von mächtigen Verbündeten unterstützt zu werden. pp.

Schließlich bitte ich noch um die Erlaubnis, aus meinem gelegentlichen und vertraulichen Gespräch, welches ich gestern mit Lord Rosebery hatte, eine, wie mir scheint, an sich sehr interessante Äußerung desselben anzuführen, welche außerdem ein klares Licht auf seine Auffassungen, aber auch auf die außerordentliche Vorsicht wirft, die er gerade im Interesse seiner Politik noch glaubt beobachten zu müssen.

Wir kamen im Laufe der Unterhaltung auch auf die Situation im Mittelmeer und im Orient zu sprechen, und ich warf, um ihn zu weiteren Äußerungen zu veranlassen, die Bemerkung hin, daß Lord Salisbury mir früher versichert habe, wie er die englische Flotte im Mittelmeer stets am Telegraphendraht habe und ihr jeden Augenblick die gerade erforderlichen Bewegungen vorschreiben könne. Lord Rosebery bestätigte dies mit dem Bemerken, daß die Mittelmeerflotte damals auch mit gewissen Instruktionen versehen worden sei. Offenbar nicht ohne Absicht fügte er dann hinzu: „Diese Instruktionen sind auch seitdem nicht abgeändert worden, wenigstens glaube ich nicht, daß dies ohne mein Mitwissen geschehen sein kann." Als er bei mir eine gewisse Überraschung darüber zu bemerken glaubte, fuhr er fort: „Sehen Sie, mein sehr verehrter Chef, der Premierminister*, versteht von auswärtiger Politik sehr wenig und weiß das auch selbst ganz gut. Da er aber manchmal gewisse französische Neigungen hat, so suche ich jede Erörterung dadurch zu ver-

* Gladstone.

meiden, daß ich an den Dingen, die ich bei meinem Eintritt vorgefunden habe, grundsätzlich nichts ändere. So verhält es sich auch mit der fraglichen Instruktion.“

Euere Exzellenz darf ich gehorsamst bitten, die vorstehende Äußerung als eine streng vertrauliche hochgeneigtest behandeln zu wollen.

P. Hatzfeldt

Nr. 2129

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Grafen von Caprivi*

Ausfertigung

Nr. 9 Wien, den 6. Januar 1893

Da Graf Kálnoky zu bemerken geglaubt hat, daß Lord Rosebery nicht ganz beruhigt über die etwaigen Folgen des Schrittes war, welchen er in Sofia gelegentlich der Verfassungsabänderung des bulgarischen Ministerpräsidenten** getan hat, und zu befürchten schien, daß das Petersburger Kabinett die Sache aufnehmen und ihm daher bei seiner Partei Schwierigkeiten bereiten könnte, so hat der Minister meinem englischen Kollegen darüber gesprochen.

Er hat ihm gesagt, daß seinen Beobachtungen zufolge die russische Regierung keine Lust habe, sich in die bulgarischen Dinge weiter einzumengen. Man habe in St. Petersburg jetzt vielmehr sein Auge auf die Meerengenfrage geworfen. Man sage sich nicht mit Unrecht, daß, wenn Rußland nur erst einmal den freien Verkehr durch die Meerengen erreicht haben werde, auch ohne sich in den Besitz von Konstantinopel zu setzen, die Frage der Balkanländer dann von selbst zur Lösung kommen werde. Es sei daher geraten, das Vorgehen Rußlands in dieser Frage aufmerksam zu überwachen. pp.

H. VII. P. Reuß

---

* Die zweite Hälfte des Reußschen Berichts ist abgedruckt in Bd. VII, Kap. L, A, Nr. 1643.

** Am 19. Dezember 1892 hatte die kleine bulgarische Sobranje eine Verfassungsänderung angenommen, welche die Dispensation des Fürsten von der Zugehörigkeit zur orthodox-bulgarischen Konfession — im Hinblick auf die geplante Heirat des Fürsten Ferdinand mit der Prinzessin Marie Luise von Parma — auch auf den nächsten Thronerben ausdehnte. Die englische und die italienische Regierung, welche befürchteten, daß Rußland diesen Anlaß benutzen möchte, um neuerdings die bulgarische Frage aufzurollen, gaben, während Österreich und vollends Deutschland sich in der Angelegenheit zurückhielten, in Sofia den Rat, in der Sache nicht weiterzugehen. Tatsächlich begnügte die russische Regierung sich damit, durch ein im „Regierungsboten“ vom 5. März veröffentlichtes Communiqué, das mittels einer Note den auswärtigen Regierungen mitgeteilt wurde, Protest gegen die Änderung der Verfassung einzulegen. Das hinderte aber nicht, daß auch die große bulgarische Sobranje am 28. Mai die Abänderung einstimmig genehmigte.

Nr. 2130

Der Botschafter in Petersburg von Werder an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 68 St. Petersburg, den 17. März 1893
Ganz vertraulich

Das am 5. März im „Regierungsboten" erschienene Communiqué über die projektierte Verfassungsänderung in Bulgarien* hat im großen Publikum hier sehr wenig Eindruck gemacht, und verspricht man sich keine unmittelbaren Folgen davon.

Solche daran zu knüpfen, ist wohl auch nicht beabsichtigt gewesen. Die einen sagen, es müßte die russische Regierung doch einmal zeigen, daß sie Bulgarien nicht ganz vergessen und nicht unterlassen habe zu warnen, wenn dort etwas passieren sollte. Andere versuchen aus dem Umstande, daß die konfessionelle Frage in dem Communiqué angeregt ist, zu folgern, daß die Regierungsäußerung durchaus nicht bedeutungslos sei. Die Stimmen, welche die revolutionäre Tendenz des Communiqués tadeln zu müssen glauben, sind, da die eigentlichen Russen alle liberal sind, ganz vereinzelt.

Die Presse benutzt, wie es nicht anders zu erwarten war, die Regierungsäußerung, um in allen Tonarten die bulgarische Regierung anzugreifen, schont aber dabei auch nicht den Dreibund und namentlich Österreich. Die gegen den Dreibund gerichteten Angriffe sind sehr ungerecht, da man hier wissen kann, wie Deutschland in der bulgarischen Frage fest zu Rußland steht, aber man will einmal nicht glauben, daß Österreich irgend etwas ohne die Erlaubnis Deutschlands, und Bulgarien wiederum ohne diejenige Österreichs tun kann.

Ich befinde mich in betreff der bulgarischen Angelegenheiten hier in einer sehr viel vorteilhafteren Stellung als mein österreichischer Kollege, da ich eine Regierung vertrete, welche in dieser hier so empfindlich berührenden politischen Frage sich der russischen Regierung gegenüber völlig korrekt und loyal benimmt, was die Kaiserlich österreichische Regierung, und zwar sehr zum Bedauern ihres hiesigen Vertreters, nicht immer tut.

Graf Wolkenstein ist der Ansicht, daß seine Regierung der bulgarischen viel zu weit entgegenkommt, und findet es sehr natürlich, wenn man darüber hier mißgestimmt ist. Er schreibt darüber sehr energisch an seine Regierung, wie er überhaupt sehr kategorisch derselben gegenüber auftritt, und sucht ihr klar zu machen, daß sie ein sehr gefährliches Spiel treibe; ein Land, welches kein Nationalitätsland sei, sondern aus Nationalitäten zusammengesetzt wäre, müsse sehr vorsichtig sein.

---

* Vgl. Nr. 2129, Fußnote **.

Die kleinen Annehmlichkeiten, die man jetzt durch ein gutes Verhältnis mit Bulgarien habe, könnten doch einmal zu großen Unannehmlichkeiten führen.

Der Graf, durch und durch loyal, verlangt auch von seiner Regierung Rücksichtnahme auf Seine Majestät den Kaiser Alexander und fordert, daß das Wiener Kabinett die Wunde, welche beim Kaiser „Bulgarien" heißt und immer wieder aufbricht, zu heilen versucht und nicht erweitert.

Graf Wolkenstein sagte mir vertraulich, daß der österreichische Vertreter in Sofia den Befehl erhalten hätte, sich von offiziellen Feierlichkeiten bei Hofe fernzuhalten, was dieser bisher nicht getan hatte. Dieser Befehl ist wahrscheinlich auf den Antrag des Grafen Wolkenstein zurückzuführen.

Natürlich sagt man hier ganz allgemein, daß der Prinz Ferdinand sich nicht mit der Prinzessin von Parma verlobt haben würde, wenn Österreich nicht seine Einwilligung dazu erteilt hätte.

v. Werder

Nr. 2131

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg von Werder

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 138 — Berlin, den 27. März 1893
Vertraulich — [abgegangen am 29. März]

Euerer pp. gefälligen Bericht Nr. 68 vom 17.*, Bulgarien betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Was das Verhalten Österreichs Bulgarien gegenüber betrifft, so ist es nicht unsere Aufgabe und auch niemals von uns versucht worden, unserem Bundesgenossen in dieser Beziehung Ratschläge zu erteilen oder auf seine Haltung der Entwicklung der bulgarischen Angelegenheiten gegenüber Einfluß zu üben. Wir sind hiezu schon deshalb nicht in der Lage, weil unsere Euerer pp. ihrem vollen Umfange nach bekannten Abmachungen mit Österreich sich auf bulgarische und überhaupt Balkanangelegenheiten nicht erstrecken.

Wenn Graf Wolkenstein mit der Politik seiner Regierung in diesen Dingen nicht immer einverstanden ist, so müssen wir ihm überlassen, sich darüber mit der ihm vorgesetzten Behörde auseinanderzusetzen. Wir können in dieser Beziehung aus den oben angeführten Gründen keinerlei Ansicht äußern und müssen es ausschließlich als Sache der Wiener Regierung betrachten, sich mit ihrem eigenen Botschafter über die ihrem Vertreter in Sofia erteilten Instruktionen abzufinden. Aus Euerer

* Siehe Nr. 2130.

pp. gefälligem Bericht habe ich mit Befriedigung ersehen, daß Euere pp. sich mit Graf Wolkenstein in keine Diskussion über seine Differenzen mit seiner Regierung eingelassen haben, und ich darf Euere pp. ergebenst bitten, auch ferner auf das sorgfältigste selbst den Schein zu vermeiden, als ob Euere pp. den Ansichten Ihres österreichischen Kollegen, wenn er sich mit seiner Regierung nicht in Übereinstimmung befindet, wenn auch nur akademisch beipflichteten.

Marschall

Nr. 2132

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, den 10. April 1893

pp. Ein Empfang der Herren Stambulow und Grekow, oder eines der beiden, durch den Herrn Reichskanzler erscheint mir absolut ausgeschlossen*.

Ein Vorteil für die deutsche Politik kann nicht daraus entspringen, wohl aber ein großer Nachteil: ein solcher Empfang würde, wenn er bekannt würde, in Rußland große Verstimmung hervorrufen und beim Zaren, für den Bulgarien das rote Tuch ist, dahin ausgebeutet werden, die deutsche Politik als doppelzüngig hinzustellen. Man würde dem Zaren sagen, offiziell leugne Deutschland jede auch nur moralische Unterstützung der derzeitigen bulgarischen Regierung ab, insgeheim „konspiriere" sie mit den bulgarischen Usurpatoren.

Die Bulgaren würden aber sicher dafür sorgen, daß eine solche Unterredung bekannt würde, und den Inhalt derselben in ihrem Interesse entstellen und ausbeuten. Die Neigung zu solcher Fruktifizierung jeder ihnen erzeigten Freundlichkeit ist schon wiederholt bei der bulgarischen Regierung hervorgetreten.

Der Herr Reichskanzler wäre also keinenfalls vor einer bulgarischen Indiskretion sicher; außerdem dürfte eine „geheime" Zusammenkunft des Kanzlers des Deutschen Reichs mit dem Minister eines türkischen Vasallenstaats der Würde des ersteren nicht entsprechen.

Neben der russischen Verstimmung würde aber eine offenkundige Unterredung auch im deutschen Publikum einen sehr ungünstigen Eindruck hervorrufen: dieselbe würde namentlich durch die

* Am 11. April 1893 wurde Fürst Ferdinand von Bulgarien, der auf der Reise zu seiner Vermählung mit der Prinzessin Marie Luise von Parma Wien berührte, ebenso wie der ihn begleitende Ministerpräsident Stambulow vom Kaiser Franz Joseph empfangen. Stambulow hätte nicht ungern bei dieser Gelegenheit auch in Berlin einen offiziellen Besuch abgestattet.

Bismarcksche Presse als ein Verlassen bewährter Prinzipien ausgenutzt und so dargestellt werden, als wolle der „neue Kurs“ um Bulgariens willen dem deutschen Volke die Last der russischen Feindschaft, eventuell eines russischen Kriegs aufbürden. pp.

Kiderlen

Nr. 2133

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 102 Wien, den 15. April 1893

Graf Kálnoky hat mich gestern besucht und mir ausführlich über die Episode des bulgarischen Besuches in Wien gesprochen.

Ich fragte den Minister, ob es denn durchaus nötig gewesen sei, daß Seine Majestät der Kaiser von Österreich Herrn Stambulow empfangen habe; es würden dadurch wieder neue Verstimmungen in Petersburg hervorgerufen werden, die man doch besser vermieden hätte. Er antwortete mir, er habe einmal dem Fürsten Lobanow gesagt, er könne es nicht ändern, daß der Weg vom Balkan nach Europa über Wien führe; da sei es denn unmöglich, die dortigen Politiker zu ignorieren, die hier oft durchkämen, und mit denen die Regierung im fortlaufenden geschäftlichen Verkehr stehen müsse. Daß der Empfang des Prinzen Ferdinand und des Herrn Stambulow durch Seine Majestät den Kaiser von Österreich nicht überall gefallen werde, darüber sei er sich wohl klar gewesen. Die Kritiker machten sich aber den Vorteil für den Frieden nicht klar, den diese Berührung der bulgarischen leitenden Staatsmänner mit dem Auslande haben werde.

Stambulow sei sehr intelligent, er habe aber keinen rechten Begriff von dem Europa jenseits der bulgarischen Grenzen, ausgenommen vielleicht Rußland. Er, der Minister, habe sich bemüht, ihm sowohl wie dem Prinzen Ferdinand über die Stellung die Augen zu öffnen, welche das kleine Bulgarien in Europa einnähme. Man möge in Sofia nicht vergessen, daß das Schwergewicht dieses kleinen Staatswesens nur sehr gering in Betracht komme, wenn es sich darum handele, dessen Interessen gegen das große Interesse des europäischen Friedens abzuwägen. Daher müsse er den bulgarischen Machthabern dringend raten, keine unklugen Schritte zu unternehmen, deren Folgen zu europäischen Verwickelungen führen könnten. In diesem Falle könnte sich Bulgarien das Wohlwollen seiner Freunde verscherzen. Mit anderen Worten, Österreich hätte keine Lust, den Degen zu ziehen, um bulgarische Velleitäten zu vertreten.

Der Minister glaubt, daß Seine Majestät der Kaiser eine ganz ähnliche Sprache geführt habe.

Herr Stambulow, der ein kluger Kopf ist, habe diese Sprache verstanden und die Ermahnungen nicht übelgenommen, auch versichert, er werde sie beherzigen. pp.

H. VII. P. Reuß

Nr. 2134

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Grafen von Caprivi*

Ausfertigung

Nr. 117 Wien, den 1. Mai 1893

Graf Kálnoky hat mir heut nachfolgendes über seine Besprechung mit Herrn von Giers ** erzählt.

Wenn auch der russische Minister körperlich sehr gebrochen und hinfällig gewesen, so habe er ihn doch geistig sehr frisch gefunden. Freier im Urteil und entschiedener in der Aussprache, sozusagen weniger unter dem Druck der Petersburger Luft als früher.

An seinen versöhnlichen und friedfertigen Gesinnungen habe er ja nie gezweifelt, dieselben seien aber hier mit großer Entschiedenheit zum Ausdruck gekommen. Er habe erklärt, von Frankreich wolle er nichts wissen; Rußland werde sich hüten, sich in den Dienst dieser unsicheren, revanchelustigen Nation zu stellen und sich irgendwie die Hände zu binden; was gingen Rußland die französischen Revanchegedanken an, durch welche dieses Volk ganz beherrscht würde! —

Er sei gegen die Kronstädter Demonstrationen gewesen, er hat dieselben indessen in der bekannten russischen Weise nicht gerade zu entschuldigen, aber zu erklären gesucht. Rußland habe sich isoliert gefühlt etc. etc., außerdem sei der Zar durch die fortwährend zunehmenden Rüstungen bei seinen westlichen Nachbarn nervös geworden, und übelwollende Ratgeber hätten ihn glauben gemacht, daß er bedroht sei.

Über die bulgarischen Angelegenheiten habe sich Herr von Giers auch mit Entschiedenheit und zwar dahin ausgesprochen, daß sich die russische Politik nicht mehr in dieselben mischen werde. Man werde dieses undankbare Land sich selbst überlassen; dasselbe werde aber auch von dem Wohlwollen Rußlands nichts mehr zu erwarten haben.

Diese Äußerung sei mit der Andeutung auf den Prinzen Ferdinand gefallen.

---

* Bereits abgedruckt in Bd. VII, Kap. L, A, Nr. 1656.

** Die Unterredung zwischen Graf Kálnoky und Giers, der während seines Aufenthalts in Wien auch vom Kaiser Franz Joseph aufgesucht wurde, fand am 23. April statt. Vgl. Bd. VII, Kap. L, A, Nr. 1655.

Ich fragte den Minister, ob Herr von Giers nicht den Wunsch ausgesprochen hätte, sich mit Österreich über diese Frage endlich einmal zu verständigen? Er verneinte dies entschieden und sagte, der russische Staatsmann habe rückhaltlos erklärt, Bulgarien würde zwischen Österreich und Rußland niemals mehr ein Zankapfel werden. Er hoffe natürlich, daß von bulgarischer Seite keine solchen Provokationen ausgehen würden, welche Rußland nicht mit Stillschweigen übergehen könne. Im übrigen sei aber Bulgarien für Rußland Luft! —

Graf Kálnoky hat hierauf bemerkt, es sei ihm lieb, dies zu hören. Man solle aufhören, Österreich verantwortlich für alles zu machen, was in Bulgarien geschehe. Schon früher habe er einmal in den Delegationen gesagt, Bulgarien habe die Kinderschuhe abgelegt und sei allein verantwortlich für seine Handlungen. Er habe dies neuerdings den bulgarischen Machthabern sehr eindringlich angeraten und auch jetzt wieder davor gewarnt, bei den Einzugsfeierlichkeiten des neu vermählten Paares etwa Kopflosigkeiten zu begehen.

Herr von Giers habe auch die Initiative ergriffen und von den jüngst in Sofia erfolgten Publikationen* gesprochen. Sehr erstaunt war Graf Kálnoky zu hören, daß sein Unterredner die Echtheit einiger dort veröffentlichten Schriftstücke nicht angezweifelt hat. Er habe zugestanden, daß mehrere dieser Briefe leider von Beamten des russischen Auswärtigen Ministeriums herrührten, dieselben seien aber ohne sein Wissen und Wollen geschrieben, und müsse er die Verantwortlichkeit dafür entschieden zurückweisen. Die meisten Schriftstücke seien aber gefälscht; dies beweise schon der Umstand, daß Herr Jacobsohn sie veröffentlicht; denn die Sprache sei mehr jüdisch als russisch. — Die Veröffentlichung habe der russische Minister als eine große Ungeschicklichkeit bezeichnet; dieselbe habe Bulgarien gar nichts genützt und Rußland unnütz verstimmt.

Graf Kálnoky hat ihm hierin recht gegeben. Mir sagte er, er habe sich seinerzeit in Bulgarien auch in diesem Sinne geäußert.

Herr von Giers, der die russische Politik vom Jahre 1876 getadelt und den russisch-türkischen Krieg immer als durchaus den russischen Interessen zuwider angesehen hätte, habe nochmals die bulgarische Undankbarkeit hervorgehoben. Die Befreiung dieser Brüder habe das russische Reich nur in Verlegenheiten gebracht. Nach einer von ihm aufgestellten Berechnung der Kriegskosten im Verhältnis zur bulgarischen Bevölkerung habe der Minister bemerkt: jeder Bulgare koste Rußland 461 Rubel, und das sei alles verlorenes Geld!

Vom Zaren und dessen Charaktereigenschaften sprechend, habe Herr von Giers gesagt, bei ihm sei man vor solchen Überraschungen sicher, wie man sie beim Kaiser Alexander II. erlebt habe; der slawischen Pression nachgebend, habe er damals in Moskau den Krieg pro-

---

* Vgl. Bd. VII, Kap. L, A, Nr. 1656, Seite 435, Fußnote **.

klamiert, während er wenige Tage vorher in Petersburg den größten Widerwillen gegen denselben ausgesprochen habe.

Ob Herr von Giers seines traurigen körperlichen Zustandes wegen noch lange in der Lage sein wird, durch seinen Rat der Sache des europäischen Friedens förderlich zu sein, scheint dem Grafen Kálnoky zweifelhaft.

Ich will nicht unerwähnt lassen, daß er sehr befriedigt von dem Eindruck ist, den nach den heute hier eingetroffenen russischen Zeitungen, der Besuch des Kaisers Franz Joseph bei dem russischen Herrn Minister auf die dortige öffentliche Meinung gemacht zu haben scheint.

H. VII. P. Reuß

Nr. 2135

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 717 — Berlin, den 6. November 1893
Ganz vertraulich — [abgegangen am 9. November]

pp. Ein eigentümliches Streiflicht auf die gegenwärtige Stimmung in englischen Kreisen wirft der Umstand, daß der zweite Sohn der Königin von England, der jetzige Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha, bei seinem jüngsten Besuche am hiesigen Hofe Seiner Majestät dem Kaiser ausführlich auseinandergesetzt hat, daß England einer russischen Besetzung von Konstantinopel ruhig zusehen könne. Daß der Herzog mit dieser Anschauung in England nicht allein steht, beweisen frühere Erklärungen Lord Randolph Churchills. Ein englischer Politiker aber, der ein russisches Konstantinopel und damit das Erscheinen einer starken russischen Flotte mit einer gesicherten Operationsbasis im Mittelmeer als etwas für England Gleichgültiges ansieht, muß durch einfache Logik zu der Ansicht Lord Charles Beresfords gelangen, daß England seine Suprematie im Mittelmeer, also auch Ägypten, aufgeben und Indien auf dem Wege ums Kap verteidigen soll[1].

Wir sind, wie Euere pp. wissen, überzeugt, daß wir ein Festsetzen Rußlands an den Meerengen mit Ruhe ertragen können[2], und wir glauben ebenso, daß es nicht im österreichischen Interesse liegt, sich allein einer russischen Besetzung Konstantinopels mit Gewalt zu widersetzen[3]; wir würden jedenfalls nicht in der Lage sein, Österreich bei einem solchen Versuche zu unterstützen[3].

Es muß aber, wenn wir auch direkt im Mittelmeer nicht interessiert sind, von weittragendem Einfluß auf unsere allgemeine Politik sein, wer Herr im Mittelmeer ist, England oder — bis zum Austrag des dann entstehenden Interessenkonflikts — eine russisch-französische

Koalition. Euere pp. bitte ich deshalb, alle Symptome sorgfältig zu beobachten und zu melden[3], welche dafür sprechen, daß die Ansicht in England überhand nimmt, die Herrschaft im Mittelmeer sei kein vitales englisches Interesse. Wir werden, wenn sich in England unter einem liberalen Kabinett diese Idee Bahn bricht, sie vielleicht bedauern müssen, verhindern können wir sie nicht[4]. Unsere hauptsächliche Sorge muß deshalb sein, auf Grund authentischer Beobachtungen möglichst bald von derartigen Zielen liberaler englischer Politik unterrichtet zu sein, um uns darauf einzurichten. pp. Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:
[1] Das deutete der Herzog auch an!
[2] das habe ich wörtlich in Güns an Kalnoky gesagt
[3] ja
[4] richtig

Nr. 2136

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 785 Berlin, den 28. November 1893

Nach mündlicher Mitteilung des Prinzen Reuß hat die Haltung des englischen Kabinetts in jüngster Zeit auch auf österreichische Orientpolitik ihren Eindruck nicht verfehlt. Nicht nur der österreichische Botschafter in Petersburg vertritt den Gedanken, sondern auch Graf Kálnoky macht sich mit demselben vertraut, daß Österreich mit einer russischen Besetzung Konstantinopels ohne Widerspruch dritter als mit einem gegebenen Faktor in der Zukunft rechnen muß.

Marschall

Nr. 2137

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 935 London, den 6. Dezember 1893
Geheim

Bei meinem gestrigen Besuche im Auswärtigen Amte hatte ich Gelegenheit, mich zu überzeugen, daß der Minister von dem Mißtrauen, welches durch die letzte Phase der englischen Politik* an verschiedenen

* Graf Hatzfeldt denkt vor allem an Englands Verhalten in der siamesischen Frage (vgl. Bd. VIII, Kap. LII, B, Nr. 1749 ff.), wo England zuerst mit großer Schärfe gegen Frankreich aufgetreten war, dann aber bald mildere Saiten aufgezogen hatte.

Höfen gegen England hervorgerufen worden ist, ziemlich informiert ist und, wenn er auch dieses Mißtrauen nicht als berechtigt anerkennen will, doch den lebhaften Wunsch hegt, das frühere Vertrauen wiederhergestellt zu sehen.

Zunächst bemühte er sich, als wir im Laufe der Unterhaltung auf diese Frage kamen, den Nachweis zu führen, daß die Haltung Englands auch in der letzten Zeit zu der Annahme keinerlei Anlaß gegeben habe, daß hier ein Wechsel in den Anschauungen und Zielen vorgegangen sei, oder daß letztere mit geringerer Konsequenz und Festigkeit verfolgt werden würden. England stehe politisch ganz auf demselben Platz, den es vor der siamesischen Frage eingenommen habe, verfolge die gleichen Zwecke, und er verstehe deshalb nicht, weshalb andere Mächte, die früher die auswärtige Politik Englands als befriedigend und mit der ihrigen übereinstimmend anerkannt hätten, jetzt nach allen Richtungen daran zu tadeln fänden. Hieran anknüpfend erwähnte der Minister die letzten Unterhandlungen in Paris über den Buffer State und machte mit einer gewissen Genugtuung geltend, daß das überraschend befriedigende Resultat derselben nicht ohne große Festigkeit seinerseits hätte erreicht werden können. Die Franzosen seien dadurch zu bedeutenden Konzessionen genötigt worden, die, wenn sie in ihrem ganzen Umfange in Paris bekannt würden, dort schwerlich auf großen Beifall zu rechnen hätten.

Ich erwiderte dem Minister, nach meiner persönlichen Auffassung erkläre sich die Stimmung an anderen Höfen, über die er sich wundere und beklage, nicht ausschließlich durch die letzte Phase der englischen Politik, obwohl dieselbe, wenn er dies auch nicht für begründet halte, allerdings dazu beigetragen habe. Wenn er, Lord Rosebery, geltend mache, daß England in bezug auf seine auswärtige Politik auf demselben Platz stehe, den es vor der siamesischen Frage eingenommen habe, so dürfe er andererseits nicht vergessen, daß die Dinge im übrigen Europa nicht stehen geblieben seien. Hieraus erkläre sich sehr einfach, daß andere Mächte, die früher auf England als einen eventuellen Alliierten blickten, obwohl dasselbe auch vorher ihnen gegenüber keine volle Verbindlichkeit übernommen hätte, heute den Symptomen einer größeren Schwäche und Zurückhaltung in der englischen Politik eine erhöhte Bedeutung beilegen müßten. Nach meinem rein persönlichen Gefühl nehme an manchen Höfen die Überzeugung zu, daß die ganze europäische Politik demnächst an einen Wendepunkt kommen müsse, der, wenn England in seiner bisherigen Untätigkeit und Gleichgültigkeit verharre, zu einer anderen Entwicklung der Dinge in Europa führen müsse und für sie eine Aufforderung enthalte, sich beizeiten vorzusehen[1]. Ich müsse annehmen, daß er, Lord Rosebery, über die Stimmungen in Rom, Wien und anderweitig viel besser informiert sei, als ich es sein könne. Es könne ihm dann nicht verborgen sein, daß einzelne maßgebende politische Persönlichkeiten in Italien sich mit dem Gedanken vertraut

machten, daß selbst die eventuelle Hülfe der anderen Mitglieder der Tripelallianz Italien keinen hinreichenden Schutz gegen einen französischen Angriff zur See bieten könne, wenn dasselbe nicht gleichzeitig auf das volle und rechtzeitige Eingreifen der englischen Flotte rechnen könne[2]. Setze sich dieser Gedanke in Italien einmal fest, so lasse sich, wie mir scheine, die Zeit vorhersehen, wo das Land die Fortsetzung einer Politik müde sein werde, die demselben keinen Schutz gegen die ihm zunächst liegenden Gefahren verbürgen könne. Welche Folgen sich aus einer dann etwa erfolgenden Loslösung Italiens von seinen bisherigen Bündnissen für die allgemeine Gestaltung der europäischen Verhältnisse ergeben würden, entziehe sich meiner Beurteilung. So viel lasse sich aber wohl für diesen Fall vorhersehen, daß Italien dann auch im Mittelmeer nicht mehr dieselbe mit den englischen Interessen übereinstimmende frühere Politik werde verfolgen können. Aber auch in Wien herrsche, wenn mich meine Beobachtungen nicht täuschten, ein Gefühl der Unsicherheit in bezug auf die eventuelle Mitwirkung Englands selbst in den Fragen, in welchen bisher die Übereinstimmung der englischen und österreichischen Interessen als selbstverständlich gegolten habe. Die Deklamationen hiesiger Politiker, daß weder die Erhaltung Ägyptens noch auch Konstantinopels für England von hervorragender Bedeutung sei, seien in Wien kaum unbemerkt geblieben. Unter diesen Umständen würde es kaum auffallen können, wenn die dortigen Staatsmänner sich allmählich mit dem Gedanken vertraut machten, daß Österreich, falls es einmal zu einem russischen Vormarsch gegen Konstantinopel komme, nicht in der Lage sei, demselben allein zu widersprechen. In dieser Lage würde es sich aber unzweifelhaft befinden, wenn England sein eigenes Interesse in der Sache entweder nicht anerkennen oder nicht vertreten wolle, da offenbar keine andere europäische Macht sich dazu berufen fühlen würde, für speziell englische und österreichische Interessen am Bosporus seine Existenz aufs Spiel zu setzen.

Der Minister leugnete keineswegs die Richtigkeit dieser Auffassung im allgemeinen, bestritt aber gleichzeitig auf das lebhafteste die Annahme, als wenn hier die englischen Interessen am Bosporus oder im Mittelmeer verkannt würden, oder als ob die frühere Absicht Englands, diese Interessen eintretendenfalls zu vertreten, eine Abänderung erlitten hätte. Die dem widersprechenden Deklamationen irgendwelcher hiesiger Politiker seien vollständig bedeutungslos und ohne Wirkung auf die öffentliche Meinung des Landes. Der beste Beweis dafür sei, daß selbst Herr Labouchère und Sir Charles Dilke, die gleich nach seiner, Lord Roseberys, Ernennung sich alliiert hätten, ihn gerade auf diesem Terrain anzugreifen und zu schlagen, seitdem auf dieses Unternehmen hätten verzichten müssen. Aber auch im Kabinett sei der Fall ausgeschlossen, daß eine solche Politik der Enthaltung zur Annahme gelange. Der Minister fuhr dann fort: „Ich spreche ungern immer von mir selbst und tue es auch jetzt nur, weil ich eben die englische Politik in jenen Fragen

jetzt repräsentiere. Es gibt, wie Sie wissen, augenblicklich nur zwei Männer in England, welche unsere auswärtige Politik und nicht ohne Erfolg geleitet haben und deshalb als Autorität auf diesem Gebiete gelten, nämlich Lord Salisbury und mich. Wer würde unter diesen Umständen widersprechen können, wenn es dahin käme, daß ich den Abschied nehme und Lord Salisbury und ich übereinstimmend erklärten, daß die von uns beiden verfolgte auswärtige Politik die allein richtige für England ist?"[3]

Im weiteren Verlaufe der Unterhaltung verkannte Lord Rosebery nicht, daß das nach seiner Meinung ungerechtfertigte Mißtrauen gegen die englische Politik, wie es ihm von den verschiedensten Seiten jetzt entgegentrete, beseitigt werden müsse, und daß dies am wirksamsten durch eine Vermehrung der Flotte geschehen würde, welche über die Absicht Englands, seine Rolle in der europäischen Politik aufrechtzuerhalten, keinen Zweifel lassen würde[4]. Mit Rücksicht hierauf versicherte er mir, indem er nur den Vorbehalt machte, noch nicht offiziell darüber zu sprechen, daß die Vermehrung der Flotte nicht zweifelhaft sei, und daß eine bedeutende Vermehrung beabsichtigt werde.

Der Unterstaatssekretär Sir Philip Currie, welchen ich nachher noch zu sprechen Gelegenheit hatte, bestätigte mir diese Angaben mit dem Bemerken, daß er die Einbringung der bezüglichen Vorlage beim Parlament noch vor Weihnachten für dringend wünschenswert halte. Ich zweifle nicht, daß er nach besten Kräften in diesem Sinne auf Lord Rosebery einwirken wird.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] richtig
[3] das wäre das beste
[4] ja

Nr. 2138

Der Preußische Gesandte in München Graf zu Eulenburg an den Preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 177 — München, den 20. Dezember 1893
Ganz vertraulich

Auf dem Rückwege von Schlesien, nach Beendigung meines Urlaubes am 16. d. Mts., traf ich in Wien bei einem Diner im Jockeyklub mit dem Grafen Kálnoky zusammen. Der Graf bat mich, ihn am folgenden Tage aufzusuchen und erging sich bei dieser Gelegenheit in einer

weitläuftigen Besprechung der allgemeinen politischen Lage, obgleich ich das Bestreben zeigte, meinem Besuch lediglich eine gesellschaftliche Färbung zu geben.

Der Graf begann die Unterhaltung mit der Bemerkung, daß er aus Berlin die Nachricht erhalten habe, Herr von Bülow* sei zum Botschafter in Rom bestimmt. Er begrüße diese Ernennung auf das freudigste, denn er erhoffe von dem Einfluß Herrn von Bülows auf Herrn Crispi** eine Stärkung der italienischen Regierung, die derselben sehr benötigt sei. Der König sei schwach, schwankend und unüberlegt, was wohl am besten daraus zu ersehen sei, daß er bei dem Plan eines Ministeriums Zanardelli einen alten Irridenten zum Kriegsminister in Aussicht genommen hätte. Von Herrn Crispi verspricht sich Graf Kálnoky eine gewisse Befestigung der innern Lage; doch sei derselbe mit größter Vorsicht und Aufmerksamkeit zu beobachten. Die trostlose finanzielle Lage Italiens schließe die Gefahr einer Schwenkung nach Frankreich in sich, welches in der Lage sei, Italien materiell zu sanieren. Er habe daher mit Interesse Akt davon genommen, daß die französische Presse Herrn Crispi und Herrn von Blanc nicht unsympathisch begrüßt habe — und leider schiene die Pariser Boulevardpresse einen immer größeren Einfluß zu gewinnen. Wenn ein Mensch wie Jacques St. Cère einen heftigen Ausfall auf Crispi mache, so solle damit vielleicht die eigentliche Stimmung maskiert werden.

Der Ton, mit dem Graf Kálnoky über Italien sprach, trug einen gewissen verächtlichen Charakter, er hob aber, als er auf Italiens Beziehungen zu England kam, zuerst hervor, daß ihm „trotz allem, was man gegen Italien einwenden könne, seine Stärkung notwendig erschiene. Denn für den Fall eines Krieges sei die Sicherheit, keinen Feind im Rücken zu haben, von unberechenbarem Werte". Der Graf sprach bezüglich des politischen Verhältnisses zwischen Italien und England die Ansicht aus, daß Italiens Haltung wesentlich von dem Grad des Interesses abhängig sein werde, den England ihm zuwende. Ließe England Italien wissen, daß es sich bei einer Verwicklung im Mittelmeer nicht auf Englands Unterstützung verlassen könne, würde Italien an die Seite Frankreichs gedrängt. Er habe es sich daher zu seiner Aufgabe gestellt, England zu überzeugen, daß es bei einer Komplikation im Mittelmeer, respektive bei einem plötzlichen Angriff Frankreichs, die italienische Flotte brauche[1]. Er sei mit Lord Rosebery befreundet und habe ihn in eindringlichster Weise auf den Ernst der Situation und die Gefahren aufmerksam gemacht, die England liefe,

---

* Bisher Gesandter in Bukarest.

** Seit 10. Dezember von neuem italienischer Ministerpräsident. Neben dem Ministerium des Innern übernahm er zunächst auch interimistisch das Auswärtige, gab dieses aber am 15. Dezember an Baron Blanc ab.

wenn es sich nicht in jeder Hinsicht auf die Eventualität eines französischen Angriffs vorbereite. Auf seine, des Grafen Kálnoky, Bemerkung, daß die englische Flotte einer Verstärkung bedürfe, habe Lord Rosebery geantwortet, daß es allerdings wünschenswert sei, die Flotte „unüberwindlich" zu gestalten, daß aber die Arbeit, welche im Stillen geschähe, so durchgreifend sei, daß man sich nicht ernstlichen Besorgnissen hinzugeben brauche. Auch habe Lord Rosebery geäußert, es sei ihm nicht unangenehm, daß man die englische Flotte für schwächer hielte, als sie sei[2].

Der Graf ging auf die Situation im Mittelmeer über, indem er darzustellen versuchte, daß bis jetzt das russische Geschwader* ein Mythus sei[2]. Russische Schiffe seien stets im Mittelmeer gewesen, und läge daher kein Grund vor, von einem Geschwader zu sprechen. Allerdings schiene sich nach seiner Ansicht langsam die Dardanellenfrage zu entwickeln, und ob es möglich sein werde, diese Komplikation friedlich zu überwinden, ließe er dahingestellt. „Ich habe" — sagte er etwa — „früher schon an Lord Salisbury wissen lassen, daß die Dardanellen außerhalb der Interessensphäre Österreichs lägen, und Österreich sich deshalb nicht bewogen fühlen könne, dort etwa allein den Strauß auszufechten[3]."

Da der Graf eine kleine Pause machte, warf ich ein: „Diese Auffassung könnte den Ausgangspunkt für eine friedliche Verständigung in der Balkanfrage bilden."

„Ich bemerke ausdrücklich," fuhr Graf Kálnoky fort, „daß ich nur die kriegerische Eventualität im Auge habe."

Er wiederholte dieses zweimal und schloß mit der Äußerung: „An eine Verständigung mit Rußland denke ich nicht."

Wohl möchte ich annehmen, daß der Graf „augenblicklich" in der Tat nicht an eine Verständigung mit Rußland denkt, aber ich zweifle kaum daran, daß er beim Erwägen gewesen war oder noch ist. Der Eindruck, den die aus dem Rahmen meiner „zuhörenden" Haltung fallende Bemerkung machte, die Form, in welcher er die Dardanellenfrage berührte, mußte mir ebenso auffallen als die energische Ablehnung der Eventualität einer Verständigung. Verstärkt wurde dieser Eindruck durch die Fortsetzung der Betrachtungen des Grafen. Er sagte: „Ein weiteres Heranziehen von zwei russischen Armeekorps hat ja möglicherweise deshalb keine so aktive Bedeutung, weil Rußland mit seinen Gewehren nicht fertig ist, aber es bedeutet einen starken Druck. Ich halte dennoch dafür, daß dieser Druck nicht unbedingt kriegerische Folgen zu haben braucht. Fürst Bismarck hat vielleicht doch nicht unrecht, wenn er einst die Ansicht aussprach, daß die Möglichkeit,

* Der Besuch des russischen Geschwaders in Toulon im Oktober (vgl. Bd. VII, Kap. XLVII, Nr. 1529 ff.) hatte zu dem Gerücht einer dauernden Stationierung russischer Kriegsschiffe im Mittelmeer Veranlassung gegeben.

einen Krieg zu vermeiden, nicht völlig ausgeschlossen sei — trotz des kompliziertesten politischen Bildes."

Ich möchte nicht unterlassen, hier einen persönlichen Eindruck gehorsamst zu schildern, für den ich allerdings eine positive Unterlage nicht habe: ich hatte den Botschafter Grafen Wolkenstein in Wien getroffen, der an dem Tage vor meinem Besuch bei Graf Kálnoky nach Petersburg abgereist war. Euerer Exzellenz ist es bekannt, daß er unbeschadet seiner deutschen Sympathien eine Verständigung zwischen Österreich und Rußland wünscht. Zugleich aber hat Graf Kálnoky mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Wekerle Besprechungen gehabt. Ich traf ihn bei Graf Kálnoky, als ich in sein Zimmer trat. Es ist nicht unmöglich, daß Wekerle dasjenige paralysiert hat, was Wolkenstein wirkte[4], und Graf Kálnoky hält es nunmehr für opportun abzuwarten, was England tut. Seine mir im Anfang unserer Unterhaltung mitgeteilte „energische Aktion" in England würde in diesen Rahmen gehören.

Graf Kálnoky kam noch einmal auf Italien mit der Klage zurück, daß Fürst Bismarck dieses Land, um ihm eine größere Bedeutung im Dreibund zu geben, künstlich hinaufgeschraubt habe[5]. Dahin gehöre auch die Behandlung Crispis. (Darf ich hier gehorsamst einschalten, daß Fürst Bismarck — wie ich aus Rom höre — Herrn Crispi telegraphiert hat: „Je n'ose vous en féliciter d'être rentré dans la galère diplomatique.") „Wir", fuhr der Graf fort, „leiden jetzt an den Folgen dieser Bismarckschen Behandlung." Ich bemerkte, daß Crispi mir von gut orientierter italienischer Seite als der alte Verschwörer geschildert worden sei, dem der Gedanke an die Würde eines Präsidenten der italienischen Republik nicht unsympathisch sei[6]. Graf Kálnoky wurde hierauf lebhafter, als er sich vorher zeigte, und meinte, daß ihm allerdings der Druck der italienischen Freimaurer auf Crispi bekannt sei. Er hielte es aus diesem Grunde besonders für notwendig, den Daumen auf Crispi zu halten und das Königreich Italien in jeder Weise zu stärken. Er schloß daran die Bemerkung, daß wir gegenüber den Erfolgen der Zusammenkunft von Toulon* weniger als früher ein schwaches Italien gebrauchen könnten.

„Es ist unleugbar, daß der Dreibund neuerdings nicht mehr die Stellung einnimmt wie früher"[7] — schloß er. „Toulon hat das öffentliche Interesse in zu hohem Maße in Anspruch genommen. Der Zar hat sich trotz aller schlechter Beurteilung seines Wesens als ein konsequenter, geschickter Politiker gezeigt[8]. Er hat niemals einen Fehler gemacht, der der Rede wert gewesen ist."

Dieser Hymnus auf den Kaiser von Rußland dürfte nach meiner unmaßgeblichen Anschauung in einem gewissen Zusammenhang mit der „friedlichen" Lösung der Dardanellenfrage stehen, welche Graf Kálnoky andeutete[9].

---

* Vgl. Bd. VII, Kap. XLVII.

Ich habe dem Grafen den verbindlichsten Dank für seine eingehenden politischen Mitteilungen ausgesprochen und seine Gedanken in der Richtung zu fördern gesucht, welche, soviel ich weiß, sich mit den Anschauungen Euerer Exzellenz decken, d. h. in bezug auf Förderung der politischen Aktivität Englands und Stärkung Italiens.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig

[2] ?!

[3] gut

[4] schon möglich

[5] ja

[6] gut

[7] ! so?

[8] Ich habe das schon früher Kalnoky wiederholt gesagt

[9] die habe ich ihm in Güns gesteckt! als ich Constantinopel als kein Kriegsobjekt für uns bezeichnete. Und ihm andeutete daß wenn der Eine Stambul, der andre ja Saloniki nehmen könne

Schlußbemerkung des Kaisers:

Der erste vernünftige und int[e]ressante Bericht der lange aus Wien gekommen.*

Nr. 2139

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 862 Berlin, den 22. Dezember 1893
[abgegangen am 23. Dezember]

Ew. beehre ich mich anbei einen Bericht des Gesandten Grafen Eulenburg über eine Unterhaltung mit dem Grafen Kálnoky abschriftlich zu übersenden**. Aus demselben wollen Ew. ersehen, daß Graf Kálnoky einerseits — ebenso wie die deutsche Regierung seit Jahren — bemüht ist, in England das Gefühl der Interessensolidarität mit Italien zu erwecken, daß er aber andrerseits auch bereits zu erwägen anfängt, was zu tun sein würde, falls England als politischer Faktor ausfiele. Der österreichische Minister streifte die Ansicht des Fürsten Bismarck, daß trotz der Kompliziertheit der orientalischen Frage dieselbe doch vielleicht ohne Krieg zu ordnen sein würde.

Marschall

---

* Graf zu Eulenburg wurde bald darauf, am 26. April 1894, zum Botschafter in Wien befördert.

** Siehe Nr. 2138.

Nr. 2140

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Reinkonzept

Nr. 865 Berlin, den 23. Dezember 1893

Der österreichisch-ungarische Botschafter am russischen Hofe, welcher sich in dieser Woche auf seiner Durchreise von Wien auf seinen Posten einige Tage hier aufhielt, hat sich hier in Gesprächen über die allgemeine politische Lage mehrfach in einem für die Stellung des Dreibundes und besonders Österreich-Ungarns pessimistischen Sinne ausgesprochen. Graf Wolkenstein betonte dabei, daß er in dieser Auffassung durch seine Unterredungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten in Wien, sowie durch die Lektüre der im Wiener Ministerium des Äußern eingegangenen Berichte bestärkt worden sei. Die Situation, so führte der Botschafter aus, habe sich durch die russisch-französische Verbrüderung einerseits und die bedauerlichen Verhältnisse in Italien in einer Weise verändert, welche geeignet sei, Besorgnisse für die Zukunft zu erwecken. Das durch die Vorgänge der letzten Monate gesteigerte Selbstbewußtsein Rußlands*, seine immer weiter fortschreitenden Rüstungen, ließen erwarten, daß, etwa in zwei Jahren, wenn der russische Aufmarsch an der Westgrenze vollendet sein werde, die russische Politik eine aktive werden würde. An kriegerische Absichten Kaiser Alexanders glaube man zwar in Wien nicht, doch mache man in dortigen maßgebenden Kreisen sich darauf gefaßt, daß Rußland in den nächsten Jahren einen Schritt vorwärts in seiner Orientpolitik tun werde. Am wahrscheinlichsten erscheine es, daß sich dieser Schritt auf die Erreichung der freien Durchfahrt durch die Dardanellen richten werde. Er, Graf Wolkenstein, sei der Ansicht, daß Österreich-Ungarn einem solchen Schritt Rußlands allenfalls passiv zusehen könne, er habe diese Ansicht auch wiederholt dem Grafen Kálnoky gegenüber geltend gemacht, doch halte Kaiser Franz Joseph an der Überzeugung fest, daß eine größere Machtentwickelung Rußlands im Mittelmeer den österreichisch-ungarischen Besitz an der adriatischen Küste gefährden würde. Deutschland, darüber gebe man sich in Wien keinen Täuschungen hin, werde wegen der Dardanellenfrage nicht zum Schwerte greifen, und Italien sei jetzt ein problematischer Bundesgenosse. Somit sei gegenwärtig die diplomatische Situation eine für Österreich sehr ungünstige, und es müsse dafür sorgen, daß es sich nicht plötzlich vor der Notwendigkeit einer „reculade" befinde. Graf Wolkenstein hatte aus den in Wien gelesenen Berichten des Baron Calice die Überzeugung gewonnen, daß der oben angedeutete Schritt Rußlands in Konstantinopel bereits durch die vereinigte Tätigkeit der russischen und französischen

* Vgl. Bd. VII, Kap. XLVII.

Diplomatie vorbereitet werde. Cambon* sei äußerst geschickt und rührig. Dieser und Nelidow beherrschten das Terrain am Goldenen Horn vollständig und hätten den Einfluß der Dreibundvertreter ganz untergraben. Der Sultan werde von der russisch-französischen Politik vollständig „enguirlandiert", und die Welt könne leicht plötzlich mit dem fait accompli einer russisch-türkischen Vereinbarung bezüglich der Dardanellen überrascht werden.

Unter diesen Umständen sei es für Österreich von der äußersten Wichtigkeit, daß England durch eine regere Betätigung seiner Mittelmeerinteressen dem zunehmenden russisch-französischen Einflusse ein Gegengewicht biete. Graf Kálnokys Bestreben sei daher in diesem Augenblicke in erster Linie darauf gerichtet, auf das Kabinett von St. James in diesem Sinne zu wirken. Frappiert hatte es den Grafen Wolkenstein, wie wenig Erfolg sich Graf Nigra von solchen Bemühungen verspräche. Als in einem Gespräche die Rede darauf gekommen wäre, wie sich die verschiedenen Mächte zu einer den russischen Wünschen entsprechenden Lösung der Dardanellenfrage stellen würden, hatte der italienische Botschafter seine Überzeugung dahin ausgesprochen, „daß sich die Engländer nicht rühren würden".

Marschall

Nr. 2141

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 326 Wien, den 22. Dezember 1893

Euere Exzellenz haben mir neulich mittelst hohen Erlasses Nr. 534 vom 10. d. Mts. mitgeteilt, daß Nachrichten zufolge, welche über Belgrad an Hochdieselben gelangt seien, zwischen Österreich und Rußland ein Gedankenaustausch über Teilung der Interessensphäre auf der Balkanhalbinsel stattgefunden haben sollte.

Der Botschafter Graf Wolkenstein hat mir während seiner jüngsten Anwesenheit einmal gelegentlich erzählt, Herr Schischkin habe ihm im letzten Sommer zugegeben, daß als einziger Punkt, worüber sich die beiden benachbarten Reiche entzweien könnten, das leidige Bulgarien zu betrachten wäre. Graf Wolkenstein habe daran anknüpfend gesagt, da man in Wien nichts sehnlicher wünsche, als mit Rußland in gutem Einvernehmen zu leben, man doch versuchen müßte, diesen schwarzen Punkt aus der Welt zu schaffen.

Graf Kálnoky, dem er hierüber Meldung gemacht, habe ihn autorisiert, falls Herr Schischkin wieder auf die Sache kommen sollte,

* Paul Cambon, französischer Botschafter in Konstantinopel.

das Gespräch fortzusetzen, ohne indessen selbst Vorschläge zu machen, sondern dies dem russischen Herrn zu überlassen. Dies sei aber nicht geschehen, und man habe nicht mehr darüber geredet.

Mir gegenüber hat Graf Kálnoky bisher nicht von der Sache gesprochen.

Heute nun, als gelegentlich der Unterhaltung über Italien auch von der russischen Flottenstation im Mittelmeer die Rede war, verbreitete sich der Minister über die Orientdinge. Er sagte, Rußland habe seine bulgarischen Velleitäten aufgegeben. Der Brennpunkt seiner Politik gipfele nunmehr in dem Wunsch, die freie Durchfahrt durch die Meerengen zu erreichen. Ob Konstantinopel zu einer freien Stadt gemacht werden, oder ob es nach wie vor die Residenz des Sultans bleiben solle, sei den Russen jetzt gleichgültig, wenn sie nur zu jenem ersehnten Ziele gelangen würden.

Hierauf seien heute, wie er bestimmt annähme, alle russischen Bestrebungen gerichtet. Nur deshalb würden an Rußlands Westgrenzen Truppen über Truppen angehäuft und eine Armee aufgestellt, welche seiner Ansicht nach keinen anderen Zweck habe, als im gegebenen Moment einen kräftigen Druck auf die Zentralmächte auszuüben, wenn sich diese etwa diesem Plan widersetzen sollten.

Würde dies gelingen, so wäre es unausbleiblich, daß sich dann die Interessen Rußlands und Frankreichs kreuzen würden; die von letzterem erträumte Suprematie im Mittelmeer habe dann ein Ende und hiermit auch die jetzige turmhohe Freundschaft zwischen beiden Reichen.

Bisher habe es als Evangelium gegolten, daß sich England einer Eröffnung der Meerenge für Rußland widersetzen werde, auch Herr Harcourt habe sich, wie der Telegraph melde, im Parlament in diesem Sinne geäußert. Das sei ganz gut; aber damit sei es noch nicht festgestellt, ob sich England wirklich zu einer solchen energischen Politik ermannen werde.

Für Österreich-Ungarn sei dies der Kernpunkt seiner Orientpolitik.

Bis jetzt habe man die durch den Berliner Frieden geschaffene Position österreichischerseits zu behaupten gesucht und dabei in erster Linie auf die Unterstützung Englands gerechnet. Solange Sir W. White England am Bosporus vertreten habe, sei dies auch ganz gut gegangen. Unter dessen Nachfolger*, der nur gesucht habe, sich dem Sultan angenehm zu machen, sei dem österreichischen Botschafter allein die Aufgabe zugefallen, die alte Tradition aufrecht zu erhalten; denn von dem schwachen Italiener sei keine Unterstützung zu erwarten gewesen, und die Politik des Deutschen Reiches ziehe sich, wie begreiflich, von aller Ingerenz in die orientalische Politik zurück.

Daß Baron Calice durch seine Haltung sich nicht angenehm mache

* Sir F. C. Ford.

und beim Sultan so ziemlich in Ungnade gefallen sei, verstünde sich von selbst. Man müsse nun abwarten, wie der neu ernannte englische Botschafter* auftreten werde. Von der englischen Politik in Konstantinopel hänge die Österreichs ab. Allein gegen die russisch-französischen Intrigen Front zu machen, dazu sei Österreich nicht stark genug. Man müsse daher erwägen, was zu tun sein würde.

In erster Linie sei da der Gedanke naheliegend, alles sorgfältig zu vermeiden, was den gefährlichen Nachbar im Norden zu einem Konflikt mit Österreich-Ungarn treiben könne. Von diesem Gedanken beherrscht, habe er, Graf Kálnoky, in den letzten Delegationen den Wunsch ausgesprochen, mit Rußland auf gutem Fuße zu leben**. Dies sei auch so ziemlich gelungen.

Nachdem es die hiesige Politik erreicht habe, daß ihr Streben, die Balkanländer und namentlich Bulgarien auf eigene Füße zu stellen, beinahe in Erfüllung gegangen sei, habe man auch von hier aus dieses Fürstentum sozusagen allein laufen lassen und den Bulgaren, wie er dies im letzten Frühjahr dem Herrn Stambulow erklärt habe, die alleinige Verantwortung für ihre Handlungen überlassen.

Er wolle gewiß nicht in Abrede stellen, daß das kleine quand même fast selbständige Fürstentum und namentlich der katholische Ferdinand dem Zaren ein Dorn im Auge sei. Aber Rußland wisse sehr gut, daß es heut keinen Kaulbars mehr nach Sofia schicken könne, und deshalb wolle sich das Petersburger Kabinett nicht mehr mit Bulgarien beschäftigen. Dies Land käme bei der Feststellung einer Interessensphäre zwischen beiden Reichen also nicht mehr in Betracht. Wenn daher die Augen des nordischen Nachbarn jetzt nur auf die Meerengen gerichtet seien, so lägen dieselben außerhalb der österreichischen Interessensphäre.

Wenn auch Graf Kálnoky nicht ausdrücklich sagte, daß dies ein Punkt sei, worüber man sich mit Rußland verständigen könnte, so hat es mich doch sehr frappiert, daß er das Wort „Interessensphäre" überhaupt aussprach, und namentlich, daß er letztere, insoweit sie sich auf die Meerengen bezog, als außerhalb der österreichischen Interessensphäre liegend bezeichnete.

Ich griff dies auf und sagte, daß, wie er wisse, alles auf unseren Beifall rechnen könnte, was die Gefahr eines russisch-österreichischen Konfliktes wegen der Balkanfragen vermindern könnte.

Der Minister antwortete mir lächelnd, es scheine ihm doch nicht ganz ausgemacht, ob uns eine Verständigung zwischen Österreich und Rußland ganz genehm sein würde.

Ich erwiderte ihm darauf, wie wir allerdings voraussetzten, daß eine solche Verständigung nicht hinter unserem Rücken und ohne

---

* Sir Philip Currie, der bisherige Unterstaatssekretär im Foreign Office.

** Am 5. Juni. Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1893, S. 181 f.

unser Wissen zustande kommen könne; worauf der Minister bemerkte, daß eine Heimlichkeit zwischen uns selbstredend ausgeschlossen sein müsse.

Es ist das erstemal seit den Kämpfen, die ich seinerzeit hier gehabt habe, um die vom Fürsten Bismarck so dringend empfohlene Theorie der Interessensphäre zur Annahme zu bringen*, daß wir, und zwar auf Initiative des Ministers, diesen Gegenstand wieder berührt haben. Ich erlaube mir dabei hervorzuheben, daß unser Gespräch ein durchaus vertrauliches und freundschaftliches, von allem amtlichen Charakter freies war.

Nach dem früheren Gedanken des Fürsten Bismarck sollte Bulgarien innerhalb der russischen Interessensphäre liegen, und deshalb wollten weder der Kaiser Franz Joseph noch Graf Kálnoky etwas davon wissen und setzten auch dem Fürsten Bismarck persönlich den zähesten Widerstand entgegen; Rußland rückte ihnen dadurch zu nahe auf den Leib. Heute, wo nach Ansicht des Ministers Bulgarien von Rußland aufgegeben worden ist, und dessen einziges Objekt die freien Meerengen geworden sind, scheint sich Graf Kálnoky allmählich mit einem Arrangement auf dieser Basis vertraut zu machen. Nicht zu vergessen ist aber, daß dies bis jetzt nur für den Fall ins Auge gefaßt werden dürfte, wenn man sich in Wien davon überzeugt haben wird, daß England keinen Kanonenschuß für die Verteidigung der Meerengen abfeuern wird.

Für alle Fälle halte ich es für einen großen Fortschritt, daß man hier anfängt, sich mit dem oben angegebenen Gedanken vertraut zu machen.

H. VII. P. Reuß

Nr. 2142

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 1008 London, den 30. Dezember 1893
Ganz vertraulich

pp. Im Anschluß hieran** besprach Sir Philip Currie ganz vertraulich die politische Situation in Europa, indem er mir sein lebhaftes Bedauern nicht verheimlichte, daß mit der auf die Vermehrung der englischen Flotte bezüglichen Vorlage so lange gezögert werde. Es scheine, daß, abgesehen von den sonstigen Schwierigkeiten, auch parlamentarische Skrupel des Herrn Gladstone zu überwinden wären, welcher es als unkonstitutionell betrachte, der Vertretung des Landes

* Vgl. darüber Bd. V.

** Der Anfang des Berichts behandelt die bevorstehende Abreise Curries als Botschafter nach Konstantinopel.

finanzielle Leistungen zuzumuten, die sich, wie es in diesem Fall nötig sei, über das laufende Jahr hinaus erstrecken würden[1]. Das werde aber, wie die Dinge lägen, nicht hindern, daß die Regierung in kurzer Frist mit der Vorlage herauskommen und eine bedeutende Vermehrung der Flotte beantragen müsse.

Sir Philip wandte sich dann der speziellen Aufgabe zu, die ihn in Konstantinopel erwartet, indem er die Notwendigkeit anerkannte, durch eine entschiedene Haltung die Stellung und den Einfluß Englands am Goldenen Horn herzustellen, und gleichzeitig die Hoffnung aussprach, in allen dort vorliegenden Fragen im Einverständnis mit den Vertretern des Dreibundes handeln zu können.

Schon in früheren ganz vertraulichen Unterhaltungen mit dem Unterstaatssekretär hatte ich Gelegenheit gehabt, ihn auf die Gefahren der jetzigen schwachen Politik Englands in europäischen Fragen aufmerksam zu machen, indem ich namentlich darauf hinwies, daß Italien, dessen finanzielle Bedrängnis ihm die Fortsetzung seiner bisherigen auswärtigen Politik schon sehr erschwere, kaum festzuhalten sein werde, wenn dazu noch der Umstand komme, daß es an der eventuellen Unterstützung Englands zur See ernstlich zweifeln müsse[2]. — Ich fügte diesen Erwägungen heute, indem ich das mir hochgeneigtest zur Verfügung gestellte Material in geeigneter Weise streng vertraulich verwertete, hinzu, man scheine sich hier nicht klarzumachen, daß der eventuelle Rücktritt Italiens von seiner bisherigen politischen Haltung noch andere ernste Folgen mit sich führen könne, die für die englischen Interessen namentlich im Orient, wo er, Sir Philip, sich die Wahrung derselben zur Aufgabe mache, in hohem Grade bedenklich sein würden.

Wenn Italien seine bisherige Rolle in der europäischen Politik aufgeben müsse, so werde niemand der österreichischen Regierung verübeln können, wenn sie sich ernstlich die Frage vorlege, ob sie allein in der Lage sei, einem russischen Vorgehen im Orient die Stirn zu bieten, namentlich wenn Frankreich dabei auf seiten Rußlands stehe, und ob es sich unter solchen Umständen rechtfertigen ließe, die ernsten Gefahren eines Konflikts mit einem übermächtigen Gegner auf sich zu ziehen. Ob sie diese Frage bejahen werde, scheine mir mehr als zweifelhaft, namentlich wenn die österreichische Regierung gleichzeitig zu der Überzeugung gelange, daß selbst England seine vielleicht noch größeren Interessen im Orient wie im Mittelmeer nicht mehr verteidigen könne oder wolle[2].

Ich wolle keineswegs behaupten, daß man in Wien schon einen festen Gedanken für diesen Fall ins Auge gefaßt habe, obgleich einzelne Symptome, die ich ihm streng vertraulich angedeutet, darauf schließen ließen, daß man sich darüber Rechenschaft abzulegen suche, auf welchem Wege der Gefahr eines möglichen Kampfes in der Zukunft vorgebeugt werden könnte. Diese Möglichkeit lasse sich auch, wie mir scheine, kaum bestreiten, da Bulgarien, welches früher eine un-

übersteigliche Schwierigkeit bildete, jetzt in Petersburg aus dem Spiel gelassen werde und man dort sein ganzes Augenmerk auf die Meerengen zu richten scheine. Ob die Verwirklichung dieses russischen Wunsches, sich den Weg nach dem Mittelmeer zu sichern, gerade für Österreich unerträglich wäre und daher einer friedlichen Verständigung unbedingt im Wege stehe, lasse sich wohl bezweifeln, während englische Interessen dadurch allerdings wohl empfindlich berührt werden müßten.

Nach meinem Eindruck herrsche in Wien vorläufig noch der lebhafte Wunsch, daß England sich ermanne und seinen Willen zeige, die eigenen Interessen auch im Orient wahrzunehmen, und daraus erklärte sich wohl zum Teil die Demarche, mit welcher Graf Deym kürzlich beauftragt worden sei. Ob der Erfolg derselben nicht eine Enttäuschung in Wien hervorgerufen habe, werde er, Sir Philip Currie, sich selbst sagen können[3]. Jetzt werde man dort wohl abwarten wollen, ob das englische Kabinett, indem es ihm den wichtigen Posten in Konstantinopel übertrug, damit die Absicht verbunden habe, dort, wie er selbst es zu wollen scheine, eine entschiedene Stellung zu nehmen, wie es seit Sir William White nicht mehr geschehen sei.

Sir Philip Currie verkannte keineswegs die von mir geschilderten Gefahren, wollte aber daran noch nicht glauben[4], daß Frankreich sich dazu entschließen könne, durch Unterstützung der russischen Absichten auf die Meerengen der russischen Flotte im Schwarzen Meer selbst den Eingang zum Mittelmeer zu öffnen und den traditionellen Schutz der Katholiken im Orient aus der Hand zu geben[5].

Als Sir Philip namentlich geltend machte, daß Rußland den Franzosen, abgesehen von der ungewissen Hoffnung auf Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen, keinen entsprechenden Preis für ihre Unterstützung im Orient bieten könne[6], erlaubte ich mir die Gegenbemerkung, daß Syrien, Ägypten, vielleicht Tripolis, und jedenfalls, solange die russische Flotte dort nicht bedeutend stärker werde, die unbedingte Herrschaft im Mittelmeer schon eine ganz anständige Abschlagszahlung bilden würde[7].

Der Eindruck, den meine streng vertraulichen Bemerkungen auf Sir Philip Currie hervorbrachten, war unverkennbar. Er gehört überdies, wie Euerer Exzellenz bekannt sein wird, in seiner politischen Auffassung zur konservativen Schule, und es scheint mir daher kaum zweifelhaft, daß er, wenn ihm freie Hand gelassen wird, sich ernstlich bemühen wird, den englischen Einfluß in Konstantinopel herzustellen. Bisher hat er auch, wie ich wiederholt beobachten konnte, hier einen deutlich erkennbaren Einfluß auf die Entschließungen Lord Roseberys ausgeübt, und die Möglichkeit ist daher keineswegs ausgeschlossen, daß es ihm gelingen wird, sich von demselben freie Hand in Konstantinopel auszubedingen. Ich halte dies um so mehr für möglich, als Lord Rosebery mit Bestimmtheit annehmen kann, daß der neue Bot-

schafter, wenn er ihm unter der Hand volle Freiheit des Handelns läßt, sich unter allen Umständen so einrichten würde, daß Lord Rosebery dadurch bei seinen Gegnern im Kabinett nicht kompromittiert werden kann.

Schließlich sprach mir Sir Philip Currie nochmals den dringenden Wunsch aus, mit den Vertretern des Dreibundes in Konstantinopel in fortgesetzter Fühlung zu bleiben und sich über alle vorkommenden Fragen mit ihnen zu verständigen, und es ist wohl anzunehmen, daß er sich vor allem dem österreichischen Botschafter, den er persönlich kennt, mit Vertrauen nähern wird. Baron Calice* wird hiernach wohl bald in der Lage sein, seine Regierung darüber aufzuklären, ob die Haltung seines englischen Kollegen diesen Erwartungen entspricht.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Gut
[3] brillant
[4] ebensowenig wie im Sommer an Toulon
[5] Gallien pfeift auf die Katholiken, wenn Rußland es so will!
[6] schwach
[7] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Radolin u[nd] Bülow mitth[eilen]

Nr. 2143

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Privatbrief. Ausfertigung

London, den 30. Dezember 1893

Das mir zugesandte Material habe ich streng vertraulich und gesprächsweise bei Sir Philip Currie verwertet, welchen ich wegen einer anderen Sache zu sprechen hatte, und es machte offenbar großen Eindruck auf ihn. Er bringt jetzt, nachdem er seine Geschäfte im Foreign Office abgegeben, einige Tage mit Lord Rosebery auf dem Lande zu und will sich nach Kräften bemühen, zugunsten einer tätigen und energischen Politik, namentlich im Orient, auf denselben einzuwirken.

Unzweifelhaft geht er auch mit der Absicht nach Konstantinopel, dort, soweit seine Instruktionen dies irgend zulassen**,

---

* Der österreich-ungarische Botschafter in Konstantinopel.

** Nach Äußerungen Earl of Roseberys zu dem österreich-ungarischen Botschafter Grafen Deym, die Graf Hatzfeldt am 29. Dezember nach Berlin übermittelte, sollte der neue Botschafter in Konstantinopel die Weisung erhalten, mit den Vertretern der Tripelallianz Fühlung zu halten und sich eintretendenfalls mit ihnen über etwaige Schritte zu verständigen.

den Einfluß Englands herzustellen und sich in allem mit den Vertretern des Dreibundes zu verständigen.

Gegen meine Darstellung der Situation machte er zwei Einwendungen geltend, auf die ich von vornherein gefaßt war, und zwar:

1. Es sei stets selbstverständlich gewesen, daß England ein russisches Vorgehen gegen die Dardanellen nicht zugeben dürfe, und er begreife nicht, weshalb heute bezweifelt werde, daß man eintretendenfalls hier danach handeln würde. (Diese Einwendung war leicht zu widerlegen durch den Hinweis auf die matte Politik des jetzigen Kabinetts, durch welche es das Vertrauen der anderen Mächte eingebüßt habe.)

2. Er sei der Meinung, daß in der heutigen Situation die Mächte, welche der Gruppe Frankreich-Rußland gegenüberstehen, auch in Konstantinopel diplomatisch gemeinschaftliche Sache machen und sich dort über alles verständigen müßten. Ein Durchbruch der Russen in das Mittelmeer, falls die Franzosen dabei wirklich gemeinschaftliche Sache mit ihnen machten, würde nicht nur englische Interessen gefährden, sondern wahrscheinlich zu einem europäischen Krieg führen. Wie solle und könne aber die von ihm, Currie, gewünschte, auf gemeinsamer Verständigung beruhende diplomatische Aktion in Konstantinopel zur Ausführung kommen, wenn Deutschland jetzt bestimmt erkläre, daß es sich dort in nichts mehr mischen wolle, und wenn sogar die Besorgnis naheliege, daß wir Österreich jetzt ermutigen, eine Verständigung mit Rußland zu suchen?

Ich erwiderte, er möge sich erinnern, welchen Einfluß die Gruppe Dreibund mit England zur Zeit von Sir William White in Konstantinopel noch ausgeübt habe. Wenn diese Gemeinsamkeit nachher immer mehr fortgefallen sei, so habe sich die englische Politik in Konstantinopel diesen Rückgang selbst zuzuschreiben. Aber auch damals hätte ich stets Lord Salisbury gesagt, welcher es als begründet anerkannte, daß wir uns in orientalischen Fragen, an welchen wir kein direktes Interesse hätten, niemals in den Vordergrund stellen dürften, wenn wir uns auch mit diesem Vorbehalt für diplomatische Erfolge unserer Freunde interessieren könnten. Im allgemeinen sei es in bezug auf den Orient stets Grundsatz unserer Politik gewesen, daß wir, gerade weil wir kein direktes Interesse hätten, allem zustimmen könnten, was Österreich für annehmbar halte. So und nicht anders liege die Sache auch jetzt. Österreich habe vollständig freie Hand, in dieser Frage nur seine eigenen Interessen zu konsultieren und danach zu handeln. Niemand aber würde der österreichischen Regierung, wenn sie schließlich zu der Überzeugung käme, daß Italien unsicher werde und auf tatkräftiges Eingreifen Englands definitiv verzichtet werden müsse, verdenken können, daß sie sich nicht für stark genug halte, dem etwaigen Vordringen Rußlands gegen die Dardanellen unter Konnivenz Frankreichs allein Widerstand zu leisten, und etwaigen Winken aus Petersburg über die Möglichkeit

einer Verständigung der beiden Mächte im Orient größere Aufmerksamkeit schenkte. Dieser Gedanke liege bei der Gefahr vollständiger Isolierung für Österreich im Orient so nahe, daß man sich nicht wundern könne, wenn er wenigstens schon in eventuelle Erwägung gezogen und wohl auch Fühler ausgestreckt würden, um sich zunächst klar zu machen, unter welchen Voraussetzungen die Ausführung eventuell möglich sein würde. Ich wolle damit keineswegs sagen, daß schon Unterhandlungen stattfänden oder in Wien schon ein darauf bezüglicher Plan gefaßt sei. Im Gegenteil glaubte ich annehmen zu dürfen, daß Graf Kálnoky abwarten wolle, ob seine, Curries, Ernennung eine Wiederaufnahme energischer Politik im Orient bedeute, aus welcher der Schluß gezogen werden dürfe, daß England seine Interessen im Orient und im Mittelmeer nunmehr tatkräftig verteidigen wolle. Hieraus erklärten sich nach meiner persönlichen Auffassung auch zum großen Teil die letzten Demarchen des Grafen Deym. Wenn Graf Kálnoky damit gewiß auch einerseits den Zweck verfolgt habe, hier auf die Notwendigkeit größerer Ermutigung Italiens und kräftigeren Eingreifens in Konstantinopel hinzuweisen, so habe er sich andererseits wohl sagen können, daß sich aus der Aufnahme, welche seinen Mahnungen hier zuteil würde, ein berechtigter Schluß auf die ferneren Absichten des englischen Kabinetts würde ziehen lassen. Diese Aufnahme sei, wie ich ihm nicht erst zu sagen brauchte, wenigstens in bezug auf Italien nicht so gewesen, daß Graf Kálnoky sie voraussichtlich als eine besondere Ermutigung werde betrachten können, Österreich der Gefahr vollständiger Isolierung übermächtigen Feinden gegenüber zutreiben zu lassen.

Über die eventuellen Aussichten einer etwaigen Verständigung Österreichs mit Rußland, falls es dazu kommen sollte, sprach ich mich dahin aus, daß die frühere größte Schwierigkeit einer solchen, Bulgarien, heute anscheinend so gut wie fortgefallen sei, da Rußland dieses Land nicht mehr in den Kreis seiner Berechnungen ziehe. (Ich will Ihnen hier nicht verschweigen, daß ich daran selbst nicht glaube und das Argument für ein hinfälliges halte. Die Sache liegt nach meiner Meinung so, daß die russische Regierung sich, und mit Recht, sagt, daß Bulgarien ihr, wenn sie erst Herr der Dardanellen und damit der Türkei ist, früher oder später wie eine reife Frucht in den Schoß fallen muß.)

Philip Currie, welcher die Entwicklung des vorstehenden Gedankenganges mit ernster Aufmerksamkeit verfolgte, bestritt mit keinem Wort die meisten der von mir vorgebrachten Angaben, griff aber einen, allerdings wesentlichen Punkt der ganzen Argumentation heraus, den er nicht als begründet anerkennen wollte. Er meinte, die Voraussetzung, daß Rußland bei einem Vorgehen gegen die Meerengen und dem sich daraus ergebenden Durchbruch in das Mittelmeer auf die Sympathien oder gar auf die tätige Unterstützung Frankreichs rechnen könnte, scheine ihm wenig begründet. Welches Interesse würde Frankreich haben, ein solches Resultat zu begünstigen, durch welches Rußland auch

Frankreich gegenüber im Orient übermächtig werden, den Schutz der Christen, auch der Katholiken, als deren Protektor sich Frankreich betrachte, an sich reißen und schließlich letzteres nötigen würde, die Herrschaft im Mittelmeer, was der wesentlichste Zweck der französischen Politik sei, mit Rußland zu teilen? Er, Currie, vermöge nicht zu sehen, welchen Preis Rußland dafür zahlen könne, der hoch genug wäre, um Frankreich zu solchen Opfern im Orient und im Mittelmeer zu bestimmen. Selbst die Hülfe Rußlands zur Wiedererwerbung von Elsaß-Lothringen würde in Frankreich kaum als eine hinreichende Entschädigung für die ihm im Orient zugemuteten ungeheuren Opfer aufgefaßt werden.

Ich erwiderte, daß ich persönlich seine Auffassung nicht teilen könne. Frankreich könne, wie ungern es auch die von ihm, Currie, bezeichneten Konzessionen im Orient machen möge, nicht Gefahr laufen, den einzigen Freund unter den Großmächten, den es erworben zu haben glaube, der es aus seiner Isolierung rette, in dem es die Hoffnung auf Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen erblicke, mit dem zusammen es glaube, Europa Gesetze vorschreiben zu können, durch eine Ablehnung seiner Wünsche im Orient zu verlieren. Auch übersehe er, Currie, daß Rußland vorläufig schon einen recht anständigen Preis im Orient selbst bieten könnte: Syrien, Ägypten, vielleicht auch Tripolis, also, selbst abgesehen von Marokko, die Beherrschung der Nordküste Afrikas und damit des Mittelmeeres, in welchem die relativ noch unbedeutende russische Flotte dem französischen Einfluß dann keinen Augenblick die Wage halten könnte. Dieser schon recht hohe Preis würde für Frankreich noch wesentlich dadurch erhöht werden, daß Italien, welches heute noch Frankreich im Wege stehe und das Gewicht seiner Gegner vermehre, mit dem Augenblick, wo die Herrschaft im Mittelmeer den Franzosen zugefallen sei, aufhören würde, ein Faktor zu sein, der für Frankreich in Zukunft gefährlich oder nur unbequem werden könne.

Ob die politische Freundschaft zwischen Frankreich und Rußland, nachdem letzteres seinen Zweck im Orient erreicht, sehr lange anhalten und nicht Trübungen erfahren werde, sei eine andere Frage, die aber für die Beurteilung der heutigen Situation von keiner erheblichen Bedeutung sei. Habe Rußland einmal die Herrschaft in Konstantinopel und den Durchgang zum Mittelmeer erreicht, während das Mittelmeer selbst und die Nordküste von Afrika Frankreich zufalle, so würde für die anderen dort interessierten Mächte doch ein geringer Trost in der Betrachtung liegen, daß nach menschlicher Berechnung mit der Zeit auch zwischen Rußland und Frankreich eine Divergenz entstehen müsse.

Auch diesen Erwägungen setzte Currie keinen erheblichen Widerspruch entgegen. Er lamentierte nur, natürlich im strengsten Vertrauen, daß solche Versuche, die Stellung und die Interessen Englands zu schädigen, immer in die Zeit fielen, wo Mr. Gladstone am Ruder sei,

von dem man keinen ernstlichen Widerstand erwarte. Dann deutete er wieder an, daß Rosebery bei seinen Kollegen kürzlich aufs neue auf Widerstand gestoßen sei. Es sei ganz richtig von mir, ihn vorläufig nicht zu drängen. Er, Currie, wolle sein möglichstes tun, ihm jetzt auf dem Lande zuzureden, und hoffe, daß ich nichts dagegen hätte, wenn er meine Äußerungen dabei verwerte. Ich erwiderte, daß er dies, wenn er es für nützlich hielte, tun könne, daß ich aber, wenn ich durch irgendeine Indiskretion kompromittiert würde, hier niemals mehr eine solche, nur von mir ausgehende und so vertrauliche Mitteilung machen würde. Dann kam er wieder mit der Notwendigkeit für alle Beteiligten „de se concerter" und zeigte nochmals den lebhaften Wunsch, daß auch Radolin* sich mit ihm verständigen möge. Ich habe ihm, wie Sie wissen, wiederholt gesagt, daß Radolin, dem ich auch schreiben wolle, sich eine Freude daraus machen würde, ihm persönlich angenehm und gefällig zu sein, daß er aber mehr kaum tun könne, da wir uns politisch in Konstantinopel vollständig reserviert verhielten.

Dies führt mich auf den ersten Teil dieser Darstellung zurück, in welchem ich die beiden wesentlichsten Bemerkungen Curries zu meiner Auffassung wiedergegeben habe. Ein paar Worte glaube ich darüber sagen zu müssen.

Es hat meines Erachtens hier ganz gut gewirkt, daß ich unsere absolute Reserve im Orient betonen und auch zu verstehen geben konnte, daß wir uns nicht darauf einlassen könnten, mit Österreich allein einem russischen Vorgehen im Orient in irgendeiner Weise entgegenzutreten. Eine andere Frage scheint es mir aber, ob England die wünschenswerten Anstrengungen in Konstantinopel, zu welchen Currie persönlich gewiß geneigt ist, auf die Dauer machen wird, wenn er dort die Erfahrung macht, daß er, indem er sich seinerseits zu den Vertretern der Tripelallianz hält, von Radolin allein weder Rat noch auch die geringste diplomatische Hülfe zu erwarten hat, also bei weitem weniger, als wir zur Zeit von Salisbury seinem Vertreter, White, zuteil werden ließen. Ich erinnere an die bulgarischen Bischöfe** und ähnliche Dinge. Hier hatte ich damals bekanntlich den Standpunkt zu vertreten, daß wir nicht in den Vordergrund treten könnten, aber eventuell hinter unseren Freunden ständen.

Ich erlaube mir kein Urteil, ob es richtig ist, an unserer jetzigen absoluten Reserve in Konstantinopel festzuhalten, schon deshalb, weil mir der nötige Gesamtüberblick über die Situation fehlt. Ich glaube aber, auf die spezielle Schwierigkeit aufmerksam machen zu dürfen, die sich daraus, soweit die Aktion Englands in Konstantinopel in Betracht kommt, ergeben kann, wenn Currie dort zu der Überzeugung kommt, daß nichts von uns zu erwarten ist, auch wenn er selbst alles tut, was wir wünschen können, was allerdings abzuwarten sein wird.

---

* Fürst von Radolin, Botschafter in Konstantinopel seit 1892.

** Vgl. Nr. 2097, Fußnote **.

Ich brauche nicht erst darauf aufmerksam zu machen, daß ich in meiner Antwort auf die fragliche, von mir erwartete Einwendung Curries um den Brei herumgegangen bin, ohne irgendetwas in Aussicht zu stellen, aber auch ohne ihn unnütz zu entmutigen.

Besonders wichtig wird die Unterhaltung Curries mit Kálnoky sein, und ein anderer wie Reuß, der aber mit ersterem ebenso intim stände, würde Mittel finden, diese Unterhaltung von Seiten Kálnokys so zu gestalten, daß sie zur erwünschten Verständigung zwischen beiden führte. Vor allem würde es in diesem Fall nötig erscheinen, daß Calice angewiesen wird, die Avancen Curries nicht zurückzuweisen, sondern, wenn er den Wunsch der Verständigung und des entsprechenden gemeinschaftlichen Verfahrens zeigt, ihn dabei auch festzuhalten.

Statt dessen sehe ich leider aus dem Schlußsatz zu einem seiner letzten Berichte, daß Reuß in getreuer Anlehnung an die frühere Bismarcksche Politik die Separatverständigung Österreichs mit Rußland sogar für besonders wünschenswert hält, dies also Kálnoky wahrscheinlich auch ausspricht. — Ich bescheide mich um so mehr darüber zu schweigen, da mir die Worte fehlen würden, wenn ich um meine Meinung befragt würde.

Wenn Italien abfällt und England seine Rolle aufgibt, werden wir selbstverständlich sehr recht haben, wie ich es Salisbury wiederholt vorhergesagt habe, de retirer notre épingle du jeu. Den politischen Zustand, der dann in Europa eintreten wird, als einen wünschenswerten zu bezeichnen, bin ich aber außerstande. Österreich würde nach meiner Überzeugung, die Kaiser Franz Joseph übrigens zu teilen scheint, nur eine Galgenfrist für seine Existenz als Großmacht erkaufen, und letztere erscheint mir, abgesehen von allem anderen, als eine wesentliche Bedingung für die Größe und das Wohlergehen des Deutschen Reiches.

Salisbury ist in Beaulieu. Wäre er aber hier, so würde ich mich schwer hüten, da mir Rosebery, den ich kenne, niemals verzeihen, und ich außerdem Salisbury nur schaden würde.

Würden Sie es für zu auffallend oder sonst unerwünscht halten, wenn Currie auch über Berlin ginge*? Ich weiß natürlich nicht, wie man es hier auffassen würde, da ich den Punkt mit keinem Wort berührt habe.

Schließlich ein kleines Detail zu Ihrer Unterhaltung: nach meiner Unterhaltung mit Currie hatte ich mir noch nicht im Wartezimmer den Paletot anziehen können, als er schon in fliegender Eile und quatre à quatre die Treppen hinauf zu Rosebery stürzte.

P. Hatzfeldt

---

* Dazu ist es nicht gekommen; Sir Ph. Currie reiste am 31. Januar 1894 über Wien nach Konstantinopel, ohne Berlin zu berühren. Telegramm Hatzfeldts vom 30. Januar 1894.

Nr. 2144

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 5 Wien, den 6. Januar 1894

Geheim

Als Graf Kálnoky heut mit mir die Politik Englands besprach, kam er wieder auf das Thema, welches er bereits vor einiger Zeit mit mir berührt hatte, und worüber ich unter dem 22. Dezember v. Js.* berichtet habe.

Lord Rosebery, sagte der Minister, sei klug und scheine ja Energie zu besitzen; ob dieselbe aber so weit gehen würde, um Rußland ein quos ego in den Meerengen entgegenzurufen, sei einigermaßen fraglich, besonders da er einem Kabinett Gladstone angehöre.

Je mehr er über diese Frage nachdenke, desto überzeugter sei er davon, daß der ganze russische Ehrgeiz jetzt einzig und allein auf die freie Durchfahrt gerichtet sei; auch zweifele er nicht daran, daß Rußland dieses Ziel früher oder später erreichen werde.

Von diesem Punkt ausgehend, dränge sich naturgemäß die Frage auf, wie werden die Mächte, und namentlich, wie werde Österreich-Ungarn dieser Frage gegenüber sich zu verhalten haben?

Der Minister wiederholte mir die bereits früher von mir unter dem 22. Dezember v. Js. gemeldete Entwickelung, sagte, wie Rußland einen Krieg vermeiden wollte und vorziehen würde, ohne Opfer und ohne nachfolgende Erschöpfung, wie sie in den früheren türkischen Kriegen jedesmal erfolgt sei, nur durch den Druck, den es mit seiner ungeheuren Macht ausüben könne und werde, dieses Ziel zu erreichen.

Österreich müsse sich beizeiten überlegen, welche Haltung es in einem solchen Falle einzunehmen haben werde, und da hänge denn alles von der Politik Englands ab. Weder Italien noch Deutschland würden versuchen, den russischen Strom aufzuhalten. Das erstere aus Schwäche, und wir, weil wir kein Interesse dabei haben. Wenn England nicht fest entschlossen wäre, ihm bei dieser Aufgabe mit Nachdruck zu helfen, so wäre Österreich nicht imstande, dies allein zu tun. pp.

Ich habe den Eindruck, daß, wenn er die Überzeugung gewinnen sollte, daß England an den Meerengen schwach werden sollte, er es im Interesse Österreich-Ungarns und des Friedens vorziehen würde, für eine Politik einzutreten, welche das geringere Übel wählt. Anstatt dieser Frage wegen es auf einen Krieg mit Rußland ankommen zu lassen, wird er abwägen, ob die Meerengenfrage für die Interessen Österreichs eine wirklich vitale sei, und es nicht vorzuziehen wäre, dieselbe nach dem Wunsche Rußlands zu erledigen.

---

* Siehe Nr. 2141.

Das Auftreten Sir Ph. Curries in Konstantinopel wird dabei für ihn schwer ins Gewicht fallen.

Ich habe mich darauf beschränkt, dem Minister zu wiederholen, daß alles, was hiesigerseits geschehen werde, um einen Zusammenstoß mit Rußland zu vermeiden, von der Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs werde gebilligt werden.

H. VII. P. Reuß

Nr. 2145

Der Botschafter in Wien Prinz Heinrich VII. Reuß an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 19 Wien, den 20. Januar 1894
Vertraulich

Wie mir Graf Kálnoky mitgeteilt hat, ist er vom englischen Botschafter* befragt worden, ob er etwas über die Absichten Rußlands wisse, an mehreren Punkten des Mittelmeeres, u. a. in Poros und in der Bucht des Berges Athos Kohlenstationen anzulegen.

Der Minister hat ihm erwidert, er wisse darüber nicht mehr, als was die öffentlichen Blätter gebracht hätten. Er glaube aber, daß Rußland, welches schon in früheren Zeiten derartige Kohlenstationen besessen hätte, wohl wieder mit der ihm zugeschriebenen Absicht umgehe.

Graf Kálnoky hat hierauf mit meinem englischen Kollegen diese Frage etwas näher beleuchtet und gesagt, er begriffe vollkommen, daß diese Pläne den Seemächten, welche in diesen Gewässern Interessen zu vertreten hätten, nicht gleichgültig sein könnten. Es früge sich nur, ob die Mächte irgendeinen Rechtstitel oder eine Möglichkeit hätten, um Rußland an dieser Absicht zu hindern.

Er glaube, nein. In Friedenszeiten stehe es jedem frei, sich Kohlendepots anzulegen, wo er beliebe. Ja, seiner Ansicht nach sei es gleich, ob die fremde Regierung sich hierzu einen Platz miete oder kaufe. In Kriegszeiten, wo die Kohle zur Kriegskonterbande gerechnet würde, stehe es daher auch dem Feinde frei, Kohlenvorräte, welche der feindlichen Macht gehörten, zu zerstören.

Eine andere Frage sei die, ob eine fremde Macht auf diesem oder jenem Grund und Boden, über welchen sie keine Souveränitätsrechte ausübe, ein Stück Landes ankauft, um daselbst ein befestigtes, und gegen Angriffe zur See geschütztes Kohlen- und Marinedepot zu errichten. Hierdurch würde ohne Zweifel der status quo verändert werden. Das seien alles Fragen, über die man nachdenken müßte, und welche

* Sir Edmund Monson.

Großbritannien, seiner Stellung im Mittelmeer wegen, in erster Linie interessierten[1].

Der Minister hat, hieran anknüpfend, dem Botschafter von der Meerengenfrage gesprochen. Dieselbe sei zwar durch die Verträge geregelt, sie könne aber wieder auftauchen, wenn Rußland den ernsten Willen haben sollte, sich von der ihm aufgenötigten Fessel zu befreien. Unter Darlegung aller mir schon früher auseinandergesetzten Anzeichen, die darauf vorbereiten müßten, daß Rußland früher oder später dieser Frage nähertreten würde, hat der Minister die Aufmerksamkeit Sir Edmund Monsons auf diese Frage gelenkt.

Er hat dabei ausdrücklich bemerkt, daß alles dies nur auf Suppositionen basiere, die freilich einer gewissen Wahrscheinlichkeit nicht entbehrten. Die Mächte müßten sich aber beizeiten darüber klar sein, welche Haltung sie in einem solchen Falle einzunehmen gedächten. Ganz offen hat der Minister dem Botschafter gesagt, für Österreich käme dabei in erster Linie in Betracht, ob England fest entschlossen sei, die alten Verträge über die Meerengen mit den Waffen zu verteidigen. Disraeli, später Lord Salisbury, hätten sich entschieden in diesem Sinne geäußert. Die Zeiten hätten sich seitdem geändert, die ganze Lage Europas habe sich verschoben, und zwar sehr zuungunsten derjenigen Mächte, welche den Frieden und den status quo erhalten wollten; er könne daher nicht wissen, wie die heutige Regierung Großbritanniens über diese Frage dächte.

Sir Edmund Monson habe sich bei diesem Gespräch aufmerksam zuhörend verhalten; Graf Kálnoky hat nicht dahin gedrängt, eine Meinungsäußerung Lord Roseberys zu erhalten; es war ihm nur darum zu tun, diese Fragen dem Nachdenken der englischen Staatsmänner zu unterbreiten.

Mir wiederholte der Minister, daß er vorzöge, wenn auch bezüglich der Meerengen der status quo erhalten werden könnte. Träte England nicht dafür ein, so wäre Österreich-Ungarn allein nicht in der Lage, den russischen Bestrebungen einen Riegel vorzuschieben, und man müsse dann in Wien erwägen, ob man nicht besser tun würde, sich mit Rußland über diese Fragen zu verständigen.

Der Moment sei für diese letztere Macht so günstig, ihre Pläne zur Ausführung zu bringen, wie er kaum wiederkommen würde, und zwar Frankreichs wegen. Die französische Regierung, ja ganz Frankreich, seien dermaßen durch die russische Freundschaft verblendet, daß sie alles charmant finden würden, was Rußland unternehmen werde. Die heutigen französischen Staatsmänner seien so unfähig, daß es ihnen dann, wenn die russische Schwarze-Meer-Flotte erst einmal sich frei in den Meerengen und im Mittelmeer bewegen werde, einfallen würde, was sie für eine Dummheit gemacht hätten. Diesen bedenklichen Rivalen, dessen Operationsbasis dem Mittelmeer geographisch viel näher liege, als die des anderen, Englands, in diese Gewässer hineinzulassen,

liefe allen, bisher ängstlich gehüteten französischen Interessen an diesem Becken schnurstracks entgegen[1]. Das französische Protektorat über die römisch-katholische Kirche in der Levante, Frankreichs Stellung in Syrien und Ägypten, sein Einfluß auf Griechenland, ja auf die Türkei selbst würde dadurch bedroht. Dafür habe man aber jetzt in Paris keine Augen. Da man dies in St. Petersburg sehr gut wisse, so würde es immer wahrscheinlicher, daß die russische Politik diesen Fehler auch benutzen würde, natürlich erst dann, wenn die russischen maritimen Vorbereitungen im Schwarzen Meer vollendet sein würden[1].

Graf Kálnoky warf dabei die Bemerkung hin, daß als einer der wenigen Franzosen, die klar sähen, vielleicht der Botschafter Cambon in Konstantinopel zu betrachten sei, dieser vielleicht zu benutzen wäre, um Frankreichs Mißtrauen gegen die russischen Pläne zu erregen. Mit Herrn Lozé* über diese Dinge zu reden, enthalte er sich, da dieser aus der Polizei hervorgegangene Diplomat keine Ahnung davon habe, was auswärtige Politik sei[2]. H. VII. P. Reuß

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] sehr praktisch
Schlußbemerkung des Kaisers:
Kálnoky scheint meiner Vorlesung in Güns über Mittelmeerpolitik sehr gut zugehört und sie sich angeeignet zu haben

Nr. 2146

Der Geschäftsträger in Wien Prinz von Ratibor an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 38 Wien, den 13. Februar 1894

Graf Kálnoky erzählte mir heute, er habe eine längere Unterredung mit dem neu ernannten englischen Botschafter in Konstantinopel, Sir Ph. Currie, gehabt. Seine Äußerungen deckten sich im allgemeinen mit denjenigen, welche er dem Kaiserlichen Botschafter Prinzen Reuß gegenüber wegen der Haltung Österreich-Ungarns in der Orientpolitik mit Rücksicht auf Englands Benehmen getan hat**.

Der Minister sagte, er habe in seinem Gespräch mit Sir Philip sich in derselben Weise ausgedrückt, als er es in seinen Instruktionen an Graf Deym getan. Er hob hervor, daß er dem neuen englischen Vertreter am Goldenen Horn gesagt habe, momentan liege keine akute Frage vor; seiner Ansicht nach sei es aber doch an der Zeit, daß England sich entscheide, wie es sich den verschiedenen Eventualitäten

---

* Französischer Botschafter in Wien.
** Vgl. Nr. 2145.

gegenüber in der Zukunft zu verhalten gedenke. Österreich-Ungarn werde sich nach seinem eigenen mutmaßlichen Vorteile richten, und dabei hinge seine Haltung von derjenigen Englands ab.

Graf Kálnoky scheint diese Note, nach seinen heutigen Äußerungen zu urteilen, Sir Philip gegenüber stark betont zu haben. Der englische Botschafter hat sich, wie der Minister erzählt, dahin erklärt, daß er von der Notwendigkeit überzeugt sei, daß England in Konstantinopel eine entschiedene Haltung einzunehmen habe, daß es Italien gegebenenfalls zu unterstützen habe, und daß eine Vermehrung der Flotte hierzu die Vorbedingung sei.

Auf Grund der sozusagen kursorischen Äußerungen des Grafen Kálnoky ein Urteil darüber abzugeben, ob er dahin neigt, gestützt auf eine energische Haltung Englands, oder durch eine Einigung mit Rußland seine Rechnung im Orient zu finden, wage ich nicht. Doch will mir scheinen, daß nach allem, was der Minister bisher in der Sache uns Bekanntes geschrieben oder gesprochen hat, ihm die erste Eventualität sympathischer wäre, trotz seiner russenfreundlichen Anwandelungen in den letzten Delegationen und seiner Hoffnungen auf die in St. Petersburg allmählich einkehrende Einsicht, daß es für Rußland durchaus notwendig sei, einen Zusammenschluß der monarchischen Staaten, das heißt zunächst wohl Rußlands und Österreich-Ungarns zu erstreben. Für meine Ansicht spricht der Umstand, daß Graf Kálnoky dem Grafen Deym die bekannten Instruktionen erteilt hat (die ja allerdings eine Maske sein können), und daß er mit Befriedigung in seinem heutigen Gespräch erwähnte, daß Sir Ph. Currie ein Mann der Salisburyschen Schule sei. Auch liegt es nahe anzunehmen, daß der österreichisch-ungarische Minister des Äußern sich sagt, daß es für die Monarchie billiger in jeder Beziehung sei, von England sich die orientalischen Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, als sich an Rußland zu wenden, das unangenehme Forderungen stellen könnte. Man müßte denn annehmen, daß Österreich-Ungarn die augenblickliche europäische Konstellation vollständig über den Haufen zu werfen gesonnen wäre. Dazu liegt aber meines Erachtens nicht im entferntesten die Absicht und, abgesehen davon, auch nicht die Macht vor.

M. Ratibor

Nr. 2147

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 London, den 14. Februar 1894
Ganz geheim

Lord Rosebery ergriff heute mir gegenüber Initiative zur Besprechung der politischen Situation, namentlich mit Bezugnahme auf den Orient, und teilte mir im strengsten Vertrauen seine letzten

Unterhandlungen mit dem Grafen Kálnoky mit. Er habe dem letzteren, sowohl durch Vermittlung des Grafen Deym wie auch jetzt in Wien durch Sir Philip Currie, offen gesagt, daß er, Lord Rosebery, sich einem russischen Vorgehen bezüglich freier Durchfahrt durch die Dardanellen entschieden widersetzen wolle und dies auch mit der englischen Flotte glaube erfolgreich tun zu können[1]. Wenn aber in diesem Falle die französische Flotte im Mittelländischen Meere für Rußland eintreten sollte, würde England allein zum Widerstand nicht stark genug sein und sich eventuell aus dem Mittelländischen Meere zurückziehen müssen. Es würde sich also für diesen Fall um die Frage handeln, ob Österreich mit den ihm befreundeten Mächten sich der Aufgabe unterziehen wolle, England g e g e n F r a n k r e i c h zu decken[2] und dadurch Einmischung des letzteren im Mittelländischen Meere zugunsten Rußlands zu verhindern. Mit Rußland allein würde England dann fertig werden.

Auf diese Eröffnung sei ihm aber bisher keine Rückäußerung des Grafen Kálnoky zugegangen. Streng vertraulich fügte Lord Rosebery hinzu, er könne sich hiernach des Eindrucks nicht erwehren, daß der österreichische Minister jetzt einer Verständigung Österreichs mit Rußland den Vorzug gebe[3]*.

Graf Kálnoky scheine dabei anzunehmen, daß Rußland den Versuch, von der Pforte den Durchgang durch die Dardanellen zu erwirken, nicht lange mehr hinausschieben werde. Diese Auffassung halte er, Lord Rosebery, um so mehr für begründet, als sich aus einem ihm heute aus guter Quelle zugegangenen Telegramm bestimmt ergebe, daß Rußland seine Vorbereitungen im Schwarzen Meere schon jetzt mit besonderem Eifer betreibe.

Der Minister suchte im Anschluß hieran nachzuweisen, daß er, sobald eine p r a k t i s c h e Frage vorliege[4], welche die Entscheidung des englischen Kabinetts erheische und motiviere, der Zustimmung seiner Kollegen zu der von ihm im Orient beabsichtigten Haltung sicher sei. Man würde in Wien aber unrecht haben, ihn nötigen zu wollen, dem Kabinett jetzt schon eine bisher nur t h e o r e t i s c h e Frage vorzulegen, da er dann der Einwendung begegnen würde, daß noch kein praktischer Anlaß zu einem Entschluß der Regierung vorliege.

In demselben Sinne hat sich Lord Rosebery dem Grafen Deym gegenüber ausgesprochen, welcher mich heute aufsuchte, um mir im Auftrage des Grafen Kálnoky die Euerer Exzellenz bekannte Aufzeichnung desselben vom 18. Januar über seine Unterredung mit dem englischen Botschafter mitzuteilen. Besonders bemerkenswert war mir aus den ganz vertraulichen Äußerungen des Grafen Deym, welcher mir

* Laut einem Telegramm Hatzfeldts vom 19. Februar hätte Rosebery diese Äußerung wieder zurückgenommen: der Eindruck, daß Graf Kálnoky jetzt einer direkten Verständigung mit Rußland den Vorzug gebe, sei im Foreign Office durch einen mißverstandenen Bericht Sir Ph. Curries hervorgerufen, seitdem aber von diesem ausdrücklich berichtigt worden.

auch seine bisherigen Besprechungen mit dem englischen Minister mitteilte, daß nach seiner Meinung der letztere jetzt in bezug auf den Orient viel weiter geht, als dies noch vor zwei Monaten in Wien erwartet werden konnte, und daß er es hiernach durchaus nicht für unmöglich hält, eine annehmbare Basis für eine eventuelle Verständigung zwischen Österreich und England im Orient zu finden. Der Botschafter erwartet aber zunächst einen ihm aus Wien angekündigten Kurier und verschiebt bis dahin erneute eingehende Besprechung der Frage mit Lord Rosebery.

Hatzfeldt

Randbemerkungen des Grafen von Caprivi:

[1] Ja gewiß, die russische Flotte zu schlagen, ist viel leichter als die französische von Toulon

[2] Dazu hat weder Österreich noch Österreich + Italien die maritimen Machtmittel. England wird es schwerlich wagen, sein Mittelmeergeschwader bei den Dardanellen einzusetzen, solange es eine unversehrte oder siegreiche französische Mittelmeerflotte im Rücken hat.

[3] Daran wird er auch klug tun, solange Lord Rosebery solche Ansicht hat und zur Geltung bringen kann.

[4] Die praktischen Fragen können so überraschend gestellt werden, daß dann für Erwägungen der Kollegen keine Zeit mehr sein wird.

Nr. 2148

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 39 London, den 27. Februar 1894
Geheim

Der österreichische Botschafter teilt mir im strengsten Vertrauen mit, er habe gestern in einer Unterhaltung mit Lord Rosebery gelegentlich die Frage gestellt, wie er sich die von Österreich und seinen Bundesgenossen gewünschte Hülfe gegen eine französische Einmischung zugunsten Rußlands denke. Zu seiner Überraschung habe der Minister bestimmt erwidert, er sei entschlossen, den Kampf gegen Rußland, falls derselbe wegen der von letzterem verlangten freien Durchfahrt durch die Meerengen notwendig werde, aufzunehmen und allein im Mittelmeer mit der englischen Flotte zu führen. Er wünsche auch lebhaft zu vermeiden, daß daraus ein europäischer Krieg entstehe, was bei einer militärischen Einmischung anderer, wäre es auch nur Italiens, kaum zu vermeiden wäre. Er, Lord Rosebery, beanspruche daher für den fraglichen Fall von Österreich und seinen Freunden weder militärische Vorbereitungen noch militärische Hülfe, weder zu Land noch zur See, sondern nur die Zusage, eventuell eine Pression in Paris ausüben zu wollen, um Frankreich, falls es dann zum Eingreifen im Mittelmeer zugunsten Rußlands Neigung zeigen sollte, davon abzu-

halten. Er glaube um so mehr, daß eine solche Pression dann vollständig genügen werde, als schon jetzt eine Erkaltung der russisch-französischen Freundschaft, namentlich infolge des deutsch-russischen Handelsvertrags, erwartet werden könne.

Dem österreichischen Botschafter zufolge, welcher von den vorstehenden Erklärungen sehr befriedigt ist, führte Lord Rosebery gestern eine zuversichtliche Sprache und machte ihm auch schon nähere Mitteilungen über die sehr bedeutenden maritimen Streitkräfte, die englischerseits im Mittelmeer gegen Rußland zur Verwendung kommen würden.

Bericht folgt morgen.

Hatzfeldt

Nr. 2149

Der österreich-ungarische Botschafter in London Graf Deym an den österreich-ungarischen Minister des Äußern Grafen Kálnoky

Auszug. Unsignierte Abschrift, am 28. März 1894 vom österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény übergeben

Nr. 9 — London, den 27. Februar 1894
Geheim

Es schien mir von Wichtigkeit, darüber eine Äußerung Lord Roseberys zu provozieren, in welcher Art er sich die Mithilfe der Tripelallianz vorstellt, wenn Frankreich an der Seite Rußlands stünde, und habe ich direkt die Frage an ihn gerichtet, in welcher Weise er gemeint hätte, daß die Tripelallianz Frankreich in Schach halten müßte. —

Hierauf erwiderte mir Lord Rosebery, daß Englands Flotte im Mittelländischen Meere stark genug sei, um gegebenenfalls der Meerengen wegen den Kampf mit Rußland allein aufzunehmen, ohne der Mithilfe Österreich-Ungarns und Italiens zu bedürfen. „Ja," setzte er hinzu, „ich wünsche mir gar nicht die Kooperation der Tripelallianz zum Zwecke der Verteidigung der Meerengen gegenüber Rußland, weil ich vor allem verhindern möchte, daß wegen dieser Frage ein allgemeiner europäischer Krieg entbrenne. Um aber diesen Kampf allein mit Rußland mit Erfolg aufnehmen zu können, müßte ich mich darauf verlassen können, daß die Tripelallianz Frankreich en échec halten würde, und ich zweifle nicht, daß, wenn die Tripelallianz im gegebenen Augenblicke Frankreich erklärte, daß es neutral bleiben müsse, Frankreich sich nicht einmischen werde. Das ist die Art und Weise, wie ich es verstehe, daß die Tripelallianz Frankreich in Schach halten müßte." —

Ich stellte dann noch die Frage an Lord Rosebery, ob er wirklich meint, die Mithilfe der italienischen Flotte gleichfalls entbehren zu können; was die unsere anbelangt, so dürfte er ohnedies nicht auf

dieselbe gerechnet haben, da wir keine großen Schlachtschiffe haben, und unsere Flotte bloß zur Küstenverteidigung bestimmt sei. —

Der Herr Staatssekretär erwiderte, letzteres sei ihm genau bekannt, und habe er eine kombinierte Aktion nicht im Auge gehabt, er strebe aber auch nicht die Mithilfe der italienischen Flotte an, da Italien wegen seiner finanziellen und sonstigen Schwierigkeiten nicht in der Lage sei, ohne große Schädigung sich an einem Kriege zu beteiligen. Auch würde es dadurch leichter werden, den Krieg zu lokalisieren, wenn Italien sich an demselben nicht beteiligt. Sollte aber England eine Niederlage erleiden, was er aber zuversichtlich für ausgeschlossen halte, so glaube er, daß er in einem solchen Falle darauf rechnen könnte, daß Italien England zu Hilfe käme. —

Lord Rosebery besprach gleichfalls die eventuelle Haltung der anderen Mächte, welche an den Fragen des Mittelländischen Meeres interessiert sind, und sagte, daß er es sich zur Aufgabe gemacht habe, mit den Kabinetten von Madrid und von Lissabon sehr gute Beziehungen herzustellen, und dieses ihm auch gelungen sei, so daß er mit Sicherheit darauf rechnen könne, daß diese beiden Mächte in einer solchen Eventualität eine England freundliche Neutralität beobachten würden. —

Dagegen sei er darauf gefaßt, daß Griechenland sich Rußland anschließen würde, und habe er diesen Fall bereits in Kalkül gezogen. Nach der Ansicht des Ministers würde der Anschluß der griechischen Flotte an die russische letztere nicht wesentlich verstärken, und würde England ohne Hilfe einer anderen Flotte mit beiden es wohl aufnehmen können. —

Nr. 2150

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 138 London, den 28. Februar 1894

Geheim

Nachdem in der letzten Zeit zwischen Wien und London über eine gemeinsame Haltung in der Frage der Meerengen vielfach hin und her verhandelt worden war, haben diese Verhandlungen durch die Eurer Exzellenz bereits bekannten Erklärungen Lord Roseberys in seiner vorgestrigen Unterhaltung mit dem Grafen Deym* eine etwas festere Gestalt angenommen.

Mein österreichischer Kollege, welcher mich von Anfang an mit anerkennenswerter Offenheit auf dem laufenden erhalten hat, stand gestern offenbar unter dem Eindruck, daß die letzten Erklärungen des

* Vgl. Nr. 2148 und Nr. 2149.

Ministers als sehr befriedigend betrachtet werden müßten, und daß durch den überraschenden Verzicht desselben auf jede materielle Hülfe von seiten Österreichs und seiner Bundesgenossen eine annehmbare Basis für die weiteren Verhandlungen geschaffen worden sei.

Allerdings war es meinem österreichischen Kollegen, wie er hinzufügte, zuerst nicht leicht geworden, sich einen haltbaren Grund für jenen so bereitwilligen Verzicht zu denken. Er glaubte ihn aber schließlich in dem jedem Engländer naheliegenden Wunsche gefunden zu haben, der unvermeidlichen Störung des englischen Handels während eines europäischen Krieges im Auslande möglichst vorzubeugen und demselben den europäischen Markt durch Lokalisierung des Krieges zwischen England und Rußland im Mittelmeer offen zu halten.

Indem ich meinerseits auch in dieser Unterhaltung mit dem Grafen Deym den ausdrücklichen und von ihm anerkannten Vorbehalt festhielt, daß ich weder amtlich diskutieren noch eine amtliche Meinung über die fraglichen Verhandlungen aussprechen könne, glaubte ich doch die persönliche Bemerkung fallen lassen zu dürfen, daß ich mir noch einen anderen Grund für die Erklärung Lord Roseberys, keine materielle Hülfe von den befreundeten Mächten beanspruchen zu wollen, denken könne. Indem England sich auf den Standpunkt stelle, den Kampf mit Rußland eventuell allein aufzunehmen und in diesem Fall nur eine Rückendeckung in Paris beanspruchen zu wollen, sichere es sich mehr oder weniger auch die Freiheit seiner Entschließungen über den ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt und sogar über die Opportunität eines Konflikts mit Rußland überhaupt. Mit anderen Worten, England würde, wenn man sich eine Verständigung auf dieser Basis denke, auf die gewünschte Rückendeckung in Paris rechnen können, selbst aber keine strikte Verpflichtung übernommen haben, aus der Frage der Meerengen unter bestimmten Voraussetzungen auch wirklich den angekündigten Kriegsfall zu machen und zum Schutze der gemeinschaftlichen Interessen der im Mittelmeer beteiligten Mächte vorzugehen. Ganz abgesehen von dem Umstand, den ich hier nicht zu erörtern hätte, ob in einer mündlichen Erklärung Lord Roseberys eine hinreichende Verpflichtung erblickt werden könne, dürfe auch vielleicht nicht übersehen werden, daß eine solche Verständigung, so geheim sie auch gehalten werden möge, zur Kenntnis Dritter gelangen könne, welche in den von Österreich und seinen Freunden übernommenen Verpflichtungen eine feindselige Haltung erblicken würden, ohne daß England dafür auf die Freiheit seiner Entschlüsse im Orient unbedingt verzichtet hätte.

Dieses Bedenken wollte Graf Deym nicht gelten lassen, indem er darauf hinwies, daß hier auch in bezug auf eine frühere geheime Abmachung mit Österreich unbedingte Diskretion seit mehreren Jahren beobachtet worden und das Gleiche auch jetzt mit Recht zu erwarten sei. Auch das wollte er auf Grund seiner Besprechungen mit Lord Rosebery

und der ganzen Haltung desselben nicht zugeben, daß derselbe, falls die von ihm vorgeschlagene Basis akzeptiert werden könnte, sich seinerseits einer bestimmten Verpflichtung zum Eintritt in die Aktion unter bestimmten Voraussetzungen würde entziehen wollen. Weniger sicher war Graf Deym, ob der Minister sich zu einer schriftlichen Erklärung bequemen würde, die er bisher stets von der Hand gewiesen, schien aber doch zu hoffen, daß Lord Rosebery, wenn man sich erst über die Grundlagen einer ihm erwünschten Verständigung geeinigt hätte, auch darin noch eine Konzession machen und sich zu einem geheim zu haltenden Schreiben entschließen würde, etwa wie es Lord Salisbury seinerzeit an den Grafen Károlyi gerichtet hat*.

Ich darf hier nicht unerwähnt lassen, daß Graf Kálnoky vor einigen Tagen in einem Privatbrief an den österreichischen Botschafter auch die Frage angeregt und zur Besprechung bei Lord Rosebery empfohlen hat, daß Rußland vielleicht nicht, wie hier immer angenommen werde, sofort den Weg eines Handstreichs gegen die Türkei einschlagen werde, um sich die Durchfahrt durch die Meerengen zu sichern. Es sei sehr wohl denkbar, daß es zunächst den Versuch machen werde, sich an die Mächte damit zu wenden, auf die Unmöglichkeit des jetzigen Zustandes für Rußland hinzuweisen und gleichzeitig die Frage anzuregen, ob und welche Erleichterungen Rußland in bezug auf die Durchfahrt bewilligt werden könnten.

Wenn ich den Grafen Deym richtig verstanden habe, so hat der österreichische Minister ausdrücklich hinzugefügt, daß es doch kaum möglich sein würde, eine solche Demarche der russischen Regierung einfach und ohne weitere Prüfung von der Hand zu weisen, und daß Lord Rosebery daher gut tun würde, auch diese Seite der Frage zu berücksichtigen und einer näheren Prüfung zu unterziehen.

Es darf, wenn ich mich nicht täusche, wohl angenommen werden, daß Graf Kálnoky damit den Zweck verfolgt, auch für den Fall, daß Rußland bei den Mächten eine Demarche wegen der Meerengen versuchen sollte, sich über eine gemeinschaftliche Haltung mit England zu verständigen, vielleicht auch letzteres dadurch mehr in der Hand zu behalten und von eventuellen Seitensprüngen abzuhalten, falls sich für Österreich dabei Gelegenheit zu einer friedlichen Verständigung über die Meerengenfrage zeigen sollte.

Der österreichische Botschafter legt, wie ich gehorsamst erwähnen muß, den größten Wert auf die Zuziehung der Kaiserlichen Regierung zu dem jetzt zwischen Österreich und England stattfindenden Gedankenaustausch. Er hat sich unzweifelhaft in Wien in diesem Sinne ausgesprochen und drängt gleichzeitig Lord Rosebery fortgesetzt, mich von den bisher stattgehabten Verhandlungen und namentlich von seinen, Lord Roseberys, letzten Erklärungen in Kenntnis zu setzen. Der Minister

---

* Siehe Bd. IV, Kap. XXVII, Nr. 906.

war, wie mir Graf Deym sagt, vorgestern noch unentschlossen in diesem Punkt, indem er geltend machte, daß ich ihm doch nur erwidern würde, ich könne mich ohne Instruktionen über eine solche Frage nicht aussprechen. Graf Deym will ihm darauf erwidert haben, daß er auch nichts anderes von mir erwarten könne, solange er, wie bei seiner letzten Unterhaltung mit mir, den Vorbehalt mache, nur persönlich zu sprechen, statt mir eine amtliche Mitteilung zu machen.

Meines unmaßgeblichen Dafürhaltens liegt die Sache so, daß Lord Rosebery es für vorteilhafter hält, sich wenn möglich erst mit Österreich über die Grundlagen einer Verständigung zu einigen, in der Hoffnung, daß es dann dem uns befreundeten Wiener Kabinett gelingen wird, sich direkt mit uns darüber zu verständigen.

Meinerseits werde ich, solange Eure Exzellenz mir keine anderen Instruktionen erteilen, jede Initiative zur Besprechung der Sache bei Lord Rosebery auch ferner vermeiden.

P. Hatzfeldt

Nr. 2151

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Caprivi

Eigenhändig

Berlin, den 8. März 1894

Im heutigen Immediatvortrage habe ich Seiner Majestät dem Kaiser im Sinne der anliegenden Denkschrift* über die Meerengenfrage Vortrag gehalten. Allerhöchstdieselben erklärten sich damit einverstanden.

Nachmittags habe ich in einer Unterredung mit Herrn von Szögyény den Standpunkt vertreten, die Versuche Österreichs, sich mit England zu verständigen, seien uns willkommen, obschon der Erfolg mir fraglich erscheine. Auf eine Pression unsererseits Frankreich gegenüber sei nicht zu rechnen. Der Beantwortung meiner Frage, ob nicht behufs friedlicher Lösung der Meerengenfrage Kompensationen für Österreich-Ungarn zu finden seien, wich der Botschafter aus, stellte aber Fortsetzung der Besprechung in Aussicht.

G. v. Caprivi

Nr. 2152

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Caprivi

Reinschrift

Berlin, den 8. März 1894

Die Besprechungen, welche zwischen Österreich und England zurzeit gepflogen werden, führen vorweg zu der Frage, wie man sich das

---

* Siehe das folgende Schriftstück.

erwartete Vorgehen der Russen an den Meerengen denkt. Rußland kann sich zunächst mit der Forderung freier Durchfahrt seiner Kriegsschiffe begnügen, es kann aber auch sofort verlangen, die Besetzung der Meerengen in seine eigene Hand zu nehmen, und es kann endlich den Besitz von Konstantinopel begehren. So wahrscheinlich es ist, daß Rußland letzteres als sein Endziel ansieht, sprechen doch starke Gründe dafür, daß es sich zunächst, und solange eine Waffenentscheidung nicht nötig ist, mit der freien Durchfahrt als einem ersten Schritte begnügen wird. Derselbe würde voraussichtlich wenig Schwierigkeiten machen, wenn es sich für Rußland in der Tat nur darum handelt, seine Kriegsschiffe freier bewegen zu können. Dem könnte durch eine Schleifung aller Meerengenforts und freie Passage für die Kriegsschiffe aller Nationen genügt werden. Rußland wird aber mehr verlangen und die freie Durchfahrt nur russischen Kriegsschiffen zugebilligt sehen wollen. Es braucht auch deshalb nicht zu den Waffen zu greifen, sondern kann, wie vor einigen Jahren in bezug auf die Passage der Schiffe der freiwilligen Flotte geschehen, und wie es dem Charakter des Zaren am meisten entspricht, auf unblutigem Wege mit Aussicht auf Erfolg vorgehen. Hat man sich in Jildis erst an den Anblick russischer Kriegsschiffe gewöhnt, und wird später der Sultan vor die Frage der Besetzung der Dardanellen gestellt, so wird immer wahrscheinlicher, daß wenn er umfällt, er auf die russische Seite fällt. Es scheint, daß das Steigen diplomatischen Einflusses der Russen am Goldenen Horn nicht sowohl seinem größeren Geschick oder dem Ungeschick anderer zuzuschreiben ist, als daß die Pforte die Machtverschiebung empfindet, welche unter den europäischen Mächten vor sich gegangen ist. Die Etablierung eines russischen Geschwaders im Mittelmeer weist deutlich auf die russisch-französische Kooperation hin und wird, indem sie der Pforte immer empfindlicher wird, den englischen Einfluß weiter schwächen. Während alle anderen Armeen mit Hülfe der allgemeinen Wehrpflicht die ganze Volkskraft unter die Waffen rufen können, kann England schwerlich das aufbringen, was es zum Schutz von Indien und Ägypten im Kriegsfall muß, und während das Wachstum der französischen und russischen Marine in den letzten zwei Jahrzehnten ein rapides gewesen ist, hat England seinen Anspruch, das Weltmeer beherrschen zu wollen, aufgeben müssen. Es wird sich hieran in absehbarer Zeit, selbst bei gesteigertem englischen Schiffsbau, wenig ändern lassen, bei dem veralteten Rekrutierungssystem wird es Großbritannien an Matrosen und Soldaten fehlen.

Ehe man auf die Gedanken des englischen Staatsmanns* näher eingeht, muß man auch zu der Frage Stellung nehmen, wie steht Frankreich zu Rußland? Es scheint mir zweifellos, daß Rußland auf

* Gemeint ist Lord Rosebery, der nach Gladstones Sturz (3. März 1894) englischer Premierminister wurde.

französische Mitwirkung rechnet, und daß es derselben auch ohne geschriebenen Vertrag, trotz des Auseinandergehens der historischen Ansprüche beider Staaten in der Levante, zurzeit völlig sicher sein kann*. Es darf also bei allen weiteren Erwägungen nicht mit Rußland allein gerechnet werden, und ich glaube, einen Irrtum Lord Roseberys darin zu erkennen, daß er meint, England werde die Sache mit Rußland allein ausfechten und den Krieg lokalisieren können. Von Hause aus wird die Stellung Frankreichs eine mindestens so zweifelhafte sein, daß das englische Mittelmeergeschwader, welches schwächer ist als die Flotte von Toulon, nicht wagen kann, diese in seinem Rücken lassend sich am östlichsten Ende des Mittelmeeres zu engagieren. Niemand würde vorher sagen können, wieviel englische Schiffe nach einer gewaltsamen Entscheidung über die Dardanellen noch gegen die Flotte von Toulon verwendbar sein würden. Überdies ist — man gedenke des Krimkrieges — keine englische Flotte allein imstande, einen Krieg mit Rußland je zu Ende zu bringen oder die Türkei dauernd zu knebeln. Von einem schnellen, entscheidenden Erfolge, nach welchem es der englischen Flotte freistände, sich den Franzosen entgegenzustellen, kann gar keine Rede sein.

Wenn Lord Rosebery weiter glaubt, Österreich und „seine Freunde" würden imstande sein, Frankreich durch eine Pression ruhig zu halten, so kann ich auch dem nicht zustimmen. Wie sollte solche Pression, in deren Hintergrund, um sie wirksam zu machen, eine Kriegsdrohung liegen müßte, ausgeführt werden? Österreich-Ungarn kann mit seiner geringen Flotte nicht eingreifen und hat zu Lande keine Berührungspunkte mit Frankreich. Italien ist unfähig, mit einem Überschreiten der Seealpen zu drohen, und wird seine schwächere Flotte nicht dem sehr ungleichen Kampfe mit der Flotte von Toulon aussetzen wollen, wenn das englische Geschwader nach Osten abgedampft ist. Es bliebe also für eine Pression nur Deutschland, das sich bereit zeigen müßte, mobil zu machen. Ob solche Drohung nicht Frankreich noch schneller zur Teilnahme am Kriege aufregen würde, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist ein Krieg mit zwei Fronten, bei dem wir gar nichts zu gewinnen haben, für uns eine zu ernste Sache, um ihn wegen der Meerengenfrage zu provozieren. Wir haben sicherlich ein Interesse daran, die Macht Rußlands, die ohnehin naturgemäß von Jahr zu Jahr wächst, sich nicht bis nach Konstantinopel erweitern und Rumänien, Bulgarien, Serbien von ihr abhängig werden zu sehen. Aber solcher Machtzuwachs würde für uns erst nach Jahren fühlbar werden, und wir haben nähere Sorgen. Wir würden auch schwerlich bei einem Kriege um die orientalische Frage unsere öffentliche Meinung, die sich des Bismarckschen Wortes von den Knochen eines pommerschen Musketiers erinnern würde, hinter uns haben. Deutschland kann auf das Ansinnen, solche Pression zu üben, nicht eingehen. Wir würden es

---

* Vgl. Bd. VII, Kap. XLVII.

nach dem Roseberyschen Projekt von England abhängig machen, ob wir in einen Krieg verwickelt werden, bei dem wir den letzten Mann und die letzte Mark einsetzen müßten, und bei dem es sich um unser Dasein handelte, während England nur ein oder zwei Dutzend Kriegsschiffe riskierte, seinen Handel vielleicht steigerte, auf keinen Fall sein Dasein aufs Spiel setzte. Will England unsere Mitwirkung in Anspruch nehmen, so mag es mit dem Dreibunde ein festes Verhältnis eingehen, in welchem die gegenseitigen Verpflichtungen auch über das Dasein Lord Roseberys oder einer anderen englischen Regierung hinaus festgelegt werden, und in dem wir den Versuch machen könnten, einem vorzeitigen isolierten Friedensschluß Englands vorzubeugen.

Die Roseberysche Idee ist überhaupt nur ausführbar, wenn Deutschland sie akzeptiert. Österreich und Italien allein vermögen nicht ihre Durchführung zu gewährleisten. Wir aber haben keinen Grund, uns vorschieben zu lassen und die Entscheidung aus der Hand zu geben. Wir tun besser, da unser Bündnisvertrag mit Österreich und Italien uns zu einer Aktion im Orient nicht verpflichtet, freie Hand zu behalten, bis der erste Schuß vom Bord eines englischen Schiffs gefallen sein wird. Andererseits bedarf Rußland unserer, wenn es auf friedlichem Wege vorwärts kommen will, und wird eine Gegenleistung uns nicht versagen können.

Wollen wir aber aus dieser günstigen Stellung nicht vorzeitig herausgedrängt werden, so fragt es sich, was wir tun können, um die Lage unserer schwieriger situierten Verbündeten zu erleichtern. Beide sind nicht so uninteressiert wie wir und sehen sich in Gegenwart oder Zukunft durch die Ausdehnung der russischen Machtsphäre direkt gefährdet oder beengt, so daß es begreiflich ist, wenn sie nach Kompensationen trachten, die sie einigermaßen schadlos halten können. Wir müssen am Dreibunde, solange es geht, und immer an Österreich-Ungarn, das „in seiner Großmachtstellung zu erhalten" auch ein deutsches Bedürfnis ist, festhalten; wir dürfen es nicht Rußland in die Arme treiben, wir müssen bestrebt bleiben, dahin zu wirken, daß England sich nicht an der türkischen Frage kleinmütig oder für Gewinn in Asien oder in Ägypten desinteressiert, wir können aber, indem wir selbst dahin trachten, allmählich Rußland mehr von Frankreich abzurücken, die Frage in Erwägung nehmen, wenn sie an uns herantritt, ob und wo sich ein Ausgleich für unsere Verbündeten finden ließe, der Rußland annehmbar schiene, während wir selbst uns mehr gegen die Gefahr eines Krieges mit zwei Fronten sicherten. Wir dürfen Österreich-Ungarn in seinem Versuch, sich mit England zu verständigen, nicht entmutigen, wir müssen aber im Auge behalten, daß für uns eine friedliche Lösung der Meerengenfrage vorzuziehen ist.

G. v. Caprivi

Nr. 2153

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 276 Berlin, den 28. März 1894
Geheim

Der hiesige österreichisch-ungarische Botschafter hat mir die beifolgende Aufzeichnung** des Herrn Grafen Kálnoky übergeben.

Wie Euere pp. aus derselben ersehen, läuft der Vorschlag des österreichischen Herrn Ministers darauf hinaus, daß der Dreibund von vornherein seine Haltung für den Fall eines russisch-englischen Konflikts an den Meerengen festlegt, während England selbst gar keine Verpflichtung übernimmt und die freie Bestimmung darüber behält, ob und wann es sich irgendeinem russischen Vorgehen an den Meerengen widersetzen und uns damit zwingen will, das Programm auszuführen, auf das wir uns vorher verpflichtet haben. Euere pp. haben dies selbst schon in Ihrer Berichterstattung über die Unterredungen des Grafen Deym mit Lord Rosebery *** hervorgehoben.

Dieses Programm aber besteht in der Verpflichtung, Frankreich zur Neutralität gegenüber einem englisch-russischen Kampfe im Mittelmeer zu veranlassen, nötigenfalls zu zwingen. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Aufgabe unter den Dreibundmächten Deutschland den schwersten Teil übernehmen würde.

Wir könnten, sobald es England beliebt, sich mit Rußland in Konflikt einzulassen, in einen Krieg mit Frankreich verwickelt werden, ja sogar gezwungen sein, Frankreich den Krieg zu erklären. Damit wäre Frankreich der angegriffene Teil, wir die Angreifer. Wir wissen nicht, ob und welche Abmachungen zwischen Frankreich und Rußland bestehen; sind überhaupt solche vorhanden, so wird das Minimum ihres Inhalts doch stets die gegenseitige Hilfe für den Fall sein, daß einer der Kontrahenten angegriffen wird.

Der von Graf Kálnoky uns vorgeschlagene Weg würde also mit ziemlicher Sicherheit gerade zu der für uns bedenklichsten Entwicklung der Dinge führen: zum Krieg mit zwei Fronten. Und diesen Krieg müßten wir führen auf ein von England nach freiem Ermessen gegebenes Signal, und ohne daß vielleicht im gegebenen Moment eines unserer eigenen Interessen auf dem Spiel stände. Ja, wir hätten nicht einmal eine Garantie, daß sich England nicht sofort mit Rußland verständigte

---

* Ein entsprechender Erlaß ging an den zum Botschafter in Wien ausersehenen preußischen Gesandten in München Grafen zu Eulenburg, zur Zeit in Abbazia im Gefolge Kaiser Wilhelms II.

** Siehe Anlage I.

*** Siehe Nr. 2149 und 2150.

und uns, d. h. dem Dreibund, die Austragung des Kampfes mit den beiden Gegnern überließe.

Der Herr Reichskanzler hat danach heute dem österreichischen Botschafter die Gründe dargelegt, aus denen wir uns an einer Abmachung mit England, die nur eine einseitige Verpflichtung enthalten würde, nicht beteiligen könnten. Ich füge hier zu Euerer pp. persönlichen Information Abschrift der Aufzeichnung des Herrn Reichskanzlers* über seine Unterredung mit Herrn von Szögyény bei.

Wie Euere pp. daraus ersehen, stehen wir nach wie vor dem Gedanken einer Verständigung zwischen Österreich und Italien einerseits und England andrerseits über Mittelmeerfragen sympathisch gegenüber und werden alles vermeiden, was eine solche stören könnte. Dies schließt aber nicht aus, daß wir uns wenig Hoffnung auf das Zustandekommen einer solchen machen können.

Es ist nicht Mißtrauen gegen Lord Rosebery, das uns diese Hoffnung verschließt, sondern die Erwägung, daß das englische Staatsrecht jedem englischen Staatsmann die Übernahme bindender Verpflichtungen verbietet. Ohne gegenseitige Verpflichtungen wird aber eine Verständigung über Fragen, bei deren Lösung es sich möglicherweise um das Einsetzen der ganzen Kraft und Existenz eines der Kontrahierenden handelt, stets ausgeschlossen bleiben. Wir können unsere Politik den Grundsätzen des englischen Staatsrechts nicht unterordnen, und ebensowenig werden unsere Bundesgenossen dies tun wollen.

Da sich aber jede englische Regierung durch diese Grundsätze gebunden sehen wird, müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, uns ohne England mit einem russischen Vorgehen an den Meerengen abzufinden.

Die darüber maßgebenden Gesichtspunkte sind in der anliegenden Aufzeichnung** enthalten.

Marschall

Anlage I

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf Kálnoky an den österreich-ungarischen Botschafter in Berlin von Szögyény

Unsignierte und undatierte Abschrift, am 28. März von dem österreich-ungarischen Botschafter dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall übergeben

1. Auch ich sehe in der nächsten Zeit ein noch weiteres Nachlassen der politischen Spannung voraus. Darin erblicke ich aber ebensowenig eine Änderung der politischen Situation, als ich in der Beruhigung, die in der bulgarischen Frage eingetreten ist, ein Aufgeben der russischen Orientpolitik sehe. — Auch uns gegenüber hat Rußland

* Siehe Anlage II.
** Siehe Nr. 2152.

durch Entgegenkommen bei den Handelsvertragsverhandlungen den Beweis geliefert, daß es in ökonomischer Beziehung ein freundnachbarliches Verhältnis für 10 Jahre zu stabilisieren wünsche.

2. Unter diesen Umständen gewinnt die von mir aufgestellte Theorie immer mehr Boden, daß keine imminente Gefahr vorhanden ist, daß Rußland jetzt an einen Gewaltstreich oder eine Friedensstörung denkt, und daß daher die von uns aufgeworfenen Fragen mit vollster Ruhe erwogen werden können, ohne jetzt bereits definitive Entscheidungen zu erheischen. — In allernächster Zeit ist selbstredend keine definitive Stellungnahme von irgendwelcher Seite zu den Erklärungen Lord Roseberys nötig, insofern es sich um bindende Verpflichtungen handelt, von denen ich überhaupt bisher noch nicht gesprochen habe; auch Lord Rosebery gegenüber habe ich in bezug auf uns jenes Wort nicht ausgesprochen, sondern immer wieder betont, daß es sich vorerst nur um theoretische Feststellungen handelt.

3. Die Bedenken, welche sowohl Graf Caprivi wie Baron Marschall in betreff Englands als Alliierten geltend machen, halte ich für berechtigt und teile sie. — Insbesondere finde ich die Charakterisierung des Unterschiedes zwischen den Gefahren, denen wir kontinentale Mächte im Vergleiche zu dem Inselreiche im Falle eines unglücklichen Krieges gegen Rußland ausgesetzt sind, durchaus zutreffend. Aber mit diesen Faktoren müssen wir eben zählen, und wenn wir England überhaupt brauchen, was wohl nicht zu bestreiten, müssen wir es nehmen, wie es ist. — Selbstverständlich aber können wir uns im Hinblick auf diese Umstände mit dem englischen Kabinett nicht auf derselben Basis und in so bindender Form verständigen, wie es zwischen den kontinentalen Monarchien der Fall ist. — Was wir heute, wo wir das mögliche Vordringen Rußlands ins Mittelmeer vor Augen haben, zu erreichen trachten sollten, wäre (ohne hiemit konkrete Vorschläge machen zu wollen) 1. öftere Aussprache einer jeden der befreundeten Mächte, 2. Fixierung der gemeinsamen Standpunkte, 3. Einvernehmen über die eventuelle Haltung gegenüber solchen Mächten, welche diese gemeinsamen Ziele und Interessen direkt oder indirekt angreifen wollten. —

4. Deutschland ist uns gegenüber ebensowenig direkt betreffs des Orientes engagiert wie wir ihm gegenüber betreffs Frankreichs. Doch könnte es Deutschland ebensowenig gleichgültig sein, wenn wir Bosnien und die Herzegowina verlieren würden, als es uns gleichgültig wäre, wenn Frankreich Deutschland von neuem am Rheine bedrohte, wegen der ungeheueren politischen Konsequenzen, die für die europäische Lage dabei in Frage kämen.

5. Es ist wahrscheinlich, daß das Kabinett Rosebery keine lange Lebensdauer haben wird, aber Rosebery wird zweifellos wieder Premierminister werden und ist ein Staatsmann, mit dem man in England unter allen Verhältnissen wird zählen müssen. — Er wird auch, wenn sein erstes

Kabinett sich jetzt nicht sollte halten können, ein gewichtiger Faktor für die Entscheidungen Englands in Fragen der äußeren Politik bleiben.—

6. Da Lord Rosebery, der als Premier noch an Gewicht gewonnen hat, weiß, daß wir mit Deutschland seine Erklärungen besprechen, erwartet er natürlich, daß wir das große Vertrauen, welches er uns geschenkt hat, in gleicher Weise dadurch erwidern, daß wir mit derselben Offenheit unsere, d. h. des Dreibundes, eventuelle Stellungnahme zu der Meerengenfrage präzisieren. —

Nun aber stehen wir eher vor einer allgemeinen Détente als vor einem gewaltsamen Vorgehen Rußlands, daher liegt der Kriegsfall heute nicht so nahe wie die Wahrscheinlichkeit einer freundschaftlichen Demarche Rußlands, um die freie Durchfahrt für seine Schiffe zu erlangen. Es ist also diese besonders schwierige diplomatische Frage zu studieren. — Meines Erachtens aber können wir diese Frage nicht ohne und wollen sie nicht gegen England lösen. Auch hielte ich es für ganz verfehlt, von dem Grundsatze abzugehen, daß die Meerengenfrage zwar eine europäische, aber eine solche ist, die die englischen Interessen in allererster Linie berührt. —

Anlage II

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Caprivi

Eigenhändig

Berlin, den 28. März 1894

Herr von Szögyény hat heut unter Betonung, daß Graf Kálnoky nichts ferner läge, als unsere Ansicht beeinflussen zu wollen, Fragen an mich gerichtet, die in der Richtung des Kálnokyschen Briefes an Szögyény* lagen. Ich habe ihm darauf ungefähr erwidert:

Ich hielte an der Maxime meines Vorgängers fest, daß es nicht nützlich sei, über nicht aktuelle Zukunftsfragen zu unterhandeln. Ich sei jederzeit bereit, mich akademisch mit dem Botschafter zu unterhalten, aber ohne jede Bindung meiner Ansichten. In bezug auf das Roseberysche Projekt meinte ich, dieser wolle sich freie Hand, aber gedeckten Rücken schaffen, und diese Rückendeckung würde im wesentlichen Deutschland zufallen. Eine Verpflichtung hierzu könnten wir zurzeit nicht übernehmen, um so weniger, als das Bismarcksche Diktum von den Knochen des pommerschen Musketiers uns entgegengehalten werden würde, wenn ein Eingehen unsererseits auf Roseberys Wünsche bekannt würde. Die Besprechungen des Grafen Deym mit Lord Rosebery seien zweifellos eine gute Idee des Grafen Kálnoky, wir aber hätten kein Interesse, uns daran zu beteiligen, seien auch von England gar nicht

---

* Vgl. Nr. 2153, Anlage I.

um eine Äußerung angegangen. Auf Herrn von Szögyénys Frage, ob wir etwas dagegen hätten, wenn unser Standpunkt den Engländern bekannt würde, habe ich erwidert, ich wünsche das nicht, weil dadurch die Kálnokyschen Besprechungen gehindert werden könnten, und es mir wünschenswert schiene, nichts zu sagen, was einer Annäherung Englands an Italien hinderlich werden könnte, im übrigen wäre unser Standpunkt so von der Natur der Dinge gegeben, daß wohl deshalb England uns noch gar nicht gesprochen hätte, und daß ich Graf Kálnoky nur anheimstellen könne, ob er es für rätlich halte, die deutsche Anschauung England gegenüber zu erwähnen.

Herr von Szögyény sagte, er habe wohl erwartet, daß ich ihm diese Antwort geben werde, sie werde auch Graf Kálnoky nicht überraschen; es bliebe aber doch immer zu erwägen, daß England sich vom Dreibunde abwenden könnte. Ich habe ihm gesagt, das glaubte ich nicht, schon wegen Indien und Ägypten. Der Botschafter fragte dann, wie wir uns verhalten würden, wenn Rußland uns freundschaftlich mitteilt, daß es einen Schritt an den Dardanellen, etwa wegen der Durchfahrt, vorhabe. Ich antwortete, uns das zu überlegen und mit Österreich darüber in Verkehr zu treten, würde dann immer noch Zeit genug sein. Ich würde dann Wert auf Verständigung im Dreibunde legen. Im übrigen könne auch ein solcher Schritt Rußlands unter so verschiedenen Formen erfolgen, daß weitere Betrachtungen darüber zurzeit keinen praktischen Wert hätten.

Die Frage, ob ich ein baldiges Vorgehen Rußlands für wahrscheinlich hielte, habe ich mit „nein" beantwortet und hinzugefügt, daß General von Werder ebenso dächte. Endlich wollte Herr von Szögyény wissen, ob eine Zusammenkunft des Zaren mit unserem Kaiser geplant sei. Auch diese Frage habe ich verneint.

v. Caprivi

Nr. 2154

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Graf zu Eulenburg, z. Z. in Abbazia, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Reinkonzept

Nr. 2 Abbazia, den 31. März 1894

Nachfolgendes Telegramm hat Seine Majestät* redigiert:

„Seine Majestät finden in der Aufzeichnung des Grafen Kálnoky** nicht das ausgesprochene Ansinnen, daß wir Frankreich zur Neutralität

* Der Kaiser weilte seit dem 20. März in Abbazia; dort erhielt er am 29. März den Besuch des Kaisers Franz Joseph.

** Vgl. Nr. 2153, Anlage I.

bei akut werdender Meerengenfrage zwingen sollen, sondern sind der Ansicht, daß Graf Kálnoky den Standpunkt theoretischer Erörterungen nicht verlassen hat. Seine Majestät finden diese Anschauung durch gestern ausgesprochene Wünsche des Kaisers Franz Joseph bestätigt. Der Kaiser Franz Joseph sprach die Ansicht aus, es könne Rußland bezüglich der Meerengenfrage mit Wünschen auf diplomatischem Wege hervortreten unter vorläufiger Abstandnahme eines coup de main. Aus diesem Grunde bäte er, Seine Majestät möchten diese Frage überlegen und eingehend erörtern.

Seine Majestät haben die größte Bereitwilligkeit gezeigt, diesen allgemein gehaltenen Wünschen entgegenzukommen, und hieran ein akademisch gehaltenes Gespräch geknüpft. In diesem blieb die Basis der Anschauung, die Russen könnten entweder ein fait accompli durch Besetzung Konstantinopels geben oder eine Note an die Mächte richten mit der Bitte um Beihülfe zu einer Befreiung aus einer für Rußland unbehaglichen Situation. Es müßten alsdann die zunächst beteiligten Mächte England, Italien, Österreich Stellung dazu nehmen. Fiele im Fall einer gewaltsamen Lösung alsdann der erste Schuß (hoffentlich seitens Englands), und ergäbe sich eine kriegerische Komplikation im Mittelmeer, bei der ein dem Dreibund angehörender Staat beteiligt würde, ‚so werde der Dreibund seine Pflicht tun'.

(Diese Phrase wurde im vorigen Jahre in England im Verein mit Euerer Exzellenz durch Graf Hatzfeldt für Lord Rosebery als Stichwort formuliert, als die Mittelmeerfrage à conto Siams aufs Tapet zu kommen schien*.)

Als Kaiser Franz Joseph sagte, Seine Majestät würden doch auf eine diplomatische Anfrage Rußlands bezüglich der Meerengen mit Österreich den Standpunkt der Verträge aufrechthalten, hat Seine Majestät gesagt, daß allerhöchstderselbe allerdings diesen Standpunkt nicht verlassen würden. Kaiser Franz Joseph zeigte sich durch diese Ausführungen und Auffassung durchaus befriedigt."

Ich habe Seiner Majestät gesagt, daß in dem am Schluß ausgesprochenen Wunsch Kaiser Franz Josephs erstens unter „Verträgen" auch der Pariser Vertrag** verstanden werden könne, zweitens darin vielleicht das Bestreben des Grafen Kálnoky zutage träte, Deutschland in eine Aktion, die den Balkan beträfe, hineinzuziehen. Seine Majestät sagten, daß er (Kaiser Wilhelm) nur die Dreibundverträge gemeint habe, und sich niemals in eine Aktion am Balkan hineinziehen lassen würde.

Mit der von Ew. Exzellenz mündlich an Botschafter Szögyény erteilten Antwort ist Seine Majestät sehr einverstanden.

Eulenburg

---

* Vgl. Bd. VIII, Kap. XLVII, B.
** Von 1856, durch den der Krimkrieg beendet wurde.

Nr. 2155

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Caprivi

Eigenhändig

Berlin, den 23. April 1894

Herr von Szögyény kam heut auf die österreichisch-englischen Besprechungen zurück und hat mir die drei* Aufzeichnungen, die Briefen des Grafen Kálnoky entnommen seien, hinterlassen. Ich habe mich im Rahmen meiner Denkschrift** gehalten. Die alten Dinge wurden wiederholt, und habe ich nur zu verzeichnen, was folgt.

Ich habe den Motiven, aus denen wir jede Bindung England gegenüber ablehnen mußten, hinzugefügt, daß wir bestrebt wären, Rußland von Frankreich abzurücken, und daß im Laufe der Jahre ein Erfolg in dieser Richtung möglich sei. Wir würden diesen Erfolg gefährden, wenn wir England die Möglichkeit gäben, uns eines Rußland ungünstigen Wortes über die Dardanellenfrage bei Rußland zu denunzieren. Herr von Szögyény urgierte den Wert von Vorbesprechungen für den Fall eines baldigen friedlichen Vorgehens Rußlands. Ich habe diesen Wert bestritten und angeführt, man könne im voraus gar nicht wissen, in welcher Form Rußland seine Wünsche ausdrücken würde; es könne z. B. die freie Passage nur für russische Kriegsschiffe oder gleichzeitig für die aller Nationen gefordert werden, es könne sich um die Besetzung der Dardanellenforts oder um deren Schleifung handeln.

Wiederholt kam Herr von Szögyény auf die Frage zurück, was denn Graf Kálnoky in bezug auf uns an Lord Rosebery sagen solle; letzterer dränge auf Antwort. Ich habe ihm erwidert, am liebsten gar nichts, im übrigen sei Graf Kálnoky ein so erfahrener Diplomat, daß er eine freundschaftliche, England nicht abstoßende aber auch nichts versprechende Antwort sicherlich zu finden wissen werde.

Herr von Szögyény fragte dann, ob wir noch auf dem Boden des Berliner Vertrages stünden, was ich bejahte. Er schloß wiederum damit: das alles habe er sich sagen können; dem Grafen Kálnoky aber würde eine andere Antwort lieber gewesen sein.

v. Caprivi

Anlage

Auszüge aus Briefen des österreich-ungarischen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky

Unsignierte Abschrift

1.

Nichts wäre mehr geeignet, das Ansehen und die Machtstellung des Dreibundes zu heben, als wenn Europa die Überzeugung gewänne, daß auf England im Ernstfalle als Vierter im Bunde gezählt werden könne.

* In Wirklichkeit vier; siehe Anlage.

** Siehe Nr. 2152.

Mehr als je zuvor sind die Umstände hiefür geeignet, und ich bin überzeugt, daß, sobald man auch in Petersburg und Paris zu dieser Überzeugung käme, man mit der größten Vorsicht an Fragen herantreten würde, welche den Widerstand einer Quadrupelallianz hervorrufen müßten. Ich glaube, daß selbst in einer deutsch-französischen Kriegsgefahr ein alliiertes England im Rücken die Kriegslust der Franzosen dämpfen könnte. Das englische Kabinett wünscht ebensowenig einen Konflikt mit Rußland wie das deutsche oder wir und will gewiß einen solchen, wenn nur immer möglich, vermeiden. Aber ebenso wie für jede der Dreibundsmächte, so gibt es auch für England Fragen, für die es mit aller Macht einzutreten gezwungen ist, will es nicht abdizieren. Die Meerengen- und Mittelmeerfrage ist eine solche, sie ist aber nicht nur eine englische, sondern auch eine europäische und bedroht die Machtstellung der Dreibundsmächte auf das ernstlichste.

2.

Die Antwort, die wir dem englischen Premierminister geben könnten, wäre unverbindlich in der Form und an Bedingungen geknüpft. Ohnehin erscheint der Kriegsfall für jetzt und noch für einige Zeit nicht in Sicht. Aber über die prinzipielle Auffassung unserer Stellung zu den europäischen Verträgen, welche noch heute als die Basis des europäischen Rechtsverhältnisses gelten, müssen wir Klarheit schaffen. Es ist für Österreich-Ungarn, welches in unmittelbarem Kontakt mit dem durch jene Verträge geregelten Orient steht, ein unausweichliches Bedürfnis, hierüber Gewißheit zu haben. England aber wird, wie Lord Rosebery es offen bekannt hat, seine Politik und eventuelle Aktion nicht minder danach richten, wie die Zentralmächte sich zu jenen Verträgen stellen.

Ich komme, um den einzuschlagenden Weg zu konkreteren Resultaten anzubahnen, auf folgende Andeutungen zurück:

1⁰ Offene Aussprache und Gedankenaustausch zwischen den befreundeten Mächten; in dieser Phase befinden wir uns heute.

2⁰ Feststellung gewisser prinzipieller auf Basis der Verträge beruhender Standpunkte, welche den Interessen aller befreundeten Mächte entsprechen.

3⁰ Anbahnung eines Einvernehmens über die eventuelle Haltung gegenüber jenen Mächten, welche direkt oder indirekt den bestehenden europäischen Rechtszustand oder die gemeinsamen Interessen der befreundeten Mächte verletzen wollen.

Solche Erklärungen könnten, ohne in Details einzugehen, sich auf allgemeine politische Grundzüge beschränken und brauchten in keiner rechtsverbindlichen Form abgefaßt zu sein, wie wir dergleichen mit England schon öfter ausgetauscht haben. So locker auch ein solches Band geknüpft sein mag, würde es genügen, um England an der Seite des Dreibunds zu erhalten. Ohne eine derartige Verständigung wäre nicht auf England zu zählen.

3.

Die Dispositionen Lord Roseberys und die Stimmung im englischen Publikum sind ungewöhnlich günstig, so daß wir auch noch bestimmtere Zusicherungen von Lord Rosebery erhoffen können, vorausgesetzt, daß er auch von Seite des Dreibundes befriedigende Erklärungen erhält. Ebensowenig wie Lord Rosebery sich auf bindende Verpflichtungen eingelassen hat, kann er auch von uns dergleichen erwarten. Es wäre auch bei jenen Fragen, die bisher uns nicht aktuell vorliegen, und von denen man nicht weiß, unter welchen Umständen sie auftauchen können, für kein Kabinett ratsam, sich jetzt schon in bindende Abmachungen einzulassen. Hingegen bin ich der Meinung, daß angesichts der großen Tragweite der Mittelmeerfragen und mit Rücksicht auf die inhärenten Gefahren der europäischen Lage die Dreibundsmächte ihre Stellung zu derselben wenigstens insoweit klären müssen, daß auch sie — wie Lord Rosebery es getan hat — die möglichen Eventualitäten schon jetzt ins Auge fassen und wenigstens prinzipiell zu derselben Stellung nehmen.

4.

Die Konsequenzen einer Lähmung des englischen Einflusses im Mittelmeere würden in zweifacher Richtung zu einer gründlichen Änderung der politischen Situation führen:

1⁰ Im östlichen Becken des Mittelmeeres würde, sobald dessen Küsten dem russischen und französischen Einflusse überlassen sind, die Balkanländer einesteils und Kleinasien andererseits sich der russischen Macht nicht entziehen können, während Syrien, Ägypten und die afrikanischen Küsten dem französischen Einflusse ausgeliefert blieben. —

2⁰ Im westlichen Becken, welches durch Toulon und Biserta beherrscht erscheint, würde weder Italien noch Spanien genug Mut und die Widerstandskraft haben, um sich des dominierenden Einflusses Frankreichs zu erwehren. Die Union der lateinischen Rassen auf republikanischer Basis könnte dann leicht zur Wahrheit werden. —

Nr. 2156

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 273 Berlin, den 1. Juni 1894

Über die jüngsten Vorgänge in Bulgarien* werden Ew. pp. durch die Tagesblätter zur Genüge informiert sein. Sollte Graf Kálnoky die-

* Ende Mai 1894 hatte das Kabinett Stambulow seine Entlassung genommen; das an seine Stelle tretende Kabinett Stoilow, zu dem Stambulow alsbald in schärfsten Gegensatz trat, schlug eine russophile Richtung ein.

selben Ihnen gegenüber berühren, so bitte ich, sich dahin zu äußern, wir seien zwar weit davon entfernt, an die Zeitungsnachrichten zu glauben, daß Österreich-Ungarn bei den Hofintrigen in Sofia seine Hand mit im Spiele gehabt habe, wir seien jedoch der Meinung, daß es bei dem notorischen Einfluß, welchen der österreichisch-ungarische Vertreter daselbst besitze, der österreichisch-ungarischen Politik hätte gelingen können, die jüngste Krisis zu verhüten, auch sei nach unserer Auffassung Herr von Burian imstande zu verhindern, daß die bulgarischen Verhältnisse einen für den europäischen Frieden bedrohlichen Charakter annehmen. Welches nun auch die weitere Entwickelung der bulgarischen Dinge sein werde, so seien wir jedenfalls nicht gesonnen, uns durch bulgarische Ministerkrisen in Kriegsgefahr zu stürzen und würden uns daher jetzt und später jeder Stellungnahme zu jenen Vorgängen enthalten.

Marschall

Nr. 2157

Aufzeichnung des Reichskanzlers Grafen von Caprivi

Eigenhändig

Berlin, den 10. Juni 1894

Nr. I der Anlagen ist mir heut durch Seine Exzellenz Herrn von Marschall, Nr. II durch Herrn von Szögyény übergeben, welcher wissen wollte, ob wir Bedenken dagegen hätten, daß die englisch-österreichischen Besprechungen in dieser Weise „finalisiert" würden. Ich habe ihm geantwortet, ich hätte keine Bedenken. Dabei las mir Herr von Szögyény aus einem Privatbrief des Grafen Kálnoky eine Stelle vor, in der der Graf aussprach, er verlasse sich darauf, daß Seine Majestät unser Kaiser das dem Grafen Kálnoky bei seiner letzten Audienz gegebene Versprechen: die englischen Staatsmänner aufzufordern, daß sie bei ihrer traditionellen Orientpolitik verharrten, während der allerhöchsten Anwesenheit in England* erfüllen würde.

v. Caprivi

Anlage I

Aufzeichnung des österreich-ungarischen Botschafters in Berlin von Szögyény

Undatierte und unsignierte Reinschrift, am 10. Juni dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall überreicht

Graf Kálnoky beabsichtigt, die streng vertrauliche und in erster Linie bloß aufklärende Aktion, welche er mit Bezug auf Konstantinopel und die Meerengen in der doppelten Richtung nach Berlin und London

* Kaiser Wilhelm II. weilte vom 5.—16. August 1894 in England.

gepflogen hat, jetzt, wenn auch nur vorläufig, zu einem Abschluß zu bringen.

Wenn auch die Situation im englischen Parlamente dem Kabinett Rosebery ungünstig und dessen Sturz wahrscheinlich ist, so bleibt Lord Rosebery doch einer der wichtigsten Faktoren der englischen Politik und wird, ob im Amte oder in der Opposition, sein Wort auf die entscheidende öffentliche Meinung Englands auch in der Zukunft von größtem Gewichte sein. Es ist sogar in Anbetracht des Alters wahrscheinlich, daß Roseberys Zeit gerade dann kommen wird, wenn Lord Salisbury von der politischen Bühne wird abgetreten sein. — Graf Kálnoky möchte also um so weniger versäumen, Lord Rosebery, respektive dem englischen Kabinett, vor Schluß der Saison nochmals eine resümierende Mitteilung über das Resultat oder den aktuellen Stand der in Frage kommenden Pourparlers zu machen, als er die hohe Aufmerksamkeit und das vertrauensvolle Entgegenkommen, welches seine Anregungen bei Lord Rosebery gefunden, dankbar anerkennt und das erzielte Resultat sehr hoch schätzt. —

Graf Kálnoky will unserem Botschafter in London den Auftrag erteilen, an Lord Rosebery persönlich eine m ü n d l i c h e Antwort zu geben, deren Gedankengang beiläufig der folgende wäre:

Bei der friedlichen Gestaltung, welche die Haltung Rußlands in letzter Zeit angenommen, erachtet das Berliner Kabinett den Zeitpunkt dermalen nicht für gekommen, um schon jetzt der ernsten Eventualität eines englisch-russischen Duelles mit seinen Konsequenzen auf die Haltung Frankreichs zu diesem Konflikte durch mehr oder weniger verbindende Erklärungen näherzutreten.

Graf Deym hätte darauf hinzuweisen, daß die jüngste Détente in der europäischen Gesamtlage und die andauernd friedlichen Kundgebungen der Regierung des Zaren die Absicht, ernste Komplikationen in nächster Zukunft zu provozieren, äußerst unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Hingegen bestünde, wie bereits mehrfach angedeutet, die Gefahr vielmehr in der d i p l o m a t i s c h e n Inangriffnahme der Frage der Meerengen, und zwar gerade auf Basis der freundschaftlichen Beziehungen Rußlands zu den Mächten. — Gegen diese Gefahr sei die prinzipielle Übereinstimmung der Mächte, welche den status quo aufrechterhalten wollen, und die Stärkung der englischen Seemacht die beste Rückendeckung. — Graf Deym kann auch auf die Auffassung Lord Roseberys zurückkommen, daß England a l l e i n wegen der Meerengen mit Rußland in einen Krieg verwickelt werden könnte, während dem übrigen Europa die Aufgabe zufiele, Frankreich, als den voraussichtlichen Alliierten Rußlands, in Schach zu halten, und dem entgegen ausführen, daß es viel wahrscheinlicher sei, Frankreich werde sich die günstige Gelegenheit nicht entgehen lassen, jeden kriegerischen Konflikt Rußlands für seine Interessen und Rachegelüste auszunützen. Ist einmal am Bosporus ein englisch-russischer Streitfall gegeben, so wäre wohl an die

Lokalisierung des Krieges nicht mehr zu denken. Es wäre übrigens zu früh, jetzt Konjekturalpolitik über Eventualitäten zu treiben, die glücklicherweise noch ferne scheinen, und wir beharren daher bei der Ansicht, daß England der Gefahr eines Zweifrontenkrieges im Mittelmeere am sichersten dadurch aus dem Wege geht, wenn es fest zu den uns gegebenen Erklärungen steht und durch entschiedene Stärkung seiner Seemacht den Entschluß auch nach außen kundgibt, mit allen Kräften für seine traditionelle Machtstellung eintreten zu wollen. Hierdurch wird auch die Richtung vorgezeichnet, die es zur Erhaltung des Gleichgewichtes in Europa einzuhalten haben wird. Es versteht sich von selbst, daß wir jederzeit bereit sind, auf dieser Basis die Pourparlers betreffs der Präzisierung der gegenseitigen Verpflichtungen sofort aufzunehmen und namentlich, wenn irgendwelche Anzeichen einer Verschlechterung der Situation sich zeigen sollten. Daß diese Pourparlers rechtzeitig aufgenommen würden, dafür bestünde die sicherste Garantie in der Pflege der vertrauensvollen Beziehungen zwischen unseren Kabinetten, welche eben infolge Graf Kálnokys Anregung zu einer so offenen, vertrauensvollen Aussprache geführt haben.

Anlage II

Aufzeichnung des österreich-ungarischen Botschafters in Berlin von Szögyény

Undatierte und unsignierte Reinschrift, am 10. Juni dem Reichskanzler Grafen von Caprivi übergeben

„Offene Aussprache und Gedankenaustausch zwischen den befreundeten Mächten.“

Es wäre hervorzuheben, daß der vornehmste Beweggrund der offenen Aussprache mit Lord Rosebery der gewesen war, auf die unleugbaren Gefahren, welche durch die Verschiebung der Machtverhältnisse im Mittelmeere für das europäische Gleichgewicht entstehen müßten, aufmerksam zu machen und beizeiten auf eine entsprechende Sicherstellung gegen eine franko-russische Domination im Oriente hinzuwirken — eine Anregung, die bei Lord Rosebery auf volles Verständnis gestoßen und den Erfolg gehabt hat, daß er durch Grafen Deym die bündige Erklärung nach Wien zukommen ließ, daß, solange er in den auswärtigen Fragen ein entscheidendes Wort zu reden hat, England an der traditionellen Politik Englands in Konstantinopel und in den Meerengen festhalten wird — und daß er auch fest entschlossen sei, aus dieser Haltung alle Konsequenzen zu ziehen. Diese Zusicherung, wenn sie sich vorerst nur auf ein persönliches Engagement des derzeitigen englischen Premierministers stützt, wird einen entscheidenden Einfluß auf die Richtung der ferneren Politik Österreich-Ungarns im Hinblick auf die gedachten Eventualitäten ausüben. —

„Die Feststellung gewisser prinzipieller, auf Basis der Verträge beruhender Standpunkte, welche den Interessen aller befreundeten Kabinette entsprechen", kann wenigstens in dem Maße als erreicht bezeichnet werden, als nicht nur England, sondern auch Deutschland und Österreich-Ungarn sich auf den Boden des strikten europäischen Vertragsrechtes stellen. Die übereinstimmende Auffassung dieser drei Mächte, welchen sich Italien unzweifelhaft anschließen wird, ist aber von größter Wichtigkeit gerade für jene Eventualität, welche Graf Kálnoky stets und heute mehr als je ins Auge gefaßt haben wollte, und die eine diplomatische Anregung — einen Versuch zu friedlicher Lösung der Meerengenfrage durch Rußland zur Voraussetzung hat. Unser Gedankenaustausch verfolgt wesentlich den Zweck, einer Überraschung oder diplomatischen Überrumpelung vorzubeugen. Jedes der mit uns befreundeten Kabinette ist sich nun darüber klar, welche direkten und indirekten Folgen die Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne für das europäische Gleichgewichtsverhältnis wie für die allgemeinen und speziellen Interessen der einzelnen Großmächte nach sich ziehen würde. Das allseitige Eintreten der befreundeten Mächte für den Vertragsstandpunkt bietet die fernere Gewähr, daß ein eventueller Vorschlag auf Abänderung der bisher geltenden Vertragsbestimmungen nur unter Zustimmung der europäischen Vertragsmächte abgeändert werden könnte. Sollte in der nächsten Zukunft seitens Rußlands entweder allein oder in Übereinstimmung mit Frankreich die Anregung in Hinsicht der freien Passage russischer Kriegsschiffe durch die Meerengen in der Tat gestellt werden, so hätten wir die Aufgabe, uns gefährlich erscheinende Vorschläge abzulehnen, oder im schlimmsten Fall nur auf solche Abänderungen einzugehen, welche keine wesentliche Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse, weder für jetzt noch für die Zukunft, involvieren würden. —

In einer zutage tretenden Übereinstimmung der befreundeten Mächte dürfte vorkommenden Falles die beste Gewähr liegen, daß Rußland, solange es den Frieden will, sich es zweimal überlegen wird, eine Frage in einer peremtorischen Form aufs Tapet zu bringen, von welcher es voraussetzen müßte, daß es gegen sich und Frankreich den geschlossenen Widerstand der übrigen Großmächte haben würde. —

In der Rückäußerung des Grafen Kálnoky wird Lord Rosebery gegenüber gar keine Verpflichtung übernommen und von den Erklärungen des englischen Premiers wird Akt genommen.

Ist die englische Politik entschlossen, mit ganzer Macht für den europäischen Status quo einzutreten, so wird es ein Gebot politischer Klugheit sein, wenn auch unter Vermeidung bindender Zusagen, auszusprechen, daß eine solche Politik nicht nur auf die Unterstützung der befreundeten Mittelmeermächte, sondern auch auf die des Dreibundes

zählen kann. — Wir haben ein unbedingtes Interesse daran, das englische Kabinett in seinen heutigen so günstigen Dispositionen zu ermuntern und zu erhalten, damit wir, der Dreibund — bei Eintritt gewisser Eventualitäten — auf das — trotz allem — mächtige England zählen können.

Nr. 2158

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Mumm von Schwarzenstein

Nr. 290 — Berlin, den 12. Juni 1894
Geheim — [abgegangen am 16. Juni]

Ew. pp. beehre ich mich, anbei zu Ihrer gefälligen Information Abschrift zweier Aufzeichnungen über die „Meerengenfrage"* zu übersenden, welche der hiesige österreichisch-ungarische Botschafter dem Herrn Reichskanzler und bzw. mir mit der Anfrage übergeben hat, ob wir Bedenken dagegen hätten, daß die österreichisch-englischen Besprechungen in dieser Weise „finalisiert" würden. Bei diesem Anlasse hat Herr von Szögyény dem Herrn Reichskanzler aus einem Privatbriefe des Grafen Kálnoky eine Stelle vorgelesen, wo derselbe die Erwartung aussprach, daß Seine Majestät der Kaiser und König, wie allerhöchstderselbe ihm das bei seiner letzten Audienz in Aussicht gestellt habe, die englischen Staatsmänner auffordern werde, bei ihrer traditionellen Orientpolitik zu verharren.

Für den Fall, daß, wie zu vermuten, Graf Kálnoky Ew. pp. gegenüber auf die Frage zurückkommen sollte, bemerke ich zu Ihrer Information ergebenst, daß wir nach wie vor auf dem Standpunkte stehen, daß uns jede Verständigung der uns verbündeten beiden Mächte mit England über die Wahrung ihrer Mittelmeerinteressen willkommen ist, daß wir es aber ablehnen müssen, uns durch Österreich-Ungarn zur Übernahme von Verpflichtungen drängen zu lassen, welche in dem Dreibundsvertrage nicht vorgesehen sind.

Ew. pp. sind ermächtigt, dem Grafen Kálnoky gegenüber auszusprechen, daß wir in den hier übergebenen Aufzeichnungen alles vermissen, was einer Verpflichtung Englands gliche, denn die persönlichen Ansichten eines englischen Ministers, von dem Graf Kálnoky selber sagt, daß sein bevorstehender Sturz wahrscheinlich sei, könnten als Äquivalent für eine solche Verpflichtung doch unmöglich angesehen werden.

Genügt dem Grafen Kálnoky das Wort Lord Roseberys, so liegt es uns selbstverständlich fern, ihn hierin irre zu machen; nur wird er es

---

* Siehe Nr. 2157, Anlage I und II.

sich versagen müssen, außer Österreich-Ungarn auch den Dreibund als solchen England gegenüber zu engagieren, wenn nicht — was abzuwarten wäre — England seinerseits zur staatsrechtlich bindenden Übernahme von Gegenleistungen sich bereit erklärt. Das Bestreben des Grafen Kálnoky geht offenbar dahin, uns aus unserer traditionellen Reserve in Orientangelegenheiten herauszulocken und England für dessen Unterstützung Österreich-Ungarns in der Meerengenfrage unsere Unterstützung Frankreich gegenüber als Preis zu bieten, wodurch England freie Hand, aber gedeckten Rücken behalten würde, während wir mit gebundener Marschroute England Heeresfolge zu leisten genötigt sein würden, ohne selbst auf den Zeitpunkt der Mobilmachung irgendwelchen Einfluß üben zu können.

Ew. pp. können dem Grafen Kálnoky, falls sich die Gelegenheit dazu bietet, überdies andeuten, daß wir gerade gegenwärtig um so weniger Veranlassung haben, der englischen Regierung entgegenzukommen, als dieselbe in Nichtachtung gegebener Versprechungen und geschlossener Verträge fortfährt, uns auf kolonialem Gebiete Schwierigkeiten zu bereiten*, über welche wir uns zunächst direkt mit England auseinander zu setzen haben werden.

Marschall

Nr. 2159

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 100 Wien, den 16. Juni 1894

Graf Kálnoky hat Lord Rosebery durch Graf Deym sagen lassen, daß, wenn dem Lord ein Zwischenfall genüge, um ein Abgehen von den Österreich gemachten Zusicherungen bezüglich der Meerengen in Erwägung zu ziehen**, so müsse er Zweifel an der Aufrichtigkeit jener Zusicherungen hegen. Graf Kálnoky glaubt an ein schließliches Zurückweichen Lord Roseberys in der Kongofrage, hält aber in Ansehung des Charakters desselben ein Zurückbleiben starker Ranküne gegen Deutschland für unausbleiblich.

Eulenburg

* Es handelt sich um den englisch-deutschen Konflikt in der Kongofrage. Näheres darüber siehe in Bd. VIII, Kap. LII, B. Earl of Rosebery ließ sich kurz vor dem 15. Juni gegenüber Graf Deym dahin aus, daß ihn „Deutschlands Haltung in der Kongofrage wegen Englands Zusicherungen bezüglich der Meerengen und Konstantinopels in Verlegenheit setze", und daß er bei einem weiteren Vorgehen Deutschlands genötigt sein könnte, eine Revision der englischen Politik vorzunehmen, die sich sogar auf die Beziehungen zu Italien erstrecken würde. Die deutsche Regierung wies diese Drohungen kühl ab, gleichzeitig hervorhebend, daß „von Zusicherungen Englands in der Meerengenfrage" und einem in dieser Beziehung hergestellten Einvernehmen in Berlin nichts bekannt sei. Siehe Nr. 2054 und Nr. 2055. Die Kongodifferenz wurde durch das Zurückweichen Englands beglichen.

** Vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, B.

Nr. 2160

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Entzifferung

Nr. 445 London, den 13. Juli 1894

Graf Deym teilt mir mit, er habe sich jetzt, da die Kongodifferenz zwischen England und uns ausgeglichen sei und er selbst demnächst auf Urlaub gehe, im Sinne der ihm vor einigen Wochen durch Graf Kálnoky übersandten Mitteilung über die Besprechungen in Berlin bei Lord Rosebery geäußert. Der Minister habe offenbar nicht mehr erwartet, sich auch schließlich dahin geäußert, daß unsere Auffassung keine unbefriedigende sei, da wir auf dem Standpunkt der Verträge ständen, und dies, falls Rußland diplomatische Schritte bezüglich freier Durchfahrt durch die Meerengen unternehme, immerhin eine Basis zur Verständigung auch mit uns bieten würde.

Nach Angabe des österreichischen Botschafters hätte der Premierminister in dieser Unterhaltung an seiner früheren Auffassung in bezug auf die möglichen Verwickelungen in der europäischen Politik in jeder Hinsicht festzuhalten.

Hatzfeldt

Nr. 2161

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 697 London, den 11. November 1894
Ganz vertraulich

Der Premierminister, welchem ich einen Besuch abzustatten hatte, ergriff diese Gelegenheit, um sich über die allgemeine Situation und namentlich auch über die jetzigen Beziehungen Deutschlands und Englands auszusprechen, indem er dabei besonders betonte, daß wir nicht amtlich, sondern als Freunde zusammenkämen und daher persönlich ganz offen miteinander sprechen könnten. Da die sich hieran knüpfenden Äußerungen des Ministers seine Auffassung der Sachlage und seine gegenwärtige Stimmung ziemlich deutlich erkennen lassen, habe ich geglaubt, sie zu Eurer Durchlaucht Kenntnis bringen zu sollen.

Lord Rosebery bemerkte zunächst, er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Tripelallianz eine Schwächung erlitten habe, die anscheinend damit zusammenhänge, daß Deutschland nicht mehr das gleiche Interesse an den Aufgaben derselben nehme[1], vielleicht auch nicht mehr ganz die intimen Beziehungen mit den beiden anderen

Mitgliedern der Tripelallianz unterhalte, wie sie früher bestanden hätten. Auch von England zögen wir uns, wie ihm scheine, mehr und mehr zurück[2], und die Haltung der deutschen Presse (über welche der Minister offenbar genau informiert war) lasse auf eine sehr gereizte Stimmung gegen England schließen. Als ein beunruhigendes Symptom auf dem Gebiete unserer auswärtigen Politik erscheine ihm dabei, daß wir gegen einige der kleineren Mittelmeerstaaten (Spanien und Griechenland) eine Politik eingeschlagen hätten, welche, wenn sie an sich vielleicht begründet sei, schließlich doch dahin führen könne, diese Staaten, deren Hülfe im Mittelmeer eintretendenfalls nicht zu verachten sein würde, in die Arme von Rußland und Frankreich zu treiben[3].

Ich erwiderte dem Minister hier zunächst, daß unsere augenblickliche Haltung gegen Spanien durch das dortige Verfahren in der Angelegenheit des Handelsvertrags* herbeigeführt worden und durchaus berechtigt sei. In bezug auf Griechenland könne ich seine, des Ministers, Auffassung noch weniger teilen. Die gerade jetzt zum Ausdruck gelangte Einigkeit der deutschen, französischen und englischen Gläubiger Griechenlands lasse keinen Zweifel darüber aufkommen, daß Herr Trikupis bisher lediglich auf die Uneinigkeit derselben und ihrer Regierungen spekuliert habe, um ihnen unbillige Bedingungen aufzuerlegen, während die Gläubiger in den verschiedenen Ländern den besten Willen gezeigt hätten, sich mit den nach Lage der Dinge möglichen Zugeständnissen zu begnügen. Wenn die Sache sich so lange hingezogen habe, so sei dies meines Erachtens zum großen Teil dem Umstande zuzuschreiben, daß die englische Regierung bis jetzt gezögert habe, auch ihrerseits in Athen für die berechtigten Ansprüche der Gläubiger entschieden einzutreten[4]. Auch jetzt noch würde ein gemeinschaftliches Auftreten der drei Regierungen sehr bald zu einer Verständigung führen, die Herr Trikupis nur solange hinauszuschieben versuche, als er auf die Enthaltung Englands glaube hoffen zu dürfen[5]. Sei die Sache aber einmal in einer für beide Teile möglichst befriedigenden Weise abgemacht, so liege meines Erachtens für die Besorgnis nicht der geringste Grund vor, daß Griechenland deshalb seine ganze auswärtige Politik ändern und sich, wenn es einmal im Mittelmeer zu einem Konflikt käme, in die Arme der Gegner Englands werfen werde.

Lord Rosebery bestritt, wie ich hierzu bemerken darf, die Richtigkeit dieser Erwägungen nicht weiter, erkannte auch an, daß England sich nicht allein von den Bemühungen Deutschlands und Frankreichs in Athen ausschließen dürfe, und ich glaube daher hoffen zu dürfen, daß ich, wenn es zu gemeinschaftlichen Vorstellungen hier durch den

* Näheres über die handelspolitischen Differenzen zwischen Deutschland und Spanien, die Mitte Mai zum Erlöschen der bisherigen Handelsverträge führten, siehe in: Die Handelspolitik des Deutschen Reichs vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart (1899), S. 308 f.

französischen Geschäftsträger* und mich kommt, an Lord Rosebery einen Rückhalt gegen etwaige Bedenklichkeiten Lord Kimberleys finden würde, um so mehr, als jedes gemeinschaftliche Auftreten Deutschlands und Frankreichs im Gegensatz zu England hier sehr unerwünscht sein würde.

Bezeichnend hierfür war, daß Lord Rosebery im Verlaufe unserer Unterhaltung als ein weiteres Symptom für die Schwächung der Tripelallianz[2] und unsere Entfremdung von England besonders darauf hinwies, daß wir uns seit einiger Zeit Frankreich zu nähern schienen[2]. Er kam dabei wieder auf unser ganz unerwartetes koloniales Abkommen mit Frankreich** zurück, welches hier um so mehr habe überraschen müssen, als England uns gerade kurz vorher durch die Förderung unserer Nigerexpedition seinen guten Willen gezeigt habe.

Auf die allgemeine Situation und die Lage Englands zurückkommend, erwähnte der Minister mit einem gewissen Nachdruck, daß man hier jetzt über eine mächtige Flotte verfüge, und daß Großbritannien und Irland (letzteres vielleicht nicht so sicher) als unangreifbar betrachtet werden dürften[6]. Anders läge es in bezug auf die Kolonien. Aber in dieser Hinsicht würden auch Allianzverträge, wenn sie hier überhaupt möglich wären, keinen Schutz bieten, weil andere Mächte sich nicht darauf einlassen würden, eine Garantie für englische Kolonien zu übernehmen. In dieser Hinsicht sei England also auch auf seine Flotte angewiesen und könne sich nicht durch Verträge mit anderen Mächten die freie Verfügung über seine Schiffe für gewisse Fälle beschränken lassen.

Auf diese Ausführungen habe ich dem Minister im wesentlichen folgendes erwidert, indem ich dabei auch meinerseits noch besonders konstatierte, daß es sich zwischen uns um einen durchaus unamtlichen Gedankenaustausch handle, und daß ich nur rein persönliche Eindrücke aussprechen könne.

Zunächst müsse ich ihn daran erinnern, daß ich mich seit einer Reihe von Jahren vergeblich bemüht hätte, die maßgebenden englischen Staatsmänner zu überzeugen, daß es im Interesse der Erhaltung des Friedens wie im eigenen wohlverstandenen Interesse Englands geboten sei, das Gewicht seines Einflusses und seiner Macht zur See mit demjenigen des Dreibundes zu verbinden***[7]. Es sei nicht nur nichts geschehen, sondern es seien hier immer wieder einflußreiche Stimmen laut geworden, welche die gänzliche Enthaltung Englands oder geradezu die Verständigung mit Frankreich gepredigt hätten[8]. Unter diesen Umständen könne er, Lord Rosebery, sich nicht wundern, wenn die öffentliche Meinung in Deutschland sich allmählich immer mehr mit dem Gedanken vertraut gemacht habe, daß auf England nicht

* Baron d'Estournelles de Constant.
** Vgl. Bd. VII, Kap. XLVIII, Nr. 1598, mit Fußnote.
*** Vgl. Bd. VIII, Kap. LII.

zu rechnen sei, welches nur eigene Zwecke verfolge[8], und daß Deutschland daher nur auf seine eigene Sicherheit bedacht sein müsse. Diese Auffassung sei um so berechtigter, wie er gewiß anerkennen würde, als unsere Lage, wenn es zu einem europäischen Kriege käme, die am meisten gefährdete sein würde, weil wir mit der Aussicht rechnen müßten, nach beiden Seiten gegen je eine Million Soldaten Front machen zu müssen[9].

Wenn die sorgfältige Enthaltung Englands von jeder Verpflichtung zu unserer Deckung gegen solche Gefahren schon geeignet sei, die Abkühlung der öffentlichen Meinung bei uns in bezug auf England zu erklären, so komme dazu noch das hier eingeschlagene und hartnäckig festgehaltene Verfahren in kolonialen Fragen*, und Lord Rosebery könne sich nicht wundern, wenn die deutsche Presse den dadurch hervorgebrachten Eindruck wiederspiegle. Dieser Eindruck sei, kurz ausgedrückt, der, daß England uns auf kolonialem Gebiet absolut nichts gönne, alles für sich selbst in Anspruch nehme und dies selbst auf die unbedeutendsten Objekte anwende, deren Besitz für England von keiner denkbaren Bedeutung sei[10]. Es sei durchaus nicht meine Absicht, hier auf ein bestimmtes Objekt zurückzukommen, aber als ein Beispiel für meine Behauptung müsse ich dennoch Samoa** anführen, wo England wieder unseren Wünschen direkt und beharrlich im Wege stehe, ohne ein eigenes Interesse dafür geltend machen zu können. Wenn man damit die sonstigen kolonialen Schwierigkeiten zusammenhalte, denen wir auf Schritt und Tritt bei den Engländern begegneten, so sei die Gereiztheit der deutschen Presse in hohem Grade erklärlich[9]. Es sei aber ein Irrtum, wenn man hier glaube, daß die öffentliche Meinung, die in England als die höchste Autorität hingestellt werde, bei uns in dieser Hinsicht ignoriert werden könne, und nach meiner Überzeugung müsse die Kaiserliche Regierung, wie freundschaftlich sie auch sonst für England gesinnt sein möge, darauf Rücksicht nehmen, wenn die englische Regierung an ihrem bisherigen kolonialen System uns gegenüber festhalte[8].

Der Premierminister unterbrach mich hier, indem er ausrief: „Wir werden in Samoa alles tun, was Sie wollen, nur lassen Sie uns nominell Teilnehmer bleiben.“ Als ich ihn um eine Begründung dieses Wunsches ersuchte, blieb Lord Rosebery, welcher im Zimmer auf und ab ging, vor mir stehen, indem er mit einer gewissen Feierlichkeit sagte: „Ich will es Ihnen offen und freimütig sagen: weil wir sonst einer Revolution in Australien und Neuseeland gewärtig sein müßten[11].“ Als ich dagegen eine gewisse Ungläubigkeit an den Tag legte, versicherte mir der Minister wiederholt, daß er nicht leichtfertig spreche und seiner Sache vollkommen sicher sei. Er benutzte dann die Gelegenheit, um nochmals sein Bedauern über den Kongovertrag aus-

* Vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, B.
** Vgl. darüber Bd. VIII, Kap. LIV, B.

zusprechen, den er eine „Dummheit“ nannte*, und versicherte auf das bestimmteste, daß wir auf die loyalste Beobachtung der Verabredungen in bezug auf die in der neutralen Zone des Hinterlandes von Togo abzuschließenden Verträge rechnen könnten.

Auch Mozambique wurde dabei erwähnt, und Lord Rosebery erinnerte sich, daß ich ihm schon früher meine darauf bezüglichen Äußerungen bei Lord Salisbury mitgeteilt hätte. Dagegen machte er in bezug auf die Delagoabai und die angebliche Verpflichtung Portugals, gewisse Landstriche eventuell nur an England abzutreten, gewisse Reserven. Wenn wir jene Verpflichtungen überhaupt anerkennen, dürfte es, soweit ich mir ein Urteil gestatten darf, wohl angezeigt sein, die Engländer bald darüber aufzuklären, daß wir der Ausführung nur unter der Voraussetzung gewisser Kompensationen für uns würden zustimmen können[8].

Wir kamen dann auf die politische Situation zurück, und ich machte darauf aufmerksam, daß England, dessen Friedensbedürfnis ein so großes sei, sich nicht beklagen könne, wenn es uns gelungen sei, mit Frankreich ein erträgliches Verhältnis herzustellen. Wenn er, Lord Rosebery, aber den Eindruck habe, daß deshalb unsere Beziehungen zu unseren Freunden weniger intim geworden seien, so müsse ich doch darauf hinweisen, daß unsere Freundschaft für Italien sich keinen Augenblick verleugnet habe. Wir hätten uns bemüht, demselben auch nach Maßgabe unserer Kräfte finanziell behülflich zu sein, während das reiche England ungeachtet meiner wiederholten Vorstellungen nicht das geringste dafür getan habe[7].

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung bemerkte ich dann, daß ich seinen Ausführungen über die Lage Englands, namentlich auch in bezug auf die bedrohte Lage seiner Kolonien und die dadurch bedingte Verwendung der Flotte persönlich nicht als richtig erkennen könne. Wenn England sich seinerzeit, statt lediglich platonische Sympathien zu zeigen, entschieden auf die Seite der Tripelallianz gestellt und die letztere durch das Gewicht seiner Flotte in ihren Friedensbemühungen wirksam verstärkt hätte[9], so würde es gleichzeitig seine Kolonien dadurch geschützt und sich die Möglichkeit gewahrt haben, die Flotte lediglich für einen möglichen Kampf im Mittelmeer und für die Beschützung der eigenen Küsten zu verwenden. Denn es liege auf der Hand, daß das Schicksal der englischen Kolonien, wenn es trotz aller unserer Bemühungen doch zum Kriege gekommen wäre, sich dann keineswegs in entfernten Weltteilen, über welche die englischen Kolonien zerstreut seien, sondern im Mittelmeer und auf den Schlachtfeldern des Kontinents entschieden haben würde[7]. Wie aber liege die Sache heute, wenn England dennoch in einen Krieg verwickelt würde und denselben allein zu bestehen hätte?

Lord Rosebery erwiderte mir mit Lebhaftigkeit, darüber mache

* Vgl. darüber Bd. VII, Kap. XLVIII, Nr. 1598, Fußnote.

er sich keine Illusion und die Frage sei leicht zu beantworten: England würde sich „dans une situation impossible“ befinden, Ägypten räumen müssen, Malta usw. verlieren, und das Mittelmeer würde ein französischer See werden[8].

Aber, so fuhr er fort, sei es dann im Interesse anderer, auch im unsrigen, solche Eventualitäten eintreten zu lassen? Wenn die englische Regierung auch keine Verträge schließen könne, so bestehe doch zwischen uns, abgesehen von anderem, ein politisches Band, welches uns über die eventuellen Handlungen Englands im Falle einer Krisis beruhigen müßte, und dies sei Italien, an welchem wir das gleiche Interesse nähmen. Es könne meinen Beobachtungen auch nicht entgangen sein, daß er sich fortgesetzt und mit Erfolg bemüht[12] habe, ein intimes Verhältnis mit der italienischen Regierung herbeizuführen[10]. Ebensowenig könne uns entgangen sein, daß in der öffentlichen Meinung in England, welche vorher zum großen Teil zu Frankreich neigte, seit einigen Jahren eine Schwankung zugunsten des Dreibundes und speziell Deutschlands eingetreten sei. Diese Stimmung würde es, wenn sie richtig gepflegt würde[13], später dem englischen Kabinett, welches beim Eintritt einer europäischen Krisis am Ruder sei, ermöglichen, Stellung zu nehmen und sich dann offen für den Dreibund zu erklären. Seine große Sorge, wenn er mir von der antienglischen Stimmung in Deutschland und den Angriffen der deutschen Presse spreche, sei gerade die, daß dies auf die Dauer hier einen ungünstigen Eindruck machen und die Sympathien der hiesigen öffentlichen Meinung uns wieder entfremden könne.

Wenn die im vorstehenden geschilderte streng vertrauliche und akademische Unterhaltung auch zu keinem praktischen Ergebnis geführt hat und führen konnte, so dürfte sie doch insofern nicht ohne Interesse sein, als sich daraus erkennen läßt, daß der Chef des jetzigen Kabinetts sich über die Lage Englands und die in seiner Isolierung ihm drohenden Gefahren keine Illusionen macht, wenn er auch vorläufig weder den Mut noch die Kraft zu haben scheint, der bedenklichen Isolierung seines Vaterlandes durch bestimmte und deutlich erkennbare Schritte ein Ende zu machen. Es wird sich aber meines gehorsamsten Erachtens doch fragen, ob Lord Rosebery, wenn er in einigen Monaten noch am Ruder ist, das Schiff so kann weiter treiben lassen, ohne ihm eine bestimmte Richtung zu geben. So weit ich mir ein Urteil bilden kann, glaube ich es nicht, habe vielmehr den Eindruck, daß der Minister schon jetzt den Versuch einer Schwenkung macht, die England wenigstens zum Teil gegen die ihm drohenden Gefahren decken soll, wenn er definitiv zu der Einsicht kommt, daß von der Tripelallianz nichts zu hoffen ist. Es gibt aber anscheinend in diesem Fall nur zwei Wege, um die Gefahr abzuschwächen: entweder Frankreich oder Rußland zu gewinnen und dadurch einer Koalition beider Mächte gegen England vorzubeugen. Mit Frankreich ist die Verständigung

auf allen Gebieten fast unmöglich, abgesehen von der augenblicklichen Gereiztheit der öffentlichen Meinung gegen den französischen Nachbar. Es bleibt also die Frage, ob Rußland, von welchem Lord Rosebery annimmt, daß seine Liebe zu Frankreich nur so weit geht, als sein Interesse es mit sich bringt, durch gewisse Konzessionen dahin gebracht werden kann, sich im Falle einer ernsten Differenz zwischen England und Frankreich neutral zu verhalten. Ist es wirklich, wie aus der Rede Lord Roseberys beim Bankett des Lord Mayor* geschlossen wird, bereits gelungen oder steht es wenigstens in sicherer Aussicht, sich mit Russland über Abgrenzungen in Asien zu vergleichen, so würde einer definitiven Verständigung anscheinend wenig mehr im Wege stehen als die von Rußland gewünschte freie Durchfahrt durch die Dardanellen. So schwerwiegend dieses Opfer auch erscheinen müßte, weil es einer definitiven Aufgabe der Türkei ziemlich gleichkäme, so kann ich mich doch des Eindrucks nicht erwehren, daß man sich hier schließlich auch darin ergeben würde[12], wenn damit die Zusage Rußlands verbunden wäre, die gegen englische Interessen im Mittelmeer gerichteten Bestrebungen Frankreichs nicht mehr zu fördern und sich dort, falls es zum Kriege zwischen Frankreich und England käme, jeder Unterstützung der französischen Flotte zu enthalten.

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ?!
[2] !
[3] !!
[4] gut
[5] ja
[6] ! Hochmuth kommt vorm Fall
[7] richtig
[8] ja
[9] gut
[10] sehr gut
[11] kann uns aber völlig egal sein, glaube ich auch nicht
[12] ?
[13] das thut er aber nicht

Schlußbemerkung des Kaisers:

Hatzfeld hat seine Sache ganz vorzüglich gemacht. Ich bin mit seiner Vertretung unseres Standpunkts vollkommen einverstanden. Es soll dies ihm mitgetheilt werden. Eine mit Oberst Swaine** heute gepflogene ganz ver-

---

* Am 9. November 1894 hatte sich Lord Rosebery beim Lord-Mayors-Bankett sehr optimistisch über das Verhältnis Englands zu Rußland und Frankreich ausgesprochen. Er hatte besonders das zentralasiatische Abkommen zwischen England und Rußland gerühmt, mit dem Hinzufügen, daß dieses Einverständnis sich, wie er Grund zu hoffen habe, nicht auf jene entlegenen Gegenden beschränken werde. Auch zu Frankreich sei das englische Verhältnis freundschaftlich. Die Rede Lord Roseberys gab zu einer erregten deutsch-englischen Preßfehde Veranlassung.

** Englischer Militärbevollmächtigter in Berlin.

trauliche Besprechung gab mir Gelegenheit, durch eine harmlos hingeworfene Frage ob Roseberys Angaben über das Verständigen mit Rußland auch außer Indien, die Dardanellen betreffe. Die Antwort ließ unschwer erkennen, daß im wesentlichen dem so sei; und man sich mit der Oeffnungsfrage schon recht ernst beschäftigt. Hatzfeld hat den vollkommen richtigen „Riecher" gehabt und soll nur darauf aufpassen. Beim Beendigen der Unterhaltung bemerkte ich en passant, daß wenn England wirklich allen Ernstes durch Freigabe der Dardanellen sich Ruhe und gute Nachbarschaft Russlands in Asien zu sichern suchen wolle, es die andern Mächte hoffentlich rechtzeitig davon informiren werde, und nicht mit einer surprise à la Congotreaty*, Europa aufwarte; das würde John Bull doch übel bekommen. Der Oberst war völlig derselben Ansicht und versprach, falls er je etwas nähres über die Frage höre, diesen hint dabei zu verwerthen. W

Hatzfeldt dieses mittheilen u[nd] zwar sofort**.
Petersburg, Rom, Stambul, Wien mitth[eilen.]

Nr. 2162

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt***

Konzept

Nr. 956 Geheim — Berlin, den 16. November 1894

Ew. beehre ich mich anbei eine Abschrift des Berichts Nr. 697 mit den Allerhöchsten Rand- und Schlußbemerkungen † zu übersenden. Diese sind um so wertvoller, weil aus denselben hervorgeht, daß Oberst Swaine sich über das eventuelle Preisgeben der Meerengen im gleichen Sinne wie Lord Rosebery ausssprach. Die Vermutung liegt also nahe, daß die hiesige englische Botschaft eine Instruktion erhalten hat, welche darauf abzielt, den Einschüchterungsversuch, den Lord Rosebery gegenüber Ew. unternahm, zu unterstützen.

Wenn ich in nachfolgendem die Erwägungen kurz andeute, welche mich zu dem Schlusse führen, daß die — vielleicht auch nur als Schreckbild gedachte — russisch-englische Verständigung sich selbst mit solchen Opfern, wie es das Preisgeben der Türkei und der Meerengen für England sein würde, kaum in dem von Lord Rosebery erwarteten Umfange verwirklichen lassen wird, so bin ich dabei von der Hoffnung geleitet, mich hinsichtlich der wesentlichen Punkte mit Ew. in Übereinstimmung zu befinden, und Ihnen damit auch Gelegenheit für möglichst eingehende Mitteilung Ihrer Beobachtungen und Gedanken zu geben.

* Vgl. Nr. 2031 ff.
** Vgl. den Erlaß an Hatzfeldt.
*** Der Erlaß an Hatzfeldt Nr. 956 vom 16. November wurde mit dem voraufgehenden Bericht Hatzfeldts Nr. 697 am 17. November den deutschen Botschaftern bzw. Gesandten in Rom, Wien, Paris, Brüssel und Kopenhagen mitgeteilt.
† Siehe Nr. 2161.

Die Konzessionen, durch welche eine englische Regierung versuchen könnte, Rußland zu sich herüberzuziehen, sind als Versprechungen oder als Bewilligungen denkbar.

Versprechungen müßten natürlich, um in Rußland ernsthaft genommen zu werden, ein anderes Subjekt haben als dies bisher von Lord Rosebery allein beliebte Ich. Wird aber England als solches sich vertragsmäßig binden wollen? Schwerlich. Mit Versprechungen wird also nichts Erhebliches zu erreichen sein.

Da, wo es sich um Bewilligungen, d. h. um direktes Preisgeben von englischen Ansprüchen oder von Ansprüchen oder Rechten Dritter handelt, fällt zunächst der ungeheure Unterschied zwischen den gelegentlich von Deutschland geforderten und den eventuell an Rußland zu machenden Bewilligungen ins Auge. Das Kabinett Rosebery verscherzt nach und nach das Wohlwollen Deutschlands durch Rücksichtslosigkeiten in Fragen von untergeordneter Bedeutung: die Verhandlungen und Zwischenfälle, zu denen die Samoa- oder Kongo- oder Laurenço-Marques-Frage*, ja auch die Frage der kleinasiatischen Eisenbahnen Anlaß gegeben haben, bzw. noch geben, sind frisch in Ew. Gedächtnis. Fragen dieser Art wiegen für England federleicht neben solchen, wo es sich um russische Beherrschung der Meerengen, um Korea oder die Zugänge Indiens handelt.

Kurz vor Ausbruch des letzten türkischen Krieges gab Fürst Bismarck wiederholt der Ansicht Ausdruck, daß die Verständigung Rußlands mit Österreich schwer, die mit England leichter sei. Aber die damalige Lage war von der heutigen zwiefach verschieden.

Erstens war die Reibungsfläche zwischen Rußland und England viel enger begrenzt als heute. Die Aufgabe, Indien gegen Rußland zu verteidigen, durfte der englische Politiker von 1877 füglich auf ein späteres Geschlecht abschieben. Und die Gefahr, daß ein plötzliches Hervorbrechen Rußlands am Chinesischen Meere die englische Hegemonie auch dort gefährden könnte, war ebenso weit aussehend wie der Bau der sibirischen Eisenbahn. Nur die Balkan- und Meerengenfrage war akut, verlor aber an Schärfe durch die innerenglische akademische Erörterung, ob die Meerengen wirklich Wert für England haben oder nicht. Diese Erörterung, welche bis auf den heutigen Tag fortdauert, und bei welcher ein großer Teil des englischen Volks, Publikum wie Politiker, auf der Seite des laisser faire, laisser passer, steht, hat für England den Nachteil, daß seine Absicht, im entscheidenden Augenblick für die Verteidigung der Dardanellen einzutreten, nicht mehr überall ernst genommen wird, daß Englands formeller Verzicht auf diese Absicht daher auch schwerlich Rußland zu einer so ungeheuren

---

* Im Sommer 1894 hatten Verhandlungen zwischen Deutschland und Portugal über eine Grenzfestsetzung in Ostafrika stattgefunden, bei denen England den Portugiesen den Rücken gesteift hatte. Über die Samoa- und die Kongofrage siehe Bd. VIII, Kap. LIV, B.

Gegenleistung, wie es das Aufgeben des ferneren diplomatischen oder sonstigen Zusammenwirkens mit Frankreich sein würde, veranlassen kann.

In der Tat ist die Stellung Frankreichs das zweite Unterscheidungsmoment zwischen den russisch-englischen Beziehungen von 1877 und denen von heute. Eine russisch-französische Freundschaft im heutigen Sinne gab es 1877 schon deshalb nicht, weil das damalige Frankreich als Machtfaktor nicht viel zu bieten hatte. Kaum zwei Jahre waren damals vergangen, seit im Frühjahr 1875 der französische Kriegsminister, um die Wehrlosigkeit Frankreichs zu illustrieren, den Ausspruch getan hatte: „Wenn man uns durchaus einen Krieg aufzwingen will, reite ich mit einem Korporal und vier Mann an die Grenze und schieße mir im Angesicht des Feindes eine Kugel vor den Kopf."

Heute könnte, anstatt des französischen, viel eher ein englischer Kriegsminister im Ernstfalle auf diesen Gedanken kommen, denn ein Heer im europäischen Sinne hat England nicht, und auch die Überlegenheit seiner Flotte ist außerhalb Englands kein Axiom.

Wie und womit will also Lord Rosebery den Russen die französische Freundschaft kompensieren? Hierbei kommt noch in Betracht, daß der Wert dieser Freundschaft für Rußland im gleichen Verhältnis steigt, wie die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich sich besser, und die zu England sich kühler gestalten. Je besser Deutschland mit Frankreich, je kühler Deutschland mit England steht, desto entfernter und unsicherer erscheint der Punkt, wo Deutschland, angesichts eines russisch-französischen Drucks auf England, sich eventuell zum Gegendruck entschließen würde, desto größer ist also der Nutzen, welchen — bei angemessener Schonung und Berücksichtigung deutscher Interessen — Rußland und Frankreich aus ihrem Zusammenwirken würden ziehen können. Schon der heutige Zustand zeigt eine vor zwei Jahren ungeahnte Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, und der Wert eines mit Deutschland nicht mehr unversöhnlich verfeindeten Frankreichs ist, wie gesagt, für Rußland ein sehr hoher.

Was würde unter diesen Umständen Lord Rosebery nicht aus eigenen Mitteln, sondern im Namen Englands dem Zaren versprechen oder leisten wollen, was würde England, ohne den ernsten Hintergrund, welchen ihm die Communio incidens mit Deutschland seit 14 Jahren verlieh, allein auf sich angewiesen, dem Zaren bieten können, als Entschädigung für den Verzicht auf die mameluckenhafte Anhänglichkeit Frankreichs? Vielleicht kennt der englische Premier eine solche Kompensation, aber ich suche sie vergebens im englischen Bereiche, und ich glaube deshalb vorerst noch nicht an die Verwirklichung von Lord Roseberys russisch-englischem Traum.

Ein russisch-englisches Abkommen über die Meerengen oder über die eine oder andre zentral- oder ostasiatische Spezialfrage würde, selbst wenn England sich dabei, wie bisher immer, als der weichere

Teil erwiese, eine Änderung der französisch-russischen Beziehungen schwerlich herbeiführen.

Aber wenn, menschlicher Voraussicht entgegen, Lord Rosebery wirklich den geeigneten Hebel fände, um Rußland von der französischen nach der englischen Seite zu verschieben, wenn selbst, nach Ablauf des jetzigen Dreibundvertrages Italien als Dritter neben Rußland und England träte, so würde Deutschland — und Ew. pp. werden über diesen Punkt Lord Rosebery ohne Schwierigkeit aufklären können — mit Gleichmut, ja mit Befriedigung die neue Frankreich isolierende Gruppe begrüßen, denn diese würde, ihren gemeinsamen Interessen entsprechend, an die Lösung von Fragen gehen, welche, wie Balkan- und Mittelmeerfragen, die deutschen Grenzen und Interessen nicht nahe berühren. Bei den Vorgängen, die sich hauptsächlich im Mittelmeerbecken und den angrenzenden Ländern und Reichen abspielen würden, wäre Deutschlands Rolle zunächst eine zuwartende, und später, in einer seinen Interessen entsprechenden Gemeinschaft, wohl die entscheidende. Ja, wir würden uns neben der von Lord Rosebery ins Auge gefaßten Gruppe auf die Dauer wahrscheinlich wohler fühlen als England selber.

Fürs erste glaube ich aber noch nicht, daß die Dinge in dieser Weise zum Austrag kommen werden, ich erwarte vielmehr, daß Rußland das von England an den Meerengen oder anderswo Gebotene bzw. Preisgegebene als billigen Erfolg akzeptieren wird, jedoch ohne die von Lord Rosebery erhoffte Beschränkung der russischen Aktionsfreiheit. Die allgemeine Lage Europas wird ziemlich so bleiben wie sie ist, nur wird England durch seine einseitige Nachgiebigkeit wieder einen Rest jenes historischen Prestige eingebüßt haben, welches, auf längst vergangenen Taten begründet, seit Jahrzehnten nur dazu diente, den Mangel wirklicher Macht zu verdecken.

Die Eventualität einer russisch-französisch-englischen Verständigung in den Bereich dieser Besprechung zu ziehen, halte ich zunächst für überflüssig, da nicht anzunehmen ist, daß selbst Lord Rosebery aus englischem Leder würde Riemen genug schneiden wollen oder können, um Rußland und Frankreich zu befriedigen.

Ebenso kann man überzeugt sein, daß die heutigen franzosenfreundlichen englischen Minister auf den Gedanken einer Verständigung zu zweien mit Rußland erst gekommen sind, nachdem sie die derzeitige Unmöglichkeit einer Verständigung zu zweien mit Frankreich eingesehen hatten.

In umgekehrter Ordnung komme ich jetzt zum Schluß noch auf einige Momente, durch welche Lord Rosebery seine beabsichtigte Schwenkung zu motivieren versuchte. pp.

Soweit sich die Klagen Lord Roseberys auf unser Verhältnis zu Österreich beziehen, ist deren Anlaß leichter erkennbar. Lord Rosebery, vielleicht auch Graf Kálnoky, mag es uns nachtragen, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers den neulichen englisch-österreichischen

Versuch, Deutschland über die Verpflichtungen des Dreibundvertrages hinaus zum Schutze der Meerengen zu engagieren und dasselbe als Avantgarde gegen Rußland vorzuschieben, schon deshalb zurückgewiesen hat, weil Seine Majestät der Deutsche Kaiser sich binden sollte, während England, wie immer, sich nur durch eine persönliche Erklärung des dermaligen Premierministers bei der Sache beteiligen, d. h. also freie Hand behalten wollte.

Überdies mag es auch die beiden genannten Staatsmänner verletzt haben, daß der Rat des Grafen Kálnoky, Deutschland möge sich in der Kongofrage den Wünschen von Lord Rosebery fügen, diesseits eine scharfe Zurückweisung erfuhr*.

Damals wie heute ließ Lord Rosebery die Drohung einer „Revision seiner Meerengenpolitik"** durchklingen. Diese Politik, soweit sie bisher bekanntgeworden ist, reduziert sich aber auf persönliches Wollen und Wünschen von Lord Rosebery, sie ist also kein Faktor, mit dem Großmächte rechnen können.

Speziell die deutsche Politik von Lord Rosebery läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: „Seine Majestät der Deutsche Kaiser macht sich verbindlich, für Englands Interessen, z. B. in der Meerengenfrage, einzutreten. England als solches verpflichtet sich zu nichts, aber der gesunde Sinn des englischen Volks wird den Augenblick richtig erkennen, welcher geeignet ist, um dem für Englands Interessen kämpfenden Deutschland beizuspringen. Solange Deutschland sich zu diesem pactum claudicans nicht entschließt, wird es in großen und kleinen Fragen schikaniert und schlecht behandelt, um ihm das Fehlerhafte seiner Politik zu Gemüte zu führen."

Die heutige äußere Lage Englands, verglichen mit der Lage von vor drei Jahren, bietet einen Maßstab für die Richtigkeit dieser Art von englischer Politik.

Marschall

Nr. 2163

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 732 London, den 22. November 1894
Ganz vertraulich

Der österreichische Botschafter, welcher mich heute aufsuchte, teilte mir vertraulich mit, daß er kürzlich eine Unterhaltung mit Lord Kim-

---

* Vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, B, Nr. 2055.
** Vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, B, Nr. 2055.

berley gehabt habe, in welcher auch die angebliche Verständigung Englands mit Rußland zur Sprache gekommen sei.

Lord Kimberley habe ihm bei dieser Gelegenheit erklärt, daß man hier allerdings über die Abgrenzung im Pamir mit der russischen Regierung einig zu sein glaube, daß aber von einer weitergehenden politischen Verständigung gar nicht die Rede sei. Namentlich sei die Frage der freien Durchfahrt russischer Schiffe durch die Dardanellen von keiner Seite angeregt worden, und der Standpunkt des englischen Kabinetts zu dieser Frage unverändert. Das letztere halte überhaupt an seiner der Tripelallianz freundlichen Politik unverändert fest*, und er, der Minister, bitte ihn, dies zur Kenntnis des Grafen Kálnoky zu bringen.

Mein österreichischer Kollege hat diese Äußerungen mit Befriedigung aufgenommen, obwohl er im allgemeinen auf Zusicherungen des jetzigen englischen Kabinetts nicht mehr denselben Wert legt, den er früher, namentlich den persönlichen Zusicherungen Lord Roseberys zuzulegen geneigt war. Er hat deshalb auch, wie er mir vertraulich sagte, bei seiner letzten Anwesenheit in Wien dem Grafen Kálnoky davon abgeraten, auf die früheren geheimen Verhandlungen mit Lord Rosebery vorläufig zurückzukommen.

Von besonderem Interesse dürfte es erscheinen, daß Graf Deym mir gegenüber heute die bestimmte Überzeugung aussprach, daß Lord Rosebery zur Frage der Dardanellen eventuell eine ganz andere Stellung einnehmen würde, als Lord Salisbury dies früher getan hat. Während der letztere damals offen ausgesprochen habe, daß England sich, falls Rußland die freie Durchfahrt erlange, mit dem gleichen Rechte für englische Schiffe begnügen könne, habe Lord Rosebery stets auf das bestimmteste betont, daß England sich der Einräumung des fraglichen Rechts an Rußland unter allen Umständen widersetzen müßte, weil letzteres tatsächlich in eine ungleich vorteilhaftere Lage gelangen würde und die englischen Schiffe sich dabei im Nachteil befinden würden.

Ich möchte bezweifeln, daß Lord Rosebery an dieser Auffassung bis zuletzt festhalten und danach handeln wird, wenn er sich beim eventuellen Eintritt der Frage ohne starke Allianzen für England und einer russisch-französischen Koalition gegenüber sieht.

P. Hatzfeldt

---

* In ähnlichem Sinne äußerte sich der englische Botschafter in Berlin Sir E. Malet, der im November 1894 in London weilte und dort verschiedene Besprechungen mit Lord Kimberley und Lord Rosebery hatte, zu Graf Hatzfeldt. „Von beiden Ministern will er die bestimmte Zusicherung erhalten haben, daß sie an der bisherigen, der Tripelallianz freundlichen Politik festhalten würden. Allgemeine Instruktion hat Sir E. Malet aber nicht erhalten, und es ist ihm anheimgestellt worden, die etwa in Berlin vorkommenden Fragen von Fall zu Fall zu behandeln." Ziffernbericht Graf Hatzfeldts Nr. 738 vom 24. November 1894. Vgl. Nr. 2167.

Nr. 2164

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 735 London, den 22. November 1894
Geheim

Nachdem die geschäftlichen Fragen, die meinen letzten Besuch im Foreign Office veranlaßt hatten, erledigt waren, nahm Lord Kimberley sofort Veranlassung mir mitzuteilen, daß er einen langen und sehr interessanten Bericht aus Berlin über eine Unterredung Seiner Majestät des Kaisers mit dem Obersten Swaine* erhalten habe. Aus den ziemlich konfusen Äußerungen des Ministers über den Inhalt jener Unterredung ging nur mit Bestimmtheit hervor, daß allerhöchstderselbe auf die Notwendigkeit für England hingewiesen habe, sich vor dem Eintritt in eine Unterhandlung über die Dardanellenfrage mit Österreich und Italien in Verbindung zu setzen und überhaupt jede Überraschung der anderen Mächte in dieser Frage zu vermeiden.

Auch über meine letzte politische Unterredung mit Lord Rosebery** war der Minister informiert und schien, obwohl er es nicht deutlich aussprach, anzunehmen, daß dieselbe einen befriedigenden Verlauf genommen habe. Um in dieser Hinsicht jeden Zweifel auszuschließen und überhaupt allen Mißverständnissen bezüglich unserer Auffassung vorzubeugen, erwiderte ich dem Minister, daß ich in keiner Beziehung die von Lord Rosebery ausgesprochenen Ansichten als richtig hätte anerkennen können und dies dem letzteren offen und deutlich gesagt hätte.

Auf die Bitte des Ministers, die fraglichen Punkte näher zu bezeichnen, rekapitulierte ich die Eurer Durchlaucht bekannte Unterredung, indem ich meine Äußerungen in derselben besonders hervorhob. Namentlich wiederholte ich mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit, was ich dem Premierminister in bezug auf die hiesige koloniale Politik uns gegenüber und die auswärtige Politik des englischen Kabinetts überhaupt gesagt hatte. Die koloniale Politik bezeichnete ich, indem ich den deutschen Ausdruck gebrauchte, als eine solche, die uns *nichts gönne*, auch nicht einmal, wo es sich um beinahe für England wertlose Objekte handle, und die daher endlich eine begründete Gereiztheit unserer öffentlichen Meinung hervorgerufen habe. In bezug auf die auswärtige Politik des englischen Kabinetts sei man endlich zu der Überzeugung gekommen, daß dasselbe sich wohl anderer

---

* Vgl. die Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II. zu Nr. 2161.
** Siehe Nr. 2161.

zum Schutz seiner Interessen bedienen, selbst sich aber zu nichts verpflichten wolle.

Der Minister warf hier die Frage ein, ob man denn jemals eine formelle Verpflichtung habe erwarten können, da eine englische Regierung bekanntlich keine Allianzverträge schließen könne? Ich erwiderte, daß dies formell vielleicht richtig sei, daß England dann aber auch keine Verpflichtungen von anderen verlangen dürfe, um so weniger, wenn seine ganze auswärtige Politik nicht wenigstens an sich die Bürgschaft biete, daß es in Übereinstimmung mit seinen Freunden stetig und konsequent auf derselben Linie weiter gehen werde.

Im Anschluß hieran warf ich die Bemerkung hin, daß wir unsererseits hier nichts zu wünschen und zu verlangen hätten und mit voller Ruhe den englischen Bemühungen folgen könnten, eine uns durchaus nicht unerwünschte Annäherung mit Rußland herbeizuführen. Mir persönlich sei es allerdings fraglich, ob England für eine solche oder jede andere derartige Annäherung nicht einen weit höheren Preis werde zu bezahlen haben, als eine konsequente Politik in der früheren Bahn gekostet haben würde. Soweit ich mir ein Urteil bilden könne, könne es heute Rußland nur einen annehmbaren Preis bieten, und der sei die Einräumung der freien Schiffahrt durch die Dardanellen.

Der Minister unterbrach mich hier, indem er mit einer gewissen Lebhaftigkeit bestritt, daß von einer politischen Verständigung mit Rußland überhaupt die Rede sei. Man wünsche hier bessere Beziehungen mit demselben in Asien, namentlich deshalb, weil, solange dies nicht der Fall sei, die Sicherheit Indiens große Opfer und die Erhaltung einer noch größeren Armee verlangen könne, als sie schon jetzt dort gehalten werden müsse. Das sei aber alles und von einer politischen Abmachung sei ebensowenig die Rede wie von der Dardanellenfrage.

Mit der ihm eigenen Inkonsequenz ging der Minister nunmehr dazu über, mir an der Hand der Geschichte den Nachweis zu führen, daß Verträge überhaupt auf keine ewige Dauer Anspruch erheben könnten. Selbst Lord Palmerston würde nicht erwartet haben, daß der Vertrag, welcher die Russen von den Dardanellen ausschloß*, länger als zwanzig oder dreißig Jahre in unbestrittener Wirksamkeit bleibe. Im Laufe dieser sehr weitschweifigen Auseinandersetzungen entschlüpfte dem gesprächigen Minister auch die Bemerkung, daß doch einmal kürzlich in einer Unterhaltung zwischen ihm und dem russischen Botschafter die Dardanellenfrage „flüchtig gestreift" worden sei.

Ich habe in dieser Unterhaltung, wie ich gehorsamst bemerken darf, keineswegs den Zweck im Auge gehabt, Lord Kimberley zu überzeugen oder eine an sich nutzlose Erörterung zu führen, und würde mich daher viel kürzer gefaßt haben, wenn ich nicht gefürchtet hätte,

* Gemeint ist der Pariser Vertrag von 1856.

bei Lord Rosebery, welchem Lord Kimberley über meine Äußerungen unzweifelhaft sofort Bericht erstattet hat, irgendein Mißverständnis bezüglich unserer Auffassung bestehen zu lassen. Ich hielt es aber für um so nötiger, mich dabei ganz deutlich auszusprechen, als mir der Inhalt des von Mr. Gosselin* erstatteten Berichts über die Unterredung Seiner Majestät des Kaisers mit Oberst Swaine nicht genau genug bekannt ist, um beurteilen zu können, ob die Fassung jenes Berichts nicht hier zu irgendeinem Mißverständnis Anlaß geben kann. Aus diesem Grunde habe ich auch im Laufe meiner Unterhaltung mit Lord Kimberley die Bemerkung fallen lassen, daß, wie mir von Eurer Durchlaucht zu meiner höchsten Befriedigung mitgeteilt worden sei, die Auffassung, die ich neulich dem Premierminister gegenüber entwickelt, in allen Punkten die allerhöchste Zustimmung gefunden habe.

P. Hatzfeldt

Nr. 2165

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung**

Nr. 286 Paris, den 27. November 1894

pp. Die französische Politik bezweckt und erstrebt vor allem Lockerung der Tripelallianz, und das Ideal des Quai d'Orsay ist, wenn das nicht geht, eine Gegentripelallianz von Frankreich, Rußland und England.

Bis jetzt wurde, namentlich von der französischen Presse, England auf das heftigste angegriffen, und war die Stimmung feindlicher als gegen uns. Plötzlich ist ein Umschwung bemerkbar. Ob er wirklich ernst zu nehmen ist, scheint mir noch zweifelhaft.

Die Äußerungen Lord Roseberys*** und viele Andeutungen in der englischen Presse, welche von einer Verständigung mit Rußland sprechen, beunruhigen die hiesigen Politiker: sie wollen dabei mitspielen.

Daß die freie Durchfahrt durch die türkischen Meerengen das Ziel der russischen Politik seit Jahren gewesen, ist bekannt. Nicht so bekannt ist es, daß in England die Ideen der traditionellen Orientpolitik nicht mehr die Glaubensartikel sind, die sie früher waren, und daß eine neue Schule von Politikern unter der Führung Lord Randolph Churchills entstanden ist und stetig mehr Anklang findet. Diese will

* Englischer Geschäftsträger in Berlin.
** Den Anfang des Berichts siehe in Bd. VII, Kap. XLVII, Nr. 1538.
*** Vgl. Nr. 2161, S. 159, Fußnote *.

Konstantinopel und die Dardanellen aufgeben[1]. Die radikalen Mitglieder des jetzigen Kabinetts neigen entschieden dahin.

Lord Rosebery war bisher, wie Lord Salisbury, ein entschiedener Anhänger der traditionellen Orientpolitik, er ändert seine Ansichten aber scheinbar nach und vor jeder politischen Rede, und so kann man gar nicht wissen, wohin dieser gefährliche Steuermann, der keinen sichern Kompaß zu haben scheint, das englische Staatsschiff führt. —

Rußland geht konsequent auf das Ziel zu.

Mit Interesse habe ich dieser Tage daran gedacht, daß im Jahre 87 der damalige amerikanische Gesandte Mr. Mac Lane mir einen Bericht vorlas, in dem er etwa folgendes sagte:

„An einen Krieg in Europa glaube ich nicht. Bis auf die Pariser Schreier und die Leute, welche von Zeit zu Zeit die alte Dame Straßburg auf der Place de la Concorde lärmend besuchen, will die Nation den Krieg nicht. Deutschland wird ihn nicht beginnen. Rußland trifft alle Vorbereitungen, will aber den Krieg jetzt nicht. Rußland wartet ab, bis die Flotte im Schwarzen Meere stark genug ist, um falls erforderlich mitwirken zu können. Nach den Berichten unserer Marineoffiziere wird diese Flotte Ende 94 so weit sein. Anfang 95 werden die Russen eine diplomatische Kampagne beginnen, um die freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu erreichen. Möglich, daß es ohne Krieg geht, denn die Engländer bellen laut, aber beißen nicht mehr[2]."

So der sehr kluge Amerikaner.

Ich führe dieses gerade in diesem Augenblicke an, wo wir an dem von ihm bezeichneten Zeitpunkte angelangt sind. Einige Anzeichen sprechen dafür, daß der Amerikaner, der, was den Frieden betraf, richtig sah, auch in Beziehung auf das Streben der Russen im Schwarzen Meere recht gehabt haben kann.

An eine Gegentripelallianz glaube ich nicht: England bindet sich nicht durch allgemeine Allianzverträge. Hätte es das tun wollen, so wäre der Beitritt zur Tripelallianz sicherer gewesen[3].

Daß England mit Rußland über die Pamirfrage und die Grenzen Afghanistans sich verständigen könnte, ist natürlich und unwichtig, soll es aber zu einer allgemeinen Verständigung kommen, namentlich bei allen Fragen, welche die Türkei betreffen, so wird die Verständigung nicht so leicht sein, wie die leichtgläubigen Franzosen das annehmen. Ich sehe nicht recht, was die Russen den Engländern für das Aufgeben ihrer traditionellen Politik bieten könnten.

Die französischen Politiker sind immer in ihrem Urteil oberflächlich und rasch und sehen stets, was sie wünschen. Das zeigt wieder ein Leitartikel des Herrn Pressensé im „Temps" von gestern abend. Derselbe ist ohne Fühlung mit dem Auswärtigen Amte nicht geschrieben. Wichtig sind die Äußerungen über das Öffnen des Schwarzen Meeres.

Der Artikel ist als Fühler anzusehen. Ich beehre mich, denselben beizulegen*.

Es ist wohl das erste Mal, daß das von französischer Seite so bestimmt ausgesprochen wird: Der Krimkrieg ist ganz vergessen.

Das alles wird so schnell und leicht nicht gehen. Daß aber Rußland die Schwarze-Meer-Frage bald wieder anschneiden wird, glaube ich entschieden. Dazu werden die russischen Staatsmänner den jungen tatkräftigen Kaiser leichter bereden als den verewigten Alexander III. Fangen sie das richtig an, wobei sie unbedingt auf die verblendeten Franzosen rechnen, so werden sie bei der traurigen Wirtschaft, die jetzt in England herrscht, dort kaum einen ernsten Widerstand finden.

Nachschrift.

Paris, den 29. November

Die Presse schenkt den Nachrichten über eine englisch-russische Annäherung doch keinen Glauben, schweigt, wird aber die Angriffe gegen England bald wieder fortsetzen. Der Artikel des „Temps“ ist auch absichtlich totgeschwiegen.

Herr Hanotaux, der gestern abend bei mir war, brachte selbst das Gespräch darauf, um sich gegen die in demselben ausgesprochenen Ansichten zu verwahren.

Dieser Leitartikel sei ohne Fühlung mit dem Auswärtigen Amte geschrieben und gehe, was das Schwarze Meer betreffe, viel zu weit. Eine englisch-russische Allianz halte er bei den jetzigen Verhältnissen für unmöglich. Die russischen Staatsmänner seien viel zu vorsichtig, als daß sie mit einem so unsichern Politiker, wie Lord Rosebery es sei, sich wirklich verständigen könnten.

Er meinte, Rußland habe zu Hause genug zu tun und werde die Frage der Meerengen noch auf längere Zeit ruhen lassen. Daß die Russen das hier versichern, glaube ich wohl.

Nach Osten hin bemerkt man aber doch Wetterleuchten, und das bedeutet, daß Gewitterwolken sich bilden.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig. Der Herzog von Coburg ist ihr eifrigster Verfechter — noch als Englischer Admiral — bei der Königin gewesen

[2] leider wahr!

[3] richtig

Schlußbemerkung des Kaisers zu dem Hauptbericht Graf Münsters:
Absolut richtig und ganz meine Empfindung

Schlußbemerkung des Kaisers zu der Nachschrift Graf Münsters:
Also auf Sturm vorbereitet sein. „Zwei Reefe in die Marssegel“!

---

* In dem „Le Rapprochement Anglo-russe“ überschriebenen Artikel war ausdrücklich gesagt, daß, wenn England in die Öffnung der Dardanellen willigen sollte, „ce n'est certes point à nous de nous en plaindre“.

Nr. 2166

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 1002 Berlin, den 30. November 1894

Der am Schluß von Ew. Bericht Nr. 732* ausgesprochenen Ansicht, daß Lord Rosebery an dem Vorsatze, für die Schließung der Meerengen einzutreten, nicht festhalten werde, falls er sich ohne Allianzen einer russisch-französischen Koalition gegenüber sehe, pflichte ich bei. Allerdings aber liegt die Frage der Allianzen bisher noch in Englands Hand, denn Österreich wie Italien würden auch heute bereit sein, ein bindendes Abkommen mit England zu schließen. Eine Äußerung von Lord Kimberley, die Ew. in Ihrem Berichte Nr. 735 wiedergeben, bestätigt indessen die von uns schon länger gehegte Vermutung, daß man von England wenigstens unter der jetzigen Regierung kein solches Abkommen erwarten darf.

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers steht ihrerseits auf dem Standpunkt, welchen Ew. den englischen Ministern ja auch bereits wiederholt klar zu machen bemüht waren, daß in großen wie in kleinen, in europäischen wie in kolonialen Fragen von uns nichts ohne Gegenseitigkeit zu erlangen ist.

Marschall

Nr. 2167

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn von Rotenhan für den Staatssekretär Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

[Berlin, den 1. Dezember 1894]

Der englische Botschafter, dem ich Euerer Exzellenz Bedauern aussprach, wegen Unwohlseins an dem verabredeten Empfang verhindert zu sein, sagte mir, er sei von Lord Rosebery und Lord Kimberley beauftragt, auszusprechen, wie sehr die englische Regierung wünsche, das bisherige gute und nahe Verhältnis mit uns fortzusetzen und alle Fragen mit uns freundschaftlich zu besprechen. Seine Regierung wolle die bisherigen Beziehungen zum Dreibund erhalten, wenn sie auch, wie bekannt, nicht in der Lage sei, ein Abkommen mit ihm zu schließen.

Der Botschafter streifte hierauf das Verhältnis Englands zu Rußland und bemerkte, die freundschaftlichen Besprechungen zwischen

---

* Siehe Nr. 2163.

beiden Kabinetten, die sich auf die asiatischen Fragen beschränkten, hätten schon zur Zeit des vorigen Zars nahezu zu einer Einigung bezüglich des Pamir geführt.

Das Gespräch wurde hier unterbrochen, weil Sir E. Malet zur Begrüßung des Herzogs von Koburg zum Bahnhof fahren mußte.

Rotenhan

Nr. 2168

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 249 Wien, den 4. Dezember 1894
Ganz vertraulich

Ein Besuch, den ich gestern dem Grafen Kálnoky abstattete, führte eine Unterhaltung über die allgemeine politische Lage herbei und veranlaßte den Grafen, sich über die englisch-russische Annäherung* folgendermaßen auszusprechen:

„Die Rede des Lord Rosebery, welche den Grund zu einer Preßfehde zwischen Deutschland und England höchst unerquicklicher Natur legte, muß wohl als ein Versuch des Ministers aufgefaßt werden, England andere Hülfstruppen zuzuführen, nachdem die Beziehungen zu Deutschland nicht mehr genau in dem alten Geleise rollen wollen[1]. Der Versuch bedeutet aber noch keineswegs ein Aufgeben der bisherigen englischen Politik. Lord Rosebery vertritt diese Anschauung. Dennoch aber ist eine Gefahr dadurch erwachsen, die nicht unterschätzt werden kann: die Erregung oder Wendung der englischen öffentlichen Meinung, welche bestimmend auf die Entschließungen des Ministeriums wirken muß. Bei einer solchen Wendung der öffentlichen Mei-

---

* Deutscherseits stand man der scheinbaren russisch-englischen Annäherung kühl beobachtend gegenüber. Am 24. November hatte Fürst Hohenlohe darüber an Botschafter von Bülow in Rom geschrieben: „Den gegenwärtig anscheinend im Gange befindlichen Bestrebungen Englands zur Herbeiführung einer Verständigung zu Zweien mit Rußland können Deutschland, Italien und selbst Österreich mit Ruhe zusehen. Wenn wir auch nicht hoffen, daß Rußland durch irgendein Angebot der englischen Regierung veranlaßt werden könnte, sich in direkten Gegensatz zur Politik Frankreichs zu bringen, so würde doch schon jede durch eine englische Konzession in Zentralasien oder anderswo herbeigeführte zeitweilige Milderung der englisch-russischen Beziehungen dazu beitragen, für Rußland den Nutzen eines eventuellen Zusammengehens mit Frankreich herabzumindern. — Diese neueste Phase der englischen Politik ist noch zu sehr in ihren Anfängen, um schon heute für eingehendere Kombinationen geeignet zu sein."

Nach einer Äußerung des russischen Botschafters in Wien Fürsten Lobanow zu Graf Eulenburg von Ende Januar 1895 hätte es sich bei der versuchten Annäherung zwischen England und Rußland im Herbst 1894 lediglich um zentralasiatische Angelegenheiten gehandelt. Bericht Graf Eulenburgs vom 29. Jan. 1895.

nung ist es völlig gleichgültig, wer das Ministerium vertritt. Die Persönlichkeit Lord Roseberys hat nichts damit zu tun. Ein Lord Salisbury oder ein anderer wird in derselben Lage sein, der öffentlichen Stimmung Rechnung zu tragen. Es liegt also gewissermaßen die Entscheidung für eine tatsächliche Änderung der englischen Politik in den Händen der Presse[2].

Würde man daher den Wunsch haben, das alte Verhältnis zwischen England und dem Dreibund weiter bestehen zu lassen, käme es darauf an, die bestehende und fortgeführte Preßkampagne zu verhindern — soweit dieses möglich ist, und soweit sich überhaupt noch die in England eingetretene Stimmung beeinflussen läßt.

England fühlt sich durch unaufhörliche deutsche Nadelstiche[3] auf dem Gebiet kolonialer Fragen verletzt — nicht etwa durch die Kongoangelegenheit, in welcher Lord Rosebery das unberechtigte Vorgehen Englands anerkannte, und welche definitiv beseitigt ist."

Ich warf hier ein, daß, wenn eine derartige Beschwerde etwa von England an den Minister gelangt sei, diese auf das entschiedenste als unberechtigt zurückgewiesen werden müsse. Eine solche Behauptung hieße die Tatsachen auf den Kopf stellen, denn berechtigten Anlaß zur Beschwerde habe nur Deutschland gegenüber England, welches an den verschiedensten Punkten der Erdkugel in seiner weltbekannten Rücksichtslosigkeit deutschen Interessen Unbequemlichkeiten verursache. Die Kongoangelegenheit sei, wenn auch abgetan, immer noch wertvoll als Beispiel in dieser Hinsicht zu verwenden.

Der Graf konnte sich und wollte sich auch nicht der Richtigkeit meiner Bemerkung verschließen und setzte seine Betrachtungen folgendermaßen fort:

„England macht keine weitsichtige Politik. Es operiert von Fall zu Fall, und zwar ergibt sich dieses aus dem ungeheueren Fortschritt der Demokratie in den letzten Jahren. Wenn man unter dem Druck des Radikalismus steht, das Oberhaus umwerfen will, hat niemand Zeit für auswärtige Fragen. Diese werden nur plötzlich akut, wenn ein Handelsinteresse bedroht ist. Dann schreit die öffentliche Meinung. Kontinentale Fragen von hervorragend politischem Charakter sind so gut wie von der Tagesordnung abgesetzt. Aus diesem Grunde würde England jetzt, wenn es in Asien Vorteile durch Rußlands Entgegenkommen erzielen könnte, ohne Zweifel zugreifen, denn die weiteren Konsequenzen einer entente mit Rußland auf europäische Fragen, wie die Mittelmeerfrage, würde England mit seiner Politik des Augenblickes nicht ziehen[4].

Daß Rußland aber Entgegenkommen zeigt, ist natürlich. Es ist in Asien nicht fertig und wird gern ein Abkommen treffen, um sich ungestört fertig machen zu können. Das heißt für die Dauer eines Menschenalters. Die Freundlichkeit, mit der Rußland koloniale Fragen behandelt, findet ihren Grund hierin, aber sie erleichtert auch Ab-

schließung von Verträgen. Jetzt hat durch die neue Kaiserin*, welche einen ausgesprochen englischen Charakter habe[5], eine entente mit England noch den Vorteil der Bequemlichkeit und Natürlichkeit. Sollte gar der Botschafter, Herr von Staal, an Stelle des Herrn von Giers** treten, was wahrscheinlich sei, so würde die Tendenz, sich mit England zu verständigen, wesentlich verstärkt werden. Das liegt in der Natur der Dinge. Staal fühlte sich wohl in England und kennt die dortigen Verhältnisse. Er würde daher die Beziehungen der beiden Länder besonders pflegen[6]."

Im Laufe der Unterhaltung habe ich mehrfach versucht, den Grafen zu veranlassen, sich über die Stellung Österreichs zu äußern für den Fall, daß die russisch-englischen Beziehungen sich so entwickeln sollten, wie er anzunehmen scheine. Der Herr Minister wich mir jedoch absichtlich aus, bis ich die Ansicht aussprach, daß die Dardanellenfrage nach einer Verständigung der beiden Mächte in Asien wohl ins Rollen kommen müsse, ja daß ich geneigt sei, russischerseits eine Verstängung in Asien nur als die Präliminarien zu einem Aufrollen der Dardanellenfrage anzusehen.

Der Graf schloß sich dieser Ansicht mit einigem Widerstreben an. Er kehrte auf die anfangs gemachte Äußerung zurück, daß die englische Politik „des Augenblickes" eine andere Wendung der Dinge nicht ausschließe.

Es sei auch nicht klar, wie Rußland sich zu der freien Durchfahrt stellen werde. Es habe nur in dem Recht alleiniger Durchfahrt den wahren Vorteil. Diesen, vom Fürsten Gortschakow seinerzeit vertretenen Standpunkt habe Rußland vielleicht noch nicht aufgegeben, und England werde schwerlich anders als die allgemeine freie Durchfahrt zugeben können.

„Und wenn England sich mit der russischen Forderung oder Rußland sich mit der allgemeinen freien Durchfahrt einverstanden erklärte, was würden Sie dazu sagen?" fragte ich.

Der Graf zuckte mit den Achseln. „Die Öffnung der Dardanellen", sagte er, „ist, wie Sie mir zugeben werden, die Lösung der orientalischen Frage auf Kosten der Türkei in russischem Sinne. Das Mittelmeer wird ein mehr oder minder französisches Becken. Uns, wie den Italienern, bliebe nichts anderes übrig, als sich auf das zu beschränken, was wir in der Hand haben, respektive unsere Machtsphäre zu begrenzen, soweit unsere militärische Hand reicht."

Ich bin auf diese Äußerung, welche einer Art Abfindung mit dem Schicksal gleichzukommen schien, nicht weiter eingegangen. Über die Gegensätze, welche in der Auffassung Seiner Majestät des Kaisers

* Alexandra Feodorowna, Gemahlin des Kaisers Nikolaus II. seit 26. November 1894, geb. Prinzessin Alix von Hessen-Darmstadt.

** † 26. Januar 1895. Sein Nachfolger wurde Fürst Lobanow, bis Mitte Januar Botschafter in Wien, seither in Berlin.

Franz Joseph und des Grafen Kálnoky bezüglich Konstantinopels und der Dardanellen zu bestehen scheinen, habe ich seinerzeit ganz vertraulich zu berichten die Ehre gehabt. In dieser entgegengesetzten Anschauung dürfte für den Herrn Minister eine noch erhöhte Komplikation der Gesamtlage liegen.

Über die Haltung Frankreichs gegenüber der durch die Rede Lord Roseberys in der Guildhall* geschaffenen Lage sprach sich Graf Kálnoky nicht eingehend aus, sondern beschränkte sich auf die Bemerkung, daß die Eifersucht Frankreichs stark hervorträte. Auch sei eine Verständigung zwischen England und Frankreich schwieriger als eine solche zwischen England und Rußland. Letztere hielte er, wie gesagt, für erreichbar und von großer politischer Tragweite.

Schließlich machte der Graf, an die politischen Fragen von Bedeutung anknüpfend, die Bemerkung, daß er eine engere Fühlung zwischen den befreundeten Kabinetten für dringend notwendig erachte[7]. Die Tendenz gehe neuerdings darauf hin, komplizierte Fragen durch die Diplomatie und nicht durch das Schwert zu lösen. Diese Tendenz werde mehr und mehr in den Vordergrund treten. Ersprießlich könne aber eine solche Tätigkeit der Diplomatie nur sein, wenn die Kabinette befreundeter Regierungen auch bei geringeren Anlässen und in friedlichen Zeiten in einem immerwährenden Austausch der Gedanken blieben[7].

Der Graf macht mir diese Bemerkung zum zweiten Male, doch habe ich seine Sehnsucht nach Mitteilungen bis jetzt ohne Beantwortung gelassen. Es liegt nahe, ihm die Bemerkung zu machen, daß seine Betrachtungen einem Wunsch nach politischen Direktiven aus Berlin glichen[8]. Ich habe dieses vorläufig unterlassen, weil der Gang der Unterhaltung und die Art seiner Äußerung nicht den Charakter eines der Deutschen Regierung gemachten Vorwurfes trugen.

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wieso das? ist ganz falsch!
[2] richtig
[3] das umgekehrte ist eher der Fall
[4] ?
[5] falsch!
[6] Staal ist ein Mann der alten Schule, der auch das Verhältniß Deutschlands zu Rußland gut gestalten würde
[7] ja
[8] ist erfreulich und das muß wieder eintreten.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Es macht den Eindruck, daß die Dardanellenfrage in den Vordergrund treten will; England trägt sich mit der Absicht dieselben Rußland anzubieten; Frankreich ist vielleicht auch so weit gegangen. Wenn Rußland nur geschäftsmäßig

---

* Vgl. Nr. 2161, S. 159, Fußnote.

rechnet, was können wir ihm dann noch bieten? Nichts, was den Dardanellen gleichkommt. Also ist das Faktum der Möglichkeit einer Verständigung über die Dardanellen zw[ischen] England u[nd] Rußl[and] unter Stillschweigendem Zusehn Deutschland[s] der wahre Grund für die Unruhe und das Mißtrauen Kalnockys und unsrer Verbündeten überhaupt.

Um dem vorzubeugen muß zunächst in England klar gesagt werden unsre Politik habe sich nicht geändert und wir ständen in diesem Punkt auf dem Berliner Vertrag der nicht einseitig aufgehoben werden könne. Sodann muß Wien beruhigt werden mit dem Bemerken, daß unsre bisherige Stellung in der besagten Frage der festen wohlwollenden Neutralität für die dabei näher interessirten Mächte vollkommen aufrecht erhalten werde. Rußland gegenüber in der Frage abwarten, und wenn sie angeregt wird tenir la dragée haute vor allem müssen unsere Preßsticheleien gegen England, das Verhältniß zu Rußland betreffend zum Aufhören gebracht werden

Nr. 2169

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Wien Grafen zu Eulenburg*

Konzept

Nr. 700 Berlin, den 13. Dezember 1894

Ew. pp. interessanter Bericht Nr. 249 vom 4. d. Mts.** gibt mir Gelegenheit, mich über die Lage und Haltung der Dreibundmächte zu äußern.

Das Ziel des Dreibundes ist vor allem die Erhaltung des Territorialbestandes der drei verbündeten Monarchien. Unseres Wissens ist in neuerer Zeit von keiner Seite, jedenfalls aber nicht von uns, irgend etwas geschehen, was dieses Ziel verrücken könnte. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, hat denn auch Seine Majestät in einem Randvermerke die von Ew. pp. berichtete Äußerung Graf Kálnokys, die Rede Lord Roseberys sei dadurch veranlaßt, daß die Beziehungen zu Deutschland nicht mehr in dem alten Geleise rollten, als durchaus irrig zu bezeichnen geruht. Andererseits ist aber der Versuch, der noch zur Zeit des Fürsten Bismarck im Jahre 1887 gemacht wurde, die Ziele des Dreibundes durch Hinzuziehung einer Mittelmeergruppe zu erweitern, an der bekannten Abneigung Englands gegen bindende Abmachungen gescheitert. Solange diese Abneigung bestehen bleibt, zwingt uns die Macht der Tatsachen, der Ansicht des Grafen Kálnoky beizutreten, daß England nur Augenblickspolitik treibt. Letztere ändert ihren Charakter je nach der Persönlichkeit des jeweilig leitenden englischen Staatsmanns. Während z. B. heute England sich in allen europäischen Fragen gleichgültig, in den kolonialen Fragen antideutsch

* Hier eingereiht, des Zusammenhangs halber.

bis zum versuchten Vertragsbruch wiederholt gezeigt hat, haben wir es in dankbarer Erinnerung, daß, als im Jahre 1890 die Tripolisfrage plötzlich akut wurde und Graf Kálnoky erklärte, daß Österreich durch die Balkanwacht ganz in Anspruch genommen und daher außerstande sei, zu Mittelmeerfragen materiell Stellung zu nehmen, es die stille, aber wirkungsvolle Tätigkeit Lord Salisburys war, welche die Gefahr einer Sprengung des Dreibundes beseitigte. Diese verschiedenartigen Erfahrungen bringen uns naturgemäß dahin, daß wir, während wir einerseits ein negotium claudicans ablehnen, bei dem der Dreibund allein gebunden ist, während England lose nebenher läuft, wir uns andererseits die Möglichkeit offen halten, daß England einstmals wieder unter vernünftiger politischer Leitung die Übereinstimmung seiner Interessen mit denen des Dreibundes in gewichtiger Weise betätigt. Diesem Grundgedanken treu, haben wir, während wir genötigt waren, in Kolonialfragen uns unserer Haut gegen England zu wehren, niemals aufgehört, der italienischen Regierung die politische Gemeinsamkeit mit England anzuraten. Wir schreiben es sogar unserer Einwirkung mit zu, daß die englische Regierung sich mit der dauernden Besetzung Kassalas durch die Italiener* nachträglich einverstanden erklärt hat. Wir haben durch diese unsere Haltung der italienischen Regierung den Beweis geliefert, daß nach unserer Ansicht die deutsch-englischen Kolonialstreitigkeiten auf die großen europäischen und Mittelmeerfragen nicht zurückwirken sollen. Die italienische Regierung begreift unseren Standpunkt, und die deutsch-italienischen Beziehungen sind zu keiner Zeit vertrauensvollere gewesen als heute. Daß England sich durch „unaufhörliche deutsche Nadelstiche auf kolonialem Gebiete“ verletzt fühle, ist eine Behauptung Graf Kálnokys, die durch die Tatsachen in keiner Weise begründet ist; zu der betreffenden Stelle in Ew. pp. Bericht haben Seine Majestät am Rande die Bemerkung zu machen geruht, daß eher das Umgekehrte der Fall sei.

Der pessimistische Mißton im Dreibunde kommt vielmehr, wie Ew. pp. auch aus dem römischen Botschaftsberichte Nr. 221 vom 1. d. Mts. und aus dem Berichte aus Madrid Nr. 290 vom 15. v. Mts. ersehen werden, ausschließlich von österreichischer Seite. Es ergibt sich aus den erwähnten Berichten, daß die österreichischen Vertreter in Rom und Madrid geradezu vor der gegenwärtigen franzosenfreundlichen Politik Deutschlands gewarnt haben. Dieser persönliche Pessimismus des Grafen Kálnoky ist das einzige für den Bestand des Dreibundes bedenkliche Symptom, welches hier bisher bemerkbar geworden ist. Dasselbe verliert aber die ihm sonst beiwohnende Gefährlichkeit dadurch, daß der praktische Sinn der Italiener keinen Augenblick darüber in Zweifel war, daß unser nach Frankreich hin erleichterter, nach

* Es war am 17. Juli 1894 durch General Baratieri, den Gouverneur der italienischen Kolonie Erythräa, erobert worden.

England hin erschwerter Geschäftsverkehr sich in seinen Wirkungen nicht über das koloniale Gebiet hinaus erstrecken konnte.

Da also Italien fest im Dreibunde bleibt und die österreichisch-ungarische Monarchie, wie ich überzeugt bin, jedenfalls solange Graf Kálnoky an der Spitze der Geschäfte steht, unentwegt an den Zielen des Dreibundes festhalten wird, so konstatiere ich mit Befriedigung, daß die Besorgnisse des genannten Herrn Ministers nicht begründet sind.

Unsere ablehnende Haltung gegenüber den im vergangenen Sommer erneuten Versuchen des Lord Rosebery, seine Erklärung als gleichwertig mit der des Deutschen Kaisers zu behandeln, d. h. in Wirklichkeit Deutschlands Politik in der Meerengenfrage endgültig festzulegen, während England als solches nach wie vor frei über sich verfügen konnte — unsere Ablehnung dieser Zumutung entsprang weder kolonialem Groll noch veränderten Anschauungen, vielmehr der unveränderten Willensmeinung, daß Verpflichtungen, namentlich da, wo es sich nicht um kleine Gefälligkeiten sondern um Hauptfragen handelt, gegenseitig sein müssen. Der Dreibund ist der Dardanellenfrage gegenüber keineswegs in ungünstigerer Lage als England. Wenn letzteres ruhig abwarten und die Ereignisse kommen lassen kann, so ist der Dreibund dazu gleichfalls imstande.

Durch die Rede von Lord Rosebery und durch eine Wiener Korrespondenz des Londoner „Standard" vom 16. v. Mts., welche ich mit dem dazugehörigen Leitartikel beifüge, und wo auf die bevorstehende Isolierung Deutschlands hingewiesen worden war, sind die englisch-russischen und englisch-deutschen Beziehungen zeitweise zu einem willkommenen Thema für Leitartikel geworden. Wir sehen dieser Erörterung mit Gemütsruhe zu, da wir nicht glauben, daß die Meerengenfrage ohne Zuziehung des Dreibunds, insbesondere Deutschlands gelöst werden wird. Abgesehen von den Verträgen wird die Macht der Tatsachen die übrigen Mächte dahin drängen, sich derjenigen Regierung zu versichern, welche am wenigsten durch eigene Interessen von vornherein gebunden ist. Für die Regierung Seiner Majestät des Kaisers wird dann in der Stunde der Entscheidung vor allen Augenblickserwägungen der Grundsatz maßgebend bleiben, welcher schon heute die Unterlage des Dreibundes bildet, daß weder Deutschland noch eine der mit ihm verbündeten Großmächte in ihrer Großmachtstellung und in ihrem Besitzstande beeinträchtigt werden darf.

Für politische Detailfragen ist es heute noch zu frühe. Der Gedanke einer russisch-französisch-englischen Verständigung steht seiner Verwirklichung wohl recht fern. Der aus der Gleichartigkeit der Wünsche in Mittelmeerfragen sich ergebende Gegensatz der Interessen unter den genannten drei Großmächten ist ein solcher, daß eine Einigung kaum denkbar ist, wenn nicht eine von den Dreien einen Grad von Nachgiebigkeit zeigt, wie er sonst nur die Folge eines entscheidenden Krieges zu sein pflegt. Die Eventualität, daß jene drei

Mächte sich zusammentun sollten, um die übrige Menschheit innerhalb und außerhalb Europas zu tyrannisieren, braucht uns also meines Erachtens für jetzt noch nicht zu beschäftigen.

Auch der Gedanke einer russisch-englischen Verständigung zu zweien ohne Frankreich ist noch in der Kindheit, man muß abwarten, wie derselbe sich weiter entwickelt. Jedenfalls läßt sich aber jetzt schon sagen, daß eine solche Verständigung nicht geeignet ist, die von unserem Alliierten gehegte Besorgnis, daß das Mittelmeer sich in einen französischen See verwandeln könnte, zu verwirklichen. Immerhin werden wir die angekündigte russisch-englische Annäherung mit Aufmerksamkeit beobachten und in jedem weiteren Stadium Ihrer konkreten Entwickelung werde ich gern bereit sein, die dadurch dem Dreibunde geschaffene Lage unter steter Zugrundelegung der mehrerwähnten Grundsätze, welche die Existenzbedingung dieses Bundes bilden, mit den Kabinetten von Wien und Rom zu erwägen.

Euerer Exzellenz beehre ich mich ergebenst anheimzustellen, das Vorstehende als Richtschnur für Ihre Besprechungen mit Graf Kálnoky zu verwenden.

C. Hohenlohe

Nr. 2170

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 260 Wien, den 14. Dezember 1894
Geheim

Graf Kálnoky, der gestern bei mir aß, nahm diese Gelegenheit wahr, um von neuem die russisch-englischen Beziehungen zu besprechen, die ihn außerordentlich beschäftigen. Er sagte mir, daß er Herrn von Szögyény beauftragt habe, Euerer Durchlaucht über diese Frage zu sprechen, und es sei ihm lieb, wenn auch durch mich seine Auffassung der Sachlage nach Berlin gelange.

Euerer Durchlaucht will ich nicht verhehlen, daß die Haltung des Grafen gegenüber den neuen englisch-russischen Beziehungen einige Zeit meine besondere Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, weil ich trotz der Klagen des Ministers über die Wendung der Dinge nicht genügend Tätigkeit bei ihm wahrzunehmen glaubte, welche einer aufrichtigen Absicht entsprochen hätte, England von einer Bahn abzulenken, die für das Mittelmeer und die österreichischen Interessen die weittragendste Bedeutung haben muß. Ich glaubte, eine gewisse Lahmheit gegenüber Lord Rosebery zu bemerken, mit dem Graf Kálnoky gelegentlich des Austausches von Ansichten über die Meerengenfragen

noch im Sommer so warme Beziehungen unterhielt. Der Gedanke, daß der Graf eine abwartende Haltung einnähme, weil das etwaige Eintreten der Tatsache einer Verständigung zwischen Rußland, England und Frankreich Österreich die Perspektive eröffnen könne, auf Kosten Deutschlands Entschädigung für eine Wandlung der politischen Lage am Mittelmeer zu finden, mußte mich beschäftigen. Ich suchte nach einem Anhalt, welcher Klärung in das Verhalten des Ministers zu bringen geeignet sei.

Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich Euerer Durchlaucht heute melde, daß Graf Kálnoky — wohl nach recht mannigfachen Erwägungen — zu der Überzeugung gekommen ist, daß die im Dreibund bestehende Lage mit einem, wenn auch noch so lockeren Anschluß Englands für Österreich besser fundamentiert sei, als die auf tönernen Füßen stehende Liga der europäischen Großmächte gegenüber Deutschland.

Es trat gestern abend jenes Gefühl der Besorgnis bei dem Grafen zutage, das ich bei dem ersten Auftauchen der freundlichen englisch-russischen Beziehungen bemerkte. Damals trug die Besorgnis mehr den Charakter einer starken Verstimmung über das Mißgeschick, das Österreich nicht nur den engbefreundeten Zaren* und den mit dem Stephansorden geschmückten Präsidenten Carnot** geraubt hatte, sondern sogar nun England als Proteus erscheinen ließ, nachdem der Graf im Frühjahr den Beweis erbracht zu haben glaubte, daß es kein Proteus sei. Diese Mißstimmung über eine Art Isolierung des Dreibundes hatte bald einer abwartenden Haltung Platz gemacht, die mich zu beunruhigen begann. Gestern trat nun die Besorgnis angesichts der Lage so unverhüllt zutage, daß ich nicht mehr anzunehmen imstande bin, Graf Kálnoky werde im Hinblick auf die englisch-russische Annäherung von gewissen Hintergedanken geleitet.

Der Graf machte mich nicht ohne Erregung auf einen Artikel der neuesten „Saturday Review“ aufmerksam, welcher jene Annäherung begrüßen soll, indem er der öffentlichen Meinung Rechnung trägt, die in England Platz gegriffen hat. Der Graf hält das Faktum, daß dieses von Lord Salisbury begründete und ihm jetzt noch nahestehende Blatt jenen Ton anschlägt, für ein bedenkliches Zeichen. Denn es bedeute die Anerkennung einer öffentlichen Stimmung, mit welcher man fortan zu rechnen habe. Mein hiesiger englischer Kollege*** hat sich in gleicher Weise zu Graf Kálnoky geäußert und sich, als Anhänger eines Zusammengehens von England mit dem Dreibunde, besorgt ausgesprochen.

---

* Kaiser Alexander III. † 1. November 1894.
** Präsident Carnot war am 24. Juni 1894 von einem italienischen Anarchisten ermordet worden.
*** Sir E. Monson.

Der Minister teilte mir zur Kennzeichnung der Situation hierzu vertraulich mit, daß er Kenntnis von dem Inhalt eines Briefes des Prinzen von Wales habe, in dem derselbe sich sehr befriedigt über die eingetretene Möglichkeit einer Verständigung mit Rußland ausspricht. Der Charakter und die Persönlichkeit des neuen Zaren, schreibt der Prinz, bürge für ein dauerndes Verständnis der Vorteile, welche aus einer Verbindung zwischen England und Rußland erwüchsen.

Graf Kálnoky ist auch der Empfang des Prinzen bei seiner Rückkehr aus St. Petersburg* seitens einer Bevölkerung aufgefallen, die sonst nicht gerade dazu neige, demselben Ovationen darzubringen. Auch dieses Faktum sei als Zeichen einer Wandlung in der öffentlichen Meinung Englands zu betrachten, und kein englischer leitender Staatsmann sei mehr in der Lage, ohne Rücksicht darauf Politik zu machen. Wenn etwa hierzu in nicht zu langer Zeit ein Besuch des Zaren in London stattfinde, und der Kaiser bis dahin vielleicht von einem Nimbus freiheitlicher Gedanken umgeben sei (wozu im Gegensatz zu seinem Vater nicht allzu viel gehöre), so müsse man schließlich eine Art Popularität befürchten, welche die öffentliche Stimmung noch weiter, und in geradezu bedenklicher Art beeinflussen könne.

Die englische Regierung habe vorläufig noch nicht den Gedanken fallen lassen, die bisherige Mittelmeerpolitik aufzugeben. Davon sei er überzeugt. Hierfür sprächen auch die ihm bekannten Äußerungen des englischen Botschafters in Rom, sowie die Haltung Sir E. Monsons. Er habe den Eindruck, daß der Erfolg der Rede Lord Roseberys in der Guildhall diesen selbst überrascht habe. Lord Rosebery habe in einer Anwandlung von Ärger über die Behandlung Englands in Berlin die Rede gehalten und befände sich plötzlich vor einem unerwarteten und ihn fast beunruhigenden Resultat. Er habe nicht geahnt, damit eine Stimmung zu erwecken, von deren Vorhandensein in solcher Stärke er sich sicherlich keinen richtigen Begriff gemacht habe.

Schließlich sagte der Graf, ihm sei angesichts der Gefahren, die er nicht umhin könne, als ernste zu bezeichnen, die Haltung des Berliner Kabinetts unklar, und sie beunruhige ihn. Meine ihm gemachten Mitteilungen über Klagen, welche wir angesichts des sich immer gleichbleibenden anmaßenden Auftretens Englands in Kolonialfragen zu erheben hätten, rechtfertige nach seiner Anschauung noch nicht vollkommen eine Haltung, welche so ernste Konsequenzen mit sich brächte, und hoffe er, daß sich ein Verhältnis mit England wiederherstellen lasse, welches für den europäischen Frieden, wie insonderheit für die Existenz des Dreibundes von größter Bedeutung sei.

P. Eulenburg

---

* Der Prinz von Wales hatte am 19. November an der Beisetzung Kaiser Alexanders III. in Petersburg teilgenommen.

Nr. 2171

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 232 Rom, den 11. Dezember 1894

Im Laufe einer längeren und ganz vertraulichen Unterredung, welche ich heute früh mit Baron Blanc hatte, ließ derselbe aus eigener Initiative die Bemerkung fallen, daß seine Stellung zu England im Orient nicht ganz dieselbe wäre wie in Afrika. In Afrika wolle er solange als irgend möglich sowohl am Roten Meer, im Sudan und in Ägypten, wie in Tripolis und Marokko Hand in Hand mit England gehen. Da sich Deutschland gegenüber den Vorgängen im Mittelmeer eine durchaus begreifliche Reserve auferlege, könne Italien seine Aspirationen an der nordafrikanischen Küste nur mit englischer Unterstützung verwirklichen.

Etwas anders, fuhr der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten fort, lägen die Verhältnisse im Orient. Wenn in England wirklich jene Richtung die Oberhand gewinnen sollte, welche behaupte, daß Konstantinopel „not worth fighting" wäre, so könne Italien speziell an den Dardanellen nicht englischer auftreten als die Engländer. Im letzten Ende sei ein Umsichgreifen des russischen Einflusses im Orient für Italien nicht unerträglicher wie für England. „Ich sage nicht," schloß der Minister, „daß ich mich angesichts der Feigheit der englischen Orientpolitik (en face de la lâcheté de la politique anglaise en Orient) Rußland nähern will. Aber ich möchte künftig im Orient unsere Haltung nach derjenigen der deutschen Politik regulieren."

Da ich dem Minister des Äußern von den mir hochgeneigt mitgeteilten Londoner Berichten über die Neigung des englischen Kabinetts, sich mit Rußland über die Dardanellenfrage zu verständigen, nichts gesagt habe, so ist anzunehmen, daß derselbe aus der Berichterstattung seiner eigenen Vertreter an den Rückzugsabsichten der englischen Politik in jener Richtung Kenntnis erhalten haben wird.

B. von Bülow

Nr. 2172

Aufzeichnung des Ersten Sekretärs bei der Botschaft in London Grafen von Metternich, z. Z. in Berlin, für den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Reinschrift

Berlin, den 30. Dezember 1894

Euerer Durchlaucht Aufforderung entsprechend beehre ich mich, in folgendem über eine Unterredung zu berichten, welche ich gestern mit Seiner Majestät dem Kaiser hatte, und wobei Seine Majestät auch

die Frage berührte, welche Politik wir in diesem Augenblick Rußland sowie unsern Verbündeten gegenüber zu verfolgen hätten.

Seine Majestät ging dabei von der Voraussetzung aus, daß wir uns Rußland gegenüber jetzt passiv und abwartend verhalten sollten. Falls die Dardanellenfrage in Fluß käme, würden die dabei zunächst Beteiligten sich notgedrungen an uns als eine der Signatarmächte des Berliner Vertrages und als wichtigen Machtfaktor, ohne den die übrigen nicht auskommen könnten, zu wenden haben.

Hinsichtlich unserer Bundesgenossen erklärte Seine Majestät, daß wir bemüht sein müßten, das in Rom und besonders auch in Wien etwa bestehende Mißtrauen gegen uns dadurch zu zerstreuen, daß wir durch eine wohlwollende Haltung, auch im Orient, für die Interessen unserer beiden Bundesgenossen tunlichst einträten.

Mit Roseberyscher Politik sei zwar nicht viel anzufangen, jedoch dürften wir auch den Engländern, besonders im Hinblick auf die nicht unwahrscheinliche baldige Rückkehr der Konservativen, den Weg der Einkehr in sich selbst nicht erschweren und ihnen die Umkehr erleichtern, falls sie den Wunsch darnach zu erkennen gäben. Wenn ich Seiner Majestät Gedanken richtig erfaßt habe, so war allerhöchstderselbe ferner der Ansicht, daß, um die Engländer nicht allzu weit vom richtigen Wege abirren zu lassen, wir nach wie vor bemüht sein sollten, England und Italien aneinanderzuketten, damit beide Länder sich gegenseitig im Gleichgewichte hielten und Seitensprünge vermieden würden.

Die Veranlassung zu diesem Gespräche bildete der Euerer Durchlaucht bekannte Privatbrief des Grafen Hatzfeldt vom 19. d. Mts., mit dessen Inhalt Seine Majestät sich durchaus einverstanden erklärte. Die Auffassung Seiner Majestät, welche ähnlich auch Graf Hatzfeldt ausspricht, nämlich, daß wir Rußland gegenüber in der Dardanellenfrage uns jetzt ruhig abwartend verhalten müßten, da die andern im gegebenen Augenblick doch auf uns angewiesen sein würden, hat allerhöchstderselbe am Schlusse des Privatbriefes in margine bildlich etwa so erläutert: „Wenn der Brunfthirsch mit einem Tier auf einer Blöße allein stehe, sei es schwer für den Jäger, sich heranzupirschen. Träten aber noch andere Schreier hinzu, die untereinander kämpften, so habe der Jäger die besten Chancen, daß sie ihm näher kämen.“

In der vorstehenden Aufzeichnung habe ich mich Euerer Durchlaucht Weisung Folge leistend nach bestem Wissen bemüht, den Gedankengang Seiner Majestät dem Sinne nach möglichst getreu wiederzugeben. Auf eine auch nur annähernd wortgetreue Wiedergabe kann dieselbe bei der Mannigfaltigkeit der Gegenstände, die Seine Majestät im Laufe der Unterhaltung berührte, und wobei Seine Majestät unter anderem auch über seine englischen Bekannten mit mir sprach, keinen Anspruch erheben, da dazu mein Gedächtnis nicht ausreichen würde.

P. Metternich

Nr. 2173

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Nr. 34 Wien, den 29. Januar 1895
Vertraulich

Als ich gestern im Laufe einer Unterhaltung mit Fürst Lobanow die englisch-russischen Beziehungen erwähnte, sagte der Fürst: „Ich bin besser wie irgendein anderer in der Lage, Aufklärung über diese sogenannten Beziehungen zu geben. Während ich vor zwei Jahren Herrn von Giers zu vertreten hatte, stand die Pamirfrage im Vordergrund unseres Interesses. Ich hatte dabei ein sehr entscheidendes Wort mitzusprechen und war in alle Einzelheiten eingeweiht. Hierbei trat der sehr gute Wille Englands zutage, sich zu verständigen. Lord Rosebery war damals gerade ans Ruder gekommen. Natürlich haben wir auf Grund dieses und unseres guten Willens eine Abmachung schließen können, die sich allerdings nur auf diese Frage — und einige, das innere Asien betreffende Dinge bezog. Es war ein ganz anderes Arbeiten wie damals, als ich in London war und Merw die Engländer erregte! Die Verständigung ist also eigentlich schon längst erzielt. Jetzt nahm durch die verwandtschaftliche Beziehung des Zaren zu der Königin Viktoria nach seiner Verlobung und Hochzeit, und nachdem die Königin ihn in besonderen Toasten gefeiert hatte, jene sogenannte entente eine gewisse offenkundige Gestalt an. Weiter ist es nichts. Absolut gar nichts.“

Der Fürst betonte in sehr bemerkbarer Weise, daß sich alles nur auf asiatische Angelegenheiten bezöge.

P. Eulenburg

Nr. 2174

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 70 Wien, den 28. März 1895
Ganz vertraulich

pp. Graf Kálnoky zeigte mir einen Erlaß an Prinz Liechtenstein*, in welchem er die mit Fürst Lobanow festgelegten Grundzüge der österreichisch-russischen Politik dem Prinzen zur Richtschnur mitteilt. Wesentlich Neues enthält das interessante Schriftstück nicht. Aber immerhin bemerkenswert erscheint es, daß durch die von Graf Kálnoky

* Österreich-ungarischer Botschafter in Petersburg.

und Fürst Lobanow ausgesprochene Ansicht, den Balkanstaaten ihre ruhige Entwicklung ungestört zu lassen, weil diese kleinen Völkerschaften eine Berechtigung ihrer abgeschlossenen Entwickelung haben, ein wesentliches Hemmnis der Verständigung zwischen den beiden Mächten weggeräumt erscheint. Ich darf deshalb gehorsamst wiederum auf das Faktum hinweisen, daß sich die Anschauungen Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph und seines Ministers in bezug auf den Balkan nicht völlig decken. Besonders deutlich tritt uns diese verschiedene Auffassung bezüglich der Überlassung Konstantinopels an Rußland entgegen. Das „niemals" des Kaisers begegnet einem „vielleicht" des Grafen[1]. Die Integrität der Türkei ist aber auch nicht in Diskussion, und die Frage des Besitzstandes Konstantinopels scheint mir außer Spiel zu sein.

Ich schließe das aus der mir zu öfteren von Graf Kálnoky entwickelten Ansicht, daß die ostasiatischen Dinge* alle Interessen Rußlands absorbieren. Die Fortführung der sibirischen Bahn schaffe eine völlig neue Lage, nicht minder der japanisch-chinesische Krieg. Eine notwendige Konsequenz dieser gesteigerten Interessen in Ostasien sei eine gute Stellung zu den beiden westlichen Nachbarn. Fürst Lobanow, der einen Widerwillen gegen die radikale Entwickelung Frankreichs empfinde, werde um so mehr gewillt sein, sich dauernd zu verständigen.

Bei einer solchen Lage der politischen Beziehungen zwischen Österreich und Rußland möchte ich glauben, daß dem Grafen eine Verständigung mit Rußland auf der Basis der Wahrung des Besitzstandes der europäischen Türkei nur mehr als eine Frage der Zeit erscheint.

Ich zweifele auch kaum daran, daß Fürst Lobanow ähnliche Gedanken hat, ohne sich doch irgendwie engagiert zu haben. pp.

P. Eulenburg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

* Vgl. darüber Kap. LVII.



Kapitel LVI

Der Armenische Dreibund
Das Zusammenwirken von England, Rußland und Frankreich 1890—1895



Nr. 2175

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi*

Ausfertigung

Nr. 149 Therapia, den 1. August 1890

Vertraulich

Vor Jahresfrist habe ich, wesentlich auf Grund der Eindrücke und Mitteilungen meines englischen Kollegen, in der Berichterstattung über die armenischen Verhältnisse sagen können, daß diese sich gegen früher nicht verschlechtert hätten und, wenn auch nicht als befriedigende, so doch nicht entfernt als so übele bezeichnet werden müßten, wie es die armenischen Komitees im Auslande darstellen, besonders das Londoner, das hauptsächlich im persönlichen Interesse seiner dort ansässigen Teilnehmer die Agitation für Armenien ausbeutet. Sir W. White war deswegen immer bemüht, die englische Regierung von amtlichen Interventionen hier abzuhalten, die bisher bekanntlich bei dem Sultan nur die entgegengesetzte Wirkung für die Armenier und erneuertes Mißtrauen gegen England erreicht haben. Er hoffte, die Zustände in den türkischen armenischen Provinzen würden sich unter der Verwaltung verständiger Walis allmählich bessern, und die merkwürdige persönliche Beängstigung, die der Sultan gegen ihm von armenischer Seite drohende Gefahren an den Tag legt, werde sich in dem Maße

* Die armenische Frage, deren Anfänge weit zurückreichen, war durch die englisch-türkische Konvention vom 4. Juni 1878 (sogenannte Zypernkonvention) und durch den Berliner Vertrag vom 13. Juli desselben Jahres insofern in ein neues Stadium getreten, als die Pforte sich durch beide Verträge zunächst gegen England allein, dann gegen alle Signatarmächte des Berliner Kongresses verpflichtet hatte, Reformen durchzuführen, die das Los der Christen in den türkischen Besitzungen, und speziell das der Armenier bessern und sie vor gewaltsamen Angriffen ihrer mohammedanischen Gegner sichern sollten. Artikel 61 des Berliner Vertrags vindizierte den Signatarmächten ausdrücklich das Recht, die Ausführung der von dem Sultan zu diesem Zweck getroffenen Maßregeln zu überwachen.

Gestützt auf diese Bestimmungen hatte die englische Regierung bei der Pforte wiederholt, so im Juni 1880, im Herbst 1881, im Mai 1883 und im August 1886 die armenische Frage, die die öffentliche Meinung in England heftig irritierte, mit steigendem Nachdruck, aber ohne viel anderen Erfolg, als daß sich das ohnehin durch die ägyptische Frage beeinträchtigte Verhältnis zwischen der Türkei und England noch verschlechterte, in Erinnerung gebracht. Seit 1890 wurde die Lage der Armenier wieder so mißlich, daß ein neues Einschreiten der Mächte, nicht bloß Englands, unausweichlich werden mußte.

Über Deutschlands Stellung zu der armenischen Frage in ihren früheren Stadien vgl. die retrospektiven Angaben in Nr. 2183, Fußnote ***.

vermindern, als man von außen her ihn mit Zumutungen betreffend Armenien verschone.

Diese Erwartungen haben sich in dem seither abgelaufenen Zeitraum nicht erfüllt. Zunächst hatte schon das hiesige Verfahren in dem Prozesse des Kurdenhäuptlings Mussa Bey* den Beweis dafür geliefert, wie wenig an entscheidender Stelle gegen die Menschen auszurichten war, die das tief eingewurzelte Vorurteil des Sultans zu ihrem Vorteil auszunutzen verstanden. Auch nach der Beseitigung des Justizministers Dschwdet Pascha, von dem alle Rechtsverweigerungen gegen Christen ausgingen, hat sich in dem Verfahren gegen Mussa Bey nichts geändert. Die dem englischen Botschafter feierlich zugesagte administrative Maßregelung des Räubers ist noch nicht erfolgt. Wohl aber ist eine kleinliche und ungerechte Behandlung aller Armenier, als der Verschwörung gegen den Sultan und das Reich verdächtig, inzwischen durch das ausgebreitete Denunziantentum genährt worden und hat zu so ernsten Vorgängen geführt wie jüngst in Erzerum. Die Berichte des englischen Konsuls in Erzerum geben jetzt, wie Sir W. White mir sagt, das Bild einer allgemeinen, planmäßigen und mit den verwerflichsten Mitteln durchgeführten Verfolgung gegen einen ganzen Volksstamm. So war auch der hiesige armenische Patriarch**, der den Ruf eines friedfertigen und besonnenen Mannes genießt und gerade deshalb von den Hetzern in den auswärtigen armenischen Komitees angefeindet wird, vor kurzem dazu gelangt, dem ersten Sekretär des Sultans ein ausführliches Memoire mit den Beschwerden seiner großen kirchlichen Gemeinde zu überreichen, um auf diese Art den Souverän direkt, ohne andere Zwischeninstanzen, von der Sachlage in Kenntnis zu setzen. Eine mir zugängig gewordene französische Übersetzung dieses Schriftstückes beehre ich mich abschriftlich hier beizufügen***. Es beginnt mit der Darstellung des letzten Vorgangs in Erzerum, erörtert dann die Stellung der Armenier zu der Pforte und führt im einzelnen die Hauptbeschwerdepunkte auf, welche in letzter Zeit das Patriarchat geltend zu machen habe. Bemerkenswert ist in diesem Dokumente vor allem der Ton der vollkommensten Loyalität und Unterwürfigkeit: Der Patriarch, als das geistliche Oberhaupt und der Repräsentant aller gregorianischen Armenier auch in weltlicher Hinsicht, steht nicht an zu erklären, daß die Armenier nach ihrer ganzen historischen Vergangenheit nie dazu berufen gewesen sind und nie dazu berufen sein können, ein eigenes nationales Gemeinwesen zu bilden, sondern daß sie nur danach streben, sich dem Staate, dem sie untertan sind, zu assimilieren und zu seiner Kräftigung beizutragen. Sie ver-

---

* Der Prozeß war erst auf eine Intervention der englischen Regierung anhängig gemacht worden. Er endete im September mit der Verbannung des Häuptlings.

** Choran Achikian.

*** Hier nicht abgedruckt.

langen als Gegenleistung nur, daß sie in ihrer Religion, ihrem Familienleben und ihrem Besitze geschützt bleiben. Und wie wenig das gegenwärtig in der Türkei der Fall sei, weist der Patriarch durch einzeln aufgezählte Beschwerdepunkte nach, welche allerdings eine systematische religiöse und soziale Unterdrückung des christlich-armenischen Elementes durch das muselmanische erkennen lassen, die an Umfang in neuerer Zeit erheblich zugenommen haben muß.

Zum offenen Ausbruche ist diese Mißstimmung der Armenier jetzt durch den Tumult im Patriarchate am 27. Juli* gekommen. Der friedfertige Patriarch ist dabei beinahe als Opfer gefallen, und zum ersten Male nun der Beweis geliefert, daß auch in der Hauptstadt eine armenische Revolte möglich geworden. Die Aufwiegelungen durch die auswärtigen armenischen Stammesgenossen haben endlich auch hier den Zweck erreicht. Zunächst allerdings nur zum Unheil für die zahlreiche, in der überwiegenden Majorität ganz dabei unbeteiligte armenische Bevölkerung von Konstantinopel und Umgebung, gegen die bereits eine um so schärfere und rücksichtslosere Polizeiverfolgung angefangen hat.

Der Sultan ist, wie ich aus sicherer Quelle weiß, in steigendem Maße durch die Wahrnehmung beunruhigt, daß das immer von ihm gefürchtete Schreckbild einer armenischen Gefahr ihm nun so nahegerückt ist. Fürs erste wird er jetzt an nichts anderes denken als wie an Maßregeln zur Sicherung gegen vermeintliche Bedrohung seiner Person. Dabei blüht der Weizen der Palastintriganten, der Spione und Angeber; vernünftige und ehrliche Ratgeber werden mit um so größerer Vorsicht sich jetzt zurückhalten.

Ich habe noch nicht Gelegenheit gehabt, mit dem Großwesir über die Angelegenheit zu reden, die nunmehr nach der Beendigung der Bairampause in die weitere geschäftliche Behandlung der Pforte genommen werden muß.

Radowitz

Nr. 2176

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 150 Therapia, den 3. August 1890

Dem Bericht Nr. 149 vom 1. d. Mts., betreffend die Beschwerden der Armenier, beehre ich mich über die Stellung, welche die hiesigen

* Während des Gottesdienstes in der armenischen Kathedrale war ein Auflauf entstanden. Der in ein benachbartes Gebäude fliehende Patriarch wurde von der nachfolgenden Menge tätlich angegriffen. Es entstand eine blutige Schlägerei, wobei ein Gendarmerieoffizier getötet und auf beiden Seiten mehrere Personen verwundet wurden.

fremden Vertretungen gegenwärtig zu dieser Frage einnehmen, folgendes gehorsamst hinzuzufügen.

Es kann dabei zunächst nur von der Haltung des russischen* und des englischen Botschafters die Rede sein, da keine der übrigen hiesigen Vertretungen bisher für die armenischen Angelegenheiten ein Interesse an den Tag gelegt hat. pp.

Besondere Schritte in den armenischen Angelegenheiten hat der russische Botschafter vor seiner Abreise bei der Pforte nicht getan; er hat hier aber die Empfindung hinterlassen, daß von Rußland her dergleichen in nächster Zukunft wohl zu erwarten sein mögen.

Sehr reserviert verhält sich in dieser Frage bisher noch der englische Botschafter. Sir William White verhehlt nicht, daß seiner Regierung die zunehmende Verschärfung der armenischen Händel, welche durch die schlechte Richtung der türkischen Politik in dieser Beziehung hervorgerufen werde, höchst unerwünscht und unbequem sei, er bleibt aber dabei, in London vor einseitigem Vorgehen zu warnen. Nach Sir Williams Theorie, die, wie er mir vertraulich sagt, auch Lord Salisbury sich angeeignet habe, ist das England durch Art. I der sogenannten Zypernkonvention vom 4. Juni 1878** bezüglich der Kontrolle der Reformen in Armenien zugesprochene Recht

„... in return, H.I.M. the Sultan promises to England to introduce necessary reforms, to be agreed upon later between the two Powers, into the government and for the protection of the Christians and other subjects of the Porte in these territories ... —"

nachher durch Art. 61 des Berliner Vertrags vom 13. Juli 1878:

„... La Sublime Porte s'engage à réaliser, sans plus de retard, les améliorations et les réformes qu'exigent les besoins locaux dans les provinces habitées par les Arméniens et à garantir leur sécurité contre les Circassiens et les Kurdes. Elle donnera connaissance périodiquement des mesures prises à cet effet aux Puissances qui en surveilleront l'exécution ..." —

auf alle Signatärmächte übertragen worden, mithin habe England allein nicht mehr die Verpflichtung, damit vorzugehen, solange die anderen nicht das gleiche tun. Aber er räumt ein, daß parlamentarische Rücksichten die englische Regierung trotzdem zu einer Initiative drängen können, und er meint, jedenfalls könne man in London nicht gleichgültig bleiben, sobald Rußland etwas in der Sache täte, sondern müsse sich dann gleich bei eventuellen Schritten hier beteiligen.

Somit scheinen zunächst die beiden, in der Sache mehr interessierten Mächte über die darin einzunehmende Haltung noch nicht schlüssig zu sein und gegenseitig abzuwarten, was von der anderen Seite darin geschieht.

Radowitz

---

* A. Nelidow.

** Vgl. Bd. II, Nr. 431, Fußnote.

Nr. 2177

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 238 St. Petersburg, den 15. September 1890

Herr von Giers berührte bei der letzten Unterredung, welche ich mit ihm hatte, auch die armenische Frage und wies darauf hin, daß Rußland bei derselben durchaus kein politisches, sondern lediglich ein moralisches Interesse habe, seine Haltung in derselben daher, wenn auch nicht indifferent, so doch durchaus passiv sei. Indifferent könne man allerdings von hier aus schon vom Standpunkt der Humanität aus den dortigen Zuständen gegenüber nicht sein, denn wenn auch von englischer Seite in dieser Beziehung vielfach stark übertrieben werde, so sei ja nicht zu leugnen, daß die Armenier schrecklichen Mißhandlungen seitens der muselmanischen Bevölkerung ausgesetzt seien. Nach den dem Minister zugehenden Berichten täten die türkischen Truppen auch tatsächlich nichts zum Schutz der christlichen Bevölkerung gegen die Kurden; der türkische Soldat sei nun einmal nicht dazu zu bringen, gegen seine Glaubensgenossen zu kämpfen. Man habe hier ganz dasselbe Schauspiel vor sich wie in Kreta. Einige Paschas hätten wohl guten Willen und wollten das ihrige zur Besserung der Zustände beitragen, ihre Bestrebungen seien jedoch nur vereinzelte und könnten gegenüber der sonst dort herrschenden Indolenz einer- und dem muselmanischen Fanatismus andererseits nicht aufkommen.

Wenn nun auch Rußland, fuhr Herr von Giers fort, diesen Verhältnissen gegenüber nicht gleichgültig sein könne, so sei es doch weit davon entfernt „de vouloir soulever la question Arménienne". Es sei ja richtig, daß die Armenien betreffenden Bestimmungen des Berliner Vertrages noch immer ihrer Ausführung harrten, Rußland habe aber an derselben kein Interesse und werde daher auch sicher nichts zu ihrer Beschleunigung tun. Die Gelüste auf ein weiteres Vordringen nach Kleinasien, welche die Engländer den Russen zuschrieben, lägen ihnen gänzlich fern. „Kars", meinte der Minister, „mußten wir nehmen wegen seiner Wichtigkeit als strategischer Punkt, und Batum hat aus kommerziellen Rücksichten Nutzen für uns; im übrigen kann uns durchaus nicht daran gelegen sein, unsere armenische und muselmanische Bevölkerung dort noch zu vermehren."

Im weiteren Verlauf der Unterredung wies Herr von Giers alsdann darauf hin, daß ein politisches Interesse in der armenischen Frage lediglich auf seiten der Engländer liege, und diese sich derselben daher auch so warm annähmen. Die Engländer wünschten, ein unabhängiges Fürstentum Armenien an der russischen Grenze kreiert zu sehen, welches in ähnlicher Weise wie Bulgarien als Bollwerk gegen

das Vordringen des gefürchteten russischen Einflusses nach dem Mittelmeer hin zu dienen hätte. Rußland aber habe einmal keine Veranlassung, sich ein zweites Bulgarien zu wünschen, dann aber würde ein autonomes Fürstentum Armenien für Rußland noch die Gefahr mit sich bringen, daß es bei den russischen Armeniern Velleitäten eines Beitritts zu diesem Fürstentum erwecken würde.

F. Pourtalès

Nr. 2178

Der Botschafter in Konstantinopel von Radowitz an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 177 Therapia, den 28. September 1890

In bezug auf Armenien wird der Sultan jetzt ebenso von russischer, wie von englischer Seite argwöhnisch gegen die Absichten des anderen Teils zu machen gesucht. Die Russen bestärken ihn in der Annahme, daß England das angebliche Bestreben der Armenier nach politischer Autonomie unterstütze, — wie es, nach dem mir hochgeneigtest mitgeteilten Berichte des Kaiserlichen Geschäftsträgers aus Petersburg vom 15. d. Mts.*, Herr von Giers ausgesprochen hat. Die Engländer warnen im Palais vor russischen Umtrieben in den türkisch-armenischen Provinzen und behaupten, daß bei allen den letzten Ausbrüchen armenischer Unzufriedenheit Agenten aus Russisch-Armenien beteiligt gewesen; der Zweck sei, eine russische Intervention, zu der schon alles vorbereitet, in den armenischen Grenzdistrikten herbeizuführen.

Der Sultan traut weder den Russen noch den Engländern, und die Folge davon ist, daß er um so mehr die aus Armenien ihm drohenden politischen Gefahren fürchtet und wenig geneigt ist zu ernsthaften Maßregeln für Besserung der Verwaltungs- und Justizzustände, auf die es doch allein dort ankäme. Am übelsten fährt dabei nach wie vor die armenische Bevölkerung selbst, für die sich Russen und Engländer so sehr interessieren.

Sir William White sagt mir, eine autonomistische Bewegung in Armenien existiere kaum, es sei dies nur die Parole der im Auslande, namentlich in London tätigen Komitees und finde Unterstützung bei Mr. Gladstone, nicht im geringsten aber bei der jetzigen Regierung. Das suche er immer wieder in Jildis begreiflich zu machen. Er hatte eben den Besuch des kurze Zeit hier anwesend gewesenen Mr. William Summers empfangen, des liberalen Parlamentsmitglieds, das am lebhaftesten für die „armenische Frage“ in England agitiert. Derselbe hat hier jemandem gesagt: für Gladstone und ihn habe die Beschäftigung mit Armenien nur den Zweck, dem Ministerium Salisbury Schwierigkeiten zu bereiten.

Radowitz

* Siehe Nr. 2177.

Nr. 2179

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau

Nr. 322 Berlin, den 6. Oktober 1890

Von einer Seite, welche sich bisher gewöhnlich gut unterrichtet erwiesen hat, wird auf die neuerdings von der russischen Regierung in der armenischen Frage beobachtete Haltung aufmerksam gemacht. Es wird dabei das besondere Entgegenkommen des Petersburger Kabinetts hervorgehoben, welches dem türkischen Botschafter Husni Pascha die beruhigendsten Versicherungen über seine Gesinnungen in der Frage gegeben habe. Die Unterhaltungen des Herrn von Giers mit dem Botschafter sollen bei diesem den Eindruck hinterlassen haben, daß die russische Regierung die Schwierigkeiten, welche die Einführung der versprochenen Reformen in Armenien verzögerten, vollkommen zu würdigen wisse. Mit dieser Haltung des offiziellen Rußland würde die Sprache der „Nowoje Wremja" übereinstimmen, welche jetzt den Armeniern den Rat erteile, die ohnehin verwickelte Lage nicht noch weiter zu erschweren und zunächst die Reformbestrebungen der Pforte abzuwarten. Husni Pascha soll von dieser Haltung in hohem Maße befriedigt sein und in diesem Sinne nach Konstantinopel berichtet haben.

Wenn diese Nachrichten zutreffen — und es liegt kein Grund vor, sie zu bezweifeln — so würde daraus hervorgehen, daß Rußland die Stimmung, welche das aus Gründen innerer politischer Natur sich neuerdings geltend machende Drängen Englands auf Einführung von Reformen beim Sultan hervorbringt, in seinem Interesse zu benutzen versucht und seinen in letzter Zeit etwas geschwächten Einfluß in Konstantinopel wiederherzustellen trachtet. Vielleicht ist damit die weitere Absicht verbunden, die Türkei zu fernerem Temporisieren in der brennenden Frage zu bewegen und den Armeniern damit den Beweis zu liefern, daß sie von dieser Seite nichts zu hoffen haben. Wie von verschiedenen Seiten bezeugt ist, sind seit einiger Zeit erhebliche russische Truppenkörper an der armenischen Grenze aufgestellt, und die russische Politik ist dadurch in der Lage, etwaige innere Störungen in dem Grenzgebiet ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Nach der oben angedeuteten Informationsquelle soll die Angelegenheit dort verschiedentlich in den diplomatischen Kreisen Gegenstand des Interesses sein. Ew. pp. teile ich daher das Vorstehende zu Ihrer persönlichen Information mit dem ergebenen Ersuchen mit, dasjenige, was Sie etwa über die Angelegenheit unter der Hand erfahren, hierher berichten zu wollen.

Marschall

Nr. 2180

Der Geschäftsträger in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 251 St. Petersburg, den 9. Oktober 1890

Den hohen Erlaß Nr. 322 vom 6. d. Mts., die Haltung Rußlands in der armenischen Frage betreffend*, habe ich durch königlichen Feldjäger zu erhalten die Ehre gehabt.

Meine Beobachtungen bestätigen die Nachricht von einem gewissen Entgegenkommen, welches das hiesige Kabinett der Pforte gegenüber in dieser Frage zeigt, vollkommen.

Wie ich seinerzeit zu berichten die Ehre hatte**, betonte Herr von Giers in einer vertraulichen Unterredung, die ich vor einigen Wochen mit ihm hatte, daß Rußland nicht das geringste Interesse daran habe: „à soulever la question arménienne“, und daß die neuerdings auftauchenden Nachrichten über die Zustände in Armenien, welche die im Berliner Vertrage vorgesehenen Reformen dringend notwendig erscheinen ließen, von englischer Seite lanciert wurden, weil England es gern sehen würde, wenn die Unabhängigkeitsbestrebungen der Armenier gefördert würden. Rußland, so sagte damals der Minister, beabsichtige gegenwärtig nicht, in der Reformfrage einen Druck auf die Pforte auszuüben.

Der hiesige türkische Botschafter äußert sich denn auch in der Tat sehr anerkennend über die ruhige Art, mit welcher die nach seinen Angaben sehr übertriebenen Nachrichten über die an Armeniern verübten Greuel hier aufgenommen werden. Er lobt das Verhalten der russischen Behörden in Armenien und hebt das zwischen ihnen und den türkischen Behörden herrschende Einvernehmen, sowie das Zusammenwirken derselben zur Bekämpfung der unruhigen Elemente hervor. „Wir können“, so bemerkte Husny Pascha mir gegenüber, „der russischen Regierung für die ruhige und korrekte Haltung, die sie in der armenischen Frage einnimmt, nur dankbar sein.“

Ich habe den Eindruck, als ob das hiesige Kabinett gegenwärtig möglichst zu vermeiden sucht, sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei zu mischen, vielmehr bestrebt ist, zu verhüten, daß schwebende Fragen brennend werden. Auch in der Patriarchenfrage***, in welcher

---

* Siehe Nr. 2179.

** Siehe Nr. 2177.

*** Seit längerer Zeit war, wesentlich veranlaßt durch die im Widerspruch mit dem griechischen Patriarchat erfolgte Ernennung dreier bulgarischer Bischöfe für Mazedonien, zwischen der Pforte und dem ökumenischen Patriarchen ein Konflikt im Gange, der im August 1890 zu der Amtsniederlegung des Patriarchen und zur Sperrung der griechischen Kirchen führte und erst gegen Ausgang des Jahres beigelegt werden konnte.

man sich hier nicht ganz desinteressiert zeigen kann, betont Herr von Giers immer wieder, daß er in Konstantinopel mit äußerster Mäßigung auftrete und lediglich eine vermittelnde Rolle behufs Beilegung des Konfliktes zu spielen bestrebt sei.

Ein meist gut informierter hiesiger Diplomat bestätigt mir diese Wahrnehmungen hinsichtlich der armenischen Frage; was die Patriarchenfrage dagegen betrifft, so hält es derselbe nicht für ausgeschlossen, daß russischerseits der Versuch gemacht werde, diesen Konflikt zu benutzen, um dem Großwesir Schwierigkeiten zu bereiten und seine Stellung zu untergraben.

F. Pourtalès

Nr. 2181

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Grafen von Caprivi

Ausfertigung

Nr. 265 London, den 29. März 1893

Als ich heute im Laufe der Unterhaltung Lord Rosebery gegenüber im Scherze die Bemerkung hinwarf, daß seine armenischen Freunde ja wieder von sich reden machten*, erwiderte er, daß ihm eine stattliche Anzahl von Entrüstungsschreiben über die Behandlung der armenischen Bischöfe durch die Türken zugegangen sei. Als ich ihn frug, ob ihm diese Kundgebung seiner Landsleute zu Vorstellungen bei der Pforte Anlaß gegeben hätten, entgegnete er, er habe keine Vorstellungen gemacht. Dagegen habe er, um sich hier zu decken, Sir Clare Ford, jedoch ohne damit einen Auftrag zu verbinden, angewiesen, den Vorgängen in Armenien seine Aufmerksamkeit zuzuwenden.

---

* Infolge der türkenfreundlichen Haltung Rußlands — siehe die voraufgehenden Schriftstücke — hatte auch die englische Regierung zunächst von einem energischen Vorgehen in der armenischen Frage abgesehen. Die wiederholten Erörterungen der Frage in dem englischen Unterhause seit 1890 boten dem Kabinett Salisbury noch keinen Anlaß aus seiner Reserve herauszugehen; im Gegenteil trat der parlamentarische Unterstaatssekretär des Auswärtigen Sir James Fergusson am 16. März 1891, laut eines Berichts des Botschaftssekretärs Grafen Metternich vom 17., warm für den Sultan und die Pforte ein, die die Ratschläge der englischen Regierung in Sachen der Armenier gern annehme und ihr möglichstes tue, um diese Zustände zu verbessern. Die offizielle englische Haltung änderte sich erst, seitdem im August 1892 die liberale Partei mit Gladstone und Earl of Rosebery ans Ruder gelangt war. Der Außenminister Rosebery suchte zwar zunächst auch in der armenischen Frage, für die er sich nach wiederholten Äußerungen zu Graf Hatzfeldt sehr wenig interessierte, noch die Politik Salisburys fortzuführen, indessen mußte er seit dem Frühjahr 1893, wo die armenischen Zustände wieder mehr von sich reden machten und in der englischen Öffentlichkeit immer stärkere Resonanz fanden, der armenierfreundlichen Haltung der liberalen Partei Rechnung tragen.

Der Minister knüpfte hieran die Bemerkung, es sei auffallend, daß gerade der linke Flügel der englischen Radikalen, welcher der Verteidiger der verderblichen Politik der Nichteinmischung Englands in die großen europäischen Fragen sei, sich stets da in die Verhältnisse fremder Länder einzumischen suche, wo es die Engländer nichts anginge.

P. Hatzfeldt

Nr. 2182

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 8. Oktober 1893

Der türkische Botschafter* suchte mich heute auf, um mir den Dank des Sultans auszusprechen für das rasche Dementi, welches wir der „Standard"-Nachricht von einem in Berlin beabsichtigten Armenierkongreß entgegengesetzt hätten; sodann teilte er mir mit, der Sultan habe ihn telegraphisch beauftragt, mir vertraulich Kenntnis zu geben, daß der englische Botschafter Sir Clare Ford nach seiner Rückkehr aus Urlaub bei dem Sultan „zwar nicht offiziell, aber doch offiziös" die armenische Frage angeregt und ihm den Rat gegeben habe, den Armeniern eine „administration autonome" zu gewähren. Der Sultan habe dies rundweg abgelehnt, da eine solche Einrichtung für die im ganzen Reiche zerstreuten Armenier zu unlösbaren Schwierigkeiten und Verwicklungen führen müsse und einen Axthieb an der Wurzel des Türkischen Reichs bedeute. Der Sultan erinnere sich nun, daß vor sieben bis acht Jahren Mr. Goschen, der damalige englische Botschafter, die Frage schon einmal angeregt, und damals auf Bitte des Sultans Kaiser Wilhelm I. seinen Botschafter in London beauftragt habe, der englischen Regierung zu raten, von weiterer Verfolgung dieser Frage abzustehen, die notwendig Unruhe in die inneren türkischen Verhältnisse bringen müsse. Mit Rücksicht auf diesen Vorgang bitte der Sultan den Deutschen Kaiser, er möge dem Grafen Hatzfeldt wiederum die gleiche Instruktion zukommen lassen, da die bloße Tatsache, daß England die armenische Frage angeregt habe und die Prätension der Armenier unterstütze, neue Verwirrungen hervorrufen werde.

Ich habe Tewfik erwidert, daß ich Seiner Majestät und dem Herrn Reichskanzler von seiner Mitteilung Kenntnis geben werde.

Marschall

---

* Tewfik Pascha.

Nr. 2183

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Kiderlen

Nr. 638 Berlin, den 10. Oktober 1893

Der Sultan hatte vor einigen Tagen hier durch Tewfik Pascha seine Beunruhigung über eine Nachricht des „Standard" aussprechen lassen, wonach angeblich in Berlin eine Versammlung von Armeniern zur Beratung der „armenischen Frage" stattfinden sollte. Ich habe sofort eine Dementierung dieser den Stempel der müßigen Erfindung tragenden Nachricht veranlaßt und füge zu Ew. Information das in der „Kölnischen Zeitung" erschienene Dementi hier bei.

Der Sultan hat für dasselbe durch den türkischen Botschafter danken, dabei aber gleichzeitig eine neuerliche Demarche, die Sir Clare Ford bezüglich Armeniens gemacht hat, zur Sprache bringen lassen.

Wie Ew. aus der in Abschrift beifolgenden Aufzeichnung über meine Unterredung mit Tewfik Pascha* ersehen wollen, wünscht der Sultan, daß wir bei der englischen Regierung dahin wirken möchten, daß sie jede Anregung der armenischen Frage unterlasse.

Diesem Wunsche des Sultans in der von ihm gedachten Weise zu entsprechen, sind wir um so weniger in der Lage, als wir gerade in neuerer Zeit auch in anderer Hinsicht jede Einmischung in die Beziehungen zwischen England und Türkei abgelehnt haben.

Auch in dem vom Sultan angerufenen früheren Falle sind unsere Ratschläge in London nicht so weit gegangen, als der Sultan jetzt anzunehmen scheint.

Die Angelegenheit, die dem Sultan jetzt als vor sieben bis acht Jahren zur Zeit des Botschafters Goschen spielend vorschwebt, ist offenbar das Vorgehen Lord Dufferins in der armenischen Frage im Jahre 1883**. Wir haben uns damals darauf beschränkt, jede eigene Mitwirkung in der Sache und jede Unterstützung der englischen Demarche abzulehnen und in London in vertraulicher und freundschaftlicher Weise auf die Gründe hinzuweisen, die nach unserer Ansicht das Vorgehen Lord Dufferins als inopportun und den englischen Interessen im Orient zuwiderlaufend erscheinen ließen. Eine ausführliche

---

* Siehe Nr. 2182.

** Am 8. Mai 1883 hatte der damalige englische Botschafter in Konstantinopel Lord Dufferin in einer Audienz beim Sultan höchst energisch die in der sogenannten Zypernkonvention vom 4. Juni und im Berliner Vertrag vom 13. Juli 1878 verheißenen armenischen Reformen zur Sprache gebracht und für den Fall der Nichterfüllung der erteilten Zusagen gedroht, daß England seine Hand definitiv und fest auf Ägypten legen und dort nur seine eigenen Interessen zu Rate ziehen werde.

Entwicklung dieser Gründe finden Ew. in den Erlassen an Graf Münster Nr. 169 vom 28. April 1882 und Nr. 84 vom 17. Mai 1883, von denen ich hier Abschrift wieder beifüge*.

Die dort angegebenen Gründe sehe ich noch heute als zutreffend an. Ich muß die Demarche des Sir Clare Ford als besonders inopportun gerade im jetzigen Momente betrachten, wo der Sultan durch die jüngsten Vorgänge sowohl in Armenien selbst als bezüglich Armeniens im englischen Parlament erregt ist. Das Entgegenkommen, das der Sultan gegenüber den Reklamationen der englischen Vertretung bezüglich einzelner Armenier gezeigt hat, muß ihn gegen eine prinzipielle Aufrollung der ganzen armenischen Frage seitens Englands besonders empfindlich machen. Es dürfte in der Tat dem Sultan, wie er selbst hervorhebt, schwer werden, selbst beim besten Willen „Reformen" in Armenien einzuführen. Die zum Teil berechtigten Beschwerden der Armenier würden aber auch durch auf dem Papier stehende „Reformen" kaum beseitigt werden; sie liegen in dem ganzen System der türkischen Verwaltung begründet, das, solange die Türkei überhaupt besteht, niemals funditus wird geändert werden können. Zum Teil aber sind auch die Unbilden, unter denen die Armenier leiden, nur der natürliche Rückschlag der maßlosen Agitationen der in London bestehenden armenischen Komitees, welche von sicherem Orte aus ohne Rücksicht darauf, daß sie ihre Landsleute in der Heimat kompromittieren, den Sultan und seine Behörden reizen und mit nicht ganz unberechtigtem Mißtrauen erfüllen.

Trotz aller dieser Gründe, welche gegen die Opportunität des jüng-

---

* Im Erlaß an den Botschafter in London Grafen Münster vom 28. April 1882 hieß es: „Wenn die englische Regierung für Reformen in Armenien engagiert ist, so können wir ihr nach der Ansicht des Fürsten von Bismarck nur anheimstellen, die Angelegenheit mit Mäßigung zu verfolgen. Auf die türkischen inneren Angelegenheiten würden wir unsererseits kaum imstande sein, einen Druck auszuüben, ohne beim Sultan das Vertrauen zu verlieren, welches wir im Interesse des europäischen Friedens zu verwerten bemüht sind." Noch deutlicher ließ sich der Erlaß vom 17. Mai 1883 aus: „Ich vermag nicht einzusehen, welches Interesse England daran haben kann, den Sultan zu beunruhigen. Die sogenannten ‚armenischen Reformen' sind ideale und theoretische Bestrebungen, welche in dem ornamentalen Teile der Kongreßverhandlungen eine schickliche Stelle behufs parlamentarischer Verwertung erhalten haben. Ihre praktische Bedeutung, wie auch die Sache verlaufen mag, ist von sehr zweifelhaftem Werte und für die Armenier zweischneidig. — Nach unserer Auffassung der Verhältnisse kann es nicht Aufgabe der englischen Politik sein, die Lebensfähigkeit des osmanischen Reiches zu schmälern und auf Lockerung der Bande, welche Armenien mit der Türkei verbinden, hinzuarbeiten. Eine Einmischung in diese inneren Angelegenheiten würde aber der beste Weg zur Erreichung jenes schwerlich erstrebten Zieles sein. — Im Interesse des europäischen Friedens und der Ruhe im Orient bedauere ich die Demarche Lord Dufferins und kann mich einer Politik nicht anschließen, welche ihre praktischen Ziele einem vorübergehenden philanthropischen Nimbus opfert. Tatsächlich wird Armenien deshalb nicht besser regiert und das kurdische Räuberwesen nicht abgestellt werden."

sten Vorgehens des englischen Botschafters in Konstantinopel sprechen, sind wir, wie bereits erwähnt, nicht in der Lage, dem Wunsche des Sultans einer Intervention in London formell zu entsprechen. Ich stelle jedoch Ew. anheim, gelegentlich die Sprache auf die jüngste Demarche Sir Clare Fords zu bringen und festzustellen, ob derselbe in der Tat beauftragt war, gerade im jetzigen Moment vorzugehen. Im Jahre 1886 hatte, wie sich Ew. wohl erinnern werden, Sir Edw. Thornton in einem ähnlich ungünstigen Moment dem Sultan ein Promemoria bezüglich Armeniens übersandt*, von dem sich dann herausstellte, das es der Botschafter noch von Lord Dufferin zur „gelegentlichen" Verwertung überkommen hatte, so daß die Wahl des ungünstigen Moments lediglich auf Rechnung des Botschafters kam.

Ihrem Ermessen überlasse ich dabei, ob Sie es für möglich und nützlich halten, einige Worte über den Eindruck fallen zu lassen, den die Demarche bereits auf den Sultan gemacht hat, und über die Gefahr, den Sultan, den Ägypten schon von England drängt, mehr und mehr in das englandfeindliche Lager zu treiben, ohne selbst auf rein humanitärem Gebiet irgend etwas Praktisches zu erreichen. Von der Aufnahme, welche eine in diesem Sinne Ihrerseits hingeworfene Bemerkung findet, wird es abhängen müssen, ob Euere pp. sich auf eine Entwicklung der in den Erlassen von 82 und 83 enthaltenen Gesichtspunkte einlassen.

Marschall

Nr. 2184

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 157 Pera, den 16. November 1894

Während der mir gelegentlich meiner Rückkehr von Urlaub heute gewährten Audienz brachte Seine Majestät der Sultan das Gespräch auf die neuerdings in Armenien ausgebrochenen Unruhen und erzählte mir ausführlich die Vorgänge, wie sie ihm gemeldet worden waren, um, wie er sagte, mich in die Lage zu setzen, etwaige tendenziöse Entstellungen des wahren Tatbestandes zu widerlegen.

Nach den Seiner Majestät zugegangenen Meldungen hätten arme-

---

* In diesem der Pforte am 16. August 1886 übergebenen Memorandum war, wie Radowitz am 23. August berichtet hatte, in ziemlich scharfer Sprache ausgeführt worden, daß die Türkei die Versprechungen von 1878 nicht erfüllt habe, daß inzwischen die Zustände in den armenischen Provinzen sich verschlimmert hätten, und daß es im eigensten Interesse des Sultans und des türkischen Reiches jetzt die höchste Zeit sei, ernstlich Abhilfe der großen Mißstände zu schaffen, namentlich durch die Wahl besserer Generalgouverneure.

nische Agitatoren in der Gegend von Sassun (südlich des Wansees) die armenische Bevölkerung aufgereizt, die Steuern nicht zu zahlen und Gewalttätigkeiten gegen die Muselmanen und die Behörden zu begehen. Es hätten sich die Armenier zusammengerottet und einen förmlichen Aufstand gegen die türkischen Behörden in Szene gesetzt. Dabei hätten die Armenier sich der grausamsten Akte schuldig gemacht, wehrlose Türken förmlich zerfleischt und mit Pulver, das sie entzündeten, gemartert. — Die Absicht der Armenier sei augenscheinlich, erst durch Exzesse die Türken zu reizen und bei der Gegenwehr der letzteren über Verfolgung zu klagen, das Mitleid Europas und namentlich der Engländer zu erwecken, wenn die kaiserlichen Truppen, um Ordnung zu schaffen, mit Waffen in der Hand einzuschreiten gezwungen wären.

Die Wiederholung der sogenannten „Bulgarian atrocities" sei den Armeniern ein erwünschtes Mittel, zu versuchen, gleich jenen Balkanvölkern zu einer gewissen Selbständigkeit zu gelangen. Nur sei in Kleinasien — meinte der Sultan — der Unterschied der, daß die Armenier nirgends eine geschlossene Bevölkerung bilden und keine Berechtigung zur Autonomie hätten. Es seien übrigens, wie Seine Majestät hinzufügte, die Armenier in ihrer rebellischen Haltung dadurch ermutigt worden, daß der in Wan residierende englische Konsul von Ort zu Ort gereist ist, angeblich um Land und Leute zu studieren, und durch sein Erscheinen bei den aufgeregten Gemütern der Armenier den Glauben erweckte, als interessierte er sich für dieselben und für die Bewegung.

Auch sei in Armenien vielfach die Überzeugung verbreitet, daß die „roten Röcke" (die Engländer) demnächst kommen würden, um das Land zu befreien.

Der Sultan erzählte mir ferner, daß verschiedene als Türken verkleidete Armenier festgenommen worden seien, die als agents provocateurs an ihren eigenen Landsleuten Gewalttätigkeiten und Mord verübten, um den Verdacht auf die Türken zu lenken und gegen letztere die Bevölkerung zu reizen[1]. Er habe befohlen, daß diese Leute in ihrer Verkleidung vor Gericht geführt würden.

Ferner seien dem englischen Botschafter Türken namhaft gemacht worden, die angeblich eine Anzahl Armenier ermordet hätten, während er (der Sultan) in der Lage gewesen sei, dem Botschafter den Beweis beizubringen, daß gerade diese benannten Türken durch die Armenier ermordet worden seien, wodurch doch jene Beschuldigung widerlegt wäre.

Seine Majestät versicherte mich ferner, daß kein wahres Wort an dem tendenziösen Gerede sei, als hätten die Truppen und der Marschall Zeki Pascha Tausende von Armeniern niedergemetzelt. Das wäre eine böswillige Verleumdung[2]. Der Sultan beabsichtige indessen, eine Kommission von zuverlässigen Männern nach der Gegend von Sassun

zu entsenden, um die Wahrheit festzustellen und, sollten wirklich Exzesse seitens der Truppen vorgefallen sein, die Schuldigen exemplarisch zu bestrafen.

Er habe ferner gehört, der englische Botschafter* wolle seinen Militärattaché, Colonel Chermside, nach Armenien senden, um seinerseits den durch den englischen Konsul in Wan gemeldeten Tatbestand festzustellen. Das könne er nicht billigen, denn das Erscheinen eines englischen Offiziers würde den hellsten Aufstand bei den Armeniern zur Folge haben[3], die darin eine offizielle englische Unterstützung erblicken würden.

Ich erlaubte mir, Seiner Majestät zu bemerken, daß die Armenier wohl schon seit langer Zeit bemüht seien, durch agitatorische und revolutionäre Bewegungen das Interesse namentlich Englands wachzurufen; daß die türkischen Lokalbehörden leider aber auch den üblen Ruf hätten, die Bevölkerung zur Verzweiflung zu treiben, um bei Niederdrückung der infolgedessen entstehenden Unruhen Seiner Majestät gegenüber ihre Verdienste besonders zur Geltung zu bringen. Es wäre wohl geraten, daß Seine Majestät besser beleumundete Personen zur Ausführung seiner guten Intentionen wähle, seinen Truppen und deren Führern die größte Vorsicht bei Behandlung der erregten Bevölkerung anbefehle, um den revolutionären Bewegungen die Spitze abzubrechen[4] und fremden Mächten den Vorwand zu nehmen, zugunsten der Armenier zu intervenieren.

Wiewohl Seine Majestät mich zu überzeugen suchte, daß seine Behörden und Truppenführer keiner Augendienerei und keiner Grausamkeit fähig wären, so hoffe ich doch, daß meine Warnung nicht ganz ohne Eindruck geblieben ist. Aber leider ist das Spionensystem und das Denunziationswesen so tief hier eingewurzelt, daß keiner der wirklich ehrlichen und zuverlässigen Beamten und Generale die Möglichkeit hat, durchzudringen und, ohne verleumdet zu werden, dauernd das Vertrauen des Sultans zu bewahren.

Bei dieser seit einer Reihe von Jahren stets zunehmenden revolutionären Bewegung in Armenien liegt die Gefahr nahe, daß die Engländer vermöge des Zypernvertrages einerseits und die Russen wegen der Nähe ihrer eigenen armenischen Provinzen andererseits diese Frage schließlich ernst aufnehmen und die Regelung derselben im Interesse der Armenier verlangen werden. Da nun aber der Sultan mir aufs feierlichste erklärte, er schwöre mir, daß er unter keinen Umständen dem ungerechten armenischen Druck nachgeben und eher sterben würde, als in Armenien weitergehende autonome Reformen einzuführen, könnte möglicherweise zwischen ihm und den interessierten Mächten eine ernste, vielleicht unabsehbare Komplikation entstehen, die von neuem die große orientalische Frage in Fluß bringen könnte.

---

* Sir Philip Currie.

Zum Schluß dieser Unterredung bat mich der Sultan, Seiner Majestät dem Kaiser, für allerhöchstwelchen er die aufrichtigsten Gefühle der Freundschaft hege, und in welchen er das größte Vertrauen setze, Kenntnis von Vorstehendem zu geben und allerhöchstdenselben zu bitten, Ihre Majestät die Königin von England von der Grundlosigkeit der armenischen Beschwerden zu überzeugen[5] und auf die Königin und ihre Regierung im Namen der Gerechtigkeit einzuwirken, von der Parteinahme für ein so gefährliches revolutionäres Element abzustehen, welches schließlich den Frieden und das Gleichgewicht stören müßte[6].

Ich habe hierauf erwidert, daß weder die Königin von England noch die Regierung es seien, die für Armenien besondere Sympathien hegten, sondern eine Anzahl einflußreicher Männer im Parlament, mit denen die Regierung rechnen müßte, und so sei es zwecklos, in dem gewünschten Sinne auf Ihre Majestät zu wirken. Eine bessere Verwaltung der armenischen Provinzen würde mehr als irgend etwas anderes dazu beitragen, die Ordnung wiederherzustellen und die Klagen und Beschwerden der Armenier zu entkräftigen[7].

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?

[2] !

[3] Das schadet ja nichts! Dadurch muß ja England Farbe bekennen

[4] gut

[5] ich werde den Teufel thun

[6] wenn die Briten dabei sich die Finger verbrennen so will ich sie nicht daran hindern

[7] richtig

Nr. 2185

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 159 Pera, den 23. November 1894

Euerer Durchlaucht habe ich bereits zu melden die Ehre gehabt, daß der Sultan beschlossen hat, eine besondere Kommission nach Armenien zu schicken, um über die in der Presse vielfach erörterten Vorgänge in Sassun eine Untersuchung anzustellen. Die englische Botschaft hat sich hiermit einverstanden erklärt und von der Entsendung eines eigenen Kommissars Abstand genommen.

Die Kommission ist jetzt vom Sultan ernannt und besteht aus dem Divisionsgeneral Abdullah Pascha, dem Brigadegeneral Hafiz Tewfik Pascha und dem Direktor der Sparkassenverwaltung Omer Bey.

Die beiden genannten Generale, von denen der erstere dem General Freiherrn von der Goltz zugeteilt ist, haben drei Jahre in der König-

lich preußischen Armee Dienst getan und erfreuen sich eines guten Rufes; ebenso wird Omer Bey als ein rechtschaffener Beamter gerühmt. Über den Zeitpunkt der Abreise der Kommission war nichts bestimmt worden, doch glaubte man auf der englischen Botschaft Grund zur Annahme zu haben, daß, nachdem die Pforte der Gefahr einer Entsendung eines englischen Kommissars entgangen zu sein schien, die Abreise der Kommission unter allerhand Vorwänden würde verzögert werden. Sir Philip Currie hat daher namens seiner Regierung dem Sultan erklärt, die Kommission müsse spätestens am Sonntag, den 25. d. Mts., die Reise antreten, widrigenfalls der Militärattaché Oberst Chermside den Befehl erhalten würde, sich sofort nach Armenien zu begeben. Die öffentliche Meinung in England sei durch die Berichte über die Vorgänge von Sassun so aufgeregt, daß die Regierung zu ihrer Rechtfertigung vor dem Parlament nachweisen müsse, mit welchem Interesse sie sich der Sache angenommen habe.

Auch Lord Kimberley* hat sich Rustem Pascha** gegenüber — nach dessen Meldung — in gleichem Sinne ausgesprochen und dabei durchblicken lassen, daß der Bestand des Kabinetts gefährdet sei, wenn ihm der Sultan nicht die Mittel an die Hand gebe, die öffentliche Meinung zu beruhigen.

Die Forderung des englischen Botschafters war in der Form sehr versöhnlich gehalten; er hat dem Sultan dargestellt, daß England nicht den Wunsch habe, ihm wegen der Armenier Schwierigkeiten zu bereiten, aus denen nicht England, aber andere Staaten Vorteil ziehen würden, und daß es in seinem Interesse liege, aus eigener Initiative Maßregeln zu ergreifen, um die gegen die Türkei in Europa herrschende Mißstimmung zu beseitigen.

Wie ich höre, hat der Sultan den Befehl gegeben, daß die Kommission noch vor nächsten Sonntag sich auf die Reise begibt.

Radolin

Nr. 2186

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 160 Pera, den 28. November 1894

Die zur Untersuchung der Vorgänge in Sassun auf englisches Betreiben eingesetzte türkische Kommission, über die ich unter Nr. 159 vom 23. d. Mts. zu berichten die Ehre hatte***, ist, verstärkt durch einige

* Earl of Kimberley, Staatssekretär des Auswärtigen im Kabinett Rosebery (seit 11. März 1894).
** Türkischer Botschafter in London.
*** Siehe Nr. 2185.

Offiziere und einen Ulema, gestern nach ihrem Bestimmungsort abgegangen. Noch bis zum letzten Augenblick war der Sultan unschlüssig, und nur der anhaltenden Einwirkung des Ministers des Äußeren* ist es zu danken, daß die Kommission sich auf die Reise begeben hat. Im vertraulichen Gespräch gestand Said Pascha, daß er leichter aufgeatmet habe, als feststand, daß die Mitglieder der Kommission sich eingeschifft hatten. Viel versprach er sich von ihrer Tätigkeit allerdings nicht, aber er meinte, daß die Pforte dadurch Zeit gewinne und unterdessen die Aufregung, in welche die öffentliche Meinung Englands versetzt worden sei, beschwichtigen könne.

Inzwischen hat die Pforte durch die Zeitungen die im Ausschnitt gehorsamst beigefügte Bekanntmachung veröffentlichen lassen, in welcher die Vorgänge in Sassun als Räuberakte der dortigen Armenier bezeichnet werden, und die Aufgabe der Kommission als darin bestehend dargestellt wird, die Untersuchung über die räuberische Handlungsweise der Armenier zu führen.

Sobald Lord Kimberley von dieser amtlichen Bekanntmachung Kenntnis erhalten, hat er — nach einem Telegramm Rustem Paschas von gestern — den türkischen Botschafter zu sich gebeten und ihm in sehr kategorischer Sprache erklärt, daß nach dem Wortlaut der Bekanntmachung der Kommission eine ganz andere Aufgabe zugewiesen sei als die von England verlangte; die öffentliche Meinung sei hierdurch in hohem Grade gegen die Türkei aufgebracht; von allen Seiten werde er gedrängt, die konsularischen Berichte über die Zustände in Armenien und die letzten Vorgänge daselbst zu veröffentlichen; bisher habe er damit noch zurückgehalten, um der Pforte keine Verlegenheit zu bereiten, und auch von den vertragsmäßigen Rechten Englands keinen Gebrauch machen wollen; jetzt könne er dem Andrange nicht länger widerstehen; die unkluge Handlungsweise der Pforte zwinge die englische Regierung, aus der Zurückhaltung, die sie sich auferlegt habe, herauszutreten; einige Staaten fingen schon an, sich mit der armenischen Frage zu beschäftigen, und er sehe voraus, daß diese bisher interne türkische Frage demnächst eine europäische werden würde. Im Einverständnis mit Lord Rosebery sei der Ministerrat zusammenberufen, um über die zukünftige Haltung Englands zu beraten, und würden die Beschlüsse desselben die weittragendsten Folgen für die Türkei haben.

In seinem Telegramm bemerkt Rustem Pascha noch, er habe versuchen wollen, die Haltung der Pforte zu erklären, Lord Kimberley habe aber jede Diskussion mit dem Bemerken abgelehnt, daß es reine Zeitvergeudung sein würde.

Die Meldung Rustem Paschas hat auf die Pforte und namentlich auf Said Pascha einen niederschmetternden Eindruck gemacht; in seinem

* Said Pascha.

Unmute sagte er vertraulich, daß die Mißwirtschaft der türkischen Beamten diese Zustände in Armenien hervorgerufen hätte; er habe wiederholt dem Sultan dargelegt, daß, wenn hierin keine Wandlung zum Besseren geschaffen werde, Rußland mit oder ohne europäisches Mandat im Interesse der eigenen Sicherheit die armenischen Provinzen der Türkei besetzen würde, um dort Ordnung zu schaffen; geschehe dies, dann sei dieser Teil des Reiches unrettbar verloren, trotz der zahlreichen Marschälle, die der Sultan um sich habe. Leider höre man in Jildis lieber auf den Rat elender Kreaturen als auf die Vorschläge der Pforte, und zu seinem Bedauern müsse er sagen, daß er in seinen Bemühungen keinen Rückhalt beim Großwesir* habe, der mehr um die Gunst des Sultans als um die Interessen des Reiches besorgt sei.

Heute hat mir der Sultan den Generalsekretär des Ministeriums des Äußeren, Salih Munir Bey, mit dem Auftrage zugeschickt, mir vom Telegramm Rustem Paschas vertraulich Kenntnis zu geben und die Kaiserliche Regierung zu bitten, falls einige Mächte in der armenischen Frage Schritte bei der Pforte tun sollten, an denselben nicht teilzunehmen. Ich habe dem Abgesandten des Sultans erwidert, die freundschaftlichen Gesinnungen Seiner Majestät des Kaisers für die Person des Sultans seien bekannt; in den orientalischen Fragen habe die Kaiserliche Regierung niemals die Initiative ergriffen, letztere vielmehr den direkter beteiligten Mächten überlassen und sich eine von ihrem aufrichtigen Interesse am Wohle der Türkei eingegebene Zurückhaltung auferlegt[1]. Meine persönliche Ansicht über den vorliegenden Fall sei, daß die guten Absichten des Sultans, über die kein Zweifel bestehe, von den Beamten mangelhaft ausgeführt würden. Durch Gerechtigkeit für alle ohne Unterschied könne die armenische Frage sofort beseitigt werden. Ich müßte mich aber fragen, ob die Beamten, die sich an der Spitze der Verwaltung der asiatischen Grenzprovinzen befänden, geeignet seien, die Befehle des Sultans auszuführen. Um nur ein Beispiel anzuführen, hätte ich vor einigen Tagen die Ernennung Bahri Paschas zum Generalgouverneur von Kharput (Mamuret ul Aziz) gelesen. Dieser Bahri Pascha sei von seinem Posten als Gouverneur von Pera abgesetzt worden, weil er mit einer Falschmünzerbande in Verbindung gestanden habe[2]. Später, im Herbst 1890, als er Gouverneur der asiatischen Vorstadt Skutari gewesen, habe England dessen Absetzung und Bestrafung verlangt, weil er den wegen seiner Grausamkeiten gegen die Armenier bekannten Kurdenhäuptling Mussa Bey, der ein Verwandter Bahri Paschas ist und nach der Hauptstadt gebracht worden war, um abgeurteilt zu werden, aus dem Gefängnis hatte entweichen lassen[2] und in seinem Hause verborgen hatte. Wenn ein solcher Mann im gegenwärtigen Augenblick an die Spitze einer armenischen Provinz trete, dürfe man sich nicht wundern, wenn die

---

* Djevad Pascha.

öffentliche Meinung Englands dies als einen Schlag ins Gesicht empfinde und die Regierung zwinge, weiter zu gehen, als sie es selbst wünsche. Ich sei nicht berufen, mich in diese Angelegenheiten zu mischen, und bäte den Sultan zu glauben, daß ich nur aus persönlichem Interesse für ihn, und weil er mir durch Zusendung einer Vertrauensperson Anlaß dazu gegeben habe, mich habe bestimmen lassen, eine Meinung zu äußern.

Nach meiner Überzeugung ist die nähere Umgebung des Sultans zu verblendet und der Sultan selbst zu sehr unter ihrem Einfluß, als daß eine Besserung der Verhältnisse zu erhoffen wäre. Mein Zweck, als ich mich in ein eingehendes Gespräch mit seinem Abgesandten einließ, war auch nur, weiteren Wünschen zuvorzukommen, die uns ungelegen wären[1].

Sir Philip Currie ist selbstverständlich sehr ärgerlich und besorgt über die Wendung, welche die Dinge nehmen, aber ich kann ihm das Zeugnis nicht versagen, daß er mit besonnener Ruhe sich die größte Mühe gibt, die Pforte und Jildis von weiteren Fehlern abzuhalten.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] !
Schlußbemerkung des Kaisers:
Gut

Nr. 2187

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 Pera, den 30. November 1894

Sultan läßt mir mitteilen, daß gestriger Ministerrat in London beschlossen habe, energischen Protest an Pforte zu richten, weil nach amtlicher türkischer Kundgebung die nach Armenien entsandte Kommission beauftragt ist, Untersuchung gegen armenische Übeltäter zu führen und nicht, wie England verlangt hatte, alle schuldigen Behörden und Truppenführer zur Rechenschaft zu ziehen. Eine in Aussicht gestellte Note solle dann weitere Forderungen Englands bezüglich der Armenier formulieren. Der englische Botschafter habe als seine persönliche Ansicht erklärt, daß die sofortige Absetzung der Gouverneure in den armenischen Provinzen und die Ernennung einer unparteiischen Untersuchungskommission, welche unter Zuziehung der englischen Konsuln das Ergebnis ihrer Ermittelungen den Signatarmächten mitzuteilen hätte, ihm als geeignetes Mittel erscheine, der erwähnten Note zuvorzukommen. Sultan wolle vorerst Bericht der bereits abgesandten Kom-

mission abwarten, ehe er hierüber schlüssig wird, und bitte, daß, wenn England gemeinschaftliche Schritte gegen Pforte vorschlagen sollte, die Kaiserliche Regierung ihm gegenüber eine wohlwollende Haltung einnehmen möchte. Ich habe höflich geantwortet, daß eine Besserung der notorisch schlechten Verwaltung der Grenzprovinzen dem Interesse des Sultans am meisten entsprechen würde.

Bericht über Lage der Frage unterwegs*.

Radolin

Nr. 2188

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Konstantinopel Fürsten von Radolin

Telegramm.

Konzept von der Hand des Ständigen Hilfsarbeiters Mumm von Schwarzenstein

Nr. 70 — Berlin, den 1. Dezember 1894

Antwort auf Telegramm Nr. 70**.

Die von dem Sultan gewünschte wohlwollende Haltung bezüglich der Vorgänge in Sassun würde nur so weit denkbar sein, als wir in die Lage gesetzt werden, die von der Pforte nachträglich ergriffenen Maßnahmen als ausreichend zu erklären. Eine bloße Untersuchung gegen armenische Übeltäter würde diesem Zweck keinesfalls entsprechen.

Darüber, ob die Sassunfrage Anlaß geben wird, um die Verwirklichung des von Lord Rosebery in der Guildhallrede und anderweitig in Aussicht gestellten englisch-russischen Einvernehmens*** einzuleiten, ist hier bis jetzt nichts bekannt. Die Möglichkeit ist keinesfalls ausgeschlossen, namentlich dann nicht, wenn die türkischen Maßnahmen solche sind und bleiben, daß man sie nur als Mittel zur Beschönigung des Geschehenen auffassen kann. Ew. pp. stelle ich anheim, das Vorstehende in der Ihnen geeignet scheinenden Weise vollständig aber vertraulich zu verwerten.

C. Hohenlohe

Nr. 2189

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 162 — Pera, den 5. Dezember 1894

Nachdem der Sultan in letzter Zeit zu wiederholten Malen einen seiner Vertrauensmänner, Munir Bey, zu mir geschickt hatte, um mich

---

* Siehe Nr. 2186.

** Siehe Nr. 2187.

*** Vgl. dazu Kap. LV, Nr. 2161, S. 159, Fußnote.

über die armenische Angelegenheit auf dem laufenden zu erhalten und mir immer wieder die Versicherung zu geben, daß alle in und durch die englische Presse verbreiteten Nachrichten über türkische Exzesse gegen die Armenier falsch seien, und daß im Gegenteil die Armenier sich schuldig gemacht hätten, die Muselmanen anzugreifen und Mordtaten zu vollbringen, schickte Seine Majestät mir gestern den Kammerherrn Raghib Bey, um mir im höchsten Auftrage mitzuteilen, daß der englische Botschafter sich mit dem Vorschlage des Sultans einverstanden erklärt habe, als unparteiischen Beurteiler der Vorgänge bei Sassun den amerikanischen Generalkonsul dorthin zu senden, vorausgesetzt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich damit einverstanden erklären würde. Der englische Botschafter habe, wie mir Raghib Bey sagte, vorgeschlagen gehabt, die zwei englischen Konsuln von Erserum und Wan nach den aufständischen Distrikten zu schicken, um in Gemeinschaft mit der abgesandten Kommission den wahren Tatbestand festzustellen. Auf dringende Vorstellung des Sultans, von dieser englischen Sendung Abstand zu nehmen, weil dadurch die Armenier zum Widerstand ermutigt würden, hat sich Sir Ph. Currie bewegen lassen, den vorerwähnten Vorschlag anzunehmen[1].

Raghib Bey habe ich in der eindringlichsten Weise wiederholt, was ich Munir bereits gesagt hatte, daß, wenn die türkische Regierung fortführe, nur halbe Maßregeln zu ergreifen und nicht schonungslos alle Schuldigen, gleichviel ob Muselmanen oder Armenier, zu bestrafen, wenn sie nicht alle die notorisch schlechten Gouverneure und Generale der Provinzen rücksichtslos entfernte und durch zuverlässige Beamte — von denen es noch viele gibt — ersetzte[2], sie nicht nur nicht den Aufstand beseitigen und alle Sympathien in Europa verlieren, sondern schließlich die Provinzen einbüßen würde. Es handle sich um die Existenz der Türkei. Nachdem ganz Rumelien durch die Ungeschicklichkeit der Regierung verloren gegangen sei, würde der größte Teil Kleinasiens mit der Zeit verloren gehen. Die Russen könnten Unruhen, wie die von Sassun, an ihrer Grenze auf die Länge nicht ertragen; der eigenen Ruhe wegen müßten sie die Grenze besetzen und möglicherweise auf türkisches Gebiet einrücken, um dort Ordnung zu schaffen. Das würde zunächst eine freundschaftliche Besetzung sein, die schließlich zu einer dauernden würde.

Was in den Grenzdistrikten sich zutrüge, würde auch aufs Innere des Landes sich ausdehnen mit der unvermeidlichen Zunahme der armenischen Unruhen. Gleichzeitig wären in Syrien ernste Unruhen bei den Arabern zu befürchten, die der türkischen Regierung feindlich sind. Wie ich bestimmt in Erfahrung gebracht hätte, sei die französische Propaganda mit Erfolg tätig. —

Dieses würden die unvermeidlichen Folgen einer ungeschickten Behandlung der jetzigen Unruhen in Armenien sein. Ich bäte ihn, Raghib Bey, als Antwort auf den Rat, den der Sultan von mir er-

beten, dies alles Seiner Majestät unumwunden vorzustellen und darauf zu dringen, daß ernste Maßregeln ergriffen würden, um Europa zu zeigen, daß die Regierung des Sultans die feste Absicht hat, die Zustände zu bessern und gerecht zu sein für alle Untertanen ohne Unterschied der Rasse und des Bekenntnisses. Ich wolle dahingestellt sein lassen, wer den jetzigen Aufstand provoziert habe, ob die Armenier oder Türken. Eber eins sei klar, daß, wenn nicht ein unerträglicher Zustand infolge der schlechten Verwaltung in jenen Gegenden bestände, das Terrain für die revolutionären Ideen, die von den armenischen Komitees im Auslande in die ruhige und unterdrückte Landbevölkerung jener Gebirgsdistrikte eingeschleppt werden, nicht so günstig wäre, wie es ist.

Man müsse die dortigen Armenier nicht mit denen der Hauptstadt und der größeren Städte verwechseln, die wirklich kein Interesse verdienten. Jene Bewohner des Inneren seien harmlose Menschen, die nur Schonung ihrer Habe und ihres Gutes, sowie ihres Lebens verlangen, sonst aber in Eintracht mit den Muselmanen leben. Durch die fortwährenden Erpressungen der Lokalbehörden seien sie in einen Zustand der Verzweiflung geraten und ließen sich infolgedessen von den revolutionären Einflüsterungen der politischen Agitatoren fortreißen. Ich bezweifelte nicht, daß die Armenier sich auch arge Gewalttätigkeiten und sogar Greuel haben zuschulden kommen lassen, aber ich könne nicht glauben, was dem Sultan gemeldet worden sei, daß nicht auch die türkischen Truppen grausam gehaust hätten.

Ich sei überzeugt, daß Seine Majestät von den besten, humansten und gerechtesten Intentionen beseelt sei, aber die Ausführung derselben sei leider, wie die Erfahrung beweise, eine sehr schlechte, und es werde dem Sultan niemals die Wahrheit gemeldet. Seine Majestät wisse, daß keine europäische Regierung so uneigennützig in der hiesigen Frage sei wie die deutsche, und, wenn ich mir erlaubte, in so deutlicher Weise zu sprechen, es im reinsten Interesse für Seine Majestät sei und für die Erhaltung seines Reiches, das mir ernstlich gefährdet scheine[2].

Wie ich Raghib Bey kenne, wird er wohl Seiner Majestät wiederholen, was ich ihm gesagt habe.

Einen Erfolg glaube ich durch meine Munir Bey gegenüber gemachte Warnung erzielt zu haben, daß nämlich von der Entsendung des berüchtigten Bahri Pascha* nach Bitlis Abstand genommen worden ist. Derselbe hat den Befehl erhalten, sich krank zu melden und um seine Entlassung zu bitten. Ich hoffe, daß Seine Majestät dem wohlgemeinten Rat folgend auch weitere Veränderungen im Verwaltungspersonal gestatten wird. —

Die Bereitwilligkeit, mit welcher Sir Ph. Currie auf den Vorschlag

* Vgl. Nr. 2186.

des Sultans, statt der englischen Konsuln den amerikanischen der Untersuchungskommission beizugeben, eingegangen ist, beweist von neuem, daß England nicht die Absicht hat, die Frage einer definitiven Lösung entgegenzuführen, und es ihm nur daran liegt, sich eines, wenn auch nur scheinbaren Erfolges zu bedienen, um den inneren Schwierigkeiten seiner Regierung, dem Parlament und der Presse, entgegentreten zu können.

Der russische Geschäftsträger sagte mir zwar, England habe versucht, die Petersburger Regierung zu gemeinschaftlichem Vorgehen in der armenischen Frage zu bestimmen, habe aber keine Geneigtheit dazu — wenigstens für den Augenblick — gefunden. Wie weit diese Angabe richtig ist, kann ich von hier aus nicht beurteilen.

Im Palais von Jildis glaubt man, daß der englische Botschafter diese Gelegenheit benutzen will, um als Entschädigung für die Mäßigung Englands in der armenischen Frage eine Ausdehnung der in englischen Händen befindlichen Eisenbahn Smyrna—Aidin zu erlangen. Ich will nicht leugnen, daß diese türkische Annahme mir begründet erscheint, denn Sir Ph. Currie läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne mir in bitterstem Tone zu sagen, England könne es uns nicht verzeihen, daß wir bei den Eisenbahnbauten in Kleinasien England beiseite geschoben und uns an die Stelle gesetzt hätten, die es als ihm zukommend betrachtete*.

Radolin

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] !
[2] Gut.

Nr. 2190

Der Botschafter in Petersburg von Werder an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 191 Petersburg, den 8. Dezember 1894

Die armenische Angelegenheit betreffend höre ich, daß die englische Regierung die russische und die französische eingeladen hat, gemeinsame Schritte zur Klärung derselben zu tun. Man hat sich auf diese zwei Mächte beschränkt, weil nur diese Konsuln in Erserum haben, und die Greuel in der Nähe dieser Stadt verübt worden sind.

Die russische Regierung hat noch keine Antwort gegeben, da sie sich bis jetzt nicht schlüssig über dieselbe gemacht hat.

Werder

---

* Vgl. dazu Bd. VIII, Nr. 1816.

Nr. 2191

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 770 London, den 12. Dezember 1894

Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten* berührte in unserer gestrigen Unterredung von selbst die armenische Frage, indem er bemerkte, daß er Wert darauf lege, mich fortlaufend über die Lage der Dinge zu unterrichten, soweit er selbst darüber informiert sei.

Indem er flüchtig hervorhob, daß er sich nur deshalb an Rußland und Frankreich gewandt habe, weil dies die einzigen Mächte seien, die in Erserum Konsuln hätten, bemerkte der Minister, daß der russische Botschafter in Konstantinopel**, welchem Sir Philip Currie die fragliche Eröffnung in seinem, Lord Kimberleys, Auftrag gemacht, nicht ohne weiteres darauf eingegangen sei, sondern einige Bedenken gegen die Beteiligung Rußlands erhoben habe. Von Petersburg sei man hier noch ohne eine definitive Antwort, was, nach einer Äußerung des Grafen Kapnist*** an den dortigen englischen Botschafter†, dem Umstand zuzuschreiben sei, daß Herr von Giers augenblicklich sehr leidend und außerstande sei, eine Entscheidung zu treffen.

Über die französische Antwort äußerte sich der Minister, wie mir schien, mit einer gewissen Verlegenheit[1], indem er viele Worte über den überaus freundlichen Ton derselben machte. Aus diesem Wortschwall hatte ich aber den Eindruck, daß die französische Regierung ihre Bereitwilligkeit an gewisse Reserven bezüglich der Beteiligung Rußlands geknüpft hat.

Der Minister wiederholte mir auch diesmal, daß das englische Kabinett mit Rücksicht auf die durch die Nachrichten aus Armenien tief erregte öffentliche Meinung etwas tun müsse. Der englische Konsul in Erserum werde sich deshalb demnächst an Ort und Stelle begeben, werde aber nicht Mitglied der türkischen Kommission sein und solle das Recht haben, die Zeugen selbständig zu verhören und darüber an seine Regierung zu berichten. Ob der Sultan sich mit diesen Voraussetzungen einverstanden erklärt hat, schien der Minister noch nicht zu wissen.

Mein Eindruck ist auch heute noch, daß das englische Kabinett keine Verwicklungen im Orient wünscht, welche die Eröffnung der orientalischen Frage und eine erneute Schwächung der Türkei zur Folge haben könnten, und daß es froh wäre, durch halbwegs be-

---

* Lord Kimberley.
** A. Nelidow.
*** Direktor des Asiatischen Departements im russischen Ministerium des Äußern.
† Sir F. C. Lascelles.

friedigende Berichte des der Kommission beigegebenen englischen Konsuls aus der Verlegenheit zu kommen. Dies könnte sich selbstverständlich anders gestalten, wenn Rußland auf den englischen Vorschlag einginge und sich an der enquête des englischen Konsuls beteiligte. Es würde dann, wie mir scheint, die Gefahr eintreten, daß Rußland die Führung übernimmt, und die englische Regierung, so unerwünscht es ihr wäre, auf dem einmal eingeschlagenen Wege zugunsten der Armenier folgen müßte, wenn sie die neue Freundschaft mit Rußland nicht gleich wieder aufs Spiel setzen will.

In dieser Hinsicht glaube ich eine vertrauliche Äußerung meines türkischen Kollegen anführen zu dürfen, welcher mir vor einigen Tagen die Ansicht entwickelte, daß eine weitere Aufrollung der armenischen Frage, welche als Endziel die Errichtung einer autonomen Provinz Armenien verfolgen müßte, den Wünschen und Interessen Rußlands in keiner Weise entsprechen würde. Die Armenier würden, wenn sie eine selbständige Verwaltung erhielten, keinen Grund mehr haben, sich um die Hülfe und das Wohlwollen Rußlands zu bewerben, und letzteres würde sogar mit ihrem Widerstand rechnen müssen, wenn es später für eigene Rechnung in Kleinasien vorgehen wolle. Rußland habe einen seitdem erkannten Mißgriff in der europäischen Türkei gemacht, indem es ein autonomes Bulgarien schuf, und es sei nicht anzunehmen, daß es denselben Mißgriff zugunsten der Armenier wiederholen werde[2].

P. Hatzfeldt

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ihm bangt vor der Freundschaft
[2] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Außerdem zeigt es sich, wie schnell Verwickelungen die neue englisch-Russische Freundschaft in Gefahr bringen und wie stark der Reibungscoeffizient ist.

Nr. 2192

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 617 Berlin, den 14. Dezember 1894
[abgegangen am 15. Dezember]

Zu Ew. pp. gefälligen Information.

Nach uns zugegangenen Mitteilungen steht Rußland den auf seine Hineinziehung in die armenische Frage gerichteten Versuchen Englands, welches ein Vorgehen zu Dreien in Gemeinschaft mit Rußland und Frankreich anstrebt, bisher kühl und mißtrauisch gegenüber.

Marschall

Nr. 2193

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 261
Geheim

Rom, den 18. Dezember 1894

Baron Blanc erzählte mir gesprächsweise, er habe Privatnachrichten aus Konstantinopel, nach denen dort von der Möglichkeit einer russischen Okkupation des türkischen Armeniens die Rede sei. Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten fügte hinzu, daß er gegen eine solche Eventualität nichts einzuwenden habe. Er habe garnichts dagegen, daß sich die Russen in jenen Gegenden ausbreiteten. Die Russen erschienen ihm berufener als die Engländer, in Armenien wieder Ruhe und Ordnung herzustellen.

Es wird immer unverkennbarer, daß sich Baron Blanc angesichts der englischen Politik, welche allen englischen Traditionen widerspricht, Rußland zu nähern sucht. Der Minister des Äußern betont zwar nach wie vor, daß er im Prinzip mit England gehen möchte, auf dessen Unterstützung in Afrika wie im ganzen Mittelmeer er nur sehr ungern verzichten würde. Er hob auch mit dem Akzent der Aufrichtigkeit hervor, daß er sich unter keinen Umständen von Rußland gegen uns ausspielen lassen werde. Er wünsche Rußland nur so weit entgegenzukommen, wie dies unseren Intentionen entspreche. Er möchte seine Haltung gegenüber Rußland in Orientfragen nach unserer Haltung gegenüber Rußland regulieren. Aber da Baron Blanc in den Koketterien Englands mit Rußland nur ein Symptom britischer Schwäche sieht, so sucht er doch wohl rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß die Beziehungen zwischen Italien und Rußland mindestens ebenso intime werden, wie England seine Beziehungen zu Rußland gestatten zu können glaubt.

Im strengsten Vertrauen ließ Baron Blanc die Bemerkung fallen, daß ein russisches Vorgehen in Armenien der englisch-russischen Entente ebensowenig förderlich sein dürfte wie die Besitzergreifung Tangers durch England den englisch-französischen Beziehungen.

Bülow

Nr. 2194

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 164

Berlin, den 19. Dezember 1894

Telegramm Nr. 261* erhalten.

Über angebliche russische Absichten, das türkische Armenien zu okkupieren, haben wir keinerlei Nachrichten. Sagen Sie Baron Blanc,

* Siehe Nr. 2193.

daß es für uns zunächst gleichgültig ist, wie armenische Frage entschieden wird. Er wird aber zu erwägen haben, wie sich Italiens Lage im Mittelmeer gestalten wird, wenn England, durch das Zusammengehen Italiens mit Rußland und Frankreich entmutigt, sich wirklich aus dem Mittelmeer zurückzieht. Auf diese für Italien bedenkliche Folge einer antienglischen Politik ist bereits in Erlaß Nr. 714 vom 24. v. Mts. hingewiesen worden.

Nach dem, was wir übereinstimmend durch verschiedene Quellen aus England erfahren, wird das Kabinett Rosebery wahrscheinlich innerhalb der nächsten sechs Monate gestürzt werden. Zur Diskreditierung der jetzigen Regierung soll das planlose Herumtasten ihrer auswärtigen Politik erheblich mit beigetragen haben.

Italien, welches in Orientangelegenheiten jedenfalls mehr Gewicht haben wird, wenn es mit England zusammen ist, wird daher gut tun, sich wegen der armenischen Frage die Brücken für zukünftiges Zusammengehen mit England nicht abzubrechen.

Die bisher uns bekannt gewordenen Anzeichen lassen nicht darauf schließen, daß Rußland gegenwärtig in Armenien große Ziele verfolgt; Italien würde daher Gefahr laufen, sich ohne Gegenleistung nicht nur die jetzige englische Regierung, sondern die öffentliche Meinung Englands überhaupt dauernd zu entfremden. Bei der jetzigen Verwandtschaft des russischen und englischen Hofes kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß alle italienischen Anerbietungen sofort in London verwandt werden, um Italien von England abzusprengen und dadurch im Mittelmeer für Rußland und Frankreich fügsam zu machen. Ew. pp. stelle ich anheim, vorstehendes in geeignet erscheinender Weise bei Baron Blanc zu verwerten.

Marschall

Nr. 2195

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 241 Rom, den 21. Dezember 1894
Vertraulich

Das hohe Telegramm Nr. 164 vom 19. d. Mts.*, betreffend die Beziehungen zwischen Italien, England und Rußland, ist mir gestern zugegangen. Ich fand heute Gelegenheit, die mir hochgeneigtest an die Hand gegebenen Argumente gegenüber Baron Blanc streng vertraulich, aber nachdrücklich zu verwerten.

Meine Andeutung, daß das Kabinett Rosebery wahrscheinlich inner-

---

* Siehe Nr. 2194.

halb der nächsten sechs Monate gestürzt werden würde, berührte den italienischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten sehr angenehm. Je eher dieses Kabinett falle, äußerte Baron Blanc, um so besser für Italien wie für Europa. Der Minister nickte zustimmend, als ich ihn auf die bedenklichen Folgen aufmerksam machte, welche es für die Lage Italiens im Mittelmeer haben würde, wenn England, durch ein Zusammengehen Italiens mit Rußland und Frankreich entmutigt, sich wirklich aus dem Mittelmeer zurückziehen sollte. Ich kam hierbei auf die analogen Ausführungen in dem Erlaß Nr. 714 vom 24. v. Mts. zurück, welche damals den vollen Beifall des Baron Blanc gefunden hatten. Der Minister widersprach mir nicht, als ich hervorhob, daß eine generöse Politik Italiens gegenüber England nach wie vor für Italien gleichzeitig die einzig kluge Politik sei. Baron Blanc war dankbar für den Wink, daß eventuelle italienische Anerbietungen an Rußland ohne Frage in London verwandt werden würden, um Italien von England abzusprengen und dadurch im Mittelmeer für Rußland und Frankreich fügsam zu machen. Besonders impressioniert schien mir der Minister des Äußern, als ich ihm auseinandersetzte, daß sich Italien durch eine antienglische Orientpolitik nicht nur die jetzige englische Regierung, sondern auch die englische öffentliche Meinung entfremden werde, mit welcher in England immer in erster Linie gerechnet werden müsse. Baron Blanc pflichtete mir auch bei, als ich ihm sagte, daß Italien über die Schwierigkeiten und Mißverständnisse der Gegenwart nicht die Zukunft vergessen dürfe. Italien dürfe sich selbst durch die gröbsten Fehler der gegenwärtigen englischen Regierung nicht verleiten lassen, die Brücke für ein zukünftiges Zusammengehen Italiens mit England abzubrechen.

Schließlich meinte der Minister des Äußern: „Vous prêchez un converti. Ich wünsche im Prinzip nichts lebhafter, als überall mit England Hand in Hand zu gehen. Es gibt in Italien wohl kaum einen von Hause aus anglophileren Staatsmann als mich. Ich bin in Marokko jetzt englischer aufgetreten als die Engländer*. Noch in der ‚Indépendance belge‘ vom 18. d. Mts. werde ich anläßlich meines jüngsten Grünbuchs deshalb angegriffen. ‚Aujourd'hui nous apprenons officiellement,‘ schreibt jenes französisch gesinnte Blatt, ‚que l'Italie s'est employée avec zèle à soutenir la politique anglaise au Maroc. Le livre vert de M. Blanc prouve que le cabinet Crispi reste fidèle à sa politique aussi brouillonne qu'anti-française.‘ Ich möchte solange als irgend möglich nicht nur mit England Hand in Hand gehen, sondern sogar, treuer als die heutige englische Regierung, die alten Traditionen der britischen Politik hochhalten. Aber, wie ich Ihnen niemals verschwiegen habe, wird mir eine solche Politik auf die Länge tatsächlich unmöglich gemacht werden, wenn sie auf englischer Seite allzuwenig Ent-

* Vgl. Bd. VIII, Kap. LIII, C.

gegenkommen hervorruft. Es handelt sich nicht sowohl um einzelne Vorkommnisse, obwohl die Art und Weise, wie das Kabinett von St. James aus Rücksicht auf französische Empfindlichkeit nachträglich den Harrarvertrag* unter den Tisch fallen zu lassen sucht, uns ebensosehr verletzen mußte wie unsere ursprünglich beabsichtigte Ausschließung von der armenischen Untersuchungskommission. Die Hauptsache ist, daß England endlich aufhören muß, Rußland und Frankreich nachzugeben und nachzulaufen, Deutschland zu boudieren, Italien als quantité négligeable zu behandeln."

Mit Rücksicht darauf, daß hier während der letzten Zeit die Tendenz einer Annäherung an Rußland unverkennbar hervortrat — auffällig warme Begrüßungsartikel zweier offiziöser Blätter für den morgen hier erwarteten Grafen Nikolaus Ignatiew**; ein gestriges gleichfalls offiziöses „Stefani"-Telegramm über eine russisch-italienische Separatverständigung hinsichtlich der Untersuchung der angeblichen armenischen Greuel; ein „Nuova corrente internazionale" überschriebenes Entrefilet in der vom Ministerium des Äußern inspirierten „Tribuna" über die „Conformità d'agire dell'Italia e della Russia negli affari armeni" — hielt ich es für angezeigt, unmittelbar bevor ich mit Baron Blanc sprach, im Sinne des Telegramms Nr. 164*** auch auf Herrn Crispi einzuwirken. Ich ließ jedoch gegenüber dem Ministerpräsidenten keinen Auftrag durchblicken und benutzte ihm gegenüber die in jenem Telegramm enthaltenen Leitmotive nur in vorsichtigster Weise. Als ich Herrn Crispi sagte, wie ich in seinem Interesse hoffte, daß seine Gegner nicht die Möglichkeit haben würden, ihm eine Lockerung der Beziehungen zwischen Italien und England vorzuwerfen, erwiderte derselbe, er sei entschlossen, sich nicht von England zu trennen. Die Engländer dürften aber nicht vergessen, daß sie Italien ebenso notwendig brauchten wie Italien England. Der Ministerpräsident klagte bei diesem Anlasse über die Erkaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und England. Er gab zu, daß die Schuld an dieser Erkaltung lediglich England treffe, fügte jedoch hinzu, daß die Unbequemlichkeit der Sachlage für Italien dadurch nicht verringert werde. Ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschland und England sei die Vorbedingung für eine rationelle und stetige italienische Orient- und Mittelmeerpolitik.

Ich möchte mich der Hoffnung hingeben, daß es gelungen ist, die Italiener bis auf weiteres von übertriebenen Avancen gegenüber Rußland abzuhalten. Es liegt jedoch in der Natur der Verhältnisse begründet, daß der Wunsch, sich an Rußland anzulehnen, hier leicht wieder auftauchen kann, wenn die englische Politik in ihrer jetzigen Richtung weitergeführt wird. B. v. Bülow

---

* Siehe Bd. VIII, Kap. LIV, A.

** Der frühere russische Minister des Inneren.

*** Siehe Nr. 2194.

Nr. 2196

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 178 Pera, den 20. Dezember 1894

Soweit ich es von hier aus übersehen kann und lediglich nach dem Gang der Verhandlungen zu urteilen, die zwischen Sir Ph. Currie und Herrn von Nelidow stattgefunden, sowie zur Entsendung der Konsuln nach Erserum geführt haben, ist eine Verständigung zwischen England und Rußland bisher über dasjenige nicht erzielt, was geschehen soll, um der Wiederkehr von Unruhen in Armenien vorzubeugen.

Von England wird eine solche Verständigung sichtlich gewünscht, auch Rußland scheint hierfür geneigt, wenn davon Vorteile erwartet werden können, die anderweitig nicht zu erzielen sind.

Von kompetenter englischer Seite wird mir bestätigt, daß das englische Kabinett sich mit dem Gedanken einer Verständigung mit Rußland in dieser Frage trägt, und zwar auf Basis eines provisorisch freundschaftlichen Einrückens russischer Truppen auf türkisches Gebiet, um in den revolutionären Gebieten die Ordnung wiederherzustellen, wogegen Rußland sich verpflichten würde, England in Ägypten dadurch zu unterstützen, daß es Frankreich abhält, der Konsolidierung der englischen Macht in Ägypten entgegenzutreten.

Über den wesentlichen Punkt, ob Frankreich hierfür politisch eine Kompensation zu gewähren sei, wußte mein Gewährsmann sich nicht zu äußern. In der Voraussicht einer möglichen Verständigung auf dieser Grundlage dürfte die entschieden ablehnende Haltung des russischen Botschafters dem italienischen Wunsche nach einer Beteiligung bei der Untersuchung gegenüber ihre Erklärung finden.

Herr von Nelidow möchte rechtzeitig verhindern, daß an der Kommission eine andere Macht teilnimmt, die bei der späteren Regelung der Frage Vorteile für sich in Anspruch nehmen könnte.

Wenn es den Zielen unserer Politik entspricht, den möglichen Plänen der russisch-englischen Politik nicht entgegenzutreten, so können wir diese beiden Staaten gewähren und sich auf Kosten der Türkei verständigen lassen. Haben wir diesen Wunsch aber nicht, so dürfte meines unmaßgeblichen Erachtens in Erwägung zu ziehen sein, ob es nicht angezeigt erscheint, dahin zu wirken, daß, wenn nicht alle Signatarmächte, so doch wenigstens die Mehrzahl derselben sich an der armenischen Frage und zunächst an der sie betreffenden Untersuchungskommission beteiligen.

Ich nehme an, daß die italienische Regierung von diesem Gesichts-

punkte geleitet ist, wenn sie eine Beteiligung ihrerseits an der Untersuchung wünscht*.

Herr Catalani** teilte mir gestern mit, daß er von seiner Regierung die Genehmigung nachgesucht und erhalten habe, einen italienischen Konsul für Erserum unverzüglich zu ernennen und ihn dorthin zu senden, so daß der Einwand des russischen Botschafters hinfällig wird, wonach nur die in Erserum residierenden fremden Konsuln zu der Untersuchungskommission herangezogen werden sollen.

Radolin

Nr. 2197

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 170 Berlin, den 23. Dezember 1894

Die Information des Baron Blanc von der russischen Neigung zum Einrücken in Armenien ist für den Augenblick unrichtig. Nach zuverlässiger Auskunft ist es vielmehr England, welches bestrebt scheint, Rußland zur Ablenkung von anderen Zielen, und da Ost-Kleinasien ein verhältnismäßig ungefährliches Gebiet ist, zum Einrücken nach Armenien zu veranlassen. Die russische Regierung dagegen, welche vielleicht wenig geneigt ist, der Frage der eventuellen Kompensationen für andere Mächte (insbesondere Frankreich) jetzt näherzutreten, wünscht möglichst wenig von den „armenischen Greueln" zu hören. Deshalb werden, dem englischen Wunsch entgegen, auf russische Anregung die Konsuln von England, Rußland und Frankreich ihren Standort Erserum nicht verlassen, sondern von dort aus die türkisch-armenische Untersuchungskommission soweit möglich kontrollieren.

Jede Konzession Rußlands an eine dritte Macht im Mittelmeer würde Frankreich gegen sich haben. Deshalb, um die russisch-französische Einigkeit so lange wie möglich zu erhalten und der Möglichkeit italienischer Forderungen vorzubeugen, war Herr Nelidow zielbewußt gegen die Hineinziehung Italiens in diese Frage.

Italien seinerseits wird seine Interessen am besten wahren, wenn es unter keinen Umständen sich von England trennt. Denn zweifellos wird es bessere Geschäfte als Dritter bei einem russisch-englischen, als bei einem russisch-französischen Abkommen machen. Ew. pp. ersuche ich, die Frage von diesem Gesichtspunkt aus mit Baron Blanc streng vertraulich zu besprechen.

Marschall

---

* Vgl. dazu Nr. 2199.

** Italienischer Botschafter in Konstantinopel.

Nr. 2198

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 221 Berlin, den 23. Dezember 1894

Zu Ew. Information.

Nach zuverlässigen Mitteilungen aus Konstantinopel von russischer und englischer Quelle, deren Einzelheiten der am Mittwoch Abend von hier abgehende Feldjäger Ew. pp. bringen wird, ist es England, welches sich bemüht, die Russen zum Einrücken in Armenien zu veranlassen, in der Hoffnung, daß Rußland seinerseits auf dem Gebiet der ägyptischen Politik Kompensationen gewähren und auch Frankreich, etwa durch Einräumung von Vorteilen in Syrien, versöhnlich gegen England stimmen werde. Ein Entgegenkommen Englands mit Bezug auf Armenien, welches ohnehin für Rußland jeden Augenblick erreichbar ist, wird schwerlich in Petersburg als genügend für Gegenleistungen in Ägypten und Syrien angesehen werden. Wenn aber auch das erste Angebot Englands nicht angenommen wird, bezeichnet es doch immerhin eine weltgeschichtliche Wendung, wenn gerade England die türkische Erbschaft für eröffnet erklärt. Wir dürfen kaum erwarten, daß die Erbteilungsverhandlungen jemals wieder vollständig abreißen. Unser Bestreben muß sich zunächst darauf beschränken, daß England unter allen Umständen dabei stets mit Italien zusammengeht; denn England, isoliert gegenüber Frankreich, Rußland und Italien, würde auf Ägypten und Mittelmeer verzichten müssen. Umgekehrt aber ist der Fall denkbar, daß Rußland sich über Mittelmeerfragen leichter mit England und Italien als mit Frankreich verständigen würde, welches letztere jede einer dritten Macht im Mittelmeer gewährte Konzession als unverträglich mit dem Begriff des „Französischen Sees“ ansehen wird.

Marschall

Nr. 2199

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Pourtalès

Nr. 174 Berlin, den 30. Dezember 1894

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel telegraphiert:

„Der italienische Botschafter teilt mir soeben mit, daß Said Pascha ihm folgende amtliche Mitteilung gemacht habe: Da bezüglich der Untersuchung in Armenien eine Verständigung zwischen vier Mächten, der

Türkei, Rußland, England und Frankreich, stattgefunden hat, dürfe keine derselben die Beteiligung einer anderen Macht einseitig zulassen. Streng vertraulich fügte Said Pascha hinzu: Rußland und Frankreich haben der Pforte erklärt, daß, wenn dieselbe die Beteiligung Italiens an der Kommission zugeben sollte, sie sich beide von derselben zurückziehen würden. Die Türkei, sagte Said Pascha weiter, sei in zu großer Gefahr, wenn Rußland ihr das Messer an die Kehle setzen würde.

Herr Catalani sagte mir, daß der Sultan bereits milder gestimmt gewesen sei und ohne die Drohung Rußlands wahrscheinlich den italienischen Wünschen entsprochen hätte. Said Pascha habe sein möglichstes getan, um die Beteiligung Italiens durchzusetzen. — Der russische Druck und die sich daran schließende Gefahr sei aber ein zu großer.

Da die türkenfeindliche Tendenz des Herrn Crispi bekannt ist, so dürfte die Ablehnung Rußlands, Italien zu der armenischen Kommission zuzuziehen, auf die Befürchtung des Petersburger Kabinetts zurückzuführen sein, daß England, welches die armenische Frage aufzubauschen wünscht, während Rußland für jetzt das entgegengesetzte Bestreben hat, durch Italien in der Kommission unterstützt werden könnte. Wir haben in Konstantinopel und London den italienischen Wunsch wegen Teilnahme an der Kommission befürwortet, es ist also kaum zu befürchten, daß Baron Blanc es auf eine Empfindlichkeit unsererseits zurückführt, wenn Ew. vielleicht gelegentlich ihm gegenüber dem Gedanken Ausdruck geben, Italien werde aus dem vorliegenden Fall wohl die Lehre ziehen, daß es immer bessere Geschäfte macht, wenn es sich in seiner diplomatischen Haltung von den übrigen Dreibundmächten nicht trennt.

Marschall

Nr. 2200

Der Botschafter in Rom Bernhard von Bülow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 273 — Rom, den 31. Dezember 1894

Im Laufe eines vertraulichen Gedankenaustausches über die für Italien durch seine Ausschließung von der armenischen Untersuchungskommission geschaffene Lage hatte ich Gelegenheit, Baron Blanc zu sagen, daß wir, wenn auch erfolglos, den italienischen Wunsch wegen Teilnahme an der Enquête nicht nur in London, sondern auch in Konstantinopel befürwortet hätten. Ich gab hierbei dem Gedanken Ausdruck, daß der vorliegende Fall zeige, wie Italien immer bessere Geschäfte mache, wenn es sich in seiner diplomatischen Haltung von

den übrigen Dreibundsmächten nicht trenne. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten nahm meine diesbezüglichen Andeutungen ohne Empfindlichkeit und mit Zustimmung entgegen. Er fühle sich, äußerte derselbe, im Dreibundslager jetzt im Grunde sicherer wie in der Gruppe der an der Untersuchung beteiligten Mächte.

Baron Blanc hat an den italienischen Botschafter in Konstantinopel das nachstehende Telegramm gerichtet: „L'abstention de tous les membres de la triple-alliance de l'enquête arménienne — enquête qui ne semble avoir pour but que de gagner du temps puisque chaque puissance y apporte des vues contradictoires — prouve une fois de plus que le concert européen, de sécurité pour la Porte et ses sujets, n'existe plus et que ce n'est point notre faute. Nous gardons la même attitude que nos alliés et nos agents nous fourniront quoi répondre le cas échéant au parlement.“ Ich ließ es mir im Laufe meiner Unterredung mit Baron Blanc vor allem angelegen sein, denselben davon zu überzeugen, daß er sich zunächst ruhig verhalten müsse. Wenn auch eine solche Haltung weder dem Naturell der Italiener im allgemeinen noch insbesondere demjenigen des Ministers entspricht, so versprach er doch, sich bis auf weiteres auf Abwarten beschränken zu wollen. Mit Lebhaftigkeit gab Baron Blanc der Hoffnung Ausdruck, daß einerseits die armenische Untersuchungskommission in ihrer jetzigen Zusammensetzung mit einem diplomatischen Fiasko endigen, andererseits die englisch-russische Annäherung zu keinerlei „transactions territoriales“ führen möge.

Bülow

Nr. 2201

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow*

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 17 Berlin, den 8. Januar 1895

Ew. pp. beehre ich mich beifolgend Abschrift eines Berichtes des Kaiserlichen Botschafters in London vom 3. d. Mts. nebst einem Ausschnitte aus dem „Standard“ vom gleichen Tage zu übersenden, worin der Eindruck erörtert wird, welchen ein gegen die Türkei gerichtetes Zusammengehen Englands mit Rußland auf die mohammedanischen Untertanen der Königin Viktoria haben würde.

Als Stimmungsbild ist die Einsendung im „Standard“ nicht ohne Interesse, da hiernach die Möglichkeit nicht ausgeschlossen erscheint, daß mit Rücksicht auf die 50 Millionen mohammedanischer Untertanen

* Ein gleicher Erlaß erging an den Botschafter in Wien

der Kaiserin von Indien die Königin von England vielleicht doch noch zu der Einsicht gelangt, daß England bei einem Zusammengehen mit der Türkei besser seine Rechnung finden könnte als bei einem Zusammengehen mit Rußland.

Was uns angeht, so glauben wir der Entwicklung der Dinge mit Ruhe zuschauen zu können. An eine Verständigung zu Dreien — mit Frankreich — vermögen wir nach wie vor nicht zu glauben, da es uns ausgeschlossen erscheint, daß England genügende Konzessionen zu machen bereit und in der Lage ist, um Rußland und Frankreich zu befriedigen, während bei einer entente zu Zweien — ohne Frankreich — der Dreibund voraussichtlich unschwer seine Rechnung würde finden können.

Marschall

Nr. 2202

Der Botschafter in Konstantinopel Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 48 Pera, den 17. April 1895

Der Sultan hat mich heute abend in Abschiedsaudienz empfangen und das allerhöchste Abberufungsschreiben* von mir entgegengenommen.

Bei dieser Gelegenheit hat mir der Sultan von neuem seine Gefühle der Anhänglichkeit und Verehrung für unseren allergnädigsten Herrn zum Ausdruck gebracht und mich beauftragt, allerhöchstdemselben sowie Ihrer Majestät der Kaiserin seine herzlichsten Grüße zu überbringen.

Die Audienz, welche einen privaten Charakter trug, fand nach einer Theatervorstellung statt, zu der nur meine Tochter, Graf Henckel** und Herr Testa*** eingeladen waren. Da ich neben Seiner Majestät saß, konnte eine vertrauliche Unterhaltung stattfinden.

Seine Majestät sagte mir, zu seinem Erstaunen habe er gehört, daß ein amerikanisches Kriegsschiff vor Beirut erschienen sei, angeblich, um die amerikanischen Schutzgenossen in Kleinasien vor einem bevorstehenden Massacre zu schützen. Dieses unbegründete Gerücht müsse wohl von Armeniern ausgestreut worden sein, um das Interesse der Mächte und namentlich Amerikas von neuem wachzurufen. Der ame-

---

* Fürst von Radolin war als Botschafter nach Petersburg versetzt worden.

** Erster Sekretär bei der deutschen Botschaft in Konstantinopel.

*** Dolmetscher bei der deutschen Botschaft in Konstantinopel.

rikanische Gesandte habe aber selbst zugeben müssen, daß eine Furcht vor einer solchen Gefahr unbegründet sei.

Ich habe daraus Veranlassung genommen, die armenischen Unruhen zu berühren und in dem Sinne der mir erteilten hohen Weisung mit ihm gesprochen. Ich habe dem Sultan im wesentlichen folgendes gesagt:

Die Kaiserliche Regierung bedauere, daß er mit einigen Mächten Schwierigkeiten bezüglich der Armenier habe und für die Zustände daselbst verantwortlich gemacht werde. Als Vertreter einer ihm befreundeten Macht, die nur sein Wohl im Auge hat, könne ich meine Überzeugung dahin aussprechen, daß die Einführung neuer Reformen für das Reich oder einige Teile desselben durchaus nicht notwendig sei. Die bestehende Organisation und die Gesetze entsprächen den Bedürfnissen des Landes, und es komme nur darauf an, daß dieselben genau ausgeführt würden, wie dies ja der stehende Wunsch des Sultans gewesen. Leider könnte man sich nicht verhehlen, daß die Wahl der Beamten für die Provinzen nicht immer eine glückliche gewesen sei, und so dürfe man sich nicht wundern, daß Mißstände eingetreten seien, welche ihren Ausdruck in offenem Aufruhr gefunden hätten. Um für die Zukunft solchen Vorkommnissen vorzubeugen und sich nicht nur die Sympathien der Bevölkerung zu sichern, sondern auch interessierten Mächten den Vorwand zu Einmischungen zu nehmen, empfehle es sich, die ganze Aufmerksamkeit auf das Beamtenpersonal zu konzentrieren. Es erscheint daher angezeigt, daß er einige seiner Minister mit der Aufgabe betraue, ihm die geeignetsten Persönlichkeiten für die Verwaltung der Provinzen vorzuschlagen. Wenn dann gegen diese von seinen Ministern vorgeschlagenen Beamten Klagen über Bedrückungen eingingen, dann könnte er diese Minister zur Verantwortung ziehen und sogar vor Gericht stellen, und die geheiligte Person des Souveräns würde auf diese Weise über alle Anschuldigungen erhaben sein, und die Verantwortung bei den Ministern bleiben.

Seine Majestät hörte meine Auseinandersetzungen mit großem Interesse und sichtlichem Wohlwollen an, aber als er nach der Antwort suchte, die er mir hierauf zu geben hätte, sagte er mir mit einiger Verlegenheit, man spreche immer von der Einmischung des „Palais“ in die Angelegenheiten der „Pforte“ und lasse dabei außer acht, daß alle Ernennungen von dem Ministerrat ausgingen. (Tatsächlich muß ich hierbei bemerken, daß dies leider nicht der Fall ist, und die Pforte nur in den seltensten Fällen es durchsetzen kann, daß ihre Kandidaten vom Sultan genehmigt werden.)

Im weiteren Verlauf des Gesprächs meinte der Sultan, er wisse recht wohl, daß die Ratschläge, die ich ihm gebe, mir von interessierter türkischer Seite an die Hand gegeben seien; er habe schon bemerkt, daß Personen, die er wie seine Kinder seit 20 Jahren großgezogen und mit den höchsten Ämtern betraut habe, darauf ausgingen, ihm eine

Art Regentschaft zur Seite zu setzen. Das könne er sich aber nicht gefallen lassen, und werde er sofort dafür Sorge tragen, daß solche Velleitäten sich keine Geltung verschaffen.

Es war mir klar, daß der Sultan auf den Großwesir* anspielte, der in der letzten Zeit wiederholt um seine Entlassung gebeten hatte, weil er die Verantwortung für dasjenige, was ohne sein Zutun geschähe, als ehrlicher Soldat und Diener seines Souveräns nicht länger tragen wollte, ohne sich vor Europa und seinem eigenen Lande zu kompromittieren.

Ich konnte dem Sultan mit gutem Gewissen sagen, daß mir von den angeführten Velleitäten absolut nichts bekannt sei, und ich meine Ratschläge nur im eigensten Interesse Seiner Majestät aus mir selbst zu geben mir erlaubt hätte. Beim besten Willen könnte ich keinen anderen Ausweg finden, um ihn aus der Verlegenheit zu befreien, in der er sich befinde.

Seine Majestät beruhigte sich allmählich wieder, und das Gespräch ging dann auf andere Gegenstände über. So überraschte er mich mit der Mitteilung, daß er aus Anlaß meiner Abreise noch heute abend von der Goltz und Kamphövener Pascha zu Muschiren ernennen werde und eine Reihe von Orden an Beamte der Kaiserlichen Botschaft und des Generalkonsulats verliehen, sowie den Kommandanten S. M. F. „Loreley" Kapitänleutnant Gühler dekoriert habe.

Trotz dieser Liebenswürdigkeit ist aber mein Eindruck der, daß der Sultan aus seiner Verblendung nicht zu retten ist, und er fortfahren wird, nach wie vor die Provinzen durch Kreaturen, die ihm von seiner Umgebung empfohlen werden, verwalten zu lassen.

Der Großwesir, dem ich heute früh einen Abschiedsbesuch machte, und den ich sehr niedergeschlagen fand, sprach mir sehr offen über die schwierige Lage, in der er sich befinde. Er war ganz verzweifelt darüber, daß gerade seine wichtigsten Vorschläge vom Sultan verworfen würden, und sagte mir, er mache sich ein Gewissen daraus, länger im Amt zu bleiben, ein so hohes Gehalt zu beziehen und nichts dafür leisten zu können. Er werde den Tag glücklich preisen, wo Seine Majestät ihm erlauben würde, sich zurückzuziehen.

Noch vor drei Tagen bei dem Galadiner, das der Sultan mir zu Ehren gegeben hatte, fiel es mir auf, wie sehr Seine Majestät den Großwesir durch wiederholte Ansprachen auszeichnete, aber bei dem Charakter des Sultans ist es nicht ausgeschlossen, daß im Augenblick, wo ich dieses schreibe, Djevad Pascha durch einen anderen Großwesir ersetzt ist. Jedenfalls glaube ich, daß der Sultan von seinem unheilvollen Wege nicht eher abgeht, als bis es zu spät sein wird.

Radolin

---

* Djevad Pascha.

Nr. 2203

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 12. Mai 1895

Einer Meldung Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät Geschäftsträgers in Konstantinopel zufolge hat Seine Majestät der Sultan den türkischen Unterstaatssekretär der indirekten Steuern, Königlich Preußischen Steuerrat Bertram, der sich auf Urlaub nach Deutschland begibt, beauftragt, Euerer Majestät im Namen des Sultans folgendes zu unterbreiten[1]: „England, Frankreich und Rußland würden innerhalb der kommenden Woche bei der Pforte Reformen in den armenischen Provinzen Kleinasiens beantragen. Die türkische Regierung sei berechtigten Forderungen geneigt. Sollten aber die genannten Großmächte Wünsche aussprechen, deren Erfüllung gegen Souveränitätsrechte des Sultans oder türkische Staatsinteressen verstieße, so bitte der Sultan Euere Majestät, bei den genannten Staaten Euerer Majestät Einfluß eintreten zu lassen, damit dieselben von unbilligen Verlangen abstünden[2]."

Hierzu gestatte ich mir das Nachstehende alleruntertänigst zu bemerken:

Durch Marginal zu dem hier ehrerbietigst wieder beigefügten Immediatberichte vom 26. März d. Js. hatten Euere Kaiserliche und Königliche Majestät zu genehmigen geruht, daß Fürst Radolin bei seiner Abschiedsaudienz dem Sultan gegenüber in der Form eines freundschaftlichen Rates der Regierung Euerer Majestät die Mahnungen wiederholen solle, durch die der Botschafter schon vorher bei sich bietenden Gelegenheiten dem Sultan die Mißwirtschaft seiner Beamten als Grund sowohl der weit verbreiteten Unzufriedenheit im allgemeinen, wie der Zustände in Armenien im besonderen bezeichnet und auf die hieraus dem türkischen Reiche drohenden Gefahren hingewiesen hatte.

Infolgedessen hat Fürst Radolin in seiner Abschiedsaudienz Gelegenheit genommen, in geeigneter Form die Aufmerksamkeit des Sultans nochmals auf die armenischen Zustände zu lenken, hat aber — wie sich aus dem bei Euerer Majestät damals bereits in Vorlage gebrachten, hier alleruntertänigst nochmals angeschlossenen Bericht vom 17. April* ergibt — den Sultan seinen Argumenten ganz unzugänglich gefunden. Auch hat der Botschafter mit Rücksicht hierauf es mit Recht für angezeigt erachtet, im Laufe der Unterhaltung zu betonen, wie er die Ratschläge nur „aus sich selbst" im eigensten Interesse Seiner Majestät zu geben sich erlaubt habe.

---

* Siehe Nr. 2202.

Bei diesem Mangel an Entgegenkommen, den der Sultan somit gegenüber den so wohlgemeinten und taktvoll vorgetragenen Mahnungen des Botschafters Euerer Majestät bewiesen hat, würde es meines alleruntertänigsten Erachtens nützlich sein, den Kaiserlichen Geschäftsträger in Konstantinopel für den Fall mit einer vorläufigen Instruktion zu versehen, daß der Euerer Majestät durch Herrn Bertram zu übermittelnde Wunsch auch Euerer Majestät Botschaft in Konstantinopel im Auftrage des Sultans zu weiterer Übermittelung ausgesprochen werden sollte[3].

Meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens würde es sich empfehlen, wenn der Geschäftsträger in dem vorgesehenen Falle etwa folgendes auf geeignetem Wege zur Kenntnis des Sultans gelangen ließe: „Er (der Geschäftsträger) habe den Wunsch Seiner Majestät des Sultans zur weiteren Vorlage bei Euerer Majestät sogleich nach Berlin übermittelt und behalte sich hierüber weitere Mitteilung vor. Er hege auch selbstverständlich keinen Zweifel, daß Euere Majestät die freundlichen Gesinnungen, die Allerhöchstdieselben dem Sultan gegenüber niemals aus dem Auge verlören, auch dem jetzt ausgesprochenen Wunsch entgegenbringen würden. Er wisse aber, und halte sich verpflichtet, hierauf schon im voraus hinzuweisen, daß Euere Majestät eben dieser herzlichen Gesinnungen wegen es mit um so lebhafterem Bedauern empfänden, daß die von Allerhöchstdero Vertretung dem Sultan wiederholt gegebenen wohlgemeinten Ratschläge bezüglich der vom türkischen Beamtentum besonders in Armenien, dem türkischen Reiche drohenden Gefahren vom Sultan anscheinend so wenig auf ihren wahren Wert gewürdigt worden seien[4]. Denn gerade in neuerer Zeit seien Euerer Majestät Regierung neben manchen ersichtlich tendenziös gefärbten auch vielfach Nachrichten von unbefangenen und dem türkischen Reiche wohlgesinnten Seiten zugegangen, die übereinstimmend dahin lauteten, daß zahlreiche türkische Beamte, besonders in Armenien, in Wahrheit n i c h t im Sinne der wohlmeinenden Absichten Seiner Majestät des Sultans handelten.“

Euere Majestät erlaube ich mir ehrfurchtsvoll zu bitten, im Falle des Allerhöchsten Einverständnisses mich allergnädigst zu ermächtigen, daß ich den Kaiserlichen Geschäftsträger in Konstantinopel dementsprechend instruiere[5].

M a r s c h a l l

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopfe des Schriftstücks:
13/V 95 Einverstanden

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Habe keine Zeit den Mann zu sehn
[2] fällt mir nicht ein
[3] ja
[4] richtig
[5] ja

Nr. 2204

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Konstantinopel Grafen Henckel von Donnersmarck

Telegramm. Konzept

Nr. 29 Berlin, den 14. Mai 1895

Mit Bezug auf Telegramm 36. Seine Majestät hat erklärt, daß er vorläufig keine Zeit habe, Herrn Bertram zu empfangen. Die Abweisung der wohlerwogenen und wohlgemeinten Ratschläge Seiner Majestät Regierung hat selbstredend auf die Beurteilung der armenischen Frage seitens Seiner Majestät nicht ohne Einfluß bleiben können. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache, falls Vertrauenspersonen des Sultans auf den Gegenstand zurückkommen sollten.

Marschall

Nr. 2205

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Graf Henckel von Donnersmarck an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 59 Pera, den 25. Mai 1895

Die Botschafter von England, Frankreich und Rußland haben das Mémoire* über die in einigen Provinzen Kleinasiens einzuführenden Reformen durch die ersten Dragomans zunächst dem ersten Sekretär des Sultans und zwei Tage darauf der Pforte übergeben lassen. Die Mitteilung des Mémoire an die Pforte hat das Mißfallen des Sultans erregt, und erhielt der Minister des Äußeren den Befehl, das Schriftstück den betreffenden Botschaften wieder zurückzustellen; der Sultan beharrte jedoch nicht auf der Ausführung dieses Befehls, nachdem Said Pascha dargelegt hatte, daß die Mitteilung in offiziöser Form stattgefunden habe, bei einer Rückgabe des Mémoire aber mit Sicherheit anzunehmen sei, daß dann eine amtliche Mitteilung mittelst offizieller Note erfolgen würde.

---

* Am 11. Mai 1895 war der Pforte eine Denkschrift der Botschafter von Großbritannien, Frankreich und Rußland mit den Reformvorschlägen für die sechs ostanatolischen Wilajets der Pforte überreicht worden. Den Text siehe: Das Staatsarchiv Bd. 58, Nr. 10 922 und 10 923.

Der Sultan hat das Mémoire der Reformkommission zur Prüfung überwiesen und zugleich von verschiedenen Vertrauenspersonen — teils Palast-, teils Pfortenbeamten — ein Gutachten über die Frage verlangt. Ohne sich über die materielle Seite der einzelnen Vorschläge auszusprechen, haben alle befragten Personen sich dahin geäußert, daß etwas geschehen müsse, um der augenblicklichen Schwierigkeit aus dem Wege zu gehen. Erst vor einigen Tagen hat der Sultan die Minister mit der Beratung betraut. Seitdem halten letztere täglich lange Sitzungen in Jildis, ein Beschluß ist jedoch noch nicht gefaßt.

Soviel ich höre, richten sich die Bedenken der Minister hauptsächsächlich gegen die verlangte fünfjährige Amtsdauer der Gouverneure und die Verpflichtung, vor der Vollziehung einer Ernennung die Ansicht der Mächte darüber einzuholen. In ihrem Zögern, eine Entscheidung zu treffen, wird die Pforte durch die Überzeugung bestärkt, daß die drei Mächte über die weitere Behandlung der Frage nicht einig sind, und sie hieraus für sich Vorteil ziehen kann. In der Tat, während englischerseits dem Palais und der Pforte der Ernst der Lage vorgehalten und für den Fall der Ablehnung der Vorschläge mit weitgehenden Maßnahmen gedroht wird, ist man russischerseits vertraulich bemüht, auf die mündliche Mitteilung an den Sultan durch dessen ersten Sekretär eine mündliche, in allgemeiner Form gehaltene zusagende Antwort des Sultans zu erlangen, um auf diese Weise mit einem Schein von Satisfaktion sich für befriedigt erklären zu können. Die Mitwirkung Frankreichs in dieser Frage geht nicht über ein Sekundieren der russischen Wünsche hinaus; wenigstens hat sich Frankreich bis jetzt nicht selbsttätig gezeigt.

Vorgestern hat der englische Botschafter seinen Kollegen von Frankreich und Rußland schriftlich mitgeteilt, daß er bei der Zögerung der Türken, sich über die Vorschläge der drei Mächte zu äußern, von seiner Regierung den Auftrag erhalten habe, zugleich mit den beiden Botschaftern von der Pforte die Ernennung eines europäischen Oberkommissars für die kleinasiatischen Provinzen zu verlangen. Die beiden Botschafter Cambon und Nelidow haben aber Sir Philip Currie geantwortet, daß diese Forderung über den Rahmen der Vereinbarungen hinausgehe, welche zwischen den drei Kabinetten getroffen worden seien, und sie daher ohne ausdrückliche Weisung ihrer Regierungen sich dem englischen Antrage nicht anschließen könnten.

Heute hat der englische Botschafter dem Sultan und der Pforte erklären lassen, England könne nicht länger auf eine Äußerung der türkischen Regierung warten und müsse eine sofortige Antwort über Annahme oder Ablehnung des Mémoire verlangen. Der Sultan hat hierauf den Ministerrat sofort in Jildis zusammenberufen. In diesem Augenblick sind die Minister noch versammelt. — Wie ich vertraulich höre, hat die Pforte die Nachricht erhalten, daß ein starkes englisches Panzergeschwader den Befehl erhalten habe, sich nach den türkischen

Gewässern zu begeben. Ist diese Nachricht zutreffend, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß der Sultan im letzten Augenblick unter dem Druck der Nähe fremder Kriegsschiffe in allen Punkten nachgeben wird.

Von russischer und französischer Seite wird dieser Eventualität mit Unbehagen entgegengesehen, weil beide Botschaften die Empfindung haben, daß das Verdienst der Lösung der Frage England allein zugute kommen wird.

Henckel

Nr. 2206

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Graf Henckel von Donnersmarck an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 62 Therapia, den 3. Juni 1895

Die von der Türkei für den 29. v. Mts. in Aussicht gestellte Antwort auf das Mémoire Englands, Frankreichs und Rußlands hinsichtlich der in den armenischen Provinzen Kleinasiens einzuführenden Verwaltungsverbesserungen ist in Form eines Mémoire der Pforte erfolgt. Sie weigert sich in diesem Schriftstück, welches in türkischer Sprache abgefaßt und erst heute nacht den Botschaften der genannten drei Mächte zugestellt ist, auf die wesentlichen Punkte der Reformvorschläge einzugehen.

Daß überhaupt jetzt schon die Antwort erfolgt ist, muß dem Drängen des englischen Botschafters zugeschrieben werden. Ihm war nämlich, entgegen dem Versprechen einer baldigen Antwort, türkischerseits angedeutet worden, daß, bevor eine Antwort auf die Reformvorschläge erfolgen könne, zunächst das Bairamfest gefeiert werden müsse.

Dieses Ansinnen weckte, wie gesagt, den heftigen Widerspruch Englands, während die russische Botschaft sich die türkischen Verschleppungsversuche nicht in gleichem Maße zu Herzen nahm. Frankreich hielt sich in den letzten Tagen merkwürdigerweise zu England. Es mag dahingestellt bleiben, ob in Paris die Meinung besteht, daß künftig die Vermehrung des russischen Einflusses in Syrien den dortigen französischen Interessen nicht entsprechen würde, oder ob Frankreich darauf besteht, im Orient hinter England bei Verteidigung des Christentums nicht zurückzustehen.

Gegenwärtig beraten die drei Botschafter noch über die nunmehr zu unternehmenden Schritte.

Das von Alexandrien nach Beirut gelangte Panzergeschwader* soll, wie auf der Pforte behauptet wird, den Befehl erhalten haben, sich nordwärts zu begeben.

Aus dem bisher beobachteten Verhalten Englands und Rußlands in der armenischen Frage erhellt, daß ersteres sein Interesse an der Erhaltung der Integrität der türkischen Herrschaft in Kleinasien wohl begreift und betätigt. Der Sultan kann seine Macht in Kleinasien nur durch Einrichtung einer guten Verwaltung befestigen. Erst wenn die Angehörigen der verschiedenen in Kleinasien ansässigen Nationalitäten mit der Oberhoheit des Sultans sich zufrieden zeigen, ist dort ein Bollwerk gegen den Ansturm Rußlands errichtet, das seit Jahrhunderten die Türkei schwächt.

Gegenwärtig aber kann Rußland nur mit geheimer Freude dem Selbstzerstörungswerk der Türkei zuschauen. Es gilt aber, sein Behagen an den traurigen Zuständen in Kleinasien nicht offen zu zeigen. Daher geht denn auch das Petersburger Kabinett hier mit dem Londoner. Immerhin wird aber in Rußland die Hoffnung vorwalten, durch geheime Ermunterung die Türkei zum Widerstande gegen die englischen Mahnungen zu bewegen und diese doch schließlich lahm gelegt zu sehen [1].

Henckel

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 2207

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 138 London, den 8. Juni 1895

Der englische Geschäftsträger in Berlin hat heute telegraphisch berichtet, der Herr Staatssekretär habe sich ihm gegenüber dahin ausgesprochen, daß die Entsendung der englischen Flotte nach Besika Bai wohl genügen würde, den Sultan zur Nachgiebigkeit zu bewegen.

Lord Kimberley teilte mir dies mit dem Bemerken mit, daß er durch diese „Anregung" von unserer Seite angenehm überrascht worden sei. Ich erwiderte, daß mich die Äußerung des Herrn Staatssekretärs um so weniger überrasche, als ich nach meiner persönlichen Kenntnis der Verhältnisse in Konstantinopel ebenfalls nicht zweifelte, daß das Erscheinen der Flotte die fragliche Wirkung ausüben würde.

---

* Die englische Mittelmeerflotte unter dem Oberbefehl des Admirals Sir Michael Culme-Seymour ging am 3. Juni, von Alexandrien kommend, in Beirut vor Anker. Die Segelordre war auf telegraphische Weisung aus London erfolgt.

Nach Versicherung Earl of Kimberleys wird hier nur der Text der türkischen Antwort und die für Anfang künftiger Woche festgesetzte Rückkehr einiger Mitglieder des englischen Kabinetts abgewartet, um weitere Beschlüsse in der armenischen Frage zu fassen.

Hatzfeldt

Nr. 2208

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 215 St. Petersburg, den 10. Juni 1895

Als vor einigen Tagen die Ablehnung der Reformpläne für die Armenier seitens des Sultans hier bekannt wurde, befand ich mich mit dem englischen Botschafter und Fürst Lobanow im Klub. Während letzterer mit ziemlicher Gleichgültigkeit davon sprach, sagte mir Sir Frank Lascelles* mit einiger Bitterkeit ins Ohr: „Das haben wir den Russen zu verdanken, die scheinbar mit uns gehen und unter der Hand den Sultan unterstützen."

Der englische Botschafter scheint überhaupt in letzter Zeit ziemlich gereizt sowohl gegen Rußland wie auch gegen Fürst Lobanow, mit dem er früher befreundet gewesen sein soll.

Radolin

Nr. 2209

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Graf Henckel von Donnersmarck an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 69 Therapia, den 16. Juni 1895

Der Großwesir** hatte, noch bevor die armenische Frage einen akuten Charakter annahm, den Sultan um seine Entlassung wiederholt gebeten, weil er bei der fortwährenden Einmischung des Palais in die Pfortenangelegenheiten die Verantwortung für den Gang der Geschäfte

---

* Englischer Botschafter in Petersburg.

** Djevad Pascha, seit 1891 Großwesir, war am 6. Juni zurückgetreten und durch Said Pascha, jetzt zum fünften Male Großwesir, ersetzt worden. An Stelle des ebenfalls zurücktretenden Minister des Äußern Said Pascha wurde Turkhan Pascha berufen.

nicht länger tragen wollte. Der Sultan hat die Entlassung nicht gewähren wollen, aber dem Großwesir das Entlassungsgesuch übel vermerkt. Nachdem die Pforte mit der Beratung des Memorandums beauftragt worden war, wollten sowohl Djevad wie Said die Vorschläge der drei Mächte England, Frankreich, Rußland hinsichtlich Armeniens nicht zurückweisen, weil sie befürchteten, daß im Falle der Ablehnung entweder eine Konferenz der Signatarmächte zusammentreten würde — was der Pforte sehr unerwünscht gewesen wäre — oder England, sei es allein, sei es in Gemeinschaft mit den beiden anderen Mächten, weiter vorgehen könnte.

Der Sultan wollte sich diese Auffassung seiner Minister nicht aneignen und hörte auf den Rat des von ihm nebst vielen anderen Personen befragten Ex-Großwesirs Said, der sich für Ablehnung der Forderung der drei Mächte und zugleich für Einführung von Reformen im ganzen Reich aussprach.

In diesem Sinne ist das Mémoire abgefaßt, das vom Palais den drei Mächten als Antwort auf das Memorandum mitgeteilt worden ist. Djevad und Said behaupten, dieses Schriftstück nicht zu kennen und lehnen die Verantwortung für seinen Inhalt ab.

Die Ersetzung Djevads durch den Ex-Großwesir Said hatte mithin den Zweck, die von letzterem vorgeschlagene Politik auszuführen. Nachdem es aber Said gelungen war, Djevad zu stürzen und sich an dessen Stelle zu setzen, hat er gleich nach Mitteln gesucht, um mit den drei Mächten nicht zu brechen. Er hat bei seiner ersten Zusammenkunft mit Sir Ph. Currie einen verhältnismäßig versöhnlichen Ton angeschlagen und sich eine Frist erbeten, um die Frage zu studieren und Vorschläge zur Lösung der Schwierigkeit zu machen. Hierbei rechnete Said auf Uneinigkeit unter den drei Mächten, aus der er Vorteil zu ziehen hoffte. Die Sprache, die indessen Herr von Nelidow und Baron Calice ihm gegenüber geführt haben, war nicht geeignet, ihn in seiner Annahme zu bestärken, und seitdem sucht Said ernstlich durch alle in seinem Sinne möglichen Konzessionen die Mächte zu befriedigen.

Aus dem Vorliegenden ergibt sich, daß durch die eingetretenen Ministerveränderungen ein Wechsel in der politischen Lage der Türkei nicht eingetreten ist. Der neue Großwesir bemüht sich ebenso wie Djevad Pascha, durch Verhandlungen mit den Mächten zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Ausschlaggebend dabei ist jetzt wie früher die Haltung, die der Sultan seinen Ministern gegenüber einnehmen wird. Nach den bisherigen Erfahrungen erscheint es wahrscheinlich, daß der Sultan den Ratschlägen seiner neuen Minister sich empfänglich erzeigen mag. pp.

Henckel

Nr. 2210

Der Geschäftsträger in Konstantinopel Graf Henckel von Donnersmarck an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 74 Therapia, den 17. Juni 1895

Die Pforte hat nunmehr den hiesigen Botschaftern von England, Frankreich und Rußland hinsichtlich ihrer armenischen Reformvorschläge die in Aussicht gestellte Antwort* gestern zustellen lassen. Sie ist zwar dieses Mal in französischer Sprache abgefaßt, nicht türkisch, wie die letzte Äußerung der Pforte in dieser Angelegenheit, enthält indessen Widersprüche und Unklarheiten, so daß die bezeichneten Botschafter durch die ersten Dragomane auf der Pforte vorstellig geworden sind, um die Pfortenminister zu einer präziseren Antwort zu veranlassen.

Obgleich die Pforte auch dieses Mal die Schaffung des Postens eines Generalkommissars für Armenien ablehnen und einer Kontrolle der Mächte bei der Ernennung der Walis in Armenien nicht zustimmen soll, zeigt sich Sir Philip Currie durch die neue Äußerung der Pfortenminister nicht unbefriedigt und will aus einigen Wendungen des neuen Elaborats eine versöhnlichere Stimmung und die entschiedene Neigung der Pforte zum Einlenken wahrnehmen.

Henckel

Nr. 2211

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 172 London, den 27. Juni 1895

Nach telegraphischer Meldung des englischen Botschafters in Konstantinopel** hat die Pforte den drei bei der armenischen Frage beteiligten Botschaftern auf die Frage der Mächte, über welche Punkte sie noch diskutieren wolle, und in welchen sie prinzipiell einverstanden sei, nunmehr eröffnet, daß sie zunächst eine Kommission zur Beratung über diese Fragen einsetzen werde.

Hatzfeldt

---

* Verbalnote der Pforte vom 17. Juni 1895, siehe Staatsarchiv Bd. 58, Nr. 10 937.
** Vgl. das Telegramm Sir Philip Curries an Lord Kimberley vom 26. Juni 1895: Das Staatsarchiv Bd. 58, S. 116.

Nr. 2212

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Saurma an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 78 Therapia, den 27. Juni 1895

Vertraulich

Vertraulich erzählte mir mein russischer Kollege, Herr von Nelidow, heute, in welch unbedachtsamer Weise vor kurzem die englische Regierung (noch unter dem Regime Rosebery)* in der armenischen Angelegenheit vorgegangen sei, um sofort darauf einen recht verlegenen Rückzug anzutreten.

Sir Philip Currie sei nämlich eines Tages (unmittelbar nach der ablehnenden Note der Pforte auf das Reformmemorandum) bei ihm, Nelidow, in hochgradiger Erregung erschienen, und habe ihm Instruktionen Lord Kimberleys gezeigt, worin ausgesprochen wurde, England könne dem Treiben der Pforte nicht länger mehr geduldig zusehen und sei entschlossen, Gewalt anzuwenden, hoffend auf die Mitwirkung der Reformmächte — eventuell aber auch allein —, um die Pforte zur Vernunft zu bringen. Er, Currie, frage nunmehr seinen russischen Kollegen, wie er sich zu der Sache stelle, und auf welche Art von Mitwirkung er hierbei bei ihm zu rechnen habe.

Herr von Nelidow habe dem englischen Botschafter sofort geantwortet, daß er höchlichst überrascht von dieser plötzlichen Aufwallung des Unmuts in London sei, und daß er sicher glaube, man werde in Petersburg Anstand nehmen, England auf das Gebiet etwaiger direkter Unternehmungen gegen die Türkei zu begleiten. Sofort habe er nun an Fürst Lobanow dieserhalb telegraphiert und umgehend die Antwort erhalten, man denke nicht daran, irgendwelches aggressive Vorgehen Englands gegen die Türkei auch nur im mindesten zu unterstützen.

Unmittelbar darauf, und da auch seitens Frankreichs dieselbe Verhaltungslinie wie die russische eingehalten wurde, habe englischerseits beinahe unvermittelt eine schleunige Abwiegelung stattgefunden, so zwar, daß Sir Philip Currie Herrn von Nelidow nachträglich fast nicht einmal zugestehen wollte, daß er sich ihm unlängst im Auftrage seiner Regierung in so schroffer Weise geäußert habe, und daß ihm der russische Botschafter die Aufzeichnung vorlegen mußte, welche er während der damaligen bezüglichen Unterredung von letzterer sofort entworfen hatte.

Mit der den Orientalen eigenen scharfen Beobachtungsgabe wird

---

* Nachdem das Kabinett Rosebery am 23. Juni 1895 seine Entlassung genommen hatte, war am 26. Juni Marquis of Salisbury mit der Neubildung der Regierung betraut worden.

der Pforte dieser Unterschied in dem Tempo kaum entgangen sein, welcher zwischen den von England einerseits und Rußland-Frankreich andererseits in den Reformforderungen getanen Schritten besteht, und man möchte daher fast fürchten, daß hier die Geneigtheit entstehen könnte, die Angelegenheit länger hinzuziehen, als es bei der Wichtigkeit derselben wünschenswert wäre.

Nun ist allerdings gestern zur Anbahnung der armenischen Reformpläne ein Kommissar in der Person Schakir Paschas vom Sultan in Aussicht genommen worden. Indessen ist es, wie ich durch meinen russischen Kollegen höre, gerade dieser, welcher seinerzeit den Gedanken zur Bildung der durch die armenischen Ruhestörungen genugsam bekannten Hamidiétruppe gab und daher nicht gerade die beste Wahl zur Abstellung von Mißständen sein dürfte, deren Urheber zum Teil gerade in diesen disziplin- und zügellosen militärisch organisierten Banden zu suchen sind.

Saurma



Kapitel LVII

Der „Ostasiatische Dreibund“
Das Zusammenwirken von Deutschland, Rußland und Frankreich in Ostasien 1894 – 1895



Nr. 2213

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Kiderlen, z. Z. auf der Nordlandreise Kaiser Wilhelms II. in Merok

Ausfertigung

Berlin, den 16. Juli 1894

Infolge eines im Süden Koreas entstandenen Aufruhrs haben bekanntlich China und Japan Truppen nach dem Lande entsandt, um die Ordnung wiederherzustellen. Nachdem dieser Zweck erfüllt war, weigerte sich die japanische Regierung, ihre Truppen zurückzuziehen, bevor nicht die koreanische Regierung Reformen im Lande einführte, welche die Wiederkehr ähnlicher Aufstände verhüten sollten. China ist bereit, seine Mannschaften gleichzeitig mit Japan abzuberufen, lehnt es aber bis jetzt ab, sich dem Drängen der japanischen Regierung auf Reformen anzuschließen. Auf diese Weise ist es zu einer Spannung zwischen den beiden ostasiatischen Mächten gekommen, die insofern Gefahren bietet, als die Japaner zurzeit die Hauptstadt Soeul besetzt halten, während die chinesischen Truppen, welche sich bisher im Süden aufgehalten, sich der Hauptstadt nähern, um etwaigen Versuchen Japans, sich überwiegenden Einfluß beim Hofe zu verschaffen, entgegenzutreten, und die bisherige, allerdings mehr nominelle als tatsächliche Suzeränität Chinas über Korea aufrechtzuerhalten.

Bei dieser Sachlage hat die chinesische Regierung auch an unsere Vermittelung appelliert, damit wir auf Japan im Sinne einer Räumung Koreas einwirken sollten. Schon vorher war auch die englische Regierung an uns herangetreten mit dem Ersuchen, uns einer Intervention der Mächte behufs eines friedlichen Ausgleichs der entstandenen Gegensätze anzuschließen.

Wir haben mit Rücksicht darauf, daß bei der Frage der Existenz Koreas England und Rußland in erster Linie interessiert sind, und diese Frage zu einer Interessenkollision dieser beiden Mächte führen könnte, erwidert, daß eine Intervention nicht unsere Aufgabe sei. Dagegen scheint es, soweit eine solche Kollision nicht vorliegt, und die übrigen europäischen Großmächte im friedlichen Sinne ein-

wirken, mit Rücksicht auf unsere Handelsinteressen in Ostasien wünschenswert, uns diesen gemeinsamen Bemühungen anzuschließen.

Dementsprechend sind die kaiserlichen Gesandten in Peking und Tokio mittelst der in der Anlage abschriftlich wiedergegebenen Telegramme mit Weisung versehen worden*.

Euer Hochwohlgeboren wollen bei Vorlage der anliegenden Telegramme an allerhöchster Stelle Seiner Majestät dem Kaiser in dem oben angedeuteten Sinne Vortrag erstatten.

Rotenhan

Randbemerkung des Gesandten von Kiderlen:

Seine Majestät, allerhöchstwelchem ich den Inhalt des Erlasses vorgetragen habe, war sehr einverstanden mit Ablehnung unserer Intervention in einer außer Japan und China nur Rußland und England interessierenden Sache.

Merok, den 20./7. 94. Kiderlen

Nr. 2214

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in London Grafen von Metternich

Telegramm**. Eigenhändiges Konzept

Nr. 175 Berlin, den 6. Oktober 1894

Der englische Botschafter hat mir gestern mitgeteilt, nach Berichten, die seiner Regierung zugegangen, sei in China die Desorganisation im Fortschreiten*** und die Gefahr vorhanden, daß die beginnende revolutionäre Bewegung zunächst zu einem Massacre der Fremden führe; unter diesen Umständen wünsche die englische Regierung die Frage einer Kooperation der in den chinesischen Gewässern befindlichen europäischen Kriegsschiffe zum Schutze der bedrohten Europäer anzuregen, und sei der Botschafter beauftragt, sich über die Auffassung der Kaiserlichen Regierung zu unterrichten.

Nach Einholung der Befehle Sr. Majestät habe ich dem Botschafter erwidert, daß unsere Berichte über die den Fremden in China drohende Gefahr mit denjenigen der englischen Regierung übereinstimmten, und

---

* Die Instruktion an die Gesandtschaften in Peking und Tokio vom 11. Juli 1894 ging kurz dahin, sich gemeinsamen Bemühungen der übrigen Gesandten der Großmächte um friedliche Beilegung der Differenzen zwischen China und Japan anzuschließen. Der Gesandte in Tokio wurde noch besonders angewiesen, im Falle eines Interessenkonfliktes zwischen England und Rußland Reserve zu beobachten.

** Dasselbe Telegramm ging an die Botschafter in Rom, Petersburg und Paris.

*** Inzwischen war am 1. August 1894 die Kriegserklärung Japans an China erfolgt. Die schweren Niederlagen der Chinesen zu Lande und zu Wasser riefen eine wachsende Gärung im Inneren Chinas hervor.

wir im Prinzip den Gedanken einer Kooperation der Seestreitkräfte unter der Voraussetzung akzeptierten, daß es sich dabei lediglich um den Schutz von Leben und Eigentum der Fremden handle; eine Kooperation in dieser Richtung werde wohl in der Weise sich gestalten, daß den Befehlshabern anheimgestellt werde, sich untereinander über eine zweckmäßige Verteilung ihrer Streitkräfte längs der chinesischen Küste zu verständigen.

Marschall

Nr. 2215

Der englische Botschafter in Berlin Sir Edward Malet an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Ausfertigung

Berlin, den 7. Oktober 1894

I have the honour to inform your Excellency that I am desired by her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs to enquire of Your Excellency whether the Imperial Government are willing to unite with England, France, Russia and the United States in an intervention between Japan and China, which should have for its basis an indemnity to Japan for the expenses of the war and the independence of Corea, to be guaranteed by the Powers.

Edward Malet

Nr. 2216

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 9. Oktober 1894

Bei dem heutigen Diplomatenempfang sprach ich den englischen Botschafter über seine jüngste Note bezüglich einer gemeinsamen Intervention zwischen China und Japan. Ich bemerkte, daß sich zunächst die Frage aufwerfe, welchen Charakter die Intervention haben solle, ob sie lediglich als eine diplomatische gedacht sei, oder ob eventuell eine Aktion erfolgen solle. Die Frage bedürfe um so mehr der Aufklärung, als bei der gegenwärtigen militärischen Lage Japans Ablehnung mit Sicherheit zu erwarten stehe. Auch sei es mir wünschenswert, die Stellung der nächstinteressierten Macht, nämlich Rußlands, zu der vorgeschlagenen Intervention kennen zu lernen. Sir Edward war

darüber nicht informiert, worauf ich bemerkte, daß mir eine Intervention der Mächte zurzeit als verfrüht erscheine.

Sir Edward schien diese Auffassung durchaus zu teilen.

Marschall

Nr. 2217

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Peking Freiherrn Schenck zu Schweinsberg

Konzept* von der Hand des Vortragenden Rats Raschdau

A 46 Berlin, den 14. Oktober 1894

Unter dem 7. d. Mts. hat der hiesige englische Botschafter im Auftrage seiner Regierung schriftlich angeregt, in dem chinesisch-japanischen Kriege zu intervenieren**. Grundlage der Intervention sollte die Unabhängigkeit Koreas, die von den fremden Mächten zu garantieren wäre, und eine von China zu zahlende Kriegsentschädigung sein. Eine identische Aufforderung war an die Kabinette von St. Petersburg, Paris, Rom und Washington ergangen. Wir haben sogleich auf die Bedenken, welche sich einem solchen Eingriff entgegenstellten, aufmerksam gemacht, und im Verlauf uns dahin geäußert, daß im gegenwärtigen Moment eine Intervention kaum opportun sei. Japan würde sie aller Wahrscheinlichkeit nach ablehnen. Welche Mittel aber wolle man dann anwenden? Beabsichtige man in diesem Falle zur Aktion überzugehen? Diese Bedenken, welche auch von anderer Seite erhoben worden sind, haben zur Folge gehabt, daß man in London nach unseren Nachrichten jetzt etwa nur noch an einen den kriegführenden Mächten zu erteilenden „Rat" denkt***. Was speziell Rußland anbetrifft, so hat es sich zwar „im Prinzip" mit dem Gedanken der Vermittlung einverstanden erklärt, die Zustimmung aber von der anscheinend bis jetzt nicht erfolgten Genehmigung des Zaren abhängig gemacht.

Vorstehendes teile ich Ew. pp. zu Ihrer persönlichen Orientierung mit. Es wird mir von Interesse sein, zu erfahren, welchen Eindruck dort die englische Demarche, welche doch ohne Zweifel bekannt geworden sein wird, gemacht hat.

Marschall

---

* Derselbe Erlaß erging an die Gesandtschaft in Tokio.

** Siehe Nr. 2215.

*** Nach Telegramm Nr. 185 des Geschäftsträgers in London Grafen von Metternich vom 12. Oktober neigte sich auch der englische Premierminister Lord Rosebery der deutschen Auffassung zu, daß eine Intervention verfrüht sei und bei Japan kein williges Gehör finden würde; er wollte deshalb den Interventionsgedanken vorläufig aufgeben.

Nr. 2218

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein*

Nr. 950 Berlin, den 12. November 1894

Der hiesige chinesische Gesandte hat die diesseitige Vermittelung auf der Grundlage der Unabhängigkeit Koreas und der Zahlung einer noch näher zu bestimmenden Kriegsentschädigung erbeten.

Ich habe dem Gesandten erwidert, daß uns in Anbetracht der gegenwärtigen militärischen Lage der beiden kriegführenden Mächte die Annahme der chinesischen Vorschläge durch Japan ausgeschlossen erscheine, und daß wir es daher ablehnen müßten, auf der vorgeschlagenen Basis unsere Vermittelung eintreten zu lassen**.

Marschall

Nr. 2219

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe, z. Z. in Straßburg, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Straßburg, den 17. November 1894

Nachstehendes Telegramm:

„Es sind Anzeichen vorhanden, aus denen man schließen kann, daß England demnächst im Orient aktiv zu werden beginnen wird. Einmal ist es dabei, sich mit Rußland anscheinend über die Dardanellenfrage in einem für Rußland günstigen Sinne zu einigen. Im anderen Fall liegt die Vermutung nahe, daß es sich demnächst ohne Vereinbarung mit anderen Mächten in den Besitz von Schanghai und einiger strategisch wichtiger Punkte setzen wird. Das letztere dürfte durch die Konzentrierung des Geschwaders unter Admiral Freemantle, welche stattgefunden hat, und vorbereitete Truppentransporte aus Indien bewiesen sein. Dieses Ereignis wird zweifellos zur Folge haben, daß Rußland und Frankreich gleichfalls wichtige Punkte in China besetzen. Wir dürfen hierbei unter keinen Umständen zu kurz kommen oder uns überraschen

* Derselbe Erlaß erging an die Botschafter in Paris, Wien, Rom und Petersburg.
** Tatsächlich wies Japan, nachdem es schon im Oktober die „englischen Interventionsgelüste" abgewehrt hatte, Ende November 1894 eine von den Vereinigten Staaten versuchte Friedensvermittlung ab. Wie Kaiser Wilhelm II. dem Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe am 30. Oktober brieflich mitteilte, hätte der japanische Gesandte in Berlin, Vicomte Aoki, ihm gegenüber die „loyale deutsche Haltung" auf das lebhafteste und dankbarste anerkannt.

lassen. Wir bedürfen gleichfalls eines festen Punktes in China, wo unser Handelsumsatz jährlich 400 Millionen beträgt. Ich schlage dazu Formosa vor, welches schon in den sechziger Jahren von der Graf zu Eulenburgschen Mission als geeignet erkannt und der Preußischen Regierung vorgeschlagen wurde. Es empfiehlt sich daher, möglichst schnell im geheimen sich mit Japan zu verständigen und demnächst unser Geschwader mit Anweisung zu versehen. Eile ist geboten, da, wie Ich unter der Hand erfahren habe, Frankreich bereits nach Formosa angelt.

Wilhelm.“

geht mir soeben von Seiner Majestät zu. Ich habe folgendes darauf geantwortet:

„Der von Euerer Majestät mir allergnädigst mitgeteilte Plan ist von so außerordentlicher Wichtigkeit und Tragweite, daß ich um die Erlaubnis bitten muß, mich genau informieren zu dürfen, um Euerer Majestät in allernächster Zeit Vortrag zu halten und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Fürst Hohenlohe.“

Bitte mir heute hierher Information behufs etwaigen weiteren Telegramms an Seine Majestät zugehen zu lassen.

Fürst Hohenlohe

Nr. 2220

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, z. Z. in Straßburg

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 6 Berlin, den 17. November 1894

Zu Nr. 7.

Dafür, daß England im Begriff steht, sich mit Rußland über die Dardanellenfrage in einem letzterem günstigen Sinne zu verständigen, d. h. die freie Durchfahrt durch die Dardanellen zu gewähren, liegt zurzeit kein weiterer Anhaltspunkt vor als die jüngste Rede Lord Roseberys über die besonders befriedigenden dermaligen Beziehungen zwischen England und Rußland*, und ein Bericht des Grafen Hatzfeldt vom 11. d. Mts.**, in welchem der Botschafter auf Grund einer längeren Unterredung mit dem Premierminister die Ansicht ausspricht, daß England angesichts seiner gegenwärtigen Isolierung sich schließlich sogar in die Öffnung der Dardanellen bzw. die Preisgabe der Türkei ergeben würde, wenn Rußland die Zusage gewährte, die gegen England gerichteten Bestrebungen Frankreichs im Mittelmeer nicht mehr zu fördern. Der Bericht samt dem darauf ergangenen diesseitigen Erlaß*** geht

* Vgl. Kap. LV, Nr. 2161, S. 159, Fußnote.
** Siehe Kap. LV, Nr. 2161.
*** Siehe Kap. LV, Nr. 2162.

heute an Euere Durchlaucht ab. Daß England, welches von allen Mächten das dringendste Interesse hat, China in seinem heutigen Bestande als größten Pufferstaat zu erhalten, und dieses Interesse durch seine fortgesetzten Bemühungen um Herstellung des Friedens bekundet, geneigt sein sollte, durch irgendeine Aktion das Signal zur Aufteilung des Chinesischen Reichs zu geben, ist meines Erachtens wenig wahrscheinlich. Gerade deshalb, weil die Besetzung irgendeines strategisch wichtigen Punktes an der chinesischen Küste durch England sofort ähnliche Schritte seitens Rußlands und Frankreichs nach sich ziehen würde, wird England sich davor hüten, diese Bahn zu betreten. Das Erscheinen einer starken englischen Flotte in den chinesischen Gewässern ist durch die zahlreichen und gewichtigen englischen Interessen in jenen Gegenden genugsam begründet; von einer Bereitstellung indischer Truppen zur Verschiffung nach China ist hier nichts bekannt; eine solche Absicht ist bei der heutigen Situation in Indien höchst unwahrscheinlich. — Daß Frankreich, welches im Begriffe steht, nach Madagaskar zu gehen, die Erwerbung von Formosa oder eine andere militärische Aktion in Ostasien vorbereitet, glaube ich nicht; die Insel Formosa umfaßt 38 000 Quadratkilometer mit 3 Millionen Einwohnern, von denen ein erheblicher Teil niemals die chinesische Herrschaft anerkannt hat. Die Möglichkeit, daß bei einem Friedensschlusse zwischen China und Japan europäische Großmächte besondere Vorteile anstreben werden, ist zweifellos vorhanden, und ich teile die Auffassung Seiner Majestät, daß dann Deutschland mit Rücksicht auf seine Interessen in China nicht leer ausgehen darf, wenn auch Kompensationsobjekte von der Bedeutung Formosas dabei schwerlich in Frage kommen werden. Ich habe deshalb schon vor Wochen die Aufmerksamkeit der japanischen Regierung auf diesen Punkt gelenkt und unter Hinweis auf unsere freundliche Haltung in der Interventionsfrage die Erwartung aussprechen lassen, daß wir von etwaigen Schritten anderer Mächte nach jener Richtung rechtzeitig Kenntnis erhalten werden. Viel mehr wird in diesem Augenblicke kaum geschehen können. Ein Versuch, uns mit Japan wegen Abtretung Formosas an Deutschland zu verständigen, scheint mir zurzeit schon darum aussichtslos, weil Japan vermutlich selbst die Insel als Siegespreis für sich ins Auge gefaßt hat. Auch müßte jedes Hervortreten Deutschlands mit Ansprüchen dieser Art in diesem Augenblick bei allen Mächten Mißtrauen erwecken und unsere Politik schwer kompromittieren*.

Zur Vorsorge ersuche ich Graf Hatzfeldt und den Generalkonsul in Kalkutta telegraphisch, sich darüber zu informieren, ob Anhaltspunkte für die Absicht eines militärischen Vorgehens Englands in Ostasien, z. B. Besetzung von Schanghai oder eines anderen strategisch wichtigen Punktes vorliegen. Marschall

* Auf die deutliche und starke Reserve, mit der das Auswärtige Amt die Wünsche des Kaisers nach Erwerbungen in Ostasien aufnahm, mag besonders verwiesen sein.

Nr. 2221

Der Gesandte in Peking Freiherr Schenck zu Schweinsberg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

A. 201 Peking, den 23. November 1894

Im Anschluß an meinen heutigen Bericht betreffend die Seestreitkräfte der Großmächte in Ostasien*:

Sollte es infolge des chinesisch-japanischen Konfliktes zu territorialen Erwerbungen anderer Großmächte auf Kosten Chinas kommen, so wäre es erwünscht, wenn auch Deutschland die Gelegenheit zum Erwerben eines Stützpunktes für seine bedeutenden Handelsinteressen in Ostasien ausnutzen könnte. Diese sind viel bedeutender, als es nach der Handelsstatistik den Anschein hat, da ein großer Teil des deutschen Handels unter englischer Flagge geht.

Vielleicht könnte die Kiautschou-Bai südwestlich des Schantungvorgebirges, auf die sich unter anderem der Bericht des Kaiserlichen Konsuls in Tientsin vom 14. Januar d. Js. bezieht, in Erwägung gezogen werden, wo die chinesischerseits in Aussicht genommenen Befestigungen noch keine beachtenswerte Bedeutung gewonnen haben, oder die Peskadores-Inseln.

Schenck

Nr. 2222

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 129 Berlin, den 1. Februar 1895
Geheim [abgegangen am 2. Februar]

Von dem Kaiserlichen Gesandten in Peking ist hier vor kurzem in Anregung gebracht worden**, daß, wenn andre Großmächte den chinesisch-japanischen Krieg zu territorialen Erwerbungen auf Kosten Chinas benutzen sollten, auch wir beizeiten den Erwerb eines festen Stützpunktes für unsere Flotte und unsern Handel in Ostasien ins Auge fassen möchten. Er schlägt als solche Punkte, auf deren Erlangung unser Augenmerk zu richten wäre, die Kiautschou-Bai, südwestlich des Schantungvorgebirges, und in zweiter Linie die Peskadores-Inseln an der Straße von Formosa vor.

Es ist nicht zu verkennen, daß es einen für die deutsche Politik wenig vorteilhaften Eindruck machen würde, wenn bei einer Losreißung

---

* Hier nicht abgedruckt.
** Vgl. Nr. 2221.

einzelner Stücke des chinesischen Reiches durch dritte Mächte Deutschland allein leer ausgehen sollte.

Andrerseits erscheinen die beiden von dem Gesandten bezeichneten Punkte kaum sonderlich begehrenswert. Der Besitz der Kiautschoubucht verspricht zurzeit keine wirtschaftlichen Vorteile; solche könnten erst in Frage kommen, wenn einmal das chinesische Eisenbahnnetz in jener Bai münden würde. Eine Besitzergreifung dort, also auf dem chinesischen Festlande, würde aber wohl die Befestigung des Ortes und unter Umständen sehr leicht ein kriegerisches Vorgehen nach sich ziehen. Die Peskadores sind völlig ohne Wert. Sie bieten namentlich keinen Stützpunkt für den Handel, und ob sie genügende Häfen haben, erscheint in hohem Grade zweifelhaft.

Auch die Insel Formosa, für deren Besitzergreifung in Deutschland schon seit Jahrzehnten eine gewisse Stimmung besteht, wird außer Betracht bleiben müssen, da die Unterwerfung der nur formell zu China gehörigen Einwohner und die Verteidigung der Insel im Falle eines kaum ausbleibenden Konfliktes mit denjenigen Mächten, die, wie namentlich Frankreich, auch ihrerseits Ansprüche auf die Insel erheben, von uns Opfer erheischen würde, zu denen wir kaum in der Lage sind.

Am ehesten erwünscht wäre uns, soviel sich zurzeit übersehen läßt, der Besitz der Insel Tschusan, am Ausgang der Hangtschou-Bucht, südlich des Wusung. Schon in den Jahren 1869 und 1870 hat der bewährte Chinaforscher Professor von Richthofen in ausführlichen Denkschriften dem Fürsten Bismarck den Erwerb dieser Insel auf das wärmste empfohlen. Er rühmt ihr nach, daß sie einen guten, leicht zu verteidigenden und leicht zu befestigenden Hafen besitze, und glaubt auch heute noch, daß es ein leichtes sein werde, durch geeignete Maßnahmen, wie etwa Errichtung eines Freihafens, sie zu einem Emporium zu gestalten, das nicht nur den Handel des benachbarten Ningpo an sich ziehen, sondern auch für den gesamten Verkehr jener Gegenden bald an die Stelle des nur mit einem schwer zugänglichen Flußhafen ausgestatteten Schanghai treten werde.

Nun hat allerdings, wie Euerer pp. bekannt, Herr Hanotaux unlängst von einem Besetzungsrecht gesprochen, das sich England in bezug auf die Tschusan-Inseln durch ein geheimes Abkommen nach dem Opiumkrieg von China für gewisse Fälle ausbedungen haben soll. Dem entspricht es, daß in den Zeitungen neuerdings wiederholt die Nachricht aufgetaucht ist, die Besetzung der Insel durch England stehe unmittelbar bevor. Namentlich wollte der Londoner Korrespondent der „Nowoje Wremja" Ende Dezember vorigen Jahres erfahren haben, nicht nur, daß man sich in englischen Flottenkreisen lebhaft für die strategische Bedeutung der Inseln interessiere, sondern sogar, daß die am chinesischen Handel beteiligten Firmen der City in sicherer Erwartung der Okkupation bereits daran dächten, auf der Hauptinsel Fabriken und Entrepôts anzulegen.

Sollte diesen Gerüchten etwas Tatsächliches zugrunde liegen, und sollte England wirklich bereits vertragsmäßige Rechte an Tschusan erworben haben, worüber hier nichts Näheres bekannt ist, so würden wir selbstverständlich jeden Gedanken an deren Erwerb fallen zu lassen haben. Im entgegengesetzten Falle möchte es sich indessen doch fragen, ob nicht der Sache näher zu treten ist. Es würde alsdann, soweit sich vorläufig übersehen läßt, darauf ankommen, möglichst ungesäumt und jedenfalls vor Abschluß des Friedens zwischen China und Japan, mit der chinesischen Regierung wegen der käuflichen Überlassung der Tschusan-Insel in geheime Verhandlungen einzutreten und solche so schnell als tunlich zum Abschluß zu führen. China wird vielleicht nicht ganz abgeneigt sein, die Insel, die sie sonst leicht gezwungen sein könnte, an einen weniger genehmen Nachbar und ohne Entgelt zu verlieren, statt dessen lieber an Deutschland, von dem es keine Beeinträchtigung zu fürchten hat, abzutreten und dafür einen angemessenen Kaufpreis ausgezahlt zu erhalten.

Ich habe zunächst, um zu übersehen, inwieweit die Ansichten des Freiherrn von Richthofen noch gegenwärtig zutreffend sind, den Kaiserlichen Generalkonsul in Schanghai um eine telegraphische Äußerung darüber ersucht, welche kommerzielle Bedeutung die Tschusan-Insel etwa in europäischen Händen gewinnen könnte.

Inzwischen ist es mir, bevor ich mich über weitere Schritte in der Sache schlüssig mache, erwünscht, auch Ihre Ansicht darüber, namentlich im Hinblick auf die wahrscheinlichen Rückwirkungen auf die allgemeine Politik, kennen zu lernen.

Vielleicht läßt sich aus der oben erwähnten Nachricht über die Hoffnungen der City-Kaufleute ein Fingerzeig darüber entnehmen, in welchen Kreisen unter anderen etwa Anhaltspunkte für die wahren Absichten der dortigen Regierung zu erfahren sein würden.

Ihrem gefälligen Bericht werde ich mit Interesse entgegensehen.

Marschall

Nr. 2223

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 London, den 6. Februar 1895

Ganz geheim

Nachdem Lord Kimberley mir heute mitgeteilt hatte, daß China die fehlenden Vollmachten sofort nach Japan schicken wolle* und die chinesischen Bevollmächtigten sie dort bis zum 10. d. Mts. erwarten

* Anfang Februar 1895 hatten Friedensverhandlungen zwischen China und Japan begonnen, die aber von letzterem unterbrochen wurden, da die chinesischen Gesandten keine genügenden Vollmachten hatten.

würden, fügte er von selbst ganz vertraulich hinzu, daß Rußland hier jetzt lebhaft auf Gedankenaustausch über die dortige Situation dränge, während Frankreich allerdings zustimme, dabei aber hervorhebe, daß es weniger interessiert als England in der Sache sei. Er, Lord Kimberley, lehne diesen Gedankenaustausch über die möglicherweise eintretenden Eventualitäten, welcher sich wohl bald als notwendig herausstellen werde, keineswegs ab, sehe aber eine große Schwierigkeit darin, daß man über die Tragweite der japanischen Forderungen noch ganz im dunkeln sei.

Als ich im Scherz die Bemerkung fallen ließ, daß der fragliche Gedankenaustausch sich vielleicht auch auf die tatsächlichen Garantien erstrecken würde, die jede der drei Mächte im Fall einer wesentlichen Veränderung der territorialen Verhältnisse für sich und die eigenen Interessen beanspruchen würde, stellte der Minister nicht in Abrede, daß es auch dazu kommen würde.

Er bemerkte dann weiter, er wisse wohl, daß wir uns aus der Sache heraushalten wollten, und wir hätten darin auch bis jetzt trotz unserer großen kommerziellen Interessen vielleicht nicht unrecht gehabt. Hier würde man sich aufrichtig freuen, wenn der Moment kommen sollte, wo wir für angezeigt halten würden, aus unserer Reserve herauszutreten und auch unsere großen Interessen in der Sache zu vertreten. Er, Lord Kimberley, wolle mich deshalb fortgesetzt von allem, was vorgehe, unterrichtet halten, damit wir uns eventuell rechtzeitig entscheiden könnten.

Ich hatte aus seiner ganzen heutigen Haltung den Eindruck, daß hier unsere Beteiligung an den Verhandlungen der Mächte noch dringend gewünscht wird, und daß die englische Regierung uns, wenn sie dies hoffen könnte, auch die Erwerbung eigener Vorteile wohl gönnen, vielleicht uns dabei behilflich sein würde*.

Hatzfeldt

---

* Graf Hatzfeldt erhielt darauf am 1. März den Auftrag, dem englischen Staatssekretär des Auswärtigen gegenüber die deutsche Stellung dahin zu präzisieren: „Für uns stünden einstweilen in Ostasien nicht die gleichen Interessen auf dem Spiele wie für England und vielleicht auch für Rußland. Insbesondere hätten unsere Handelsbeziehungen, für die ja selbstverständlich eine baldige Wiederherstellung des Friedens erwünscht bleibe, keineswegs bisher unter dem Kriegszustande in solchem Maße gelitten, daß wir, allein derentwegen, ein Einsetzen unserer Machtmittel mit allen den unübersehbaren Konsequenzen, die sich daran knüpfen könnten, vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen vermöchten. Ohne ein Aufgebot von ganz erheblichen Machtmitteln würde aber nach unserer Auffassung der Versuch einer Intervention dem siegreichen Japan gegenüber ein aussichtsloses Unternehmen bleiben. Vorderhand schiene uns auch die Gefahr eines tatsächlichen Verfalls des chinesischen Reichs noch in weiter Ferne zu liegen. Sollten allerdings nach dieser Richtung hin die Dinge eine bedrohliche Wendung nehmen, und sollten infolgedessen dritte Mächte sich anschicken, die Umstände zur Erlangung eigener Vorteile auszunutzen, so würden wir allerdings nicht zögern, für die aus derartigen Verschiebungen uns drohenden Nachteile vollwichtige Kompensationen zu beanspruchen und für deren Erlangung mit allem

Nr. 2224

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Privatbrief. Auszug in Abschrift

London, den 8. Februar 1895

Hier sehe ich, außer den kolonialen Fragen, über die ich heute schreibe, nur zwei wichtige Dinge:

Die italienischen Verhandlungen, in denen ich mein möglichstes getan und bisher wenigstens einen Abbruch verhindert habe*, und dann die Situation in China.

Letztere steht insofern im Vordergrund, als jetzt bald die Krisis kommen muß, die entweder die drei Mächte (England, Rußland, Frankreich) zu gemeinschaftlichen Beschlüssen, vielleicht auch Aktionen, vereinigt oder den Beweis liefert, daß sie sich nicht verständigen können, und jeder das Seinige suchen und nehmen muß. Wollen wir etwas, wie ich es nach den bisherigen Mitteilungen annehmen muß, so dürfte es Zeit sein, uns darüber schlüssig zu machen. Warten wir noch, so haben wir eine gute Chance, daß die drei sich nicht verständigen, und wir dann unser Gewicht zugunsten desjenigen, der uns am besten paßt, in die Wagschale werfen, also Rußlands oder Englands. Das ist aber eine Chance, und es kann auch anders kommen. Durch welche Argumente wir aber dann die Chinesen bestimmen wollen, uns für die ihnen so unerwünschte bisherige Reserve auch noch zu belohnen, das weiß ich wirklich nicht. Eine Verhandlung mit den Chinesen scheint mir außerdem bei längerem Warten ausgeschlossen, denn wie heute die Sachen dort stehen, wird es bald keine Regierung mehr in China geben.

(gez.) Hatzfeldt

Nr. 2225

Der Gesandte in Peking Freiherr Schenck zu Schweinsberg an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 6 Peking, den 3. März 1895

Namens chinesischer Regierung bittet Li-Hung-Chang um vertrauliche Verwendung in Japan für maßvolle Friedensbedingungen, glaubt

Nachdruck einzutreten. In einem solchen Falle hoffen wir zuversichtlich Seite an Seite mit England zu stehen. Wir stünden somit dem Gedanken einer gemeinschaftlichen Intervention nicht von vornherein ablehnend gegenüber. Wir seien sogar bereit, wenn England es wünsche, darüber schon jetzt mit ihm in Erörterungen zu treten. Wir müßten aber in diesem Falle zunächst von englischer Seite über die Voraussetzungen und die Ziele einer solchen Aktion bestimmte Angaben erwarten, die uns in den Stand setzten, zu prüfen, ob die nach den verschiedenen Möglichkeiten für uns zu gewärtigenden Vorteile den von uns zu bringenden Opfern entsprächen."

* Vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, A.

kontinentale, die Existenz Chinas bedrohende Gebietsforderungen nicht zugestehen zu können. Im Hinblick auf Li-Hung-Changs erprobte Freundschaft versprach ich, seine Bitte Euerer Durchlaucht zu unterbreiten. Shimonoseki wurde von Japan als Ort der Verhandlungen bezeichnet.

Schenck

Nr. 2226

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 6 — Berlin, den 6. März 1895

Bestellen Sie vertraulich, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers der japanischen Regierung Beschleunigung des Friedens und Mäßigung in den Bedingungen empfiehlt.

Europäische Großmächte sind von China zur Intervention aufgefordert; einige derselben sind dazu im Prinzip entschlossen und einig. Je mehr diese von China als Preis ihrer Intervention beanspruchen werden, desto weniger bleibt für Japan übrig. Für letzteres ist deshalb unvermittelter, billiger Abschluß verhältnismäßig am vorteilhaftesten.

Nach unsern bisherigen Nachrichten würde japanische Forderung von Gebietsabtretung auf Festland besonders geeignet sein, Intervention zu provozieren*.

Marschall

Nr. 2227

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 19. März 1895

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät

bitte ich um die Erlaubnis, anläßlich des Euerer Majestät vorgelegten Telegramms, worin der Kaiser von China Euerer Majestät Unterstützung zur Herbeiführung eines Friedens mit Japan nachgesucht

---

* Am 16. März übersandte Freiherr von Gutschmid die englische Übersetzung einer japanischen Antwortnote auf die deutsche am 8. März schriftlich übermittelte Bestellung. Es hieß darin: „The Japanese Government desire to express their high appreciation of the friendly spirit which prompted the German Government to make the said communication". Materiell ließ die japanische Regierung die deutsche Mahnung unberücksichtigt. Vgl. darüber auch den späteren Bericht des Freiherrn von Gutschmid vom 9. Februar 1896, Nr. 2306.

hat*, über unsere Stellung zu dem chinesisch-japanischen Konflikt nachstehendes alleruntertänigst vorzutragen.

Gemäß der von Euerer Majestät seinerzeit getroffenen Bestimmung war unsere bisherige Haltung die einer strengen Neutralität. Noch ehe es zum eigentlichen Kampfe kam, sind Euerer Majestät Vertreter in Peking und Tokio ermächtigt worden, sich gemeinsamen Schritten der Vertreter der übrigen Großmächte auf friedliche Beilegung der Differenz anzuschließen, und wir haben uns später, nach Ausbruch der Feindseligkeiten, bereit erklärt, bei gemeinsamen Maßnahmen der Mächte insoweit mitzuwirken, als diese sich auf die Sicherung von Personen und Eigentum beschränkten.

Dagegen sind die von seiten Englands wie auch Chinas wiederholt an uns herangetretenen Ansinnen einer Intervention beziehungsweise der Beteiligung an einer solchen mit der Begründung abgelehnt worden, daß uns ein derartiger Schritt vorderhand verfrüht erscheine.

Hierbei lagen im wesentlichen folgende Erwägungen zugrunde: England und Rußland sind an der Entwickelung der Dinge in Ostasien insofern besonders interessiert, als ersteres China als Pufferstaat zur Deckung Indiens gegen russisches Vorgehen möglichst ungeschwächt erhalten möchte, und letzteres seine mutmaßlichen Ansprüche auf Korea oder wenigstens auf Stücke dieses Landes nicht durch weitere japanische Fortschritte präjudiziert zu sehen wünscht. Für Deutschland dagegen stehen in Ostasien, zurzeit wenigstens, gleich starke Interessen nicht auf dem Spiele. Der deutsche Handel insbesondere hat unter dem Kriegszustande bisher nicht merkbar gelitten. Im Gegenteil haben unsere Fabrikanten, Kaufleute und Frachtschiffer durch Lieferung und Beförderung von Kriegsmaterialien gute Gelegenheit zum Verdienst gefunden. Bei unserer Beteiligung an einer lediglich auf Herstellung des Friedens gerichteten Intervention Englands und Rußlands würden wir somit vorwiegend die Geschäfte dieser Staaten besorgen, und zwar voraussichtlich mit erheblichen Opfern für uns, denn es liegt wohl auf der Hand, daß dem siegreichen Japan gegenüber nur eine bewaffnete Intervention oder wenigstens die Entfaltung sicher überlegener Machtmittel auf dem Kriegsschauplatze selbst Aussicht auf Erfolg bieten würde.

Es liegt bereits in der Konsequenz dieser Erwägungen, daß unsere Haltung sich zu ändern hätte, wenn für uns besondere Vorteile als Entgelt für die unsererseits zu bringenden Opfer in Aussicht stünden. Und zwar dürften als derartige Vorteile in erster Linie Erwerbungen von einzelnen Plätzen an der chinesischen Küste in Betracht kommen, die als Stützpunkte für unsere Kriegsflotte und unsern Handel dienen

* Am 9. März vom chinesischen Geschäftsträger im Auswärtigen Amt überreicht.

könnten, und wonach sich ein Bedürfnis bei uns schon seit Jahrzehnten geltend gemacht hat[1]*.

Naturgemäß kann es nicht Sache Deutschlands als der verhältnismäßig am wenigsten direkt beteiligten Macht sein, durch ein Hervortreten mit Ansprüchen dieser Art gewissermaßen das Signal zu einer ersten Teilung des chinesischen Reiches zu geben. Vielmehr werden wir damit zu warten haben, bis etwa andere Mächte sich zur Verwirklichung ähnlicher Absichten anschicken sollten.

Ob es hierzu kommt, wird von dem Gange der bevorstehenden Friedensunterhandlungen abhängen. Japan hält mit den Bedingungen, die es dabei stellen wird, vorläufig zurück und scheint mit seinen letzten Forderungen erst nach und nach herauskommen zu wollen. Es sind indessen Anzeichen vorhanden, daß diese für China recht schwere sein werden. Der hiesige japanische Gesandte hat hier vor einigen Tagen im engsten Vertrauen und mit der Bitte um Geheim-

---

* In einem Promemoria des Vortragenden Rats Klehmet vom 20. Februar 1895, das dem Immediatbericht vom 19. März zugrunde liegt, heißt es über diesen Punkt noch speziell:

„Das Bedürfnis nach dem Besitz einer eigenen Flottenstation in jener Gegend ist bei uns schon seit Ausgang der sechziger Jahre empfunden und noch neuerdings von Seiner Majestät dem Kaiser betont worden**. Es haben auch schon vor mehr als 30 Jahren eingehende Ermittlungen über die sich dazu etwa eignenden Punkte stattgefunden. Als am besten geeignet hat sich dabei die Insel Tschusan (gegenüber Ningpo und südlich vom Ausfluß des Wusung belegen) herausgestellt, die einen sicheren, auch für den Handel gut gelegenen, aber allerdings schwer zugänglichen Hafen (Tinghai) hat. Die daneben noch genannten Punkte, wie die Mirs-Bay bei Hongkong und die kleine Insel Kulangseu bei Amoy kommen gegenwärtig, neben anderen Übelständen, schon als zu unbedeutend für uns kaum in Betracht, ebensowenig wie die zuletzt von dem kaiserlichen Gesandten in Peking vorgeschlagenen, nämlich die Pescadores-Inseln bei Formosa und die Kiautschoubucht, südlich des Schantunggebirges. Vor dem Erwerb der ebenfalls in Vorschlag gebrachten Insel Formosa hat bereits der Professor von Richthofen, einer der bedeutendsten Chinakenner, gewarnt, wobei er u. a. hervorhob, daß sie keinen einzigen brauchbaren Hafen besitze.

Wollten wir nun auch die Insel Tschusan für uns beanspruchen, so hätten wir jedenfalls den Widerspruch Englands zu gewärtigen, das seit langem durch geheimes Abkommen mit China Rechte auf diese Insel erworben zu haben scheint. Würden wir dagegen Formosa verlangen, so würden wir mit Japan und auch mit Frankreich, die beide nach dieser Insel trachten, in Kollision geraten.

Seine Majestät der Kaiser hat sich gelegentlich eines früheren Berichtes dahin ausgesprochen, daß mit Rücksicht auf die Gegensätze, einmal zwischen England und Frankreich, sodann zwischen England und Rußland, unsere Politik sich völlig frei und unabhängig halten müsse, um im gegebenen Augenblicke, wenn England, das uns absolut brauche, um unsere Hilfe bittet, uns entsprechend bezahlen zu lassen, und wenn es ohne unsere Beteiligung zum Konflikt komme, uns selbst zu nehmen, was wir brauchen."

Vgl. dazu Nr. 2219ff. und den Brief Kaiser Wilhelms II. an Kaiser Nikolaus II. vom 26. April 1895, in dem der Gedanke an deutsche Gebietserwerbungen in China aufgenommen wurde. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, hrsg. von Walter Goetz S. 290ff. Siehe auch Kap. LVIII, Nr. 2318, Fußnote **.

** Vgl. Nr. 2219.

haltung Mitteilung von einem zwischen seiner und der russischen Regierung Ende vorigen Monats gepflogenen Meinungsaustausch gemacht, wonach Japan sich der russischen Forderung der völligen Unabhängigkeit Koreas fügen, und Rußland dafür ihm bei den Friedensunterhandlungen seine empfehlende Unterstützung im Sinne der Erwirkung von Kriegsentschädigung, Gebietsabtretung und Neuregelung der kommerziellen Verhältnisse zwischen Japan und China gewähren will. Hiermit im Einklang steht, daß nach Meldung Euerer Majestät Botschafters in London Rußland und England sich dahin verständigt haben, daß die Unabhängigkeit Koreas aufrechtzuerhalten sei.

Herr Aoki hat seiner erwähnten Mitteilung vertraulich hinzugefügt, die japanischen Militärs erachteten eine Abtretung von Port Arthur mit einem Teile seines Hinterlandes für unumgänglich, während in ihren Augen die Abtretung einer Insel, z. B. Formosas, erst in zweiter Linie käme[2].

Nun würde meines Erachtens Port Arthur in japanischen Händen die Herrschaft Japans über den Golf von Tschili und damit eine beständige Bedrohung der chinesischen Hauptstadt bedeuten. Es läßt sich daher voraussehen, daß die Chinesen sich einer solchen Abtretung auf das äußerste widersetzen werden.

Allerdings ist Chinas militärische Lage nahezu hoffnungslos. Euerer Majestät Gesandter in Peking hat sich auf telegraphische Anfrage dahin geäußert, er glaube nicht, daß chinesische Streitkräfte den Feind von Peking zurückzuhalten vermöchten; die Einnahme der Hauptstadt werde allerdings nicht gerade eine allgemeine Auflösung der bestehenden staatlichen Ordnung zur Folge haben; jedenfalls aber halte Li-Hung-Chang den Abzug des Hofes aus Peking nicht mehr für ausführbar. Auf der andern Seite telegraphiert Freiherr von Gutschmid aus Tokio, Japan könne den Krieg bis zum nächsten Winter fortführen, ohne Erschöpfung an Mannschaften, Geldmitteln oder Kriegsmaterial zu befürchten, auch sei die Kriegsbegeisterung der japanischen Nation ungeschwächt.

Gleichwohl scheint es, bei der bisher bewiesenen Neigung der chinesischen Staatsmänner, sich über die wahre Sachlage hinwegzutäuschen, nicht ausgeschlossen, daß sie, falls Japan nicht seine Forderung betreffs Port Arthur fallen läßt und sich dann etwa mit Formosa begnügt, den ungleichen Kampf von neuem aufnehmen.

In diesem Falle könnte es dann in der Tat wohl zu einem Einschreiten der Mächte trotz der unter diesen bestehenden Interessengegensätze, und damit zum Aufrollen der chinesischen Frage auch für uns kommen.

Aus dieser Sachlage ergibt sich meines alleruntertänigsten Dafürhaltens als Richtschnur für unsere Politik, daß wir es einerseits vermeiden müssen, uns in eine in erster Linie fremden Interessen dienende Aktion vorzeitig hineinziehen zu lassen, daß wir aber andrerseits uns die Beteiligung an solchen Unternehmungen offenhalten müssen, die

zu Verschiebungen in den Machtverhältnissen der europäischen Großmächte in Ostasien führen können[3].

Euere Majestät bitte ich demgemäß um die Ermächtigung, den Kaiserlichen Botschafter in London, der von den vorstehenden Gesichtspunkten vorläufig im allgemeinen in Kenntnis gesetzt worden ist*, anweisen zu dürfen, der dortigen Regierung vorläufig mündlich und in unverbindlicher Weise zu erkennen zu geben, daß Euerer Majestät Regierung dem Gedanken einer gemeinschaftlichen Intervention nicht von vornherein ablehnend gegenüberstehe, sondern nicht zögern werde, bei wesentlichen Verschiebungen der Verhältnisse in Ostasien auch ihrerseits für die deutschen[4] Interessen mit allem Nachdruck einzutreten.

England scheint nach den bisherigen Äußerungen der dortigen Staatsmänner unsere Zuziehung, schon um ein Gegengewicht gegen Frankreich und Rußland zu haben, dringend zu begehren und wird unseren Wünschen somit jedenfalls einigermaßen entgegenkommen[5].

Was und wieviel wir für unsere Mitwirkung fordern sollen, läßt sich zurzeit kaum übersehen und wird unter anderm auch davon abhängen, was die anderen Mächte für sich beanspruchen werden. In letzterer Hinsicht deutet eine von Euerer Majestät Botschafter in Petersburg gemeldete Äußerung des dortigen englischen Botschafters, Sir F. Lascelles, dahin, daß England nichts dagegen haben würde, wenn Rußland einen Teil des nördlichen China, seiner Eisenbahn wegen, und etwa einen Hafen in Korea annektierte. Was England für sich selbst nehmen würde, ist unbekannt[6], nach früheren Erfahrungen könnte man unter anderm an die schon einmal von ihm besetzten Tschusaninseln gegenüber Ningpo denken.

Ich habe inzwischen den Staatssekretär des Reichsmarineamts um eine Äußerung darüber ersucht, welche Punkte in Ostasien etwa im Marineinteresse für Deutschland wünschenswert seien, und sehe dieser Äußerung noch entgegen.

Die Insel Formosa würde für uns in dieser Beziehung kaum in Betracht kommen können. Vor ihrem Erwerb warnt unter anderem ein angesehener Kenner Chinas, der Professor an der hiesigen Universität Freiherr von Richthofen. Sie hat, soviel bekannt, keine für größere Fahrzeuge brauchbaren Häfen, ist wegen ihrer verhältnismäßig dichten und wilden Bevölkerung ungeeignet zur Kolonisierung und wegen ihrer Ausdehnung schwer zu verteidigen[7]. Ein Streben nach Formosa würde uns nicht allein mit Japan, sondern wahrscheinlich auch noch mit Frankreich in Konflikt bringen, das seit 1885 selbst Ansprüche darauf zu haben behauptet[8]. Dagegen würde es für uns nicht unvorteilhaft sein, wenn Japan mit Unterstützung von England und Rußland Ansprüche auf Formosa erhöbe, weil dadurch Frankreich in einen gewissen Gegensatz zu Rußland gesetzt werden würde.

---

* Siehe Nr. 2223, S. 251, Fußnote **.

Was schließlich das eingangs erwähnte Telegramm des Kaisers von China anbelangt, so bitte ich alleruntertänigst um die Erlaubnis, in Erwiderung darauf dem chinesischen Vertreter sagen zu dürfen, Euere Majestät hätten davon Kenntnis genommen und ermächtigten ihn, seinem Kaiserlichen Herrn zu berichten, daß Euere Majestät volles Mitgefühl mit seinem und seines Reiches schwerem Schicksal empfänden und auch Euerer Majestät innige Wünsche auf das baldige Gelingen der bevorstehenden Friedensunterhandlungen gerichtet wären. Euere Majestät seien gern bereit, diese Wünsche der japanischen Regierung gegenüber erneut zum Ausdruck bringen zu lassen[9].

Fürst v. Hohenlohe

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Richtig
[2] Das könnten wir ja dann beanspruchen
[3] richtig
[4] ja aber nicht chinesische
[5] wir müssen uns aber sehr theuer machen
[6] Shanghai!
[7] nicht ganz zutreffend
[8] Formosa muß nochmal besprochen werden
[9] Ja

Schlußbemerkung des Kaisers:
Einverstanden

Nr. 2228

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 34 Berlin, den 23. März 1895

Über augenblickliche Stellung Englands zu ostasiatischem Konflikt liegt hier Authentisches nicht vor. Äußerungen englischer Presse lassen jedoch bezweifeln, daß englisch-russisches Einvernehmen so weit angebahnt, wie nach Bericht Nr. 74 Prinz Liechtenstein* zu glauben scheint. Sagen Sie Fürst Lobanow unter Berufung auf Auftrag, auch wir nähmen regen Anteil an Entwicklung in Ostasien, teilten seinen aus Ihrem Bericht Nr. 84 ersichtlichen Standpunkt**, glaubten, daß

* Österreich-ungarischer Botschafter in Petersburg.
** Nach Tschirschkys Bericht Nr. 84 vom 20. März hatte Fürst Lobanow das chinesische Ersuchen um Herbeiführung eines Waffenstillstandes während der Dauer der Friedensverhandlungen als eine Einmischung in die militärischen Operationen der beiden kriegführenden Mächte abgelehnt, dagegen sich bereit erklärt, auf diplomatischem Wege seinen Einfluß zugunsten eines raschen Friedensschlusses geltend zu machen.

Der Waffenstillstand zwischen China und Japan kam gleichwohl am 31. März zustande.

unsere dortigen Interessen mit russischen nicht kollidierten, und seien daher bereit, mit Rußland in einen Meinungsaustausch zu treten und eventuell gemeinsam zu handeln.

Drahten Sie eine Erwiderung und suchen Sie auch an andren Stellen, soweit Gelegenheit, über Stellung Rußlands wie Englands zu China-Japan Aufschluß zu gewinnen. pp.

Marschall

Nr. 2229

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 60 St. Petersburg, den 25. März 1895

Auftrag nach Telegramm Nr. 34* ausgeführt.

Fürst Lobanow nahm Eröffnung entgegenkommend auf, bestätigte Übereinstimmung unserer Interessen im ostasiatischen Konflikt und glaubt, daß sein kaiserlicher Herr, den er morgen sieht, unseren Vorschlag wegen Meinungsaustausches und eventuellen gemeinsamen Handelns mit Freuden begrüßen wird.

China hat das nach Euerer Durchlaucht Telegramm Nr. 35 an Reichsregierung gestellte Ersuchen** auch an russische Regierung gerichtet. Fürst Lobanow ist, um sich von England nicht zu trennen, geneigt, sich für chinesischen Wunsch nach vorheriger Bekanntgabe der Friedensgrundlagen seitens Japan bei letzterer Macht zu verwenden, wie dies England bereits getan. Sein bezüglicher Bericht liegt kaiserlicher Entscheidung vor.

Tschirschky

Nr. 2230

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 38 Berlin, den 27. März 1895

Mit Bezug auf Ihr Telegramm Nr. 60***.

Russischer Geschäftsträger hat mir gestern Telegramm des Fürsten Lobanow mitgeteilt, wonach englische Regierung Rußland eingeladen

* Siehe Nr. 2228.

** Das Ersuchen Chinas ging laut Telegramm Nr. 35 an Tschirschky vom 23. März dahin, daß die Reichsregierung und die anderen Mächte sich bei Japan um Bekanntgabe der Friedensbedingungen noch vor Abschluß eines Waffenstillstandes verwenden möchten.

*** Siehe Nr. 2229.

hat, in Tokio zu erklären, es sei „raisonnable", daß Japan vor Abschluß Waffenstillstands an China Friedensbedingungen kundgebe, und wonach russische Regierung, dieser Einladung folgend, ihren Gesandten in Tokio entsprechend instruiert hat.

Ich habe darauf heut folgendes an Gesandten Tokio telegraphiert: „Im Einvernehmen mit russischer Regierung hält Kaiserliche Regierung chinesischen Wunsch, vor Abschluß eines Waffenstillstandes zunächst Friedensbedingungen zu kennen, nicht für unbillig und empfiehlt japanischer Regierung durch dessen Erfüllung im eigenen Interesse Beweis Friedensliebe zu geben. Bitte dies dort zu sagen."

Marschall

Nr. 2231

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Mühlberg

Eigenhändig

Berlin, den 2. April 1895

Vicomte Aoki suchte mich heut auf, um mit mir über den Stand der Vertragsverhandlungen zu sprechen. Im Laufe der Unterhaltung wurde auch die Frage wegen des Friedens mit China berührt, und der Gesandte ließ folgende Bemerkung fallen:

Japan werde einen Teil der südlichen Mandschurei verlangen. Vor allem die Halbinsel Liaotung mit Port Arthur. Dieses solle eine Art von Gibraltar für den Golf von Petschili werden. Ohne den Besitz dieses Territoriums stünde die Unabhängigkeit Koreas nur auf dem Papier. Auf Mukden reflektiere man aus Rücksicht für die chinesische Dynastie nicht. Schwierig sei die Stellung zu Rußland. Dieses rechne für sich auf den nördlichen Teil der Mandschurei, weil es die sibirische Eisenbahn südlicher legen und in Possiet Harbour auslaufen lassen wollte. Übrigens ginge das eigentlich Japan nichts an — das möge Rußland mit China ausmachen. Auf meinen Einwurf, daß Formosa doch auch ein lohnender und das japanische Inselreich abschließender Besitz sei, schwieg Vicomte Aoki lächelnd, so daß ich den Eindruck erhielt, Japan bestehe nicht ernsthaft auf Abtretung dieser Insel. Weiter ist aus den Auslassungen des Gesandten hervorzuheben:

Die Insel Tschusan sei England bestimmt; es sei gar kein Grund vorhanden, warum England und Rußland allein — von Frankreich schwieg der Gesandte — in China Landerwerbungen machen sollten; Deutschland könne ganz gut für sich eine Provinz im Südosten Chinas beanspruchen: ein solcher Besitz sei weit schätzenswerter als unsere ganzen Kolonien in Afrika. Wir würden dort miteinander schon fertig werden.

Eine ähnliche Andeutung will Aoki schon dem Kriegsminister* gegenüber gemacht und von diesem die Antwort erhalten haben: er möge doch Seiner Majestät dies vortragen — er — Aoki — werde sich aber hüten, hierüber mit Seiner Majestät zu sprechen.

Der Gesandte bat schließlich um ganz sekrete Behandlung seiner Äußerungen.

Mühlberg

Nr. 2232

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 41 Berlin, den 4. April 1895

Gesandter Peking telegraphiert:

„Friedensbedingungen Japans fordern Formosa, Pescadores, Liaotung bis 41. Grad nördlicher Breite und bis Hafen von Niutschuang inklusive 300 Millionen Taëls, zahlreiche dem Tsungli-Yamên angeblich noch unbekannte Handels- und Vertragsrevisionsbestimmungen. China erbittet Verwendung Waffenstillstand, Ermäßigung Indemnität, glaubt von Liaotung höchstens östlichen Gebietsstreifen mit Fenghuangtschang abtreten zu können.“

Die Japaner motivieren Anspruch auf Port Arthur und Hinterland damit, daß nur so Unabhängigkeit Koreas zu schützen sei. Nach diesseitiger Anschauung würde Port Arthur in ein zweites Gibraltar verwandelt, Japan zum Beherrscher Golfs von Petschili machen und dadurch tatsächlich China in ein Protektionsverhältnis zu Japan bringen.

Wir sehen so hochgespannte Forderungen nicht ohne Besorgnis, weil sie in ihren Folgen auch den Frieden Europas gefährden können.

Ew. pp. wollen die Frage akademisch, aber offen mit Fürst Lobanow besprechen.

Marschall

Nr. 2233

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 62 Berlin, den 4. April 1895

Gesandter Peking telegraphiert:

„Friedensbedingungen Japans fordern Formosa, Pescadores, Liaotung bis 41. Grad nördlicher Breite und bis Hafen von Niutschuang

* General Bronsart von Schellendorf.

inklusive 300 Millionen Taëls, zahlreiche dem Tsungli-Yamên angeblich noch unbekannte Handels- und Vertragsrevisionsbestimmungen. China erbittet Verwendung Waffenstillstand, Ermäßigung Indemnität, glaubt von Liaotung höchstens östlichen Gebietsstreifen mit Fenghuangtschang abtreten zu können.“

Das in ein Gibraltar umgewandelte Port Arthur würde China, wenigstens Nordchina mit Peking, tatsächlich in ein Protektoratsverhältnis zu Japan bringen. Derartig hochgespannte Forderungen werden die Frage des Fortbestandes von China, sowie die Frage von Gebietserwerbungen europäischer Mächte aktuell machen, schließen daher für Nächstbeteiligte eine nicht zu unterschätzende Kriegsgefahr in sich.

Vertraulich bemerke ich, daß Japaner glauben, etwaigen Einspruch Rußlands durch Anbieten von Erwerbung nördlicher Mandschurei mit Possietbai als Ausgangspunkt sibirischer Bahn beseitigen zu können.

Ew. pp. werden bei objektiver Besprechung dieser Punkte vielleicht ermessen können, ob es den Anschein hat, als wäre Frage der Erwerbung chinesischer Gebietsteile bereits zwischen Rußland, England, Frankreich erörtert bzw. zum Abschluß gebracht worden.

Marschall

Nr. 2234

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 70 London, den 4. April 1895

Telegramm Nr. 62 erhalten*.

pp. Der Minister** teilt persönlich vollständig die Auffassung, daß die Abtretung von Port Arthur in ihren Folgen einem japanischen Protektorat über China gleichkommen und den Fortbestand desselben gefährden, wie auch Gebietserwerbungen anderer Mächte hervorrufen würde. Er ist aber bis jetzt keineswegs überzeugt, daß Rußland im Zusammenbruch Chinas eine ernste Gefahr für seine speziellen Interessen erblicken und nicht vorziehen wird, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Von Frankreich setzt er sogar voraus, daß es Schwächung von China nicht ungern sehen würde.

Mein Eindruck ist, daß bis jetzt keinerlei Verabredung zwischen England, Frankreich, Rußland besteht, weder über Landerwerbungen noch über eine gemeinschaftliche Haltung in der Frage.

Sollte man sich in St. Petersburg dazu verstehen, Japan Mäßigung zu empfehlen und namentlich Erwerbung von Port Arthur als ausgeschlossen zu bezeichnen, so wird man sich, soweit ich mir ein Urteil

* Siehe Nr. 2233.
** Lord Kimberley.

bilden kann, hier nicht ausschließen. Zeigt man sich aber in St. Petersburg gleichgültig, so ist sehr zu bezweifeln, daß die englische Regierung allein vorgehen wird. Es wird sich dann nur noch um eine Verständigung unter den beteiligten Mächten über die von ihnen beabsichtigten Erwerbungen handeln.

Hatzfeldt

Nr. 2235

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 68 Berlin, den 6. April 1895

Vorbehaltlich weiterer Direktiven, welche Ew. nach meiner Besprechung mit Herrn von Brandt* zugehen werden, bemerke ich schon heute, daß es für Deutschland das günstigste Ergebnis sein würde, wenn es gelänge, die japanischen Bedingungen so weit zurückzuschrauben, daß dieselben keiner europäischen Macht einen Vorwand für eigne Erwerbungen böten. Auch von England möchte ich annehmen, daß es etwaige eigne Erwerbungen kaum als Kompensation ansehen würde für die vergrößerte Stellung, die sich für Rußland aus dem Erwerb der Possietbai mit Hinterland, für Frankreich aus dem Erwerb der Pescadores und andrer wichtiger Punkte ergeben würde.

Aber auch Fürst Lobanow perhorresziert, wie Ew. aus dem heutigen Petersburger Telegramm ersehen, die festländische Gebietserweiterung Japans neben der Westgrenze von Korea so energisch, daß selbst ihm vielleicht die einfache Erhaltung des festländischen status quo, Japan wie Rußland gegenüber, am erwünschtesten wäre. England würde daher wahrscheinlich die Zustimmung Rußlands finden, vielleicht sogar dem persönlichen Wunsche des Fürsten Lobanow nach möglichst glatter Erledigung der ganzen Frage entgegenkommen, wenn es die Mitwirkung bei einer Kollektivaktion von vornherein abhängig machte von dem Programm der Erhaltung des festländischen chinesischen status quo.

Wird dieses Programm nicht adoptiert, so läßt sich mit Bestimmtheit vorhersehen, daß Rußland für sich auf Kompensationen bestehen wird, deren Bedeutung im Verhältnis ist zu der Gefahr, welche den russischen Interessen in Asien durch die Festsetzung der Japaner auf dem asiatischen Kontinent droht.

---

* Zur Beratung des Auswärtigen Amts in der ostasiatischen Frage war der langjährige deutsche Gesandte in Peking Max von Brandt hinzugezogen worden; vgl. dessen Denkschriften Nr. 2238 und 2240.

Ew. stelle ich anheim, Vorstehendes, falls Sie einverstanden sind, zu besprechen, selbstredend unter alleiniger Betonung der englischen Interessen, und indem Sie vermeiden, Ihren Äußerungen die Form einer deutschen Anregung zu geben.

Marschall

Nr. 2236

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 73 London, den 6. April 1895

Telegramm Nr. 68* erhalten und eben in dem vorgeschriebenen Sinne mit Lord Kimberley gesprochen.

Die heut hier eingegangenen Telegramme Sir Frank Lascelles' stimmen mit der durch Telegramm Nr. 67 mir übermittelten Meldung des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Petersburg in bezug auf die Sprache des Fürsten Lobanow überein.

Aus den Äußerungen Lord Kimberleys, welcher betonte, daß er, da das englische Kabinett noch keinen Beschluß gefaßt, nur persönliche Gedanken aussprechen könne, ergab sich zunächst, daß ihm die Aufgabe, zwischen China und Japan Stellung nehmen und die eine oder andere dieser Mächte verletzen zu müssen, höchst unerwünscht ist.

Hiervon ausgehend erkannte er zwar an, daß die Abtretung von Liaotung russische Interessen, namentlich in bezug auf Unabhängigkeit Koreas, bedrohen würde, bemerkte aber dann, daß hier von anderer Seite die Frage aufgeworfen worden sei, ob sich dieser Gefahr, wie auch der darin ebenfalls liegenden Bedrohung Pekings, nicht vorbeugen ließe, wenn die Japaner ihre Ansprüche dort auf einen kleinen Teil der südlichen Halbinsel der Provinz Liaotung beschränkten.

Als ich ein ungläubiges Gesicht machte, gab er zu, daß die Gefahr nach beiden Richtungen nicht wesentlich vermindert wäre, wenn die Japaner auch nur einen Ausschiffungspunkt an der südlichen Spitze jener Halbinsel erhielten. Die chinesische Regierung könne aber ihrerseits die sie bedrohende Gefahr wesentlich abschwächen, wenn sie die Residenz von Peking nach der früheren alten Hauptstadt des Reichs Nanking verlegte. Er bemerkte dazu, daß die englischen Interessen sich hauptsächlich in und um Schanghai konzentrierten.

Im ganzen war er mit mir darin ganz einverstanden, daß es auch im Interesse Englands besser wäre, wenn keine der Mächte einen Vorwand erhielte, territoriale Konzessionen zu verlangen, und meinte sogar, daß England seinerseits nichts brauche und wünsche. Als ich aber bemerkte, daß es wohl nicht zurückbleiben würde, falls andere dennoch damit vorgingen, sagte er lächelnd, indem er einen Blick auf

* Siehe Nr. 2235.

die vor uns liegende Karte warf, daß er auf derselben sogar den nicht sehr bedeutenden Punkt sehen könne, den man dann hier brauchen würde, und ich zweifle kaum, daß er damit Tschusan meinte.

Lord Kimberley will über die Situation heute schriftlich an den Premierminister berichten und die Berufung eines Ministerkonseils, wenn möglich vor den Feiertagen, anregen, in welchem über die Haltung Englands Beschluß gefaßt werden soll.

Hatzfeldt

Nr. 2237

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 45 Berlin, den 8. April 1895

Der russische Geschäftsträger regte hier heute im Auftrage seiner Regierung den Gedanken an, daß die Anschauung der europäischen Mächte[1] in freundschaftlicher Form an Japan dahin kundgegeben werde, „die Annexion von Port Arthur durch Japan sei ein dauerndes Hindernis für die Anknüpfung guter Beziehungen zwischen China und Japan und eine beständige Bedrohung des Friedens in Ostasien"[2]. Nach Einholung der Befehle Seiner Majestät ist die Kaiserliche Regierung bereit, ihren Vertreter in Tokio anzuweisen, eine solche Erklärung zugleich mit dem russischen Vertreter abzugeben[3]. Vorstehendes dem Fürsten Lobanow mitteilen.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift:

[1] Event[uel]l auch ohne England

[2] Ja

[3] Ja

Nr. 2238

Promemoria des Gesandten z. D. von Brandt

Eigenhändig

Berlin, den 8. April 1895

Die russische Regierung hat bis jetzt in der Frage des chinesisch-japanischen Konflikts eine vollständige Zurückhaltung beobachtet gehabt, wohl unzweifelhaft aus dem Grunde, weil sie sich über die Stellung der andern Regierungen, selbst der Frankreichs, zu der Frage nicht klar war. Die von deutscher Seite gegebene Anregung hat zu Sondierungen der russischen Regierung bei den andern Kabinetten Veranlassung gegeben, deren Resultat nunmehr in dem russischen

Vorschlage vorliegt, die japanische Regierung auf die Folgen aufmerksam zu machen, die eine Besitznahme Port Arthurs auf seine Beziehungen zu China und die europäischen Mächte ausüben müsse.

Rußland ist allerdings aus politischen und militärischen Gründen in erster Linie an der Aufrechterhaltung des Besitzstandes Chinas auf dem Festlande interessiert, aber es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die ökonomischen Wandlungen, welche eine größere Abhängigkeit Chinas von Japan unbedingt hervorrufen müßte, sich auch bei allen andern mit China in Verkehrsbeziehungen stehenden Ländern fühlbar machen werden.

Schon aus diesem Grunde scheint es wünschenswert, uns dem russischen Vorschlage bedingungslos anzuschließen. Wichtiger aber dürfte noch die politische Seite der Frage sein, da ein Zusammengehn unsererseits mit Rußland in dieser asiatischen Angelegenheit von nicht zu unterschätzendem Einfluß auf die Stellung Rußlands zu uns auch in Europa sein müßte.

Schließt sich Frankreich von einer Beteiligung an dem von Rußland angeregten Schritte aus, so ergibt sich eine Lockerung der französisch-russischen Beziehungen von selbst, auch der Öffentlichkeit gegenüber; stimmt Frankreich zu, so wird es für England schwer, wenn nicht unmöglich, sich auszuschließen, was immer die Hintergedanken und Schwankungen des Kabinetts Rosebery sein mögen, und es ist dann die so wichtige gemeinsame Vertretung der fremden Interessen in China gesichert.

Außerdem liegt in einem gemeinschaftlichen Vorgehn mit Rußland für uns vielleicht die einzige Möglichkeit, von einem dankbaren China, daß es dies wäre, dafür müßte freilich gesorgt werden, die Abtretung oder Vermietung, was sich in praxi ganz gleich bleiben würde, eines Platzes für eine Flotten- oder Kohlenstation zu erhalten*.

Brandt

Nr. 2239

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 London, den 8. April 1895

Der heutige Ministerkonseil hat sich, wie mir der Premierminister eben sagt, dahin schlüssig gemacht, daß die Interessen Englands in Ostasien durch die japanischen Friedensbedingungen nicht hinreichend verletzt würden, um eine Intervention zu rechtfertigen, die sich voraussichtlich nur mit Gewalt würde durchführen lassen.

* Nach einer eigenhändigen Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe vom 8. April fanden die Ausführungen in dem Memoire des Gesandten z. D. von Brandt bei Kaiser Wilhelm II. ungeteilten Beifall.

Lord Rosebery fügte hinzu, daß russische Vorschläge, falls man in St. Petersburg solche zu machen habe, hier selbstverständlich in Erwägung gezogen werden würden. Inzwischen werde die russische Regierung von dem im heutigen Ministerkonseil gefaßten Beschluß in Kenntnis gesetzt werden.

An eine Absicht des Fürsten Lobanow, gegen die Festsetzung der Japaner auf dem Festland, speziell in Port Arthur, Widerspruch zu erheben, glaubt der Premierminister nicht, ebensowenig, daß derselbe schon jetzt daran denkt, territoriale Garantien für Rußland zu verlangen. Er teilte aber im allgemeinen die Auffassung, daß jetzt jede der beteiligten Mächte an eigene Erwerbungen denken werde, und sprach sich dabei auch über die England zugeschriebenen Absichten auf Tschusan aus, indem er dazu bemerkte, daß England schon mehr besitze, als es verdauen könne, und daß er eine solche Akquisition nicht für wünschenswert halte.

Es scheint mir aber doch wahrscheinlich, daß der Premierminister, wenn es zu erheblichen Erwerbungen anderer Mächte kommt, diese mehr oder weniger aufrichtige Privatmeinung fallen lassen und dem etwaigen Drängen derjenigen in und außerhalb des Kabinetts nachgeben wird, die nicht damit einverstanden sein würden, daß England allein mit leeren Händen ausgeht.

Hatzfeldt

Nr. 2240

Promemoria des Gesandten z. D. von Brandt

Eigenhändig

Berlin, den 9. April 1895

Seiner Majestät sind die Entzifferung des Telegramms des Kaiserlichen Botschafters in London vom 8. April* und die handelspolitischen Forderungen der japanischen Regierung heute um 1 Uhr von mir vorgelegt worden.

Seine Majestät bemerkten zu dem ersteren Schriftstück, daß sich der englische Ministerkonseil hierüber grade entgegengesetzt wie vor vierzehn Tagen ausgesprochen habe; besonderen Wert brauche man also auf den diesmaligen Beschluß nicht zu legen**. Auf meine Be-

---

* Siehe Nr. 2239.

** In ähnlichem Sinne bemerkte Kaiser Wilhelm zu einem Bericht (Nr. 285) des Grafen von Hatzfeldt vom 13. April: „Die Nichtintervention wird jetzt durch die Angst vor Rußland und die desswegen angestrebte Bundesgenossenschaft Japans motivirt. Im vorigen Sommer versuchte England ohne jeden Grund, Europa zum interveniren zu zwingen, vor allem Rußland, weil es seine Interessen durch Japan bedroht glaubte. Das ist eine Art der Interessenvertretung, die England allein ja sehr nützlich sein mag, aber continentale Politik mit Stetigkeit und Tradition im Auge läßt sich damit nicht verbinden."

merkung, daß die Haltung des Kabinetts wahrscheinlich durch die handelspolitischen Forderungen Japans beeinflußt sei, die von den konservativen und liberalen Blättern gleich günstig beurteilt würden und das Verlangen derselben herbeigeführt hätten, daß England strikte Neutralität in dem japanisch-chinesischen Konflikt beobachten solle, äußerten Seine Majestät, daß für allerhöchstihn die politische Seite der Frage überwiege: Er befinde sich zu seiner Befriedigung in vollständiger Übereinstimmung mit dem Reichskanzler; es komme darauf an, Rußland in dieser Frage zu unterstützen, um dadurch auch womöglich eine Entlastung unserer östlichen Grenze herbeizuführen. Außerdem habe Rußland in diesem Augenblick das einzige wirklich auch an Panzerschiffen starke Geschwader in den ostasiatischen Gewässern, und es sei auch deshalb wünschenswert, sich an dasselbe anzuschließen. Es liege auch in unserm Interesse, Rußland nach dem Osten hinzuweisen, wo seine wahren Aufgaben lägen. pp.

Brandt

Nr. 2241

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 104 Paris, den 10. April 1895

Lord Dufferin teilt mir vertraulich mit, daß er gestern im Auftrage Lord Kimberleys Herrn Hanotaux erklärt habe, das englische Kabinett halte die von Japan vorgeschlagenen Friedensbedingungen für günstig für die europäischen[1] Interessen und werde nicht intervenieren[2].

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Englischen!

[2] danach haben die Briten sich mit Japan durch geheime Separatverträge sichergestellt.

Schlußbemerkung des Kaisers:

Ändert an meinen Direktiven erst recht nichts! Die Britische Kurzsichtigkeit wird ihnen theuer zu stehn kommen. W.

Nr. 2242

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 85 London, den 13. April 1895

Baron de Courcel hat mich aufgesucht, um mir mitzuteilen, daß er noch gestern Abend nach Paris telegraphiert und eben die telegraphische Weisung erhalten habe, das englische Kabinett nochmals

auf die Verantwortung hinzuweisen, die dasselbe übernehmen würde, wenn es sich von dem europäischen Konzert in bezug auf die von Rußland angeregte Mißbilligung der japanischen Friedensbedingungen trennte.

Das Telegramm des Herrn Hanotaux, welches Baron de Courcel mir vertraulich vorlas, ist klar und bestimmt und läßt keinen Zweifel über die Haltung der französischen Regierung. Von der Annahme des russischen Vorschlages ist darin nicht ausdrücklich die Rede, weil man, wie Baron de Courcel erläuterte, in Paris noch nicht bestimmt weiß, ob Fürst Lobanow an seinem bisherigen Vorschlag festhält oder ihn durch einen anderen ersetzen will. Man weiß nur, daß er nach der englischen Ablehnung gesagt hat, daß er sich die Sache jetzt überlegen wolle.

In einem anderen Telegramm, welches mir der französische Botschafter ebenfalls vorlas, erklärt Herr Hanotaux nochmals ausdrücklich seine Bereitwilligkeit, sich, falls England an seiner Ablehnung festhält, mit den beiden anderen Mächten über die Behandlung der Sache zu Dreien zu verständigen.

Baron de Courcel hat sich, als er mich verließ, nach dem Foreign Office begeben, um seinen Auftrag in Abwesenheit Lord Kimberleys bei dem Unterstaatssekretär auszuführen.

Hatzfeldt

Nr. 2243

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 81 St. Petersburg, den 17. April 1895

Fürst Lobanow macht mir nachstehende Eröffnungen:

Der Abfall Englands legt Rußland die Pflicht auf, selbständig die Wahrung seiner Interessen in Ostasien, die zugleich diejenigen Europas sind, in die Hand zu nehmen. Die russische Regierung ist zu dem Entschluß gelangt, an Japan zunächst in freundschaftlicher Form das Ersuchen zu richten, von einer dauernden Besitznahme chinesischen Festlandes abzustehen. Fürst Lobanow hofft bestimmt, daß sich Deutschland und Frankreich dieser Demarche anschließen werden und hat an die russischen Vertreter in Berlin und Paris gestern entsprechende Instruktionen abgehen lassen. Sollte Japan dem freundschaftlichen Rat nicht folgen, so faßt Rußland eine gemeinsame kriegerische Operation der drei Mächte zur See gegen Japan ins Auge, deren nächstes Ziel die Isolierung der auf chinesischem Festlandsgebiet liegenden japanischen Truppen durch Abschneiden jeden Verkehrs mit dem Mutterlande sein würde. pp. Tschirschky

Nr. 2244

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 11 Berlin, den 17. April 1895

Der russische Geschäftsträger teilt hier mit:

„Die Prüfung der japanischen Friedensbedingungen drängt der russischen Regierung die Überzeugung auf, daß die von Japan verlangte Besitznahme von Liaotung eine konstante Bedrohung der Hauptstadt von China sein und gleichzeitig die Unabhängigkeit Koreas illusorisch machen würde, daß sie sich folglich als dauerndes Hindernis für den Frieden Ostasiens darstellt. Vorstehendes soll der russische Vertreter in Tokio mitteilen und gleichzeitig raten, auf definitiven Besitz der Halbinsel zu verzichten."

Ew. pp. wollen, sobald Ihr russischer und auch Ihr französischer Kollege zur Abgabe einer solchen Erklärung autorisiert sein werden, sich gegenüber der japanischen Regierung in gleichem Sinne äußern.

Marschall

Nr. 2245

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 12 Berlin, den 17. April 1895

Ergänzung zu Telegramm Nr. 11*, um Ew. Sprache zu regeln.

Die von England bereits unter dem 7. Oktober v. Js. vorgeschlagene Einmischung in den japanisch-chinesischen Streit hat Deutschland damals aus Freundschaft für Japan abgelehnt**.

Die jetzigen japanischen Friedensbedingungen sind aber übertrieben, sie verletzen europäische, auch deutsche Interessen, wennschon letztere in geringerem Maße.

Wir sind daher jetzt veranlaßt, mit zu protestieren und werden, falls erforderlich, auch den nötigen Nachdruck zu geben wissen***.

Japan muß nachgeben, da Kampf gegen drei Großmächte aussichtslos. Falls japanische Regierung eine Konferenz als die einzige nicht demütigende Form der Nachgiebigkeit ansehen sollte, telegraphieren Sie das sofort hierher.

Marschall

---

* Siehe Nr. 2244.
** Siehe Nr. 2215.
*** Vgl. dazu Nr. 2250 und 2252, Anlage.

Nr. 2246

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Eigenhändiges Konzept

Nr. 394 Berlin, den 18. April 1895

Der japanische Gesandte machte mir heute die Mitteilung, der Friede zwischen Japan und China sei geschlossen*. Auf meine Frage, welches die Friedensbedingungen seien, entgegnete Vicomte Aoki, daß ihm Details hierüber nicht bekannt seien. Er sprach die Hoffnung aus, daß wir Japan auch künftig unser Wohlwollen erhalten würden, worauf ich erwiderte, daß das Wohlwollen, das wir Japan durch Ablehnung der Intervention im vorigen Jahre bekundet hätten, bis jetzt keinerlei Gegenseitigkeit gefunden, Japan vielmehr die guten Ratschläge, die wir ihm vor Monaten erteilt**, in den Wind geschlagen hätte. Wir müßten aus dieser Tatsache die Konsequenzen ziehen. —

Vicomte Aoki gab zu, daß dieser Vorwurf begründet sei und erwähnte, daß er wiederholt seine Regierung zur Befolgung unserer Ratschläge aufgefordert habe.

Marschall

Nr. 2247

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 86 St. Petersburg, den 20. April 1895

Graf von Montebello sagt mir, er habe gestern vormittag dem Fürsten Lobanow Anschluß Frankreichs an russisches Programm offiziell mitgeteilt. Gemeinsame Demarche in Tokio solle heute erfolgen. Nach seinen Nachrichten habe Baron de Courcel Lord Kimberley in letzter Zeit sehr nervös und mißgestimmt über die gänzliche Isolierung Englands gefunden. Es scheine sich auch in der öffentlichen Meinung Englands ein Umschwung zu vollziehen.

Gestern abend hat Sir Franc Lascelles dem Fürsten Lobanow im Auftrage seiner Regierung folgende Eröffnung gemacht: In Anbetracht der bisher bestandenen Entente der europäischen Mächte mache England Rußland den Vorschlag, an Japan das Ansuchen zu richten, den

---

* Tatsächlich war der Abschluß des Friedens von Shimonoseki am 17. April erfolgt. Auf das beabsichtigte Vorgehen Rußlands, Deutschlands und Frankreichs hatte der Friedensschluß keinen Einfluß.

** Vgl. Nr. 2226.

Kabinetten den authentischen Text der Friedensbedingungen zu übermitteln. Fürst Lobanow hat erwidert, daß er den Zweck dieser Demarche nicht einsehe, mit der nichts erreicht und nur Zeit verloren werden würde. Der Text sei ihm in seinen Hauptpunkten durch amtliche Mitteilung des russischen Vertreters in Tokio, sowie solche des hiesigen japanischen Gesandten genügend bekannt. Rußland könne sich auf eine Diskussion der Friedensbedingungen nach der im Einvernehmen mit Deutschland und Frankreich inzwischen eingenommenen Haltung nicht einlassen. Wolle England sich letzterer anschließen, so würde er und sicher auch die beiden anderen Mächte dies mit Freuden begrüßen.

Sir Frank Lascelles hat diese Antwort ohne Erwiderung entgegengenommen.

Fürst Lobanow und Graf Montebello glauben, England fange an einzusehen, daß es sich in Beurteilung der wirtschaftlichen Folgen der Friedensbedingungen getäuscht habe, und werde bei strengem Festhalten der drei Mächte an bisherigem Programm schließlich einlenken.

Tschirschky

Nr. 2248

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 99 London, den 22. April 1895

Nach der Unterhaltung, die ich eben mit Lord Kimberley gehabt, erscheint mir jeder Zweifel ausgeschlossen, daß derselbe in dem auf morgen angesetzten Ministerkonseil die Ablehnung des russischen Vorschlags befürworten wird.

Auf alle Argumente, die ich für den Beitritt Englands geltend machte, antwortete er mit dem Hinweis auf die hiesige öffentliche Meinung, die sich auf das bestimmteste ausgesprochen habe und berücksichtigt werden müsse.

Es ist dem Minister dabei vollkommen klar, daß der Enthaltung Englands eine starke Verstimmung gegen dasselbe in Petersburg folgen wird, und daß die Stellung Sir Frank Lascelles dort schon heute eine schwierige ist. Er verkennt auch nicht, daß eine neue Entfremdung zwischen den beiden Ländern Frankreich nützlich und erwünscht sein wird, obwohl gerade von französischer Seite hier besonders auf den Beitritt Englands gedrängt worden ist.

Wenn Lord Kimberley trotzdem an seiner Auffassung festhält und dafür morgen die Zustimmung seiner Kollegen erhält, so ist anzu-

nehmen, daß man sich hier für alle Fälle darüber klar ist, wie man das englische Interesse in den möglicherweise bevorstehenden Verwickelungen in Ostasien zu sichern und vielleicht Kompensationen zu finden gedenkt.

Bemerkenswert war die Äußerung Lord Kimberleys, daß sich noch viel in der Sache ändern und manches eintreten könne, was heute nicht erwartet werde.

Über eine eventuelle Absicht Rußlands, bis zu einer kriegerischen Aktion zu gehen, will der Minister noch keine Auskunft haben. Er bemerkte gelegentlich im Laufe der Unterhaltung, daß England selbstverständlich den anderen Mächten nicht entgegentreten werde.

Hatzfeldt

Nr. 2249

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

London, den 23. April 1895

Privat für Baron von Holstein.

Lord Kimberley sprach sich, wohl absichtlich, nicht deutlicher aus, und es wäre nutzlos gewesen, ihn direkt fragen zu wollen. Ich suchte ihn deshalb zum Sprechen zu bringen, indem ich alle schon oft besprochenen möglichen Eventualitäten der Zukunft nochmals gesprächsweise mit ihm durchging. Dabei fiel auch das Wort Tschusan und die in den Zeitungen besprochene Konferenz. Auf ersteres ging er diesmal nicht näher ein, in bezug auf das zweite bemerkte er: Das kann wohl kommen, ich suggeriere es aber nicht. Worauf ich erwiderte: Ich noch weniger, da ich selbstverständlich keinerlei Auftrag habe.

Die Lage ist heute die, daß die Isolierung Englands eingetreten ist, und daß die englische Regierung, wenn ihr dies auch gewiß wenig paßt, dennoch auf die Zustimmung der öffentlichen Meinung rechnet, indem sie an ihrer Reserve festhält. Sie muß aber, um die öffentliche Meinung auf ihrer Seite zu behalten, jetzt so manövrieren, daß englische Interessen in Ostasien nicht zu Schaden kommen.

Nach meinem Eindruck rechnet sie dabei zunächst auf die Eventualität, daß infolge der Enthaltung Englands überhaupt nichts Ernstes unternommen wird, weil Rußland nicht vorbereitet und auch mit den beiden anderen Mächten zur See nicht stark genug ist; zweitens auf den Fall, daß die Einigkeit der drei Mächte nicht anhalten und England dann Gelegenheit haben wird, sich mit dem einen oder anderen zu verständigen. Endlich bleibt den Engländern immer noch übrig,

wenn China nicht ratifiziert und Japan nicht nachgibt, Tschusan oder vielleicht mehr (Schanghai?) zu besetzen und dann hier geltend zu machen: Euer Interesse ist nach jeder Richtung gewahrt und wir können das übrige ruhig abwarten.

An sich würde man sich hier wohl trösten, wenn Japan nicht alles bekommt, was es verlangt, wenn nur England dabei aus dem Spiel bleibt. Mit unverkennbarer Befriedigung erwähnte Lord Kimberley, daß die Bevölkerung von Formosa gar keine Lust zeige, sich abtreten zu lassen, und sich vielleicht der Besitzergreifung durch Japan gewaltsam widersetzen werde.

Hatzfeldt

Nr. 2250

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 16 Berlin, den 23. April 1895
[abgegangen am 24. April]

Stets von neuem hervorheben, daß, wenn japanische Regierung unsern freundschaftlichen Rat vom 6. März* durch vertrauensvolle Besprechung der erreichbaren Friedensbedingungen erwidert hätte statt durch leere Redensarten, damit beiden Teilen Unannehmlichkeiten erspart worden wären.

Marschall

Nr. 2251

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 Tokio, den 23. April 1895

Da Minister der Auswärtigen Angelegenheiten krank und abwesend, haben wir drei heute die vorgeschriebene gleichlautende Erklärung vor Vizeminister der Auswärtigen Angelegenheiten abgegeben. Derselbe fragte, ob auch gegen zeitweilige Besitznahme der Halbinsel, z. B. bis Zahlung der Kriegsentschädigung, protestiert werde, worauf wir unbestimmt antworteten. Meine Sprache machte augenscheinlich Eindruck.

Gutschmid

---

* Vgl. Nr. 2226.

Nr. 2252

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

A 123 Tokio, den 24. April 1895
[eingegangen am 26. Mai*]

Am gestrigen Nachmittage haben der russische, der französische Gesandte und ich die uns vorgeschriebenen Erklärungen abgegeben.

Herr Hitrowo** hat an seinen Ratschlag die Bemerkung geknüpft, er hoffe, die japanische Regierung werde es ihm durch Verzichtleistung auf die definitive Besitznahme der Halbinsel Liaotung ermöglichen, die freundschaftlichen Beziehungen, welche er seit seiner Ankunft in Japan weiter zu entwickeln bemüht gewesen sei, auch ferner aufrechtzuerhalten; eine „résistance" — er hat nicht, wie ich das Wort „lutte", Kampf, gebraucht — gegen drei Großmächte sei aussichtslos. Er habe die japanische Regierung seit Monaten freundschaftlich vor Annexionen auf dem Festlande, die es nur schwächen würden, gewarnt. Japan möge, so hat er geendet, in der Erklärung einen neuen Beweis der Freundschaft Rußlands erblicken.

Mein französischer Kollege, welcher nach dem russischen Gesandten seine Erklärung abgab, hat mit derselben nur allgemeine Ratschläge und Freundschaftsbeteuerungen Frankreichs verbunden.

Die Sprache, welche ich im Anschluß an meine Erklärung zu halten angewiesen war, wobei ich nur noch hinzufügte, daß ich unter dem 8. März d. Js. bereits im Auftrag meiner hohen Regierung Japan im Hinblick auf eine mögliche Intervention beschleunigten Friedensschluß unter billigen Bedingungen empfohlen und dabei hervorgehoben hätte, daß die Forderung einer Gebietsabtretung auf dem Festlande besonders geeignet sein würde, eine Intervention zu provozieren — Ratschläge, die Japan leider nicht beherzigt habe —, verfehlte ihren Eindruck auf den Vizeminister Hayashi nicht. Derselbe war augenscheinlich betroffen und beruhigte sich erst, als ich ihm durch den Kaiserlichen Gesandtschaftsdolmetscher, welcher die Erklärung mit den Bemerkungen in japanischer Übersetzung vorgelesen hatte, auseinandersetzte, daß letztere nur dazu bestimmt seien, der japanischen Regierung den Ernst der Lage und die Konsequenzen klarzumachen, welche aus einer Ablehnung unserer Ratschläge für Japan entstehen würden. Die japanische Regierung möge darin nur einen weiteren Beweis für die

---

* Des Zusammenhangs wegen ist der erst einen Monat später in Berlin eingelaufene schriftliche Bericht des Freiherrn von Gutschmid über den Kollektivschritt der drei Gesandten in Tokio an dieser Stelle eingereiht.
** Der russische Gesandte in Tokio.

wahrhaft freundschaftliche Gesinnung der Regierung Seiner Majestät des Kaisers und Königs erblicken, und wenn meine Äußerungen vielleicht augenblicklich energischer lauteten als diejenigen der Gesandten Rußlands und Frankreichs, so hätten sie eben den Zweck im Auge gehabt, die ernste Aufmerksamkeit Japans auf die Lage zu lenken und dasselbe zur reiflichen Erwägung der den Mächten zu erteilenden Antwort zu veranlassen.

Am späten Nachmittage vereinigten wir drei uns in der Sekretärswohnung der russischen Gesandtschaft zu einem Gedankenaustausch. Jedem von uns war es aufgefallen, daß Herr Hayashi nach Abgabe der Erklärung gefragt hatte, ob unser Protest sich auch auf die zeitweilige Besitznahme der Halbinsel, z. B. als Pfand bis zur Zahlung der Kriegsentschädigung, beziehe. Es ergab sich, daß wir ziemlich übereinstimmend geantwortet und gesagt hatten, in der Erklärung handele es sich nur um die definitive Besitznahme. Wir glaubten daraus den Schluß ziehen zu können, daß die japanische Regierung einen etwaigen Einspruch der Mächte bereits in den Kreis ihrer Erwägungen gezogen habe und im Notfall eine Tür zum Rückzuge offen zu lassen wünsche. Mein russischer Kollege wollte die Fragestellung des Vizeministers so erklären, daß bei den Debatten über die China aufzuerlegenden Friedensbedingungen im Schoße der Regierung die Militärpartei die Oberhand behalten und den Ministerpräsidenten sowie den Vicomte Mutsu gezwungen hätte, gegen ihre staatsmännische Überzeugung der Forderung von Gebietsabtretungen auf dem Festlande ihre Zustimmung zu geben. Jetzt würden, so meinte Herr Hitrowo, vielleicht die beiden Minister auf abermalige Diskussion dieser Fragen dringen und in Anbetracht der Haltung der drei Großmächte dem Kaiser anraten, aus eigenem Antriebe die definitive Besitznahme der Halbinsel Liaotung in eine zeitweilige umzuwandeln. Wir stimmten darin überein, daß ein derartiger Schritt, ohne das Nationalgefühl zu verletzen, jetzt noch im Bereich der Möglichkeit liege, da der Text des Friedensvertrages noch nicht amtlich publiziert worden sei. Allerdings verhehlten wir uns hierbei nicht, daß die kaiserliche Proklamation und die an demselben Tage durch Seine Majestät vollzogene Ratifikation des Friedensvertrages nicht dazu beitragen werden, Japan den Rückzug zu erleichtern.

Im allgemeinen haben wir indessen den Eindruck gewonnen, daß unsere Demarche nicht das Schicksal früherer Interventionsversuche teilen werde, vielmehr ein für die Mächte annehmbares Kompromiß herbeizuführen geeignet sei.

Wir haben den Wortlaut unserer Erklärungen — die Gesandten Rußlands und Frankreichs auf französisch, ich auf deutsch und japanisch — dem Vizeminister auf seinen Wunsch schriftlich hinterlassen, auch habe ich Herrn Hayashi auf seine Bitte eine in japanischer Sprache durch Dr. Weipert vorbereitete Aufzeichnung über meine

an dieselbe angeschlossenen Bemerkungen übergeben*. Dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, welcher sich krankheitshalber in Maiko bei Kobe aufhält, wollte der Vizeminister umgehends das gesamte Material auf telegraphischem Wege übermitteln, zu welchem Zweck in Maiko in Erwartung unserer Demarche seit vorgestern ein spezieller Telegraphendienst eingerichtet worden ist.

Herr Hayashi hat uns eine tunlichst baldige Antwort zugesagt.

Nicht unerwähnt darf ich lassen, daß der englische Geschäftsträger aus seinem Mißmut über das Zusammengehen Deutschlands mit Rußland und Frankreich in dieser Frage, selbst mir gegenüber, kein Hehl macht. Auf einem Ballfest, welches die englische Kolonie Yokohamas gestern Abend aus Anlaß des St. Georgstages veranstaltet hatte, fragte mich Herr Lowther, welches Interesse wir an der Sache hätten, und ob ich deutsche Panzerschiffe erwartete. Hinsichtlich des ersteren Punktes erwiderte ich ihm, unsere Interessen seien in Ostasien, wenn auch in geringerem Umfange, dieselben wie diejenigen Englands, außerdem scheine mir persönlich aber ein allgemeines europäisches Interesse durch die bloße Tatsache des Zusammengehens Deutschlands mit Frankreich und Rußland für uns vorzuliegen[1]. Was die Entsendung von Panzerschiffen anbetreffe, so möge er sich bei der Admiralität in Berlin erkundigen[2]. Ich erwähne die Äußerungen des englischen Geschäftsträgers nur, weil sie nur anzudeuten scheinen, daß die englische Regierung uns gegenüber hier vielleicht nicht ganz loyal verfährt[3] und — wofür ich aber keine bestimmten Anhaltspunkte habe — den Japanern möglicherweise Ratschläge erteilt, welche letztere hoffentlich nicht befolgen werden. Herr Hitrowo teilt meine Ansicht, und erscheint es uns auffallend, daß der englische Geschäftsträger über unsere Demarche, die wir jedenfalls geheimgehalten haben, bereits gestern abend, also wenige Stunden darauf — unterrichtet war; denn die erwähnte Unterhaltung hob mit der Frage des Herrn Lowther an: „Nun, haben Sie heute nachmittag Ihre Erklärungen abgegeben?"

Zum Schluß unterlasse ich nicht, Euerer Durchlaucht in der Anlage den Wortlaut der von mir abgegebenen Erklärung, sowie der mit dieser verbundenen Bemerkungen gehorsamst zu überreichen. v. Gutschmid

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] gut
[3] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
gut

---

* Damit hat Freiherr von Gutschmid fraglos den ihm am 17. April 1895 erteilten Auftrag (vgl. Nr. 2244) überschritten, der ihn lediglich anwies, sich der japanischen Regierung gegenüber in gleichem Sinne wie der russische und der französische Gesandte zu äußern, nicht aber über deren Äußerungen hinauszugehen, geschweige denn deren mündliche Äußerungen durch eine schroffe schriftliche Erklärung zu übertrumpfen. Siehe auch Nr. 2257 und 2307.

Anlage

Abschrift

Meine hohe Regierung hat mich angewiesen, zu erklären:

„Die Prüfung der japanischen Friedensbedingungen drängt der deutschen Regierung die Überzeugung auf, daß die von Japan verlangte Besitznahme von Liaotung eine konstante Bedrohung der Hauptstadt von China sein und gleichzeitig die Unabhängigkeit Koreas illusorisch machen würde, daß sie sich folglich als dauerndes Hindernis für den Frieden Ostasiens darstellt. Deutschland rät daher, auf definitive Besitznahme der Halbinsel zu verzichten."

Ich bin beauftragt, an vorstehende Erklärung folgende Bemerkungen zu knüpfen:

„Japan hat im Verlaufe des gegenwärtigen Krieges mehr als einen Beweis der freundschaftlichen Disposition Deutschlands erhalten. Die von England bereits unter dem 7. Oktober v. Js. vorgeschlagene Einmischung der Großmächte in den japanisch-chinesischen Streit hat Deutschland damals aus Freundschaft für Japan abgelehnt. Ferner hat die Regierung Seiner Majestät des Kaisers unter dem 8. März d. Js. der japanischen Regierung Beschleunigung des Friedens und Mäßigung in den Bedingungen empfohlen. Im Hinblick auf eine wahrscheinliche, durch China erbetene Intervention der Mächte hat Deutschland damals den unvermittelten Friedensschluß unter billigen Bedingungen als für Japan verhältnismäßig am vorteilhaftesten bezeichnet und dabei hervorgehoben, daß die Forderung einer Gebietsabtretung auf dem Festland besonders geeignet sein würde, eine Intervention zu provozieren. Japan hat diese uneigennützigen Ratschläge leider nicht beherzigt.

Die jetzigen japanischen Friedensbedingungen sind übertrieben; sie verletzen europäische, auch deutsche Interessen, wenn schon letztere in geringerem Maße.

Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers ist daher jetzt veranlaßt, mit zu protestieren und wird, falls erforderlich, ihrem Protest auch den nötigen Nachdruck zu geben wissen."

Japan kann daher nachgeben, da Kampf gegen drei Großmächte aussichtslos*.

---

* Bei der Formulierung dieser schriftlichen Erklärung hat sich Freiherr von Gutschmid eng an den von Holstein konzipierten Nachtrag zu der Weisung vom 17. April (siehe Nr. 2245) gelehnt. Aber wenn dieser Nachtrag auch bestimmt gewesen war, die Sprache Gutschmids zu regeln, so war es doch keineswegs die Absicht des Auswärtigen Amts gewesen, daß der Gesandte seine Erklärung in der durch den Telegrammstil bedingten peremptorischen Fassung, noch dazu schriftlich abgeben sollte. Das geht unzweifelhaft hervor aus dem folgenden Schriftstück und wird bestätigt durch einen Erlaß an den Botschafter in London vom 4. Juni, dem bei Übersendung der Gutschmidschen Berichte vom 24. April geschrieben wurde: Freiherr von Gutschmid habe den ihm am 17. April erteilten Auftrag „insofern nicht ganz richtig ausgeführt, als er auch die ihm lediglich

Nr. 2253

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten von Kiderlen, z. Z. in Karlsruhe

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 4 Berlin, den 24. April 1895

Allgemeine Gesichtspunkte bei Besprechung ostasiatischer Frage. Für jetzt steht die japanische Antwort noch aus; die Protesterklärung der Mächte erfolgte gegenüber dem stellvertretenden Auswärtigen Minister.

Bei den Verhandlungen nach eingetroffener Antwort werden wir vermeiden müssen, uns nach außenhin intoleranter als Rußland und Frankreich gegen Japan zu zeigen, um nicht die beiden Mächte gegen unsre Endziele mißtrauisch zu machen und ihnen Gelegenheit zu geben, Deutschland als die Seele der gegen Japan gerichteten Aktion hinzustellen. Vielleicht kann es uns nach Jahren mal erwünscht sein, uns für irgendeinen gemeinsamen Zweck mit Japan zu verständigen.

Die etwaige zeitweilige Besetzung von Positionen auf dem Festlande, falls wirklich Japan sich damit begnügen sollte, wird sich sehr abkürzen lassen, da die Kriegsentschädigung von 30 Mill. Pfund bei dem jetzigen billigen Geldstande voraussichtlich in einer Anleihe aufzubringen sein wird.

Falls deutsche Bankiers das Geld aufbrächten, würde dadurch China auch der deutschen Regierung gegenüber noch zu besondrem Danke verpflichtet sein.

Marschall

Nr. 2254

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung*

A 126 Tokio, den 26. April 1895
[eingegangen am 26. Mai]

In einer gestrigen Unterredung mit dem Vizeminister des Äußern habe ich auftragsgemäß von neuem betont, wie sehr es zu bedauern

zur Regelung seiner Sprache an die Hand gegebenen Bemerkungen nahezu wortgetreu der japanischen Regierung wiedergegeben hat. Dies hat zu dem unerwünschten Ergebnis geführt, daß unsere Sprache nachdrücklicher ausgefallen ist als diejenige Rußlands und Frankreichs.“ Die japanische Regierung hat auf das ihr am 23. überreichte deutsche Memorandum mit vollendeter Höflichkeit ohne irgendeine Rekrimination durch ihren Berliner Vertreter antworten lassen (vgl. Nr. 2258); daß aber das brüske Vorgehen des Freiherrn von Gutschmid eine tiefe Wunde zurückließ, beweisen Äußerungen des Vicomte Hayashi zu dem Botschafter Freiherrn Mumm von Schwarzenstein aus dem Jahre 1907; vgl. Nr. 2307.

* Des chronologischen Zusammenhangs wegen hier eingereicht.

sei, daß die japanische Regierung unseren freundschaftlichen Rat vom 8. März nicht beherzige und mit leeren Höflichkeitsphrasen geantwortet habe, anstatt in eine vertrauensvolle Besprechung der erreichbaren Friedensbedingungen mit uns zu treten. Hätte sie letzteres getan, so wären beiden Teilen viele Unannehmlichkeiten erspart geblieben. Herr Hayashi versprach mir, den Wortlaut meiner Mitteilung, welche er zu Papier nahm, umgehends an Vicomte Mutsu nach Maiko zu telegraphieren, wo noch gestern der Ministerpräsident Graf Ito zur Beratung eintreffen sollte.

Im Laufe unserer Unterredung hob ich nochmals hervor, daß meine Sprache von der uneigennützigen freundschaftlichen Gesinnung Deutschlands gegen Japan eingegeben sei, und daß ich hoffte, die Regierung werde nicht Einflüsterungen Dritter Gehör schenken, die Japan — davon möge er überzeugt sein — im entscheidenden Momente im Stiche lassen würden. Wen ich hiermit meinte, erkannte Herr Hayashi sehr wohl, ohne daß es der Nennung eines Namens bedurft hätte. Er versicherte mir, daß Japan den Ratschlägen gerade des befreundeten Deutschlands die ernsteste Beachtung schenken werde; er, und seines Wissens auch Vicomte Mutsu, sehe den Ratschlag der drei Mächte als das schwerwiegendste Ereignis in der neueren Geschichte Japans rücksichtlich seiner Beziehungen zum Auslande an, den eben beendeten Krieg mit China nicht ausgenommen. Wegen der großen Tragweite der zu treffenden Entscheidung, so schloß er, würde die Antwort seiner Regierung wohl noch einige Tage auf sich warten lassen, und bitte er daher, sich noch etwas zu gedulden.

v. Gutschmid

Nr. 2255

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

A 127 Tokio, den 26. April 1895
[eingegangen am 26. Mai]

In einem Punkte bedarf mein gehorsamster Bericht A 123* vom 24. d. Mts. noch der Vervollständigung.

Nachdem ich meine Erklärung abgegeben und dieselbe in der befohlenen Weise motiviert hatte, ersuchte ich Herrn Hayashi, dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten mitzuteilen, daß, falls die japanische Regierung eine Konferenz als die einzige nicht demütigende Form der Nachgiebigkeit ansehen sollte, ich beauftragt sei, einen dies-

* Siehe Nr. 2252.

bezüglichen Wunsch derselben telegraphisch nach Berlin zu übermitteln. Der Vizeminister nahm von meiner Mitteilung Akt und wollte dieselbe gleichzeitig mit meinen übrigen Äußerungen dem Vicomte Mutsu auf telegraphischem Wege zugehen lassen. Bei meiner gestrigen Unterredung mit dem Vizeminister Hayashi habe ich mich vergewissert, daß dies geschehen, meine Mitteilung aber von ihm, wie auch meinerseits beabsichtigt war, als ein vertraulicher Wink der Regierung Seiner Majestät bezeichnet worden ist.

v. Gutschmid

Nr. 2256

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 33 Tokio, den 27. April 1895

Nr. 17* nicht eingegangen und russischer Gesandter in Yokohama ohne Instruktion. Habe auf Grund Telegramms Nr. 19** und mit Zustimmung des instruierten französischen Gesandten heute dem Vizeminister der Auswärtigen Angelegenheiten einstweilen vertraulich eröffnet, daß unsere Regierung Antwort auf Demarche in kürzester Frist erwartet. Er antwortete, daß er vom Minister der Auswärtigen Angelegenheiten beauftragt sei, für den Fall eines derartigen Verlangens in einer das Schicksal Japans so nahe berührenden Frage die unumgänglich nötige Zeit zum Treffen einer schwerwiegenden Entscheidung zu fordern, ohne daß dadurch der Demarche präjudiziert werden solle.

Gutschmid

Nr. 2257

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 20 Berlin, den 27. April 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 33***. Zu dem gemeldeten, überdies isolierten Schritt waren Sie nicht ermächtigt. Richtigstellung nötig,

* Durch Telegramm Nr. 17 vom 25. April war Freiherr von Gutschmid angewiesen worden, sich mit dem russischen und französischen Vertreter über ein Ersuchen an die japanische Regierung zu verständigen, daß diese entweder auf den Kollektivschritt der drei Mächte einige Tage vor Ablauf des Waffenstillstandes mit China antworte oder in eine Verlängerung desselben willige.

** Telegramm Nr. 19 vom 26. April verlangte Drahtantwort über Ausführung des Auftrags vom 25. April.

*** Siehe Nr. 2252, S. 277, Fußnote * und Nr. 2256.

gemäß Weisung in Telegramm 17*, falls dasselbe jetzt angekommen ist. Aber immer nur gemeinsamer Schritt mit Vertretern von Rußland und Frankreich, welche nach Meldungen aus Petersburg und Paris gleichartige Instruktionen wie Telegramm 17 erhielten. Die drei Instruktionen waren von Rußland angeregt.

Telegramm über gemeinsame Ausführung oder darüber, daß einer der Vertreter noch ohne Instruktion.

Marschall

Nr. 2258

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 1. Mai 1895

Der japanische Gesandte übergab mir heute im Auftrag seiner Regierung ganz vertraulich ein Telegramm aus Tokio folgenden Inhalts:

Die Kaiserlich japanische Regierung habe sehr sorgfältig das Memorandum geprüft, welches ihr von dem Kaiserlich deutschen Vertreter in Tokio übergeben worden sei. Die japanische Regierung, die freundschaftliche Empfehlung Deutschlands erwägend und von dem Wunsche geleitet, einen neuen Beweis des großen Wertes zu geben, welchen sie auf die freundschaftlichen Beziehungen beider Reiche lege, wolle ihre Zustimmung dazu geben, daß, nachdem die Ehre und Würde Japans durch Austausch der Ratifikationen des Friedensvertrags von Shimonoseki** befriedigt sein werde, durch einen Ergänzungsakt folgende Modifikationen des Friedens stipuliert würden:

1. Japan verzichtet auf die definitive Besitznahme der Halbinsel Fengtien mit Ausnahme der Provinz King-chow (der südlichen Spitze mit Port Arthur) mit dem Vorbehalte, sich mit China über eine angemessene Geldentschädigung zu verständigen.
2. Es ist selbstverständlich, daß die japanische Regierung das Recht haben soll, das genannte Territorium während der ganzen Erfüllung der China auferlegten Verpflichtungen zu besetzen.

Ich habe Herrn Aoki darauf folgendes erklärt: ich freute mich, aus diesem Telegramm zu entnehmen, daß die Kaiserlich japanische Regierung unsere in Gemeinsamkeit mit Rußland und Frankreich gemachte freundschaftliche Vorstellung in dem gleichen Geiste aufgefaßt und geprüft habe; ich zweifelte auch nicht, daß es der Politik der Mäßigung, von der Japan wiederholt Beweise gegeben, gelingen werde, der bestehenden Schwierigkeiten Herr zu werden, auch erachtete ich

* Vgl. Nr. 2256, Fußnote *.
** Er erfolgte am 8. Mai.

es als meine Pflicht, gegenüber einer befreundeten Regierung darüber allen Zweifel auszuschließen, daß ein Versuch, die drei Mächte zu trennen, von vornherein aussichtslos sei und nur dazu dienen werde, die Schwierigkeiten für Japan zu komplizieren. Was den Inhalt des Vorschlags selbst beträfe, so beständen die schweren Bedenken, welche die drei Mächte gegen die definitive Besetzung der Halbinsel Liaotung, wie gegen jede dauernde Okkupation festländischen chinesischen Besitzes hegten, in vollem Maße fort, auch wenn Japan auf den nördlichen Teil verzichte und sich auf die Provinz King-chow, in der eben der wichtigste Punkt, Port Arthur, liege, beschränke. Der Besitz gerade des letzteren Punktes sei eine Bedrohung der chinesischen Hauptstadt und enthalte eine beständige Gefahr für die Pazifikation Ostasiens. Der Verzicht auf die ganze Halbinsel, wie überhaupt auf festländischen Besitz, schiene mir hienach die Voraussetzung eines Ausgleichs zu sein. Ob die Mächte, falls Japan zu diesem Verzicht geneigt sei, eine provisorische Besetzung der Halbinsel bis zur Zahlung der entsprechend zu erhöhenden Kriegsentschädigung Chinas als eine Grundlage der Verständigung betrachten würden, könne ich natürlich nicht wissen, sie würden aber selbstverständlich einen solchen Vorschlag in ernste Erwägung nehmen.

Auf die Anfrage des Gesandten, ob es nicht möglich sei, daß Japan in diesem Falle sich durch territorialen Erwerb an anderer Stelle entschädige, antwortete ich verneinend mit dem Hinweis darauf, daß die Erwerbung festländischen chinesischen Besitzes nicht annehmbar sei, und Japan von chinesischen Inseln durch den Friedensvertrag bereits alles das für sich erworben habe, was überhaupt in dieser Beziehung in Betracht kommen könne. —

Vicomte Aoki bemerkte schließlich, ohne daß ich ihn gefragt hätte, soviel er wisse, sei die heutige japanische Demarche nur bei uns, nicht aber in Petersburg und Paris geschehen.

Marschall

Nr. 2259

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 86 Berlin, den 3. Mai 1895

Der russische Geschäftsträger teilte mir soeben ein Telegramm des Fürsten Lobanow folgenden Inhalts mit: „Die Bedeutung der Halbinsel Liaotung beruhe hauptsächlich in dem Besitze von Port Arthur; daher erachte die russische Regierung die Antwort Japans für ungenügend. Dieselbe sei der Ansicht, daß auf der ursprünglichen Forderung bestanden und der Verzicht auf die ganze Halbinsel verlangt

werden müsse, wenn möglich unter Fixierung eines Termins für die weitere Antwort. Falls Deutschland und Frankreich damit einverstanden seien, werde die russische Regierung sofort an ihren Gesandten in Tokio die telegraphische Weisung in diesem Sinne erlassen mit der Aufforderung, sich über die Demarche mit seinen Kollegen zu verständigen.“ —

Ich habe dem Geschäftsträger erwidert, daß die Kaiserliche Regierung die Auffassung des Fürsten Lobanow teile und der diesseitige Gesandte entsprechende telegraphische Instruktion erhalten werde.

Marschall

Nr. 2260

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 123 Berlin, den 4. Mai 1895

Der französische Botschafter teilte mit, daß auch seine Regierung die japanische Antwort als ungenügend ansehe. Er erwähnte dann — zum erstenmal — die Fischerinseln und suchte nachzuweisen, daß durch das jetzige Programm Rußland das erreiche, was es wolle, während Frankreich und Deutschland zu kurz kämen, wenn die Fischerinseln in unbeschränktem Besitz Japans blieben.

Ich sagte, es scheine mir zu spät *für dieses Mal*, um das Programm zum Nachteile Japans noch zu verändern. Er klammerte sich an den Ausdruck „für dieses Mal“ und meinte, man werde suchen müssen, später etwas zu kombinieren, vielleicht Neutralitätserklärung der Fischerinseln und Verbot, sie zu befestigen, oder sonst eine Ausgleichung.

Nach meiner ablehnenden Haltung wird die französische Regierung schwerlich schon jetzt *kategorische* Kompensationsforderungen stellen, besonders nachdem *wir* bereit sind, ohne territoriale Kompensation das jetzige Programm bis zu Ende zu vertreten. Aber ich stelle Ew. anheim, ob Sie nicht dem japanischen Gesandten sagen wollen, daß nach Ihrem bestimmten Wissen jede Verzögerung oder Komplikation zur Erschwerung des Programms für Japan führen wird. Vielleicht würde die Empfindlichkeit Japans am besten dadurch gewahrt, daß Japan *direkt* an China vorschlägt, Port Arthur gegen eine Erhöhung der Kontribution aufzugeben; oder aber, daß China als besiegter Teil sofort nach Austausch der Friedensratifikationen Japan darum bittet, ihm Liaotung mit Port Arthur gegen Erhöhung der Kriegsentschädigung zu belassen. Letzteres würden wir eventuell bereit sein zu vermitteln. Ebenso würden wir uns bemühen, dauernde Entfestigung von Port Arthur durchzusetzen.

Marschall

Nr. 2261

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 22 Berlin, den 5. Mai 1895

Die Bedeutung der Halbinsel Liaotung beruht vornehmlich auf Port Arthur. Da Japan letzteres dauernd behalten will, betrachten wir japanische Antwort als ungenügend. Vereinbaren Sie mit russischem und französischem Vertreter Erklärung in diesem Sinne, mit Frist für japanische Antwort.

Marschall

Nr. 2262

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.

Telegramm. Entzifferung

Berlin, den 5. Mai 1895

Gestern früh habe ich nochmals dem Vicomte Aoki den ganzen Ernst der Lage dargelegt und ihm bestimmt erklärt, daß der Verzicht auf die ganze Halbinsel Liaotung mit Port Arthur unumgänglich notwendig erscheine, um die drei Mächte zu befriedigen [1]; dagegen wünsche Euerer Majestät Regierung, in der Form Japans berechtigtes Selbstgefühl zu schonen, und sei daher eventuell bereit, der chinesischen Regierung zu raten, daß sie sich direkt an Japan mit der Bitte wende, letzteres möge nach Austausch der Ratifikationen in einem zusatzlichen Abkommen die Halbinsel gegen entsprechende Erhöhung der Kriegsentschädigung an China zurückgeben, so daß nach außenhin der Verzicht Japans sich als eine großmütige Handlung gegenüber dem Besiegten darstelle [2].

Soeben teilt mir nun der Gesandte ein Telegramm seiner Regierung des Inhalts mit, daß die Kaiserlich japanische Regierung mit Hinsicht auf den freundschaftlichen Rat Deutschlands, Rußlands und Frankreichs sich entschlossen habe, auf die dauernde Besitznahme der Halbinsel einschließlich Port Arthur zu verzichten. Vertraulich fügte Vicomte Aoki bei, daß seine Regierung uns dankbar sein würde, wenn wir in Peking raten wollten, sofort eine bezügliche Bitte an Japan zu richten [3]. Dieser Modus sei keine conditio sine qua non, werde aber die Stellung der japanischen Regierung gegenüber der öffentlichen Meinung wesentlich erleichtern.

Ich werde die Genehmigung Euerer Majestät unterstellend in diesem Sinne Euerer Majestät Gesandten in Peking mit telegraphischer

Weisung versehen[4]. Wir verpflichten uns auf diese Weise China und Japan zum Dank und können dank der Verstärkung unserer Flotte bei der weiteren Entwicklung der Frage unsere Interessen mit Entschiedenheit wahrnehmen[5].

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Einverstanden
[2] gut
[3] Ja
[4] ja
[5] ja
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr erfreulich

Nr. 2263

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Peking Freiherrn Schenck zu Schweinsberg

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 18 Berlin, den 6. Mai 1895

Chinesischer Geschäftsträger teilt mir mit, Kaiser wolle wegen schwebender Verhandlungen nicht ratifizieren. Ich erklärte Ratifikation für unumgänglich; erfolge dieselbe nicht, würden wir China seinem Schicksal überlassen. Japan hat den 3 Mächten amtlich erklärt, daß es nach erfolgter Ratifikation auf Liaotung mit Port Arthur gegen entsprechende Erhöhung der Kriegsentschädigung verzichten werde. Dort mitteilen.

Marschall

Nr. 2264

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 116 St. Petersburg, den 8. Mai 1895

Fürst Lobanow findet es an der Zeit, bei Regelung der Friedensbedingungen gewisse Punkte gemeinschaftlich zu fixieren und deutete mir die Absicht an, unverzüglich einen Entwurf zur Vorlage zu bringen: 1. über die Termine der Evakuation der besetzten festländischen Territorien und 2. die Höhe der Kriegsentschädigung. Bezüglich der Fischerinseln müßte nach Ansicht des Fürsten Lobanow Japan verhindert werden, auf diesem ihm zugestandenen Besitz ein zweites Gibraltar mit starken Befestigungen zu errichten, welche eine ernste

und dauernde Bedrohung der europäischen Schiffahrt wären. Auch müßte Japan verpflichtet werden, diese Inselgruppe keiner anderen Macht retrozedieren zu dürfen. Dies ist eine von Herrn Hanotaux ausgehende Idee.

Französischer Botschafter teilt die Auffassung des Fürsten Lobanow.

Radolin

Nr. 2265

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 118 St. Petersburg, den 9. Mai 1895

Im Anschluß an Telegramm Nr. 116*.

Fürst Lobanow war eben bei mir, um mir das in Aussicht gestellte Exposé zu übergeben. Er hofft, daß dasselbe die Billigung der Kaiserlichen Regierung finden wird.

Es lautet in der Übersetzung:

„Die japanischen Konzessionen müßten in irgendeinem Akt mit bindender Kraft zusammengefaßt werden. Austausch von Noten dürfte genügend erscheinen. Unsere Vertreter in Tokio, einschließlich des spanischen, könnten mit demselben betraut werden, und da es sich um festzustellende Entschädigung für die Rückgewährung der Halbinsel Liaotung handeln wird, wäre die Zuziehung eines chinesischen Vertreters nötig. Eröffnung von diplomatischen Verhandlungen oder Konferenz wäre in Tokio angezeigt.

Es ist wahrscheinlich, daß Japan bei der Forderung einer Entschädigung für Rückgewähr von Liaotung auf die Notwendigkeit bestehen wird, zeitweilig bis zur vollen Zahlung der von China schuldigen Summen die Halbinsel besetzt zu halten. Die Höhe dieser Forderung darf daher nicht so übermäßig sein, daß die japanische Besetzung endlos dauern würde. Man könnte sogar stipulieren, daß die Halbinsel Liaotung gleich zuerst geräumt würde, das heißt gleich nach Zahlung der ersten Rate der Kriegsentschädigung.

Im Verlauf der Verhandlungen in Tokio könnte der französische oder spanische Vertreter die Frage der Fischerinseln aufwerfen, zwar nicht als Modifikation des Vertrags von Shimonoseki, sondern als Auslegung oder Ergänzung einer der Vertragsklauseln würde der russische und deutsche Vertreter ihn zu unterstützen haben. In dieser Hinsicht scheine die von Herrn Hanotaux ausgehende Idee durchaus praktisch. Da nämlich das Hauptaugenmerk darauf gerichtet ist, der

---

* Siehe Nr. 2264.

europäischen Schiffahrt die freie Durchfahrt durch den Kanal von Formosa zu sichern, wäre es in der Tat genügend, daß Japan die Verpflichtung einginge, keinerlei Befestigungen auf den Fischerinseln aufzuführen, noch jemals diese Inseln einer dritten Macht zu zedieren.

Die drei Mächte halten es — nach Vorschlag des Fürsten Lobanow — für klüger, sich auf die einfache „Auslegung" eines der Vertragsartikel von Shimonoseki zu beschränken, weil, wenn von „Revision" des ganzen Vertrags die Rede wäre, England leicht einen Vorwand finden könnte, sich in unsere Verhandlungen einzumischen.

Es wäre wichtig, keine Zeit zu verlieren und die gegenwärtigen Dispositionen der japanischen Regierung sowie die Anwesenheit unserer Streitkräfte im Stillen Ozean zu benutzen, um die endgültige Lösung dieser Frage nach Möglichkeit zu beschleunigen."

Radolin

Nr. 2266

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 93 Berlin, den 9. Mai 1895

Antwort auf Telegramme Nr. 116 und 118*.

Ein „Havas"-Telegramm bringt bereits aus dem heutigen „Figaro" die Nachricht, daß die drei Mächte Spanien beauftragen werden, das endgültige chinesisch-japanische Abkommen zu redigieren, weil Spanien wegen der Nähe der Philippinen als besonders geeignet angesehen werde, gewisse zarte Punkte zu behandeln.

Diese Veröffentlichung bestätigt, von welchen Seiten die Anregungen zu den neuen Vorschlägen kommen. Materielle Einwendungen würden wir gegen letztere nicht haben. Die Forderung, daß die Fischerinseln unbefestigt und unübertragbar bleiben sollen, hätte auch dem deutschen Interesse entsprochen. Wir hätten überdies noch andre Bestimmungen von Wichtigkeit in Vorschlag bringen können.

Wir haben uns jedoch auf das russische Programm beschränkt, weil wir uns dabei mit der russischen Regierung in dem Wunsche einig fühlten, durch Herabsetzung der Forderungen auf das notwendige Minimum auch die Gefahr unmittelbarer kriegerischer Verwickelungen auf ein Minimum zu reduzieren. Diese Forderung des russischen Programms — Aufgabe der Annexionen auf dem chinesischen Kontinent — haben wir an Japan ohne weitere Bedingungen gestellt, und dieselbe ist von der japanischen Regierung ohne Vorbehalt angenommen wor-

---

* Siehe Nr. 2264 und Nr. 2265.

den*. Diese beiden Erklärungen bilden ein fertiges Abkommen; in dieser Beziehung steht nur noch die Ausführung in Frage.

Den Gedanken, daß die Geldkompensation, welche China an Japan für die Halbinsel zahlt, nicht von Japan als Vorwand endloser Besetzung ausgebeutet werden darf, finden Ew. bereits in meinem Telegramm Nr. 83 vom 2. d. Mts. Die Regelung dieser Frage unterliegt als Bestandteil des bisherigen Programms der drei Mächte zweifellos der Kontrolle derselben, dürfte an sich allein aber nicht genügenden Anlaß für eine Konferenz bieten.

Da die bisherigen Verhandlungen der drei Mächte mit Japan durch die bedingungslos nachgebende Erklärung der japanischen Regierung zum Abschluß gekommen sind, so gibt nach Ansicht der Regierung Seiner Majestät des Kaisers der durch den chinesisch-japanischen Friedensschluß geschaffene Zustand den besagten drei Mächten keinen Grund, bezüglich der Fischerinseln, welche bisher niemals gegenüber Japan erwähnt wurden, jetzt nachträglich mit neuen Ansprüchen, gleichviel ob groß oder klein, an Japan heranzutreten. Die Kaiserliche Regierung ist zwar bereit, sich an einer weiteren gemeinsamen Besprechung dieser Frage, falls eine solche von anderen Interessenten gewünscht werden sollte, zu beteiligen, um bei denselben wie bisher im friedlichen Sinne zu wirken; sie hält aber auch, da es sich hierbei um einen neuen politischen Abschnitt handeln würde, die Einladung Englands zu diesen Besprechungen für unvermeidlich. Die Unterlassung würde die Beziehungen der Mächte unter sich unnötig verschärfen.

Marschall

Nr. 2267

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 94 Berlin, den 11. Mai 1895

Teilen Ew. pp. dem Fürsten Lobanow ganz vertraulich folgendes mit.

Der Vizekonsul in Taipei (Formosa) telegraphiert von gestern:

„Gouverneur Formosa teilte mir mit, daß durch chinesische Gesandtschaft Paris Verhandlungen mit Frankreich geführt betreffs Einspruch Frankreichs gegen Annexion Formosas. Frankreich schiene geneigt, jedoch noch keine definitive Abmachung; französische Kriegsschiffe hier erwartet.

Merz.“

* Vgl. Nr. 2262.

Der durchsichtige Zweck dieser chinesischen Intrige ist der, die Mächte zum Kriege mit Japan zu bringen. Denn ohne Krieg kann Japan auf Formosa nicht verzichten. Nach dem Kriege würde vielleicht die französische öffentliche Meinung Formosa als Kriegsentschädigung für Frankreich verlangen.

Diese Aussicht auf neue unabsehbare Weiterungen ist geeignet, Deutschland und Rußland zum Festhalten an dem bisherigen engen Programm und zur schleunigen Finalisierung desselben zu veranlassen. Fragen Ew. pp. den Fürsten Lobanow, ob dies seine Ansicht ist.

Marschall

Nr. 2268

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 11. Mai 1895

Der russische Botschafter machte mir heute im Auftrage des Fürsten Lobanow mündlich eine — dem anliegenden Aide-mémoire* entsprechende — Mitteilung mit der Bitte, mir** von der diesseitigen Auffassung Kenntnis zu geben.

Ich erwiderte dem Botschafter folgendes: Die Anschauung des Fürsten Lobanow, daß mit dem Verzichte Japans auf die Halbinsel Liaotung noch nicht alle Schwierigkeiten gelöst seien, sondern eine weitere Aufgabe bestehen bleibe, werde auch diesseits geteilt. Das Aktionsprogramm der drei Mächte sei durch jene Verzichterklärung noch nicht zu Ende geführt, vielmehr bedürfe die japanische Zusage noch der praktischen Ausführung. Es sei dafür Sorge zu tragen, daß Japan nicht etwa durch übertriebene Geldforderungen an China oder die Festsetzung endloser Fristen für die Räumung der Halbinsel die gemachte Zusage mehr oder minder illusorisch mache. Indem die drei Mächte in dieser Beziehung eine Kontrolle übten und die loyale Ausführung des Verzichts sicherstellten, handelten sie durchaus im Rahmen des Programms, welches die Grundlage der Intervention bilde. Über die Form, in welcher diese Sicherstellung zu erfolgen habe, würden wir uns leicht verständigen. Erachte man den abzuschließenden chino-japanischen Zusatzvertrag als keine genügende Garantie — als res inter alios acta —, so käme der Austausch von Noten zwischen den Mächten und Japan in Frage — vielleicht geheimer Noten, um die japanische Empfindlichkeit zu schonen. —

---

* Inhaltlich wiedergegeben in Nr. 2265.
** Wohl verschrieben für: ihm.

Verschieden liege die vom Fürsten Lobanow unter Ziffer 3 angeregte Frage der Pescadores bzw. der Sicherung freien Durchgangs durch den Kanal von Formosa im Wege der Verpflichtung Japans, keine Befestigung auf jenen Inseln anzulegen. Diese letztere Frage trete vollkommen aus dem Rahmen des bisherigen Aktionsprogramms heraus, und zwar sowohl bezüglich des Gegenstandes wie der Begründung. Unser bisheriges Programm habe sich auf die Unzulässigkeit japanischer Annexionen auf dem chinesischen Kontinent beschränkt, während es sich hier um insulare Besitzergreifungen handele — und als Motiv für unsere erste Forderung sei die Störung des politischen Gleichgewichts bzw. die ständige Bedrohung der chinesischen Hauptstadt angegeben worden, während hier lediglich das kommerzielle Interesse zur Geltung gelange. Mir erscheine es nun zweifelhaft, ob es tunlich sei, nachdem eben Japan unserer gemeinschaftlichen Demarche stattgegeben, eine Nachforderung auf ganz verschiedener Basis folgen zu lassen. Es würde sich unter allen Umständen um eine ganz neue Aktion handeln, bezüglich der wir meines Erachtens mit allen an dem Handel nach China beteiligten Mächten, vor allem England, in einen Meinungsaustausch treten müßten. Auf einen Gesichtspunkt möchte ich aber ganz besonders die Aufmerksamkeit des Fürsten Lobanow lenken, nämlich auf die Gefahr, die wir für die bisherige Aktion schaffen würden, wenn wir vor ihrer völligen Durchführung (im Sinne von Nr. 1 und 2 des Aide-mémoire) eine zweite Aktion auf anderer Grundlage folgen ließen. Ich müsse fürchten, daß wir dadurch den Japanern einen Vorwand in die Hand geben würden, um Schwierigkeiten bezüglich der Erfüllung ihrer Zusage zu erheben. Die öffentliche Meinung in Japan sei erregt, die Stellung der Regierung und selbst der Monarchie durch das jüngste Zugeständnis schwierig geworden, zumal die radikale Militärpartei sogar die ersten Friedensbedingungen für ungenügend erachtet habe. Eine Nachforderung seitens der Mächte in diesem Augenblicke könne möglicherweise den ganzen Erfolg unserer bisherigen Aktion kompromittieren, was ich mit Rücksicht auf die große und nachhaltige Wirkung, welche jener Erfolg in der ganzen Welt erzielt habe, lebhaft beklagen würde. Diese Erwägung lege den Gedanken nahe, ob wir nicht den eventuellen Meinungsaustausch über die Pescadores bis nach vollständiger Sicherung unserer bisherigen Aktion verschieben sollten. Die Verwandlung der Pescadores in ein zweites Gibraltar sei nicht von heute auf morgen möglich, und daß Japan in absehbarer Zeit es wagen werde, den Zugang des europäischen Handels durch die Straße von Formosa zu erschweren, wenig wahrscheinlich. Während es sich also hier um Sorgen der Zukunft handle, sei die Evakuierung von Liaotung innerhalb einer angemessenen Frist eine aktuelle Frage. — Immerhin würden wir, wenn erst unser bisheriges Programm zu Ende geführt sei, uns einem Meinungsaustausch unter

den beteiligten Mächten über die Sicherung der Durchfahrt durch die Straße von Formosa nicht entziehen, auch nehme ich an, daß eine Verpflichtung Japans, die Pescadores an keine andere Macht zu zedieren, wohl erreichbar sei.

Marschall

Nr. 2269

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 489 Berlin, den 11. Mai 1895

Ganz vertraulich

Ew. beehre ich mich, anbei ein vom russischen Botschafter heute übergebenes Schreiben des Fürsten Lobanow*, ferner meine Aufzeichnung über die Unterhaltung mit dem Botschafter**, endlich ein heute an den Fürsten Radolin gerichtetes Telegramm*** abschriftlich zu übersenden.

Die drei Schriftstücke betreffen die Fischerinseln und Formosa. Frankreich und Spanien, unbefriedigt durch die zwischen den drei Mächten und Japan erreichte Vereinbarung bezüglich des japanischen Verzichts auf chinesisches Festland, möchten den neu erlangten japanischen Inselbesitz einschränken, vielleicht auch ihren eigenen Inselbesitz erweitern.

In dieser zweiten Phase der ostasiatischen Aktion tritt die Regierung Seiner Majestät des Kaisers noch entschiedener als in der ersten Phase für Japan ein, dessen Interessen überdies mit denen des Friedens identisch sind; denn ohne Kampf würde die japanische Regierung schon aus inneren Gründen den Zusatzforderungen nicht nachgeben können, welche Frankreich und Spanien sich anschicken, mit russisch-deutscher Rückendeckung vorzubringen.

Wenn ich annehme, daß die russische Regierung, sobald ihr die französisch-spanischen Ziele klar werden, dieselben nicht wird verwirklichen helfen wollen, so gründe ich meine Auffassung in erster Linie auf die Äußerung, welche der Kaiser von Rußland dem General von Werder in ihrer letzten Unterredung machte (Erlaß nach London Nr. 401), daß Rußland zu einem Landkriege mit Japan heute noch nicht stark genug sei und deshalb vorsichtig sein müsse. Rußland wird dann aber schwerlich wünschen, daß Frankreich und Spanien schon

---

* Inhaltlich identisch mit dem in Nr. 2265 wiedergegebenen russischen Aide mémoire.
** Siehe Nr. 2268.
*** Siehe Nr. 2267.

jetzt chinesisches Gebiet annektieren. Jedenfalls werden wir in den nächsten Tagen über die russischen Absichten klarsehen.

Falls der Gedanke einer Konferenz noch weiter besprochen werden sollte, würden wir für die Beteiligung nicht nur von England, sondern auch von Österreich und Italien als handeltreibender Staaten eintreten.

Marschall

Nr. 2270

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 119 St. Petersburg, den 12. Mai 1895

Telegramm Nr. 93* erhalten.

Ich habe im Sinne desselben mit Fürst Lobanow, der gestern abwesend war, heute nachdrücklich gesprochen. Er teilt ganz die Ansicht der Kaiserlichen Regierung, daß, nachdem Japan bedingungslos nachgegeben, neue Ansprüche nicht gerechtfertigt wären. Sein Vorschlag gehe aber nicht auf einen neuen Punkt noch auf Modifikation des Friedensvertrages aus, sondern einfach auf Interpretation und Ergänzung eines Artikels, um Schwierigkeiten für die Zukunft vorzubeugen und europäische Schiffahrt in ihrem freien Verkehr zu schützen.

Ich hob hervor, daß Beschränkung des Besitzes der Fischerinseln doch als neuer Anspruch an Japan angesehen werden müßte, der es möglicherweise zu einem Widerstand veranlassen und das Erreichte in Frage stellen könnte. Fürst Lobanow erwiderte, daß er diese Befürchtung nicht habe. Die Mächte wären wohl berechtigt, im allgemeinen Interesse eine Sicherung des Handels zu verlangen, der durch Anlegung von starken Befestigungen auf den Inseln gefährdet werden würde.

Die Nichtbefestigung der Fischerinseln sei ja in Übereinstimmung mit Beibehaltung des status quo. Der französischerseits ausgehende Vorschlag, die Fischerinseln unzertrennlich von Japan zu machen, sei eine Garantie, daß Frankreich auf dieselben keine Absicht habe. Übrigens sei der Vorschlag vorerst nur zur Erwägung der Mächte bestimmt. Er glaube nicht an den Widerstand der Japaner, zumal die Flotten anwesend. Sollten Japaner sich dennoch widersetzen, könnte ja immer rechtzeitig eingelenkt werden, bevor man sich Refüs hole, auf den ich Fürst Lobanow aufmerksam gemacht. Auf meine wiederholte Warnung der vielleicht unabsehbaren Konsequenzen meinte er schließlich, man könne es jedenfalls versuchen.

---

* Siehe Nr. 2266.

Fürst Lobanow würde es bedauern, wenn Beteiligung Englands als ......* erachtet würde. Gerade die nachträgliche Beteiligung habe er dadurch vermeiden wollen, daß er nur von einfacher Auslegung eines Artikels gesprochen habe. England habe sich zurückgezogen, als es sich hätte nützlich erweisen können. Nachdem die drei Mächte ohne England den Erfolg allein erzielt, scheine es dem Fürsten Lobanow erwünscht, daß wir die Früchte auch allein ernten. Bis jetzt habe England Beteiligung nicht beansprucht, wenn dies geschehen sollte, könnte die Sache erwogen werden, außerdem würde im Osten und namentlich in Japan das Prestige der drei Mächte leiden, wenn England nachträglich zugelassen würde. Japan würde den Schluß ziehen, daß die Mächte ohne England nichts vermögen. Englische Presse suche diesen Eindruck zu erwecken.

Die „Havas"-Nachricht hielt Fürst Lobanow für aus der Luft gegriffen.

Radolin

Nr. 2271

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 96 Berlin, den 12. Mai 1895

Zu Nr. 119**.

Aus Euer pp. Unterredung mit Fürst Lobanow konstatiere ich mit Befriedigung, daß zwischen uns volle Übereinstimmung in der Richtung besteht, daß neue Ansprüche an Japan nicht gerechtfertigt wären, und es sich bei dem weiteren Vorgehen neben der Durchführung der von Japan zugestandenen Räumung von Liaotung lediglich um Interpretation bzw. Ergänzung des auf die Pescadoresinseln bezüglichen Artikels des Friedensvertrages zu dem Zwecke handeln kann, die europäische Schiffahrt in ihrem freien Verkehr zu schützen.

In dem Rahmen dieses Programms bewegt sich sowohl der von Frankreich gemachte Vorschlag, die Pescadores unzertrennlich von Japan zu machen, wie eine von Japan zu fordernde Verpflichtung, daß die europäische Schiffahrt durch die Straße von Formosa wie bisher vollkommen frei sein solle. Um die japanische Regierung zu Erklärungen in diesem Sinne zu bewegen, würde es einer Beteiligung anderer Mächte, insbesondere Englands, nicht bedürfen, vielmehr könnte Rußland, Frankreich und Deutschland ohne weiteres diese Vertragsauslegung in Tokio zur Geltung bringen, ohne den Anschein zu erwecken, neue Ansprüche an Japan zu stellen. —

* In der Entzifferung fehlt ein Wort.

** Siehe Nr. 2270.

Dagegen würde allerdings die Forderung, die Pescadores nicht zu befestigen bzw. — da dort Befestigungen bestehen — dieselben zu schleifen, sich als eine einschneidende Besitzbeschränkung und somit als ein neuer Anspruch an Japan darstellen, welchen die drei Mächte weder auf Grund ihres ersten, ausdrücklich auf kontinentale Annexionen beschränkten Programms, noch auf Grund einer Vertragsauslegung geltend machen könnten. Bei dieser zweiten Aktion auf erweiterter und veränderter Basis würde eine Beteiligung anderer Mächte nicht zu umgehen sein. Gerade in Würdigung der von dem Fürsten Lobanow geltend gemachten Bedenken gegen eine Teilnahme Englands schiene uns ein Fallenlassen dieses Punktes für jetzt um so mehr geboten, als eine auch nur zeitliche Verbindung der Liaotungfrage mit der Frage der Befestigung der Pescadores geeignet wäre, das Erreichte wieder zu gefährden.

Marschall

Nr. 2272

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 128 St. Petersburg, den 17. Mai 1895

Fürst Lobanow las mir soeben den von ihm verfaßten Entwurf einer Instruktion für unseren Vertreter in Tokio vor, welchen er mich bat, behufs schleuniger Beendigung der japanischen Angelegenheiten der Kaiserlichen Regierung als Vorschlag zu unterbreiten.

1. Indemnité pour la rétrocession de Liaotong: Au point de vue strictement juridique le Japon n'a à réclamer de la Chine aucune indemnité du chef de cette concession, attendu qu'elle a été faite sans condition et aux trois puissances mais non pas à la Chine. Ne pas confondre une indemnité de ce genre avec la contribution de guerre qui ne représente que le remboursement des frais de la guerre, indépendants du plus ou moins de territoire conquis que le vainqueur veut garder. Si cependant le Japon insistait sur cette indemnité, tâcher de la réduire à un chiffre modéré.
2. Evacuation de la presqu'île Liaotong: fixation pour cela un terme si possible aussitôt après les premiers payements.
3. Pescadores: réclamation des garanties pour la liberté de la navigation dans le canal de Formosa. Elles pourraient consister soit dans l'engagement de n'élever sur les Pescadores aucune nouvelle fortification ni de céder ces îles à une tierce puissance, soit à la rigueur dans un engagement général. Le re-

présentant de la France prendra l'initiative de cette question et sera appuyé par ses collègues.

4. Ces différents points devront former l'objet de note à échanger entre le gouvernement japonais et les représentants des trois puissances à Tokio. Pour les démarches à faire ainsi que pour la rédaction des notes les représentants des trois puissances doivent s'entendre entre eux et mener ces pourparlers dans un esprit de conciliation et de bienveillance réciproque.

Ich habe das Exposé entgegengenommen mit dem Bemerken, daß dasselbe meines Erachtens wohl kaum die volle Billigung meiner Regierung finden würde, da es mir als Instruktion nicht bestimmt genug gefaßt erscheine und besonders Punkt 3 nicht im Einklang mit unserer, dem Fürsten Lobanow bekannten Auffassung sei, wenn er auch hervorhebt, daß, falls französischer Vertreter, dem die Initiative zufallen solle, auf Widerstand stieße, der russische und deutsche Vertreter dann die Befestigungsfrage gar nicht vorbringen und sich mit allgemeinen Garantien für freie Schiffahrt zufriedengeben sollen. Auf meine Bemerkung, daß dies leicht die Harmonie der Vertreter in Tokio stören könnte, hob Fürst Lobanow hervor, daß die Franzosen im Fall eines Widerstandes nicht darauf bestehen würden, daß sie aber zur Befriedigung der öffentlichen Meinung wenigstens den Versuch machen müßten, einen auf französische Initiative zurückzuführenden Erfolg zu verzeichnen. — Ich hielt ihm darauf vor, daß weder Rußland noch wir einen speziellen Erfolg reklamieren, worauf wir den gleichen Anspruch hätten.

Fürst Lobanow hat die Verhandlungen wegen Pescadores hauptsächlich durch Baron von Mohrenheim führen lassen.

Radolin

Nr. 2273

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept

Nr. 240 Berlin, den 20. Mai 1895

Dem durch Ew. pp. letzte Mitteilungen* hier zur Kenntnis gebrachten Wunsche des Fürsten Lobanow, die akute Phase der schwebenden ostasiatischen Frage zum Abschluß zu bringen unter Modalitäten, welche auch den Schwierigkeiten der französischen inneren Lage Rechnung tragen, schließen wir uns gern an.

---

* Siehe Nr. 2272.

Das Entgegenkommen und der gute Wille, welchen die Regierung des Präsidenten Faure fortdauernd uns erweist, gibt ihr ein Anrecht auf Berücksichtigung, um so mehr, als durch Befestigung dieser Regierung gleichzeitig einem wichtigen deutschen Interesse entsprochen wird.

Ebenso glauben wir aber auch, daß es den Interessen Deutschlands und der in dieser Frage mit ihm vereint wirkenden Mächte entspricht, die an Japan zu erteilenden Ratschläge so einzurichten, daß eine Befolgung derselben nicht gleichbedeutend wird mit dem Unterliegen der jetzigen gemäßigten japanischen Regierung gegenüber der rücksichtslosen Kriegs- und Reaktionspartei. Hierdurch würde die friedliche Erledigung der schwebenden Angelegenheit bedenklich in Frage gestellt und folglich der Hauptzweck des Zusammenwirkens der Mächte vereitelt werden.

Im einzelnen ist zu den russischen Vorschlägen folgendes zu bemerken:

ad 1: Wir teilen die Auffassung, daß, nachdem Japan den Verzicht auf Liaotung ohne Vorbehalt ausgesprochen hat, die drei Mächte keine rechtliche Verpflichtung haben, für eine Entschädigung Japans einzutreten; daß aber die Frage der von China für die Wiedererlangung von Liaotung zu leistenden Kompensation gleichwohl vom Gesichtspunkte der Billigkeit aus zur Erwägung kommen muß; denn es ist Tatsache, daß Japan während der Friedensverhandlungen seine Geldforderungen erheblich herabgesetzt hat, im Hinblick auf die von China damals bewilligten, jetzt erheblich reduzierten Gebietsabtretungen.

Aus diesem Grunde erscheint es auch uns angemessen, wenn die drei Mächte den prinzipiellen Einwand gegen die Erhöhung der Kriegskosten nicht erheben, sondern nach dem Vorschlage des Fürsten Lobanow ihre Bemühungen dahin richten, daß der Zusatzbetrag sich in mäßigen Grenzen hält.

ad 2: Auch wir halten es für einen Bestandteil des vereinbarten Aktionsprogramms, daß eine möglichst baldige Räumung von Liaotung gesichert werde; da wir aber zurzeit die im Friedensvertrage festgesetzten Zahlungsbedingungen im einzelnen nicht kennen und daher nicht wissen, in welchem Teilbetrage und innerhalb welcher Frist die premiers payements vorgesehen sind, so würden wir vorschlagen, für die Räumung bestimmte Termine von 3, 2 oder sogar einem Jahre festzusetzen, sei es ganz unabhängig von der Frage der Kriegskostenregelung, sei es unter der Voraussetzung, daß bestimmte Teilbeträge derselben vorher erlegt sind.

Dieser Modus würde sich auch darum empfehlen, weil unsere Meldungen aus Japan uns keinen Zweifel darüber lassen, daß dort die Regierung sowohl wie die öffentliche Meinung eine selbst bedeutende Erhöhung der Kriegsentschädigung nicht als annehmbare

Gegenleistung ansehen würden gegenüber der Forderung sofortiger oder derart beschleunigter Räumung, daß letztere den Charakter des Hinausdrängens bekäme.

ad 3: Für die europäischen Interessen steht bezüglich der Pescadores als Ziel im Vordergrund, daß Japan sich schriftlich verpflichte, die Freiheit der Schiffahrt im Kanal von Formosa nicht zu beeinträchtigen und die Pescadores keiner anderen Macht zu zedieren.

In ersterer Beziehung scheint uns das engagement général weitgehender und wirksamer zu sein als die Verpflichtung, keine neuen Befestigungen auf der Insel zu errichten, denn Japan würde trotz letzterer Beschränkung immer noch in der Lage sein, die europäische Schiffahrt zu schädigen, wenn es nicht jene allgemeine Verpflichtung übernimmt. Außerdem bleibt unser ursprüngliches Bedenken bestehen, daß die Forderung der Nichtbefestigung zunächst als neue Forderung formell außerhalb unseres bisherigen Programms liegt; daß ferner praktisch die Bewilligung derselben für Japan kaum vereinbar sein wird mit den zurzeit in Formosa herrschenden anarchischen Zuständen, welche Japan nötigen werden, diesen Teil der Ausführung des Friedensvertrags selbst in die Hand zu nehmen. Da die Pescadores strategisch den Schlüssel zur Behauptung von Formosa bilden, so wird Japan kaum in der Lage sein, eine Konzession zu machen, welche seine militärische Stellung auf den Pescadores schwächt. Unter den jetzigen Umständen wird es vielmehr für Japan fast eine Lebensfrage sein, die Entfestigungsforderung a limine zurückzuweisen; diese Forderung könnte sogar, falls in Japan inzwischen eine andere Regierung ans Ruder käme, einen Vorwand abgeben, um auch die übrigen Forderungen der Mächte für unannehmbar zu erklären.

ad 4: Mit Rücksicht auf den bisherigen Gang der Verhandlungen mit Japan und das bereitwillige Entgegenkommen, welches die 3 Mächte mit dieser mündlichen Demarche in Tokio gefunden haben, würde es sich empfehlen, auch jetzt zunächst unsere Wünsche in der Form freundschaftlicher und gleichzeitiger Erklärungen der drei Vertreter zur Geltung zu bringen und erst, falls wider Erwarten eine Ablehnung eines wesentlichen Punktes erfolgt, sich über identische Noten zu verständigen. Das auf die eine oder andere Weise erreichte Einverständnis würde selbstverständlich schriftlich zu fixieren sein.

Damit, daß der französische Vertreter bezüglich der Frage der Pescadores die Initiative nimmt, sind wir einverstanden.

Ew. pp. wollen vorstehende Anregung dem Fürsten Lobanow mitteilen, demselben auch, wenn er es wünscht, eine Abschrift derselben hinterlassen.

Marschall

Nr. 2274

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 135 St. Petersburg, den 23. Mai 1895

Fürst Lobanow dankt für Mitteilung Erlasses Nr. 240*; hat mir nachstehendes im Sinne desselben abgefaßtes Telegramm mitgeteilt, welches er nach Tokio sendet, um Vertreter nicht länger ohne Instruktion zu lassen**:

Afin de clore leur intervention dans l'affaire chino-japonaise, les trois puissances sont convenues d'entrer en pourparlers avec le gouvernement japonais sur les points suivants.

1. Indemnité pour la rétrocession de Liaotong.

Au point de vue strictement juridique le Japon n'a à réclamer de la Chine aucune indemnité du chef de cette concession, attendu qu'elle a été faite sans condition et aux trois puissances, mais non pas à la Chine. Ne pas confondre une indemnité de ce genre avec la contribution de guerre, qui ne représente que le remboursement des frais de la guerre, indépendants du plus ou moins de territoire conquis que le vainqueur veut garder. Si cependant le Japon insistait sur cette indemnité, tâcher de la réduire à un chiffre modéré.

2. Evacuation de la presqu'île.

Fixation pour cela un terme, si possible aussitôt après les premiers payements.

3. Pescadores.

Etablir en principe la liberté absolue du passage par le canal de Formosa. Les représentants des trois puissances se concerteront entre eux pour introduire cette réclamation au même titre que les deux points précédents, et demanderont au Japon, quelles sont les garanties qu'il peut offrir pour assurer cette liberté de passage. Si le Japon ne consent pas à prendre l'engagement de n'élever sur les Pescadores aucune nouvelle fortification, ni celui de ne jamais céder ces îles à une tierce puissance, il se contenteront à la rigueur d'une déclaration générale.

4. Ces différents points devront former l'objet de note à échanger entre le gouvernement japonais et les représentants des trois puissances à Tokio. Pour les démarches à faire, ainsi que pour la rédaction des notes, les représentants des trois puissances doivent

---

* Siehe Nr. 2273.

** Mit geringen Modifikationen, besonders in bezug auf Punkt 3, entspricht die dem russischen Vertreter in Tokio am 17. Mai erteilte Instruktion dem Lobanowschen Entwurfe in Nr. 2272.

s'entendre entre eux et agir dans un constant esprit de conciliation et de bienveillance réciproque.

Au fur et à mesure de la marche de ces pourparlers, vous m'en rendrez compte par télégraphe.

Falls Änderung des einen oder anderen Passus erwünscht wäre, sei er bereit, ergänzend nach Tokio zu telegraphieren, wäre aber dankbar, wenn möglichst bald auch unserem Vertreter analoge Instruktion direkt nach Tokio telegraphiert würde. Wegen Pescadores lehnen Franzosen Initiative ab; dennoch war Fürst Lobanow aus Rücksicht für Frankreich nicht zu bewegen, den auch ihm unnütz scheinenden Passus wegen Entfestigung auszulassen.

ad 2. Fürst Lobanow ist auch dafür, Japan wegen Räumung nicht zu drängen, möchte aber, daß letzteres spezielle Anträge formuliert.

Radolin

Nr. 2275

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 24 Berlin, den 23. Mai 1895

Um die Ausführung der japanischen Zusage und des Programms der 3 Mächte zu sichern und zukünftigen Konflikten vorzubeugen, sind Ew. hierdurch beauftragt, in Übereinstimmung mit russischem und französischem Vertreter folgende Punkte bei der japanischen Regierung mündlich und freundschaftlich zur Sprache zu bringen.

1. Die Entschädigung, welche Japan dafür, daß es nach Rat der drei Mächte auf chinesischen festländischen Besitz verzichtete, von China beanspruchen kann, muß mäßig normiert werden.
2. Tunlichst baldige Räumung des chinesischen Festlands in Verbindung mit teilweiser Erledigung der Geldverbindlichkeiten.
3. Wir erachten es als eine selbstverständliche Folge der Besitznahme der Fischerinseln, daß Japan die volle Freiheit der Schiffahrt im Kanal von Formosa respektiert; auch wünschen wir, daß Japan die Inseln keiner dritten Macht überträgt.
4. Die erreichte Verständigung wird durch Notenaustausch zwischen den drei Vertretern und japanischer Regierung zu fixieren sein.

Erbitte Drahtberichte über wichtigere Phasen der Verhandlung.

Ganz vertrauliche Instruktion.

a) Sollte Korea ausdrücklich oder stillschweigend in irgendeiner Form in die Sache hineingezogen werden, telegraphieren Sie um Instruktion.
b) Alles, was Ew. in oder außer den Verhandlungen Wichtiges über Korea erfahren, telegraphieren, aber äußerlich kein besondres Interesse durchblicken lassen.

Marschall

Nr. 2276

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 27 Berlin, den 7. Juni 1895

Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß China von Rußland Darlehn von 16 Millionen Pfund annimmt. Damit wäre Zustandekommen der *großen* Anleihe, die China zur Befriedigung der japanischen Kriegsansprüche braucht, in Frage gestellt. Unter diesen Umständen können wir Japan nicht raten, in Räumung des okkupierten Territoriums zu willigen, bevor diese Frage nicht geklärt ist. Indem ich dies zu Ihrer vertraulichen Information bemerke, bitte ich Sie, bis auf weitere Instruktion, die in wenigen Tagen folgt, vielleicht unter dem Vorwande Unwohlseins an Verhandlungen nicht teilzunehmen.

Marschall

Nr. 2277

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 45 Tokio, den 7. Juni 1895

Bei zweiter Besprechung hat uns heutiger Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gesagt, ehe japanische Regierung zu Notenaustausch schreite, wünsche sie gewisse Fragen fixiert zu sehen:

1. daß sowohl die auszutauschenden Noten als die Substanz der Besprechungen geheim bleiben;

2. ob und in welchem Umfang im Fall einer Einigung über Höhe der Geldentschädigung, die auch nach Ansicht des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten mäßig normiert sein muß, sowie über den Zeitpunkt der bedingten Räumung der Halbinsel die drei Mächte geneigt seien, ihre Unterstützung für die Ausführung der Bedingungen dieser Vereinbarung zu leihen, welche letztere verschiedene Nebenfragen einschließen würde, wie

a) Schleifung der Befestigungen von Port Arthur seitens ......*
b) Unterhaltung der japanischen Gräber,
c) Garantie gegen Repressalie gegen im Krieg kompromittierte Chinesen.

3. sind die drei Mächte bereit, über vorstehende Punkte *schriftliche* Verpflichtungen zu übernehmen?

Nach Äußerungen des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten glauben wir drei, daß es sehr schwierig sein wird, eine Verpflichtung Japans hinsichtlich Befestigung der Fischerinseln zu erlangen, hoffen

* Gruppe fehlt.

aber eine allgemeine Deklaration wegen voller Freiheit der Schiffahrt im Kanal von Formosa zu erreichen.

Wir bitten um Instruktionen.

Russischer Gesandter konstatierte, daß das Wort Korea während der Besprechung japanischerseits absichtlich vermieden wurde, meinte aber, die Japaner müssen doch heraus.

Marquis Saïonzi zum Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ad interim ernannt.

Gutschmid

Nr. 2278

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 29 Berlin, den 8. Juni 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 45* und 46.

Telegramm Nr. 24** gab Ew. keine Ermächtigung, über Entfestigung der Pescadores zu verhandeln. Dieser Frage bleiben wir fern, da sie ebensosehr außerhalb des für uns maßgebenden ursprünglichen Programms der drei Mächte liegt wie der neu aufgetauchte spanische Antrag wegen der Inseln im Stillen Ozean. Bis auf weiteres beteiligen Sie sich gemäß Telegramm Nr. 27*** überhaupt nicht bei Verhandlungen.

Marschall

Nr. 2279

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 290 Berlin, den 8. Juni 1895

Ew. beehre ich mich, eine am 23. v. Mts. an den Kaiserlichen Gesandten in Tokio gerichtete telegraphische Instruktion†, sowie ein auf dieselbe bezügliches Telegramm des Gesandten vom gestrigen Tage†† zur vertraulichen Kenntnisnahme ergebenst zu übersenden.

Aus letzterem wollen Ew. ersehen, daß der Gesandte sich veranlaßt gesehen hat, in der Frage der Entfestigung der Fischerinseln

* Siehe Nr. 2277.
** Siehe Nr. 2275.
*** Siehe Nr. 2276.
† Siehe Nr. 2275.
†† Siehe Nr. 2277.

gemeinsame Sache mit den Vertretern von Frankreich und Rußland zu machen. Er ist infolgedessen unter Hinweis auf die Instruktion rektifiziert worden.

Wir haben uns im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens und zur Wahrung der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands in Ostasien an der Beilegung des chinesisch-japanischen Konflikts beteiligt. Wir sind aber entschlossen, freie Hand zu behalten für den Fall, wo neue Komplikationen willkürlich herbeigeführt werden sollten, sei es, daß man Japan entweder nachträglich durch neue Forderungen reizt, oder demselben — wie das durch die jetzige Pariser 16-Millionen-Anleihe geschehen soll — die Aussichten für Befriedigung seiner vertragsmäßigen Ansprüche auf Kriegsentschädigung in unabsehbare Ferne rückt. Wir werden diesen Komplikationen ohne Schadenfreude, sogar mit Bedauern, aber jedenfalls mit dem festen Entschluß entgegensehen, uns nicht in irgendeine Lage schieben zu lassen, welche mit den einfachen und durchsichtigen Beweggründen, die unsre Beteiligung an der ostasiatischen Beruhigungskampagne herbeiführten, in Widerspruch stehen würde.

Die innere Lage der französischen Regierung wird zweifellos — für den Augenblick — sich günstiger gestalten, sobald sie, abgesehen von der platonischen Sympathie Spaniens, als alleiniger Begleiter Rußlands in Ostasien dasteht. Da aber diese engere Gruppierung neben der Lichtseite wohl auch Schattenseiten haben, insbesondere die Lage in Ostasien bald verschärfen würde, so entspricht es der Offenheit, welche wir der loyalen und versöhnlichen Regierung des Präsidenten Faure schulden, daß Ew. im Sinne des Vorstehenden unsern Standpunkt mit den Ihnen geeignet scheinenden Nuancen darlegen, sobald die Frage von berufener französischer Seite an Sie herantritt. Eine Anregung derselben von unsrer Seite würde das ohnehin rege französische Mißtrauen verstärken und eine sachliche Erwägung der allgemeinen Lage erschweren.

Marschall

Nr. 2280

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 30 Berlin, den 12. Juni 1895

Im Anschluß an Telegramm Nr. 27*.

Russisch-chinesisches Anleihen von 16 Millionen Pfund perfekt**. Diese Tatsache zwingt zu vorsichtigerer Behandlung der Räumungs-

* Siehe Nr. 2276.

** Die egoistische Haltung Rußlands, das in der Anleihefrage zusammen mit Frankreich die leitende Rolle beanspruchte, ohne auf den dritten Genossen

frage. Es ist Japan nicht zuzumuten, okkupiertes Territorium eher aufzugeben, als bis es nicht einen Teil der Kriegsentschädigung ausgezahlt und zum mindesten Rest sichergestellt erhalten.

Bitte Ew. pp., diesen Gesichtspunkt bei Fortsetzung der Verhandlungen, zu der ich Sie wieder ermächtige, festzuhalten. Sollten Ihre Kollegen für mehr beschleunigte Räumung sein, so suchen Sie in verbindlichster Form unseren Standpunkt, für den Japan volles Verständnis zeigen wird, zur Geltung zu bringen. Jedenfalls halten Sie daran fest.

Wenn Korea in Frage kommt, so erklären Sie, daß dasselbe außerhalb des ursprünglichen Programms liegt, welches nur chinesisches Festland umfaßte.

Marschall

Nr. 2281

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 35 Berlin, den 29. Juni 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 50*.

Die Folgen der Exklusivaktion des russischen Finanzministers in Peking — Zeitverlust und Zeitungspolemik — werden auch im günstigsten Fall bei den weiteren Verhandlungen als Erschwerung fühlbar werden, schon deshalb, weil Japan nach englischem Kabinettswechsel** selbstbewußter auftreten wird. Um so bedenklicher würde nach Ansicht der Kaiserlichen Regierung die Ablehnung sämtlicher japanischer Gegenforderungen wirken. Gegenforderung Eins — Geheimhaltung — würde japanische Regierung gegen japanische Kritik sichern, folglich Abschluß erleichtern. Punkte b und c — Gräber und Repressalien betreffend — fehlen kaum jemals in einem europäischen Friedensvertrag. Ein darauf bezügliches Versprechen Chinas, selbst ohne Garantie der Mächte, würde die Verhandlungen fördern.

Von den vier Forderungen der Mächte*** wird Punkt zwei —

im „ostasiatischen Dreibund" irgend Rücksicht zu nehmen, mußte in Berlin lebhaft verstimmen. Am 12. Juni berichtete Fürst Radolin über einen Auftritt, den er mit Fürst Lobanow in der Anleihefrage am 7. Juni gehabt hatte, und in dessen Folge er für eine Weile eine kühlere Haltung gegenüber dem russischen Minister einnahm. Diese Haltung wurde von Kaiser Wilhelm II. in Randbemerkungen zu Radolins Bericht ausdrücklich gebilligt. Vgl. auch Nr. 2286 und Kap. LVIII, Nr. 2318.

* Nach Telegramm 50 des Freiherrn von Gutschmid vom 27. Juni lehnte die russische Regierung die japanischen Gegenbedingungen (vgl. Nr. 2277) ab, weil diese eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas bedeuten würden.

** Ende Juni war an die Stelle des liberalen Kabinetts Lord Rosebery das konservative Kabinett Lord Salisbury getreten.

*** Vgl. Nr. 2275.

Räumungs- und Zahlungsfristen — bis zuletzt zu lassen und vor dessen Formulierung gegenüber Japan hier noch anzufragen sein: denn bisher ist China nicht in der Lage, feste Zahlungstermine ernsthaft in Aussicht zu nehmen, Zahlungs- und Räumungstermine stehen aber in untrennbarem Zusammenhang, und eine gutwillige Räumung ist bei unsicheren Zahlungsaussichten von Japan kaum zu erwarten.

Inzwischen können Punkt eins und drei sowie die zulässigen unter den japanischen Gegenforderungen unverzüglich beraten und, falls Erledigung von Punkt zwei sich verzögern sollte, auf etwaiges Verlangen der anderen Interessenten zum Gegenstand separaten Notenaustausches gemacht werden.

Vorstehendes inhaltlich Ihren beiden Kollegen mitteilen. Wiederaufnahme der Verhandlungen melden, Anträge wegen Korea, Entfestigung der Fischerinseln oder sonstige nova ad referendum nehmen.

Rotenhan

Nr. 2282

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 54 Tokio, den 4. Juli 1895

In heutiger Konferenz erklärte Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, den drei Nebenpunkten keine Bedeutung beizulegen, fragte aber, ob die Mächte Japan bei Erlangung der Entschädigung für Rückgabe der Halbinsel wirksam unterstützen wollten. Wir verlangten zunächst bestimmte Angabe über Höhe der Summe. Minister versprach baldige Antwort.

Bestimmung einer Räumungsfrist wurde der Initiative Japans überlassen.

Gutschmid

Nr. 2283

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 378 Berlin, den 6. Juli 1895

Ganz geheim

Die letzten hier eingegangenen Nachrichten lassen keinen Zweifel mehr darüber übrig, daß das russisch-französische Anlehen für China zustande gekommen ist, und wir müssen in Zukunft mit dieser Tat-

sache rechnen. Es erscheint uns nicht erwünscht, einer Verstimmung über den von Rußland herbeigeführten Zwischenfall jetzt sichtbaren Ausdruck zu verleihen; wir werden vielmehr gut tun, vorläufig über den Schachzug des Herrn Witte hinwegzusehen, seine Folgen auf das rein finanzielle Gebiet zu verweisen und in unserem politischen Verhalten zu Rußland eine Änderung nicht eintreten zu lassen. Dementsprechend wollen wir in dem einseitigen Vorgehen Rußlands in der Finanzfrage keinen Vorwand erblicken, um uns von den politischen Zusagen, die sich auf die Räumung des chinesischen Festlands durch Japan erstrecken, loszusagen. Andererseits werden wir aber nach den gemachten Erfahrungen es nicht vermeiden können, uns streng in den Grenzen der von uns versprochenen Unterstützung zu halten, und wir werden von Japan nicht eher die Aufgabe der besetzten Territorien verlangen, als bis nicht ein Teil der Kriegsentschädigung entrichtet und der Rest sichergestellt ist. Dabei nehmen wir in dieser letzten Beziehung das Recht für uns in Anspruch, selbständig zu beurteilen, ob die gebotene Sicherheit für Japan als genügend oder ungenügend anzusehen ist. pp.

Rotenhan

Nr. 2284

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 56 Tokio, den 19. Juli 1895

In heutiger Zusammenkunft hat uns Minister der Auswärtigen Angelegenheiten mündlich Erklärung gemacht und Aide-mémoire übergeben wie folgt:

Die Kaiserliche Regierung erklärt, bevor sie direkt Verhandlungen mit China eröffnet:

1. In Anbetracht dringender Verlegenheiten Chinas und der Schwierigkeiten, eine dem Wert der aufzugebenden Gebiete entsprechende Summe zu zahlen, fixiert sie den Betrag der Entschädigung für definitive Aufgabe der Halbinsel Liaotung auf 50 Millionen Taëls.
2. Sie ist bereit, nach Bezahlung dieser Summe, sowie der ersten Rate der Kriegsentschädigung ihre Truppen diesseits der Grenze der Halbinsel Kin-chow zurückzuziehen, und nach Zahlung der zweiten Rate, sowie nach Austausch der Ratifikation des vorgesehenen Handels- und Schiffahrtsvertrages die ganze Halbinsel Liaotung zu räumen.
3. Sie erklärt, den Kanal von Formosa als offenen Seeweg und als außerhalb ihrer exklusiven Kontrolle und Inanspruchnahme befindlich anzuerkennen.

Sie verpflichtet sich, weder Formosa noch die Fischerinseln einer anderen Macht abzutreten.

Meine Kollegen und ich haben ohne Bemerkung zur Sache erwidert, daß wir Inhalt der Deklaration unseren Regierungen übermitteln und gleichzeitig um Weisungen im Hinblick auf den durch unsere früheren Instruktionen vorgesehenen Notenaustausch bitten würden.

Gutschmid

Nr. 2285

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn von Rotenhan

Eigenhändig

[Berlin, den 24. Juli 1895]

Der russische Botschafter sagte mir heute, er habe dem Fürsten Lobanow meine Äußerungen über die neusten japanischen Vorschläge (vom 19. Juli*) mitgeteilt, wonach wir diese für vernünftig und mäßig bezeichnet hätten. Fürst Lobanow habe ihn nun beauftragt, hier zu erklären, er halte das Verlangen Japans auf eine Entschädigung von 50 Millionen Taëls als Ersatz für die Aufgabe der Halbinsel Liaotung für „exorbitant", und glaube, man müsse darauf dringen, daß Japan seine Forderung um die Hälfte vermindere. Graf Osten-Sacken fügte hinzu, da man mit asiatischen Regierungen verhandele, sei „Markten" üblich und unerläßlich, Japan glaube wohl selbst nicht, sein letztes Wort gesprochen zu haben, jedenfalls empfehle sich der Versuch, dessen Forderung herabzudrücken.

Ich erwiderte dem Botschafter, ich halte nach wie vor den Betrag von 50 Millionen Taëls als Ersatz für eine so große und wichtige Provinz für mäßig und billig, wie denn überhaupt die Geldforderungen Japans sich in mäßigen Grenzen bewegten. Ich möchte bezweifeln, ob Japan mit der Kriegsentschädigung nur die Kosten seiner Kriegführung bestreiten könne. Dem Zwecke unserer Vermittlertätigkeit, nämlich der Herbeiführung eines für beide Teile annehmbaren dauerhaften Übereinkommens, werde nach unserer Ansicht durch Annahme der japanischen Vorschläge am meisten entsprochen. Ich würde übrigens seine Mitteilung zur Kenntnis Seiner Majestät bringen, um die allerhöchste Entscheidung zu erholen.

Rotenhan

* Vgl. Nr. 2784.

Nr. 2286

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn von Rotenhan

Reinschrift

Berlin, den 30. Juli 1895

Seine Majestät war mit dem Inhalt und Schlußantrag des von mir vorgetragenen Immediatberichtes vom 29. d. Mts.* einverstanden. Er bemerkte dabei, die Halbinsel Liaotung, die ein Felsenland sei, habe eigentlich nur strategische Bedeutung.

Über unsere fernere Haltung zur Durchführung des japanisch-chinesischen Friedensvertrags sagte Seine Majestät, wegen der Rückwirkung auf Europa wünsche er vor allem verhütet zu sehen, daß Rußland und Frankreich allein gemeinsam gegen Japan vorgingen oder gar kämpften. Seinen Intentionen entspricht für uns eine Politik: frei von Verstimmung, zwar zurückhaltend, aber für Rußland nicht unfreundlich mit der Tendenz: durch unser Mitwirken die russischen Forderungen gegenüber Japan zu mildern.

Seine Majestät glaubt an einen Krieg zwischen Japan und Rußland, jedoch erst in einiger Zeit nach Beendigung der beiderseitigen Vorbereitungen.

Rußland sende jetzt viele Kriegsschiffe nach Ostasien, die beim Vorüberfahren auch den Dardanellen einen Besuch machen könnten.

Rotenhan

Nr. 2287

Promemoria des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn von Rotenhan**

Reinschrift

[Berlin, den 2. August 1895]

Confidentielle

Le Gouvernement Impérial d'Allemagne animé du vif désir d'agir de commun accord avec le Gouvernement Impérial de Russie dans la

---

* Am 29. Juli war dem Kaiser durch Freiherrn von Rotenhan ein eingehender Immediatbericht über den Stand der ostasiatischen Frage vorgelegt worden. Der Schlußantrag ging dahin, der Kaiser möge genehmigen, daß der Reichskanzler die Auffassung von der Billigkeit und Angemessenheit der japanischen Entschädigungsforderung aufrechterhalte. Vgl. auch Kap. LVIII, Nr. 2318.

** Durch Telegramm vom 31. Juli aus Alt-Aussee hatte Reichskanzler Fürst von Hohenlohe Rotenhan auf Grund der kaiserlichen Zustimmung ermächtigt, die deutsche Auffassung, daß die von Japan für Liaotung geforderte Entschädigung eine durchaus maßvolle sei, dem russischen Botschafter ohne weitere Verzögerung

question chino-japonaise, regrette toutefois de ne pouvoir partager les vues du cabinet de St. Pétersbourg en ce qui concerne les conditions dont le Japon fait dépendre l'évacuation du Liaotung.

Notamment le Gouvernement ne saurait juger la somme de 50 millions de taëls demandées par le Japon comme trop élevée.

Le Liaotung étant un point stratégique des plus importants la possession de ce point aurait mis le Japon à même de menacer, à tout moment, la ville de Pékin.

En l'abandonnant le Japon s'est désaisi du fruit le plus précieux de sa victoire.

Dans ces conditions la dite somme paraît tellement modique que le Gouvernement Impérial croit qu'il ne serait pas opportun de réclamer contre cette demande, que le Gouvernement japonais a faite surtout pour calmer l'opinion publique de son pays.

En demandant au Japon la rétrocession du Liaotung les trois puissances étaient d'accord pour concéder à cet empire le droit d'exiger à titre de compensation un complément à l'indemnité de guerre telle qu'elle avait été fixée par le traité de paix de Shimonséki.

Les 50 millions de taëls ne forment donc qu'une augmentation de l'indemnité de guerre.

Il paraît équitable et conforme aux vues qui ont guidé les trois puissances d'appliquer, par analogie, à l'évacuation de la dite presqu'île les conditions, dont dépend suivant l'article VIII du traité en question, l'évacuation de Wei-hei-wei.

Rotenhan

Nr. 2288

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn von Rotenhan

Eigenhändig

[Berlin, den 6. August 1895]

Herr Herbette frug mich heute nach dem Stand der ostasiatischen Frage mit dem Bemerken, daß seine Regierung die Initiative der Verhandlungen Rußland überlasse. Ich zeigte ihm hierauf unser Promemoria vom 2. August*. Er schien unsere Ansichten über den Wert des japanischen Verzichtes auf Liaotung zu teilen und bemerkte, auch

---

mitzuteilen. Es geschah in der Form eines dem russischen Botschafter Grafen von der Osten-Sacken am 2. August behändigten P. M. Das Promemoria wurde mittelst Zirkularerlasses vom 2. August den Botschaftern in Petersburg, London und Paris mitgeteilt.

* Siehe Nr. 2287.

er persönlich halte die Forderung von 50 Millionen Taëls nicht für unannehmbar. Dagegen erscheine es ihm unbillig, daß Japan nicht nur diese Entschädigung für Liaotung verlange, sondern auch nach deren Zahlung die Halbinsel noch fernerhin als Sicherheit für andere Kriegsentschädigungen behalten wolle. Seines Erachtens sei es billig, daß, wenn Japan als erste Rate eine bestimmte Summe, etwa 100 Millionen Taëls, erhalten habe, es dann auch sofort die ganze Halbinsel räume. Er gehe hierbei von dem Gedanken aus, daß der Verzicht auf diese Halbinsel nicht ein Zugeständnis an China, sondern an die 3 Großmächte gewesen sei, daß also Japan daraus keine Anforderungen an China herleiten könne.

Rotenhan

Nr. 2289

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 205 St. Petersburg, den 9. August 1895

Fürst Lobanow nach Maßgabe des Promemoria vom Erlaß Nr. 454* heute ausführlich gesprochen. Er besteht trotz aller meiner vorgebrachten Argumente auf Behauptung, daß japanische Forderung übertrieben sei und meint, man könne China nicht aussaugen. Japan fordere nach echt orientalischer Gewohnheit das Doppelte des Erwarteten. Es wäre von größter Wichtigkeit, die japanische Erklärung** baldigst und gemeinschaftlich zu beantworten und sich über Datum der Evakuation von Liaotung zu verständigen, sowie Zeitpunkt festzusetzen. Über die Geldfrage, die dem Fürsten nebensächlich scheint, könnte gleichzeitig diskutiert werden. Auch wäre es Seiner Majestät des Kaisers Ansicht nach unzulässig, die Räumung von Liaotung vom Abschluß des Handelsvertrags abhängig zu machen, weil dies Vorwand zu endloser Verzögerung geben würde. Überhaupt müßte Feststellung des Räumungsdatums vom Frieden von Shimonoseki gemacht werden.

Fürst Lobanow legt großen Wert darauf, daß die Kaiserliche Regierung mit Rußland und Frankreich sich auf dieser Basis verständige.

Ausführlicher Bericht folgt***.

Radolin

---

* Siehe Nr. 2287, Fußnote **.
** Siehe Nr. 2284.
*** Siehe das folgende Schriftstück.

Nr. 2290

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 306 St. Petersburg, den 9. August 1895

Als ich gestern den Fürsten Lobanow besuchte, fragte er mich gleich nach der ersten Begrüßung mit einiger Hast, ob ich nichts Neues aus Berlin hätte. Ich erwiderte ihm sehr gelassen, daß ich nur davon gehört hätte, was er bereits wohl auch vom Grafen Osten-Sacken erfahren haben dürfte. Der Fürst fiel mir ins Wort, um mir zu sagen, daß die japanische Forderung unerhört hoch sei. Japan hätte nach echt orientalischer Weise seinen Preis um das Doppelte aufgeschlagen, um sich dann mit der Hälfte zu begnügen. China könne andererseits nicht noch mehr ausgesogen werden. Die pekuniäre Frage käme übrigens seiner Ansicht nach in zweiter Linie. Es käme vor allem darauf an, den Termin der Räumung von Liaotung baldigst festzusetzen und die japanische Erklärung zu beantworten. Die Höhe der Entschädigung könnte ja während der Verhandlung diskutiert und festgestellt werden.

Der japanische Wunsch, die Räumung vom Abschluß des japanisch-chinesischen Handelsvertrages abhängig zu machen, wäre übrigens auch unzulässig. Dies würde einen Vorwand zu endlosen Verzögerungen geben. Er, Fürst Lobanow, wisse aus Erfahrung, wie leicht es sei, den Abschluß eines Handelsvertrages in das Unendliche hinauszuschieben. Überhaupt hätte die Räumungsfrage von Liaotung mit dem Friedensvertrage von Shimonoseki nichts zu schaffen, und müsse erstere ganz unabhängig von letzterem behandelt werden. Er bat mich inständig, Euere Durchlaucht zu bewegen, sich dieser Auffassung anzuschließen und dementsprechend den Bescheid in Tokio zu geben.

Ich suchte dem Fürsten vergebens nachzuweisen, daß die geforderte Entschädigung mit Rücksicht auf den strategischen Wert von Liaotung nicht zu hoch gegriffen sei, daß Japan aus Rücksicht für die Mächte ein großes Opfer gebracht und der bedrängten Lage der Chinesen vollauf Rechnung getragen habe, man könne deshalb die Forderung nicht als eine willkürliche, wie sie der Fürst nannte, bezeichnen. Die russische Behauptung, daß 25 Millionen Taëls eine hinreichende Entschädigung sei, könnte ebensogut für eine willkürliche Annahme gelten. Jede Sache hätte ja nur einen relativen Wert. Für Japan wäre jedenfalls der Besitz der Halbinsel von weit größerem Werte als das bare Geld.

Wie gern wir auch Rußland in dieser wie in jeder anderen Frage entgegenkommend sein möchten, wie wir dies von Anfang an bei der gemeinsamen Aktion bewiesen haben, so könnten wir doch nicht

wider bessere Überzeugung handeln, abgesehen davon, daß es in der Natur der Sache liege, daß wir uns die dauernde Feindschaft Japans zuziehen würden. Wegen dieser paar Millionen mehr, welche China zu zahlen hätte, wäre das wohl nicht nötig.

Wenn Fürst Lobanow meine, daß China schon sehr ausgesogen sei, so wundere mich dies, da er mir andererseits wiederholt gesagt, daß China mit Leichtigkeit alles Geld finden würde, um Japan zu befriedigen. Soviel ich wüßte, wäre Japan sogar etwas besorgt, ob es die ihm zustehenden Gelder bekommen würde, und sei es begreiflich, daß es sich nicht übereile, die von ihm besetzten Punkte zu räumen, bevor es nicht die Sicherheit habe, die volle Entschädigung zu erhalten.

Fürst Lobanow machte mir im Laufe des Gesprächs Andeutungen, als wäre es zum Teil unsere Schuld, daß die Verhandlungen mit Japan ins Stocken geraten seien. Ich konnte nicht umhin, diesen Vorwurf als ganz unberechtigt zurückzuweisen und sagte dem Fürsten, als ich kurz nach meiner Ankunft in die Verhandlungen eingetreten sei, wäre alles vortrefflich gegangen. Ich hätte, wie er sich erinnern werde, ihm mit größter Offenheit alles mitgeteilt, was ich aus Berlin über unser gemeinsames Vorgehen erhalten, und hätte meine Regierung nach Möglichkeit allen seinen Wünschen Rechnung getragen. Auch über die mir bekannt gewordenen Anleiheprojekte hätte ich mit ihm und Herrn Witte sehr offen gesprochen, und während Herr Witte, was er ja nicht brauchte, mir des längeren auseinandersetzte, daß er durchaus nicht gesinnt sei, sich an einer Anleihe zu beteiligen, habe er ganz unvermutet eine partielle Anleihe hinter unserm Rücken abgeschlossen*. Der Fürst würde wohl begreifen, daß mich persönlich, der ich so warm für das gemeinsame Handeln mit Rußland eingenommen war, dies peinlich berührt habe. Die Folge dieser partiellen Finanzoperation mußte natürlich sein, daß Japan sich fragte, ob unter diesen Umständen ihm die späteren Zahlungen ebenso gesichert sein würden, wie sie es gewesen wären, wenn eine große Anleihe von vornherein seitens aller beteiligten Mächte durch China gemacht worden wäre. Es sei daher auch ziemlich natürlich gewesen, daß Japan sich weniger beeilen würde, auf bloße Versprechungen hin sein Faustpfand aufzugeben. Wenn also eine Verzögerung eingetreten sei, so wäre dieselbe nicht uns, sondern obigen Umständen zuzuschreiben. Wir hätten von Anfang an bis jetzt unentwegt an dem festgesetzten Programm festgehalten und täten dies weiter.

Der Fürst war sichtlich verlegen über meine offene, sonst in freundschaftlichem Tone gehaltene Sprache und antwortete mir, daß Rußland wohl deshalb geglaubt habe, eine einseitige Anleihe eingehen zu können, weil wir ebenfalls in Anleihe-Pourparlers mit China getreten wären.

* Vgl. Nr. 2283.

Als ich dies aufs entschiedenste bestritt, meinte er, Rußland sei gezwungen gewesen, diesen einseitigen Schritt zu tun, weil die Franzosen nicht gewillt waren, an eine Anleihe mit deutscher Beteiligung heranzugehen, und das Zustandekommen der Anleihe fraglich geworden wäre, wenn Rußland es nicht in die Hand genommen hätte.

Ich hielt es für überflüssig, auf weitere Diskussionen mich einzulassen und sagte dem Fürsten: „Enfin ce qui est fait, est fait, n'en parlons plus, mais je ne puis pas admettre que nous soyons la cause de la lenteur survenue dans les négociations. Nous agissons franchement envers Vous et soutenons Votre politique dans l'extrême Orient de la façon la plus loyale. Vous me connaissez suffisamment pour savoir, combien je suis heureux d'obéir dans cela aux ordres de l'empereur et de mon gouvernement."

Der Fürst, der sich inzwischen besänftigt hatte, fügte hinzu, Seine Majestät der Kaiser habe kurz vor seiner Abreise nach Cowes die russische Regierung verständigt, daß er unbedingt die russische Politik in Ostasien unterstützen werde*; dies freue den Minister sehr. Er habe aber die Empfindung, daß die Kaiserliche Regierung, von bureaukratischer Peinlichkeit geleitet, nicht so unbedingt, wie der Kaiser selbst, Rußland unterstützen zu wollen scheine. „Il y a des contrecourants dans Votre Ministère et Vous devriez les combattre."

Diese Bemerkung war mir denn doch zu stark, und ich sagte ihm, daß ich diese Vermutung nicht gelten lassen könne. Was der Kaiser befiehlt, dem gehorcht die Regierung, und „contre-courants" wäre bei uns ein unbekannter Begriff. Ich müsse annehmen, daß er, Lobanow, die wohlgemeinten Bedenken, die wir gegen das öftere Abweichen vom Programm lediglich im Interesse der friedlichen Beilegung der Schwierigkeiten zu erheben gezwungen waren, für Pedanterie und eine unwohlwollende Haltung auffasse. Seine Majestät teile selbstredend alle von seinen Ratgebern hervorgehobenen Bedenken, könne aber bei seinen Auslassungen hierher auf diese Einzelheiten nicht eingehen und betone nur (was die Hauptsache ist), ebenso wie es die Regierung in allen Erlassen an mich tut, daß es sein Wille sei, an der gemeinsamen Aktion mit Rußland festzuhalten.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß der Fürst, um seinen Worten mehr Nachdruck zu geben, der bekannten letzten Ratschläge des hochseligen Kaisers, „unter allen Umständen mit Rußland zu gehen", mir gegenüber Erwähnung getan hat.

Diese fast zweistündige Konversation, die sich auch auf andere, gleichgültigere Dinge ausdehnte, endete damit, daß der Fürst, um den Eindruck seiner obenerwähnten unfreundlichen Bemerkung zu verwischen, die er mich dringend bat, nach Berlin hin nicht zu er-

---

* Vgl. den Brief Wilhelms II. an den Zaren vom 10. Juli 1895 (Briefe Wilhelms II. an den Zaren, hrsg. von W. Goetz, S. 292 f.).

wähnen, sehr zuvorkommend wurde und mich beim Abschied nochmals ersuchte, nach Kräften dahin zu wirken, daß möglichst bald eine Antwort auf die japanische Erklärung erfolge, und ein Termin für die Evakuation von Liaotung endlich festgesetzt werde, der unabhängig vom Abschluß des Handelsvertrages und vom Frieden von Shimonoseki sei. Die Entschädigungsfrage, die er nochmals als nebensächlich, aber auch als unannehmbar in der Höhe von 50 Millionen Taëls bezeichnete, könnte dann gleichzeitig zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden.

Ich schloß meinen Besuch damit, daß ich dem Fürsten Lobanow sagte: „Je ne vois vraiment pas, comment on pourra s'entendre sur la question d'indemnité puisque Vous m'indiquez une somme que nous considérons comme insuffisante. Il me semble impossible de fixer un terme sans être d'accord sur l'indemnité. C'est un cercle vicieux dont je ne vois pas l'issue. Enfin je vais sans retard en référer à mon gouvernement."

Radolin

Nr. 2291

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Mühlberg

Nr. 153 Berlin, den 12. August 1895

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 205*.

Von dem Wunsche geleitet, den russischen Absichten entgegenzukommen, bitte ich Ew. pp., dem Fürsten Lobanow sogleich folgendes zu erklären:

Wir sind damit einverstanden, daß Japan auf den Abschluß des chinesischen Handelsvertrags als Vorbedingung für die Räumung von Liaotung zu verzichten hat. Wir gehen ferner darauf ein, daß Japan bestimmt werde, eine möglichst kurze Räumungsfrist einzuhalten, und daß es die Halbinsel sofort gänzlich verlassen soll, nachdem ihm 150 Millionen Taëls ausgezahlt sind. Diese 150 Millionen bilden mit 50 Millionen die Entschädigung für Liaotung und mit 100 Millionen 2 Raten der allgemeinen Kriegsindemnität.

Da die Geldfrage dem Fürsten Lobanow selbst nebensächlich erscheint, und er das Hauptgewicht auf schnelle Entfernung der japanischen Truppen von der Halbinsel legt, so dürften die vorstehenden Vorschläge dem von ihm verfolgten Ziele durchaus entsprechen.

Rotenhan

---

* Siehe Nr. 2289.

Nr. 2292

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 208 St. Petersburg, den 13. August 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 153*.

Fürst Lobanow hat meine Mitteilung soeben dankbar entgegengenommen, meint aber, daß China ganz außerstande sei, sofort 150 Millionen Taëls zu zahlen. Fürst Lobanow schlägt vor, daß Räumung der Halbinsel erfolge, sobald China die ersten hundert Millionen Taëls Kriegsentschädigung zahle. Die für Liaotung bestimmten 50 Millionen, wenn deren Höhe nicht heruntergedrückt werden kann, was Fürst Lobanow immer noch gern wenigstens versucht sehen möchte, schlägt derselbe vor, von China in sechs Teilraten gleichzeitig mit den nach dem Frieden von Shimonoseki festgesetzten sechs Teilraten der restierenden letzten hundert Millionen Taëls Kriegsentschädigung zahlen zu lassen. Japan laufe gar keine Gefahr, und China könne dann leichter die 50 Millionen aufbringen, wozu es von heute zu morgen nicht imstande sei. Beiden Teilen würde dadurch geholfen sein. Da nach amtlicher Feststellung von Hart die sicheren, stets wachsenden jährlichen Einnahmen der chinesischen Seezölle 60 Millionen betragen, und die zu deckenden Zinsen der ersten Anleihe indessen nur 20 Millionen absorbieren, so blieben immer noch 40 Millionen zur Deckung der ferneren Anleihe und der Zinsen. Japan könne daher ohne alle Besorgnis wegen Zahlung der weiteren Kriegsentschädigung und wegen der 50 Millionen Abfindung für Liaotung sein.

Fürst Lobanow bittet dringend um Annahme dieses Arrangements und um Wiedereröffnung der Verhandlungen in Tokio. Auch würde er es für wünschenswert halten, den dortigen drei Gesandten einen etwas weiteren Spielraum in ihren Vollmachten zu erteilen.

Radolin

Nr. 2293

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 156 Berlin, den 19. August 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 208**.

Um den russischen Absichten nach Möglichkeit entgegenzukommen, hat Seine Majestät der Kaiser gestern seine Zustimmung dazu er-

---

* Siehe Nr. 2291.

** Siehe Nr. 2292.

klärt, daß die japanische Entschädigungsforderung für die Räumung von Liaotung auf 30 Millionen Taëls herabgesetzt wird.

Dagegen machen die in China herrschenden anarchischen Zustände, insbesondere die bei den Christenverfolgungen und den Vorgängen auf Formosa hervorgetretene Ohnmacht der chinesischen Regierung es uns unmöglich, die Japaner unter Betonung der Verläßlichkeit dieser selben Regierung zu noch weitergehender Stundung ihrer Geldforderung zu drängen. Wir halten deshalb für unerläßlich, daß der — hoffentlich von 150 auf 130 Millionen Taëls zu ermäßigende — Betrag vor vollständiger Räumung der Halbinsel Liaotung vollständig gezahlt ist.

Die Details der Räumung innerhalb dieses Rahmens kann der Kaiserliche Gesandte in Tokio im Einverständnisse mit seinen beiden Kollegen festsetzen.

Marschall

Nr. 2294

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 22. August 1895

Der russische Geschäftsträger übergab mir heute die anliegende Aufzeichnung* als Antwort auf unseren letzten in St. Petersburg gemachten Vorschlag.

Ich habe Herrn Tscharykow erwidert, daß ich auf Grund eines Telegramms des Fürsten Radolin vom 13. Einverständnis darüber als vorhanden angenommen hätte, daß China vor der vollständigen Räumung von Liaotung die beiden Raten mit je 50 Millionen Taëls am 1. November und am 1. Mai zu bezahlen habe; nur über die Höhe der Spezialentschädigung und den Zeitpunkt ihrer Auszahlung habe damals eine Differenz noch bestanden, da Fürst Lobanow einmal die 50 Millionen Taëls für übertrieben erachtet und dann eine Verteilung der bezüglichen Summe auf längere Zeitabschnitte gewünscht habe. Wenn ich den Inhalt des neuesten Telegramms richtig verstände, so akzeptiere Fürst Lobanow die unsererseits bewilligte Herabsetzung von 50 auf 30 Millionen Taëls, er verzichte auch auf die Echelonierung der Spezialentschädigung, verlange aber gleichzeitig, daß die Frage der Spezialentschädigung vollkommen von den ver-

* Siehe Anlage.

tragsmäßigen Raten getrennt werde, die vollständige Räumung also bereits nach Zahlung von 30 Millionen Taëls — nicht erst von 100 Millionen, wie er dem Fürsten Radolin am 13. d. Mts. vorgeschlagen, erfolge. Falls also China jetzt sofort 30 Millionen Taëls an Japan zahle, so würde nach dem neuesten Vorschlage des Fürsten Lobanow Japan sofort Liaotung vollständig räumen, ohne daß es auch nur die erste Rate der Kriegsentschädigung — die erst am 1. November fällig sei — erhalten habe. Darnach schiene mir, als ob in unseren beiderseitigen Anschauungen sich durch den neuesten Vorschlag des Fürsten Lobanow nicht eine Annäherung vollziehe, sondern im Gegenteil Rußland hinter dem Angebot zurückbleibe, welches uns vor 8 Tagen gemacht worden sei. Wir müßten daran festhalten, daß billigerweise Japan nicht zugemutet werden könne, sich seines wichtigsten und wirksamsten Pfandes zu begeben, bevor China die Spezialentschädigung und die beiden ersten vertragsmäßigen Raten bezahlt habe. Die vollständige Räumung von Liaotung werde dadurch höchstens um einige Monate verzögert, überdies stehe es China ja frei, durch beschleunigte Zahlung die Besetzung der Halbinsel abzukürzen. Übrigens würde ich nicht ermangeln, die Befehle Seiner Majestät und Seiner Durchlaucht des Herrn Reichskanzlers einzuholen.

Herr von Tscharykow suchte auszuführen, daß die wichtigste und entscheidende Frage die Höhe der Spezialentschädigung sei, und er hoffe, daß wir aus dem Telegramm des Fürsten Lobanow dessen Wunsch, uns in dieser Beziehung entgegenzukommen, entnehmen würden. Indem Einverständnis über diesen Punkt erzielt sei, stehe dem Beginn der Verhandlungen in Tokio kein Hindernis mehr im Wege; über den Zeitpunkt, wann diese Spezialentschädigung von China zu entrichten bzw. seitens Japans mit der Verpflichtung der sofortigen Räumung Liaotungs zu akzeptieren sei, könne man ja mit Japan verhandeln und zunächst abwarten, welche Wünsche es in dieser Beziehung zur Geltung bringe. Der Vorschlag des Fürsten Lobanow präjudiziere in dieser Beziehung nicht.

Ich replizierte, daß uns die Forderungen Japans in dieser Beziehung bereits bekannt seien. Das Kabinett in Tokio habe ausdrücklich die Räumung nicht nur an die Entrichtung der Spezialentschädigung, sondern auch die Zahlung der beiden ersten Vertragsraten geknüpft, die 3 Mächte könnten diese Bedingungen nicht ignorieren, sondern müßten sich vor Beginn der Verhandlungen über eine gemeinsame Haltung in dieser Beziehung verständigen. Mit vollem Rechte habe denn auch Fürst Lobanow dem Fürsten Radolin gesagt, daß er zunächst sich mit der französischen Regierung darüber ins Benehmen setzen würde.

Marschall

Anlage

Der russische Minister des Äußern Fürst Lobanow an den russischen Geschäftsträger in Berlin von Tscharykow

Telegramm. Abschrift, von Tscharykow am 22. August dem Staatssekretär Freiherrn von Marschall überreicht

St. Pétersbourg, le 10/22 Août 1895

Réponse au télégramme communiqué par l'Ambassadeur d'Allemagne. L'Empereur a été fort sensible aux motifs qui ont engagé l'Empereur Guillaume à réduire l'indemnité réclamée par le Japon pour Liaotong. Le chiffre de trente millions, au lieu de cinquante millions, est accepté par nous, à condition que les Japonais évacuent Liaotong aussitôt après le payement de cette indemnité. Nous renonçons également à l'idée d'échelonner la dite indemnité sur les derniers termes de la contribution de guerre. Pour ce qui est de cette dernière, nous ne voyons pas de raison pour en modifier les échéances et pour intervenir dans une question déjà réglée directement entre le Japon et la Chine par le traité de Simonosaki; ce serait élargir le cadre du programme arrêté entre nous dans nos instructions communes du 10/22 Mai dr. Nos Ministres à Tokio auraient certainement à s'entendre avec le Gouvernement Japonais sur les détails de l'évacuation de Liaotong.

Quand Vous aurez la réponse du Gouvernement Allemand veuillez nous la faire connaître.

Nr. 2295

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 217 St. Petersburg, den 24. August 1895

Telegramm Nr. 161* erhalten.

Als ich heute Fürst Lobanow aufsuchte, um ihm anzukündigen, daß Seine Königliche Hoheit Prinz Heinrich den Krönungsfeierlichkeiten beiwohnen würde, teilte er mir aus eigener Initiative die Antwort mit, welche der russische Geschäftsträger bezüglich Japans von Euerer Exzellenz erhalten hatte**. Fürst Lobanow bedauert, daß eine

* Durch Telegramm Nr. 161 vom 22. August war dem Fürsten Radolin Kenntnis von dem durch den Geschäftsträger von Tscharykow am 22. August überreichten Telegramm des Fürsten Lobanow und von den bei diesem Anlaß gefallenen Äußerungen des Staatssekretärs von Marschall (siehe Nr. 2294 nebst Anlage), gegeben worden.

** Vgl. Nr. 2294.

Verständigung nicht erzielt sei und kaum zu erwarten stehe, und glaubt sein möglichstes getan zu haben, um unseren Vorschlägen entgegenzukommen, indem er 30 Millionen als Entschädigung angenommen hat. Dagegen beharrt er bei der Ansicht, daß China materiell außerstande ist, vorzeitig 100 Millionen und 30 Millionen zusammen zu zahlen. Die japanische Forderung bezüglich der vollständigen Räumung von Liaotung erst nach Zahlung der 2. Rate der Kriegsentschädigung sieht der Fürst ebensowenig als unumstößlich an, wie die Forderung der 50 Millionen und die Bedingung des gleichzeitigen Abschlusses des Handelsvertrags, die seitens der Mächte fallen gelassen ist. Er ist überzeugt, daß Japan jeden billigen Vorschlag annehmen würde, den die drei Mächte machen.

Fürst Lobanow verhehlte mir mit einiger Bitterkeit nicht, daß er keinen Weg zur Verständigung offen sieht, wenn wir bei unserem Standpunkt beharren.

Eine Antwort aus Paris erwartet Fürst Lobanow stündlich.

Dürfte ich mir erlauben, Euerer Exzellenz anheimzustellen, um zu irgendeiner Verständigung zu kommen, als letzte Konzession in Vorschlag zu bringen: die definitive und gänzliche Räumung Liaotungs von der gleichzeitigen Zahlung der 30 Millionen Entschädigung und der ersten Kriegsentschädigungsrate mit 50 Millionen abhängig zu machen. 80 Millionen könnte China füglich vorzeitig leichter zahlen als 130 Millionen. Die Räumung könnte dann gleich nach dieser Zahlung erfolgen. Gegen diesen Vorschlag könnte, glaube ich, Fürst Lobanow billigerweise nichts einzuwenden haben.

Wenn genehm, reise ich Montag abend zu Seiner Durchlaucht dem Fürsten Reichskanzler nach Wilna auf zwei Tage.

Radolin

Nr. 2296

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, z. Z. in Werki*

Telegramm. Entzifferung

Nr. 40 Berlin, den 27. August 1895

Der russische Geschäftsträger suchte mich heute auf, um von mir die definitive Antwort auf das jüngste Telegramm des Fürsten Lobanow** in der japanisch-chinesischen Frage zu erbitten. Ich erklärte Herrn von Tscharykow, daß Ew. Durchlaucht meine Auffassung durchaus gebilligt hätten, und präzisierte dieselbe nochmals dahin: wir

* Das Telegramm wurde im wesentlichen gleichlautend durch Telegramm Nr. 132 vom 28. August nach Paris mitgeteilt mit dem Auftrage, über die Auffassung der französischen Regierung zu berichten.

** Siehe Nr. 2294, Anlage.

glauben — zumal mit Rücksicht auf die gegenwärtigen inneren Zustände Chinas — Japan eine vollständige Räumung Liaotungs erst dann zumuten zu dürfen, wenn sowohl die beiden ersten Raten der Kriegsentschädigung mit je 50 Millionen Taëls als die Spezialentschädigung von 30 Millionen Taëls voll bezahlt sind. In welcher Weise Japan nach Maßgabe des Eingangs dieser Zahlungen die Halbinsel staffelförmig zu räumen habe, darüber seien wir bereit, uns zunächst mit Rußland und Frankreich und sodann mit Japan zu verständigen. Hiernach würde, wenn China die Spezialentschädigung bezahle, die Räumung beginnen und mit der Zahlung der zweiten Kriegsentschädigungsrate am 1. Mai beendigt sein. Das schließe natürlich nicht aus, daß China durch Beschleunigung der bezüglichen Zahlungen die vollständige Räumung zu einem früheren Termin erwirke. Die Möglichkeit hierzu hänge von den weiteren finanziellen Operationen Chinas ab, für die, soweit mir bekannt, nach dem jüngsten russisch-chinesischen Anleihevertrag vom Januar 1896 an wiederum Raum geschaffen sei.

Herr von Tscharykow griff diesen letzteren Punkt lebhaft mit der Bemerkung auf, es sei mir wohl bekannt, daß Graf Osten-Sacken hier im Auftrage des Fürsten Lobanow die Bereitwilligkeit der russischen Regierung ausgesprochen habe, mit uns über die Aufnahme eines weiteren chinesischen großen Anlehens sich zu verständigen, worauf ich entgegnete, mir sei eine solche Mitteilung des Herrn Botschafters allerdings bekannt, und ich könne erklären, daß wir jeden Augenblick bereit seien, mit Rußland in einen Meinungsaustausch über diese Frage einzutreten.

Marschall

Nr. 2297

Der Geschäftsträger in Paris von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 200 Paris, den 30. August 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 132*.

Herr Hanotaux ist mit uns über Höhe der Entschädigungsrate einverstanden, meint aber, es sei im Interesse aller Beteiligten die vollständige Räumung von Liaotung tunlichst bald herbeizuführen dadurch, daß man dieselbe nicht von Zahlung der zweiten Rate der Kriegsentschädigung zeitlich abhängig macht. Japan schiene tunlichst baldige Räumung nur erwünscht. Andererseits werde es China schwer fallen, bald wieder Geld durch Anleihe zu erhalten. Man könne vielleicht Latitüde für Zahlung der zweiten Rate Kriegsentschädigung zwischen 1. Januar und 1. Mai lassen. Auf meine Bemerkung,

* Siehe Nr. 2296, Fußnote *.

daß China hätte längst genügend Geld bekommen können, wenn es große Anleihe international gemacht hätte, meinte Minister, er habe sich jeden Einflusses auf die Bankiers bei Abschluß der 400-Millionen-Anleihe enthalten. Meiner Äußerung, daß man den Japanern nicht zumuten könne, sich bezüglich Zahlung der zweiten Rate Kriegsentschädigung lediglich auf Treu und Glauben Chinas zu verlassen, setzte Hanotaux entgegen, daß sie Weihaiwei als Pfand haben.

Schoen

Nr. 2298

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe, z. Z. in Werki

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 59 Berlin, den 31. August 1895

Der russische Geschäftsträger hat soeben die nachstehende Aufzeichnung hier übergeben:

St. Pétersbourg, le 18/30 Août 1895

Sinon une entente complète, dumoins un raprochement fort sensible entre les trois Puissances a été amené par les pourparlers qui ont eu lieu entre elles. Prenant en considération notre désir réciproque d'arriver à une conclusion et le voeu que les Japonais eux-mêmes ont exprimé récemment d'en finir plus tôt, nous proposons au Cabinet de Berlin de prescrire à nos représentants à Tokio de reprendre dès à présent leurs conférences avec les Ministres Japonais et nous espérons qu'une entente définitive résultera de ces pourparlers.

Ich sehe darin den Wunsch der russischen Regierung, sich nicht von uns zu trennen, und würde vorschlagen zu antworten: Wir seien bereit, unseren Gesandten in Tokio anzuweisen, die Verhandlungen gleichzeitig mit seinen beiden Kollegen bezüglich der Punkte, über die eine Einigung erzielt ist, wieder aufzunehmen, und in Gemeinschaft mit denselben den Japanern mitzuteilen, daß wir eine Entschädigungssumme von 30 Millionen Taëls für ausreichend erachteten, und daß die Räumung der Halbinsel nicht vom vorherigen Abschlusse eines Handelsvertrags abhängig zu machen sei. Dabei setzten wir voraus, daß die drei Gesandten von ihren Regierungen angewiesen würden, abzuwarten, ob Japan seine Forderungen bezüglich der noch nicht vereinbarten Fragen, insbesondere die Zahlung der beiden ersten Raten der Kriegsentschädigung neben der Spezialentschädigung als Bedingung der vollständigen Räumung wiederholt und eventuell diese Forderungen lediglich ad referendum zu nehmen.

Aus dem Verhalten Japans wird sich dann ergeben, ob dasselbe in der Tat, wie Rußland behauptet, bereit ist, Liaotung schon gegen Zahlung von 30 Millionen zu räumen oder überhaupt freiwillig an seinen ersten Forderungen etwas nachzulassen.

Ich habe Herrn Tscharykow lediglich erwidert, ich würde Euerer Durchlaucht Befehle einholen und bitte um Weisung.

Marschall

Nr. 2299

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe, z. Z. in Werki, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Telegramm. Entzifferung

Nr. 16 Werki, den 1. September 1895

Wie ich Euerer Exzellenz bereits mitgeteilt habe, hatte Fürst Radolin seiner Besorgnis Ausdruck gegeben, daß die französische Regierung sich in der Liaotungfrage dem russischen Standpunkt anbequemen werde. Ich hatte hiervon Seiner Majestät bei Gelegenheit der Beantwortung seines Schreibens über die Sozialistenfrage Mitteilung gemacht.

In einem Telegramm vom 31. v. Mts. erwidert Seine Majestät hierauf nachstehendes:

„Die Angelegenheit Liaotung betreffend würde meines Erachtens dermaßen zu behandeln sein, daß in Paris unser Geschäftsträger zunächst die Ansichten Fürst Radolins mitgeteilt bekommt mit dem Auftrag, absolut sicher und authentisch festzustellen, welche Stellung Hanotaux endgültig zu den russischen Forderungen nehmen wird. Bis die Antwort aus Paris eintrifft, würde ich vorschlagen, die Angelegenheit Rußland gegenüber dilatorisch zu behandeln. Läßt Frankreich seine Bedenken fallen, dann gehen auch wir mit und müssen versuchen, vermittelnd und beruhigend auf Japan einzuwirken."

Durch Euerer Exzellenz Telegramm Nr. 132* nach Paris sind Sie diesem Auftrag Seiner Majestät bereits im wesentlichen zuvorgekommen, und aus der Antwort von Schoen (Pariser Telegramm 200**) geht hervor, daß Herr Hanotaux bezüglich der zweiten Kriegsentschädigungsrate Rußland nachzugeben im Begriff steht, und somit die Annahme des Fürsten Radolin gerechtfertigt ist. Hiernach scheint die Voraussetzung für die von Seiner Majestät vorstehend wiedergegebenen Worte: „dann gehen auch wir mit", bereits eingetreten, und müssen wir deshalb mit der Eventualität rechnen, daß wir, um eine russisch-französische Separatstellung in wichtigen Punkten der

* Vgl. Nr. 2296, Fußnote *.
** Siehe Nr. 2297.

Verhandlung* zu vermeiden, genötigt sein werden, auch unsererseits eine Modifizierung unseres bisherigen Standpunkts ins Auge zu fassen. Einstweilen erkläre ich mich in Beantwortung Euerer Exzellenz Telegramms Nr. 59** mit der von Ihnen in Aussicht genommenen Antwort an den russischen Geschäftsträger bezüglich der Verhandlungen in Tokio ganz einverstanden.

Hohenlohe

Nr. 2300

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Eigenhändig

Berlin, den 2. September 1895

Ich habe dem russischen Geschäftsträger mitgeteilt, daß wir den Vorschlag des Fürsten Lobanow, die Unterhandlungen über die Liaotungfrage in Tokio fortzusetzen, annehmen. Nach unserer Anschauung könnten unsere Gesandten zunächst über die beiden wichtigen Fragen, über die wir einig seien, die Höhe der Spezialentschädigung und den Ausschluß der Frage des Handelsvertrags verhandeln und abwarten, welche Vorschläge die Japaner über den Zeitpunkt der Räumung machten, ob sie ihre früheren Bedingungen wiederholten oder dieselben modifizierten.

Marschall

Nr. 2301

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Petersburg Fürsten von Radolin

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 167 Berlin, den 4. September 1895

Nachstehende Instruktion ist soeben nach Tokio*** abgegangen:

„Sobald russischer und französischer Vertreter analoge Instruktion erhalten, sind Ew. pp. ermächtigt, in Gemeinschaft mit denselben Verhandlungen wieder aufzunehmen und der japanischen Regierung mitzuteilen, daß nach übereinstimmender Ansicht der Mächte dreißig Millionen Taëls als Entschädigung für Liaotung genügten, und es sich

---

* In dem eigenhändigen Konzept Hohenlohes steht „wichtigeren Punkten der Verhandlungen".

** Siehe Nr. 2298.

*** Durch Telegramm Nr. 40 vom 4. September.

nicht empfehle, Räumung von dem zeitlich völlig unbestimmten Abschluß eines Handelsvertrags abhängig zu machen.

Bezüglich der Termine der Räumung warten Sie japanische Vorschläge ab; falls die japanische Regierung Räumung wiederum von Zahlung der beiden ersten Raten Kriegsentschädigung abhängig macht, nehmen Sie dies, ohne Pression zu üben, lediglich ad referendum."

Bitte dies dem Fürsten Lobanow mit dem Bemerken mitzuteilen, daß wir durchaus nicht die Absicht hätten, japanischer als die Japaner zu sein, und daß wir uns freuen würden, wenn sich die russische Annahme bestätigen sollte, daß Japan freiwillig die Bedingung wegen Zahlung der beiden ersten Raten Kriegsentschädigung vor vollständiger Räumung der Halbinsel fallen läßt.

Marschall

Nr. 2302

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 61 Tokio, den 11. September 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 40*.

Wir drei haben heute gemäß unseren Instruktionen Demarche beim Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gemacht und ihm Aide-mémoire überreicht, in welchem wir Ermäßigung der Entschädigung für Liaotung auf 30 Millionen Taëls und Vornahme der Räumung im unmittelbaren Anschluß an Zahlung der genannten Entschädigung anraten.

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten versprach baldige Antwort nach vorgängiger Kabinettsberatung.

Gutschmid

Nr. 2303

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Unterstaatssekretär Freiherr von Rotenhan an den Gesandten in Tokio Freiherrn von Gutschmid

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein

Nr. 41 Berlin, den 12. September 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 61**.

Zur persönlichen Information. Unseren Intentionen entgegen ist Form Ihrer Demarche geeignet, bei japanischer Regierungg Ein-

* Vgl. Nr. 2301.

** Siehe Nr. 2302.

druck zu erwecken, als ob wir mit Rußland und Frankreich einig seien, Räumungsbedingung der 100 Millionen zu bekämpfen, während wir diese Forderung an sich nicht für ungerechtfertigt halten und uns noch nicht endgültig geäußert hatten.

Lassen die Japaner, wie russische Regierung annimmt, wegen kommenden Winters, Krankheiten etc. freiwillig diese Bedingung fallen, so kann uns das recht sein, nur wollen Ew. pp. den Anschein eines Drucks unsererseits in dieser Richtung vermeiden.

Rotenhan

Nr. 2304

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 66 Tokio, den 7. Oktober 1895

In heutiger Konferenz hat Minister der Auswärtigen Angelegenheiten uns Dreien in Beantwortung der Demarche vom 11. September unter Überreichung eines Aide-mémoire offiziell erklärt:

Japanische Regierung, um Liaotungfrage rasch und definitiv zu erledigen, hat beschlossen:

1. Entschädigung für Halbinsel auf 30 Millionen Taëls zu ermäßigen und
2. Räumung der Halbinsel nicht vom Abschluß des Handelsvertrags mit China abhängig zu machen, vielmehr dieselbe binnen drei Monaten nach vollständiger Zahlung der 30 Millionen zu bewerkstelligen.

Obschon uns diese Antwort den Wünschen unserer Regierungen zu entsprechen scheint, haben wir sie dennoch nur ad referendum genommen.

Wir glauben, daß eine nach Eingang von Weisungen über Annahme der vorstehenden japanischen Erklärung seitens unserer Regierungen von uns zu übergebende identische Note, in welcher die heutige Deklaration sowohl als die frühere, betreffend Freiheit der Schiffahrt im Kanal von Formosa sowie das Versprechen, die Fischerinseln an keine dritte Macht abzutreten, resümiert wird, unseren Instruktionen wegen Notenaustausch entsprechen würde. Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, welchen wir hierüber sondiert haben, meinte, daß derartiges Vorgehen seiner Regierung genehm sein würde.

Wir glauben hinzufügen zu sollen, daß nach unseren Informationen die Frist von drei Monaten für materielle Ausführung der Räumung von Liaotung nicht übertrieben ist.

Russischer und französischer Gesandter haben Japan die guten Dienste ihrer Regierungen bei China gleichfalls zugesichert.

Japanischer Gesandter in Peking soll sofort zur Verhandlung in Räumungsfrage angewiesen werden.

Gutschmid

Nr. 2305

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

A 309 Tokio, den 20. Oktober 1895
[eingegangen am 29. November]

Am 17. d. Mts. begaben wir drei uns, nachdem ich meinerseits am 16. die Ermächtigung, den Notenaustausch vorzunehmen, erhalten hatte, auf das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten und legten dem Marquis Saïonzi den zwischen uns vereinbarten Entwurf zu den identischen Noten in der Liaotungfrage vor.

Nach Verlesung des Schriftstücks durch Herrn Hitrowo erklärte sich der Minister mit Form und Inhalt desselben einverstanden, bat uns indessen um Überlassung einer Ausfertigung, die er dem Ministerrat vorlegen, und auf Grund deren er uns den Entwurf einer Antwortsnote am 18. mitteilen wolle.

An dem letztgenannten Tage brachte uns der Rat Motono, welcher während der ganzen Dauer der Verhandlungen als Dolmetscher fungiert hat, den japanischen Entwurf auf die russische Gesandtschaft, wo wir drei Vertreter zusammengetroffen waren, um von demselben Kenntnis zu nehmen. Einwendungen wurden nicht erhoben, und nachdem wir den Wortlaut unserer identischen Noten, einer Anregung des Marquis Saïonzi entsprechend, mit dem Text der japanischen Deklaration hinsichtlich der Freiheit der Schiffahrt im Kanal von Formosa pp. wörtlich in Einklang gebracht hatten und außerdem stipuliert worden war, daß unsere Noten das Datum des 18., die japanische Erwiderung dasjenige des 19. tragen solle, wurde für den Notenaustausch die zweite Nachmittagsstunde des gestrigen Tages festgesetzt.

Demgemäß begaben wir uns gestern zu der festgesetzten Zeit auf das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten und vollzogen daselbst mit dem Marquis Saïonzi den Austausch der identischen Noten.

Bei der Verabschiedung ergriff der Minister des Äußern das Wort, um uns den Dank seiner Regierung für den „concours bienveillant" auszudrücken, welchen wir ihr bei Lösung dieser Frage hätten zuteil werden lassen. In unserem Namen dankte ich hierauf meinerseits dem Marquis für das Entgegenkommen der japanischen

Regierung, durch welches die Erzielung eines allseitigen Einverständnisses in so hohem Grade erleichtert worden sei.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich, das Ergebnis unserer Verhandlungen, die, am 19. April beginnend, genau sechs Monate gedauert haben, — meine Note in Abschrift, die japanische Erwiderung im Original — in der Anlage zu überreichen.

v. Gutschmid

Anlage I

Abschrift

Tokio, le 18 octobre 1895

Le soussigné Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne n'a pas manqué de porter à la connaissance de son Gouvernement les deux déclarations que Son Excellence Monsieur le Marquis Saïonzi Ministre p. i. des Affaires Etrangères lui a faites au nom de son Gouvernement à savoir:

A. — à la date du 19 Juillet:

„que le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur du Japon reconnaît le canal de Formose comme étant une grande route maritime des nations et que ce canal se trouve en conséquence en dehors de son contrôle ou de son appropriation exclusifs. Il s'engage à ne céder à aucune Puissance les îles de Formose et des Pescadores."

et B. — à la date du 7 octobre:

„que le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur du Japon a décidé 1° — de réduire le montant de l'indemnité compensatrice pour la rétrocession de la presqu'île de Liaotung à trente millions de taëls, et 2° — de ne pas faire de la conclusion du traité de commerce et de navigation avec la Chine une condition de l'évacuation de la dite presqu'île et d'effectuer la susdite évacuation dans le délai de trois mois à partir du jour du paiement intégral par lar Chine de la dite indemnité de trente millions de taëls."

Le soussigné vient d'être informé que le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne prenant acte des déclarations susmentionnées ne peut que féliciter le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur du Japon de cette nouvelle preuve de sagesse et de modération.

En portant, d'ordre de son Gouvernement, ce qui précède à la connaissance de Son Excellence le Ministre p. i. des Affaires Etrangères, le soussigné Le prie de vouloir bien lui accuser réception de la présente note et saisit cette occasion pour Lui renouveler les assurances de sa très-haute considération.

(signé) v. Gutschmid

Anlage II

Ausfertigung

Tokio, le 19 Octobre 1895

Le soussigné, Ministre p. i. des Affaires Etrangères, a l'honneur d'accuser réception à Son Excellence Monsieur le Baron von Gutschmid, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, de sa note en date d'hier 18 Octobre par laquelle Elle lui a communiqué les félicitations de Son Gouvernement concernant les deux déclarations que le soussigné lui a faites au nom de son Gouvernement, à savoir:

A. — à la date du 19 Juillet: „que le Gouvernement Impérial reconnaît le Canal de Formose comme étant une grande route maritime des Nations et que ce canal se trouve en conséquence en dehors de son contrôle ou de son appropriation exclusifs. Le Gouvernement Impérial s'engage à ne céder à aucune Puissance les Iles de Formose et des Pescadores";

et B. — à la date du 7 Octobre: que le Gouvernement Impérial a décidé 1⁰ de réduire le montant de l'indemnité compensatrice pour la rétrocession de la presqu'île de Feng-tien à trente millions de taëls; 2⁰ de ne pas faire de la conclusion du Traité de Commerce et de Navigation avec la Chine une condition de l'évacuation de la dite presqu'île et d'effectuer la dite évacuation dans le délai de trois mois à partir du jour du paiement entégral par la Chine de la dite indemnité de trente millions de taëls."

Le soussigné saisit cette occasion pour renouveler à Son Excellence Monsieur le Ministre d'Allemagne les assurances de sa très haute considération.

Marquis Saïonzi

Nr. 2306

Der Gesandte in Tokio Freiherr von Gutschmid an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

A 34

Tokio, den 9. Februar 1896
[eingegangen am 13. März]

Der Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung" Dr. Kanner, auf welchen sich mein gehorsamster Bericht A 29 vom 7. d. Mts.* bezog, hatte nach seinem Interview mit dem Ministerpräsidenten dem Secrétaire Interprète der Gesandtschaft erzählt, Marquis Ito habe in Abrede gestellt, daß in dem bekannten deutschen Ratschlag vom 8. März v. Js. Japan vor Annexionen auf dem chinesischen Festland gewarnt worden

* Freiherr von Gutschmid hatte auf Empfehlung des Auswärtigen Amts hin dem Dr. Kanner eine Unterredung mit Marquis Ito vermittelt, die der Bericht A 29 behandelte.

sei. Diese unrichtige Behauptung aus solchem Munde ließ es mir geboten erscheinen, den Sachverhalt aufzuklären.

Eine Unterredung mit dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gelegentlich seines letzten Empfangstages benutzend, erwähnte ich daher im Laufe derselben diese merkwürdige Äußerung des Premiers und verband damit die Bitte, Marquis Saïonzi möge das Konzept des betreffenden Telegramms, welches ich dem Baron Hayashi, damaligem Vizeminister des Äußern, in die Feder diktiert hatte, aus den Archiven holen lassen, um festzustellen, ob der Vizeminister sich vielleicht einer Unterlassungssünde schuldig gemacht habe. Marquis Saïonzi versprach, meinem Ansuchen zu entsprechen und den Text der Depesche, sobald er gefunden sei, mir vorzulegen.

Gestern mittag ließ sich zu meiner Überraschung Marquis Ito bei mir auf der Gesandtschaftskanzlei anmelden.

Der Ministerpräsident hob damit an, er wünsche ein Mißverständnis aufzuklären, welches aus Anlaß seiner Unterredung mit Dr. Kanner entstanden zu sein scheine. Zu diesem Zwecke wolle er mir den Gang der Unterhaltung mit dem Genannten kurz wiedergeben.

Von seinem Interviewer über die gegenwärtigen Beziehungen Japans zu Deutschland sowie darüber befragt, ob die Intervention der drei Mächte das gute alte Verhältnis zwischen beiden Reichen getrübt hätte, habe er sich in folgender Weise geäußert:

Japan sei Deutschland aus mannigfachen Gründen zu bleibendem Dank verpflichtet, und nie werde es vergessen, was es Deutschland schulde. Der Vertrag von 1889 z. B., der leider seinerzeit nicht ratifiziert worden sei, habe es Japan ermöglicht, den Vertrag vom 16. Juli 1894 mit England abzuschließen und das Revisionswerk überhaupt seinem erfolgreichen Abschluß entgegenzuführen. Ferner verdanke die japanische Armee ihre Organisation und folglich ihre Siege Deutschland, dessen Generalstabsoffiziere seit Jahren und mit den bekannten Resultaten an der Ausbildung des Heeres und namentlich des Offizierkorps gearbeitet hätten. Endlich verdanke Japan deutschem Einfluß — und dies schlage er besonders hoch an — die konservative Richtung, die sein Staatswesen genommen, und somit die Neubelebung des monarchischen Prinzipes, welches unter den demokratischen Tendenzen des mit amerikanischen Ideen erfüllten Jung-Japans eine Zeitlang ernsten Gefahren ausgesetzt gewesen sei. Er berühre nur diese wichtigsten Fragen, in denen Deutschland seinen Einfluß auf die neuere Entwickelung Japans in maßgebender Weise und zum Heile dieses Landes ausgeübt habe, um zu beweisen, daß durch die vorjährige, (zu mir bemerkt) in ihren Folgen vielleicht sogar heilsame Intervention, die gewissen Aspirationen Japans in den Weg getreten sei, weder die alten guten Beziehungen bleibend gestört noch die Gefühle der Dankbarkeit ausgelöscht worden sein könnten.

Als darauf Herr Kanner eingeworfen habe, daß von Japan doch

der von so befreundeter Seite kommende Rat, keine Gebietserwerbungen auf dem chinesischen Festlande anzustreben, unbeachtet gelassen worden sei, habe er demselben erwidert, der Wortlaut des deutschen Ratschlags vom 8. März v. Js. sei ihm augenblicklich nicht gegenwärtig, und er besinne sich nicht, daß in demselben speziell gegen Annexionen auf dem asiatischen Kontinent gewarnt worden sei. Über diesen Punkt müsse er sich daher eine Äußerung noch vorbehalten.

Auf Grund meiner Unterredung mit Marquis Saïonzi habe er sich nun, so fuhr der Ministerpräsident fort, den Text des bekannten Telegramms vorlegen lassen, und er sei eigens zu dem Zwecke gekommen, um mir zu sagen, daß er sich jetzt vergewissert habe, daß allerdings unsererseits ganz speziell gegen Gebietserwerbungen auf dem Festlande gewarnt worden sei. Zu seiner Rechtfertigung müsse er indessen — und zwar im allerengsten Vertrauen — hinzufügen, daß der Grund, warum damals unseren Ratschlägen nicht die gebührende Beachtung geschenkt worden, in telegraphischen Meldungen des Vicomte Aoki zu suchen sei, welche zu meinen Mitteilungen im Widerspruch gestanden und in sehr positiver Weise die absolute Passivität der deutschen Regierung angekündigt, ihn, Marquis Ito, daher irregeleitet hätten. pp.

v. Gutschmid

Nr. 2307

Der Botschafter in Tokio Freiherr Mumm von Schwarzenstein an den Reichskanzler Fürsten von Bülow*

Ausfertigung

A 254 — Tokio, den 13. Juni 1907
[eingegangen am 22. Juli]

An die an anderer Stelle gemeldete Überreichung des französisch-japanischen Abkommens** an mich schloß sich gestern eine etwa einstündige Unterredung mit Vicomte Hayashi, die mancherlei nicht uninteressante Momente zutage förderte.

Eingeleitet wurde die Unterredung durch meine Bemerkung, die japanische Presse scheine sich ganz übertriebenen Vorstellungen von der Bedeutung hinzugeben, die man in Deutschland dem neuen französisch-japanischen Abkommen beimesse. Man scheine hier zu übersehen, daß Deutschlands Weltmachtstellung in erster Linie auf seiner unangreifbaren Machtstellung in Europa[1] beruhe, und daß beispielsweise unsere Beziehungen zu Frankreich fast ausschließlich auf Grund der europäischen Machtverhältnisse geregelt[2], durch solche überseeischen Abmachungen also nur wenig berührt würden[3]. Es sei geradezu kind-

* Hier aufgenommen wegen der historischen Reminiszenzen aus dem Jahre 1895.
** Siehe den Text des Abkommens vom 10. Juni in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1907, S. 266 f.

lich, wenn angesehene hiesige Zeitungen die Nachricht brächten, das neue Abkommen habe mir den Schlaf geraubt, und ich hätte eine Schar von Spionen besoldet, um den Inhalt des Abkommens zu ergründen. Gewiß sei es meine Pflicht, meine hohe Regierung über das, was hier politisch vorgehe, auf dem laufenden zu erhalten, aber Deutschland stehe in der Welt zu groß und zu mächtig da, als daß es Grund habe, eine solche Nervosität an den Tag zu legen, wie man sie uns hier andichte. Schon vor einigen Wochen hätte ich Veranlassung genommen, ihm, dem Minister, von der antideutschen Haltung eines Teils der japanischen Presse zu sprechen. Wir in Deutschland hätten den dringenden Wunsch, in freundschaftlichen Beziehungen zu Japan zu leben[4], aber Vicomte Hayashi möge doch bedenken, daß es aus dem Walde zurückschalle, wie man in ihn hineinrufe. Man scheine hier zu erwarten, daß der deutsche Vertreter, wenn man ihm auf den Fuß trete, auch noch Pardon sage. Dafür sei ich nicht zu haben. Nur auf gegenseitigen Respekt könnten gute Beziehungen zwischen unseren Ländern sich gründen, und so hohen Wert ich auch — sowohl persönlich wie auf Grund der mir erteilten Instruktionen — auf gute Beziehungen zu Japan lege, so möge man sich hier doch gegenwärtig halten, daß wir Japan ganz gewiß nicht nachlaufen würden. Wenn Japan für andere die Kastanien aus dem Feuer holen und seine Presse sich in unsere europäischen Händel mischen wolle, so sei das allerdings seine Sache. Man möge sich dann aber hier auch nicht wundern, wenn man bei uns Japan „the cold shoulder" zeige. Politisch interessiert an der Entwickelung hier draußen seien, abgesehen von dem leidenden Teile China, in erster Linie Japan, Rußland, Amerika und England[5]. Daß im Laufe der Zeit zwischen diesen Mächten Interessengegensätze nicht ausbleiben könnten, liege auf der Hand und werde durch den russisch-japanischen Krieg und durch den jetzigen amerikanisch-japanischen Konflikt illustriert. Wie Japan da noch daran denken könne, Deutschland durch fortgesetzte Preßangriffe zu reizen, sei mir unerfindlich.

Vicomte Hayashi erwiderte, ich möge die Bedeutung der japanischen Presse nicht überschätzen. Sie sei undiszipliniert und untraitabel, aber sie sei ohne wirklichen Einfluß. Außerdem könne auch nur einem Teil dieser Presse der Vorwurf der Deutschfeindlichkeit gemacht werden. Ihre Haltung werde durch die Japan wenig gewogene Haltung eines großen Teils der deutschen Presse reichlich ausgeglichen[6]. Die hiesige Stimmung gegen Deutschland stamme noch immer aus der Zeit der Beteiligung Deutschlands an der Intervention der drei Mächte im Jahre 1895. Ein Unglück sei es gewesen, daß damals gerade der sehr heftige Baron Gutschmid deutscher Vertreter gewesen sei, der mit Freuden die Gelegenheit ergriffen habe, Japan zu demütigen. Er, Hayashi, sei damals Vizeminister des Äußern gewesen und habe als solcher in Vertretung des erkrankten Grafen Mutsu die Erklärungen

der drei Gesandten entgegengenommen. Die Form der Erklärungen sei wohl dieselbe gewesen, aber der französische Gesandte Harmand und selbst der russische, Hitrowo, hätten sich bei Abgabe ihrer Erklärungen einer durchaus versöhnlichen Sprache befleißigt, während Baron Gutschmid seiner eigentlichen Erklärung eine längere schriftliche Ausführung hinzugefügt habe, in der er — und er allein — unverblümt mit Krieg gedroht habe[9]. Als er, Hayashi, Baron Gutschmid auf diese Abweichung von den Erklärungen seiner Kollegen hingewiesen habe, habe Baron Gutschmid sich schließlich bereit erklärt, diesen Ausdruck — die Kriegsdrohung — formell zurückzuziehen, er, Hayashi, habe aber geantwortet, die mündlich erklärte Bereitwilligkeit zur Zurücknahme genüge ihm. Das Schriftstück befinde sich in den Archiven des Auswärtigen Amts, die japanische Regierung aber habe es im Interesse der freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland stets sorgfältig sekretiert[10].

Ich entgegnete Vicomte Hayashi, die Intervention habe sich vor 12 Jahren abgespielt und by-gones had better be by-gones. Wenn meine hohe Regierung sich damals an der Intervention beteiligt habe, so werde sie dazu wohl ihre triftigen Gründe gehabt haben. Und für das von ihm, Vicomte Hayashi, unserem damaligen Vertreter zugeschriebene heftige Temperament könne doch die Kaiserliche Regierung nicht ohne weiteres verantwortlich gemacht werden. Richtig sei ja, daß die Intervention Japan damals um den Erwerb von Kwantung gebracht habe, aber — und hier bediente ich mich eines mir neulich von Graf Katsura gegebenen Argumentes — Kwantung und Formosa zugleich hätte Japan damals doch nicht ohne ernstlichen Schaden verspeisen können; man möge uns also jetzt, nachdem durch den Wiedererwerb Kwantungs die alte Wunde vernarbt sei, vielmehr Dank sagen, daß wir Japan damals vor einer Indigestion bewahrt hätten. Denn, daß Rußland später Kwantung nehmen würde, hätten wir bei der Intervention sicherlich nicht gedacht[7], und an dem Krieg, der Japan so viele Tausende seiner tapferen Söhne gekostet habe, seien wir somit unschuldig.

Vicomte Hayashi erwiderte, wenn man in Rußland auf Witte gehört hätte, hätte Rußland Kwantung damals nicht besetzt, und der letzte Krieg wäre vermieden worden. Witte habe Landerwerb perhorresziert und sich lediglich für den Bahnbau interessiert, von dem er ein friedliches Vordringen des russischen Einflusses erwartet habe. Murawiew aber sei ein rücksichtsloser, gewalttätiger Herr gewesen, der Witte beiseitegeschoben und die Besetzung Port Arthurs durchgesetzt habe, als Pawlow* aus Peking gemeldet habe, wenn die Russen nicht zugriffen, würden die Engländer Port Arthur besetzen[8]. Er, Hayashi, sei damals Gesandter in St. Petersburg gewesen, und Mura-

---

* Russischer Geschäftsträger in Peking.

wiew habe die Unverfrorenheit gehabt, ihn zu fragen, ob die Japaner aus der Zeit ihrer Okkupation keine Karten vom Kwantunggebiet hätten, die sie jetzt den Russen ablassen könnten, nachdem diese jenes Gebiet besetzt hätten. Darauf habe er, Hayashi, dem russischen Minister erwidert, daß sie allerdings ausgezeichnete Karten jenes Gebiets besäßen, daß sie aber vorzögen, sie selbst zu behalten, da man nicht wissen könne, ob sie diese Karten nicht vielleicht noch einmal würden sehr nützlich verwenden können! pp. A. v. Mumm

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Sehr richtig
[2] und auf dem europäischen Kontinente, in Lothringen und der Champagne
[3] richtig
[4] das hat erst kürzlich wieder die Aufnahme japanischer Land- und See-Offiziere bei uns bewiesen
[5] ganz richtig
[6] ??! Diese ganz falsche Behauptung muß gründlich widerlegt werden.
[7] gewiß nicht
[8] richtig
Randbemerkungen des Fürsten von Bülow:
[9] War Gutschmid dazu angewiesen? Hat er überhaupt so scharfe Instruktionen gehabt? Ich bitte die Akten nachzusehen.
[10] Ich habe Gutschmid als einen sehr empfindlichen und ziemlich unfähigen Agenten in der Erinnerung. Es wäre gut, wenn Hayashi nachgewiesen werden könnte, daß Gutschmid seine Instruktionen überschritten hat*.

---

* Vgl. dazu Nr. 2252 nebst Anlage und Fußnoten. Auf die Randbemerkungen des Fürsten von Bülow hin wurde eingehend in den Akten des Auswärtigen Amts und sogar in den Botschaftsakten in Tokio recherchiert. In einer Aufzeichnung des Vortragenden Rats von Erckert vom 1. Februar 1908 heißt es darüber: „Baron Gutschmid erhielt unter dem 17. April 1895 eine doppelte Instruktion. In dem ersten Telegramm, das die eigentliche Weisung enthielt, hieß es, er solle mit dem russischen und französischen Vertreter gemeinsam von territorialen Erwerbungen auf dem asiatischen Festlande als von einem dauernden Hindernis für den Frieden in Ostasien abraten. In dem anschließenden zweiten Telegramm zur Regelung der Sprache hieß es, ‚wir würden, falls erforderlich, den nötigen Nachdruck zu geben wissen'; ferner, ‚Japan müsse nachgeben, da ein Widerstand gegen die drei Großmächte aussichtslos wäre'. Zweck dieser Instruktion war, den Japanern einen anständigen Rückzug zu ermöglichen, ihnen also die Sache zu erleichtern. Baron Gutschmid, der, wie unter Japanern und Deutschen in Japan allgemein bekannt, einen wahren Haß auf die Japaner hatte, hat dagegen die Sache so aufgefaßt, als solle er recht grob werden, und hat dies mit Wonne getan. Er hat beide Instruktionen dem damaligen Vizeminister des Äußeren, jetzigen Minister des Äußeren, Vicomte Hayashi vorgelesen und die japanische Übersetzung beider ihm dagelassen. Ob er auch den deutschen Text dagelassen hat, bzw. ob in der japanischen Übersetzung dieser Text noch verschärft worden ist, hat sich nicht feststellen lassen, ist auch irrelevant, da schon der dagelassene deutsche Text die japanische Behauptung von einer Kriegsdrohung rechtfertigt. pp.

Der Kaiserlichen Botschaft in Tokio sind diese Umstände bekannt. Auch die Japaner wissen im allgemeinen jetzt, daß das schroffe Auftreten Gutschmids nicht den Absichten der deutschen Regierung entsprach. Unsere späteren Vertreter haben das oft hervorgehoben. Unter diesen Umständen dürfte sich ein Erlaß nach Tokio erübrigen und von einer erneuten Erörterung der heiklen Frage mit Hayashi besser abzusehen sein."



Kapitel LVIII

Die Deutsch-Russischen Beziehungen und die Französisch-Russische Allianz 1894—1895



Nr. 2308

Aufzeichnung des Geschäftsträgers in Petersburg Grafen Rex, z. Z. in Schloß Zehista

Reinschrift

Schloß Zehista, Dezember 1894
[eingegangen am 1. Januar 1895]

Wohl selten ist ein Volk bei der Thronbesteigung seines Souveräns* so im unklaren über dessen Persönlichkeit und Charaktereigenschaften gewesen, als es heut das russische ist.

Kaiser Nikolaus hat seine Jugend im engsten Familienkreise verlebt und nur erst in den letzten Jahren haben ihm seine militärischen Obliegenheiten Gelegenheit geboten, sich ein wenig über Land und Leute zu orientieren. Einen wirklichen Überblick über die Verhältnisse des Landes und über die Bedürfnisse des russischen Volkes dürfte der junge Kaiser jedoch nicht erlangt haben, da seine Tätigkeit mit Ausnahme seiner Stellung als Vorsitzender der Kommission für die sibirische Eisenbahn nur militärischer Natur war. Er hat lediglich in enger Freundschaft mit den Offizieren des Regiments Preobraschenski gelebt, und wie er als Kaiser zum ersten Male dieses Regiments ansichtig wurde, äußerte er zu den ihn umgebenden Fürstlichkeiten: „Jetzt kommt für mich ein schwerer Moment, der Abschied von meinen lieben Kameraden."

Heut schon zu sagen, welche Bahnen die Regierung des jungen Monarchen einschlagen wird, ist nicht möglich. Die Anhaltspunkte, welche man für die Beurteilung der Charaktereigenschaften und Anschauungen des Zaren hat, sind ungemein gering. Auf Grund eigener Anschauung und nach dem Urteil hochgestellter Personen des russischen Hofes muß ich den Kaiser Nikolaus als einen geistig gut beanlagten, edeldenkenden, besonnenen und taktvollen Mann bezeichnen; sein Auftreten ist so bescheiden und sein Wesen zeigt so wenig Entschiedenheit, daß man ihm einen starken eigenen Willen absprechen möchte; die Herren seiner Umgebung versichern jedoch, daß höchstderselbe einen sehr bestimmten eigenen Willen habe, welchen er in der ruhigsten Weise zur Geltung zu bringen wisse. Der Gedanke, den Thron so bald zu besteigen, lag dem hohen Herrn so fern, daß es ganz

* 1. November 1894.

natürlich ist, wenn erst einige Zeit verstreichen wird, bevor Neuerungen auf irgendwelchem Gebiete erfolgen werden. Der junge Monarch muß notwendigerweise erst einen Überblick und ein Urteil über das Bestehende erlangen und eine genaue Personalkenntnis seiner höchsten Beamten gewinnen. Daß die Abgeschlossenheit, in der der verstorbene Zar lebte, große Unzuträglichkeiten zur Folge hatte, ist dem Kaiser Nikolaus wohl bekannt; es steht daher zu erwarten, daß er in regeren Verkehr mit seinen Untertanen treten werde; auch wird höchstderselbe die zum Schutze seiner Person üblichen scharfen polizeilichen Absperrungen nach Möglichkeit aufheben. Gegen die bisher übliche militärische Besetzung der Eisenbahnlinien bei den kaiserlichen Reisen hat sich der Zar noch zu Lebzeiten seines Vaters wiederholt ausgesprochen. Den besten Eindruck auf die Bevölkerung St. Petersburgs hat sein Befehl gemacht, das Truppenspalier bei seiner Fahrt von der Trauung* im Winterpalais nach dem Anitschkowpalais zurückzuziehen. Der Enthusiasmus der Bevölkerung, welche dicht gedrängt den Wagen umgab, war ein ganz ungeheurer. Man muß es als ein Glück bezeichnen, daß die kaiserliche Trauung in der Weise, wie geschehen, vor sich gegangen ist und nicht dem Wunsche der verwitweten Kaiserin gemäß im engsten Familienkreise im Anitschkowpalais erfolgt ist. Diese Fahrt der jungen Majestäten hat dem Volke die Tatsache der Vermählung vor Augen geführt und den ersten Keim zur Popularität des jungen Herrscherpaares gelegt. Alle Fragen allgemeiner Natur, welche bei der Thronbesteigung zu entscheiden waren, sowie die Zeremonien bei der Hochzeit Seiner Majestät sind nach dem Willen des Großfürsten Wladimir geregelt worden. Hochderselbe hat dabei wiederholt den Ansichten und Wünschen der verwitweten Kaiserin entgegentreten müssen. Es scheint der hohen Frau ungemein schwer zu werden, von der ersten Stelle zurückzutreten, so sah sich beispielsweise die Herzogin von Koburg nach der Trauung beim Austritt aus der Kapelle genötigt, die verwitwete Kaiserin abzuhalten, den Rückgang durch die Säle vor den jungen Majestäten anzutreten.

Bis die Gemächer im Winterpalais fertiggestellt sind, werden die Majestäten im Anitschkowpalais residieren, der junge Kaiser somit im täglichen Verkehr mit seiner Mutter verbleiben. Zieht man nun in Betracht, daß der Zar bis zum Tode seines Vaters unter der strengen Obhut seiner hohen Mutter stand, ihr in inniger Liebe zugetan und gewohnt ist, sich allen ihren Wünschen zu fügen, so steht zu erwarten, daß der Einfluß der hohen Frau auf den jungen Kaiser, wenigstens in der ersten Zeit, ein sehr bedeutender sein wird. Eine längere Abwesenheit hochderselben von St. Petersburg würde das Selbständigkeitsgefühl des jungen Kaisers wesentlich stärken. Die Kaiserin-Mutter ist unzweifelhaft eine unversöhnliche Gegnerin Deutsch-

---

* Die Vermählung des Zaren mit der Prinzessin Alix von Hessen hatte am 26. November 1894 stattgefunden.

lands, und ist es wohl nur dem festen Willen des verstorbenen Kaisers zu verdanken, daß die russische Politik eine nicht noch prononziertere deutschfeindliche Haltung angenommen hat. Daß der Haß der hohen Frau gegen Deutschland auf den Sohn ohne Eindruck geblieben sei, ist fraglich. Hierzu kommt, daß das Regiment Preobraschenski absolut deutschfeindlich gesinnt ist, was wohl auf den früheren Kommandeur, den Großfürsten Sergius, zurückzuführen ist.

Wenn ich nun trotz alledem dem Kaiser Nikolaus jedwede Abneigung gegen Deutschland absprechen muß, so ist doch nirgends ein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß man von höchstdemselben eine Vorliebe für Deutschland zu erwarten habe. Er wird vorläufig die politische Erbschaft seines Vaters antreten und dieselbe in dem bisherigen Geiste fortführen. Man muß hoffen, daß die Franzosen sich in nächster Zeit der russischen Freundschaft dermaßen unwürdig zeigen, daß dem jungen Kaiser Gelegenheit zu einer kühleren Haltung gegenüber Frankreich dargeboten wird. Daß höchstdemselben die Franzosen im Grunde seines Herzens keine sympathischen Verbündeten sind, möchte ich annehmen.

Nach Lage der Verhältnisse in Rußland kann seitens Deutschlands an eine Annäherung an Rußland nur in der diskretesten Weise gearbeitet werden. Zurzeit ist die gewisse russisch-französische Verbrüderung so stark in der Gesellschaft und im Volke eingewurzelt, daß ein Lösen dieser Beziehungen nur ganz allmählich von oben aus erfolgen kann.

Offenkundige Annäherungsversuche Deutschlands an Rußland würden einen solchen Ansturm auf den Zaren zur Folge haben, dem standzuhalten er noch nicht in der Lage sein würde. Die Verheiratung des Monarchen mit einer deutschen Prinzeß hat bereits die antideutschen Elemente argwöhnisch gemacht, und ängstlich werden dieselben die Politik verfolgen. Schwer ins Gewicht fällt, daß die große Zahl der Großfürsten wohl beinah ausnahmslos mehr oder weniger das russisch-französische Einvernehmen gutheißt. Großfürst Wladimir vermeidet es ängstlich, seinen politischen Ansichten in Privatgesprächen Ausdruck zu verleihen. Hochderselbe hat mir jedoch des öfteren von der sozialistischen Vergiftung Rußlands durch Deutschland gesprochen. Er ist der Ansicht, daß die Monarchen Deutschlands von den Umsturzparteien im Lande stark bedroht seien. Großfürst Alexei ist ein glühender Bewunderer der französischen Marine und unterschätzt sichtlich diejenige Deutschlands. Er ist ein eifriger politischer Gegner Englands und wird schwerlich die Hand zu einer Lösung der russisch-französischen Beziehungen bieten. Die Großfürsten Wladimir und Alexei werden unzweifelhaft in der ersten Zeit großen politischen Einfluß auf den Kaiser haben. Beiden war die zurückhaltende und abwartende Politik des verstorbenen Kaisers nicht sympathisch, ihrem Einfluß wird eine künftig entschiedenere und aktivere Haltung der russischen Politik zu-

zuschreiben sein. Ich muß hier bemerken, daß mir aus der Umgebung des Zaren wiederholt erzählt worden ist, höchstderselbe besäße eine hohe Meinung von der Macht Rußlands; dies dürfte die Wahrscheinlichkeit einer aktiveren russischen Politik erhöhen. Großfürst Sergius muß man zu den entschiedensten Gegnern Deutschlands rechnen, sein Einfluß wird sich jedoch mehr auf innere Fragen des Reiches als auf Politik erstrecken.

Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch wird binnen kurzem bezüglich der Ausbildung der Truppen die rechte Hand des Kaisers sein. Als der Zar eine Eskadron der Gardehusaren führte, kommandierte der Großfürst das Regiment und von dieser Zeit datiert die Freundschaft der beiden Herren und die Bewunderung des Monarchen für die hohen militärischen Eigenschaften des Großfürsten. Es wäre sehr zu wünschen, daß letzterem bald Gelegenheit geboten würde, sich von dem Werte der deutschen Truppen zu überzeugen; dies dürfte die politischen Anschauungen des hohen Herrn wesentlich zu unserem Gunsten beeinflussen.

Von den übrigen Großfürsten sind noch die Söhne des Großfürsten Michael Nikolajewitsch zu erwähnen und ist deren politische Richtung um deswillen von Bedeutung, weil der Zar am meisten mit diesen Großfürsten in Verkehr gestanden hat. Der älteste derselben, Nikolaus Michailowitsch*, ist ein ausgesprochener Franzosenfreund und macht daraus kein Hehl, sein Bruder Alexander, der Schwager des Kaisers, soll ebenfalls stark französisch gesinnt sein.

Wir sehen somit den Kaiser in seiner Familie von Franzosenfreunden umgeben, auch die Hofgesellschaft ist im allgemeinen von demselben Geiste beseelt, und war es nach der Thronbesteigung des Kaisers Nikolaus charakteristisch zu sehen, wie dieselbe den Franzosenkultus fortführte. Sie würde das nicht so offenkundig getan haben, wenn sie nicht Grund gehabt hätte anzunehmen, daß die Beziehungen unter dem neuen Kaiser dieselben bleiben würden.

Nach den Beisetzungsfeierlichkeiten sprach man viel von einer Annäherung Englands an Rußland. Vorläufig scheint mir ein ernsthaftes Einvernehmen dieser beiden Reiche sehr unwahrscheinlich, sie besitzen zuviel entgegengesetzte Interessen, auch ist die Furcht der Russen, von den englischen Politikern hintergangen zu werden, so groß, daß ein Einvernehmen der beiden Reiche erst mehrfache Proben bestanden haben müßte, um ernsthaft genommen werden zu können.

Die Beziehungen der beiden Herrscherhäuser werden voraussichtlich in Zukunft die besten sein, die hohen Herrschaften scheinen miteinander sehr zu sympathisieren, auch wird wohl der russische Hof in Zukunft ein englisches Gepräge tragen, die Umgangssprache in der kaiserlichen Familie wird vermutlich zumeist die englische sein. Der

* In der Vorlage steht irrtümlich: Nikolajewitsch.

russischen Gesellschaft wird dies nichts Fremdartiges sein, da es in St. Petersburg schon seit längerer Zeit zum guten Ton gehört, die Kinder von Engländern und Engländerinnen erziehen zu lassen. pp.

Von größtem allgemeinen Interesse und für alle nichtorthodoxen Russen hochbedeutsam wird die Stellung des Zaren zur Religionsfrage sein. Meines Erachtens ist die Ära Pobedonoszews vorüber. Es ist wohl möglich, daß derselbe auf seinem Posten verbleibt; seiner orthodoxen Propaganda aber, welche in einer Vergewaltigung der übrigen Religionen ausgeartet war, wird ein Ziel gesetzt sein. Ich muß hier hervorheben, daß es das hohe Verdienst Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Großfürstin Marie Pawlowna ist, den Kaiser Nikolaus als Thronfolger über das Vorgehen Pobedonoszews aufgeklärt und hochdemselben die Härten der bestehenden Gesetzgebung, deren Tragweite der verstorbene Kaiser wohl nie erkannt hat, vor Augen geführt zu haben.

Graf Rex

Nr. 2309

Der Botschafter in Petersburg von Werder an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 31 St. Petersburg, den 31. Januar 1895

pp. Es ist sehr erfreulich, daß die gesamte Presse dem verstorbenen Herrn von Giers* anerkennende und ehrende Nachrufe widmet; er hat es wahrlich verdient, und die Anerkennung der von ihm so lange geleisteten ausgezeichneten Dienste, welche ihm nun zuteil wird, hat ihm oft, namentlich im eigenen Vaterlande, gefehlt.

Alle diejenigen, welche den hochseligen Kaiser als Friedensfürsten feiern, werden doch zugeben müssen, daß Herr von Giers ohne Wanken und trotz der heftigsten öffentlichen Angriffe, welche ihm namentlich von einem Katkow und Tatischtschew zuteil wurden, die Politik seines kaiserlichen Herrn unterstützte, und daß ihm also der große Anteil, welcher ihm daran gebührt, daß die Regierung Kaiser Alexanders III.

* Der russische Minister des Äußern Giers war am 26. Januar 1895 gestorben. Als sein Nachfolger kam von Anfang an vor allem der russische Botschafter in Wien Fürst Lobanow in Frage, der aber eben erst (19. Januar) an Graf Paul Schuwalows Stelle zum Botschafter in Berlin ernannt war. Es scheint nun, daß Kaiser Nikolaus sich geniert habe, die erfolgte Ernennung Lobanows wieder rückgängig zu machen; jedenfalls wurde Lobanow das Beglaubigungsschreiben für Berlin zugestellt. Da sich jedoch ein anderer geeigneter Nachfolger für Giers nicht fand, erfolgte am 11. März die Ernennung Lobanows zum Minister des Äußern, ohne daß Kaiser Nikolaus dem deutschen Kaiser von den veränderten Dispositionen Mitteilung gemacht hätte. Die Sache hinterließ in Berlin eine lebhafte Verstimmung und veranlaßte die Abberufung des Botschafters von Werder aus Petersburg, dem man vorwarf, in dieser Personalfrage nicht glücklich operiert zu haben. Vgl. die beiden folgenden Schriftstücke.

eine friedliche war, nicht verkümmert werden darf. Vielen Vollblutrussen war er natürlich dadurch ein Dorn im Auge, und sie verziehen ihm auch nicht, daß er keinen russischen Namen hatte und lutherisch war. pp.

Wie das mit seinem Nachfolger sein wird, wird man ja erst sehen.

Von vielen Seiten höre ich Klagen darüber, daß man den Fürsten Lobanow zum Botschafter ernannt hat, und daß dadurch doch wohl die Möglichkeit, daß er Minister wird, ausgeschlossen ist. pp.

v. Werder

Nr. 2310

Der Botschafter in Petersburg von Werder an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 35 St. Petersburg, den 15. Februar 1895

Ganz vertraulich

Kein Mensch in Petersburg zweifelte daran, daß der Fürst Lobanow zum Minister der Auswärtigen Angelegenheiten ernannt werden würde, am wenigsten wohl er selbst. Es wurde allgemein angenommen, daß er der Kandidat des Kaisers Nikolaus wäre, und daß Seine Majestät der Kaiser und König, wie dies ja auch geschehen ist[1], in der liebenswürdigsten Weise dem Wunsche des Kaisers Nikolaus, von der Ernennung des Fürsten zum Botschafter in Berlin abzusehen, entgegengekommen wäre*.

Wie dieser darauf rechnete, Minister zu werden, geht daraus hervor, daß er schon den Fürsten Alexander Dolgoruki als seinen Kandidaten für den Wiener Botschafterposten bezeichnet hatte**.

Ganz plötzlich wurde durch Herrn Schischkin bekannt, daß der Kaiser ihm das unterzeichnete Beglaubigungsschreiben für den Fürsten Lobanow zugeschickt hätte, und die Überraschung war eine allgemeine, nicht am mindesten wohl für Herrn Schischkin selbst, welcher noch am Tage vorher bei mir gewesen war, um von mir zu hören, was ich über die Lage der Sache dächte.

Man hatte in der letzten Zeit an nichts anderes gedacht, von nichts

---

* Hier muß ein Mißverständnis Werders vorliegen. Der Wunsch des Kaisers Nikolaus, die Ernennung Lobanows zum Botschafter in Berlin wieder rückgängig zu machen, war zwar durch Großfürst Wladimir zur Kenntnis Werders gebracht worden; in Berlin verhielt man sich aber in dieser Beziehung in Erwartung einer direkten Kommunikation des Zaren reserviert und war aufs höchste erstaunt, als die Ernennung Lobanows zum Minister ohne eine solche erfolgte.

** Nicht Fürst Dolgoruki, sondern Graf Peter Kapnist wurde der Nachfolger Lobanows in Wien.

anderem gesprochen als von dieser Ernennung[2]; die Personalfragen spielen hier bei dem wenigen Interesse, welches die Gesellschaft für politische Vorgänge hat, eine so große Rolle, daß dies ja auch erklärlich ist. Ich kenne eigentlich niemanden, welcher nicht diese Wendung bedauerte.

Doch den Grafen Montebello* muß ich ausnehmen, denn dieser hat öffentlich ganz unverhohlen seine Freude darüber ausgesprochen.

Ich weiß eigentlich nicht, was er dabei gewinnt. Er scheint zu glauben, daß der Fürst Lobanow keine sehr franzosenfreundliche Politik treiben würde; aber von welchem zukünftigen Minister erwartet er eine solche? Doch nicht von Herrn von Staal, wenn dieser dazu berufen werden sollte, und mit Herrn Schischkin steht er sich nicht gut.

Ich kann mir nur denken, daß er annimmt, daß die Wendung durch den Einfluß der Kaiserin-Mutter erfolgt ist, und daß er hofft, daß dieser sich in Befolgung französisch-dänischer Politik geltend machen wird; und man nimmt allgemein an, daß dieser Einfluß ein sehr großer ist, was allseitig beklagt wird.

Oder hält Graf Montebello es für möglich, daß Herr Nelidow Minister wird?

Ich habe den Großfürsten Wladimir, seitdem er mit dem Kaiser über den Fürsten Lobanow gesprochen hat, noch nicht gesehen, ich höre aber, daß der Kaiser mit allem einverstanden gewesen ist, was er ihm vorgeschlagen hat, und nun plötzlich diese Wendung!

Es ist also sehr möglich, daß die Kaiserin-Mutter die Veranlassung hierzu gewesen ist[3]; daß sie dem Fürsten Lobanow nicht sehr gewogen ist, ihn für zu deutsch-österreichisch hält, habe ich aus glaubwürdiger Quelle gehört.

Es ist traurig zu beobachten, wie sich die Stimmung den Kaiser Nikolaus betreffend, welche in den ersten Anfängen seiner Regierung eine überaus günstige gewesen war, in den letzten Wochen in allen Gesellschaftsklassen wieder verschlechtert hat[4].

Zu Anfang seiner Regierung schwärmte man für ihn, alle seine Handlungen und seine Reden wurden in den Himmel erhoben.

Wie hat sich das jetzt verändert! Den Anfang machte die unerwartet schroffe Rede, welche der Kaiser den Deputationen hielt**. Dieselbe ist nicht, wie man glaubte, vom Minister Durnowo*** verfaßt worden, dieser hat erst durch den Kriegsminister†, welchem es der Kaiser gesagt hatte, erfahren, daß er sprechen wollte. Der Kaiser hat

---

* Französischer Botschafter in Petersburg.

** Am 29. Januar hatte Kaiser Nikolaus II. bei dem Empfang von 188 Abordnungen des Adels, der Städte usw., eine Ansprache gehalten, die die in einigen Semstwos-Versammlungen laut gewordenen Wünsche nach Teilnahme der Vertreter der Semstwos an den Staatsangelegenheiten in das Reich absurder Träume verwies.

*** Minister des Innern.

† Wannowski.

die Rede, von seiner* Hand geschrieben, in der Mütze gehabt. In ganz Rußland wird sie auf das schärfste kritisiert.

Ausgeschlossen ist ja natürlich nicht, daß die Minister und vielleicht auch Herr Pobedonoszew Seine Majestät darauf aufmerksam gemacht haben, daß es nötig wäre, den übertriebenen Erwartungen, welche sich an seinen Regierungsantritt in liberaler Richtung knüpften, einen Riegel vorzuschieben.

Diese wurde namentlich auch in Studentenkreisen erhofft und törichterweise traten in der hiesigen und anderen Universitäten Studenten zusammen und entwarfen eine Adresse an Seine Majestät, in der sie darum baten, ihnen die alten Rechte, welche der Minister Graf Tolstoi ihnen genommen hatte, zurückzugeben. Die Sache war an sich sehr unschuldig, aber natürlich wurden doch hier einige 30 dieser Jünglinge verhaftet.

Die Kaiserin-Mutter betreffend will ich noch erwähnen, daß Mitglieder der Kaiserlichen Familie sie dringend gebeten haben, irgendeine Reise zu unternehmen, nach Kopenhagen oder Abastuman**. Man wünscht so sehr, daß sie das junge Paar allein läßt[5]. Als ihre Frau Mutter krank war, hatte sie auch einmal die Absicht, sie konnte sich aber doch dann nicht entschließen.

v. Werder

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ?

[2] Wohl weil Lobanof es selbst verursacht hatte

[3] ?

[4] Das ist immer bei Regierungswechseln. Bei mir ist es genau so!

[5] Das wird schon kommen und dann mit elementarer Gewalt

Nr. 2311

Der Geschäftsträger in Petersburg von Tschirschky an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 87 St. Petersburg, den 21. März 1895
Vertraulich

Die Abberufung des Generals von Werder von seinem hiesigen Posten als Botschafter Seiner Majestät des Kaisers und Königs*** hat in allen Kreisen der Bevölkerung einen tiefgehenden Eindruck hervorgerufen. Diese Begebenheit beherrscht seit ihrem Bekanntwerden fast ausschließlich das Gespräch sowohl in der diplomatischen Sphäre wie

---

* Das heißt von der Hand des Kaisers.

** Schwefelbad im südwestlichen Kaukasus.

*** Vgl. Nr. 2309, Fußnote.

in der einheimischen Gesellschaft. Bei der Euerer Durchlaucht bekannten ganz besonders hervorragenden Stellung, die Herr von Werder sich hier zu erwerben gewußt hat, und bei der allseitigen Beliebtheit, deren er sich erfreute, ist es selbstverständlich, daß die so plötzlich erfolgte Abberufung tiefes und durchaus aufrichtiges Bedauern hervorruft; nach dem, was ich hier sehe, glaube ich nicht, daß je das Scheiden eines Diplomaten aus dem Lande seiner Tätigkeit so herzliche Trauer hervorgerufen hat.

Die Frage nach den Gründen wird lebhaft besprochen. Die Leute wissen sich die getroffene Maßnahme nicht zu erklären; immer wieder hört man sagen, man verstehe nicht, warum Herr von Werder gerade jetzt abberufen werde, „denn es habe sich ja gar nichts geändert". In dieser letzteren Bemerkung dürfte aber, wie mir scheint, ein Anzeichen dafür vorliegen, daß man sich im Innern wohl bewußt ist, daß sich etwas, wenn auch nicht bei uns und auch nicht in der persönlichen Stellung des Generals von Werder, so doch hier in Rußland verändert habe.

Vielfach hört man auch die Vermutung aussprechen, daß die Abberufung des Generals von Werder eine Folge der Ernennung des Fürsten Lobanow zum Minister des Auswärtigen sei; man habe es in Berlin augenscheinlich übel vermerkt, daß der Fürst seinen dortigen Posten nicht angetreten habe.

Als Beispiel dafür, welch große Bedeutung dem Weggange des bisherigen Botschafters hier beigemessen wird, will ich anführen, daß der Redakteur des „Swet", der bekannte Herr Komarow, neulich sich dahin geäußert hat, die Abberufung des Generals von Werder sei für Deutschland ein Unglück, Rußland könne sich dagegen aufrichtig darüber freuen. Eine Persönlichkeit wie diejenige des Herrn von Werder, die so genau mit den russischen Verhältnissen bekannt sei, und vor der kein russischer Beamter und kein russischer Offizier ein Geheimnis gehabt hätte, sei als Botschafter für Rußland gefährlich. Der Finanzminister Herr Witte erzählte gestern in meiner Gegenwart, daß er ganz ernste Leute darüber habe reden hören, daß sämtliche Offiziere im Königreich Polen den Befehl erhalten hätten, unverzüglich sich bei ihren Regimentern einzufinden. Graf Montebello hat sofort nach Empfang der Nachricht von Herrn von Werders Abberufung bei Herrn Herbette in Berlin telegraphisch angefragt, ob die Nachricht sich bewahrheite, und ihn eventuell um Angabe der Gründe gebeten.

Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich die Wirkung der Abberufung des Generals von Werder dahin zusammenfasse, daß mit derselben allen Kreisen der hiesigen Gesellschaft ein heftiger Schreck in die Glieder gefahren ist[1]. Es macht den Eindruck, als lege man sich erst jetzt, wo der Freund des russischen Kaiserhauses Petersburg verläßt, Rechenschaft darüber ab, welch wertvolles Unterpfand seiner freundschaftlichen Gesinnung Deutschland in der Person des Generals Rußland gegenüber

gegeben hatte, und bei manchen Einsichtigen mag der Gedanke sich regen, daß man von hier aus den unsererseits mit Recht an dieses Entgegenkommen geknüpften Erwartungen nicht immer und nicht genügend entsprochen habe.

Wenn sich auch nach und nach schon eine Beruhigung der Gemüter bemerkbar macht, und die Sorge vor einer ernsteren Trübung der politischen Beziehungen der beiden großen Nachbarreiche in den Hintergrund tritt, so wird doch das aufrichtige und tiefe Bedauern über den Weggang des Mannes, dessen Persönlichkeit mit den Geschicken Rußlands und seines Herrscherhauses in den letzten fünfundzwanzig Jahren so eng verbunden war, und der ein Vierteljahrhundert lang in intimem freundschaftlichem Verkehre zu fast allen maßgebenden Familien des Reiches gestanden hat, noch lange ungeschwächt fortdauern.

von Tschirschky

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Dann ist die Absicht voll erreicht*

Nr. 2312

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 70 Wien, den 28. März 1895

Ganz vertraulich

Gelegentlich einer Unterhaltung mit Graf Kálnoky über die Stellung des Fürsten Lobanow** sagte mir der Herr Minister, daß er den Eindruck habe, der Fürst müsse sich ziemlich mühsam seine Stellung in St. Petersburg erkämpfen. Das Faktum, daß nach der ernstlich beabsichtigten Säuberung des Ministeriums des Äußern schließlich alle Beamten im Dienst blieben, spräche für die Vorsicht, mit der Fürst Lobanow vorzugehen genötigt sei.

Ich fragte den Grafen, ob er noch der Überzeugung sei, daß der Fürst sein Programm einer größeren Annäherung an die Westmächte durchführen werde?

Graf Kálnoky erwiderte: „Vielleicht langsamer als er es beab-

---

* Ebenso bemerkte Kaiser Wilhelm II. zu einem Berichte des Generals von Werder vom 20. März über seine Abschiedsaudienz bei Nikolaus II. (19. März), in dem es als die in Rußland herrschende Auffassung hingestellt wurde, daß Kaiser Wilhelm, durch seine, Werders, Abberufung „seiner Mißstimmung über die Ernennung des Fürsten Lobanow zum Minister, ohne daß er vorher eine Mitteilung darüber erhalten hätte", habe Ausdruck geben wollen, am Rande: „richtig".

** Fürst Lobanow war am 11. März zum Minister des Äußern ernannt worden.

sichtigt hatte — aber doch zweifellos, und ohne sich durch starke entgegenstehende Strömungen irre machen zu lassen.“

Ich teile diese Ansicht. Es kommt darauf an, den Einflüssen, die sich jetzt noch geltend machen, ruhige Entwickelung zu lassen[1]. Die Stunde kann kaum ausbleiben, wo ein Mann von so bedeutender staatsmännischer Bildung, von so konsequenter Art und von so liebenswürdigen Formen seine Gedanken zur Geltung bringen wird.

Graf Kálnoky zeigte mir einen Erlaß an Prinz Liechtenstein*, in welchem er die mit Fürst Lobanow festgelegten Grundzüge der österreichisch-russischen Politik dem Prinzen zur Richtschnur mitteilt. Wesentlich Neues enthält das interessante Schriftstück nicht. Aber immerhin bemerkenswert erscheint es, daß durch die von Graf Kálnoky und Fürst Lobanow ausgesprochene Ansicht, den Balkanstaaten ihre ruhige Entwickelung ungestört zu lassen, weil diese kleinen Völkerschaften eine Berechtigung ihrer abgeschlossenen Entwickelung haben, ein wesentliches Hemmnis der Verständigung zwischen den beiden Mächten weggeräumt erscheint. Ich darf deshalb gehorsamst wiederum auf das Faktum hinweisen, daß sich die Anschauungen Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph und seines Ministers in bezug auf den Balkan nicht völlig decken. Besonders deutlich tritt uns diese verschiedene Auffassung bezüglich der Überlassung Konstantinopels an Rußland entgegen. Das „niemals“ des Kaisers begegnet einem „vielleicht“ des Grafen. Die Integrität der Türkei ist aber auch nicht in Diskussion, und die Frage des Besitzstandes Konstantinopels scheint mir außer Spiel zu sein.

Ich schließe das aus der mir zu öfteren von Graf Kálnoky entwickelten Ansicht, daß die ostasiatischen Dinge alle Interessen Rußlands absorbieren. Die Fortführung der sibirischen Bahn schaffe eine völlig neue Lage, nicht minder der japanisch-chinesische Krieg. Eine notwendige Konsequenz dieser gesteigerten Interessen in Ostasien sei eine gute Stellung zu den beiden westlichen Nachbarn. Fürst Lobanow, der einen Widerwillen gegen die radikale Entwickelung Frankreichs empfinde, werde um so mehr gewillt sein, sich dauernd zu verständigen.

Bei einer solchen Lage der politischen Beziehungen zwischen Österreich und Rußland möchte ich glauben, daß dem Grafen eine Verständigung mit Rußland auf der Basis der Wahrung des Besitzstandes der europäischen Türkei nur mehr als eine Frage der Zeit erscheint.

Ich zweifle auch kaum daran, daß Fürst Lobanow ähnliche Gedanken hat, ohne sich doch irgendwie engagiert zu haben.

Als ein Hemmschuh für solche Gedanken ist vorderhand anzusehen:

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in Petersburg.

1. der in Erzherzog Carl Ludwig bei Veranlassung seines letzten Aufenthalts in St. Petersburg gekränkte Stolz des Habsburger Hauses*.

2. die Empfindlichkeit Kaiser Franz Josephs in Balkanfragen.

3. die Vorliebe Kaiser Franz Josephs für die Polen, der zunehmende Einfluß derselben und das mit der Konzession an die Nationalitäten Hand in Hand gehende stark sich entwickelnde nationale Selbstbewußtsein derselben[2].

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja! aber auch Pobedonoszew??
[2] 4.) der Haß Franz Ferd[inand] Este's gegen die Ungarn

Nr. 2313

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 78 Wien, den 7. April 1895
Geheim

Graf Osten-Sacken** traf gestern auf dem Wege von St. Petersburg nach München hier ein, um sich bei mir über Berlin zu informieren. Er hatte hierzu die ausdrückliche Zustimmung des Zaren erhalten und war auch dem Rate des Fürsten Lobanow gefolgt. Wie mir der Graf sagte, war es Kaiser Nikolaus erwünscht, daß eine möglichst offene Aussprache mit mir erfolge. Daran hat es Graf Osten-Sacken nicht fehlen lassen.

Ich vermochte ziemlich deutlich die Grenze zwischen den speziellen Aufträgen und seinen vertraulich-persönlichen Äußerungen zu erkennen und erfreute mich an der von wahrhaft versöhnlichem, friedlichem Geiste getragenen Art seiner Darstellung.

Der Botschafter hat während seiner kurzen Anwesenheit in St. Petersburg zweimal eingehende politische Unterhaltungen mit seinem Souverän gehabt und hierbei in erster Linie den Auftrag erhalten, der Absicht des Zaren unzweifelhaften Ausdruck zu verleihen, daß ihm außerordentlich viel daran gelegen sei, mit Seiner Majestät unserem allergnädigsten Herrn in den allerbesten Beziehungen zu bleiben.

Die mir mitgeteilte Direktive, die der Graf bezüglich der Politik

* Erzherzog Karl Ludwig, der am 19. November 1894 der Beisetzung Kaiser Alexanders III. beigewohnt hatte, war bei dieser Gelegenheit wegen seiner Polenfreundlichkeit von Kaiser Nikolaus II. wenig rücksichtsvoll behandelt worden.
** Graf von der Osten-Sacken, bis dahin russischer außerordentlicher Gesandter in München, war zum Nachfolger Fürst Lobanows als Botschafter in Berlin designiert.

erhalten hat, scheint mir von Fürst Lobanow zu stammen. Sie stimmt genau mit dessen Anschauungen überein — allerdings jetzt durch die in Petersburg gemachten Erfahrungen bis zu einem gewissen Grade modifiziert.

„Rußland folgt", sagte der Graf, „mit dem äußersten Interesse dem Kampf, den Kaiser Wilhelm in kraftvoller Art gegen die destruktiven Elemente in Deutschland führt. Die der zivilisierten Welt durch die Sozialdemokratie drohenden Gefahren erkennt Rußland, und das Schicksal der Monarchien — speziell seines großen deutschen Nachbarn — kann ihm nicht gleichgültig sein. Rußland würde selbst unter einer Änderung in Deutschland leiden. Hält Kaiser Wilhelm seine dominierende Stellung aufrecht — zugleich als Hort des Friedens[1] — (denn dieser ruht wesentlich, ja fast ausschließlich in seiner Hand) —, so garantiert[2] Rußland den Frieden an Deutschlands Grenze."

Soweit scheint der Graf beauftragt gewesen zu sein, seine Instruktion möglichst wörtlich zu wiederholen. Er sprach die Sätze ziemlich akzentuiert. Es schlossen sich daran etwas breiter gehaltene Betrachtungen über russische Politik. Ich entnahm daraus als wesentlich folgendes: Das ungeheuere Schwergewicht, das Rußland durch die Politik Kaiser Alexander III. gewonnen hat — moins par l'esprit de l'Empereur que par sa vertu — ist eine Errungenschaft, die der junge Zar unter allen Umständen aufrechterhalten will und wird. Auf diesem Gebiet liegt für ihn eine Art von Empfindlichkeit. Er wird sehr aufmerksam beobachten, ob man ihn mit denselben Rücksichten und mit derselben Anerkennung behandelt, wie seinen Vater. Je weniger er noch zu leisten imstande sein wird, und je unsicherer er sich in der korrekten Art der Behandlung der Staatsgeschäfte fühlt, je mehr wird diese Empfindlichkeit hervortreten.

Psychologisch erschien mir diese Bemerkung des Grafen durchaus richtig. Ich möchte fast glauben, daß darin eine sehr gut gemeinte Absicht lag, einerseits seinen Herrn zu entschuldigen — für Geschehenes und Kommendes —, andererseits die versteckte Bitte, im gemeinsamen Interesse auch Vorsicht zu üben und die jetzigen Verhältnisse als Übergang zu betrachten.

Das Festhalten an dem bestehenden Schwergewicht Rußlands als Basis betrachtend, führte Graf Osten-Sacken aus, daß die jetzige Gruppierung der europäischen Mächte bei der ausgesprochenen und zweifellosen Friedenstendenz des Dreibundes und Rußlands eine so starke Garantie für den Frieden bilde, daß eine Änderung kaum wünschenswert oder notwendig erschiene.

Ich machte die Bemerkung, daß in das, was der Graf sowohl bezüglich der Wichtigkeit des Obsiegens der Monarchien im Streite mit den revolutionären Bewegungen, als in bezug auf den Hort des Friedens, den der Dreibund und Rußland darstelle, gesagt habe, Frank-

reich nicht ganz hineinpasse. Wenn Kaiser Alexander die Marseillaise stehend in Kronstadt angehört habe, und andererseits die französischen Chauvinisten immer von neuem russische Freundlichkeiten als Öl auf ihre widerwärtige Lampe geträufelt bekämen, so werde das monarchische Gefühl ebenso verletzt als die Ruhesehnsucht im Herzen aufrichtig friedliebender Menschen.

Der Graf erwiderte, daß die unmögliche und allem gesunden Menschenverstand Hohn sprechende Form der französischen Regierung die Möglichkeit ausschlösse, sich mit Frankreich ernsthaft zu verständigen[3]. Es hätte aber das herrschende Einvernehmen mit Frankreich einen unzweifelhaften Wert: den Druck Rußlands im Sinne des europäischen Friedens. Rußland hielte Frankreich in Schranken und gäbe ihm einen gewissen moralischen Halt — den einzigen, den es noch besitze — während ein Aufgeben Frankreichs entweder zu gefährlichen Explosionen nach innen und außen mit unberechenbaren Konsequenzen führe, oder auch sofort Frankreich in die Arme Englands treibe[4].

Letzteres schien den Grafen zu beunruhigen, und es scheint mir fast, daß diese Möglichkeit Gegenstand von Erörterungen mit ihm in St. Petersburg gewesen ist. Graf Osten-Sacken äußerte sich ziemlich feindselig über die „perfide Politik Englands, die durch alle Zeiten dieselbe geblieben sei. Unzugänglich für eine loyale Verständigung und roh und rücksichtslos, nur auf eigenen Vorteil bedacht."

Die Betrachtungen über das Schreckgespenst einer französisch-englischen Entente stehen in direktem Zusammenhange mit der Art, wie mir der Graf von der asiatischen Politik Rußlands sprach. Ich weiß, daß er ziemlich lange nicht in St. Petersburg war, und daß er wohl auch in der letzten Zeit nicht völlig in die innerste Bewegung großer russischer Politik eingeweiht war. Darum mußte der Eindruck, den er frisch empfing, sich im Laufe unserer sehr vertraulichen Unterhaltung auch besonders farbig widerspiegeln. Dieser Reflex zeigte mir das Bild, daß Rußland durch Asien absorbiert ist. Es stimmt dieses mit der Art überein, wie Fürst Lobanow davon sprach, deckt sich auch mit den Anschauungen des Grafen Kálnoky. Nur machte es mir jetzt den Eindruck, als ob jene Verständigung mit England, von der Fürst Lobanow noch vor einiger Zeit mit einer gewissen ruhigen Zuversicht sprach, und die auch Graf Kálnoky in den Bereich größter Möglichkeit stellte, nicht so glatt ginge, wie man anzunehmen geneigt war[5].

Mit der Bedeutung der asiatischen Politik und Entwickelung Rußlands steht aber auch wohl jene „Garantie des Friedens an der Westgrenze" in direktem Zusammenhange — nicht minder als das lebhafte Interesse des „Obsiegens des monarchischen Gedankens über die revolutionären Strömungen Deutschlands".

Die österreichisch-russischen Beziehungen wurden in unserer Unterhaltung nur gestreift. Graf Osten-Sacken bemerkte nur, daß der aus

so vielen Nationalitäten gebildete Staat viele Schwierigkeiten für eine Verständigung böte. Immer selbständiger entwickelten sich diese kleinen Staaten. Besonders österreichisch Polen. Ich erzählte ihm, daß Kaiser Franz Joseph eine ausgesprochene Vorliebe für den polnischen Adel habe. Graf Osten-Sacken hatte darauf nur die Antwort „c'est un vrai malheur!“ [6]

P. Eulenburg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja soweit mir Gott hilft!
[2] sehr gut
[3] dieser Satz ist wohl zu beachten!
[4] ?
[5] das ist auch meine Empfindung
[6] oui!!

Schlußbemerkung des Kaisers:

Es geht hieraus hervor, daß die Anfrage Lobanoffs bezüglich China* ehrlich gemeint ist. Daß wir ein Interesse haben mit der gewaltigsten Macht Asiens vor China und Japan vereint zu stehn. Rußland wird wenn offen von uns unterstützt auch unseren Wünschen gerecht werden. England selbst im günstigsten Falle nur uns auszunutzen suchen und uns im richtigen Augenblick sitzen lassen. Das so bestimmte Versprechen bezüglich der Garantie an unsrer Ostgrenze wenn wir Frieden halten ist von hohem Werth, und unser Dank dafür äußert sich am Besten in einheitlichem Auftreten im Orient!

So zeigt sich der Welt das so erwünschte Bild von 3 Bund + Rußland! W.

Nr. 2314

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin** an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 169 St. Petersburg, den 13. Mai 1895

Nachdem mir die Ehre zuteil geworden war, von den Kaiserlichen Majestäten in Audienz empfangen worden zu sein, wurde ich der Reihe nach Ihren Kaiserlichen Hoheiten den Großfürsten und Großfürstinnen vorgestellt. Sämtliche höchsten Herrschaften, die mich zum Teil von früher her kannten, waren überaus gnädig für mich und haben mich mit großer Liebenswürdigkeit bewillkommnet, was mir die Hoffnung gibt, meine hiesige Aufgabe wesentlich erleichtert zu sehen. Überaus

---

* Vgl. Kap. LVII, Nr. 2237.

** Die Ernennung des bisherigen Botschafters in Konstantinopel Fürsten Radolin zum Botschafter in Petersburg an Stelle Werders war am 25. März 1895 erfolgt, nachdem Kaiser Nikolaus am 23. auf eine Anfrage Kaiser Wilhelms telegraphisch geantwortet hatte: „Thank You for telegram, am very pleased, that You have chosen Prince Radolin, whom I shall welcome with pleasure as remplaçant to my old friend.“ Vgl. auch das Schreiben Kaiser Wilhelms II. an den Zaren vom 26. April 1895, Briefe Wilhelms II. an den Zaren, ed. Goetz, S. 290 f.

angenehm war es mir, von Ihren Kaiserlichen Hoheiten, der Frau Großfürstin Maria Pawlowna und der Frau Großfürstin Elisabeth Mawrikiewna, Prinzessin von Altenburg, deutsch angeredet zu werden und zu beobachten, wie durch und durch deutsch diese hohen Damen geblieben sind und deutsch denken. Frau Großfürstin Konstantin ließ sich von mir eine Menge Dinge aus ihrem engeren Vaterlande und den dortigen Höfen erzählen, die sie lebhaft interessierten, und die ich von meinem Aufenthalt an den thüringischen Höfen, mit denen ich noch immer in einiger Beziehung stehe, kenne. Es hat mich auch sehr gefreut, von Ihrer Kaiserlichen Hoheit zu hören, daß sie das hier zur Mode gewordene Nachlaufen nach Pariser Sitten verabscheut und mit ihrem Gemahl nie französisch, sondern russisch spricht. Ihre Kaiserliche Hoheit hofft, wie sie mir sagte, daß Ihre Majestät die Kaiserin einen heilsamen Einfluß auf die hiesige Gesellschaft üben wird, sich von dem Franzosentum zu emanzipieren. Ich muß in der Tat gestehen, daß mein erster Einblick in die hiesige Hofgesellschaft durch das Nachäffen des Pariser Wesens und Jargons kein angenehmer war.

Was bei den Franzosen natürlich ist, macht bei den Russen den Eindruck einer gekünstelten Nachahmung. Immerhin überträgt sich leider diese soziale Tendenz zu Bewunderung alles Französischen und der französischen Leichtlebigkeit auf das politische Leben, und bei der Natur der Russen der höheren Klassen, die das Heft in Händen haben, ist leider nicht anzunehmen, daß eine Ernüchterung so bald eintritt. Man fühlt nur zu gut, wieviel mehr Herz und Sympathie sie für Paris als für das benachbarte Berlin und uns Deutsche haben, wiewohl ich die Liebenswürdigkeit nicht hoch genug anschlagen kann, mit der ich überall empfangen werde.

Von den Großfürsten hat sich Seine Kaiserliche Hoheit der Großfürst Michael allein mit mir deutsch unterhalten und mit großer Liebe von seinen alten verwandtschaftlichen Beziehungen zu unserem hochseligen Kaiser und Herrn gesprochen.

Großfürst Wladimir betonte seine deutschen Sympathien und sprach mit unverhohlener Bitterkeit und mit einigen Kraftausdrücken über die Unzuverlässigkeit der englischen Politik. Beide hohen Herren sowie auch Großfürst Konstantin Konstantinowitsch gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß Deutschland wieder mit Rußland so eng und erfolgreich zusammengeht. Sie sprachen voller Bewunderung von der Politik Seiner Majestät des Kaisers und Königs, unseres allergnädigsten Herrn, die diese Annäherung hervorgebracht. Ihrer Majestät der Kaiserin-Mutter habe ich noch nicht die Ehre gehabt, vorgestellt zu werden. Sie hat sich bei mir und meinem österreichischen Kollegen, Prinz Liechtenstein, entschuldigen lassen, daß Sie wegen der tiefen Trauer und eines Unwohlseins uns noch nicht hat sehen können.

Radolin

Nr. 2315

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an den Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt von Holstein

Telegramm. Entzifferung

London, den 18. Juni 1895

Ich habe, wie Sie wissen, der Frage, ob schriftliche Abmachung zwischen Rußland und Frankreich besteht, niemals übermäßige Bedeutung beigelegt, weil ich fest überzeugt bin, daß die Russen, solange der Dreibund besteht, die Franzosen niemals fallen lassen werden. Bei jeder großen Krisis in Europa, namentlich bei einem etwa drohenden Konflikte zwischen uns und Frankreich, werden wir beide, mit oder ohne schriftliche Abmachung, immer vereinigt finden.

Fürst von Bismarck, welcher dies klar erkannte, sah nur deshalb keine ernste Gefahr darin, weil er, wie er mir wiederholt selbst gesagt hat, das Mittel in der Hand zu haben glaubte, die russische Neutralität bei einem Konflikt zwischen uns und Frankreich sogar noch im letzten Augenblick zu erkaufen, indem er dann Österreich fallen ließ und den Russen damit den Orient überlieferte. Ob dies heute noch so leicht ausführbar wäre, wie Fürst von Bismarck annahm, und ob Österreich uns jetzt das Spiel nicht selbst durch direkte Verständigung mit Rußland verderben würde, ist eine andere, schwer zu beantwortende Frage.

Im vorliegenden Falle bin ich der Ansicht, daß unsere Beteiligung* Rußland erwünscht war und sein mußte, erstens, weil die Aussicht, die Japaner im russischen Interesse vom chinesischen Festland auszuschließen, dadurch wesentlich verstärkt wurde; zweitens, weil England politisch isoliert wurde; drittens und hauptsächlich, weil die schwache französische Regierung, die zuerst wegen der öffentlichen Meinung Bedenken trug, sich ohne offenbaren Vorteil für Frankreich in der chinesischen Sache zu weit zu engagieren, durch unseren Zutritt unbedingt gezwungen wurde, mit Rußland durch dick und dünn zu gehen.

Die Erfahrung hat aber auch diesmal wieder bewiesen, wie nach dem letzten türkischen Kriege, daß Rußland unsere Hülfe gern annimmt und ausnutzt, uns aber keinen Dank weiß, wenn wir nicht in allem seiner Meinung sind und die vollste Nachgiebigkeit zeigen.

Dieser Zustand, welcher heute infolge der chinesischen Anleihe** wieder vorliegt, wird noch verschärft durch den persönlichen Charakter Fürst Lobanows, namentlich seinen unverbesserlichen Hoch-

* Nämlich am „ostasiatischen Dreibund". Vgl. Kap. LVII.
** Vgl. Kap. LVII, Nr. 2280 und 2283.

mut, der in jeder abweichenden Meinung einen Mangel an Respekt vor der Allmacht Rußlands und eine Beleidigung seiner persönlichen Würde erblickt. Dabei ist er, wie Fürst von Radolin richtig erkannt hat, keineswegs unser Freund und weder aufrichtig noch zuverlässig. Der Auftritt mit Fürst von Radolin* beweist aber ebenfalls, daß er, wie ich es auf Grund wiederholter persönlicher Erfahrungen stets angenommen, nach heftigem Aufbrausen zurückzieht, sobald er findet, daß der andere sich weder einschüchtern noch schlecht behandeln läßt. An kriegerische Absichten Rußlands im jetzigen Augenblick glaube ich ebensowenig wie Sie. Dagegen müssen wir, wenn es in der Anleihefrage einen definitiven und vollständigen Erfolg davonträgt, wohl darauf gefaßt sein, daß es im Gefühl seiner Macht und im Vertrauen auf die Apathie der anderen Mächte, vielleicht durch Frankreich gedrängt, bald an andere Fragen herangehen und dadurch neue Komplikationen hervorrufen wird, zu welchen wir dann Stellung zu nehmen haben

Im vorliegenden Falle halte ich für sehr möglich, daß Fürst Lobanow, nachdem er einmal den Fehler mit der Anleihe gemacht oder zugegeben hat, nicht mehr zurück k a n n, wenn er es auch wollte, aus inneren, äußeren und auch aus persönlichen Gründen. Wenn China nachgibt, kommt die Anleihe also jedenfalls zustande.

Für diesen Fall bin ich keineswegs der Ansicht, daß wir uns von den Verhandlungen in Tokio zurückziehen oder uns mit Fürst Lobanow ernstlich entzweien. Ersteres können wir nicht, weil wir damit jedes Mittel, mäßigend einzuwirken, aus der Hand geben würden; letzteres scheint mir ausgeschlossen, schon deshalb, weil es den Franzosen erwünscht wäre und Rußland darauf anweisen würde, die Gemeinsamkeit mit Frankreich noch fester zu knüpfen und dafür letzterem auch einmal gefällig zu sein. Indem ich von diesem Gesichtspunkt ausgehe, würde ich es aber für einen großen Fehler halten, bei Fürst Lobanow den Eindruck aufkommen zu lassen, als ob es sich in Berlin nur um einen vorübergehenden Ärger über das russische Verfahren in der Anleihefrage gehandelt hätte. Wollen wir nicht noch größere russische Rücksichtslosigkeiten herbeiführen, so muß Fürst Lobanow das Gefühl haben und behalten, daß wir das n i c h t vergessen haben und in Zukunft nur zu haben sind, wenn man uns mit freundschaftlicher Rücksicht als durchaus gleichberechtigte Partner behandelt.

Wenn Fürst von Radolin zu dem morgigen Empfang gehen m u ß, was ich nicht beurteilen kann, würde er bei der Besprechung der Sache meines Erachtens ruhig und höflich zu sagen haben: unsere s a c h l i c h e n Bedenken gegen die von russischen Finanziers in Szene gesetzte Anleihe blieben unverändert, und wir hätten geglaubt, sie ihm um so offener aussprechen zu müssen, als wir bei der Regelung

* Vgl. Kap. LVII, Nr. 2280, Fußnote **.

der Dinge in China keine eigenen politischen Interessen verfolgten. Wir hätten deshalb gehofft, daß er die Sache verhindern würde, die uns auch deshalb unerwünscht sei, weil sie auf unsere öffentliche Meinung und Presse den Eindruck hervorgebracht habe, daß in St. Petersburg auf Deutschland wenig Rücksicht genommen werde; die Kaiserliche Regierung zweifele natürlich nicht, daß dem Fürsten jede solche Absicht ferngelegen habe, und daß er uns als einen gleichberechtigten Partner in der Sache betrachte und in Zukunft betrachten werde. Vorläufig sei nun abzuwarten, ob unsere Bedenken sich bei weiterer Entwickelung der Frage als unbegründet erwiesen. Bei den Verhandlungen in Tokio würden wir es nach wie vor im allgemeinen Interesse als unsere Aufgabe betrachten, auf eine möglichst baldige und friedliche Erledigung der chinesischen Frage hinzuwirken.

Freiherr von Gutschmid ist hoffentlich bestimmt angewiesen, bei Fortsetzung der Verhandlungen alles was vorkommt ad referendum zu nehmen und zu telegraphieren. Trotz angeblich mangelhaften Zustandes ihrer Flotte usw. halte ich nicht für ausgeschlossen, daß die Japaner jetzt befriedigende Zusicherungen verlangen und Aufrechterhaltung ihrer Konzessionen, namentlich Evakuation, davon abhängig machen. Jedenfalls müssen wir das, wie ich glaube, abwarten.

Hatzfeldt

Nr. 2316

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 130 Paris, den 20. Juni 1895

Ob das Verhältnis zwischen Frankreich und Rußland „Entente Franco-Russe“ oder „Alliance Franco-Russe“ genannt wird, ist ohne Bedeutung. Nach meiner Überzeugung ist das Verhältnis zwischen beiden Staaten nicht wesentlich geändert. Es ist noch immer die wilde Ehe, der die formelle Sanktion des Kaisers fehlt.

Das Kabinett Ribot stand auf schwachen Füßen. Die äußere und innere Politik gab Anlaß zu vielen Angriffen. Das Vertrauen zu Rußland nahm merklich ab.

Was die Friedensverhandlungen zwischen Japan und Rußland betrifft, so war die öffentliche Meinung hier eigentlich gegen jede Einmischung. Les expéditions lointaines liebt der Franzose nicht, und allgemeine Besorgnis herrschte darüber, daß Frankreich mit in einen Krieg im fernen Osten verwickelt werden könnte.

Es mußte etwas geschehen, um das sinkende Vertrauen zur auswärtigen Politik der eigenen Regierung und zu Rußland zu heben.

Durch das Wort „Alliance“ gelang das für den Augenblick.

Für Ribot und Hanotaux war dieses, wenn auch unwahre Wort* der Rettungsanker.

Rußland konnte und wollte den französischen Ministern kein dementi geben, sucht den anderen Mächten gegenüber freie Hand zu behalten, will aber Frankreich nicht loslassen und will fortfahren, es finanziell auszubeuten.

Die Existenz der Allianz wird von russischer Seite direkt nicht zugegeben, wogegen durch Verleihung der russischen Orden an den Präsidenten** und durch die Komödie, welche die beiden Admirale bei der verabredeten Begegnung ihrer Schiffe in dänischen Gewässern und der gemeinschaftlichen Fahrt nach Kiel spielten***, den Franzosen Sand in die Augen gestreut und die Überzeugung befestigt wurde, daß eine Allianz wirklich bestehe. Von seiten Rußlands ein unwürdiges Spiel! —

Die Agitation gegen die Kieler Feier hat wenig Erfolg gehabt. Die Demonstration vor der Straßburger Bildsäule ist kläglich verlaufen.

Es zeigt das alles nur, wie schwach die hiesige Regierung ist, und wie leicht die öffentliche Meinung hier sich auf der einen Seite aufregen, auf der anderen aber ebenso leicht beruhigen läßt.

Das bloße Wort Alliance und die russisch-französische Komödie bei der Einfahrt in den Hafen von Kiel genügen den meisten Franzosen, welche glauben, daß sie moralisch einen Sieg erfochten haben, und daß Frankreich mit Rußland eng verbunden die Welt regieren könne.

In Beziehung auf die äußere Politik wird das Kabinett auf einige Zeit Ruhe haben. Über innere Fragen wird es, da die Kammersitzungen wahrscheinlich am 12. Juli geschlossen werden, schwerlich jetzt fallen und erst im Herbste schwere Kämpfe zu bestehen haben.

Münster

---

* Daß Graf Münsters immer noch optimistische Auffassungen über die Natur der französisch-russischen Verbindung sehr wenig begründet waren, ist schon in Bd. VII, Kap. XLVII: Französisch-Russischer Zweibund konstatiert worden. Vgl. Nr. 1509, S. 220, Fußnote; 1518, Fußnote; 1520, S. 235, Fußnote; 1529, S. 246, Fußnote **; Nr. 1536, Fußnote ***.

** Am 17. Juni, zwei Tage vor dem Beginn der Kieler Festlichkeiten, überreichte der russische Botschafter von Mohrenheim dem Präsidenten Faure den Andreasorden.

*** Über die demonstrative Gemeinschaftsfahrt des französischen und des russischen Geschwaders zur Feier der Einweihung des Nord-Ostsee-Kanals 19.—21. Juni 1895 (vgl. Kap. LIX, Nr. 2351 ff.) schrieb der „Temps" am 19. Juni: „En vérité, on ne voit pas bien qu'elle preuve plus irréfragable de la conclusion d'une alliance, pourraient donner deux gouvernements pénétrés de leurs responsabilités. — Il y a une ostentation voulue dans cette démarche. C'est l'affirmation pratique d'une fraternité d'armes. Le lieu même où s'est accomplie cette manifestation est bien fait pour en rehausser l'importance. C'est en vue du littoral allemand, dans les eaux du Danemark, que les deux escadres ont confondu leurs rangs et associé leur marche."

Nr. 2317

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 272 St. Petersburg, den 14. Juli 1895

Mit Stolz und Selbstbewußtsein sprachen mir unlängst hochgestellte Offiziere von der großen Aufgabe Rußlands in Asien und der neuen Ära, die sich auftut, um Rußland zu einem Kulturstaat ersten Ranges zu machen. — Finanzminister Witte hätte dies erfaßt und arbeite mit großem Geschick, wenn auch mit Tollkühnheit, an diesem großen Werk. Rußland sei endlich erwacht von dem jahrelangen Schlaf zu neuem Leben. Es dehne sich nach allen Richtungen aus, baue Eisenbahnen in großen Proportionen, um die entferntesten Gegenden zugänglich zu machen und neue Erwerbsquellen zu erschließen. Es habe einen kolossalen, nie dagewesenen Kredit erlangt und hätte Ressourcen wie kein anderes Land der Welt. Auch brauche es vor nichts zurückzuschrecken, es sei unüberwindlich. — Kurzum, aus allem, was ich höre, klingt die eine Stimme heraus, daß Rußland berufen ist, mit der Zeit die Weltherrschaft zu erlangen, dieselbe vorerst nach dem Osten und Südosten auszudehnen, wo noch keine europäische Zivilisation und die mit ihr verbundenen Krebsschäden herrschen.

Das westliche Europa sei verderbt und müsse, so denken die Russen, wohl erst geläutert werden, bevor Rußland sein Augenmerk auf dasselbe werfen könne. — Einstweilen sei es in moralischer Hinsicht noch eine Gefahr für Rußland, und deshalb schließe sich letzteres vor einem engeren Kontakt mit dem Westen möglichst ab. Der Nihilismus und alle revolutionären Umsturzideen seien nach hiesiger Ansicht Produkte der europäischen Zivilisation.

Ich habe es nicht für möglich gehalten, daß ein so hochgradiger Fanatismus in Rußland herrschen könnte, wie ich es jetzt konstatiere. Es sind nicht bloß einige exaltierte Köpfe, die so denken und sprechen. — Es ist die allgemeine Ansicht, der man freilich verblümt begegnet. Die Annäherung an Frankreich ist nicht etwa die Liebe zu ihm und noch dazu zu dem republikanischen Frankreich, es ist die Interessengemeinschaft gegen Deutschland und die Furcht vor uns. — Es unterliegt keinem Zweifel, daß seit dem Regierungsantritt des Kaisers Alexander III. der Haß gegen Deutschland mit allen Mitteln geschürt worden ist, und wenn auch mit dem jetzigen Regierungswechsel ein vorübergehender Stillstand in der aktiven Animosität zu verzeichnen ist, so ist doch der Geist in den gebildeteren Klassen so feindselig gegen uns, daß an eine dauernde Besserung der Beziehungen nur zu denken ist, wenn der Kaiser mit voller Entschiedenheit sich Deutschland freundschaftlich zuwendet. — Vorerst ist das nicht der Fall. Die ganze

Umgebung des Kaisers ist ausschließlich im antideutschen Fahrwasser, und die Minister Witte und nach ihm Lobanow beherrschen den Monarchen im gleichen Sinne. —

Der einzige Mann des Hofes, der eher deutschfreundlich zu nennen wäre, Graf Benckendorff*, wagt nichts zu tun oder zu sagen, was seine Stellung gefährden könnte. — Leider ist Ihre Majestät die Kaiserin auch noch zu jung und fühlt sich noch zu unsicher und zu sehr unterdrückt durch ihre herrschsüchtige Schwiegermutter, um ihre Stimme zur Geltung zu bringen. — Es ist sehr zu bedauern, daß der Kaiser zurzeit noch so sehr abgeschlossen lebt, und daß es den fremden Botschaftern und besonders mir nicht möglich ist, ihn zu sehen. — Es würde sich leicht die Gelegenheit finden, bei Seiner Majestät Dinge zur Sprache zu bringen, über die er nur die einseitige russische Stimme hört. —

Der Kaiser ist sicherlich von den besten Intentionen beseelt, aber da er nur russische und antideutsche Einflüsterungen zu hören bekommt, ist kaum zu verwundern, wenn er immer mehr und mehr sich der Witteschen Auffassung zuwendet. —

Prinz Liechtenstein erzählte mir gestern, daß die fieberhafte Hast, mit der Herr Witte an eine Menge kolossaler Unternehmungen gleichzeitig herantritt und kein Hindernis kennt, dadurch zu erklären ist, daß er — wie ein hiesiger bekannter Arzt dem Prinzen Liechtenstein vertraulich mitgeteilt hat — angeblich an einem Nasenkrebsleiden, das unheilbar wäre, leide und die kurze Zeit, die ihm bleibt, benutzen möchte, um seinen Namen unsterblich zu machen.

Radolin

Nr. 2318

Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt Freiherrn von Rotenhan

Konzept

Berlin, den 30. Juli 1895

Geheim

Seine Majestät machte über unsere Politik gegenüber Rußland und England heute noch** folgende Bemerkungen:

Man müsse suchen, Rußland in Ostasien festzunageln, damit es sich weniger mit Europa und dem europäischen Orient beschäftige. Rußland müsse, unter Verwertung der Macht der orthodoxen Kirche und der Moskauer Kreise, als Vorkämpfer des orthodoxen Christentums und des Kreuzes, als Hort der Zivilisation gegen die drohende Gefahr eines durch Japan mobilisierten chinesischen Ansturms vorgeschoben werden. Eine derartige Politik habe auch Fürst Bismarck

* Hofmarschall Graf von Benckendorff, Chef der Haupthofverwaltung.
** Vgl. Kap. LVII, Nr. 2286.

befolgt. Wenn Rußland in Ostasien engagiert sei, würde Seine Majestät auf dessen Wunsch gegen entsprechende Zugeständnisse bereit sein, ihm in Europa den Rücken zu decken. Als solches Zugeständnis und Vorbedingung hierfür denke er sich vor allem die erhebliche Verminderung der russischen Truppenmacht an der deutschen Grenze, da diese an und für sich wegen der Unzufriedenheit der Regimenter und der Strenge der Grenzbewachung eine stete Kriegsgefahr bilde.

Als ich die Frage der Konzessionen in Ostasien berührte, sagte Seine Majestät, er habe vor einiger Zeit dem Kaiser von Rußland geschrieben: wenn Rußland in China demnächst Gebietserwerbungen machen werde, wünsche auch Deutschland sich dort festzusetzen, wenigstens durch den Erwerb einer Kohlenstation*. Der Kaiser von Rußland habe in seiner Antwort dieses Verlangen als selbstverständlich bezeichnet. Seine Majestät vermutet, daß Fürst Lobanow hiervon nichts wisse**.

Der Kaiser glaubt, daß Rußland jetzt England in Ägypten Schwierigkeiten bereiten will, und daß es zu diesem Zweck die Abessinische Frage eingeleitet hat. Unsere Politik müsse dabei völlige Zurück-

---

* Vgl. den Brief Wilhelms II. an Nikolaus II. vom 26. April 1895: „For that is clearly the great task of the future for Russia to cultivate the Asian Continent and to defend Europa from the inroads of the Great Yellow race. In this you will always find me on your side ready to help you as best I can. You have well understood that call of Providence and have quickly grasped the moment; it is of immense political and historical value and much good will come of it. I shall with interest await the further development of our action and hope that, just as I will gladly help you settle the question of eventual annexations of portrons of territory for Russia, you will kindly see that Germany may also be able to acquire a Port somewhere where it does not ‚gêne' you." Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, hrsg. von Walter Goetz S. 291. Der Brief ist wie auch die meisten Briefe Kaiser Wilhelms II. an den Zaren aus den neunziger Jahren ohne Mitwirkung des Auswärtigen Amts entstanden und — im Gegensatz zu einigen Telegrammen — auch nicht abschriftlich in den Akten enthalten. Am 27. April 1895 telegraphierte Fürst Hohenlohe an den Rat im Kaiserlichen Gefolge von Kiderlen: „Ist Ihnen der Inhalt des Briefes Seiner Majestät an den Kaiser von Rußland bekannt, welcher heute unter Adresse des Fürsten Radolin von Kaltenbronn hier eingetroffen ist?" Die telegraphische Antwort Kiderlens vom 28. April lautete: „Nein, ich weiß nur, daß Seine Majestät den Brief eigenhändig geschrieben und versiegelt hat. Fürst Radolin solle denselben ‚baldmöglichst' übergeben. Ich habe vergeblich versucht, von Seiner Majestät Inhalt zu erfahren; auf meinen Hinweis, ob Brief vielleicht politischen Inhalts, der auf Sprache Botschafters Einfluß haben könnte, sagte Seine Majestät: ‚Nein, er soll ihn nur übergeben'. Eine deutliche Verneinung politischen Inhalts lag nicht in den Worten Seiner Majestät." Der Gedanke chinesischer Konzessionen zugunsten Deutschlands war übrigens im Auswärtigen Amt schon seit Herbst 1894, auf eine Anregung des Kaisers, jedoch mit deutlicher und betonter Zurückhaltung ventiliert worden; vgl. Kap. LVII, Nr. 2219 ff.

** Diese Vermutung dürfte unrichtig sein. Am 7. April 1896 wenigstens berichtete Fürst Radolin, daß nach einer Äußerung Lobanows der Zar diesem alle politischen Briefe zeige, die er erhalte, und sich von ihm die Antworten aufsetzen lasse. Wilhelm II. schrieb dazu an den Rand: „Sehr wichtig zu wissen".

haltung sein. Wenn England uns brauche, werde es schon von selbst kommen, wir könnten dann unsere Unterstützung von Konzessionen (Sansibar pp.) abhängig machen. Überhaupt sei Deutschland jetzt in der glücklichen Lage, ruhig zuschauen und abwarten zu können, da niemand in Europa etwas erreichen könne ohne unsere Mithülfe.

Rotenhan

Nr. 2319

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe, z. Z. in Petersburg, an Kaiser Wilhelm II.

Privatbrief. Konzept nach Diktat*

St. Petersburg, den 12. September 1895

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät berichte ich alleruntertänigst, daß ich vorgestern hier eingetroffen und gestern von Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin von Rußland in Audienz empfangen worden bin. Ich wurde von Seiner Majestät dem Kaiser von Rußland in der gnädigsten Weise empfangen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen über meine jetzige Stellung und über meinen früheren Aufenthalt in Elsaß-Lothringen ging Seine Majestät der Kaiser auf die politische Lage über, drückte seine Befriedigung aus, daß nun die Verhandlungen in Tokio wieder aufgenommen seien, sowie die Hoffnung, es würden dieselben nunmehr zu einem befriedigenden Ende gelangen. Dabei äußerte er die Vermutung — „tout-à-fait entre nous" — daß die allzupeinliche Haltung des Auswärtigen Amtes vielleicht nicht ganz mit den Absichten Euerer Majestät übereingestimmt habe. Ich erwiderte darauf, daß Herr von Marschall und das Auswärtige Amt nur die Befehle Euerer Majestät ausführten und selbstverständlich nie den Versuch machen würden, gegen den Willen Euerer Majestät zu verfahren. Es sei ja aber möglich, daß die sehr verwickelten Verhandlungen Anlaß zu vorübergehenden beiderseitigen Mißverständnissen gegeben hätten. Der Kaiser nahm diese Bemerkung sehr freundlich auf. Von Japan sprechend sagte der Kaiser: „Au fond j'ai beaucoup de sympathies pour les Japonais, malgré la blessure dont je porte la marque", und dabei zeigte er auf die Narbe, die er an der Seite der Stirne trägt. „C'était l'action d'un fanatique**." Und alles, was er in Japan gesehen habe: die Ordnung, die im Lande herrsche, der Fleiß der Bevölkerung und ihre Intelligenz, hätten auf ihn einen sehr

* Vgl. dazu Hohenlohes Tagebuchaufzeichnung vom 11. September 1895: Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst II, 520 ff.

** Am 11. Mai 1891 war Nikolaus II. als Großfürst auf seiner Reise durch Japan in Otsu von einem Japaner durch Säbelhieb verwundet worden.

guten Eindruck hervorgebracht. Trotzdem habe er einschreiten müssen, nachdem die Japaner gegen die Chinesen zu weit gegangen seien. Unsere Mitwirkung habe ihn mit großer Freude erfüllt. Hierauf sagte der Kaiser, er habe Euerer Majestät in diesem Frühjahr geschrieben, er werde durchaus nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Euere Majestät in Ostasien eine territoriale Erwerbung machten. Ich erwiderte, daß Euere Majestät mir dies mitgeteilt, aber dabei bemerkt hätten, daß dies ganz geheimzuhalten sei. Aus der zustimmenden Bewegung des Kaisers und aus dem Umstand, daß mir Fürst Lobanow darüber nichts gesagt hat, glaube ich schließen zu dürfen, daß Seine Majestät der Kaiser von Rußland auch bisher dem Fürsten Lobanow nicht davon gesprochen hat. Der Vorbedingung, daß auch Rußland etwas erwerbe, geschah keine Erwähnung. Mit einiger Bitterkeit bemerkte der Kaiser, daß, wenn jemand auch nur einen kleinen Gebietserwerb mache, die Engländer dann gleich für sich eine um so größere territoriale Erwerbung zu machen suchten. Auf die armenische Frage übergehend*, sagte der Kaiser, er habe die Sache satt: „J'en ai assez de la question arménienne." Rußland sei durch seine armenische Bevölkerung im Kaukasus wesentlich dabei beteiligt und müsse wünschen, daß die von außen hineingetragene Agitation unter den Armeniern aufhöre. Beim Abschied trug mir Seine Majestät der Kaiser von Rußland die freundschaftlichsten Grüße an Euere Majestät auf und bat mich, Euerer Majestät zu sagen, Allerhöchstdieselben möchten ja fortfahren, ihm wie bisher persönlich zu schreiben, wenn Euere Majestät ihm etwas mitzuteilen hätten**. Ich freue mich sagen zu dürfen, daß ich von der Persönlichkeit des Kaisers auf das angenehmste berührt worden bin; ich fand im Kaiser nicht nur einen höchst wohlwollenden Herrn, sondern auch einen in allen Geschäften wohlorientierten Souverän. Nach Schluß der Audienz wurde ich von Ihrer Majestät der Kaiserin in der gnädigsten Weise empfangen. Da ich, wie dies sich aus den hiesigen Verhältnissen erklärt, nicht zum Dîner befohlen wurde, möchte ich mir den alleruntertänigsten Vorschlag erlauben, daß Euere Majestät auch den Fürsten Lobanow, falls derselbe sich aus Anlaß seiner bevorstehenden Urlaubsreise ins Ausland bei Euerer Majestät melden darf, nicht mit einer Einladung zu einem feierlichen Dîner beehren, sondern etwa nur zur Frühstückstafel in Potsdam befehlen, da eine zu weitgehende Divergenz in der Art des Empfangs möglicherweise in der deutschfeindlichen Presse des Auslandes zu, wenn auch unbegründeten, so doch unerwünschten Vergleichen Anlaß geben könnte.

C. Hohenlohe

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXI.

** Vgl. dazu den Brief Wilhelms II. an Nikolaus II. vom 26. September 1895. Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, S. 294.

Nr. 2320

Der Geschäftsträger in Paris von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 200 Paris, den 20. September 1895

Hat schon die Teilnahme des russischen Generals Dragomirow an den großen Manövern im Osten der Presse reichlichen Anlaß zur Verherrlichung der russischen Freundschaft gegeben, so begeistert sie die Anwesenheit des Fürsten Lobanow bei der Parade in Mirecourt* zu wahren Jubelhymnen. Sie feiert diese Tatsache als eine Besiegelung der russisch-französischen Allianz, als ein Ereignis, dem mindestens dieselbe Bedeutung zukomme, wie seinerzeit dem Besuche des Großfürsten Konstantin beim Turnfeste in Nancy** und wie den Flottenbesuchen in Kronstadt und in Toulon***. Auch einzelne hiesige Diplomaten, so beispielsweise der italienische Botschafter, wollen in dem Erscheinen des Fürsten Lobanow einen geschichtlichen Akt von schwerwiegender politischer Bedeutung erblicken.

Meiner unmaßgeblichen Ansicht ist diese Auffassung zu weitgehend. Eine neue Lage ist durch das Ereignis nicht geschaffen, es ist lediglich die ungestörte Fortdauer enger Freundschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland bestätigt worden, eines Verhältnisses, über dessen Bestehen berechtigte Zweifel nicht obwalteten. Allerdings ist die Form, in welcher diese Bestätigung erfolgte, ungewöhnlich, selbst wenn man annimmt, daß das Zusammentreffen von Lobanows Badereise mit den großen französischen Manövern nur ein zufälliges gewesen ist[1]. Auffallender wäre es dagegen gewesen, wenn Lobanow in dem mitten im Manövergelände gelegenen Badeorte, in welchem er auch in früheren Jahren zum Kurgebrauche sich aufhielt, verweilt

---

* 19. September 1895.

** Vgl. Bd. VII, Kap. XLVIII, Nr. 1580 ff. Auch die russische Presse feierte, nach einem Berichte des Fürsten von Radolin vom 23. September 1895, die Anwesenheit des Fürsten Lobanow in Frankreich als eine neue und eklatante Bürgschaft für die herzlichen Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich. Zu denken gab in Berlin vor allem, daß die „Nowoje Wremja" darauf hinwies, daß die Lobanowsche Reise in unmittelbarem Anschluß an den Petersburger Besuch des deutschen Reichskanzlers (vgl. Nr. 2319) erfolge und so den Vorgang vom Jahre 1892 wiederhole, wo im Anschluß an die Kieler Kaiserzusammenkunft Großfürst Konstantin dem Präsidenten Carnot in Nancy einen Besuch (vgl. Bd. VII, Nr. 1588) abstattete. Wenn die „Nowoje Wremja" an diese Feststellung die Bemerkung knüpfte, daß man sich einerseits in Deutschland von der Hinfälligkeit der an den Hohenloheschen Besuch in Petersburg geknüpften optimistischen Erwartungen überzeugen werde, daß sich andererseits gewisse französische Kreise, welche nach handgreiflichen Bürgschaften für die Freundschaft Rußlands verlangten, beruhigen würden, so mußten solche Auslassungen die deutsche Politik mißtrauisch gegen Fürst Lobanow stimmen. Vgl. das folgende Schriftstück S. 365, Fußnote **.

*** Vgl. Bd. VII, Kap. XLVII.

hätte, ohne daß die französische Regierung von ihm oder er von ihr Notiz nahm. Wenn Herr Hanotaux ihn in Contrexéville aufgesucht hat und vor und nach der Parade mit ihm zusammen gewesen ist, so entspricht dies dem ganz natürlichen Wunsch der Staatsmänner zweier eng befreundeter Nationen, sich kennenzulernen und auszusprechen. Dabei mag allerdings auf französischer Seite der Gedanke mitgesprochen haben, der öffentlichen Meinung, die sich von dem Besuche Euerer Durchlaucht in St. Petersburg* etwas präokkupiert zeigte, eine Beruhigung zu bieten, ebenso wie der offiziellen Einladung Lobanows zu der Parade der Gedanke eines Gegenstückes zu den Vorgängen von Stettin** zugrunde gelegen haben mag[2]. Überhaupt trägt die ganze Inszenierung der großen Manöver im Osten, also mit einer gegen uns gerichteten Front, mit ungewöhnlich großen Massen und gewissermaßen unter russischen Auspizien, unverkennbar den Charakter einer Antwort auf unsere Gedenkfeiern und einer Demonstration, welche wohl mehr auf die eigene Bevölkerung[3], wie auf das Ausland berechnet war. Gegenüber unseren für die Franzosen trotz der schonenden Formen peinlichen und eindrucksvollen Erinnerungsfeiern***, mochte sich das Bedürfnis geltend gemacht haben, der Nation zu zeigen, zu welchem beruhigenden Grade der Erstarkung sie nach 25 Jahren aus eigener Kraft gekommen war, und auf welche Freundschaften — neben den Russen wohnte auch der Prinz Nicolas von Griechenland den Manövern bei — sie zählen könne. Außerdem aber dürfte der Regierung daran gelegen gewesen sein, durch eine imponierende Entfaltung militärischer Kraft den deprimierenden Eindruck zu verwischen, den je länger je mehr die ungünstigen Nachrichten aus Madagaskar † im Lande hervorrufen. Die Regierung fühlt sich in dieser Hinsicht nicht sicher, sie sucht das schwindende Vertrauen wieder zu wecken und sie zieht, um ihre eigene Stellung zu befestigen, wieder an der nie versagenden russischen Notleine[4].

Daß diese Zwecke, für den Augenblick wenigstens, erreicht sind, ist nicht zweifelhaft. Für die nächste Zukunft wird sich die französische öffentliche Meinung mit nichts anderem beschäftigen, wie mit dem großartigen Erfolg der Manöver und der Parade in militärischer wie in politischer Beziehung. Und wie die Bevölkerung in Mirecourt, erregt von dem ungewöhnlichen militärischen Schauspiel und der An-

---

* Vgl. Nr. 2319.
** Anläßlich der Kaisermanöver in Pommern, an denen auch der Kaiser von Österreich teilnahm, hatten am 6. und 7. September große Feierlichkeiten in Stettin stattgefunden, bei denen der Kaiser auch der „fünfundzwanzigsten Wiederkehr der ruhmreichen Siegestage des Jahres 1870" gedachte.
*** Vgl. Kap. LIX, Nr. 2363 und 2365.
† Aus Madagaskar waren im Sommer 1895 ungünstige Nachrichten über den Gesundheitszustand der Truppen eingelaufen, die der französischen Presse Anlaß zu schweren Vorwürfen gegen die Regierung wegen mangelhafter Vorbereitung des Feldzugs Veranlassung gaben.

wesenheit der russischen Gäste — es waren außer Lobanow zehn russische Offiziere, darunter drei Generäle, Dragomirow, Fredericks und Altvater, zu sehen — ihren Gefühlen in den Rufen „Vive l'armée, Vive la Russie!“ Luft machte, so werden diese Rufe eine Zeitlang durch ganz Frankreich alles andere übertönen.

Daß die Vorgänge — Manöver im Osten mit ungewöhnlich großen Massen, die Anwesenheit des griechischen Prinzen, der russischen Offiziere und des russischen Ministers — nicht ohne demonstrativen Zweck und in der Absicht vorbereitet waren, das Selbstbewußtsein der französischen Nation zu stärken, scheinen auch die verschiedenen Reden des Präsidenten der Republik zu beweisen. Herr Felix Faure hat sich zwar stets maßvoll ausgedrückt, aber er hat es nicht unterlassen, zu betonen, daß die Manöver sich in der Nähe der Grenze (er hat dabei ausdrücklich die Vogesen als solche bezeichnet) abspielen, er hat den besonderen Patriotismus der Grenzbevölkerung hervorgehoben, an ihr „héritage de souffrances“ und die „permanence des aspirations“ erinnert und in der Rede nach der Parade, deren amtlichen Wortlaut ich hier gehorsamst beifüge*, der „Freunde Frankreichs“ gedacht und mit Stolz auf die nach 25jähriger Anstrengung erreichte militärische Stärke des Landes hingewiesen, allerdings mit dem Zusatze „la France pacifique“. Der Zusatz ist keine leere Redewendung, er entspricht vielmehr zweifellos einem tatsächlichen Geisteszustand des weit überwiegenden Teiles der französischen Nation[5]. Mag auch das Gebaren einer gewissen Presse und einzelner Lärmmacher das Gegenteil zu beweisen scheinen[6], im Grunde und im ganzen hat die französische Nation das Bedürfnis und den Willen des Friedens, und wenn sie sich jetzt wieder an militärischen Demonstrationen und Beweisen der russischen Freundschaft begeistert, so ist ihr Gefühl dabei im Grunde kein anderes als das befriedigende Bewußtsein der Sicherheit gegen vermeintliche fremde Angriffe und demütigende Zumutungen. Von diesem Zustande bis zur Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses mit Deutschland ist allerdings ein weiter Weg, ein Weg, der wohl in absehbarer Zeit nicht zurückgelegt werden wird[7].

v. Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Ganz ausgeschloßen da die Manövertermine bereits im Sommer veröffentlicht waren!

[2] !

[3] ?

[4] dazu braucht sich der Ausw[ärtige] Minister des Zaren selbst nicht herzugeben

[5] der in kritischen Momenten wie bekannt niemals etwas zu sagen hat, am allerwenigsten gegen einen Revanche-Krieg gegen uns etwas einwenden wird

[6] im gegebenen Augenblick sind das aber leider die Tonangebenden Leute!

[7] richtig

---

* Hier nicht abgedruckt.

Nr. 2321

Aufzeichnung des Botschafters in Wien Grafen zu Eulenburg, z. Z. im Kaiserlichen Gefolge in Rominten

Abschrift. Undatiert*

Geheim [Rominten, Oktober 1895]

.....Seine Majestät empfingen mich in allerhöchstihrem Arbeitszimmer. Wie ich mit dem Brief Euerer Majestät in der einen, den Helm in der anderen Hand und die zusammengerollte Zeichnung** unter dem

---

* Die Aufzeichnung behandelt einen Immediatbericht des Flügeladjutanten Obersten von Moltke, der am 30. September 1895 vormittags vom Zaren in Audienz empfangen wurde. Der Bericht, der am 3. Oktober von Petersburg nach Rominten abgesandt wurde, ist in die Aufzeichnung teilweise wörtlich übernommen, so gleich zu Anfang derselben.

** Oberst von Moltke überbrachte am 30. September 1895 dem Kaiser Nikolaus mit einem Briefe Kaiser Wilhelms II. die bekannte allegorische Zeichnung, die die Unterschrift „Völker Europas wahrt Eure heiligsten Güter" trug. Den Wortlaut des kaiserlichen Briefes d. d. Jagdhaus Rominten, 26. September 1895 siehe: Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914, hrsg. von Walter Goetz, S. 294ff. Zum Verständnis des Moltkeschen Berichts mögen hier die politisch wichtigen Sätze des kaiserlichen Briefes zitiert werden. Nach einer Erklärung der allegorischen Zeichnung heißt es: „In the midst of these peaceful occupations and of the quiet hunting, fell the stounding news I got from Paris that the French Chamber's Budget Committee, in discussing the Military Budget, propose to recall the XIX. Corps (Algier and Tunis) and to form a new continental Corps on my Western Frontier. This recall has only been done once before in 1870 when France made war on us. Such a project, in the deepest time of Peace, has fallen like a thunderbolt on Germany and has created a deep feeling of alarm. This has been deepened by the fact that the proposal became publicly known the Moment after Prince Lobanoff and General Dragomiroff had officially assisted the Review of the French ‚Border Army' on the Lorraine Frontier amidst the frenetic enthusiasm of the ‚Border People'. This Army which the French Papers are telling us since weeks is meant for the first rush on our ‚Border Land' in the Revanche war! It is already 4 Corps strong against my 2 (XV, XVI). The proposed new Corps would increase the already overwhelming French forces to 5 Corps, and constitutes a threat as well as a serious danger to my country. Of course upon this I must now begin to take matters seriously. For this event happening in the moment your officers are being decorated and Lobanoff fêted, whilst my attaché's ears were greeted with not overagreeable remarks has made people uneasy here and given affairs an ugly look, as if Russia would like France to be offensive against Germany with the hopes of help from the first named. Such a serious danger will cause me to strongly increase my army, to be able to cope with such fearful odds. Heavy as the financial strain would weigh on us, my People would never waver a moment to guarantee their security, should this be necessary. I perfectly know that you personally do not dream of attacking us, but still you cannot be astonished that the European Powers get alarmed how the presence of your officers and high officials in official way in France fans the inflammable Frenchman into a white heated passion and strengthens the cause of Chauvinism and Revanche! — God knows that I have done all in my power to preserve the European Peace, but if France goes on openly or secretly encouraged like this to violate all rules of international courtesy and

Arm in das Zimmer trat, kam der Kaiser mir lebhaft entgegen, streckte mir die Hand hin und sagte: „Ich freue mich, Sie hier zu sehen, wir kennen uns ja schon.“ Ich überreichte nun das Handschreiben Euerer Majestät und fügte hinzu, daß ich beauftragt sei, außer den Grüßen Euerer Majestät die in dieser Rolle befindliche Zeichnung zu überbringen. Der Kaiser nahm den Brief entgegen, ohne ihn jedoch zu erbrechen und forderte mich auf, die Zeichnung auf einem Tisch auszubreiten, indem er mir dabei selber behülflich war. Nachdem dieses geschehen, betrachteten Seine Majestät das Blatt und fragten, was es vorstellen soll. Ich erwiderte, daß die Idee zu der Zeichnung von Euerer Majestät gefaßt worden sei, wie bei Abschluß der Friedenspräliminarien zwischen China und Japan die Gefahr vorgelegen habe, daß das unermeßliche chinesische Reich unter einen bestimmenden Einfluß Japans geraten, von diesem tätigen und nach europäischer Kultur strebenden Volk erschlossen, militärisch reorganisiert und zu expansiven Bestrebungen gebracht werden könne, die bei seiner ungeheueren Masse verderblich für das europäische Staatenleben, für Bestimmungen, Handel und Wandel werden könnten, wie mit einem Wort Euere Majestät in der Ferne der Zukunft hätten heraufsteigen sehen den Existenzkampf zwischen der weißen und der gelben Rasse. Diese Gefahr, wenn auch zurückgedämmt durch die Weisheit der gemeinsam handelnden Politik Rußlands, Deutschlands und Frankreichs, sei gleich drohend für alle Staaten des Kontinents, die auf der Zeichnung gruppiert seien, bereit zur Abwehr im gemeinsamen Interesse, und allen diesen Staaten gelte der Ruf: „Völker Europas, wahret euere heiligsten Güter!“ ich bezeichnete sodann die Figuren als Rußland, Deutschland, Frankreich usw. Der Kaiser fragte, ob England nicht dabei sei, und nachdem ich dieses bejahte, was die Gegend unter dem Fels bedeute. Ich erwiderte, dieses sei eine Ideallandschaft, in der man die Kuppel der orthodoxen Kirche neben dem Turm der protestantischen sehe, deren blühende Gefilde den Ackerbau und deren schiffbelebte Flüsse den Handel versinnbildlichen. Seine Majestät deuteten dann auf eine Stadtsilhouette und fragten, ob das Moskau sein soll, worauf ich erwiderte, ich wüßte nicht, ob Euere Majestät gerade diese Stadt im

---

Peace in peace times, one fine day, my dearest Nicky, you will find yourself nolens volens suddenly embroiled in the most horrible of wars Europe ever saw! — I have some experience of Politics, and see certain unmistakable symptoms, so I hasten to you, my friend, to plead in the name of the Peace of Europe; if you are allied for better, for worse with the French, well then, keep those damned rascals in order and make them sit still, if not, then don let your Men who go to France make the French believe that you are allied and get reckless and turn their heads till they lose them, and we have to fight in Europe instead for it against the East! Think of the awful responsibility for the shocking bloodshed!“ Auch dieser inhaltlich wichtige Brief Wilhelms II. an den Zaren ist nicht in den Akten des Auswärtigen Amts enthalten; ob an seiner Fassung der im Gefolge des Kaisers in Rominten weilende Botschafter Graf zu Eulenburg beteiligt ist, läßt sich nicht feststellen.

Sinn gehabt hätten, doch würde auch Moskau ebenso bedroht sein wie jede andere Stadt der weißen Rasse. Nachdem der Kaiser sein lebhaftes Interesse für die Zeichnung noch durch verschiedene Bemerkungen dargetan hatte, fragte er mich, wie es Euerer Majestät gehe, und wo Allerhöchstdieselben zurzeit wären. Ich erzählte nun einiges über Rominten und sagte, daß Euere Majestät den Aufenthalt auf diesem Jagdschloß wegen seiner Stille und abgeschiedenen Waldeinsamkeit sowohl, als auch der guten Hirsche wegen besonders liebten, und fügte dann hinzu, daß freilich in der letzten Zeit die Muße Euerer Majestät durch die ernst klingenden Nachrichten aus Frankreich gestört worden wäre. Der Kaiser fragte sehr erstaunt, was denn vorläge, und ich erzählte ihm nun von dem Antrag Cavaignac, betreffend die Herüberholung der algerischen Division und der geplanten Errichtung eines neuen Armeekorps an unserer Westgrenze. Seine Majestät waren anscheinend hierüber nicht orientiert, und ich bekam schon jetzt den Eindruck, daß ein planmäßiges, gemeinsames Vorgehen von Rußland und Frankreich jedenfalls weder auf Anordnung noch selbst mit Wissen des Kaisers vorliege. Da Seine Majestät mich ruhig sprechen ließen, entwickelte ich nun weiter, wie diese neue französische Heeresverstärkung, wenn sie wirklich perfekt werden sollte, Seine Majestät, meinen allergnädigsten Herrn, trotz allerhöchstseiner wohlbekannten friedliebenden Gesinnung doch vielleicht nötigen würde, dem Gebot der Selbsterhaltung folgend, auch deutscherseits eine erneuete Verstärkung eintreten zu lassen. Wie dieses gegenseitige Hinaufschrauben der Heereslasten auf einen schließlich gewaltsamen Zusammenstoß hindränge, und wie furchtbar die Folgen eines solchen für Europa werden müßten. Ich äußerte sodann, wie infolge der bisherigen Mißerfolge in Madagaskar die Erregung in der französischen Nation schon eine den Stand der Regierung bedrohende geworden, wie die Ereignisse bei den Manövern sehr dazu angetan gewesen, den französischen Chauvinismus auf das lebhafteste anzustacheln, und daß Euere Majestät sich der Besorgnis nicht verschließen könnten, daß einst der Augenblick kommen wird, wo die Strömung der öffentlichen Meinung stärker sein wird, als die Macht der Persönlichkeit, die dieselbe zügeln zu können glaubte. Da der Kaiser, der sehr ernst geworden war, mir hierin zustimmte, erlaubte ich mir fortzufahren, wie Euere Majestät selbst den Fall eines — was Gott verhüten wolle — siegreichen Krieges Frankreichs gegen Deutschland vorausgesetzt, in dem dann durch den Erfolg gestärkten republikanischen Geist Frankreichs eine Gefahr für den monarchischen Gedanken erblickten; wie die republikanische Idee dann voraussichtlich den ohne sie schon sozialistisch durchwühlten Boden ganz durchtränken und unaufhaltsam weiter wirken würde, wie es daher für alle Monarchien geboten erscheine, fest zusammenzuhalten. Seine Majestät fielen hier mit großer Lebhaftigkeit ein und riefen, durch das Ballen beider Hände seine Worte be-

kräftigend: „Ja, da haben Sie recht, fest zusammenhalten", und fügten dann hinzu, „ich werde gleich an den Kaiser schreiben und ihn in jeder Weise beruhigen." Ich fragte dann noch, ob Seine Majestät die Gnade haben würde, zu befehlen, daß ich das Antwortschreiben mit zurücknehme, oder ob Seine Majestät einen besonderen Abgesandten mit demselben schicken wollten. Der Kaiser fragte mich hierauf, wie lange ich noch hierbleibe, worauf ich erwiderte: „Wenn Eure Majestät mir einen Brief anvertrauen wollen, so bleibe ich, bis Euere Majestät über mich befehlen". Hierauf sagte der Kaiser: „Dann sage ich Ihnen also nicht Adieu, sondern auf Wiedersehen". Hierauf gaben Seine Majestät mir in leutseligster Weise die Hand und sagten: „Sie wollen gewiß gern die Kaiserin sehen, lassen Sie sich doch bei ihr anmelden."

Hiermit war meine Audienz beendet. Der Kaiser hatte den Brief Euerer Majestät während derselben nicht geöffnet und hielt ihn noch in der Hand, wie er mich verabschiedete. Ich wurde nun sogleich bei Ihrer Majestät der Kaiserin angemeldet, die mich allein empfing, sich sehr eingehend und mit wärmster Teilnahme nach den beiden Majestäten, den Prinzensöhnen und der kleinen Prinzessin erkundigte und sich von dem Aufenthalt Euerer Majestät in Rominten erzählen ließ. Ihre Majestät sehen außerordentlich frisch und wohl aus, waren sehr heiter und angeregt und beauftragten mich, Euerer Majestät und Ihrer Majestät die herzlichsten Grüße zu überbringen.

Nun fuhr ich zu dem Großfürsten Wladimir. . . . . . [Aus den Bemerkungen des Großfürsten ist folgendes interessant:]* . . . „Ich kann mir denken, daß die russisch-französische Entente Deutschland unbequem ist, für uns aber ist sie sehr vorteilhaft. Man muß die Verhältnisse betrachten, wie sie sich entwickelt haben; sie sind eine Folge der Bismarckschen Politik. Ich habe damals schon mit Bismarck Vater und Sohn darüber gesprochen und habe ihnen gesagt, wie es kommen würde. Die Antwort war das Bündnis mit Österreich. Wenn damals nicht die Zusammenkunft zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Alexander stattgefunden hätte, so wäre der Krieg zwischen uns ausgebrochen . . . Die Deutschen haben wirklich keinen Grund, sich zu beunruhigen . . . Frankreich wird nie etwas unternehmen, wenn wir es nicht erlauben". [Notiz Kaiser Wilhelms hierzu: „Wer ist ‚wir', Ignatiew und Pobedonoszew oder der Zar?"] Worauf Moltke sagte: „Davon bin ich überzeugt, aber wollen Euere Kaiserliche Hoheit die Frage gestatten, welchen Zweck haben die kolossalen Rüstungen dieses Landes?" Der Großfürst wurde hierauf etwas verlegen und erwiderte: „Das ist eine schwer zu beantwortende Frage, aber da wir doch einmal offen miteinander sprechen, so kann ich nur wiederholen, Frankreich tut nichts, wenn wir es nicht wollen, und wir wollen keinen Krieg, wir wollen nicht nur nicht, sondern wir können ihn gar nicht führen. Unsere Organisa-

* In der Aufzeichnung eingeklammert, so auch im folgenden Text.

tion ist nicht vollendet, wir sind nicht imstande, darin mit Österreich und Deutschland gleichen Schritt zu halten". [Notiz des Kaisers: „Aber dann!"] „Lassen Sie noch ein Jahr ins Land gehen" [der Kaiser: „und die russische Organisation ist fertig!"] „dann ist die Geschichte mit Frankreich vielleicht schon vorbei..." Moltke sagte am Schluß des Berichtes: Die Erwähnung des von Frankreich ausgehenden republikanischen Geistes schien mir auf den Kaiser den tiefsten Eindruck zu machen, und ich glaube, daß von diesem Punkt aus sich sehr würde auf Seine Majestät einwirken lassen.

Seine Majestät der Kaiser, welcher mir den Bericht vorlasen, knüpften daran die Bemerkung: die Moltkesche Mission hat dasjenige unzweifelhaft festgestellt, was ich wissen wollte: Die Russen haben eine Entente mit Frankreich und rüsten gegen uns. Sie werden Frankreich verbieten, gegen uns vorzugehen, solange es ihnen paßt. Im gegebenen Moment wird die Erlaubnis erteilt werden. Der Kaiser Nikolaus hat keine Ahnung, wie die Verhältnisse liegen. Wenn ihm mein Brief einen Eindruck gemacht hat, so kann derselbe durch die nächste Unterhaltung mit Lobanow oder Witte wiederum aufgehoben werden. Ich weiß, wessen ich mich von Rußland zu versehen habe. —

(gez.) P. Eulenburg

Nr. 2322

Der Erste Sekretär bei der Botschaft in Petersburg von Tschirschky an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Entzifferung

Privat St. Petersburg, den 6. Oktober 1895

Oberst von Moltke ist Donnerstag* vom Zaren in Abschiedsaudienz, die $^3/_4$ Stunden gedauert hat, in herzlichster Weise empfangen worden und hat das Antwortschreiben** an Seine Majestät den Kaiser entgegengenommen.

Der Zar sprach sich sehr erfreut über das allerhöchste Handschreiben*** aus und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß Seine Majestät der Kaiser durch die französischen Extravaganzen, welche wohl zum Teil durch die dem Zaren anfänglich belanglos scheinende Anwesenheit Dragomirows und Fürst Lobanows† provoziert wären, und durch die Zurückziehung französischer Truppen aus Algier be-

* Der 3. Oktober.
** Das Antwortschreiben Kaiser Nikolaus' II. ist nicht bei den Akten des Auswärtigen Amts.
*** Vgl. Nr. 2321, Fußnote **.
† Vgl. Nr. 2320, S. 362, Fußnote **.

unruhigt scheinen. Er sagte dem Obersten, er hätte selbst nicht geglaubt, daß die Franzosen so leicht Feuer fangen könnten. Er würde aber an Fürst Lobanow den Befehl telegraphieren, alles zu vermeiden, was den französischen Chauvinismus erregen könnte, und er garantiere, daß die Franzosen Ruhe halten würden, da sie nichts ohne Erlaubnis Rußlands täten. In Rußland gäbe es aber nur einen Willen, den des Zaren, der den Frieden absolut will, und dem müßte sich alles fügen.

Er bäte den Kaiser, Fürst Lobanow auf der Rückreise zu empfangen*, und würde sich Seine Majestät selbst überzeugen, daß Fürst Lobanow den Weisungen des Zaren entspricht.

Er klagte ferner über das Unheil, welches die jüdischen Zeitungsschreiber in allen Ländern verursachen, und sagte, daß in Rußland nur das geschrieben werden dürfe, was er wolle. (Fürst Lobanow dagegen behauptet immer, daß Presse gleichgültig und in äußeren Fragen nicht beeinflußt werden könne.)

Ich erlaube mir, Euerer Exzellenz diese Mitteilungen außeramtlich zu machen, da Oberst von Moltke mir dieselben vertraulich gemacht und sie an die Bedingung geknüpft hat, von denselben keinerlei Gebrauch zu machen, um Seiner Majestät nicht vorzugreifen.

Herr von Moltke ist mit einer reichen Dose beschenkt Freitag abgereist.

im Auftrage
von Tschirschky

Nr. 2323

Aufzeichnung des Botschafters in Wien Grafen zu Eulenburg, z. Z. in Liebenberg

Abschrift

Geheim — Liebenberg, den 13. Oktober 1895

Seine Majestät hatte gestern abend in Hubertusstock eine lange politische Unterhaltung mit mir, die sich im wesentlichen auf russische und englische Politik bezog. Schließlich erhielt ich den Auftrag, heute früh den Fürsten Lobanow** von Eberswalde abzuholen und ihn bei dieser Fahrt auf den Empfang vorzubereiten, den er bei Seiner Majestät zu gewärtigen haben würde. Der Kaiser wollte, daß der Fürst in ernster Weise darauf aufmerksam gemacht werde, wie durch seine Haltung die französische Republik — der republikanische Gedanke — eine unerhörte Kräftigung erführe. Auch war mir carte blanche ge-

---

* Vgl. Nr. 2323.
** Er befand sich auf der Rückreise von seinem Aufenthalt in Frankreich. Vgl. Nr. 2320.

geben, noch in anderer Hinsicht dem Fürsten offen meine Meinung auszusprechen.

Ich unterzog mich diesem Auftrag um so lieber, als ich es in der Hand hatte, dem mir persönlich gut bekannten Minister in einer Form die Wahrheit zu sagen, die ihn nicht verprellen konnte, und dabei die Gewißheit zu haben, daß Seine Majestät nach Ausführung meines Auftrages in der Lage war, nicht zu große Schärfe anwenden zu brauchen.

Fürst Lobanow schien aufrichtig erfreut zu sein, einen guten Bekannten in der Einsamkeit der märkischen Wälder anzutreffen, und nachdem wir in dem offenen Halbwagen Platz genommen hatten, begann sofort eine Konversation, die an Lebhaftigkeit nichts zu wünschen übrig ließ.

Die französischen Eindrücke des Fürsten erschienen zuerst auf der Bildfläche. Daß er damit begann, mir als Resümee seiner Erfahrungen in sehr energischem Tone das absolute Friedensbedürfnis Frankreichs zu schildern, sah einigermaßen nach schlechtem Gewissen aus. Aber immerhin war es interessant, aus seinem Munde zu erfahren, „daß er sich persönlich in den Provinzen, in Paris, überall überzeugt habe, wie man den Krieg nicht wolle. Man will nur arbeiten. Jeder denkt an die Ausstellung von 1900, — man will, daß französische Arbeit die ganze Handelswelt überflügele. Die Revancheidee habe merklich abgenommen, — wenn sie auch niemals ganz verschwinden werde oder könne."

Ich erwiderte, daß uns die Geschichte lehre, wie Frankreich sich durch Minoritäten leiten ließe, welche sich die richtige Phrase im richtigen Moment dienstbar machten. So könne auch das durch die Boulevard-Presse übermäßig beeinflußte Frankreich von einem Tag zum andern zu einer neuen und gefährlichen Form des Boulangismus zurückkehren — trotz aller Friedensliebe der Provinzen.

Der Fürst bestritt, daß die Provinzen sich heute noch von Paris lenken ließen. Paris habe sich zu sehr diskreditiert.

Ich fuhr fort, indem ich sagte, daß man auch in den Provinzen mit Chauvinismus zu rechnen habe. Er hätte Gelegenheit gehabt, sich davon zu überzeugen und sogar im Verein mit General Dragomirow den Chauvinismus in einer Weise erregt, daß es nicht nur in Deutschland aufgefallen sei, sondern auch in andern Staaten.

Der Fürst bestritt dieses und erzählte mir in breiter Weise, wie sich sein Verkehr mit Faure, Hanotaux, Ribot pp. ganz natürlich entwickelt habe. Sodann sprach er die Behauptung aus, daß im Gegenteil sogar seine Tätigkeit besonders darauf gerichtet gewesen sei, Frankreich zur Ruhe zu mahnen und von extremen Schritten abzuhalten. Er habe sich zu seiner Aufgabe gemacht, die konservativen Elemente der Republik zu stärken. Nichts anderes bliebe übrig, weil eine Restauration der Monarchie ausgeschlossen sei.

Ich erwiderte in längerer Ausführung, daß auch die Stärkung der konservativen Elemente Frankreichs eine Stärkung der Republik bedeute, und daß er sich damit als Vertreter des Hortes monarchischer Institutionen zu einem Werkzeug der Revolution mache. Seine Majestät der Kaiser Wilhelm werde ihm diesen Gedanken wohl noch weiter ausführen.

Bei uns sei nicht etwa Angst das Motiv unsers Ärgers — denn unsere Armee werde im Kriegsfall noch glänzender wie 1870/71 siegen — und sogar nach zwei Fronten, wenn es nötig sei —, sondern lediglich das traurige Bild republikanischer Propaganda von autokratischer Seite.

Der praktische Nutzen, replizierte Lobanow, den die Stärkung der konservativen Elemente Frankreichs bringe, läge darin, daß diese ihre Hand von einer Propaganda ließen, welche in den romanischen Ländern bei einem Übergewicht radikaler Elemente in Frankreich binnen kürzester Frist zu Republiken führen müsse.

Ich bestritt dieses an der Hand der Tatsache, daß französische republikanische Propaganda — besonders in Italien — auch jetzt und trotz seiner Einwirkung bestände, und fügte hinzu, daß mir seine Propaganda für die Republik in Europa bedenklicher erschiene als alles andere.

„Sie haben ein unliebsames Aufsehen überall durch Ihr Auftreten gemacht,“ sagte ich, „nicht nur jetzt in Frankreich, sondern durch die Art Ihrer Politik. Alle sind beunruhigt worden, die Ihre Ernennung zum Minister so freudig begrüßten, — selbst diejenigen Franzosen, die den Frieden wünschten. Mir hat ein solches Exemplar gesagt: „Eh bien, c'ect effrayant comme Lobanow marche en avant!“

Der Fürst war ziemlich verlegen über meine Offenheit, nahm mir aber meine Äußerung nicht im geringsten übel. Er flüchtete sich hinter Giers. „Je n'ai pas voulu faire la politique d'un homme malade, fini, mort, comme Giers,“ sagte er, — „aber es täte mir leid, wenn man mich für einen Raufbold hielte.“ Dieses wies ich zurück, weil der Schwerpunkt der russischen Politik in den Händen des Zaren läge, der in seinem direkten Verkehr mit Kaiser Wilhelm zu feste Garantien für den Frieden gegeben habe, um daran zweifeln zu können.

Ich muß zur Ehre Lobanows bekennen, daß er meine Bemerkungen, die wohl dem Inhalte, nicht aber der Form nach hart waren, mit größter Liebenswürdigkeit aufnahm und mir nur im scherzenden Tone sagte, „daß ich ihm gar nichts ersparte.“

Es wurde nun der etwas peinliche Eindruck meiner Äußerungen durch ein Thema verwischt, das ihn völlig beherrschte. Ich habe früher schon den Haß des Fürsten gegen England bemerkt. Dieser Haß hat angesichts der Haltung Salisburys noch eine bedeutende Verstärkung erfahren.

Drei Dinge waren es, die Lobanow außerordentlich präokkupierten:

1. Aus einer Äußerung Lord Dufferins zu Hanotaux geht hervor, daß die Engländer sich der Dardanellen bemächtigen wollen*.
2. Es besteht ein geradezu fieberhafter Depeschenverkehr zwischen Rom und London. (Man hat dieses in Frankreich konstatiert.)
3. Die Armenische Frage**.

Lobanow hat den Eindruck, daß Salisbury, um das völlig geschädigte politische Ansehen Englands zu heben, einen überraschenden Gewaltcoup plant. Es liegt Salisbury alles daran, die Aufmerksamkeit von Ägypten abzulenken. Der Fürst hat das Gefühl, daß die Ereignisse in der Türkei „der Anfang vom Ende" sind. Er hält die Lage auf dem Balkan für sehr ernst.

Es lag mir daran, möglichst genau festzustellen, welches seine eigentlichen Gedanken gegenüber England seien, und so knüpfte ich an meine scharfe Verurteilung der unerhört beunruhigenden Politik Salisburys (indem ich mir sehr wohl bewußt war, daß meine Äußerung im gegebenen Falle als von einer in dieser Frage nicht autorisierten Persönlichkeit ausgehend jederzeit offiziell desavouiert werden könne) die plötzliche Bemerkung, „daß wir keine Hand rühren würden, um England beizustehen".

Ich habe selten eine frappantere Wirkung von einer Äußerung erlebt! Das ist es, um das sich die Ideen Lobanows bewegen. Der Blick, mit dem er mich, sich neben mir im Wagen ganz zu mir wendend, fragte: „Pour sur?" zeigte mir seine Gedanken völlig unverhüllt.

Als ich ihn nach dem Essen in seinem Zimmer aufsuchte, fand ich ihn mit geröteten Backen eine Zigarette rauchend ohne irgendeine Beschäftigung in tiefem Grübeln über den Gedanken vor: wie er wohl am besten alle betrügen könnte.

Er war so erfüllt von „England", daß er ohne Umschweife sofort sagte: „Wenn ich Ihnen von der Friedfertigkeit Frankreichs Deutschland gegenüber vorher erzählte, so entspricht dieses absolut den Tatsachen. Die Sache liegt aber anders bezüglich Englands. Ich gestehe Ihnen, daß ich die Stimmung bezüglich Englands in Frankreich sehr erregt, sehr eingenommen fand. Auf allen Wegen begegnet Frankreich England: in Ägypten, in Tonkin — man hat festgestellt, daß England den Weg durch Birma nach China haben will — in Afrika — bei den Dardanellen. England will alle „Tore" der Welt! — wir aber geben unter keinen Umständen zu, daß England sich der Dardanellen bemächtigt." —

Ich habe früher die Ansicht ausgesprochen, daß die Anwesenheit Lobanows in Frankreich eher England als Deutschland betroffen hat. Nach meiner heutigen Unterhaltung möchte ich dieses kaum mehr bezweifeln.

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXII.

** Vgl. Bd. X, Kap. LXI

Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß Fürst Lobanow die Lage in Österreich sehr pessimistisch ansieht. „Solange Kaiser Franz Joseph lebt, wird es gehen. Nachher unter dem ‚tollen‘ Otto können wir eine Art Zusammenbruch erleben. Und die Polen!! — Zwei Polen!“

Nachdem ich Seiner Majestät über meine Unterhaltung mit dem Fürsten Lobanow berichtet hatte, in welcher die wesentlichsten Punkte bereits von mir berührt worden waren, gestaltete sich die Audienz recht günstig. Sowohl Seine Majestät als Fürst Lobanow sprachen mir beide ihre Befriedigung aus. Wenn auch der Kaiser in sehr akzentuiertem Tone von den Gefahren einer Verstärkung des republikanischen Gedankens durch Rußland gesprochen hat, so ergab doch die Unterhaltung manche Anknüpfungspunkte. Seine Majestät erzählte mir, daß der Fürst Kenntnis von seinem Brief an den Zaren erhalten hätte (Lobanow wird dieses mit einer gewissen Genugtuung mitgeteilt haben). Allerdings dürfte es nur in Form einer Depesche auszugsweise geschehen sein* und im Zusammenhang mit dem Telegramm stehen, von dem der Zar Herrn von Moltke Mitteilung machte.

Lobanow hat auch von der englischen Politik gesprochen — wahrscheinlich um zu kontrollieren, welche Stimmung nach meinen kurz vorher gehörten Äußerungen bei Seiner Majestät er vorfinden würde. Seine Majestät hat sich wenig freundlich für England gezeigt und lachend gesagt, daß die Engländer so naiv gewesen seien, ohne jegliche Gegenleistung seine Dienste zu beanspruchen. Er ließe sich auf derartige Abenteuer nicht ein — um so weniger, wenn er außerdem in der unflätigsten Weise von der englischen Presse angegriffen würde. Der Bismarcksche Ausspruch von den Knochen des pommerschen Grenadiers fände daher England gegenüber eine sehr zutreffende Anwendung.

Auch Seiner Majestät gegenüber sprach Lobanow von der anscheinend ernsten Absicht der Engländer, die Dardanellen zu nehmen, resp. sich auf der davorliegenden Insel festzusetzen. Der Fürst hat in ganz bestimmter Weise erklärt, daß Rußland sich dieses nicht gefallen lassen würde. Hierzu hat Seine Majestät bemerkt, daß er diesen Standpunkt als einen berechtigten anerkenne und nicht abgeneigt sei, ihn moralisch zu unterstützen.

Fürst Lobanow war ganz ungewöhnlich präokkupiert, als er von der Audienz kam, bei deren Schluß Seine Majestät ihm die nach seinem Entwurfe von Knackfuß gezeichnete Allegorie** überreicht hatte.

(gez.) P. Eulenburg

---

* Vgl. jedoch Nr. 2318, S. 353, Fußnote **

** Vgl. Nr. 2321, Fußnote **.

Nr. 2324

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes Freiherrn von Marschall

Reinschrift

Berlin, den 14. Oktober 1895

Fürst Lobanow besuchte mich heute und führte ein längeres politisches Gespräch mit mir. Der Inhalt desselben läßt sich dahin zusammenfassen: Tiefes Mißtrauen des Fürsten gegen Englands Pläne in der Türkei, Entschluß, keine englische Besetzung der Dardanellen zu dulden, die friedlichste Gesinnung Rußlands gegen Deutschland, und endlich Darlegung der Nützlichkeit der franko-russischen Entente auch für Deutschland.

Fürst Lobanow begann mit der Frage, ob neuere Nachrichten aus Konstantinopel vorlägen? Das Telegramm aus Batum, welches die Niedermetzelung von 600 Christen in Trapezunt* behauptet, beeindruckte ihn sehr; er befürchtete einmal, daß solche Christenverfolgungen sich ausbreiten könnten, und sich daraus für die Türkei das „commencement de la fin" entwickeln könne, namentlich aber, daß diese Vorgänge einen ungünstigen Einfluß auf die öffentliche Meinung in England üben und die Aktionspläne Lord Salisburys fördern könnten. Gegen die orientalische Politik des letzteren** sprach sich der Fürst mit dem größten Mißtrauen aus; dieselbe sei unklar und zweideutig; wohin Salisbury in der armenischen Frage wolle, verstehe er nicht. Auf meine Frage, vielleicht wünsche er ein autonomes Armenien? entgegnete der Fürst. „Nein, in dieser Beziehung haben wir bestimmte Zusicherungen verlangt und erhalten; ein autonomes Armenien ist für uns unannehmbar." In Paris sei man gleichfalls sehr argwöhnisch gegen England, welches den französischen Interessen überall entgegentrete; auch dort rechne man mit einem coup de main Lord Salisburys im Verfolg der armenischen Angelegenheit. Die Dinge seien so weit gediehen, daß man die Möglichkeit der Einfahrt der englischen Flotte in die Dardanellen ins Auge fassen müsse. „Pouvons--nous tolérer cela? Impossible, impossible!" In Paris sei man gleichfalls der Ansicht, daß ein solches Vorgehen Englands nicht geduldet werden dürfe. Es würde dies eine flagrante Verletzung des Berliner Vertrages sein; Europa habe allerdings schon einzelne Verletzungen der Verträge hingenommen, allein die Wegnahme der Dardanellen sei eine Durchbrechung (infraction) der Grundlage der bestehenden Verträge. Als der Fürst des längeren diesen Gedanken ausführte, bemerkte ich, daß

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXI, Nr. 2424 ff.

** Vgl. Kap. LXII.

unsere traditionelle Orientpolitik ihm bekannt sei; wir hätten keine direkten Interessen dort, wir würden uns daher in die schwebenden Einzelfragen nicht einmischen. Unsere Orientpolitik habe als Grundlage die internationalen Verträge und ziele ausschließlich auf Erhaltung des Friedens. Diese Politik hätten wir unentwegt in Bulgarien befolgt. Der Fürst erkannte die vollkommene Korrektheit unserer Politik an, ohne auf die bulgarische Frage einzugehen.

In emphatischer Weise betonte Fürst Lobanow die friedlichen Absichten Rußlands gegenüber Deutschland. Nirgends, weder im fernen Osten noch in Europa oder sonstwo, beständen divergierende Interessen zwischen beiden Ländern. Mit Unrecht beunruhige man sich über die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland — der Fürst vermied den Ausdruck „entente" —, dieses Verhältnis gereiche dem Frieden und auch den konservativen Interessen zum Vorteil. Auch vom Gesichtspunkt der monarchischen Interessen sei der Einfluß, welchen Rußland sich in Paris gesichert habe, nützlich. Die Republik in Frankreich sei eine Tatsache, mit der man rechnen müsse, eine monarchische Restauration erscheine in absehbarer Zeit unmöglich. Es sei klar, daß ein absolut-monarchischer Staat wie Rußland allezeit dafür eintrete, daß die französische Republik sich in konservativen Bahnen bewege, im Innern der Revolution entgegentrete und nach außen hin jeder republikanischen Propaganda entsage. Die Monarchien in Spanien und Portugal seien schwach; wenn heute die republikanische Propaganda von Frankreich aus vollkommen aufgehört habe, so sei dies das Verdienst Rußlands. Damit leiste Rußland der monarchischen Sache einen Dienst. Die Idee der „revanche" gegen Deutschland sei in Frankreich längst aus dem Gebiete praktischer Politik herausgetreten und schwebe den Franzosen mehr als eine Art Zukunftsideal vor, als daß es ihre politische Haltung beeinflußte. Stets werde Rußland in Paris zur Mäßigung und Versöhnlichkeit gegen uns mahnen. Der Antrag Cavaignac*, der in Berlin beunruhigt habe, sei ganz harmlos; er ziele nach einer Ersparnis von 20—30 Millionen Francs und enthalte nach Ansicht der Regierung eine Desorganisation der Armee. Darum sei derselbe entschieden abgelehnt worden. Überdies sei Cavaignac ein radikaler Abgeordneter, der Minister stürzen wolle, um selbst Minister zu werden.

Die Liaotung-Frage** hielt Fürst Lobanow für erledigt; daß die Chinesen keine dreißig Millionen zahlen wollten, sei vorauszusehen gewesen; sie seien aber durchaus in der Lage, es zu tun und würden sich fügen.

Marschall

---

* Vgl. Nr. 2321.

** Vgl. Kap. LVII.

Nr. 2325

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 389 St. Petersburg, den 17. Oktober 1895

Über den Aufenthalt des Fürsten Lobanow in Berlin, auf dessen Beurteilung durch die russische Presse ich in meinem gehorsamsten Bericht vom 15. d. Mts. — Nr. 388 — hinzuweisen die Ehre hatte, hat sich nunmehr auch die „Nowoje Wremja" in ihrer Nummer vom 16. d. Mts. in einem bemerkenswerten Artikel ausgesprochen.

Das Blatt weist zunächst die Annahme zurück, als trüge der Besuch des Ministers in Berlin, der gleich im Anschluß an seinen langen Aufenthalt in Frankreich erfolgt sei, irgendwie den Charakter einer Demonstration. Er erscheine im Gegenteil als eine logische Folge der Beratungen, welche zwischen dem russischen Diplomaten und der französischen Regierung stattgefunden hätten. Die augenblickliche politische Lage Europas erheische unbedingt ein Zusammengehen der leitenden Mächte und eine Fortdauer des Einvernehmens zwischen Rußland, Frankreich und Deutschland, das letzteres durch seinen Anschluß an die Aktion in Ostasien angebahnt habe. Die türkischen Angelegenheiten* hätten gegenwärtig eine solche Wendung genommen, daß nur die Einmütigkeit der Kontinentalmächte es zu verhindern vermöge,[1] daß dieselben eine ernste Gefahr für den europäischen Frieden würden.

Es müßten auch, so heißt es weiter, zwischen Paris, St. Petersburg und Berlin ganz bestimmte Verabredungen getroffen werden, wie man den englischen Bestrebungen im Orient entgegentreten könne, und auch die ägyptische Frage müsse in den Kreis der Eröterungen gezogen werden. „Dieses Alles," so schließt der Artikel, „verleiht dem Umstande eine beruhigende Bedeutung, daß nach dem ungewöhnlich langen Aufenthalte in Paris unser Minister der Auswärtigen Angelegenheiten es für nützlich fand, auf einige Tage in Berlin abzusteigen. Die Blätter, welche hieraus Folgerungen machen, die der Wirklichkeit durchaus nicht entsprechen, halten wir für nötig daran zu erinnern, daß dank der internationalen Politik, an welcher England gegenwärtig festhält, die Lage der Dinge auf dem Kontinente Europas sich von derjenigen merklich zu unterscheiden begonnen hat, bei welcher im Jahre 1891 der Dreibund erneuert wurde und hierauf eine enge Annäherung Rußlands an Frankreich erfolgte. Gegenwärtig bedroht den europäischen Frieden nur England allein, und es ist vollkommen natürlich, wenn die übrigen Mächte gemeinschaftlich handeln und die persönlichen Abrechnungen miteinander bis auf weiteres vertagen."

---

* Vgl. Bd. X, Kap. LXI und LXII.

Diese Preßäußerungen zeigen, wie sehr es Rußland augenblicklich darum zu tun ist, Deutschland an seiner Seite zu wissen.

Radolin

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 2326

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow*

Eigenhändiges Konzept

Privat Berlin, den 20. Oktober 1895

Der Artikel der „Nowoje Wremja", den Sie heute durch die Post erhalten**, bestätigt meine Vermutung, daß Lobanow das hiesige Entgegenkommen ausbeuten wird, um Italien und natürlich auch England kopfscheu zu machen, letzteres zum Rückzug zu veranlassen und ersteres zum Anschluß an die russisch-französische Gruppe zu bringen.

Holstein

Nr. 2327

Der Botschafter in Petersburg Fürst von Radolin an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 391 St. Petersburg, den 19. Oktober 1895

Fürst Lobanow, den ich eben besuchte, sprach mir mit großer Befriedigung von seinem Aufenthalt in Berlin, von der überaus gnädigen Aufnahme, die er bei Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, unserm allergnädigsten Herrn, in Hubertusstock gefunden, von der Liebenswürdigkeit Euerer Durchlaucht und von dem angenehmen Eindruck, den der Staatsminister Freiherr von Marschall auf ihn gemacht. Fürst Lobanow sagte mir, er hätte aus einem Telegramm, das Seine Majestät der Kaiser an Kaiser Nikolaus gerichtet***, zu seiner Freude ersehen, daß auch er auf Seine Majestät den Kaiser eher einen günstigen Eindruck gemacht habe. Er erzählte mir im Laufe des Gesprächs, daß er Seiner Majestät dem Kaiser ausführlich dargelegt habe, wie die guten Beziehungen Rußlands zu der französischen Regierung wesentlich dazu beitragen, die Franzosen abzuhalten, sich von chauvinistischen Hetzern zu unüberlegten Torheiten fortreißen zu lassen, und daß seine

* Ein gleiches Schreiben ging an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt.
** Vgl. Nr. 2325.
*** Nicht bei den Akten.

Begegnung mit Herrn Hanotaux und dem Präsidenten Faure von entschiedenem Nutzen für die Befestigung des Friedens gewesen sei. Fürst Lobanow sprach mir des längeren über seinen Aufenthalt in Frankreich und den günstigen Eindruck, den Herr Hanotaux auf ihn gemacht habe, und meinte, daß es eine Garantie für den Frieden sei, einen so konzilianten und gewiegten Mann an der Spitze des französischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten zu haben. In Frankkreich sei man so sehr von den Verdiensten des Herrn Hanotaux überzeugt, daß es so ziemlich festzustehen scheine, daß, wenn auch das Ministerium fallen sollte, Herr Hanotaux nach wie vor das Mnisterium des Äußern behalten würde*.

Radolin

Nr. 2328

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Rom Bernhard von Bülow

Reinkonzept

Nr. 787 Berlin, den 15. November 1895

Die in Ew. pp. Bericht Nr. 184** wiedergegebene Äußerung des Baron Bruck „Seien Sie versichert, daß der Sturz des Grafen Kálnoky und die Ernennung eines Polen zu seinem Nachfolger ein dicker Strich durch die russische Rechnung war", — charakterisiert in treffender Weise die Politik des Fürsten Lobanow, soweit dieselbe bisher erkennbar geworden ist.

Ich schicke voraus, daß Fürst Lobanow für Rußland wahrscheinlich nur ein dauerndes Zukunftsbündnis sieht, nämlich das unserige, aber nicht für die jetzige, sondern für eine spätere Phase der Weltgeschichte. Für heute haben wir als Freunde keinen Platz in seinem Programm, heute würde ihm nächst der französischen die österreichische Allianz — ich sage ausdrücklich nicht die österreichisch-ungarische — zweckentsprechender sein. Daß ein Geschichtskenner wie Fürst Lobanow annehmen sollte, ein Bündnis Rußlands mit Frankreich sei für lange Dauer, diesen Gedanken halte ich von vornherein für ausgeschlossen. Zwischen Staaten wie zwischen Individuen, welche beiderseits herrsch- und habsüchtig und außerdem empfindlich sind, ist auf dauernde Freundschaft nicht zu hoffen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Fürst Lobanow an der Hand der Geschichte schon heute den Punkt erkennt, welcher einstmals das Ende

* Tatsächlich bemühte sich nach dem schon am 28. Oktober erfolgten Sturz des Kabinetts Ribot der mit der Neubildung beauftragte Bourgeois, Hanotaux wieder für das Ministerium des Auswärtigen zu gewinnen, jedoch vergeblich.
** Auszugsweise abgedruckt in Bd. X, Kap. LXII, Nr. 2533.

der russisch-französischen Freundschaft bezeichnen dürfte, — derselbe Punkt, wegen dessen der Krimkrieg entstand, nämlich Jerusalem und die heiligen Orte. Unsere Berichterstattung aus Jerusalem läßt keinen Zweifel darüber, daß Streitigkeiten zwischen Griechen und Lateinern, d. h. zwischen Russen und Franzosen, nur künstlich, allerdings meistens durch die Nachgiebigkeit der letzteren vermieden werden. Rußland und Frankreich behandeln heute diese und alle andern vorkommenden Fragen nach der Grundregel, daß sie beide vorläufig noch einig bleiben müssen.

Als Dritten in diesem Weltbeherrschungsbunde braucht Fürst Lobanow Österreich*. Ebenso wie in Deutschland, gibt es auch in Österreich starke politische Gruppen, welche ein Zusammengehn mit Rußland wünschen. Der Unterschied zwischen den deutschen und den österreichischen Anhängern eines russischen Bündnisses ist aber ein sehr wesentlicher. Für die Deutschen bildet die russisch-französische Verbindung ein Hindernis, wenigstens für das Zusammengehen in europäischen und Mittelmeerfragen. Für die Österreicher im Gegenteil macht die schon vorhandene Verbindung zwischen Rußland und Frankreich den Anschluß an diese Gruppe noch wünschenswerter als den Anschluß an Rußland allein. Alle diejenigen Österreicher, welche die nach dem Jahre 1866 nötig gewordene Verlegung des österreichischen Schwerpunktes mehr nach Osten als ein Unglück ansehen, hoffen von dem Anschluß an die franko-russische Gruppe eine Revision des Nikolsburger Friedens, Rückverlegung des österreichischen Schwerpunktes nach Deutschland hinein und Wiedererlangung der österreichischen Oberherrschaft über Süddeutschland bis zum Main und Rhein, kurz, die Verwirklichung und Erweiterung des Programms Josephs II., gegen welches Friedrich der Große 1785 mit Erfolg den deutschen Fürstenbund bildete. Dafür würde man jetzt den Franzosen gern Konzessionen auf dem linken Rheinufer und den Russen solche auf der Balkanhalbinsel machen.

Bisher haben die Anhänger dieses Programms keinen bemerkbaren Einfluß auf die österreichische Politik seit 1879 gehabt, weil die allgemeine Stimmung in Österreich dahin ging, daß man sich im Dreibund sicher fühlte, und das Sichere, was man besaß, nicht für unsichere Gewinne riskieren wollte. Gleichwohl war die persönliche Abneigung des ehemaligen Husarenoffiziers Grafen Kálnoky gegen die „Katzelmacher“ wie gegen „Preußen“ nicht unbekannt und wird dem Fürsten Lobanow als Unterlage für manche politische Aussprachen mit dem Grafen gedient haben. Baron Bruck hat daher unzweifelhaft recht, wenn er in der Ersetzung des Grafen Kálnoky durch den Grafen Goluchowski eine Befestigung des Dreibundgedankens erblickt. Diese

* Die folgenden Ausführungen lehnen sich fast wörtlich an eine Aufzeichnung des Reichskanzlers Fürsten von Hohenlohe vom 12. November an, die in Bd. X, Kap. LXII, Nr. 2450, abgedruckt wird.

Folge des Personenwechsels würde aber unwirksam, oder vielmehr die Persönlichkeit des Grafen Goluchowski würde verschwinden, sobald sich in Österreich die Meinung verbreitet, daß der Dreibund außerstande, oder daß er nicht willens sei, im kritischen Moment für die Großmachtstellung Österreich-Ungarns einzutreten, falls diese durch Rückwirkungen einer Balkankrisis bedroht wäre. Tatsächlich ist die Besorgnis vor Balkangefahren der hauptsächliche, wenn nicht der einzige Grund, welcher Österreich-Ungarn zum Dreibunde geführt haben kann. Denn von keiner andern Seite wird die Gesamtmonarchie heute bedroht. Von Deutschland befürchtet man keine Gelüste auf tschechische Länder; zwischen Frankreich und Österreich bestehen keine Differenzpunkte, seit das Deutsche Reich und das Königreich Italien entstanden sind, und Rußland hat genug polnische Untertanen, um Galizien neidlos in österreichischem Besitze zu lassen. Wenn man also in Österreich zu der Ansicht gelangte, daß der Dreibund gegen Balkangefahren keinerlei Sicherheit gewährt, so wäre damit der Dreibund für Österreich zwecklos, und ein sofortiges mächtiges Anwachsen der Anhänger der russisch-französischen Allianz dann unvermeidlich.

Es kann auch in Wirklichkeit kaum drei Interessentengruppen in der Welt geben, bei denen die Vorbedingungen einer leichten Verständigung in so hohem Grade vorhanden sind wie bei den Russen, Franzosen und den nichtmagyarischen und nichtpolnischen Österreichern, welche alle drei sich durch die Entstehung des Deutschen Reichs verkleinert und eingeengt fühlen. Deshalb ist es kein leerer Traum, wenn ein russischer Staatsmann auf das Zusammenwirken dieses übermächtigen russisch-französisch-österreichischen Dreibundes seine Zukunftspolitik gründet und als Ergebnis ihres konzentrischen Zusammenwirkens unter anderen auch die Herstellung der Main- und Rheinlinie erhofft als Süd- und Westgrenze des preußischen Deutschlands nach Österreich bzw. Frankreich hin.

Fürst Lobanow würde dann auch, nach Verwirklichung dieses ersten Programms, bei dem Punkte angelangt sein, wo unsere Allianz ihm als erwünscht und erreichbar erscheint; denn Preußen in seiner geschwächten Machtstellung würde mehr noch als heute die Gefahren der Isolierung fühlen und sich irgendwo anschließen müssen. Unzweifelhaft aber würde unter den drei Nachbarn Rußland, Österreich und Frankreich ersterer derjenige sein, mit welchem, trotz alles Vorgefallenen, Preußen sich am leichtesten alliieren, bei dessen Bündnis man sich immer noch am besten stehen würde. Selbst russische Politiker von der wenig deutschfreundlichen Färbung des Fürsten Lobanow würden darüber nicht im Zweifel sein, daß die deutsche Matratze zwischen Rußland und Frankreich nicht allzu dünn werden darf. Kurz, Rußland würde dem Berliner Kabinett nach dem zweiten Tilsiter Frieden günstigere Bedingungen bieten als Österreich und Frankreich. Es würde daher alle Aussicht haben, bei seinem Kriege mit Frankreich,

wenn dieser endlich durch das Übermaß der beiderseitigen Hab- und Herrschsucht herbeigeführt würde, Preußen als Verbündeten, um nicht zu sagen als vornehmsten Vasallen, zu haben.

Diese russische Zukunftsidee zu fördern, haben wir keinen Anlaß. Das sicherste zurzeit verfügbare Mittel gegen ihre Verwirklichung ist die Erhaltung des Dreibundes, jedenfalls bis zu dem Augenblick — dies incertus! —, wo Rußland vielleicht mal wünscht, ohne Frankreich sich mit uns und unseren Freunden zu vereinigen. Bis dahin haben wir zwar nicht Rußland, aber die franko-russische Gruppe als eine Gefahr zu betrachten und müssen es als besonders wünschenswert ansehen, wenn neben dem Dreibunde sich speziell für die Vertretung von Mittelmeerinteressen ein englisch-italienisch-österreichisches Zusammengehen mehr und mehr akzentuiert.

Von diesem Standpunkt aus hat Seine Majestät der Kaiser die in Ew. pp. Telegramm Nr. 178* zusammengefaßten Äußerungen des Baron Blanc mit besonderer Anerkennung als das Ergebnis der dankenswerten Tätigkeit Ew. pp. begrüßt. Auf dem gleichen Boden steht auch die von Seiner Majestät befohlene Direktive nach Wien vom gestrigen Datum**, welche ich ebenfalls beifüge, da dieselbe ebensosehr auf Italien wie auf Österreich Bezug hat. Es gereicht mir zu besonderer Freude, den Ausdruck der allerhöchsten Befriedigung zu Ew. pp. Kenntnis zu bringen.

Marschall

---

* Siehe Bd. X, Kap. LXII, Nr. 2534.
** Siehe ebenda, Nr. 2537.

Kapitel LIX

Deutsch-Französische Beziehungen
Der Dreyfus-Prozeß 1894—1895



Nr. 2329

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 265 Paris, den 31. Oktober 1894

Die Ernennung Euerer Durchlaucht zum Kanzler des Deutschen Reiches* hat hier den allerbesten Eindruck gemacht.

Wenn auch der Reichskanzler Graf Caprivi hier sehr geachtet war und als friedliebend angesehen wurde, so wird doch die Ernennung Euerer Durchlaucht als ein erneutes Zeichen der Friedensliebe unseres allergnädigsten Herrn hier angesehen und freudigst begrüßt.

Der Minister des Äußern Herr Hanotaux sagte mir: „La nomination du Prince de Hohenlohe que nous connaissons tous**, doit faire le meilleur effet en France et sera regardée comme un nouveau gage de paix et comme une nouvelle preuve que Votre Empereur la veut."

Daß diese Ansicht die richtige ist, zeigt die Haltung der Presse.

In dieser Zeit ist das besonders wichtig, denn wenn auch niemand an eine drohende Kriegsgefahr denkt, so zeigen sich doch manche Wolken am politischen Himmel.

Auf eine friedliche Haltung Deutschlands wird hier um so mehr Wert gelegt, als die Krankheit Seiner Majestät des Kaisers Alexander***, der hier im Volke als „l'ami Alexandre" bezeichnet wird, zu manchen Besorgnissen Anlaß gibt. Was der Nachfolger sein wird, wer seine Ratgeber sein werden, kann zurzeit niemand wissen, und daß die Heirat des Thronfolgers und eine zukünftige deutsche Kaiserin die Franzosen nicht sehr erfreut, liegt auf der Hand.

Die besseren Beziehungen Deutschlands zu Rußland, der Handelsvertrag† und kürzlich wieder die Aufhebung des Verbots der Annahme russischer Werte auf der Reichsbank†† beunruhigen die französischen Patrioten, und die Stimmung der Chauvinisten, welche allein ihre Hoffnung auf Rußland setzten, ist sehr herabgestimmt.

---

* Sie war am 29. Oktober durch den „Reichsanzeiger" veröffentlicht.

** Er war von 1874—1885 Botschafter in Paris gewesen.

*** † 1. November 1894.

† Vgl. Bd. VII, Kap. L, B.

†† Vgl. Bd. V, Kap. XXXVI, Anhang A, Nr. 1143.

Das Mißtrauen gegen Rußland ist in hohem Maße gestiegen und wird bald ebenso stark werden, wie das Vertrauen übertrieben war.

Das Verhältnis zwischen Frankreich und England ist entschieden kein besseres geworden. Über die Grenzregulierung der Schutzgebiete in Afrika wird fortwährend verhandelt. Nach dem, was mir der Unterhändler Mr. Phipps und der hier gestern zurückgekehrte Lord Dufferin sagen, scheint es, daß diese Verhandlungen so bald nicht abgeschlossen und zu keinem erwünschten Resultate führen werden.

Über Ägypten und Madagaskar wird zwar nicht verhandelt, beides sind aber offene Wunden.

Die Madagaskarfrage scheint brennend zu werden. Nach den letzten Berichten des Herrn Le Myre de Vilers scheint dieser nicht zu glauben, daß er das, was die französische Regierung verlangen muß, auf friedlichem Wege erlangen werde. Eine Expedition von 12000 Mann ist vorbereitet, und es wird erwartet, daß, wenn die nächsten Berichte nicht besser lauten, die Regierung einen bedeutenden Kredit verlangen* und die Expedition absenden wird.

Der japanisch-chinesische Krieg** wird hier mit Aufmerksamkeit verfolgt, und man hat das Gefühl, daß daraus auch Komplikationen entstehen könnten.

Auch die siamesische Frage*** ist noch lange nicht abgeschlossen. Lord Dufferin ist in einer gewissen Aufregung darüber und behauptet, daß die Franzosen die Bedingungen ihrer Vereinbarungen mit Siam nicht erfüllten, und daß sie das kleine Land schändlich behandelten.

Die letzte Rede Lord Roseberys in Sheffield†, in der er an die Schlacht von Azincourt erinnerte, in der die französischen Ritter von englischem Fußvolk schmählich geschlagen wurden, sowie gewissermaßen als Antwort darauf eine Rede des Kriegsministers Mercier bei Enthüllung eines Monumentes des Marschalls Bosquet in Pau, in der er sagte, daß die Franzosen bei Inkerman die Engländer vor gänzlicher Vernichtung gerettet hätten, sind keine Zeichen freundschaftlicher Gesinnungen. Die jetzige Verstimmung zwischen beiden Völkern wird sich nicht bald und nicht leicht legen, wird aber auch nach meiner Überzeugung doch nicht zum Kriege führen. Es ist eine Art latenten Kriegszustandes im Frieden, ein chauvinistisches Grollen, das für uns nur nützlich sein kann.

Die Staatsmänner sind teils an und für sich, insbesondere durch die inneren Verhältnisse, durch ihre Parlamente so schwach, daß sie

---

* Am 26. November bewilligte die Deputiertenkammer in der Tat einen Kredit von 65 Millionen Franken zur Durchführung der Madagaskischen Expedition.

** Vgl. Kap. LVII.

*** Vgl. Bd. VIII, Kap. LII, B.

† 25. Oktober.

es nicht wagen werden, ohne uns und mit der Aussicht, uns als Gegner zu haben, wirklich den Krieg zu erklären.

Italien und Spanien würden wohl beide gern zu einer Verständigung auf kommerziellem Gebiete die Hand reichen, vorläufig ist aber die schutzzöllnerische Richtung im Parlamente zu stark und die Regierung dieser gegenüber zu schwach.

Was die inneren Verhältnisse Frankreichs betrifft, so ist die Stellung des Präsidenten der Republik an sich eine zu schwierige, namentlich für einen Mann wie Casimir Périer, der tatkräftig und energisch und nicht eine bloße Repräsentationspuppe sein will. Ihm sind durch die Verfassung die Flügel beschnitten. Er hängt ganz vom Parlamente ab, er kann keine Minister entlassen, kann keine ernennen, die das Parlament nicht will und kann das Parlament nicht auflösen.

Schwierig wird die Lage des Präsidenten werden, wenn das jetzige Ministerium fallen wird. Es wird allgemein angenommen, daß es sich nicht wird halten können. Ich sehe aber noch keine bestimmte Frage, über die es fallen müßte, und auf das, was man sagt, gebe ich im allgemeinen nicht viel und halte es daher für möglich, daß das Kabinett Dupuy sich doch länger halten könnte, als man im allgemeinen annimmt*. Die Stärke dieses Kabinetts beruht darauf, daß es in der Kammer keine Partei gibt, die stark genug wäre, um ein Kabinett aus ihrer Mitte zu bilden.

Münster

Nr. 2330

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 289 Paris, den 29. November 1894

Die Beschämung über den Fall von Landesverrat des Hauptmanns Dreyfus**, die Erbitterung über die Verurteilung des der Spionage schuldigen Hauptmanns Romani durch ein italienisches Gericht, die Vermutung, daß die beiden verhafteten ehemaligen deutschen Offiziere von Kessel und Schoenebeck Spionage getrieben***, haben bei den Franzosen wieder die Krankheit der Spionenriecherei fieberhaft ge-

* Es hielt sich noch bis Mitte Januar 1895.

** Die Verhaftung des Artilleriehauptmanns Dreyfus unter dem Verdacht, fremden Militärbevollmächtigten geheime Aktenstücke mitgeteilt zu haben, war am 1. November erfolgt. Sie löste in der französischen Presse heftige Angriffe gegen die fremden, insbesondere die deutschen und italienischen Militärbevollmächtigten aus.

*** Der Leutnant a. D. von Kessel wurde in kurzem als unschuldig außer Verfolgung gesetzt, dagegen Leutnant a. D. v. Schoenebeck im Dezember zunächst in contumaciam zu fünf Jahren Gefängnis wegen Spionage verurteilt.

steigert. Die Spalten der Presse sind wieder mit den abenteuerlichsten Spionengeschichten und den phantastischsten Schilderungen über die Organisation der ausländischen Spionage gefüllt, es wird gegen die Fremden, namentlich die Deutschen und Italiener gehetzt, Vereine, Konsulate, ja sogar die Botschaften werden als Spionennester bezeichnet.

In dieser Beziehung leistet ein langer Artikel im gestrigen „Matin", einem viel gelesenen Blatte, Unerhörtes. Es wird darin die Abschaffung des Instituts der Militärattachés gefordert, insbesondere unsern Militärs Spionage vorgeworfen und die Botschaft als die Zentralstelle der deutschen Spioniererei in Frankreich hingestellt, die nicht länger geduldet werden dürfe.

Ich habe dem Minister des Auswärtigen, den ich wegen leichten Unwohlseins selbst nicht aufsuchen konnte, sofort sagen lassen, ich müßte den Schutz der französischen Regierung gegen solche infame Preßangriffe anrufen und würde mich bei den üblichen Ausflüchten von der Freiheit und den schlechten Sitten der Presse nicht beruhigen. Es sei Pflicht der Regierung, uns gegen Beschimpfungen zu schützen, ihre Sache sei es, die geeigneten Mittel zu finden. Als Mohrenheim angegriffen wurde*, habe sie sofort Remedur zu schaffen gewußt. Es würde mir sehr leid tun, wenn man uns zur Selbsthülfe zwinge. Abends kam der Minister selbst zu mir, und ich wiederholte ihm meine Vorstellungen mit dem Zusatze, daß ich nicht allein Schutz, sondern auch Genugtuung verlangen müsse. Herr Hanotaux war sehr bestürzt, sprach mir seine lebhafte Entrüstung und sein Bedauern aus, bezeichnete die Urheber dieser Preßangriffe als ehrloses, lichtscheues Gesindel, schien aber doch nicht recht den Mut zu haben, kräftig in dieses Wespennest hineinzugreifen. Da er sich aber überzeugte, daß ich die Sache sehr ernst nahm, versprach er, dieselbe auch seinerseits mit allem Ernst zu behandeln, bat aber, sie zunächst mit seinen Kollegen besprechen zu dürfen.

Am nächsten Morgen — heute — ist nun in den Blättern eine offiziöse Notiz erschienen, welche besagt, die Regierung beabsichtige nicht, die Initiative zur Beseitigung des Instituts der Militärattachés zu ergreifen. Der betreffende Artikel eines Blattes enthalte über die Tätigkeit auswärtiger Botschaften „zahlreiche Irrtümer"[1].

Ich habe im Ministerium des Äußern — der Minister war auf Jagd abwesend — sofort sagen lassen, dieses schwache Dementi sei durchaus ungenügend und weiche dem Hauptpunkte aus. Ich müsse eine ganz bestimmte, der Botschaft Genugtuung verschaffende Erklärung verlangen und in Erwägung ziehen, ob ich nicht eine halbamtliche Veröffentlichung in deutschen Blättern anregen solle, worin

---

* Vgl. Bd. VII, Nr. 1590, Fußnote *.

gesagt wird, daß der Minister mir seine Entrüstung und sein Bedauern ausgesprochen habe.

Ich erwarte nun eine weitere Mitteilung des Ministers.

Den in Rede stehenden Artikel des „Matin“ und die offiziöse Notiz sowie noch einige andere Artikel ähnlichen Inhalts beehre ich mich hier gehorsamst beizufügen*.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

Schlußbemerkung des Kaisers:

Einverstanden! Münster soll dringend auf vollste offizielle schnelle Genugthuung drücken! Sonst werde ich deutlich werden

Nr. 2331

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 299 Paris, den 13. Dezember 1894

Der Preßkrieg gegen die Militärattachés und selbst gegen die Botschaft wird mit einer Unverschämtheit geführt, die an die schlechteste Boulanger-Zeit erinnert. Die Presse hat dabei ganz andere Ziele, andere Gründe. Die Spionenriecherei und was damit zusammenhängt, sind nur Vorwände. Sie fürchtet die Reaktion, fürchtet Repressivmaßregeln und weiß, daß die jetzige Regierung die zur Preßfrechheit gewordene Preßfreiheit einschränken möchte.

Die strafrechtliche Verfolgung, welche gegen Besitzer und Redakteure gelesener Zeitungen auf Antrag der Regierung erfolgte, hat die ganze Presse in Aufregung gebracht und hat das Preßgesindel erschreckt, aber bis jetzt noch boshafter gemacht. Die Angriffe gegen uns sind gegen die eigene Regierung gerichtet.

Portalis, Camille Dreyfus, der einige Zeit lang selbst eine Rolle in der Deputiertenkammer spielte und während des Panama-Skandals durch den Marquis Morès im Duell fast erschossen wurde, und kürzlich wieder Canivet vom „Paris“ sind wegen Erpressung (chantage) angeklagt und verhaftet, und, wie mir Herr Hanotaux sagte, werden wohl noch mehrere Zeitungsdirektoren mit der Justiz in Konflikt geraten.

Die Verhaftung des Artilleriehauptmanns Dreyfus sowie die Verurteilung des französischen Hauptmanns Romani in St. Remo und die Verhaftung der früheren deutschen Offiziere von Kessel und Schoenebeck haben den Zeitungen die gewünschte Gelegenheit zu einer Diversion gegeben, um die Aufmerksamkeit von sich abzulenken und dabei die Patrioten spielen zu können.

---

* Hier nicht wiedergegeben.

Dazu kommt noch der Antisemitismus, der hier anfängt, sehr stark zu werden, und außerdem der wieder erwachende Boulangismus.

Die sogenannten Boulangisten sind aber seit Boulangers Tod nichts anderes als, wie mir gegenüber ein Franzose sie richtig bezeichnete, „les entrepreneurs des révolutions“. Sie fürchten, daß der Präsident Casimir Périer und seine Regierung immer mehr Einfluß im Lande und selbst in der Deputiertenkammer gewinnen: daher die Angriffe gegen den Präsidenten selbst und seine Ratgeber.

Der Herzog von Orléans und seine Partei fühlen das auch. Durch die Demonstration der Monarchisten in Brüssel, die aber den gewünschten Erfolg nicht zu haben scheint, will der Herzog die monarchische Partei um sich scharen und sie neu beleben.

Ob, wie vielfach von den Republikanern behauptet wird, die Boulangisten noch mit den Monarchisten zusammenhängen, kann ich mit Sicherheit nicht sagen, für unmöglich halte ich es nicht.

Der Chauvinismus hat nicht mehr die Bedeutung, die er hatte, es zeigt sich immer mehr, daß die Nation als solche den Krieg nicht will, deshalb sucht die verhältnismäßig kleine Zahl der Chauvinisten, die aber noch die schlechte Pariser Presse in der Hand haben, den Haß gegen uns neu zu beleben und womöglich Komplikationen mit dem Auslande hervorzurufen.

Gelingen wird das nicht. Glücklicherweise ist die Presse so diskreditiert, daß sie mit ihren Lügen, ihren Entstellungen und gemeinen Anschuldigungen in weiteren Kreisen und bei dem größeren und vernünftigeren Teil des Publikums keinen Glauben und keine Beachtung mehr findet.

Herrn Hanotaux gegenüber und, wo ich sonst mit Franzosen zusammengekommen bin, habe ich sehr energischen Protest erhoben gegen die maßlosen, gemeinen Angriffe, die sowohl ich als auch der Militärattaché der kaiserlichen Botschaft in letzter Zeit erfahren haben. Ich kann es bezeugen, daß Herr Hanotaux ganz außer sich darüber ist, sein Bedauern bei jeder Gelegenheit ausspricht.

Die bessere Presse ist ruhiger geworden und gegen die Ausfälle Millevoyes in der „Patrie“ und andere chauvinistische Blätter hat der Minister gestern wieder anliegendes Dementi durch die „Agence Havas“ veröffentlicht. Er behauptet, und ich glaube nicht ohne Grund, daß namentlich in diesem Augenblicke die Presse, die sich in Gefahr glaubt, gegen die Regierung zusammenhalte, und diese beinahe gar keinen Einfluß auf sie habe. Er beschwert sich mir gegenüber, daß selbst die „Agence Havas“ sein erstes Dementi abgeschwächt und verstümmelt habe. Aus einer Bemerkung des Direktors der „Agence Havas“ habe ich entnehmen können, daß das richtig war.

Herr Hanotaux hat mir wiederholt gesagt, daß er gern dazu bereit sei, die Zeitungen wegen der Angriffe gegen die Botschaft zu verfolgen. Er rät aber, trotzdem daß er die Verurteilung für sicher hält, davon ab, weil leider das Gesetz vom 16. März 1893, welches zum Schutz

der Botschafter bestimmt war, durch die Herren Ribot und Bourgeois durch den Zusatz verdorben wurde, daß die Regierung nur auf Antrag des Botschafters verfolgen könne. Jedenfalls müsse das Resultat des Kriegsgerichts über Dreyfus abgewartet werden.

Wir haben hier zu Boulangers Zeiten schon schlimmere Ausschreitungen der Presse erlebt: es wird auch dieser Preßsturm vorüberziehen, rascher je weniger man ihn beachtet.

Regierung und, wie ich aus bester Quelle weiß, die überwiegende Majorität der Kammer verurteilt und mißbilligt diese Ausfälle.

Ich bin daher der Ansicht und rate entschieden dazu, daß wir nichts tun mögen, was das gute Verhältnis zu der jetzigen Regierung trüben könnte. Wir haben an den guten Beziehungen mit Frankreich doch ein Interesse und wir dürfen gerade jetzt die Franzosen nicht noch mehr in die Arme der Russen treiben. Deshalb würde ich es auch sehr bedauern, wenn unsere Presse der schlechten chauvinistischen, boulangistischen Presse zu viel Beachtung schenkte. Gelänge es der schlechten französischen Presse, die Beziehungen der beiden Regierungen zu trüben, so würde sie ihren Zweck erreicht haben.

Am 19. d. Mts. wird Hauptmann Dreyfus vor das Kriegsgericht gestellt. Findet die Verhandlung bei verschlossenen Türen statt, so wird die Pariser Presse einen wahren Hexentanz ausführen. Die Öffentlichkeit der Verhandlung wäre für uns sehr erwünscht: es würden dadurch die vielen ganz unsinnigen Nachrichten und Erfindungen der Presse am besten widerlegt werden.

Die Version, welche am meisten verbreitet und vielfach geglaubt wird, ist die, daß die Polizei sich entweder durch Bestechung eines Dieners, andere sagen durch die Papiere aus dem Papierkorbe des Militärattachés, eine Liste verschafft, auf welcher Hauptmann Dreyfus Dokumente angegeben habe, über die er disponieren könne. Dieses Schriftstück soll Schriftgelehrten zur Begutachtung übergeben sein, um zu bestimmen, ob es die Handschrift des beschuldigten Hauptmanns sei. Sie scheinen darüber nicht einig zu sein. Daß die Polizei ein solches Schriftstück aus einer fremden Botschaft habe stehlen lassen, erscheint den Franzosen als eine schöne, moralische, patriotische Tat.

Die hiesige Regierung hätte doch ein Interesse, solche Anschuldigungen zu widerrufen, schweigt aber.

Vom Hauptmann Dreyfus hat niemand auf der Botschaft, auch Oberstleutnant von Schwartzkoppen, etwas gewußt oder gehört. Alles ist rein erfunden. Die Zeitungen haben behauptet, daß ich die Geheimhaltung der Verhandlungen verlangt habe. Im vertraulichen Gespräch mit Herrn Hanotaux kam die Rede darauf, worauf ich ihm sagte, ich könne dazu nichts sagen, aber wenn ich etwas dabei sagen könnte, so würde ich die Öffentlichkeit verlangen. Der Minister gab mir recht und sagte, er wünsche es selbst auch, er werde aber jedenfalls versuchen, Licht in der Sache zu verschaffen.

Der Kriegsminister Mercier ist, wie auch bei mehreren anderen Gelegenheiten, auch bei dieser Untersuchung so ungeschickt gewesen, daß er unmöglich noch länger im Amte wird bleiben können.

Herr Hanotaux ist seit einigen Tagen recht ernstlich erkrankt.

Münster

Nr. 2332

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 4 Paris, den 2. Januar 1895

Geheim

Der Ministerpräsident Dupuy sagte mir, er und seine Kollegen seien mir dankbar gewesen für die Art und Weise, wie ich die Angriffe der Presse behandelt und durch mein persönliches Auftreten* verhindert habe, daß das Verhältnis zwischen den Regierungen getrübt worden sei. Ich hätte vollkommen recht gehabt, mich beleidigt zu fühlen: die Regierung habe das aufrichtig bedauert.

Dreyfus werde morgen degradiert werden.

Darauf sagte mir der Minister folgendes:

„Die Verhandlungen des Kriegsgerichts sind durchaus geheim gehalten. Was ich darüber weiß, teile ich Ihnen, aber mit der Bitte um Geheimhaltung, mit."

„Dreyfus hat Verrat mit einer fremden Macht begehen wollen, hat alles dazu vorbereitet gehabt, scheint aber nicht bis zum Abschluß seiner verräterischen Verhandlungen gekommen zu sein. Er ist verurteilt, weil er die wichtigsten Dokumente gestohlen hatte, alles dazu vorbereitet hatte, um sie zu vergeben oder wahrscheinlich zu verkaufen, und sie besaß. Wohin er sie verbringen wollte, entzieht sich meiner Kenntnis; soviel ich vernehmen kann, ging der Verdacht nicht nach der deutschen Seite hin."

Der Minister schloß unsere Unterredung damit, daß er mir sagte: „Ich hoffe, daß von Dreyfus, der seine gerechte Strafe verbüßt, nicht mehr die Rede sein und alles Unangenehme, was sie zur Folge hatte, vergessen sein wird".

Münster

---

* Auf Veranlassung von Graf Münster hatte der „Figaro" vom 25. Dezember 1894 ein kategorisches Dementi gebracht, das alle in der französischen Presse gegen die deutsche Botschaft wegen des Dreyfus-Falls gerichtete Insinuationen als „freie Erfindungen" erklärte und mit den Worten schloß:

„L'Ambassade d'Allemagne n'a jamais eu le moindre rapport, soit direct, soit indirect, avec le capitaine Dreyfus. Aucune pièce émanant de lui n'a été volée à l'ambassade, et aucune démarche n'a été faite pour le huis clos du procès."

Nr. 2333

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 2 Berlin, den 4. Januar 1895

Ew. ersuche ich, den Präsidenten der Republik um Bestätigung der Auskunft des Ministerpräsidenten zu bitten, daß das nunmehr abgeschlossene Gerichtsverfahren gegen Dreyfus keine Momente ergeben hat, welche auf Beziehungen des Angeklagten zu Zivil- oder Militärmitgliedern der deutschen Botschaft hindeuten. Wenn dies richtig ist, dann erwartet Seine Majestät der Kaiser von der Loyalität des Präsidenten der Republik, daß derselbe diese Tatsache, deren längere Verdunkelung geeignet ist, einem Vertreter der allerhöchsten Person den Aufenthalt in Paris zu erschweren, amtlich und öffentlich richtigstellen lassen wird.

C. Hohenlohe

Nr. 2334

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 5 Paris, den 5. Januar 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 2*.

Den Inhalt des Telegramms habe ich Herrn Dupuy mitgeteilt, habe ihn gebeten, dem Präsidenten der Republik zu sagen, daß ich ihn im Auftrag Seiner Majestät zu sprechen wünsche. Herr Casimir Périer schickte zu mir und ließ sich entschuldigen, daß er nicht, wie er erst gewollt, mich diesen Abend nicht mehr sehen könne, und bittet mich, morgen nachmittag zu ihm zu kommen.

Herr Dupuy, dem ich sehr bestimmt sagte, daß wir eine befriedigende Erklärung verlangten, diese auch in dem Interesse der hiesigen Regierung liege, die doch nicht zugeben könne, daß sie Aktenstücke in der hiesigen Botschaft habe stehlen lassen, gab das zu. Er bemerkte, er habe die Akten des Prozesses noch nicht gesehen, werde sie aber gleich kommen lassen. Der Präsident und er würden gewiß alles tun, um dem Wunsch Seiner Majestät nachzukommen.

Münster

---

* Siehe Nr. 2333.

Nr. 2335

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 4 Berlin, den 6. Januar 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 5*.

Falls die von Seiner Majestät erwartete amtliche Klarstellung ungenügend ausfällt, wird sie durch Notenwechsel zwischen Ew. und der französischen Regierung, welcher zu veröffentlichen wäre, zu ergänzen sein.

Marschall

Nr. 2336

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Paris, den 6. Januar 1895

Casimir Périer, der mich sehr freundlich empfing, begann das Gespräch damit, daß er betonte, der direkte Appell Seiner Majestät habe ihn etwas in Verlegenheit gesetzt, weil er der Verfassung nach mich an den Ministerpräsidenten, der auch das Auswärtige Amt vertrete, hätte verweisen sollen und jeden anderen Botschafter verwiesen haben würde. Seine Majestät habe recht, an seine Loyalität zu glauben, und daher werde er offen zu mir sprechen, als ob er Minister wäre; er sei das ja noch von früher mit mir gewöhnt. Nachdem er und Herr Dupuy die Akten des Kriegsgerichts gesehen hätten, stellte sich die Sache etwas anders, als Herr Dupuy angenommen habe, als er zuerst mit mir sprach. Dreyfus sei wegen zweier Verbrechen verurteilt worden. Erstens weil er mehrere, aber besonders eines der wichtigsten Aktenstücke des Generalstabs sich verschafft, es 24 Stunden lang behalten, sich krank gemeldet, aber auf der Bahn abgereist sei (ich nehme bestimmt an, und sagt der „Matin" das schon, mit der Nordbahn, heißt also Brüssel**). Die zweite Anschuldigung, auf die er verurteilt wurde, sei ein Brief zwar ohne seine Unterschrift, der an die deutsche Botschaft gerichtet, Anerbieten wichtiger Art enthalten habe. Die Handschrift sei von drei Schriftgelehrten und sämtlichen Offizieren des Kriegsgerichts für die Schrift des Dreyfus erklärt worden, nur ein vierter Sachverständiger sei anderer Ansicht gewesen. Als ich darauf erklärte,

---

* Siehe Nr. 2334.

** Nach Münsters Auffassung hätte das Schriftstück, welches Dreyfus an sich genommen haben sollte, nur die „eventuelle Besitzergreifung und Durchmarsch durch Belgien" seitens Frankreich betreffen können.

daß die deutsche Botschaft von einem solchen Schreiben nicht die geringste Kenntnis gehabt habe, und ich darauf wiederholt betonte, daß es nicht auf die Botschaft selbst gelangt sein könne, erklärte der Präsident, daß er meine Versicherung nicht bezweifle und bestimmt glaube, wollte mir aber durchaus nicht sagen, wie es in die Hand der Behörden gelangt sei.

Was nun mein Verlangen betreffe, daß die Regierung eine bestimmte Erklärung abgeben solle, so seien der Ministerpräsident und dessen Kollegen sehr dagegen, weil sie fürchteten, daß dadurch der Preßstreit neu entbrennen werde, und bat mich dringend, darauf nicht zu bestehen. Ich erwiderte, daß ich das nicht könne, es auch im eigenen Interesse der hiesigen Regierung nicht für richtig halten würde, weil die öffentliche Meinung in Deutschland doch sehr erregt sei, vor allem aber, daß Seine Majestät der Kaiser nicht wünschen könne, daß eine solche Legende auf Seiner Majestät Botschaft haften bleibe. Hierüber habe ich eine halbe Stunde debattiert und bin so weit gekommen, daß er schließlich versprach, den Ministern zu raten, eine Erklärung abzugeben, wobei aber die deutsche Botschaft allein nicht genannt werden könne. Umfasse das Dementi alle Botschaften in Paris, so sei doch die deutsche unbedingt mitgemeint. Würde die allein genannt, so werde der Verdacht auf die anderen gelenkt, außerdem würde der Vorwurf, die französische Regierung werde durch Deutschland regiert, wiederholt werden.

Fortsetzung folgt, da ich in zwei Stunden erst Herrn Dupuy sehen werde.

Bei der schwierigen Stellung des Präsidenten bitte ich dringend, daß von dieser Unterredung nichts in der Presse verlautet.

Münster

Nr. 2337

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Paris, den 6. Januar 1895

Herr Dupuy begann unser Gespräch damit, daß er nicht gewußt habe, daß der an der Botschaft gefundene oder gestohlene Brief im Kriegsgericht als Beweismittel gegen Dreyfus benutzt sei. Das gravierendste Moment sei aber die Entwendung eines wichtigen Dokuments des Generalstabs gewesen. Der Minister wollte sehr ungern eine Erklärung abgeben; als ich aber schließlich sagte, in dem Fall würde es einen Notenwechsel geben, der unangenehmer werden könnte, gab er nach und schlug vor, auf das frühere Dementi zurückzukommen und es mit einem Eingang nochmals zu veröffentlichen. Er stellte dabei die Bedingung, daß ich erklären solle, es werde damit die Sache auch

in Berlin als abgemacht angesehen und der Preßkrieg aufhören. Eine solche Erklärung verweigerte ich, bot ihm aber an, den Text nach Berlin zur Genehmigung zu senden. Mehr wird hier nicht zu erreichen sein, weil die Kammern Dienstag zusammenkommen. Einen Notenwechsel würde ich des Briefes wegen für bedenklich halten.

Bitte um baldige Antwort, da der Minister mich morgen zwischen 2 und 6 erwartet. Nachfolgend Text des vorgeschlagenen Dementis: „Da gewisse Zeitungen infolge der kriegsgerichtlichen Verurteilung des Ex-Kapitains Dreyfus fortfahren, à mettre en cause fremde Botschaften in Paris, scheint es angezeigt, pour empêcher l'opinion de s'égarer die note communiquée à cet égard dès le 30 Novembre zu wiederholen (rappeler): ‚Gewisse Zeitungen fahren fort, in verschiedenen Artikeln über militärische Spionage die fremden Botschaften und Gesandtschaften in Paris hereinzuziehen. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß die diesbezüglichen Behauptungen (allégations) jeder Begründung entbehren.'"

Münster

Nr. 2338

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 7 Berlin, den 7. Januar 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 8*

Von Dupuy angebotenes Dementi erscheint nicht ausreichend, auch dort gewünschte Beendigung Preßstreits herbeizuführen.

Da die französische Regierung einfache öffentliche Bekanntgabe der vom Präsidenten der Republik und vom Minister Dupuy Ihnen mitgeteilten gerichtlichen Feststellungen nicht am Platze erachtet, so kann unerörtert bleiben, ob nicht vielleicht eine solche Veröffentlichung für uns das Erwünschteste wäre, weil jene Feststellungen nicht dazu angetan sind, die deutsche Regierung oder deren Organe vor der öffentlichen Meinung zu belasten und weder Reise des Dreyfus noch sein angeblicher Brief gegen uns beweisen.

Vielmehr wollen wir in Würdigung der schwierigen Lage französischer Regierung uns als Minimum mit Veröffentlichung von Dupuy angebotenen Dementis begnügen, falls dazu folgender Zusatz gemacht wird:

„Wir sind zugleich ermächtigt, hinzuzufügen, daß Verlauf Prozesses Dreyfus zu keiner Einschränkung damaliger Note Anlaß gegeben hat."

Der Herr Chef des Generalstabes der Armee, Graf von Schlieffen, ist hiermit einverstanden. C. Hohenlohe

* Siehe Nr. 2337.

Nr. 2339

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 10 Paris, den 7. Januar 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 7*.

Eine Veröffentlichung der Verhandlungen des Kriegsgerichts ist unmöglich, weil nach hiesigem Gebrauch und den geltenden Bestimmungen die Verhandlungen eines Kriegsgerichts auch selbst für die Regierung, wenn sie die Geheimhaltung beantragt hat, geheim bleiben sollen, und der Ministerpräsident selbst nicht zugeben darf, daß er sie kennt.

Aus diesem Grunde erklärte Herr Dupuy, daß es für ihn ganz unmöglich sei, den gewünschten Zusatz anzunehmen. Täte er das, so würde er in der morgen zusammentretenden Kammer sofort befragt, interpelliert werden und ganz sicher fallen, was wir wegen dieser Sache auch nicht wünschen würden. Indirekt, meinte der Minister, läge das, was wir wünschten, in dem Eingang und in der Wiederholung der früheren Note selbst.

Ich bitte um möglichst baldige Instruktion, ob ich die ursprüngliche Redaktion ohne Zusatz annehmen darf.

Sollte es der Fall sein, so wäre es gut, sobald als möglich, weil einige Zeitungen wieder anfangen zu hetzen. Herr Dupuy hofft, daß damit der hiesige Preßkrieg doch aufhören werde, und wird, was er kann, dazu tun.

Münster

Nr. 2340

Der Reichskanzler Fürst von Hohenlohe an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Klehmet

Nr. 8 Berlin, den 8. Januar 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 10**.

Bitte zu versuchen, ob Zusatz in folgender Form annehmbar:

„Wir können ausdrücklich hinzufügen, daß auch seither nichts eingetreten ist, was zu einer Einschränkung dieser Note Anlaß gäbe.“

Sollte französische Regierung auch hierauf durchaus nicht eingehen zu können glauben, so wollen wir uns mit von Dupuy vorvorgeschlagenem Dementi unter der Voraussetzung begnügen, daß

---

* Siehe Nr. 2338.

** Siehe Nr. 2339.

einmal statt der Worte „scheint es angezeigt“ gesagt wird: „sind wir ermächtigt“, und daß ferner Preßkrieg aufhört.

Erfüllt sich diese Voraussetzung nicht, so müssen wir zu unserm Bedauern darauf Bedacht nehmen, die beleidigte Würde des Vertreters Seiner Majestät auf andre Weise zu wahren, etwa durch Ihre Beurlaubung auf längere Zeit.

C. Hohenlohe

Nr. 2341

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 11 Paris, den 9. Januar 1895

Herr Dupuy hatte gegen den vorgeschlagenen Zusatz, „daß auch seither nichts eingetreten ist, was zu einem Einschreiten diesmal Anlaß gebe“*, das Bedenken, daß dies zu Anfragen im Parlament Anlaß geben könne. Als ich sah, daß er das Bedenken durchaus nicht fallen lassen wollte, habe ich ihm vorgeschlagen, statt „il y a lieu“ zu setzen „nous sommes autorisés“.

Er nahm das bereitwilligst an. Die Note erscheint diesen Nachmittag in der „Agence Havas“, außerdem läßt Herr Dupuy die Redakteure der bedeutendsten Zeitungen noch heute zu sich kommen, teilt ihnen selbst die Note mit und verlangt von ihnen auf das bestimmteste, daß sie alles tun sollen, um den Preßkrieg, durch den die guten Beziehungen gefährdet würden, aufhören und als unbegründet erscheinen zu lassen. Der Minister bat, daß auch von unserer Seite auf die Presse gewirkt werde.

Ich habe es für sehr wichtig gehalten, heute gleich abzuschließen, weil die Gefahr vorliegt, daß morgen das Ministerium fallen könnte. Morgen wird in der Deputiertenkammer beantragt werden, den Sozialisten Gerault-Richard, der wegen Beleidigung des Präsidenten einjährige Gefangenschaft abbüßt, und der im 13. Arrondissement in Paris gewählt wurde, aus der Haft zu entlassen.

Die Regierung widersetzt sich und stellt die Kabinettsfrage; da unvernünftigerweise die Rechte mit den Sozialisten stimmen will, ist ein Ministerwechsel möglich, was in diesem Augenblick sehr ernst wäre.

Es erschien am Montag ein Schandblatt „l'Antiprussien“ mit einem Bilde von Dreyfus mit preußischem Helm.

Herr Dupuy sagte mir, daß er, sowie er das erfahren, die Beschlagnahme und strengstes Verbot befohlen habe.

Münster

---

* Die Wiedergabe des Zusatzes ist nicht korrekt (vgl. Nr. 2340), wohl infolge fehlerhafter Entzifferung.

Nr. 2342

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm en clair. Abschrift

Nr. 12 Paris, den 9. Januar 1895

Die „Agence Havas" bringt folgende Note: „A la suite de la condamnation de l'excapitaine Dreyfus par le conseil de guerre certains journaux continuant à mettre en cause les ambassades étrangères à Paris nous sommes autorisés pour empêcher l'opinion de s'égarer à rappeler la note communiquée à cet égard dès le 30 novembre 1894. Certains journaux persistent à mettre en cause dans divers articles publiés au sujet de l'espionnage militaire les ambassades et légations étrangères à Paris. Nous sommes autorisés à déclarer ques les allégations qui les concernent sont dénuées de tout fondement".

(gez.) Münster

Nr. 2343

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Paris, den 21. Februar 1895

Dem durch hohen Erlaß vom 10. Februar erteilten Auftrage gemäß habe ich der hiesigen Regierung mitgeteilt, daß eine feierliche Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals Mitte Juni stattfinden wird, und daß Seine Majestät, unser allergnädigster Herr, erfreut sein würde, wenn auch die französische Regierung durch Entsendung von Kriegsschiffen sich an dieser internationalen Feier beteiligen wolle.

Der Minister des Äußern hat mir erwidert, daß die Regierung dieser Einladung sehr gern Folge leisten werde. Der Marineminister* habe aber gebeten, daß, bevor mir die offizielle Antwort gegeben werde, ihm womöglich schon jetzt der Tag der Feierlichkeiten, die Dauer derselben, und wenn möglich das Programm der beabsichtigten Festlichkeiten mitgeteilt werden könnte. Auch würde es ihm lieb sein zu wissen, auf wie viele Schiffe etwa gerechnet würde.

Der Marineminister, den ich beim Präsidenten der Republik** traf, sagte mir, daß er sich sehr darüber freue, daß französische Schiffe bei dieser schönen, auch für den Handel sehr wichtigen Feier sich beteiligen könnten.

---

* Admiral Besnard.

** Am 17. Januar war an Stelle von Casimir Périer, der am 15. seine Würde niedergelegt hatte, Felix Faure zum Präsidenten der Republik gewählt worden.

Er konnte dabei die Bemerkung nicht unterdrücken, daß durch den Kanal die Macht der deutschen Flotte geradezu verdoppelt würde, und man ganz anders mit ihr werde rechnen müssen als bisher[1].

Er meinte, daß er am liebsten selbst mitgegangen wäre, wenn nicht sein Amt ihn hier festhielte.

Dasselbe sagte mir auch der Präsident der Republik, Herr Felix Faure, der bekanntlich Marineminister war und an allem, was die Marine betrifft, das größte Interesse nimmt.

Er bemerkte, es sei eine sehr wichtige Feier für alle Seemächte. Es werde auch der französische Handel in der Ostsee großen Nutzen daraus ziehen können.

Als der Präsident mir darauf sagte, daß er nur zu gern selbst dabei wäre, sagte ich, er möge nur kommen, er würde sehr willkommen sein[2], worauf er lachend erwiderte: „In meiner Stellung geht das leider nicht, und frei werde ich bis dahin wohl noch nicht sein[3]!"

Der Marineminister bat mich darauf, daß ich ihm möglichst bald nähere Mitteilung über Datum und Dauer der Feierlichkeiten verschaffen möge. Er müsse seine Befehle bald erteilen können, denn er wünsche, daß Frankreich einige der besten neuen Schiffe[4] zeige, und wisse noch nicht, ob er nicht Schiffe des Mittelmeergeschwaders schicken werde.

Der Minister fragte mich bei dieser Gelegenheit, ob es schon möglich sein werde, daß eventuell die Schiffe zur Rückfahrt den Kanal würden benutzen können. Darauf läßt sich wohl noch keine Antwort geben. Ich habe aber geglaubt, daß es von Interesse sein könnte, schon jetzt zu wissen, daß hier daran gedacht wird.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] !

[2] Gut

[3] ?

[4] bravo!

Schlußbemerkung des Kaisers:

4 Schiffe können kommen, auf 3—4 Tage. 17ter Juni Ankunft; Patent und Rang des Admirals mitth[eilen]

Nr. 2344

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 56 Paris, den 4. März 1895

Daß die hiesigen jetzigen Minister eine schwache Gesellschaft sind, haben sie durch die Art und Weise bewiesen, wie sie die Einladung zur Feier des Nord-Ostsee-Kanals aufgenommen und behandelt haben.

Anfänglich versicherte Herr Hanotaux, daß er gar nicht daran zweifle, daß die französische Regierung dieser Einladung sehr gern nachkommen werde.

An demselben Abende speiste ich beim Präsidenten der Republik. Dieser sowie der Marineminister redete mich darauf an, meinte, es sei eine wichtige Feier für den europäischen Handel, und die französische Marine werde gern daran teilnehmen. Der Marineminister sagte, er werde suchen, einige der besten, neuesten Schiffe hinzuschicken, um die französische Flagge würdig zu repräsentieren.

Der Präsident Faure betrachtete die Sache vom kaufmännischen Standpunkte und meinte, es führen ziemlich viele französische Dampfschiffe nach den Ostseehäfen und St. Petersburg. Da die Schiffahrt nur kurze Zeit offen und durch Belt und Sund gefährlich sei, halte er den kürzeren und sichereren Weg für äußerst wichtig für ihren Handel in der Ostsee.

Nach diesen Äußerungen konnte ich unmöglich annehmen, daß das Kabinett Schwierigkeiten suchen und sich durch die gemeinsten chauvinistischen Blätter würde beeinflussen lassen.

Ich konnte das um so weniger annehmen, als die bessere Presse — la presse sérieuse —, wie „Débats", „Temps", „Soleil", „Figaro", selbst „La France", für Annahme der Einladung warm eintraten und das Hetzen dagegen verurteilten.

Nachdem ich über acht Tage auf die Antwort auf meine Mitteilung gewartet hatte, ging ich zu Herrn Hanotaux und bat um die Antwort.

Ich fand den Minister gegen seine Gewohnheit sehr verlegen.

Er wollte die späte Beantwortung erst damit entschuldigen, daß es doch scheine, als sei die öffentliche Meinung gegen die Entsendung französischer Schiffe in einen deutschen Hafen.

Als ich ihm darauf sehr scharf erwiderte, das sei unrichtig, es hätten nur die chauvinistischen Blätter sich dagegen ausgesprochen, von denen er mir sagte, als sie mich und meine Botschaft angriffen, sie hätten gar keine Bedeutung und verdienten keine Beachtung, wogegen die Regierung sich durch dieselben wollte beeinflussen lassen, gab das Herr Hanotaux eigentlich zu und gab mir dabei zu verstehen, daß im Ministerrate von seinen Kollegen viele Bedenken laut geworden seien, die er nicht erwartet hätte.

Man glaube nach Berichten aus Berlin zu wissen, daß der Termin verschoben werden könnte, und fürchte sich vor Demonstrationen, welche in Deutschland zur 25jährigen Feier des Deutsch-Französischen Krieges beabsichtigt würden.

Nachdem ich ihm bestimmt versicherte, von einem Aufschub der Feier sei keine Rede, beruhigte er sich, äußerte nur noch, mehrere unserer Kriegsschiffe, wie „Wörth" und „Weißenburg", trügen Namen

unserer Siege, und das könne die Mannschaften der französischen Schiffe verletzen.

Als ich dem Minister sagte, wir wüßten unsere Gäste zu behandeln, entgegnete der Minister, er sei davon persönlich überzeugt und habe auch diese Ansicht im Ministerrate warm vertreten.

Er bemerkte zum Schlusse noch, daß am Todestage Carnots eine Trauerfeierlichkeit auf den französischen Schiffen stattfinden werde: das sei aber am 23., und dann würden die Schiffe Kiel wohl verlassen haben. —

Soeben hat Herr Hanotaux die Einladung für die Kieler Feier angenommen.

Im Ministerrate scheint eine ernste Opposition dagegen gewesen zu sein, da mehrere Stunden darüber beraten wurde. Besonders ist geltend gemacht, daß gerade in diesem Jahre die 25jährige Feier der Siege stattfände. Jedenfalls könnten die Schiffe nicht länger als bis zum 21. in Kiel bleiben, weil sie am Todestage Carnots nicht dort sein sollen.

Es ist über die Frage der Beteiligung mit Petersburg verhandelt worden, und hat die russische Regierung sehr dazu geraten, die Einladung anzunehmen*.

Anfänglich wollte der hiesige Marineminister zwei große Schlachtschiffe, einen neuen Kreuzer und ein Aviso schicken, es ist aber nachträglich beschlossen worden, sich, was die Zahl der Schiffe betrifft, nach Rußland zu richten.

Den Namen des Konteradmirals und der Schiffe konnte Herr Hanotaux heute noch nicht geben, versprach aber, es in einigen Tagen zu tun.

Münster

Nr. 2345

Der Geschäftsträger in Paris von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 89 Paris, den 8. März 1895

Der Minister des Äußern teilt soeben schriftlich die Annahme der Einladung nach Kiel mit und bemerkt nur, die französische Regierung behalte sich vor, bezüglich der Teilnahme der französischen Schiffe an Festlichkeiten auf das allenfallsige Zusammentreffen mit Todestag

* Vgl. dazu die französische Darstellung bei George Pagès L'Hégémonie Allemande (1871—1904) im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre T. I (1919) p. 260 ss.

Carnots Rücksicht zu nehmen*. Die französischen Schiffe werden sein: Panzer „Dupuy de Lôme“ und „Hoche“ sowie Aviso „Cosmao“ unter Befehl eines Konteradmirals.

Schoen

Nr. 2346

Der Geschäftsträger in Paris von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 64 Paris, den 9. März 1895

Die Teilnahme Frankreichs an den Festen zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals beschäftigt noch immer lebhaft die politischen Kreise und die Presse und gibt ihnen zu Erörterungen über die Bedeutung und die Folgen Anlaß, welche das Ereignis für die fernere Gestaltung der französisch-deutschen Beziehungen und die europäische Lage haben könnte. Die ernste und verständige Presse behandelt die Frage mit bemerkbarer Zurückhaltung. Sie billigt den Entschluß der Regierung zur Annahme der Einladung und stellt diese — vielleicht mehr um die Chauvins zu beruhigen, wie aus voller Überzeugung — lediglich als eine Höflichkeit dar, wie man sie zwischen Nationen, die im Frieden leben, austausche, die aber im übrigen keine weittragende politische Bedeutung habe. Das Erscheinen französischer Schiffe in Kiel sei nicht ein Zeichen des Verzichtens und Vergessens.

Anders lautet die Sprache der Chauvinisten und berufsmäßigen Patrioten, welche von der Befürchtung beherrscht sind, daß die französische Zusage das Einschlagen in die von deutscher Seite so häufig entgegengestreckte Hand der Versöhnung bedeuten könnte. Die maßvolleren unter ihnen beklagen den Entschluß der Regierung zum mindesten als eine Unbesonnenheit. „Man hätte sich allenfalls mit Entsendung einer Spezialgesandtschaft militärischen Charakters behelfen können. Wenn nun eine deutsche Flottenabteilung den französischen Besuch erwidern wolle, und es hierbei Unannehmlichkeiten gäbe — was dann?“ Die Unversöhnlichen aber toben gegen die Regierung, schreien „Vive l’Alsace-Lorraine“, schimpfen auf Ribot**

---

* Nach George Pagès hätte die offizielle französische Note vom 8. März die Annahme der Einladung an die ausdrückliche Bedingung geknüpft „qu’avant d’annoncer l’acceptation française la presse insérerait une dépêche, datée de Saint Pétersbourg ou de Berlin, et indiquant qu’un concert s’établissait entre les Gouvernements français et russe en vue de répondre à l’invitation impériale“ (Rapport de la Commission d’Enquête sur les faits de la Guerre I, 263. Diese Angabe ist unrichtig; die Note enthält nichts Derartiges.

** Ministerpräsident seit 27. Januar 1895.

und Hanotaux, die in den Fußstapfen Ferrys wandelten, sprechen von Schmach und Erniedrigung und fallen auch über Herrn Herbette her, der es nicht verstanden habe, die Einladung zu hintertreiben.

Die Regierung ist nicht ohne Mitschuld an diesem Wiederaufstehen des Patriotentums, indem sie durch ihr Zögern in Beantwortung der Einladung den Chauvins eine Blöße bot. Dem Charakter Ribots würde es vollständig entsprechen, wenn sein Zaudern auf dem Wunsche beruht haben sollte, zunächst das Orakel der öffentlichen Meinung zu befragen. Die Anfrage in St. Petersburg dürfte schwerlich die alleinige Ursache der Verzögerung gewesen sein, wenn auch die Regierung, um die Chauvins abzufinden, der Erklärung Vorschub geleistet hat, daß sie zunächst mit Rußland ein Einverständnis erzielt habe, eine Nachricht, welche von geschäftigen aber ungeschickten Freunden alsbald dahin aufgebauscht wurde, daß Frankreich Arm in Arm mit Rußland in Kiel erscheinen werde. Das Zusammenbrechen dieses Luftschlosses hat dann den Grimm der Patrioten von neuem geweckt und Protestationen in die von Déroulède angegebene Richtung gelenkt, in Kiel solle der russisch-französische Bund verwischt werden und ein neues Drei-Kaiser-Bündnis in die Erscheinung treten.

Wie sehr die Sache die Gemüter beherrscht, zeigen auch einzelne Vorgänge in der Kammer, wo trotz der vorsichtigen Reserve, deren man sich hier in heiklen Fragen der äußeren Politik zu befleißigen liebt, mehrere Redner sehr durchsichtige Andeutungen gemacht haben, wozu die Verhandlung über das Kriegsbudget leicht Anlaß bot. So hat Jules Roche, der frühere im Panamaskandal verdächtigte Handelsminister, der neuerdings mit Erfolg als Spezialist in der Kenntnis des französischen und deutschen Heerwesens auftritt und als Berichterstatter der Kommission fungierte, nicht unterlassen können, die „Aufrechterhaltung aller Hoffnungen Frankreichs" nachdrücklich zu betonen. Ein anderer, sonst ruhiger Abgeordneter aus den Reihen der Ralliierten, Marcel Habert, hat es in Bekämpfung der sozialistischen Ideen von Völkerfrieden und Abschaffung der Heere ausdrücklich hervorgehoben, daß Frankreich ein schlagfertiges Heer nicht etwa nur zur Abwehr fremder Angriffe, sondern auch zur Verdrängung des Feindes vom vaterländischen Boden haben wolle. Nicht die justice immanente, sondern der Mut und das standhafte Ausharren der Patrioten befreie „les peuples conquis". Schärfer noch drückte der ehemalige Boulangist Richard seine Gedanken aus, indem er sich gelegentlich über die Regierung entrüstete, „qui va infliger à ce pays la plus cruelle humiliation qu'il ait subie depuis les désastres de la guerre". Er wurde dafür allerdings durch eine Rüge des Präsidenten und lärmenden Unwillen der Mehrheit zurechtgewiesen.

v. Schoen

Nr. 2347

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Mumm von Schwarzenstein

Eigenhändig

Berlin, den 21. April 1895

Der österreichisch-ungarische Botschafter erzählte mir gestern von einer Unterhaltung mit Herrn Herbette, betreffend das russisch-deutsch-französische Zusammengehen in Ostasien*. Herr Herbette habe gesagt, die Politik des Kopfes stimme hierbei nicht mit der Politik des Herzens überein. Der französische Verstand billige das Zusammengehen mit uns und Rußland, aber dem französischen Gemüte sei es schrecklich, daß in dem Jahre, in welchem auf kaiserlichen Befehl die deutschen Kanonen zur Erinnerungsfeier französischer Niederlagen bekränzt würden, französische Kriegsschiffe mit deutschen gemeinsam operieren und vielleicht neben diesen liegend einen gleichen Feind bekämpfen sollten.

Aus der Unterhaltung mit Herrn von Szögyény hatte ich den Eindruck, daß dieser unser Zusammengehen mit Rußland mit sehr süßsaurer Miene betrachtet.

v. Mumm

Nr. 2348

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenhlohe

Ausfertigung

Nr. 90 Paris, den 22. April 1895

Wenn Herr Hanotaux sagt, daß er die englische Politik im fernen Osten nicht verstehe und sie bedauere, so ist er darin offenherzig. Die Träume von der Möglichkeit einer russisch-englisch-französischen Allianz verschwinden, und die reellen Widersprüche des tief gewurzelten Antagonismus zwischen beiden Nationen treten wieder hervor.

Eine Verständigung der vier Mächte wäre das richtige, vielleicht das einzige wirksame Mittel gewesen, um beim japanischen Friedensschlusse manchen Schaden von Europa abzuwenden. Mit Rußland und England hätte, wenn die allgemeine Verständigung nicht möglich war, Frankreich lieber gemeinschaftlich gehandelt als mit Rußland und uns.

Daß Frankreich, alle eigenen Interessen unbeachtet lassend, nur russische Politik treibt, hat mir Herr Hanotaux auf merkwürdig naive

* Vgl. Kap. LVII.

Weise zugestanden. Er sagte: „Anscheinend habe ich mich Ihnen gegenüber etwas widersprochen, indem ich betonte, daß ich nur mit den vier Mächten gemeinschaftliche Vorstellungen rücksichtlich des Friedensschlusses in Japan machen wolle. Ich glaubte und hoffte, daß England uns nicht würde allein vorgehen lassen. Das war leider ein Irrtum. Die englische Politik und ihre Ziele verstehe ich nicht. Ich war immer entschlossen, jedenfalls mit Rußland zu gehen[1]: bei der jetzigen Lage und der Meinung im Parlament und ganzen Lande kann ich nicht anders, freue mich aber sehr, auch mit Deutschland im fernen Osten wirken zu können. Die Vorstellungen werden weniger wirksam sein, die Japaner haben sich aber als vorzügliche Soldaten und verständige Diplomaten gezeigt und werden auf gutgemeinten Rat hören." pp.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Das ist wohl festzuhalten für die Zukunft

Nr. 2349

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 97 — Paris, den 28. April 1895

Ganz vertraulich

Euerer Durchlaucht bin ich dankbar dafür, daß ich eine Bestätigung meiner Ansicht erhielt, die immer dahin ging, daß die Russen, namentlich aber Herr von Mohrenheim, gegen mich intrigieren; dankbarer wäre ich aber gewesen, wenn mir Euere Durchlaucht gleich mitgeteilt hätten, woher der Angriff kam, und dieser nicht bloß als aus amtlicher Quelle stammend bezeichnet worden wäre*.

Soll ich meine schon an sich sehr schwierige Stellung hier erhalten und nützlich wirken können, so muß mir der Rücken gedeckt und es nicht gelitten werden, daß ich von seiten feindlicher Botschafter und fremder Minister verdächtigt werde.

Ich hoffe daher auch sicher darauf rechnen zu können, daß ich dem Fürsten Lobanow gegenüber energisch in Schutz genommen, und

---

* Nach einem Telegramm des russischen Botschafters von Mohrenheim in Paris an seine Regierung, dessen Wortlaut am 26. April dem Geschäftsträger von Tschirschky in Petersburg mitgeteilt wurde, sollte Graf Münster sich dem Minister Hanotaux gegenüber nicht im Sinne der Haltung der deutschen Regierung in der ostasiatischen Interventionsfrage geäußert und namentlich auch die Stellungnahme der deutschen Presse als nicht im Einklang mit der Auffassung der Regierung stehend geschildert haben.

auch der Kaiserliche Geschäftsträger angewiesen werde, solche Verdächtigungen nicht anzunehmen und energisch zurückzuweisen.

Als ich Herrn von Mohrenheim persönlich zur Rede stellte, wurde er, wie ich das von ihm als halben Juden und Russen nicht anders erwartet hatte, sehr klein und wollte alles auf Hanotaux schieben, behauptete sogar, nach Petersburg berichtet zu haben, daß ich dazu beigetragen hätte, die Verständigung zwischen uns und den Franzosen herbeizuführen. Er hätte nur gesagt, daß das um so verdienstlicher sei, weil er glaube, daß ich persönlich andere Ansichten habe.

Als ich ihm darauf erwiderte, wie er das wisse, da ich ihn ja seit Biarritz nicht gesehen hätte, sagte er, er habe das aus Hanotaux' Gesprächen entnommen.

Als ich ihm darauf vorhielt, er habe noch kürzlich berichtet über das, was ich über unsere Presse gesagt haben solle, wurde er verlegen und meinte, er müsse Hanotaux mißverstanden haben.

Ich sagte, das sei alles gut, er möge aber künftig vorsichtiger sein. —

Das Gespräch, welches darauf folgte, ist mir sehr interessant und lehrreich gewesen. Er wollte mich wieder gewinnen und ließ sich zu manchen unvorsichtigen Äußerungen dadurch verleiten.

Übrigens fühlt er, daß seine Stellung in St. Petersburg sehr erschüttert ist, und klagte er sehr darüber, daß alle Verhandlungen nicht mehr hier, sondern in St. Petersburg geführt werden. —

Unter anderem äußerte er, die Stellung Englands zur Japanischen Frage sei ihm ganz unverständlich. Es sei zwischen Rußland, England und Frankreich eine Verständigung erfolgt, und geheime Abmachungen seien dem Abschlusse ganz nahe gewesen, als plötzlich England, wie er sich ausdrückte, abgeschnappt sei, ohne eigentlich Gründe für diese plötzliche Änderung anzugeben. Darauf sei mit uns verhandelt, und er freue sich sehr, daß wir Rußland dort mit unterstützen wollten. Die Franzosen würden auch ohne uns mit den Russen gemeinschaftliche Sache gemacht haben. „Die konnten nicht anders, da sind wir gesichert. Die haben wir ‚festgebunden'!"

Diese Äußerungen und auch die ganze Haltung Hanotaux' zeigen mir, daß doch etwas, das einem Allianzvertrage sehr ähnlich sieht, bestehen muß. Wir müssen daher den Russen und Franzosen gegenüber doppelt vorsichtig sein.

Daß die Russen nach jener Seite hin sich ausdehnen und der schwierigen Aufgabe, die ihnen in Sibirien und am Amur bevorsteht, jetzt schon näher treten, kann uns schon recht sein, vorausgesetzt, daß ihre Haltung in Europa und uns gegenüber sich ändert. Solange sie aber mit Frankreich eng verbunden sind, können wir darauf nicht sicher rechnen.

Als ich Herrn von Mohrenheim fragte, was Rußland zu tun gedenke, wenn Japan nicht nachgebe und China die Bedingungen der

Japanesen annehme, meinte er, Rußland werde nicht gleich feindlich vorgehen, behielten die Japaner aber die Halbinsel Liaotung bis an den 40. Grad, so werde Rußland nach Korea einrücken und bis in der Höhe des Port Lazarew, den sie haben müßten, besetzen. Ob dieses nur die Ansicht Mohrenheims ist, oder aber die russische Regierung wirklich auf diese Weise gleich vorgehen wird, kann ich von hier aus nicht beurteilen. Herr Hanotaux hat sich aber auch schon in ähnlichem Sinne geäußert. Ich berichte besonders darüber.

Münster

Nr. 2350

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 99 — Paris, den 30. April 1895

Herrn Hanotaux habe ich in letzter Zeit fast täglich gesehen. Je mehr ich mich mit ihm unterhalte, je mehr sehe ich, wie er ungern und nur gezwungen im fernen Osten mit Rußland zusammengeht.

Ich komme immer mehr zur Überzeugung, daß feste Abmachungen bestehen müssen[1]. Daß wir mitgegangen sind, ist ihm lieb, wenn er auch dadurch einen großen Teil der öffentlichen Meinung gegen sich hat. Er wäre lieber mit England gegangen und hofft, meiner Meinung nach vergebens, England zur Mitwirkung noch zu gewinnen. pp.

Herr Hanotaux ist in einer sehr schwierigen Stellung: er fühlt, daß die öffentliche Meinung einer Einmischung im fernen Osten, selbst mit Rußland, entgegen und das Zusammengehen mit uns nicht populär ist. Dabei denkt er vor allem an die französischen Besitzungen in Tonkin und Kochinchina. pp.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] ?

Nr. 2351

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 105 — Paris, den 17. Mai 1895

pp. Die Stimmung gegen Deutschland und die Deutschen hatte sich seit einiger Zeit entschieden gebessert, die Agitation der „Ligue des Patriotes" hatte merklich nachgelassen, und namentlich unter Gelehrten und Künstlern wurde von beiden Seiten ein größeres Entgegenkommen als bisher gezeigt.

Vor allem hat aber Seine Majestät, unser allergnädigster Herr, durch das schöne Beileidstelegramm an die Witwe des Präsidenten Carnot, durch die bei dieser Gelegenheit erfolgte Begnadigung der beiden verhafteten Marineoffiziere*, sowie auch durch die Teilnahme, welche Seine Majestät bei dem Tode der Marschälle Mac Mahon und Canrobert bekundete**, viele französische Herzen gewonnen. Auf kolonialem Gebiete ist ein Einvernehmen meistens erzielt worden***.

Die Einladung zur Beteiligung an der Kieler Feier zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals war doch unbedingt ein weiterer Schritt zur Versöhnung.

In der gemeinschaftlichen diplomatischen Aktion Deutschlands, Frankreichs und Rußlands lag doch auch ein bedeutendes Zeichen der Annäherung. Auch ist die Beteiligung der französischen Künstler in Berlin nicht ohne Bedeutung.

Diese vielen Zeichen der Verständigung und Aussöhnung sind es, welche die Aufwiegler der öffentlichen Meinung, die nach Rache dürstenden Feinde Deutschlands, beunruhigen. Sie fürchten, daß ihnen die Waffen aus der Hand genommen werden. Daher die neu erwachte Agitation, das Wiederaufleben der „Ligue des Patriotes", und scheint auch Déroulède, der sich ganz auf dem Lande zurückgezogen hatte, wieder auftreten zu wollen.

Von der feindlichen Presse wird vor allem die Beteiligung der französischen Flotte an der Kieler Feier als Hetzmittel benutzt. Alles was Kiel betrifft, wird hier sehr beobachtet und vielfach mißdeutet werden. Deshalb wird es sich sehr empfehlen, die Franzosen gut und gastfreundlich, aber doch mit großer Vorsicht[1] zu behandeln.

Ich würde meine Pflicht als gewissenhafter Beobachter nicht erfüllen, wenn ich auf die feindliche Stimmung, die in diesem Augenblick zugenommen hat, nicht aufmerksam machte.

Eine Gefahr sehe ich darin noch nicht, und bin ich nach wie vor der Überzeugung, daß die französische Nation den Krieg nicht will und niemand hier die Verantwortung dafür übernehmen würde.

Ein Glück ist es, daß ein so ruhiger, verständiger Mann wie Felix Faure gerade jetzt Präsident der Republik ist. Ehrgeizig ist er, aber nicht nach der kriegerischen Seite hin. Wenn er auch alles tut, um die Armee an sich zu fesseln, so geschieht das, um mit ihrer Hülfe Ordnung im Innern zu halten und die Regierungsgewalt zu stärken.

Münster

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut und richtig

---

* Vgl. Bd. VII, Kap. XLVIII, Nr. 1605 ff.
** Vgl. Bd. VII, Kap. XLVIII, Nr. 1599ff.
*** Vgl. Bd. VII, Kap. XLVIII, Nr. 1604, S. 340, Fußnote*.

Nr. 2352

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 131 Paris, den 22. Mai 1895

Herr Hanotaux bittet darum, daß das definitive Programm über die Kieler Feier ihm möglichst bald mitgeteilt werde, da er eine Interpellation im Senat beantworten müsse. Die Agitation in der schlechten Presse nehme sehr zu und rege die öffentliche Meinung sehr auf. Er wünsche dieselbe, soviel er könne, zu beruhigen, vor allem fürchtet er die Gegenwart der beiden Schiffe „Weißenburg" und „Wörth", die als Agitationsmittel benutzt würde.

Münster

Nr. 2353

Der Botschafter in Wien Graf zu Eulenburg, z. Z. in Prökelwitz, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Prökelwitz, den 23. Mai 1895

Nachstehendes Telegramm haben Seine Majestät mir befohlen und eigenhändig korrigiert:

Seine Majestät sind der Meinung, daß das Programm für Kiel längst durch die Zeitungen bekannt ist. Die Erwähnung der Schiffe „Weißenburg" und „Wörth" durch Herrn Hanotaux halten Seine Majestät für eine grobe Taktlosigkeit und, falls ernst gemeint, als Basis einer Interpellationsbeantwortung für eine Beleidigung, die Seine Majestät dementsprechend ahnden würde.

Seine Majestät wünschen, daß Graf zu Münster Herrn Hanotaux überhaupt nur eine Antwort insofern erteile, als sie ein etwa vorhandenes offizielles Programm der Feier betrifft. Dasselbe besteht aus: 19. Diner in Hamburg, 20. Durchfahrt durch den Kanal, Empfang bei Seiner Majestät auf der „Hohenzollern", Ball bei der Marine, 21. Schlußsteinfeier, Flottenparade, Festdiner, 22. Marinediner im Schloß bei Seiner Königlichen Hoheit Prinzen Heinrich unter Anwesenheit Seiner Majestät.

Eulenburg

Nr. 2354

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 84 Berlin, den 24. Mai 1895

Zu Ew. Telegramm Nr. 131*.

Aus technischen Gründen sollen Schiffe vom Tiefgang der „Wörth" und „Weißenburg" nicht an der Feierlichkeit der Kanaldurchfahrt teilnehmen. Daß wir jene beiden Schiffe aber gänzlich verstecken sollen aus Rücksicht für Frankreich, wird ein vernünftiger Franzose schwerlich verlangen. Frankreich schickt den „Hoche", ohne daß jemand hier sich dadurch verletzt fühlt.

Marschall

Nr. 2355

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 134 Paris, den 26. Mai 1895

Herr Hanotaux, den ich gestern sah, versicherte, daß er den Wunsch habe, alles zu beseitigen, was die Kieler Feier stören könnte, und wenn er auf einige Bedenken aufmerksam gemacht habe, so habe ihm die Absicht ganz fern gelegen, Bedingungen stellen zu wollen, er habe Herrn Herbette herkommen lassen, weil er gern alles tun wolle, um den Interpellationen entgegentreten zu können.

Herr Herbette besuchte mich und fragte, ob ich Mitteilungen über einige Punkte erhielt, die er vor seiner Abreise mit Herrn Staatssekretär besprochen habe. Es würde ihm sehr erwünscht sein, wenn er bis morgen früh Näheres[1] über das Programm, namentlich über die Ankerplätze der verschiedenen Schiffe, sowie die Reihenfolge der Avisos mit oder ohne Admirale bei der Durchfahrt durch den Kanal erfahren könnte.

Was die Frage der Ankerplätze[2] betreffe, so wünsche er bestimmt versichern zu können, daß eine Berührung zwischen den Matrosen der verschiedenen Schiffe vermieden werden könne. Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] ! Habe ich ja alles mitgetheilt
Näheres giebt es nicht wird erst später in Kiel bestimmt

[2] er ist absolut verrückt! Das ist gar nicht möglich, irgendwo treffen sie sich doch. Die Ankerpläne sind längst an die Betreffenden Marinebehörden abgesand[t], haben 3 Monate Arbeit gekostet und können nicht mehr geändert werden! W.

* Siehe Nr. 2352.

Nr. 2356

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Freiherr von Marschall an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein. Letzter Absatz von der Hand Marschalls

Nr. 88 Berlin, den 27. Mai 1895

Der Wortlaut von Ew. Telegramm Nr. 134* ist Seiner Majestät unterbreitet worden.

Allerhöchstderselbe hat erwidert, daß es Näheres nicht gibt, da ja alles Wichtige längst bekannt ist.

Zu alinea 3 ist zu bemerken, daß wir als Wirte unmöglich die Gäste vom Lande oder unter sich absperren können. Wenn der französische Admiral Reibungen befürchtet, kann er ja seiner Mannschaft Urlaub verweigern.

Das Tableau der Ankerplätze ist wegen der fortwährend eingetretenen Verschiebungen erst jetzt definitiv festgestellt worden und wird in den nächsten Tagen den beteiligten fremden Regierungen zugehen; desgleichen die Reihenfolge, in welcher die Avisos den Kanal passieren sollen.

Marschall

Nr. 2357

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 112 Paris, den 28. Mai 1895

In meinen früheren Berichten habe ich es wiederholt betont, daß die hiesigen Elsasser und Chauvinisten auf jede Weise versuchen, die öffentliche Meinung gegen uns aufzuhetzen.

Kiel bietet einen guten Vorwand dazu.

Diese Agitation würde ganz bedeutungslos gewesen sein, wenn nicht das Kabinett in sich so schwach und uneinig wäre. Der bessere Teil der Presse blieb ziemlich ruhig, die radikale und antisemitische Presse brachte dagegen täglich Schmähartikel. Vernünftige Menschen verurteilen diese Agitation, wenn man sie allein spricht. Sowie aber mehrere Franzosen zusammen sind, fürchten sie sich, für unpatriotisch zu gelten und schelten mit[1]. Die Jahreszahl 1870 im eisernen Kreuz der Kaiserstandarte, die Namen der Schiffe „Wörth“ und „Weißenburg“ sind Stichworte geworden selbst in den Salons der vornehmen Damen[2].

Der Ministerpräsident Ribot, dessen Beruf es sein sollte, zu beruhigen und Ordnung und Frieden zu erhalten, tut das Gegenteil. Er

* Siehe Nr. 2355.

ist Chauvinist, obgleich er nicht die Verantwortung für den Krieg übernehmen würde. Er denkt nur an seine eigene Stellung und liebäugelt fortwährend mit den Radikalen und Sozialisten.

Der Kriegsminister Zurlinden ist Elsässer und tut seinen engeren Landsleuten gegenüber, als ob er sie wieder zu Franzosen machen könnte.

Hanotaux ist entschieden vernünftiger und will gern alle Komplikationen vermeiden. Er ist weder Mitglied des Senats noch der Deputiertenkammer, will um jeden Preis eine Stellung als womöglich permanenter Minister des Äußern, auch bei Ministerkrisen, sich erhalten. Deshalb ist er Interpellationen gegenüber viel ängstlicher, als er sein sollte. Er ist viel zu guter Diplomat und viel zu klug, um nicht einzusehen, daß Frankreich die Einladung nach Kiel annehmen mußte, und daß, nachdem es geschehen, es unmöglich wäre[3], jetzt zurückzutreten.

Er war bemüht, die Bedenken, welche ihm von vielen Seiten zugetragen wurden, zu beseitigen. Er tat es oft auf nicht sehr geschickte Weise, indes es schien, als wollte er Bedingungen stellen*. Als ich ihm aber, sowie ich das merkte, gleich sehr bestimmt und scharf sagte, daß von Bedingungen keine Rede sein könne, erwiderte er, daß das auch nicht seine Absicht gewesen, er nur gewünscht habe, genau über verschiedene Punkte unterrichtet zu sein.

Die Beantwortung der Interpellationen überläßt Herr Ribot Herrn Hanotaux. Dieser fürchtet sich dabei vielleicht noch mehr vor seinen Kollegen Ribot und Zurlinden als vor den Radikalen.

Die schon längst angekündigte Interpellation des Mitgliedes der äußersten Rechten, Marquis de l'Angle Beaumanoir, findet am nächsten Freitag statt**, wird aber weiter keine Folgen haben, da selbst seine Parteigenossen sehr ungehalten darüber sind, daß gerade im Senate die Sache zuerst zur Sprache gebracht wird, und es Herrn Hanotaux nicht schwer werden wird, diesen Angriff abzuschlagen.

Wie sehr der Ministerpräsident mit den Radikalen und den sogenannten Patrioten liebäugelt, zeigt der Antrag der Regierung auf Errichtung eines großartigen Monumentes in Paris für die 1870/71 gefallenen Krieger. Gleichzeitig soll auch ein Vorschlag eines Mitgliedes der Deputiertenkammer, dem Gesetze von 1871 gemäß, die Straßburger Bildsäule in Bronze gießen zu lassen, beraten werden.

---

* Vgl. dazu George Pagès im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre I, 262 s.

** Die Interpellation Beaumanoir im Senat wurde am 31. Mai von Hanotaux dahin beantwortet, daß es sich bei der Annahme der Kieler Einladung nur um einen Akt der internationalen Höflichkeit handele, der keineswegs einen Wendepunkt in der französischen Politik bedeute. Auch früher schon habe die französische Regierung Deputationen usw. nach Deutschland gesandt, ohne daß sich dadurch etwas in den Empfindungen oder in dem moralischen Ansehen einer Nation verändert habe, die unbezwinglich treu an ihren Erinnerungen halte und auf ihre Zukunft vertraue.

An und für sich ist gegen das Monument nichts zu erinnern, denn verschiedene Städte Frankreichs haben schon solche. Daß die Regierung aber den jetzigen Augenblick benutzt, um Erinnerungen an den unglücklichen Krieg wachzurufen, ist ein Zeichen, daß sie die öffentliche Meinung nicht beruhigen, sondern aufregen möchte[4].

Die Beteiligung des französischen Geschwaders in Kiel sehe ich trotz aller Intrigen dagegen als gesichert an, bin auch überzeugt davon, daß dort alles sehr gut verlaufen wird. Der Präsident der Republik würde, falls ernstlich davon die Rede wäre, die Schiffe nicht zu schicken, es nicht zugegeben haben. Er hat mir gleich anfangs selbst gesagt, daß er sich über die Einladung freue und am liebsten selbst mitgegangen wäre.

Die Wahl des Admirals Ménard scheint eine sehr gute zu sein. Er hat dem Kapitän Siegel* einen vortrefflichen Eindruck gemacht, wie überhaupt die französischen Marineoffiziere meistens aus besseren Elementen bestehen als die der Landarmee. Obgleich vielfach behauptet wird, sie gingen ungern nach Kiel, glaube ich, daß sie sich im Grunde sehr darauf freuen.

Dagegen halte ich Demonstrationen hier an jenen Tagen nicht für ganz unmöglich[5].

Daß der Botschafter, Herr Herbette, hier ist, hat sehr gut gewirkt. Es war auch für ihn selbst sehr gut, denn er ist dadurch imstande, manche Angriffe gegen ihn abzuschlagen und falsche Angaben zu entkräften.

Als Finanzminister hat Herr Ribot vollständig Fiasko gemacht. Die überwiegende Majorität der Budgetkommission hat jetzt schon alle seine Vorschläge für unannehmbar erklärt. Ich beehre mich, darüber besonders zu berichten. Münster

---

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Wie immer

[2] !

[3] o nein! wenn die Gallier es ernstlich wollen, aus Angst die Regirung könnte fallen, so sollen sie nur fortbleiben. Denn ein Präsidentwechsel ist die Sache nicht werth, und die Blamage wäre für Frankreich eine niederschmetternde. Mir ist viel lieber sie kommen nicht als daß Faure und Hanotaux in Gefahr komme. Das Münster sagen.

[4] richtig

[5] ich auch

Schlußbemerkung des Kaisers:

Sehr interessant.

Sollte unvorhergesehner Weise durch Hetzen und Demonstrationen Faure und Hanotaux in die Enge getrieben werden und Gefahr laufen zu stürzen wenn sie nicht die Escadre zurückziehn, so ist das letztre entschieden vorzuziehen. Gallien würde sich allen Mächten gegenüber unsterblich blamiren und als Hauptstörenfried vor ganz Europa dastehn, was Russland gegenüber sehr wichtig ist.

---

* Marineattaché in Paris.

Nr. 2358

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 119 Paris, den 11. Juni 1895

Die mit großer Spannung erwartete gestrige Kammerdebatte über die auswärtige Politik hat mit einem großen Sieg der Regierung geendet. Die Tagesordnung, welche die Erklärungen der Regierung gutheißt, wurde mit 362 gegen 105 Stimmen angenommen. Die Interpellation wurde mit den seit mehreren Monaten täglich wiederholten Argumenten von den Sozialisten Millerand, Le Senne und Ernest Roche eingeleitet. Millerand sprach verhältnismäßig ruhig und versicherte, daß vor allem seine Partei den Frieden wolle; man müsse aber auch im Frieden hinarbeiten auf die „réparations nécessaires que nous préparent le temps et la justice". Minister Hanotaux verlas eine offenbar vorher im Konseil festgestellte Rede, welche sowohl bezüglich der Kieler Feier als auch der ostasiatischen Politik die im Senate entwickelten Gesichtspunkte wiederholte, dann aber mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit der Anlehnung an Rußland in beiden Fragen hervorhob. Der Plan der Regierung war offenbar dahin gerichtet, sich dadurch aus der schwierigen Situation zu ziehen, daß, was bisher noch nie geschehen war, von einer „Allianz" so offen gesprochen wurde, und dieses hat jedenfalls wesentlich dazu beigetragen, die drohende Krisis abzuwenden. Hanotaux verlas einen Passus aus den an den Grafen Montebello erlassenen Instruktionen:

„La France met au premier rang de ses préoccupations la considération de ses alliances. Nous sommes donc disposés à appuyer, avec toute l'efficacité possible, les vues du gouvernement Impérial concernant les conditions de la paix entre la Chine et le Japon" und schloß seine Rede mit folgendem Hinweis auf das russisch-französische Verhältnis: „Deux grandes puissances, portées l'une vers l'autre par l'attraction de leurs sentiments et de leurs intérêts respectifs, se sont donné la main. Elles ont noué une entente qui les rapproche naturellement dans le travail incessant de la politique courante, et qui, toujours pacifique, leur garantit une sécurité réciproque."

Nach Hanotaux sprach Flourens in sehr wenig freundlicher Weise gegen Rußland, welches nur immer an den Kredit Frankreichs appelliere, ohne daß Frankreich eine Gegenleistung erhalte. Er meinte, es sei jetzt der Moment gewesen, von Rußland entsprechende Zusicherungen zu verlangen. Goblet verlangte, das Parlament solle endlich erfahren, ob eine Allianz mit Rußland bestehe, und was dieselbe enthalte. Die Beantwortung dieser Frage übernahm Herr Ribot, welcher

nach dem offiziellen Bericht über das französisch-russische Verhältnis folgendes sagte:

„Oui, nous avons allié aux intérêts d'une grande nation les intérêts de la France; nous l'avons fait pour la sauvegarde de la paix et le maintien de l'équilibre de l'Europe. Et s'il n'y a rien de change dans les aspérations, dans la direction supérieure, dans le but suprême de notre politique; il y a pourtant quelque chose de change en Europe depuis 1891.

Vous avez connu, Monsieur Goblet, le ministère des affaires étrangères à une époque difficile, et ce n'est pas moi qui vous reprocherai aucun acte de la politique que vous avez suivie. J'ai toujours rendu justice à mes prédécesseurs, ils ont tous été des patriotes sincères, ils ont fait ce qu'ils ont pu, mais vous étiez dans une période difficile et vous n'aviez pas la sécurité que nous avons puisée dans cette alliance qui est et doit rester la garantie de la paix du monde*."

Diese Erklärungen, welche übrigens die gesprochenen Worte nicht mit vollständiger Genauigkeit wiedergeben, haben in der Kammer unmittelbar nur wenig Eindruck hervorgerufen, und Goblet erklärte in seiner Antwort, er sei über die Richtschnur der französischen Politik noch immer ebenso im unklaren wie zuvor. Aber das ausgesprochene Wort „Allianz" verfehlte doch nicht seine Wirkung, und es wurde deshalb nach Goblets Erklärungen die Debatte geschlossen und, wie schon gemeldet, folgende Tagesordnung angenommen:

„La Chambre, approuvant les déclarations du Gouvernement, passe à l'ordre du jour."

Den stenographischen Bericht dieser wichtigen Kammersitzung darf ich Euerer Durchlaucht anbei gehorsamst vorlegen.

Münster

Nachschrift. In der Presse wird die Stelle der Hanotauxschen Rede vielfach beachtet, die französische Diplomatie hätte in Peking dafür gesorgt „de s'assurer les garanties nécessaires au développement économique et à la pleine sécurité de notre colonie du Tonkin".

Münster

* Nach dem Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung", der der Kammersitzung vom 10. Juni beigewohnt hatte, hätte Ribot noch gesagt: „Cette Alliance fait aujourd'hui notre force." Diese Worte waren aber dann im stenographischen Berichte gestrichen worden.

Nr. 2359

Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt von Holstein an den Botschafter in London Grafen von Hatzfeldt

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 180 Berlin, den 19. Juni 1895

Direktor Kayser* sprach mir heute von der Togofrage: Ob wir den englischen Vorschlag der Verhandlung zu dreien annehmen, oder mit Frankreich allein uns verständigen sollten, wozu Frankreich offenbar geneigt sei.

Mir scheint, letzteres würde gerade jetzt nicht schlecht sein. Die englische Regierung hat — nur durch unseren Rat und auch durch unsre diplomatische Mitwirkung — einen ziemlichen Erfolg in der armenischen Frage erreicht**, im selben Augenblick aber hat sie unsere Ansprüche wegen Togo abgewiesen.

Wie würden Sie über eine Verständigung mit Frankreich denken? Zweck: Förderung der friedlichen Richtung, die jetzt etwas ins Hintertreffen gekommen ist, und Lehre für englische Regierung.

Bitte Antwort.

Holstein

Nr. 2360

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 160 London, den 20. Juni 1895

Für Baron von Holstein. Telegramm Nr. 180*** erhalten.

Ich habe stets eventuelle Verständigung mit Frankreich wegen Togo im Auge gehabt, möchte aber vorschlagen, jetzt noch wenige Tage damit zu warten. Gründe: Lord Rosebery hat wiederholt Wunsch ausgesprochen, mich zu sehen und, nachdem ich Mangel an Empressement genügend gezeigt, werde ich ihn demnächst aufsuchen. Baron de Courcel läßt mir auch baldigen Besuch ankündigen. Ich werde also bald Gelegenheit haben zu ermitteln, ob hier irgendeine Aussicht auf Einlenken ist, und welche Geneigtheit auf französischer Seite zur Verständigung mit uns besteht.

Mein Eindruck ist, daß die Engländer darauf gefaßt sind, daß wir jetzt Verständigung mit Frankreich wegen Hinterland Togo suchen werden. Ich wäre aber dafür, Lord Rosebery in der bevorstehenden

---

* Dirigent der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes.

** Vgl. Bd. X, Kap. LXI.

*** Siehe Nr. 2359.

Unterhaltung eventuell ehrlich zu sagen, daß wir dies tun müssen, wenn man hier so hartnäckig bleibt*.

Übrigens hat Lord Kimberley uns weder schriftliche noch mündliche Verhandlung zu dreien bisher vorgeschlagen und dies nur Baron de Courcel gesagt.

Hatzfeldt

Nr. 2361

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Unterstaatssekre.är Freiherr von Rotenhan an den Botschafter in Paris Grafen Münster

Telegramm. Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Holstein

Nr. 118 Berlin, den 13. Juli 1895

Durch die Tatsache, daß ich dem französischen Botschafter keinen Zweifel über den eng begrenzten Zweck unsrer Flottendemonstration in Marokko** gelassen habe, gewinnt die Polemik des zur Regierung in Beziehung stehenden „Journal des Débats" einen tendenziösen Charakter, welcher Beachtung verdient. Falls die Angriffe weitergehen, werden wir genötigt sein, zu antworten, um der Vermutung, als könnten Drohungen auf uns wirken, den Boden zu entziehen. —

Ew. stelle ich anheim, von vorstehendem den geeignet scheinenden Gebrauch zu machen.

Rotenhan

Nr. 2362

Der Botschafter in Paris Graf Münster an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 179 Paris, den 13. Juli 1895

Antwort auf Telegramm Nr. 118***.

Herr Hanotaux besuchte mich und sagte, daß er von Herbette Bericht über unsere Flottendemonstration in Marokko erhalten habe.

* Die seit Mitte 1895 ins Auge gefaßte Verständigung mit Frankreich über die Ost- und Nordgrenze von Togo kam erst wesentlich später, am 23. Juli 1897, zustande; eine analoge Verständigung mit England am 14. November 1899.

** Im April 1895 war ein deutscher Kaufmann namens Rockstroh bei Saffi ermordet worden. Da die Sühne dieses Verbrechens Anstand fand, erschien Anfang Juli ein deutsches Geschwader, bestehend aus den Schiffen „Stosch", „Hagen" und „Kaiserin Augusta" vor Tanger und überreichte der scherifischen Regierung ein Ultimatum. Das Vorgehen der deutschen Regierung gab der französischen Presse Anlaß zu heftigen Angriffen gegen Deutschland; sogar das dem Quay d'Orsay nahestehende „Journal des Déba's" dichtete der deutschen Regierung Gelüste auf Änderung des status quo in Marokko an.

*** Siehe Nr. 2361.

Der Minister findet unser Vorgehen ganz gerechtfertigt und bittet, dem Artikel des „Journal des Débats“ keine Beachtung zu schenken, und würde er es sehr bedauern, wenn darüber eine Preßpolemik entstände.

Diese Artikel stammen von einem Korrespondenten der „Débats“, der sich Marokko als Feld seiner verleumderischen Tätigkeit ausgesucht habe und schon seit mehreren Jahren über alles, was in Marokko geschehe, auch seine Regierung heftig angreife.

Münster

Nr. 2363

Der Geschäftsträger in Paris von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 168 Paris, den 5. August 1895

Die französische Presse hat sich bis jetzt über die in Deutschland gefeierten Kriegsdenkfeste mit bemerkenswerter Ruhe und Zurückhaltung geäußert. Die leitenden Blätter haben den Ton in dem Sinne angegeben, so schmerzlich auch die Erinnerungen seien, die der Widerhall jener Feiern hier wecke, so seien sie doch nicht demütigend. Die chauvinistische Presse entwickelt diesen Gedanken in ihrer Art, aber sie bleibt doch in verhältnismäßig maßvollen Grenzen.

Ein wenig ist allerdings von dieser Ruhe verlorengegangen, seitdem man von einer Bekanntmachung des Bezirkspräsidenten von Metz vernommen hat, welche den Kriegervereinen den Besuch der Gräber auf französischem Boden in corpore und mit äußeren Zeichen, Fahnen, Musik und dergleichen untersagt. Die Zeitungen schließen daraus, daß es in der Absicht der Kriegervereine gelegen habe, lärmende Gedenkfeiern auf französischem Gebiet zu begehen, und sie regen sich über diesen Gedanken etwas auf und meinen, wie der „Matin“, selbst der Übertritt von Kriegervereinen in kleinen Gruppen nach Frankreich sei nicht angezeigt, er könnte Gegenkundgebungen hervorrufen, aus denen dann Spannungen zwischen den beiden Nationen erwachsen würden. Auch benutzen einige Blätter die Sache wieder zu Angriffen auf den Botschafter Herbette, von dem sie wissen wollen, er habe gegen das Auftreten von deutschen Vereinen in Frankreich Bedenken geltend zu machen gehabt, aber nur die aus jener Bekanntmachung sich ergebende Einschränkung zu erreichen gewußt.

Beiläufig beehre ich mich zu bemerken, daß die Kaiserliche Botschaft bis jetzt, außer den von Euerer Durchlaucht überwiesenen Angelegenheiten, nur in einem Falle mit der Frage der Gräberschmückung aus Anlaß der Kriegserinnerung befaßt worden ist, und

zwar von seiten der Vereinigung zur Instandhaltung von Kriegergräbern in Metz, welche wegen Niederlegung eines Kranzes auf dem in der Nähe von Paris befindlichen Grabe eines deutschen Offiziers, dessen Mutter um Vollziehung dieses Pietätsaktes gebeten, mit einem Deutschen oder einem Verein hier in Verbindung zu treten wünschte. Ich habe geantwortet, daß die Kaiserliche Botschaft die gewünschte Schmückung des Grabes gern unter der Voraussetzung in die Hand nehmen wolle, daß ihr die Wahl des Tages überlassen bleibt.

Solange derartige Wünsche vereinzelt bleiben, wird die Kaiserliche Botschaft sie unschwer befriedigen können, und ich darf annehmen, Euerer Durchlaucht hohe Zustimmung zu finden, daß es empfehlenswerter ist, wenn die Kaiserliche Botschaft derartige, von privater Seite gewünschte Pietätsakte in nichtamtlicher Form zur Ausführung bringt, als wenn diese Privatpersonen anvertraut werden, für deren richtiges Verhalten keine Gewähr besteht. Auf diese Weise würde sich auch Gelegenheit zur Kontrolle bieten, inwieweit die französische Verwaltung ihrer Verpflichtung zur Instandhaltung der Grabstätten nachkommt.

v. Schoen

Nachschrift vom 6. August 1895.

Da chauvinistische Blätter fortfahren, über die angeblich beabsichtigten Übertritte deutscher Kriegervereine auf französisches Gebiet und diplomatische Verhandlungen hierüber zu lärmen, sieht sich der heutige „Matin", vermutlich auf offiziösen Wink, veranlaßt, mittelst einer aus Berlin datierten Berichtigung die Legende von diplomatischen Besprechungen zu zerstören. Verständige Blätter, wie „Liberté", mahnen zur Ruhe und zur Achtung vor Pietätsakten, gegen die, solange sie in taktvollen Grenzen bleiben, nichts einzuwenden sei.

v. Schoen

Nr. 2364

Der Botschafter in London Graf von Hatzfeldt, z. Z. in Cowes, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 3 Cowes, den 9. August 1895

Der französische Botschafter*, welcher kürzlich aus Paris zurückgekehrt ist, sagt mir, daß Herr Hanotaux unsere Auffassung in bezug auf die in den Konferenzen zu Tokio von den Japanern geäußerten Wünsche für die richtige halte. Er fügte dann vertraulich hinzu, daß Herr Hanotaux offenbar wünsche, die Vorgänge in Kiel,

* Baron de Courcel.

die man einer schwachen Regierung nicht so übelnehmen dürfe*, in Vergessenheit zu bringen und wieder Beziehungen herbeizuführen, die in Zukunft übereinstimmende Behandlung vorkommender Fragen durch Deutschland und Frankreich zuweilen ermöglichen würden.

Ich habe dies zur Kenntnis Seiner Majestät** gebracht und auch Herrn von Kiderlen informiert.

Hatzfeldt

Nr. 2365

Der Geschäftsträger in Paris von Schoen an den Reickskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 176 Paris, den 19. August 1895

Die französische Presse bespricht, mit Ausnahme der unverbesserlichen Hetzblätter, die deutschen Kriegsgedenkfeiern und die Möglichkeit des Betretens französischen Bodens durch deutsche Veteranen nunmehr wieder in ruhiger Weise. Zu dieser Wendung zum Bessern haben nicht nur die bekanntgewordenen Mahnungen und Maßregeln der deutschen Behörden und das taktvolle Benehmen der wenigen Veteranen beigetragen, welche doch über die Grenze gegangen sind, sondern vor allem die Kranzspenden, welche deutsche Kriegervereine auch den Gräbern der französischen Kameraden gewidmet haben. Für solche ritterliche Akte der Pietät sind die Franzosen, bei denen der Totenkultus in sehr gemütvoller Weise betrieben wird, sehr empfänglich. pp.

v. Schoen

Nr. 2366

Der Geschäftsträger in Paris von Schoen an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Entzifferung

Nr. 202 Paris, den 26. September 1895

Herr Hanotaux sagte mir gestern abend, die Presse gebe sich den Anschein, als ob unsere Beziehungen in letzter Zeit sich etwas getrübt hätten. Er sehe hierzu nicht den geringsten Anlaß, und die Regierung[1] sei nach wie vor von den besten Intentionen erfüllt[2], wie auch die Reden des Präsidenten der Republik bei den Manövern im Osten bewiesen.

* Vgl. Nr. 2352 ff.

** Kaiser Wilhelm II. weilte eben damals in England. Vgl. Bd. X, Kap. LX, Nr. 2380.

Ich erwiderte, die Kaiserliche Regierung erkenne diese friedfertigen Gesinnungen gern an und teile sie, wie hinlänglich bekannt.

von Schoen

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:

[1] Solange sie obenbleibt

[2] bare Phrase! Die Anwesenheit der Russen genügt um das Gegentheil zu zeigen

Nr. 2367

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 233 Paris, den 12. Dezember 1895

Dem eigenen Lande wird die jetzige radikale Regierung* schaden, uns kann und wird sie nur nützen. Deshalb werde ich mich sehr freuen, wenn das Kabinett Bourgeois noch längere Zeit am Ruder bleibt. Die beiden Zivilminister bringen in die Armee und die Marine eine große Verwirrung; Unzufriedenheit und Mangel an Vertrauen zu der oberen Leitung wird die Folge sein[1]. Für die innere Desorganisation werden Bourgeois und seine Helfershelfer schon sorgen. Das alles kommt der friedlichen[2] Stimmung zugute.

Die Chauvinisten haben an Einfluß verloren, und ich sehe aus vielen äußeren Zeichen, daß der Haß gegen uns in neuester Zeit sehr abgenommen hat. Es zeigt sich das auch in der Presse. Abgesehen von der „Patrie", dem „Intransigeant" und einigen ganz niedrigen kleinen Hetzblättern ist der Ton der übirgen Zeitungen uns gegenüber viel ruhiger geworden. Obgleich der Botschafter Herbette behauptet, daß die Feier der Siege in Deutschland schlechten Eindruck gemacht und neue Erbitterung hervorgerufen habe, so halte ich diese Behauptung für völlig unbegründet. Man hätte erwarten können, daß dieses eitle Volk, welches nicht gern an das für Frankreich so unglückliche Jahr zurückdenkt, sich verletzt gefühlt hätte, und der Haß von neuem belebt werden könnte.

Die würdige Art, wie diese Feiern verlaufen und wie, von der höchsten Spitze bis zu den untersten Volksklassen, jeder sich dabei beteiligt und alles vermieden wird, was die französische Armee hätte kränken können, hat hier geradezu imponiert. Besonders in der Armee hat die Art und Weise, wie überall die Veteranen der Armee geehrt werden, sehr gefallen. Mir haben mehrere Generäle, unter anderen der General Gallifet, das geradezu gesagt.

Wenn sich die Stimmung uns gegenüber gebessert hat, so hat der

---

* Seit dem 1. November war das radikale Kabinett Bourgeois am Ruder, in dem Berthelot das Auswärtige und zwei Zivilisten, Cavaignac und Lockroy, Krieg und Marine vertraten.

Russenkultus etwas abgenommen; viele der radikalen Führer und die Sozialisten sind von jeher Gegner der russischen Allianz gewesen. Sowie die Franzosen erst allgemein einsehen, daß der Krieg mit Deutschland immer unwahrscheinlicher, die Zuversicht, mit der sie auf russische Hülfe und Waffenbrüderschaft rechneten, geringer wird, müssen sie begreifen, daß ihre Interessen sich namentlich im Orient und in China mit denen Rußlands nicht decken. Sobald sie nicht darauf rechnen können[3], mit Rußland gemeinschaftlich uns zu bekriegen, fällt der eigentliche Zweck der Allianz fort[4]. Dazu kommt die Überzeugung, die sich immer mehr verbreitet, daß die Minister Ribot und Hanotaux der Nation Sand in die Augen gestreut haben, als sie von der russischen Allianz sprachen* und sich damit brüsteten. Man fängt an zu begreifen, daß die erheuchelte Liebe Rußlands eine platonische war. Platonische Liebe endet gewöhnlich in Haß. pp.**

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] ?
[3] das wollen sie aber eben nicht glauben
[4] richtig

Nr. 2368

Der Botschafter in Paris Graf Münster an den Reichskanzler Fürsten von Hohenlohe

Ausfertigung

Nr. 238 Paris, den 25. Dezember 1895

Als ich vorgestern den Präsidenten der Republik besuchte, um ihm das Bild des Kaisers dem mir durch hohen Erlaß vom 18. d. Mts. erteilten Befehle*** gemäß zu überreichen, ließ mich der Präsident gar nicht fort und sprach sehr interessant und sehr eingehend über die jetzige politische Lage.

Was die inneren Verhältnisse betrifft, so schien er in gedrückter Stimmung zu sein und meinte, die Ruhe und verständige Haltung der Kammer in der letzten Zeit könne sich im Januar wohl ändern.

Vor allem beschäftigt und beunruhigt den Präsidenten der drohende Krieg zwischen Amerika und England. Er meinte, der Präsident Cleveland habe durch sein Auftreten eine furchtbare Verantwortung übernommen. Selbst wenn es, was er hoffe und aufrichtig wünsche,

---

* Vgl. Nr. 2358, S. 416, Fußnote.
** Die zweite Hälfte des Münsterschen Berichts, die von der Haltung Frankreichs in der orientalischen Frage handelt, ist abgedruckt in Bd. X, Nr. 2560.
*** Es handelt sich um die bekannte allegorische Zeichnung mit der Unterschrift: „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter." Vgl. auch Kap. LVIII, Nr. 2321.

nicht zum Kriege kommen sollte, so sei durch die aggressive Sprache und die Auslegung und Anwendung der Monroe-Doktrin der Kredit der Vereinigten Staaten auf lange Zeit vernichtet*.

Wer würde dem Lande Zutrauen schenken, wenn der höchste Beamte desselben aus böser Laune oder zu Wahlzwecken das Land einem vernichtenden Kriege preisgeben wollte. Er sprach über den Schaden, den der Krieg für Europa bringen könnte, vom kaufmännischen Standpunkte. Der Präsident meinte, er sei doch sehr besorgt, er sei es namentlich deshalb, weil Lord Dufferin, der als früherer Gouverneur von Kanada die Verhältnisse genau kenne, den Krieg für notwendig und unvermeidlich halte. Diese Ansicht des englischen Botschafters ist mir auch bekannt. Er hält Kanada in dem jetzigen Augenblicke für ganz sicher und weiß, daß die amerikanische Flotte jetzt keinen großen Widerstand leisten könne, in drei bis vier Jahren aber gefährlicher werden dürfte[1], und würde bei dem Hasse und der Überhebung der Amerikaner der Krieg doch unvermeidlich werden.

Das, was Präsident Faure nachher über die politischen Folgen äußerte, war mir sehr interessant.

Die Amerikaner hätten einen für England schlechten Moment gewählt; denn im nahen und entfernten Osten sei England doch sehr beschäftigt, und würden im Falle des Krieges mit Amerika die Flotten Englands vor den Dardanellen und in den chinesischen Gewässern sehr reduziert werden müssen, und würden dann die Russen an beiden Punkten freie Hand haben. Dabei äußerte Herr Felix Faure mit merkwürdiger Offenheit, der kranke Mann im Osten leide an einer gefährlichen Krankheit, die über kurz oder lang zur Auflösung führen müsse**. Was Rußland und England dort wollen, sei ihm rätselhaft, und deshalb scheine es ihm so gefährlich. Die Russen schienen bis jetzt den Frieden dort nicht stören zu wollen, sie hätten aber ihre alte Tradition, die sie nicht aufgeben, wogegen England die alte englische Tradition in Beziehung auf Konstantinopel und die Erhaltung des türkischen Reiches allem Anschein nach aufgeben wollte[2]. Dazu komme die Aufregung der Griechen und Mazedonier einerseits und der religiöse Haß und Fanatismus auf der anderen Seite. Im Frühjahr müsse das alles zu Komplikationen führen. Frankreich hätte aller-

---

* Durch seine Botschaft an den Kongreß vom 17. Dezember 1895 hatte Präsident Cleveland kraft der nachdrücklich betonten Monroe-Doktrin in den Grenzstreit zwischen Großbritannien und Venezuela eingegriffen und die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung und schleunigen Berichterstattung über den Streitfall verlangt. „Wenn dieser Bericht erfolgt sein wird, würde es die Pflicht der Vereinigten Staaten sein, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich einem vorsätzlichen Angriff auf ihre Rechte und Interessen, der Aneignung irgendwelcher Landstrecken durch Großbritannien zu widersetzen, welche wir nach vorgenommener Untersuchung als von Rechts wegen Venezuela gehörig erkennen mögen.“ Vgl. Bd. X, Kap. LXII, Nr. 2564.

** Vgl. Bd. X, Kap. LXII, C.

dings mehr Interessen als wir im Oriente, wolle aber nicht eingreifen und nur an der Küste, soweit es geschehen könne, die Untertanen schützen.

Sein aufrichtiger Wunsch sei, daß wir beide die neutralen Zuschauer bleiben könnten. Das sei der Wunsch des überwiegenden Teiles der französischen Nation; er bemerkte: „Vous qui connaissez Paris et la France si bien, vous avez dû remarquer que les sentiments vis-à-vis de l'Allemagne ont beaucoup changé ces derniers temps, et qu'il y a une grande détente de ce côté"[3]. Es ist dieses entschieden auch meine Meinung, und deshalb konnte ich nur zustimmen.

Am Schlusse sagte der Präsident, ohne daß ich die Rede auf Italien gebracht hätte, er habe die Mißerfolge der italienischen Truppen in Abessinien außerordentlich bedauert. Er sehe einen solchen Erfolg der Barbaren gegen zivilisierte Nationen stets als ein Unglück an. Die Italiener täten sehr unrecht, wenn sie behaupteten, daß Frankreich dort ihre Feinde durch Waffenzusendungen, Geld und Ratschläge unterstützt hätte. Es sei das besonders unrecht von Herrn Blanc, der ganz genau wisse, daß das nicht der Fall sei*.

Den guten Eindruck, den die Übersendung des kaiserlichen Bildes gemacht, habe ich Seiner Majestät telegraphisch und heute durch Immediatbericht gemeldet.

Münster

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig
[2] richtig
[3] gut
Schlußbemerkung des Kaisers:
Faure hat ein sehr klares und richtiges Urtheil. Es wäre schade wenn er fiele

---

* Vgl. Bd. VIII, Kap. LIV, A.







